A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Dez. 1971

ANTAGONISTISCHE DISTRIBUTIONSVERHÄLTNISSE
KRITIK BÜRGERLICHER MONOPOLTHEORIE
GRUNDFRAGEN REVOLUTIONÄRER TAKTIK

Friedliche Koexistenz — Gewerkschaftsbewegung in Italien — Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus — Kritik der 'Sozialstaatsillusion' Arbeiterbewußtsein — Mitbestimmung Systemvergleich BRD-DDR

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

3. Jahrgang Nr. 14/15 Dez. 1971

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Manfred Boni, Bernd Güther, Gerd Wilbert	Materialien zur Analyse der antagonistischen Distributionsverhältnisse in der BRD	1
Günter Krause	Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie	57
Joachim Bischoff	Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik	103

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Winfried Roth	Zur aktuellen Situation der italienischen Gewerkschaftsbewegung	145
Thomas Scheffler	Zur Frage der friedlichen Koexistenz	157
Bericht	Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus	177

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Projekt Klassenanalyse	Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion' (SOPO 6/7)	193
Peter Hess	Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus	211
Jutta Menschik	Zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins	215
Hannelore May	Zur Diskussion über Fragen der Mitbestimmung	219
Volker Gransow	Zur Geschichte der KPdSU	225
Autorenkollektiv	Systemvergleich BRD – DDR	229

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen):
Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern, Gudrun Wossidlo

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin-West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1.-10. Tausend Dezember 1971

Cover
Gil Funccius
Westberlin

Satz
Hannes Schwenger
Westberlin

Druck
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), des Nachrichten-Verlages, des Europäischen Buches, des Westberliner Extra-Dienstes sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Manfred Boni/Bernd Güther/Gerd Wilbert

Materialien zur Analyse der antagonistischen Distributionsverhältnisse in der BRD *)

Einleitung

Der vorliegende Aufsatz ist Resultat einer Diskussion über die Einkommensverteilung in der BRD. Bei der weiteren Arbeit konzentrierte sich die Problemstellung auf die Entwicklung in den Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft; daß die nähere Bestimmung des Themas in dieser Richtung erfolgte, erscheint uns insofern berechtigt, als der überwiegende Teil von Analysen der kapitalistischen Entwicklung der BRD, die stets Entwicklung des Kapitalverhältnisses ist, sich vorzüglich der Reproduktionsbedingungen des Kapitals annahm, festgemacht im wesentlichen an der Bewegung des konstanten Kapitals und der ihr zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten, während die Entwicklung des variablen Kapitals entweder pauschal ins Blickfeld geriet oder aber schon auf der Konkretionsstufe von Lohnstrukturerhebungen bzw. Fraktionierungen der Arbeiterklasse betrachtet wurde. Gerade aber die Bewegung der Bestandteile des gesellschaftlichen variablen Kapitals – die in ihrer Struktur den Angaben der bürgerlichen Statistik zu entnehmen sind – sowie die – über die aus dem variablen Kapital entspringenden Tauschwerte vermittelte – stoffliche Zusammensetzung der Konsumtion der Arbeitskraft bedürfen der Untersuchung, um zu generellen Aussagen über die gesellschaftlichen Bedingungen des Klassenkampfs zu gelangen.

In diesem Sinn verstehen wir die folgenden Darstellungen als Versuch, einen Aspekt in der Entfaltung der antagonistischen Distributionsverhältnisse zu entwickeln, indem zunächst an Hand der Lohnbewegung die relative Einschränkung der in die Konsumtion der Arbeitskraft eingehenden Mittel dargestellt wird. Das angeführte Zahlenmaterial erlaubt wesentlich nur Aussagen über die Entwicklung der individuellen Konsumtion, da in ihm die Umverteilungsprozesse in den potentiell in die gesellschaftliche Konsumtion eingehenden Mittel nicht berücksichtigt sind. Erforderlich wäre in diesem Zusammenhang eine konkrete empirische Analyse des Staatshaushalts, insbesondere der Infrastrukturausgaben, die hier nicht geleistet werden konnte; die Entwicklung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft als Veränderung in der stofflichen Zusammensetzung ihrer Konsumtion erfolgt deshalb begrifflich im dritten Teil dieses Aufsatzes.

Die Reproduktion der Arbeitskraft, ihrer Familie und ihrer Klasse ist nur ein Moment der Reproduktion des Kapitals als gesellschaftliches Verhältnis. Dementsprechend ist es nicht unsere Intention, eine Analyse der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Popula-

*) Dieser Aufsatz ist hervorgegangen aus der Diskussion einer Arbeitsgruppe des Soziologischen Instituts der Marburger Universität, an der außer den Verfassern noch teilnahmen: Dr. Frank Deppe, Mira Maase und Regine Meyer.

tionsentwicklung zu geben; eine solche Analyse wäre nur dann stringent, wenn sie den Prozeß der kapitalistischen Akkumulation stets konkret auf die Lage der Arbeiterklasse und insbesondere ihrer einzelnen Abteilungen bezöge. Hier geht es nur darum, einen Komplex von Erscheinungsformen des Grundwiderspruchs anzudeuten, der einen Grundzug der Entwicklung der Reproduktion der Arbeitskraft vom individuellen Lohn über Elemente der gesellschaftlichen Konsumtion bis zur Einbeziehung des Staates als "Reproduzent" elementarer Lebensbedingungen der Arbeiterklasse charakterisiert. Hierzu ist es notwendig, Kategorien der Politischen Ökonomie wie Wert und Preis der Arbeitskraft, individuelle und gesellschaftliche Konsumtion, einfache und erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft in ihrem historisch-konkreten Bedeutungswandel zu klären. Diese Kategorien sind deshalb unerläßlich für die Klassenanalyse, weil in ihnen sich der Widerspruch zwischen der kapitalistischen Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit und dem Warencharakter der Arbeitskraft offenbart. Es soll versucht werden aufzuzeigen, daß die Politische Ökonomie des Kapitalismus in dessen staatsmonopolistischer Phase auch dessen transitorischen Charakter in den Begriffen darzustellen hat, die bei Marx zunächst die Gesetze der sich in freier Konkurrenz entfaltenden und aufeinander beziehenden Kapitalien widerspiegeln, Begriffe, die heute weniger denn je erlauben, die Wertbestimmung der einzelnen Arbeitskraft allein aus dem Verhältnis des sie in Bewegung setzenden Einzelkapitals zu begründen. Die an der historischen Entwicklung des Kapitalismus konkretisierte Aneignung der Marxschen Kategorien der Politischen Ökonomie ist überhaupt die einzige methodische Möglichkeit, in der Analyse der politischen Widersprüche, welche nicht außerhalb der Ökonomie stehen, sondern in ihr erscheinen, voranzuschreiten.

> "Es versteht sich ja von selbst, daß da, wo die Dinge und ihre gegenseitigen Beziehungen nicht als fixe, sondern als veränderliche aufgefaßt werden, auch ihre Gedankenbilder, die Begriffe, ebenfalls der Veränderung und Umbildung unterworfen sind; daß man sich nicht in starre Definitionen einkapselt, sondern in ihrem historischen resp. logischen Bildungsprozeß entwickelt." (F. Engels, "Vorwort zum dritten Band des Kapital", MEW 25, S. 20)

Konstitutiv hingegen für manche ultralinken Organisationen ist der unreflektierte Sprung von der Kapital-Lektüre in die Klassenverhältnisse der BRD. Klassenanalyse gerät zu einem voluntaristischen Akt. Die Selbstverständigung über den Abstraktionsgrad der Marxschen Kategorien wird nicht geleistet, so daß oftmals scheinbar konkrete Begriffe, die freilich in einem systematischen Zusammenhang der Entwicklung der abstrakten Bestimmungen stehen, für bare Münze genommen werden, während die Kehrseite darin besteht, daß über-, haupt in schlechter Abstraktionsmanier gemeint wird, die konkreten Klassenkämpfe ließen sich in der puren Übernahme der Begrifflichkeit von Einzelkapital und Lohnarbeit verallgemeinern. Wer jedoch die für das imperialistische Stadium des Kapitalismus unentbehrlichen Kategorien systemkonstitutiver Art wie die des Monopols, des Staatsmonopols, des ideellen und reellen Gesamtkapitalisten wie auch die der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Systemkonkurrenz Imperialismus-Sozialismus nicht in die Analyse des Kapitalverhältnisses einbezieht, also den Imperialismus nicht begreift als ein sich weiterentwickelndes System komplexer Natur, der wird auch kaum in der Lage sein, die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse richtig einzuschätzen. Hinzu kommt eine andere Form des polit-ökonomischen Agnostizismus: Den Puristen der "reinen" Analyse der Kategorien des Kapitalismus gerät dieser zu einer kontemplativ-nominalistischen Wesensschau, weil der Bezugspunkt wie der Rückgriff, die Realisation von Klassenanalyse für den Klassenkampf, wie er heute geführt wird, nicht existiert, d.h. nicht von den realen Kampferfahrungen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse wie ihren realen Tagesaufgaben ausgegangen wird, sondern gleichsam die Klasse selbst erst gefunden und aufgebaut werden muß.

A. Die Marxsche Theorie der nationalen Wertschöpfung versus bürgerlicher Volkseinkommensbegriff

Die abstrakte Kritik am Volkseinkommens b e g r i f f der bürgerlichen Ökonomie und Statistik, die in diesem Abschnitt kurz angedeutet wird, muß mit der "Einkommenstheorie" der Kritik der Politischen Ökonomie beginnen. Selbstverständlich hat Marx nie positiv eine "Einkommenstheorie" formuliert. Die Untersuchung einer Kategorie der Distributionsverhältnisse konnte nicht Priorität vor der Untersuchung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse beanspruchen, muß doch der Weg der Forschung und Darstellung der Abhängigkeit der Wirklichkeit folgen.

> "Die sogenannten Verteilungsverhältnisse entsprechen also und entspringen aus historisch bestimmten, spezifisch gesellschaftlichen Formen des Produktionsprozesses und der Verhältnisse, welche die Menschen im Reproduktionsprozeß ihres menschlichen Lebens untereinander eingehn. Der historische Charakter dieser Verteilungsverhältnisse ist der historische Charakter der Produktionsverhältnisse, wovon sie nur eine Seite ausdrücken." (1)

Da die Distributionsverhältnisse real abgeleitet sind aus den Produktionsverhältnissen, mußte die Marxsche Darstellung der bürgerlichen Gesellschaft notwendig mit dem Produktionsprozeß des Kapitals beginnen. Gleichzeitig müssen sich aber aus den theoretischen Bestimmungen der Produktionsverhältnisse abstrakt die Bestimmungen der Distributionsverhältnisse ableiten lassen. Denn wenn in den wirklichen Produktionsverhältnissen die Bestimmungen für die bestimmte Art der Distribution enthalten sind, so muß für die Wissenschaft gelten, daß in ihren theoretischen Bestimmungen der Produktionsverhältnisse die Bestimmungen der Distributionsverhältnisse ebenfalls – implizit – aufgehoben sind.

Marx hat im "Kapital" weder eine explizite "Lohntheorie" noch eine Theorie des "Kapitalisteneinkommens" geschrieben. Er hat aber die Herkunft der Kapitalrevenue im kapitalistischen Produktionsprozeß als Differenz zwischen Wert und Preis der von der lebendigen Arbeit geschaffenen Produkte und dem Wert und Preis (Revenue) dieser Arbeitskraft selbst dargestellt. In der Darstellung des kapitalistischen Produktionsprozesses sind die abstrakten Bestimmungen von Lohn- und Kapitalrevenue enthalten.

1. Der Zusammenhang von Distribution und Produktion

"Distribution" scheint zunächst sich nur auf die Verteilung der produzierten Güter zu beziehen; insofern ist die Abhängigkeit der Distribution von der Produktion unmittelbar einsichtig, daß nämlich

> "nur die Resultate der Produktion distributiert werden können". (2)

Doch der Produktion selbst geht noch eine Distribution voraus, nämlich die der Bevölkerung auf antagonistische Klassen.

> "Aber ehe die Distribution Distribution der Produkte ist, ist sie: 1. Distribution der Produktionsinstrumente, und 2., was eine weitere Bestimmung desselben Verhältnisses ist, Distribution der Mitglieder der Gesellschaft unter die verschiednen Arten der Produktion. (Subsumtion der Individuen unter bestimmte Produktions-

1 K. Marx: KAPITAL III. In: MEW 25, S. 890.
2 Ders.: "Einleitung" (zur Kritik der Politischen Ökonomie). In: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE (Rohentwurf) (1857 - 1858), Frankfurt/Main-Wien, o.J., S. 16 (zit.: ROHENTWURF).

verhältnisse.) Die Distribution der Produkte ist offenbar nur Resultat dieser Distribution, die innerhalb des Produktionsprozesses selbst einbegriffen ist und die Gliederung der Produktion bestimmt." (3)

Entsprechend dieser antagonistischen Gliederung der Produktion nehmen die Individuen an der Distribution teil.

1.1. Zum Begriff der "antagonistischen Distributionsverhältnisse"

Der Begriff der "antagonistischen Distributionsverhältnisse" verweist auf die unterschiedlichen relativen Proportionen, in denen die Klassen der Bevölkerung an der Konsumtion der als Resultate des gesellschaftlichen Produktionsprozesses entstandenen Warenwerte beteiligt sind. Wesentlich bezeichnete er die Tatsache, daß die Arbeiterklasse aufgrund der Wertdifferenz von Arbeitskraft und dem von ihr erstellten Produkt notwendig mehr produziert, als ihr unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse an Tauschäquivalenten für die Nachfrage nach Waren ihrer Konsumtion zur Verfügung steht.

> "Die demand der Arbeiter genügt nicht, da der Profit ja gerade dadurch herkommt, daß die demand der Arbeiter kleiner als der Wert ihres Produkts, und um so größer ist, je relativ kleiner diese demand." (4)

Die Ausweitung der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterklasse ist nur innerhalb der Ausbeutungsrate möglich, die im gesellschaftlichen Durchschnitt – hergestellt durch die Konkurrenz der Kapitalien – zur Reproduktion des Kapitals sich als notwendig durchgesetzt hat.

Der Widerspruch der Konsumtionsfähigkeit der Massen und dem Warenangebot im Kapitalismus, der Widerspruch von Produktion und Markt, ist angelegt im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital selbst:

> "Jeder Kapitalist weiß von seinem Arbeiter, daß er ihm gegenüber nicht als Produzent dem Konsumenten (gegenüber) steht und wünscht seinen Konsum, i.e. seine Tauschfähigkeit, sein Salär möglichst zu beschränken. Er wünscht sich natürlich die Arbeiter der a n d r e n Kapitalisten als möglichst große Konsumenten s e i n e r Ware. Aber das Verhältnis j e d e s Kapitalisten zu s e i n e n Arbeitern ist das V e r h ä l t n i s ü b e r h a u p t von K a p i t a l u n d A r b e i t, das wesentliche Verhältnis." (5)

Die Möglichkeit der Konsumtion im Kapitalismus ist an die notwendige Bedingung geknüpft, daß die Konsumtion gleichzeitig (Waren-) Kapital realisiert und damit die Metamorphose des sich verwertenden Werts beschließt.

> "... in diesem spezifischen, kapitalistischen Zusammenhang (erhält) das überschüssige Produkt eine Form ..., worin sein Inhaber es nur dann der Konsumtion zur Verfügung stellen kann, sobald es sich für ihn in Kapital rückverwandelt." (6)

Der Widerspruch von Produktion und Markt, die periodisch auftretenden Überproduktionskrisen, die als Krisen des Absatzes, als Krisen der Realisation von Warenkapital in der Zirkulationssphäre erscheinen, sind angelegt in der klassenmäßigen Organisation des

3 Ebd., S. 17.

4 Ders.: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT. In: MEW 26.2, S. 469. Die Nachfrage der Kapitalisten kann den Mangel in der Nachfrage der Arbeiterklasse nicht kompensieren, ohne daß die Logik der kapitalistischen Produktionsweise verletzt würde: "Wird endlich gesagt, daß die Kapitalisten ja selbst nur unter sich ihre Waren auszutauschen und aufzuessen haben, so wird der ganze Charakter der kapitalistischen Produktion vergessen und vergessen, daß es sich um die Verwertung des Kapitals handelt, nicht um seinen Verzehr." (MEW 25, S. 267 f.).

5 ROHENTWURF, S. 322; Hervorh.i.Text.

6 MEW 25, S. 267.

Produktionsprozesses als Verwertungsprozeß von Kapital und damit als Ausbeutungsprozeß von Arbeit.

> "Überproduktion von Kapital heißt nie etwas andres als Überproduktion von Produktionsmitteln – Arbeits- und Lebensmitteln –, die als Kapital fungieren können, d.h. zur Ausbeutung der Arbeit zu einem gegebnen Exploitationsgrad angewandt werden können, ... Es werden nicht zuviel Lebensmittel produziert im Verhältnis zur vorhandnen Bevölkerung. Umgekehrt. ... Es werden nicht zuviel Produktionsmittel produziert, um den arbeitsfähigen Teil der Bevölkerung zu beschäftigen. Umgekehrt. ... Aber es werden periodisch zuviel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie als Exploitationsmittel der Arbeiter zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen. Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltnen Wert und darin eingeschloßnen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebnen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen realisieren zu können, d.h. um diesen Prozeß ohne beständig wiederkehrende Explosionen auszuführen. Es wird nicht zuviel Reichtum produziert. Aber es wird periodisch zuviel Reichtum in seinen kapitalistischen, gegensätzlichen Formen produziert." (7)

Während sich dieser Widerspruch von Produktion und Markt im vormonopolistischen Kapitalismus quasi eruptiv löste, indem das Wertgesetz in der Konkurrenz der Kapitalien sich als blindwirkendes Gesetz den Produktionsagenten aufzwang, mit der Folge, daß die Überproduktion in den Krisen sich in der Vernichtung und Brachliegung von – konstantem und variablem – Kapital äußerte und gleichzeitig dadurch die Grundlage für den Beginn eines neuen Zyklus schaffte, so wird mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches und monopolistisches Stadium die Erscheinungsform und die Wirkungsweise dieses Widerspruchs verändert.

Der prozessierende Widerspruch zwischen Produktion und Markt, der sich im zyklischen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, hat seine materielle Grundlage in der Bewegung des konstanten fixen Kapitals.

> "Durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der Abspannung, mittleren Lebendigkeit, Überstürzung, Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedne und auseinanderfallende. Indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage. Also auch – die ganze Gesellschaft betrachtet – mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus." (8)

Eben die steigenden Investitionen geben auch den Anstoß für den Aufschwung eines neuen Zyklus, nicht die Konsumtion der Massen, deren Umfang zum Zeitpunkt der Depression am beschränktesten während des gesamten Zyklus ist. Die neo-keynesianische These, eine Steigerung der Massenkaufkraft biete einen Ausweg aus der Depression (9), läßt sich nicht

7 Ebd., S. 266/268.

8 KAPITAL II. In: MEW 24, S. 185 f. Diese Stelle gibt implizit auch Auskunft darüber, weshalb mit dem sich entwickelnden Kapitalismus die Dauer des Zyklus sich zunehmend verkürzt: Der Umschlag des fixen Kapitals beschleunigt sich infolge des durch die permanente Entwicklung der Produktionsmittel induzierten gesteigerten moralischen Verschleisses.

9 In Zeiten des Konjunkturabschwungs wird z.B. vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften (WWI) die Erhöhung der Massenkaufkraft über Steigerung der Löhne als probates Mittel zur "Wiederbelebung" der Konjunktur vertreten: Karl Neelsen: DAS KONSTANTE FIXE KAPITAL UND DIE ZYKLIZITÄT DES KRISENZYKLUS, Berlin 1961, S. 178.

halten: Bedingung für die erneute Investitionstätigkeit sind sowohl nicht-steigende Löhne wie auch – direkte oder indirekte – Subventionierung durch den Staat, so daß eine fühlbare Steigerung des durch die individuelle Konsumtion vermittelten Nachfrageeffektes weitgehend ausgeschlossen ist.

Die Nachfrage nach den stofflichen Elementen des konstanten fixen Kapitals ist also entscheidend für den Wirtschaftsaufschwung. Indessen ist die erweiterte Reproduktion unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution unter der internationalen Konkurrenz der Monopole für das einzelne Kapital nur noch zu gewährleisten durch die Hilfe des Staates, die auf vielfältige Art und Weise erfolgt. Zur Forderung der Investitionstätigkeit rechnen die Möglichkeit der degressiven Abschreibung sowie andere Steuervorteile, Exportunterstützung, direkte Subventionen und billige Kredite und die Garantie von bestimmten Märkten für das Kapital, schließlich noch die Maßnahmen der aktuellen Wirtschaftspolitik (Eventualhaushalte).

Die unmittelbare Abhängigkeit der Investitionsentwicklung von dem sich auf dem Markt durchsetzenden Wertgesetz wird – temporär – aufgehoben und damit zugleich auch der scharf ausgeprägte Verlauf des Zyklus nivelliert: die typischen Erscheinungsformen der vormonopolistischen Krisen, Massenarbeitslosigkeit und die augenfällige spontane Vernichtung von Kapital, treten als Symptome in ihrer Bedeutung zurück.

Die Erscheinungsform der antagonistischen Distributionsverhältnisse ändert sich, ihre Widersprüchlichkeit dagegen wird verschärft. Die in früheren Krisen sich gewaltsam und spontan durchsetzende Vernichtung von Kapital verteilt sich auf den gesamten Zyklus: selbst im Konjunkturaufschwung lassen sich Überkapazitäten beobachten, zurückzuführen auf die durch die genannten Mechanismen aufrechterhaltene Investitionsrate. Gleichzeitig wächst durch den ständigen Bedarf an Produktionsmitteln die Disproportionalität zwischen den beiden Abteilungen der Industrie; diese Tendenz wird verstärkt durch die Einschränkung der individuellen Konsumtion zugunsten der erweiterten Reproduktion des Kapitals. (10)

Schließlich begünstigt die allgemeine Form der staatlichen Förderung die Selbstfinanzierung der Investitionen und engt damit den freien Kapitalfluß ein, damit wird der Prozeß des gesellschaftlichen Ausgleichs der Profitrate gehemmt. (11)

Sämtliche Faktoren wirken latent im Krisenzyklus, verschärfen beständig den Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion und erfordern immer größere Anstrengungen der Monopole und des Staates, den endgültigen Ausbruch einer tiefgreifenden Krise zu verhindern.

1.2. Der Schein der Verselbständigung der Distribution

Die Bestimmtheit der Distributionsform unterstellt eine bestimmte Stellung in der Produktion. (12)

> "Zins und Profit als Distributionsformen unterstellen das Kapital als Agenten der Produktion. ... Arbeitslohn ist ebenso die unter einer andren Rubrik betrachtete Lohnarbeit: die Bestimmtheit, die die Arbeit hier als Produktionsagent hat, erscheint als Distributionsbestimmung." (13)

Einmal bestimmte Distributionsverhältnisse gegeben, erscheint so die Distribution als Ausgangspunkt, der der Produktion vorausgeht. Ist die Trennung von Kapital und Lohnarbeit gegeben, d.h. antagonistische Distribution der Produktionsbedingungen auf die beiden Klassen, so erscheint der Lohn für die von den sachlichen Bedingungen der Verwirklichung ihrer Arbeitskraft Getrennten als der einzige Weg, um zu Existenzmitteln zu gelangen; die Tatsache, daß nur der Lohn die Subsistenz garantiert, zwingt dazu, Lohnarbeit einzugehen, zwingt zu einer bestimmten Stellung in der Produktion. (14)

Demselben praktischen Schein unterliegt auch das Kapital. Das in der Warenzirkulation als deren letztes Produkt realisierte Geld als Distributionsanteil, Revenue des Kapitalisten, muß sich erst wieder in Kapital verwandeln, muß erst wieder eine bestimmte Stellung in der Produktion einnehmen.

> "Jedes neue Kapital betritt in erster Instanz die Bühne, d.h. den Markt, Warenmarkt, Arbeitsmarkt oder Geldmarkt, immer noch als Geld, Geld, das sich durch bestimmte Prozesse in Kapital verwandeln soll." (15)

Durch diesen praktischen Schein, nach dem die Distribution der Produktion vorausgeht bzw. diese bestimmt, erklären sich die falschen Formen, in denen sich die gesellschaftliche Wirklichkeit in den Köpfen der Beteiligten widerspiegelt.

Daß der Eindruck entsteht, daß die Distributionsform der Produktion vorausgehe und deswegen als von ihr unabhängig zu betrachten sei, ist nur das Resultat der bestimmten Produktionsverhältnisse, die mit den ihnen entsprechenden bestimmten Produktionsverhältnissen sich zur Totalität der kapitalistischen Produktionsweise entwickelten.

> "... wenn die kapitalistische Produktionsweise diese bestimmte gesellschaftliche Gestalt der Produktionsbedingungen voraussetzt, reproduziert sie dieselbe beständig. Sie produziert nicht nur die materiellen Produkte, sondern reproduziert beständig die Produktionsverhältnisse, worin jene produziert werden, und damit auch die entsprechenden Verteilungsverhältnisse." (16)

Die konkrete Untersuchung der Verteilung des Nationaleinkommens einer Gesellschaft darf also nicht allein die Verteilung der materiellen Produkte auf die Mitglieder der Gesellschaft analysieren, sie muß diese Verteilung betrachten als die Reproduktion des Kapitalverhältnisses.

> "Bei der Betrachtung der Verteilungsverhältnisse geht man zunächst von der angeblichen Tatsache aus, daß das jährliche Produkt sich als Arbeitslohn, Profit und Grundrente verteilt. Aber so ausgesprochen ist die Tatsache falsch. Das Produkt verteilt sich auf der einen Seite in Kapital und auf der andren in Revenuen. Die eine dieser Revenuen, der Arbeitslohn, nimmt selbst immer nur die Form einer Revenue, der Revenue des Arbeiters an, nachdem er vorher demselben Arbeiter in der F o r m v o n K a p i t a l gegenübergetreten ist. Das Gegenübertreten der produzierten Arbeitsbedingungen und der Arbeitsprodukte überhaupt als Kapital, gegenüber den

10 Vgl. hierzu Punkt B.2.2. "Die Entwicklung des relativen Lohnes".
11 Vgl.: Neelsen, a.a.O., S. 106.
12 Vgl.: MEW 25, S. 889: "Betrachten wir übrigens die sogenannten Verteilungsverhältnisse selbst. Der Arbeitslohn unterstellt die Lohnarbeit, der Profit das Kapital. Diese bestimmten Verteilungsformen unterstellen also bestimmte gesellschaftliche Charaktere der Produktionsbedingungen und bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse der Produktionsagenten."
13 ROHENTWURF, S. 16.
14 Vgl. ebd., S. 17: "Dem einzelnen Individuum gegenüber erscheint natürlich die Distribution als ein gesellschaftliches Gesetz, das seine Stellung innerhalb der Produktion bedingt, innerhalb deren es produziert, die also der Produktion vorausgeht. Das Individuum hat von Haus aus kein Kapital, kein Grundeigentum. Es ist von Geburt auf die Lohnarbeit angewiesen durch die gesellschaftliche Distribution. Aber dies Angewiesensein ist das Resultat, daß Kapital, Grundeigentum als selbständige Produktionsagenten existieren."
15 K. Marx: KAPITAL I. In: MEW 23, S. 161.
16 MEW 25, S. 886.

unmittelbaren Produzenten, schließt von vornherein ein einen bestimmten gesellschaftlichen Charakter der sachlichen Arbeitsbedingungen gegenüber den Arbeitern und damit ein bestimmtes Verhältnis, worin sie in der Produktion selbst zu den Besitzern der Arbeitsbedingungen und zueinander treten." (17)

Die Analyse darf also nicht auf der Ebene der Reproduktion der Elemente des Kapitals verbleiben, sondern muß über die Reproduktion der Elemente des Kapitals die Reproduktion des gesamten Kapitalverhältnisses darstellen. (18)
Zwei Bedingungen sind also an die Darstellung kapitalistischer Distributionsverhältnisse zu stellen. Einmal muß in der Darstellung der Zusammenhang von Distribution und Produktion aufgehoben sein. Zum anderen müssen die Distributionsverhältnisse als Momente im Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses Kapital erfaßt sein.

Diese beiden Bedingungen sind zugleich Maßstab der Kritik an Untersuchungen, die die gesellschaftlichen Distributionsverhältnisse thematisieren. (19)

2. Die Theorie der nationalen Wertschöpfung im Kapitalismus (Begriff des Nationaleinkommens)

Bevor mit Hilfe der Zahlen der bürgerlichen Statistik die Situation der Arbeiterklasse in der BRD, soweit sie sich näherungsweise in der Lohnsumme quantifizieren läßt, in der Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte betrachtet werden soll, gilt es, den Begriff des Volkseinkommens der bürgerlichen Statistik dem der Wertschöpfung in der marxistischen Theorie gegenüberzustellen.

Denn als eine zentrale Schwierigkeit stellt sich der Klassenanalyse die Nomenklatur bürgerlicher Ökonomie und Statistik entgegen. Klassenanalyse kann sich nur im kategorialen Rahmen der Kritik der Politischen Ökonomie bewegen. Die Darstellung des ökonomischen Bewegungsgesetzes ist der Ausgangspunkt der Analyse und Kritik des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, sie ist diese selbst aber noch nicht und kann sie auch nicht ersetzen. Klassenanalyse entwickelt sich erst aus der Kritik der Politischen Ökonomie

17 Ebd., S. 885 f.; Hervorh.i.Text.

18 Dies wäre zusammengefaßt die Kritik am "kreislaufanalytischen" Ansatz von Müller/Neusüß, in deren Arbeit die Sphären der Reproduktion des variablen und des konstanten Kapitals gegeneinander verselbständigt erscheinen. Die Autoren monieren "die Unfähigkeit, die kapitalistische Produktion als Kreislaufprozeß des Kapitals zu begreifen" (S. 12, FN 20, S. 15, FN 20), an anderer Stelle das Unvermögen bürgerlicher Theorie, "die Distribution als bloßes (sic!) Moment des Kapitalkreislaufs" (S. 13/16) zu fassen. Ohne daß Müller/Neusüß e x p l i z i t sagen, daß man nun die Distribution ausschließlich als Moment der Metamorphosen des Kapitals zu sehen hätte, vermuten wir, daß diese ihre Kritik dies als einzig richtige Systematik impliziert. – W. Müller/Ch. Neusüß: "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital". In: SOZIALISTISCHE POLITIK (2), Nr. 6/7, Juni 1970, S. 4 ff.; jetzt auch in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS (1), Sonderheft 1, Juni 1971, S. 7 ff. – Bei Zitaten geben wir hinter dem Querstrich die Seitenangabe aus der PdK an. –

19 Mit der Angabe dieser beiden systematischen Erfordernisse der Untersuchung ist sicherlich auch die Kritikbedürftigkeit dieser Arbeit benannt, die sich als Einleitung einer notwendigen Diskussion versteht; primäre Aufgabe ist hier, aufgearbeitetes Material vorzulegen, dessen Interpretation weitgehend als Diskussionsthese zu verstehen ist.

Marx', sie ist deren konkrete Verifikation, sowohl theoretisch wie praktisch. Jene ersetzt nicht den Aufwand der konkreten Klassenanalyse, sondern ist deren wesentlicher Ausgangspunkt, sie liefert die inhaltlichen Erkenntnisvoraussetzungen und -mittel und den systematischen Rahmen.

Das Material, das die Klassenanalyse in Westdeutschland vorfindet, ist indes vom Klassenstandpunkt des Kapitals aus ausgewählt und zusammengestellt. So kommt es darauf an, einmal den Klassencharakter der Begrifflichkeit und der Ergebnisse bürgerlicher Ökonomie und Statistik nachzuweisen, andererseits noch in ihnen die Trends aufzuzeigen, die die Richtigkeit marxistisch-leninistischer Theorie bestätigen.

Der ersten Aufgabe sind die zunächst folgenden Abschnitte gewidmet. In ihnen soll verdeutlicht werden, daß dem Begriff des Volkseinkommens in der bürgerlichen Statistik notwendig keine Theorie der materiellen Wertschöpfung zugrunde liegt.

2.1. Die Herkunft der Werte (Primärverteilung)

Der Begriff des Nationaleinkommens bezeichnet die Summe des durch die produktive Arbeit geschaffenen Neuwertes. Berechnet werden muß es in der Geldform als Summe der Revenuen, die aus der Realisierung der Warenwerte als den Resultaten des kapitalistischen Produktionsprozesses in der Form des Lohnes den Arbeitern und in der Form des Profits bzw. der Rente den Kapitalisten zufließt.

Diese Primärverteilung der Werte als Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses in die Revenue der Lohnarbeiter und in die – durch den spezifischen Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft für das Kapital ermöglichte – Revenue des Kapitalisten ist erfaßt in der Kategorie des Nationaleinkommens.

Wertschöpfung ist Vergegenständlichung von lebendiger Arbeit (20), dem Gebrauchswert nach in den sachlichen Arbeitsbedingungen und -produkten, dem Tauschwert nach in der Form des Geldes als der Recheneinheit der vergegenständlichten allgemeinen Arbeitszeit.

Im Kapitalismus erscheint der Reichtum der vergegenständlichten Arbeit in der Form von Waren. Der Warenwert zerfällt – nach Abzug der für den Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel verwandten Arbeitszeit – in v und m. Diese Wertbestandteile entwickeln sich in die Revenueformen der Arbeiter (v als Lohn) und des Kapitalisten (m als Profit und Rente).

Der Wert des in der Warenform erscheinenden nationalen Gesamtprodukts einer Zeiteinheit zerfällt in einen Teil, der der einfachen Reproduktion, und einen anderen, der der erweiterten Reproduktion dient. Er entspricht dem Wert des auf die Produkte übertragenen Bestandteils des (gesellschaftlichen) konstanten Kapitals, dem Wert des (gesellschaftlichen) variablen Kapitals und dem erzeugten (gesellschaftlichen) Mehrwert.

In der Kategorie des Nationaleinkommens wird lediglich der Z u w a c h s des Wertes des nationalen Gesamtprodukts berechnet, d.h. die Differenz zwischen erweiterter und einfacher Reproduktion.

Da der Wert des konstanten Kapitals in früheren Perioden erzeugt wurde, bzw., vom Standpunkt des aktuellen Produktionsprozesses, nur im produktiven Konsumtionsprozeß der lebendigen Arbeit e r h a l t e n wird, fällt er aus der Berechnung des Nationaleinkommens heraus. Die sukzessive Erhaltung des Wertes des konstanten Kapitals im Arbeitsprozeß des produktiven Arbeiters, der seinen Wert erhält, indem er ihn auf die neugeschaffe-

20 Vgl.: MEW 23, S. 181.

nen Produkte überträgt, ist Moment der einfachen Reproduktion. Dementsprechend darf die Summe der effektiven, d.i. gebrauchswertmäßigen Abschreibung nicht in die Berechnung des Nationaleinkommens eingehen.

Der von den einfachen Warenproduzenten geschaffene Neuwert (als der Differenz von erweiterter und einfacher Reproduktion der einfachen Warenproduzenten) fällt ebenfalls kategorial unter das Nationaleinkommen.

> "Das Nationaleinkommen ist der Teil des im Laufe eines Jahres geschaffenen gesellschaftlichen Produkts, der nach Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel verbleibt, es entspricht der Summe des in den materiellen Bereichen und Zweigen der Volkswirtschaft neugeschaffenen Wertes. Seine Quelle ist die produktive, wert- und gebrauchswertsetzende (21) Arbeit. Der neugeschaffene Wert ist im Kapitalismus gleich der Summe des für Löhne verausgabten Kapitals, des erzeugten Mehrwertes und des von den einfachen Warenproduzenten geschaffenen Neu wertes. Gebrauchswertmäßig setzt sich das Nationaleinkommen aus Konsumtionsmitteln und den Produktionsmitteln zusammen, die der Erweiterung der Produktion dienen." (22)

Die Primärverteilung umfaßt die Anteile am Nationaleinkommen, die nach der Produktion der gesellschaftlichen Werte auf die beiden Klassen der Gesellschaft entfallen, also die (nominale) Summe des in der allgemeinen Äquivalenzform als Geld ausgedrückten variablen Kapitals und der aus der Ausbeutung der produktiven Arbeit im Produktionsprozeß des Kapitals entsprungene Mehrwert. (23)

Tatsächlich ist der Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses in der Kategorie des Nationaleinkommens verdeckt. Denn weder die Produktion von Gebrauchswerten, noch die von Wert an sich, sondern die von Mehrwert ist durch den kapitalistischen Produktionsprozeß vermittelt.

> "Das Resultat des kapitalistischen Produktionsprozesses ist weder ein bloßes Produkt (Gebrauchswert) noch Ware, d.h. Gebrauchswert, der einen bestimmten Tauschwert hat. Sein Resultat, sein Produkt ist Schöpfung des Mehrwerts für das Kapital und daher faktische Verwandlung von Geld oder Ware in Kapital, was sie vor dem Produktionsprozeß bloß der Intention nach, an sich, ihrer Bestimmung nach sind. In dem Produktionsprozeß wird mehr Arbeit eingesaugt, als gekauft ist, und dies Einsaugen, Aneignen fremder unbezahlter Arbeit, das im Produktionsprozeß vollbracht wird, ist der unmittelbare Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses, denn was das Kapital als Kapital (daher der Kapitalist als Kapitalist) produzieren will, ist weder unmittelbar Gebrauchswert zum Selbstkonsum noch Ware, um sie erst in Geld und später in Gebrauchswert zu verwandeln. Sein Zweck ist die Bereicherung, die Verwertung des Wertes, seine Vergrößerung, also das Erhalten des alten Wertes und Schaffen von Mehrwert. Und dies spezifische Produkt des kapitalistischen Produktionsprozesses erreicht es nur im Austausch mit der Arbeit, die daher produktive Arbeit heißt." (24)

---

21 "Gebrauchswertsetzend" insofern, als der Gebrauchswert Bedingung der Ware und ihres (Tausch-) Wertes überhaupt ist. Vgl.: MEW 23, S. 55 f.

22 K. Lungwitz: "Entstehung und Entwicklung des westdeutschen Nationaleinkommens 1950 bis 1968". In: DWI-BERICHTE (21) 8/1970, S. 13; Hervorh.d.Verf.

23 Diese Primärverteilung erfolgt nicht naturwüchsig, sondern ist abhängig vom Stand der Klassenauseinandersetzung. – Es wird noch zu zeigen sein, daß und wie der Staat schon in die Primärverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Monopole eingreift und daß so von einer Erweiterung des kapitalistischen Aneignungsverhältnisses gesprochen werden muß.

24 MEW 26.1, S. 375.

Wertschöpfung im Kapitalismus ist also wesentlich an die notwendige Bedingung geknüpft, Verwertung des Kapitals zu sein. Die Verausgabung des Arbeitsvermögens des gesellschaftlichen produktiven Gesamtarbeiters (25) ist die materielle Grundlage dieses Prozesses. Mit der Entwicklung des Kapitalismus verändert sich die innere soziale Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters. Durch die wachsende Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses (26), wegen der Subsumtion der Teilarbeiten der gesellschaftlichen Produktion in immer erweitertem Maße unter das Kapital erweitert sich der Teil der Arbeitsbevölkerung, der durch seine lohnabhängige Tätigkeit Kapital verwertet und somit Teil des produktiven Gesamtarbeiters wird.

> "Unter dem Einfluß der von den Konzernen vorangetriebenen wissenschaftlich-technischen Revolution vollzieht sich ein Wandel in der sozialen Struktur des Gesamtarbeiters. Durch die beruflich-technische Differenzierung der Arbeiterklasse wird seine Zusammensetzung vielfältiger und komplizierter. Infolge der voranschreitenden Proletarisierung der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz wird er sozial einheitlicher, homogener. Alle seine Funktionen werden immer mehr ausschließlich von Lohnarbeitern erfüllt. Daraus ergibt sich die Tendenz zur Identität des Begriffs Gesamtarbeiter mit dem Begriff Arbeiterklasse." (27)

2.2. Die Sekundärverteilung des Nationaleinkommens und die Verwendung der Revenuen

Die am Ende des kapitalistischen Produktionsprozesses entstandenen Revenuen existieren beide in der Geldform. Dennoch sind sie ihrer ökonomischen Funktion nach grundverschieden.

Während die Revenue des Arbeiters zur unproduktiven Konsumtion dient, die den Wert seiner Arbeitskraft erhalten soll, dient die Revenue des Kapitalisten als "latentes Geldkapital". (28)

Die Revenue wird hier in den Akkumulationsfonds des Kapitals gegeben, um sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt wieder aus der Geldform in Kapital verwandelt zu werden. Das Geld wird wieder Kapital, wenn es zum Ankauf von Produktionsmitteln und/oder Arbeitskraft verwandt wird.

---

25 Vgl. zum Begriff der produktiven Arbeit: F. Behrens: PRODUKTIVE ARBEIT UND TECHNISCHE INTELLIGENZ. Ein Raubdruck, der Auszüge enthält aus: ders.: ALTE UND NEUE PROBLEME DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1948.
J. Bischoff u.a.: "Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse". In: SOPO (2) 6/7, Juni 1970, S. 69 ff.
E. Altvater/F. Huisken: "Produktive und unproduktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien zur Analyse der Klassenverhältnisse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals". In: SOPO (2) 8, Sept. 1970, S. 47 ff.
K. Marx: RESULTATE DES UNMITTELBAREN PRODUKTIONSPROZESSES (= Archiv sozialistischer Literatur 17), Frankfurt/Main 1969, S. 64-74.

26 Über den Zusammenhang von wachsender Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses und stofflicher Zusammensetzung des Gesamtarbeiters vgl.: MEW 23, S. 531, MEW 26.1, S. 386 f. und RESULTATE..., S. 65 f.

27 (Autorenkollektiv): DER IMPERIALISMUS DER BRD, Frankfurt/Main 1971, S. 362; Hervorh.d.Verf. – Vgl. auch: H. Jung: "Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs "Arbeiterklasse" und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse". In: DAS ARGUMENT (12) 61, Dez. 1970, Heft 9/10, S. 665 ff.

28 K. Marx: KAPITAL II. In: MEW 24, S. 88.

Die aus der Primärverteilung resultierenden (Brutto-) Revenuen stehen ihren Besitzern jedoch nur zum Teil zur Verfügung. Auf Grund eines gesellschaftlichen juristischen Gewaltverhältnisses – im Gegensatz zur Primärverteilung, die auf einem rein ökonomischen Gewaltverhältnis beruht (29) – eignet sich der Staat Mittel an, von denen ein Teil wieder unmittelbar in die Konsumtion der Arbeitskraft (z.B. Renten und Wohngeldzuschüsse) und in die Akkumulation des Kapitals (z.B. Subventionen) eingeht. Soweit allenfalls reicht der Begriff der Sekundärverteilung in der bürgerlichen Volkswirtschaftstheorie, die in ihrer Betrachtung des Kreislaufprozesses des Sozialprodukts nunmehr die Verwendung der den sogenannten privaten Haushalten, dem Kapital und dem Staat zur Verfügung stehenden Einkommen betrachtet. (30) Außer Betracht bleibt die Tatsache, daß in der Realisierung der Sekundärverteilung, besonders in der Verwendung der beim Staat zentralisierten Summen, sich ein weiterer Umverteilungsprozeß verbirgt.

Bereits die klasseninteressierte Steuerpolitik des Staates induziert eine faktische Umverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen, in derselben Richtung erfolgt die Verwendung der staatlich angeeigneten Mittel. Die zentrale Funktion des bürgerlichen Staates, die Reproduktion des Kapitalverhältnisses zu garantieren, verlangt im gegenwärtigen Kapitalismus den direkten stützenden Eingriff des Staates in die Reproduktion des Monopolkapitals, während die gesellschaftliche Konsumtion der Arbeitskraft vernachlässigt wird. (31)

Die Sekundärverteilung und deren Realisierung sind integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Distributionsprozesses und als solcher notwendiges Element im gesamten Reproduktionsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft. Die erste Phase, Umverteilung des Geldes, durch die die endgültig zur Verfügung stehenden (Netto-) Einkommen festgelegt werden, hat keinen Einfluß auf die Wertgröße des Nationaleinkommens. Erst die Realisierung dieser Summen entscheidet darüber, ob produktive oder unproduktive Arbeit in Bewegung gesetzt und gesellschaftlicher Neuwert produziert wird.

29 Vgl.: R. Luxemburg: SOZIALREFORM ODER REVOLUTION. In: dies.: POLITISCHE SCHRIFTEN I. Hrsg. u. eingel. v. O.K. Flechtheim, Frankfurt/Main-Wien 1966, S. 115: "Was zeichnet die bürgerliche Gesellschaft von den früheren Klassengesellschaften ... aus? Eben der Umstand, daß die Klassenherrschaft jetzt nicht mehr auf 'wohl erworbenen Rechten', sondern auf tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen beruht, daß das Lohnsystem nicht ein Rechtsverhältnis, sondern ein rein ökonomisches ist." (Hervorh.i.Text) Vgl. auch: K. Marx: "Kritik des Gothaer Programms. Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (1875)". In: MEW 19, S. 15 ff.

30 Zum Begriff der Primär- und Sekundärverteilung in der bürgerlichen Theorie vgl.: K.-H. Raabe: "Die Einkommensverteilung und ihr Zusammenhang mit der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts". In: WIRTSCHAFT UND STATISTIK, hrsg. v. Statistischen Bundesamt, Wiesbaden; Stuttgart/Mainz (zit.: WISTA); (6) N. F., 1, Jan. 1954, S. 30 ff.; hier S. 30: "Die Einkommensverteilung umfaßt mehrere Phasen, welche zwar im allgemeinen ineinander übergehen, die aber zum besseren Verständnis der Zusammenhänge gedanklich getrennt werden müssen. In der ersten Phase fließen die im Zuge des Produktionsprozesses entstandenen Einkommen denen zu, die die verwendeten Produktionsfaktoren zur Verfügung gestellt haben (primäre Einkommensverteilung). Die Empfänger dieser Einkommen treten dann bestimmte Teile ihres Einkommens ab, während auf der anderen Seite eine Anzahl von Personen und gegebenenfalls auch Institutionen ... ein Einkommen erhalten, ohne daß sie dafür eine Leistung im Produktionsprozeß erbracht haben (sekundäre Einkommensverteilung). Am Ende des Verteilungsprozesses stehen den Haushalten, den Kapitalgesellschaften und dem Staat bestimmte Einkommensbeträge zur freien Verfügung. Mit der Verwendung dieser Einkommensbeträge wird dann der Kreislauf Entstehung des Sozialprodukts – Einkommensverteilung – Verwendung des Sozialprodukts geschlossen."

31 Diese bestimmte Form in der der Staat allein noch die Reproduktion des Kapitalverhältnisses gewährleisten kann, schließt ihn unmittelbar ein auch in den ökonomischen Klassenkampf; hier findet die These von der "Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates" ihre materielle Grundlage.

3. Kritik am Volkseinkommensbegriff der bürgerlichen Statistik (32)

Die bürgerliche Statistik verwischt in ihrem Begriff des Volkseinkommens den Klassenantagonismus dadurch, daß ihr kein Begriff der materiellen gesellschaftlichen Wertschöpfung zugrunde liegt. Sie negiert – ebenso wie das Kapital und zeigt in dieser Identität ihren Klassenstandpunkt – die Herkunft der Werte durch die produktive Arbeit.

In ihrem Begriff der Wertschöpfung lebt die trinitarische Formel fort:

> "Die 'Wertschöpfung' der Wirtschaftsbereiche umfaßt die Summe der Löhne, Gehälter, Zinsen, Nettomieten und -pachten und Gewinne, die in der Landwirtschaft und Industrie entstanden sind." (33)

Ihr erscheint natürlich, daß Arbeit – Arbeitslohn, Boden – (Grund-) Rente und Kapital – Zins erbringt. Dabei wird die Quelle des Wertes ignoriert und den gegenständlichen Bedingungen der Produktion dieselbe wertbildende Potenz zugesprochen, wie sie nur die lebendige Arbeit hat.

> "Im Kapital – Profit, oder noch besser Kapital – Zins, Boden – Grundrente, Arbeit – Arbeitslohn, in dieser ökonomischen Trinität als dem Zusammenhang der Bestandteile des Werts und des Reichtums überhaupt mit seinen Quellen ist die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, das unmittelbare Zusammenwachsen der stofflichen Produktionsverhältnisse mit ihrer geschichtlich-sozialen Bestimmtheit vollendet: die verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt, wo Monsieur le Capital und Madame la Terre als soziale Charaktere und zugleich unmittelbar als bloße Dinge ihren Spuk treiben. ... Diese Formel entspricht zugleich dem Interesse der herrschenden Klassen, indem sie die Naturnotwendigkeit und ewige Berechtigung ihrer Einnahmequelle proklamiert und zu einem Dogma erhebt." (34)

Tatsächlich kann das Kapital die Herkunft der Werte nicht anerkennen, ohne sich selbst zu negieren. Hat die bürgerliche Ökonomie keinen Begriff von der gesellschaftlichen Wertschöpfung, so vermag sie auch nicht zu unterscheiden zwischen wertsetzender – produktiver – Arbeit und den unproduktiven staatlichen und privaten Dienstleistungen. Sämtliche Arbeiten dieser Art, deren Bezahlung über die Verwendung der aus der Wertschöpfung hervorgegangenen – und nach der Sekundärverteilung und der vom Staat angeeigneten Summen endgültig festgelegten – Revenuen sich vollzieht, gehen in die Berechnung des Volkseinkommens ein. Das Volkseinkommen wird also – gegenüber der tatsächlichen Wertschöpfung – zu hoch ausgewiesen um die Summen, die aus dem im jeweiligen Rechnungsjahr geschaffenen Neuwert für den Ankauf unproduktiver Arbeit verausgabt wird.

32 Vgl. zur Begriffsbestimmung in der bürgerlichen Statistik: J. Schmedtje: "Sozialprodukt und Volkseinkommen. Einige grundsätzliche Erläuterungen über Begriffe und Berechnungsmethoden". In: WISTA (4) N.F., 12, Dez. 1952, S. 479 ff. Zur Kritik vgl.: Lungwitz, a.a.O. und: ders.: "Die Verteilung und Umverteilung des westdeutschen Nationaleinkommens 1950 bis 1968". In: DWI-BERICHTE (21) 9/1970, S. 29 ff.

33 STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BRD, 1954, S. 518.

34 MEW 25, S. 838 f.

Die "indirekten Steuern" (z.B.: Tabak- und Branntweinsteuer) gehen nicht in die Berechnung des Volkseinkommens ein.

> "Unter 'indirekte Steuern' sind diejenigen Steuern zusammengefaßt, die Kosten darstellen, also bei der Ermittlung des Gewinns abgesetzt werden dürfen." (35)

Da die indirekten Steuern generell überwälzt werden (36), stellen sie einen rechnerischen Abzug an der Höhe der ausgewiesenen Gewinne dar, sie sind keine wirklichen Abzüge, da sie als Kosten kalkuliert werden und über die Preise auf den Warenkäufer abgewälzt werden.

> "Indirekte Steuern erhöhen zwar nicht den Wert der Erzeugnisse, sind aber Bestandteil ihrer Preise. Sie sind eine Abgabe der Kapitalisten an ihren Staat, die über den Preis auf die Warenkäufer abgewälzt wird. Im gleichen Maße, wie der Anteil der indirekten Steuern am Preis der verkauften Waren wächst, vermindert sich – besonders wenn es sich um Konsumgüter handelt – die reale Kaufkraft der Werktätigen. Die indirekten Steuern sind also Bestandteil des Bruttoeinkommens der Unternehmer." (37)

Umgekehrt überhöhen staatliche Subventionen das Volkseinkommen, da sie nicht Bestandteil der Wertschöpfung, sondern Moment staatlicher Verwendung der von ihm angeeigneten Summen sind, also einem Umverteilungsprozeß entspringen. (38)

Eben weil keine Theorie der materiellen Wertschöpfung zugrunde liegt, kann die bürgerliche Statistik die reale gesellschaftliche Wertschöpfung nicht erfassen. Alle abgeleiteten, durch Umverteilungsprozesse entstandenen Einkommen gehen in ihre Berechnung ein, so daß ihre Kategorie des Volkseinkommens die tatsächliche materielle Wertschöpfung prinzipiell ungenügend erfaßt.

Nicht nur weil die Kategorie des Volkseinkommens den wertsetzenden Charakter der gesellschaftlichen produktiven Arbeit der Arbeiterklasse verschleiert, ist sie als politische zu werten, sondern auch deshalb, weil die Höhe des Volkseinkommens je Periode, ihr relatives Wachstum zum Vorjahr zur Stützung der Theorie der "krisenfreien Expansion des Kapitalismus" benutzt wird. Die Zuwachsraten des Volkseinkommens werden als Waffen der Bourgeoisie in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus benutzt. Das Wachstum des Volkseinkommens ist als wesentlicher Indikator wirtschaftlichen Wachstums zu einer der Schlüsselkategorien der post-keynesianischen Wachstumstheorien geworden. Das wirkliche Wachstum einer Wirtschaftsgesellschaft bemißt sich aber nach der Steigerung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit.

Ging es im vorangegangenen Teil des Aufsatzes darum, den Prozeß der materiellen Wertschöpfung im Kapitalismus zu skizzieren und gleichzeitig damit die Kritikbedürftigkeit des Volkseinkommensbegriffs der bürgerlichen Statistik aufzuzeigen, so stützen wir uns im folgenden empirischen Teil dennoch auf deren Material. Denn ungeachtet des falschen Begriffs des Volkseinkommens, der die wertsetzende Potenz der von der Arbeiterklasse geleisteten produktiven Arbeit negiert, läßt sich noch aus dem solchermaßen klasseninteressiert verschleierten Material der bürgerlichen Statistik die Existenz der antagonistischen

35 STATISTISCHES JAHRBUCH..., ebd.

36 Vgl.: F. Bülow/H. Langen: WÖRTERBUCH DER WIRTSCHAFT (= Kröners Taschenausgabe, Band 114) 5., erw. Aufl., Stuttgart 1967, S. 248: "indirekte Steuern. ... Man versteht darunter ... Steuern, von denen man annimmt, daß sie überwälzt werden ..." und J. Schmedtje, a.a.O., S. 479: "... die Indirekten Steuern (werden) – jedenfalls in der Regel – nicht aus dem Gewinn gezahlt ..., sondern (stellen) für die Unternehmungen nur einen durchlaufenden Posten dar ..."

37 Lungwitz: "Entstehung...", S. 15.

38 Vgl. ebd.

Distributionsverhältnisse ablesen. Der Nachweis der relativen Verelendung der Arbeiterklasse im Verhältnis zum Reichtum des akkumulierenden und akkumulierten Kapitals, ihr sinkender Anteil am von ihr geschaffenen gesellschaftlichen Wertprodukt ist selbst aus dem Material derer zu belegen, die die Herrschaft des Kapitals als die Produktionsweise feiern, die die optimale Reproduktion aller Gesellschaftsmitglieder garantiere. Es läßt sich jedoch belegen, daß die Reproduktion des Kapitals nur gewährleistet ist durch laufend verschlechterte Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft. Die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse läßt sich sicher nicht allein durch die Entwicklung der Löhne erfassen; Ausbeutung – als Grundlage der Arbeitersituation im Kapitalismus – ist stets wesentlich eine Kategorie des Produktionsprozesses.

> "Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die andren durch die Proportionalität der verschiednen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Diese letztre ist aber bestimmt weder durch die absolute Produktionskraft noch durch die absolute Konsumtionskraft, sondern durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder enger Grenzen veränderliches Minimum reduziert. Sie ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb, den Trieb nach Vergrößerung des Kapitals und nach Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter." (39)

Obwohl sich die Bedingungen für die Reproduktion der Arbeiterklasse hinsichtlich der Notwendigkeit ihrer Vergesellschaftung verändert haben (40), bleibt die Reproduktion der Arbeitskraft im staatsmonopolistischen Kapitalismus wesentlich immer noch gebunden an den Vollzug über den individuellen (Netto-) Lohn; hieran zeigt sich, daß der Warencharakter der Arbeit historisch überlebt ist und zur Fessel der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte geworden ist.

Die folgende Darstellung der Entwicklung der Löhne in der BRD relativ zur Entwicklung des Volkseinkommens – das die Entwicklung der Wertschöpfung indizieren soll – und relativ der Akkumulation des Kapitals – die durch die Bewegung der Investitionen angezeigt wird – zeigt, daß die relative Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus weiterhin Prozeß ist.

B. Die Bewegung der Löhne

Um Mißverständnissen unserer Interpretation vorzubeugen, sei folgendes vorausgeschickt (41):

1. Die Darstellung der Lohnbewegung umfaßt einen wesentlichen Aspekt der Lohnbewegung nicht, nämlich den der Vertiefung und der Vermittlung der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse über den Lohn. Die verschiedenen Lohndifferenzierungen sind nur z.T. Ausdruck des unterschiedlichen Wertes der Arbeitskraft. Sie sind w e s e n t l i c h ein Mittel der Kapitalistenklasse, die Einheit der Arbeiterklasse zu spalten. Die Aufgabe, Abstufungen der Löhne darzustellen, haben Lohnstrukturerhebungen, deren Material auf

39 MEW 25, S. 254.

40 Vgl. DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 388 f.

41 Vgl. zum Folgenden auch: J. Kuczynski, DIE GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER UNTER DEM KAPITALISMUS, Teil III, Bd. 36: DIE THEORIE DER LAGE DER ARBEITER, Berlin 1968, S. 93 ff.

einer höheren Konkretionsstufe als in dieser Arbeit erreichten aufgearbeitet werden muß. (42) In einer solchen Arbeit müßten dann auch die Tariflohnbewegungen dargestellt werden, die entsprechend der Systematik von Lohnstrukturerhebungen aufbereitet sind. (43)

2. Weiterhin sind die Ergebnisse immer nur unter Berücksichtigung der falschen Begrifflichkeit zu sehen, die der bürgerlichen Statistik zugrunde liegt. Daß der Begriff der "Unselbständigen" bzw. "abhängigen Arbeitnehmer" sich nicht mit dem der Arbeiterklasse, der der "Selbständigen" sich nicht mit dem der Kapitalistenklasse deckt, ist hinreichend bekannt. Dem Lohnbegriff liegt die arbeitsrechtliche Vertragsfiktion zugrunde; wer einen Arbeitsvertrag hat, ist demnach Lohnabhängiger, "Unselbständiger". (44)

Weiterhin wird zur Grundlage der Lohnstatistiken nur ein begrenzter Teil der solchermaßen als "Arbeitnehmer" Definierten genommen.

> "Bei den Lohnstatistiken wird die Betrachtung stets auf die voll im Arbeitsprozeß tätigen Arbeitnehmer abgestellt. Deshalb scheiden Lehrlinge aus der Erhebung aus, desgleichen Arbeitnehmer, welche während der Erhebungsperiode wegen Krankheit oder Arbeitsplatzwechsel zeitweise nicht gearbeitet haben. Das 'Einkommen' nach der Lohnstatistik gilt also für Arbeitnehmer, welche in der Erhebungsperiode ununterbrochen beschäftigt waren und die durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden und unbezahlten Fehlstunden dieser Periode aufweisen." (45)

So ist selbstverständlich, daß die in den Statistiken der BRD ausgewiesenen Zahlen erheblich über den effektiven Verdiensten der Arbeiterklasse liegen. Sowohl vom zugrunde liegenden Begriff als auch von den Auswahlkriterien her ergibt

42 Vgl. zur Form von Lohnstrukturerhebungen z.B. die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966, dargestellt in WISTA (21) N.F., 1969, Heft 3 (S. 143 ff.), Heft 4 (S. 208 ff.), Heft 6 (S. 309 ff.), Heft 8 (S. 418 ff.), Heft 10 (S. 587 ff.) und Heft 11 (S. 642 ff.).

43 Zu den Begriffen Lohn-, Lohnstruktur- und Tariflohnstatistik vgl. P. Deneffe: "Stand und Probleme der Statistiken des Einkommens in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben der Einkommensstatistik.", in: WISTA (7) N.F., 1955, 1, S. 10 f.: "Die laufenden Lohnstatistiken haben die Aufgabe, die Entwicklung der Verdienste der Arbeiter und Angestellten durch Ermittlung der effektiven Bezüge für ausgewählte Arbeitnehmergruppen in regelmäßigen, verhältnismäßig kurzfristigen Abständen darzustellen. ... Die Lohnstrukturerhebungen haben demgegenüber die Aufgabe, die gegenseitige Abstufung der effektiven Bezüge der Arbeitnehmer zu einem bestimmten Zeitpunkt festzustellen. Durch diese Statistiken sollen die Unterlagen zur Untersuchung der Verdienstunterscheide nach Wirtschaftszweigen, Arbeitnehmergruppen, sozialen Merkmalen usw. und der Gründe für diese Unterschiede gewonnen werden. ... Die Tariflohnstatistiken sollen im Gegensatz zu den genannten laufenden Lohnstatistiken und Lohnstrukturerhebungen die Entwicklung der Tariflohn- und -gehaltsätze, die Unterschiede der Tarifsätze nach Wirtschaftszweigen und Arbeitnehmergruppen und die Bedeutung der wichtigsten weiteren tariflich geregelten Lohnbestimmungsgründe (Leistungslohnzuschlag, Überstundenregelung, Urlaubsregelung) nachweisen."

44 Vgl. a.a.O., S. 11: "Der in der Lohnstatistik verwendete Lohnbegriff ist ... allgemein als arbeitsvertraglicher Einkommensbegriff aufzufassen."

45 A.a.O., S. 11. Vgl. auch: W.v.d. Decken, "Zur Struktur der Arbeiterschaft. Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966." in: WISTA (21), N.F., 3. März 1969, S. 143 ff, hier S. 143: "... (es) handelt sich bei im Rahmen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ermittelten Zahlen um vollbeschäftigte Arbeiter, d.h. um Personen, die während des ganzen Erhebungszeitraumes bei dem selben Unternehmen unter Arbeitsvertrag standen und nicht länger als drei Tage krank waren."

sich, daß sich aufgrund dieses Zahlenmaterials keine absoluten Aussagen über die Reproduktionsbedingungen – nicht einmal des beschäftigten Teils – der Arbeiterklasse machen lassen. Trotzdem lassen sich eindeutige Trends für die Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse in der BRD ausmachen.

Die Daten über die Brutto- und Nettolohnentwicklung gewinnen erst dann Aussagekraft, wenn man sie zur Zahl der Erwerbstätigen bzw. – genauer, aber nicht ermittelbar – zur Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Beziehung setzt.

Das Bruttoeinkommen muß weiter in Beziehung gesetzt werden zur Gesamtgröße des Nationaleinkommens bzw. zu dessen Restgröße, dem Gesamtmehrwert, erst so lassen sich Schlüsse über den Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus gewinnen.

Tab. 1: Lohnquoten der "Unselbständigen" am Volkseinkommen (46)

Jahr	Volkseinkommen	Einkommen der Unselbständigen		Lohnquoten		Anteil des Netto- am Bruttoeinkommen
		brutto *)	netto	brutto	netto	
	Mrd DM	Mrd DM		in vH		in vH
	(a)	(b)	(c)	(d)	(e)	(c) : (b)
1950	75,2	44,1	34,8	58,6	46,3	78,9
1	91,1	53,4	41,6	58,7	45,7	77,8
2	103,8	59,6	46,0	57,4	44,3	77,2
3	112,1	65,8	50,9	58,7	45,4	77,3
4	121,1	71,9	55,9	59,4	46,2	77,7
55	139,5	82,0	63,4	58,8	45,4	77,4
6	154,5	91,8	70,8	59,5	45,9	77,2
7	168,3	100,5	77,0	59,7	45,8	76,6
8	180,1	109,0	82,3	60,5	45,7	75,6
9	194,0	116,8	88,6	60,2	45,7	75,8
60	229,8	142,8	104,9	60,7	45,7	73,4
1	251,6	160,5	117,4	63,8	46,7	73,2
2	271,9	177,5	129,4	65,3	47,6	72,9
3	289,0	190,4	138,2	65,9	47,8	72,6
4	316,5	208,4	151,4	65,9	47,8	72,7
65	345,4	230,0	168,5	66,6	48,8	73,3
6	364,8	247,6	178,5	67,9	48,9	72,1
7	362,1	247,9	177,6	68,5	49,1	71,7
8	402,5	266,3	187,3	66,2	46,5	70,3
9	458,5	300,1	206,7	65,5	45,1	68,9
70	522,3	352,8	236,7	67,6	45,3	67,1

*) einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

46 Quellen: Spalte (a): 1950 - 1968: J. Huffschmid: DIE POLITIK DES KAPITALS. KONZENTRATION UND WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK, Frankfurt/Main 1969, Tab. 1.1., S. 14 f.; 1969 - 1970: WISTA (23) 1. Jan. 1971, S. 11. Spalten (b) + (c); 1950 - 1959: WISTA (15), 10, Okt. 1963, S. 583; 1960 - 1966; WISTA (22), 2, Feb. 1970, S. 70; 1967 - 1970: WISTA (23), 2, Feb. 1971, S. 79.

Weiter müssen die Nominallöhne in Beziehung gesetzt werden zur Preisentwicklung, um so zu den Reallöhnen, der kategorialen Kritik der Nominallöhne, zu gelangen. Erst durch die Untersuchung der Reallöhne auf der individuellen und gesellschaftlichen Konsumtionsebene lassen sich Aussagen über die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse machen.

Um die Reproduktionsbedingungen des Kapitals darzustellen, müßten die Daten für die Größe des Mehrwertes zur Verfügung stehen; da diese nicht ermittelbar sind, wird auf die Entwicklung der Investitionen zurückgegriffen, die trendmäßige Aufschlüsse über die Reproduktionsbedingungen des Kapitals bietet. In der Gegenüberstellung zu den Reallöhnen läßt sich so in der Darstellung der relativen Lohnentwicklung der Antagonismus in der Entwicklung des Kapital v e r h ä l t n i s s e s analysieren.

Dieser Prozeß der Reproduktion des Kapitalverhältnisses, also der Reproduktion der Arbeiterklasse und des Kapitals, muß weiterhin untersucht werden hinsichtlich der Funktionen, die der Staat in dieser antagonistischen Entwicklung einnimmt, in welche Widerspruchskomplexe er eingreift und welche Formveränderungen sich dabei in der Reproduktion des Kapitalverhältnisses ergeben.

1. Die Nominallohnentwicklung in der BRD 1950 - 1970

1.1. Brutto- und Nettolohnentwicklung

Auf den ersten Blick scheint es, als habe das Wachstum des Einkommens der Unselbständigen mit dem des Volkseinkommens Schritt halten können.

Während das Volkseinkommen von 1950 bis 1970 von 75,2 Mrd DM auf 522,3 Mrd DM, d.i. knapp das Siebenfache, gewachsen ist, stieg das Bruttoeinkommen der Unselbständigen von 44,1 Mrd DM auf 352,8 Mrd DM, d.i. knapp das Achtfache. Folglich stieg auch die Bruttolohnquote, der Anteil des Bruttoeinkommens am Volkseinkommen, merklich an. Während sie von 1950 bis 1960 nur um 2,1 Prozentpunkte stieg, steigt sie von 1960 bis 1970 auf 67,6 % um 6,9 Prozentpunkte.

So entsteht der Eindruck, als ob sich die Lage der Lohnabhängigen entscheidend verbessert hätte. Dieses Bruttoeinkommen steht jedoch nur zu einem geringen Teil seinen "Besitzern" zur Verfügung. Die Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnsteuerbestandteile bekommen sie nie zu Gesicht. Dies ist zugleich ein wesentlicher Unterschied zwischen der Besteuerung der Lohnabhängigen und derjenigen der Kapitalisten: Während die Einkommens- und Körperschaftssteuern nachträglich abgeführt werden, also den Kapitalisten zumindest zeitweilig der volle Bruttoprofit zur Verfügung steht, wird die Lohnsteuer vorher abgezogen. Mehr noch: Die Lohnabhängigen zahlen meistens mehr, als sie zu zahlen hatten, und sie müssen die Mühsal des "Lohnsteuerjahresausgleichs" auf sich nehmen, um wenigstens einen Teil des zu viel gezahlten Geldes zurückzubekommen.

Mit Ausnahme der Jahre 1953/54, 1959, 1961 und 1964/65 wachsen die Abzüge am Bruttoeinkommen seit 1950 beständig schneller als das Nettoeinkommen. Während 1950 der Anteil des Netto- am Bruttoeinkommen 78,9 % betrug, stiegen die Abgaben 1970 auf fast ein Drittel des Bruttoeinkommens.

Entsprechend dem Wachstum der Abzüge sinkt die Nettolohnquote am Volkseinkommen, also der Teil des Volkseinkommens, der als je individueller Lohn zirkuliert. Von 1950 bis 1960 fällt sie von 46,3 auf 45,7 %, also um 0,6 Prozentpunkte, steigt dann von 1960 bis 1967 um 3,4 Punkte auf 49,1 %, um dann aber bis 1970 sogar unter den Wert von 1960 zu fallen, nämlich auf 45,3 %.

Die Erklärung für den Anstieg der Nettolohnquote nach 1960 bietet die Entwicklung der Arbeitslosenquote (Tab. 2), die von 1950 bis 1960 stets über 1 % lag, um dann 1961 unter 1 % zu fallen, bis sie dann in der Krise von 1967 wieder auf über 2 % stieg (47).

> "Der relative (Netto-, d.Verf.) Lohnanteil hörte gerade an dem Augenblick zu sinken auf und begann zu steigen, als sich die Kurve der offenen Arbeitsplätze mit der der Arbeitslosigkeit schnitt, als die Zahl der Stellenangebote jene der Erwerbslosen zu übersteigen begann. Man kann keine bessere Bestätigung für die Marxschen Thesen finden, denenzufolge die industrielle Reservearmee der Regulator des Arbeitslohnes in der kapitalistischen Produktionsweise bildet." (48)

Tatsächlichen Aufschluß über den Inhalt des Wachstums der Einkommen der Unselbständigen bietet erst die Gegenüberstellung mit der Zahl der Unselbständigen.

Unabhängig von der Verschwommenheit der Kategorie der "unselbständigen Erwerbstätigen" zeigt die Tabelle 2, daß das Kapital sich seine disponible Arbeitsbevölkerung schafft.

Dieser Prozeß, die Produktion der Lohnarbeiter durch das Kapital, begann in der ursprünglichen Akkumulation und war Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Lebens- und Produktionsmitteln, historische Funktion der ursprünglichen Akkumulation, war historische Voraussetzung des Kapitalismus und ist mit seiner Entfaltung aufgehoben, d.h. immer noch Prozeß (49); das Kapital schafft sich in der Produktion der Lohnarbeiter die Grundlage seiner Verwergung.

Bis 1961 stieg der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung der BRD stetig von 42,6 % (1950) auf 47,3 %. (50) Seit 1962 steigt umgekehrt der Anteil der nicht bzw. nicht mehr im Erwerbsleben stehenden Personen an der Wohnbevölkerung, nämlich von 52,7 % (1962) auf 55,6 % (1969). Trotzdem erhöhte sich die absolute Zahl der Erwerbstätigen aufgrund der Steigerung der Wohnbevölkerung.

Die Struktur der Erwerbsbevölkerung verändert sich kontinuierlich in Richtung auf einen immer höheren Anteil der Lohnabhängigen.

Tabelle 2 zeigt, daß der Anteil der Selbständigen (100 % minus Unselbständigenquote) von 31,5 % der Erwerbstätigen (1950) auf 17,6 % (1970) zurückgeht. Die Freisetzung

---

47 Die Arbeitslosenquote von 1967 mit 2,1 % ist indes nicht die Wiedergabe der wirklichen Freisetzung durch die kapitalistische Krise. Das Ausscheiden vieler Erwerbstätiger aus dem Wirtschaftsleben als sogenannte "Frührentner", die Nichteinstellung neuer Lohnarbeiter, die hohe Zahl der "Kurzarbeiter" und der Rückgang in der Zahl der ausländischen Arbeiter verdecken die Größe der für das Kapital überflüssigen Bevölkerung.

48 E. Mandel: DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFTSKRISE. LEHREN DER REZESSION 1966/67, Frankfurt/Main 1969, S. 21 f.

49 Vgl. ROHENTWURF, S. 363 f.: die "historischen Voraussetzungen" – i.e. des Kapitals, gemeint ist die ursprüngliche Akkumulation – "verschwinden also mit dem wirklichen Kapital, mit dem Kapital, das selbst, von seiner Wirklichkeit ausgehend, die Bedingungen seiner Verwirklichung setzt ... Diese Voraussetzungen, die ursprünglich als Bedingungen seines Werdens erschienen – und daher noch nicht von seiner Aktion a l s K a p i t a l entspringen konnten, erscheinen jetzt als Resultate seiner eigenen Verwirklichung, als g e s e t z t von ihm – n i c h t a l s B e d i n g u n g e n s e i n e s E n t s t e h e n s , s o n d e r n a l s R e s u l t a t e s e i n e s D a s e i n s ." (Hervorheb. i. Text)

50 Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft: LEISTUNG IN ZAHLEN '69, o.O. (Bonn) 19. Aufl. 1970, Tab. 1.21, S. 14.

Tab. 2: Entwicklung der Erwerbstätigen (51)

Jahr	Erwerbstätige alle	unselb.	Unselbst. quote	Arbeitslosenquote	rechnerische Lohnquote bei konstant gesetzter Beschäftigtenstruktur des Jahres 1950 brutto	netto
	in Mill. (a)	(b)	in vH (a) : (b)	(c)	(d)	(e)
1950	20,0	13,7	68,5	10,3	58,6	46,3
1	20,5	14,3	69,8	9,0	57,6	44,8
2	20,9	14,8	70,8	8,4	55,5	42,9
3	21,4	15,3	71,5	7,5	56,2	43,5
4	22,0	16,0	72,7	7,0	55,9	43,5
55	22,8	16,8	73,7	5,1	54,7	42,3
6	23,4	17,5	74,8	4,0	54,4	42,0
7	23,9	18,0	75,3	3,7	54,3	41,6
8	24,1	18,2	75,5	3,7	54,9	41,5
9	24,4	18,5	75,8	2,6	54,4	41,3
60	26,3	20,3	77,2	1,3	53,9	40,5
1	26,6	20.7	77,8	0,8	56,2	41,1
2	26,8	21,1	78,7	0,7	56,8	41,4
3	26,9	21,3	79,2	0,8	57,0	41,4
4	27,0	21,5	79,6	0,7	56,6	41,2
65	27,2	21,8	80,1	0,7	56,9	41,7
6	27,1	21,9	80,8	0,7	57,5	41,5
7	26,3	21,2	80,6	2,1	58,2	41,7
8	26,3	21,3	81,0	1,5	56,0	39,4
9	26,8	21,9	81,7	0,8	55,1	37,8
70	27,2	22,4	82,4	0,7	56,1	37,7

selbständiger Handwerker und Bauern von ihren unmittelbaren Subsistenzquellen, um in der Lohnarbeit die vermittelte zu erhalten, und die Expropriation kleinerer Kapitalisten im Zuge der Konzentration und Zentralisation des monopolistischen Kapitals ist der wesentliche Hintergrund dieser Erscheinung.

Das Wachstum der Bruttolohnquote (Tab. 1) erklärt sich zu einem sehr großen Teil aus der Zunahme der Gesamtzahl der Unselbständigen.

Setzt man den Anteil der Unselbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen konstant entsprechend der Unselbständigenquote von 1950, d.h. eliminiert man rechnerisch den Prozeß der Expropriation wachsender Teile der Bevölkerung durch das Kapital, das sie zu seinen Lohnarbeitern macht, so läßt sich dies statistisch nachweisen. (Tab. 2, Spalten (d) und (e)).

51 Quellen: Spalten (a) + (b): 1950 - 1968: Huffschmid, a.a.O.,; 1969: BMWI: LEISTUNG ..., Tab. 1.23, S. 15; 1970: WISTA (23), 6, Juni 1971, S. 352.
Spalte (c): 1950 - 1966: J. Hirsch: WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHER FORTSCHRITT UND POLITISCHES SYSTEM. Organisation und Grundlagen administrativer Wissenschaftsförderung in der BRD, Frankfurt/Main 1970, Tab. 1, S. 87; 1967 - 1968: WISTA (21), 7, Juli 1969, S. 364; 1969: JAHRESGUTACHTEN 1970 (= Bundestags-Drucksache VI/1470) (Bonn 1971), S. 132; 1970: WISTA (23), 6, Juni 1971, S. 352.

Bei gleicher Beschäftigtenstruktur wie 1950 mit einem Anteil von 68,4 % der Unselbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen hätten 1970 nur 18,6 Millionen als Unselbständige, also 3,8 Millionen weniger als tatsächlich, gearbeitet. 22,4 Millionen Unselbständige hatten 1970 ein Bruttoeinkommen von 352,8 Mrd DM (Netto: 236,7 Mrd DM) zur Verfügung, d.h. daß 18,6 Millionen nur den entsprechenden Teil – das sind etwa 290 Mrd DM (Netto: ca. 200 Mrd DM) – verdient hätten. Diese fiktive Summe entspricht knapp 56 % (Netto 38 %) des Volkseinkommens von 1970.

Das Sinken der rechnerischen Lohnquote bei konstant gesetzter Beschäftigungsstruktur zeigt, daß der Zuwachs der Einkommen aus unselbständiger Arbeit vor allem der Zunahme der Zahl der Unselbständigen geschuldet ist.

So zeigt die Berechnung der Unselbständigeneinkommen je durchschnittlich Beschäftigten als wichtigstes Charakteristikum erheblich langsamere Wachstumsraten als die Gesamtsumme der Brutto- und Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. (52)

52 Das Wachstum der Löhne je unselbständigen Beschäftigten muß dabei nicht Funktion einer absoluten Erhöhung der einzelnen effektiven Löhne sein. Auf der Konkretionsstufe von Lohnstrukturerhebungen muß untersucht werden, wie weit es Ausdruck erhöhter durchschnittlicher Arbeitszeit ist und/oder einer Veränderung des Lohngefüges, d.h. einer veränderten Verteilung der Lohnabhängigen auf die Gruppen der Volkswirtschaft, zuzuschreiben ist.
Vgl.: A. Francke: PREISE UND LÖHNE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND SEIT 1950 (= Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. v.E. Schneider, 64) Tübingen 1964, S. 17 f.: "Die Lohnerhöhung kann das Ergebnis einer Tarifänderung sein, ... Dabei ist zu beachten, daß eine Tariferhöhung der Stundenlöhne von einer tariflichen Änderung der Arbeitszeit begleitet sein kann. Wir messen, um die Änderungen der wöchentlichen und monatlichen Arbeitszeiten außer acht lassen zu können, die Tarifänderungen in gleicher Weise wie die Lohnänderungen, d.h. wir fragen nicht nach der Änderung des durchschnittlichen Stundenlohnsatzes je Arbeitnehmer, sondern nach der Änderung des jahresdurchschnittlichen tariflichen Monatslohns gegenüber dem Vorjahr. Schließlich kann es in der Volkswirtschaft zu Lohnerhöhungen kommen, ohne daß tarifliche oder freiwillige Lohnerhöhungen vorgenommen wurden. Ein solcher Fall liegt vor, wenn sich das Lohngefüge von einem zum anderen Jahr geändert hat, d.h. wenn Arbeitnehmer aus Sektoren mit niedrigeren Lohnsätzen in Sektoren mit höheren Lohnsätzen ceteris paribus abgewandert sind. Ohne daß die effektiven Monatsverdienste der Arbeitnehmer in den einzelnen Branchen geändert werden, kann allein die Änderung der Verteilung der Arbeitnehmer auf die Branchen eine Lohnänderung herbeiführen."

SOPO 11 (Juni 71) enthält u.a. auf 120 Seiten:

P. Boccara	Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus
D. Klein	Imperialistische Zukunftsforschung im staatsmonopolistischen Kapitalismus
W. Erdmann	Klassenkämpfe und Volkswirtschaft in der Türkei
Bericht	IMSF-Tagung "Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften"

Tab. 3: Einkommen je durchschnittlich beschäftigten unselbständigen Erwerbstätigen (53)

Jahr	Einkommen je Unselbständigen		jährliche Wachstumsraten der Einkommen je Unselbständigen		aller Unselbständigen	
	brutto *)	netto	brutto	netto	brutto	netto
	in DM		in vH			
	(a)	(b)	(c)	(d)	(e)	(f)
1950	3219	2540	–	–	–	–
1	3734	2909	+ 16,0	+ 14,5	+ 21,1	+ 19,5
2	4027	3108	+ 7,8	+ 6,8	+ 11,6	+ 10,6
3	4301	3327	+ 6,8	+ 7,0	+ 10,4	+ 10,7
4	4494	3494	+ 4,5	+ 5,0	+ 9,3	+ 9,8
55	4881	3774	+ 8,6	+ 8,0	+ 14,1	+ 13,4
6	5246	4046	+ 7,5	+ 7,2	+ 12,0	+ 11,7
7	5583	4278	+ 6,4	+ 5,7	+ 9,5	+ 8,8
8	5989	4522	+ 7,3	+ 5,7	+ 8,5	+ 6,9
9	6314	4789	+ 5,4	+ 5,9	+ 7,2	+ 7,7
60	6874	5168	+ 8,9	+ 7,9	+ 19,5	+ 18,4
1	7713	5672	+ 12,8	+ 9,8	+ 15,0	+ 11,9
2	8412	6133	+ 8,5	+ 8,1	+ 10,6	+ 10,2
3	8939	6488	+ 6,3	+ 5,8	+ 7,3	+ 6,8
4	9693	7042	+ 8,4	+ 8,5	+ 9,5	+ 9,6
65	10550	7729	+ 8,8	+ 9,8	+ 10,4	+ 11,3
6	11306	8151	+ 7,2	+ 5,5	+ 7,7	+ 5,9
7	11694	8377	+ 3,4	+ 2,8	+ 0,0	- 0,5
8	12502	8793	+ 6,9	+ 5,0	+ 7,4	+ 5,5
9	13703	9438	+ 9,6	+ 7,3	+ 12,7	+ 10,4
70	15750	10567	+ 14,9	+ 12,0	+ 17,6	+ 14,5

*) einschließlich Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

1.2. Die Bewegung der Bestandteile des Bruttoeinkommens der Unselbständigen

In der bürgerlichen Statistik setzt sich das Bruttoeinkommen der Lohnabhängigen zusammen aus der Nettolohn- und -gehaltssumme, den Lohnsteuern und den Beiträgen zur Sozialversicherung. Betriebliche Sozialaufwendungen (Kantinen etc.) werden in ihr zwar begrifflich unter das "Einkommen" der Arbeitnehmer subsumiert; da diese aber z.T. nicht statistisch erfaßt werden (können), wird der Schluß gezogen, daß die "Einkommen" tatsächlich höher liegen als ausgewiesen.

> "Das durch die Lohnstatistik dargestellte Arbeitseinkommen ist in der Regel geringer als das dem Arbeitnehmer aus der Erwerbstätigkeit in dem beschäftigenden Betrieb zufließende Einkommen. Dies ergibt sich aus dem Umstande, daß die Lohn-

53 Eigene Berechnungen nach Tab. 1, Spalten (b) und (c), dividiert durch Tab. 2, Spalte (b).

54 Quellen: Spalten (a) und (f): wie Tab. 1, Spalten (b) und (c): Spalte (c): 1950 - 1959: WISTA (15), 10, Okt. 1963, S. 583, 1960 - 1966: WISTA (22), 2. Feb. 1970, S. 70, 1967 - 1970: WISTA (23), 2, Feb. 1971, S. 79; Spalte (e): 1950 - 1959 (einschl. Notopfer Berlin): WISTA (13), 3, März 1961, S. 145, 1960 - 1970: wie Spalte (c).

Tab. 4: Die Entwicklung der Bestandteile des Bruttoeinkommens der Unselbständigen (54)

Jahr	Bruttoeinkommen	Arbeitgeberbeiträge zur Soz.vers. + zus.Aufw.	Bruttolohn- u. -gehaltsumme	Arbeitnehmerbeiträge zur Soz.vers.	Lohnsteuer	Nettolohn- u. -gehaltsumme
	in Mrd DM					
	(a)	(b)	(c)	(d)	(e)	(f)
1950	44,07	4,26	39,81	3,10	1,92	34,79
1	53,43	5,07	48,36	3,68	3,10	41,58
2	59,60	5,72	53,88	3,98	3,91	45,99
3	65,77	6,42	59,35	4,55	3,94	50,86
4	71,87	6,92	64,95	4,93	4,16	55,86
55	81,95	8,01	73,94	5,59	4,92	63,43
6	91,82	8,95	82,87	6,16	5,85	70,84
7	100,52	10,82	89,70	7,72	4,95	77,03
8	108,99	12,24	96,75	8,78	5,63	82,34
9	116,83	12,95	103,88	9,93	5,89	88,60
60	142,83	18,29	124,54	11,73	7,91	104,90
1	160,51	20.07	140,44	12,84	10,18	117,42
2	177,48	21,94	155,54	14,35	11,83	129,36
3	190,44	23,54	166,90	15,38	13,31	138,21
4	208,42	24,61	183,81	16,78	15,68	151,35
65	229,99	26,86	203,13	18,72	15,88	168,53
6	247,56	29,60	217,96	20,69	18,79	178,48
7	247,90	30.01	217,89	21,15	19,11	177,63
8	266,31	33,56	232,75	23,63	21,85	187,27
9	300,06	38,96	261,10	27,52	26,92	206,66
70	352,75	46,75	306,00	32,76	36,54	236,70
	in vH					
1950	100	9,67	90,33	7,03	4,36	78,94
1	100	9,49	90,51	6,89	5,80	77,82
2	100	9,60	90,40	6,68	6,56	77,16
3	100	9,76	90,24	6,92	5,99	77,33
4	100	9,63	90,37	6,86	5,79	77,72
55	100	9,77	90,23	6,82	6,01	77,40
6	100	9,75	90,25	6,72	6,38	77,15
7	100	10,76	89,24	7,68	4,93	76,63
8	100	11,23	88,77	8,05	5,17	75,55
9	100	11,08	88,92	8,04	5,04	75,84
60	100	12,81	87,19	8,21	5,54	73,44
1	100	12,50	87,50	8,00	6,34	73,16
2	100	12,36	87,64	8,09	6,67	72,88
3	100	12,36	87,64	8,08	6,99	72,57
4	100	11,81	88,19	8,05	7,52	72,62
65	100	11,68	88,32	8,14	6,91	73,27
6	100	11,96	88,04	8,36	7,59	72,09
7	100	12,11	87,89	8,53	7,71	71,65
8	100	12,60	87,40	8,87	8,21	70,32
9	100	12,98	87,02	9,17	8,97	68,88
70	100	13,25	86,75	9,29	10,36	67,10

statistik gewisse betriebliche Aufwendungen, welche wirtschaftlich als Einkommen des Arbeitnehmers zu gelten haben, nicht umfaßt." (55)

Der Einkommensbegriff deckt sich also mit dem der Kosten des Kapitals, die ihm aus der Anwendung von Lohnarbeit entstehen. Der Begriff des variablen Kapitals unterscheidet sich davon grundlegend, da als entscheidendes Kriterium für ihn nicht die Anwendung von Lohnarbeit gilt, sondern das des Gebrauchs von produktiver lebendiger Arbeitskraft. "Variables Kapital" ist definiert durch die nominale Geldsumme, die vom Kapital zum Ankauf produktiver Arbeitskraft verausgabt werden muß. Diese Summe umfaßt einmal das individuell verfügbare Einkommen dieser produktiven Arbeiter; dazu treten die Summen der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge, die von ihnen gezahlt werden, insgesamt also die nominale Bruttolohnsumme der produktiven Arbeiter. Weiterhin werden vom Kapital als Bestandteile des variablen Kapitals verausgabt die (Kapital-) Beiträge zur Sozialversicherung der produktiven Arbeiter sowie gewisse betriebliche Aufwendungen, die von den produktiven Arbeitern im Betrieb zu ihrer Reproduktion konsumiert werden. Der Begriff des variablen Kapitals deckt sich also der Struktur seiner Bestandteile nach mit dem Begriff des "Bruttoeinkommens der Unselbständigen" in der bürgerlichen Statistik; seine Quantität ist indes geringer, da alle Aufwendungen für unproduktive Arbeit aus dem "Bruttoeinkommen" abgezogen werden müssen, um die Höhe des variablen Kapitals zu ermitteln. Da es hier nicht darum geht, absolute Aussagen zu machen, lassen wir im folgenden die Bewegung der Bestandteile des Bruttoeinkommens die der des variablen Kapitals induzieren. Es handelt sich dabei also um eine Gleichsetzung, die der Vereinfachung der Darstellung dient, nicht um eine begrifflich-systematische. (56) In dem Augenblick, da das variable Kapital seine Funktion erfüllt hat, d.h. zum Ankauf lebendiger produktiver Arbeitskraft gedient hat, hört es auf, variables Kapital zu sein (56a). Es teilt sich in die Geldsummen, die als individueller Netto- (Nominal-) Lohn zirkulieren, in die (nominalen) Lohnsteuersummen und in die (nominalen) Beiträge zur Sozialversicherung. Die Höhe des Geldvolumens des variablen Kapitals bestimmt sich also am A n f a n g seiner Metamorphose. (57)

Tabelle 4 zeigt, daß die relative Entwicklung der Bestandteile der als "Bruttoeinkommen" der "Unselbständigen" geführten Summen einer eindeutigen Tendenz unterliegt. Der Anteil der als individuell verfügbarer Lohn zirkulierenden Nettolohn- und -gehaltssumme sinkt kontinuierlich; diese Tatsache zeigte sich bereits in der Bewegung der Nettolohnquote, also in Relation zum Volkseinkommen.

---

55 P. Deneffe: "Stand und Probleme ...", a.a.O., S. 11.

56 Der Versuch einer Quantifizierung bleibt immer beschränkt auf den Versuch einer schätzungsweisen Umrechnung des Materials, das die bürgerliche Statistik liefert. Ein Versuch der Umrechnung von Größen der bürgerlichen Statistik auf solche, denen die marxistisch-leninistische Begrifflichkeit zugrunde liegt, findet sich bei Lungwitz (a.a.O.). Es bleibt jedoch zu fragen, ob und wie weit solche Annäherungen wesentliche Erkenntnisse vermitteln.

56a Vgl.: MEW 24, S. 437: "Es ist nicht das variable K a p i t a l, das doppelt fungiert,... sondern es ist dasselbe G e l d." (Hervorh. i. Text)

57 Müller/Neusüß scheinen uns hingegen das variable Kapital entsprechend dem E n d p r o z e ß dieser Metamorphose zu definieren. Für sie gilt nur als variables Kapital, was real in die Reproduktion der produktiven Arbeitskraft eingeht. Bei ihnen sind die Geldsummen des variablen Kapitals bereits "deflationiert", d.h. daß die Absorption von Teilen der Geldsummen durch die Monopole und ihren Staat notwendig nicht in ihren Blickwinkel geraten kann. Ihre Schlußfolgerung, Umverteilung finde nur innerhalb der Klassen selbst statt, erweist sich soweit als truistisch.

Die Abzüge von der Bruttolohn- und -gehaltssumme, also die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und die Lohnsteuer, machten 1950 etwas über 11 % des Bruttoeinkommens aus; 1970 sind es fast 20 %.

"Die (...) Untersuchung des Steueraufkommens vermittelt ein recht aufschlußreiches Bild über die ungleichmäßige steuerliche Belastung der verschiedenen Klassen und Schichten der BRD.
So hat die Lohnsteuer außerordentlich rasch zugenommen und das Wachstum des Gesamtsteueraufkommens bei weitem übertroffen. Dementsprechend stieg ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen von 10,2 Prozent im Jahre 1959 auf 18,4 Prozent im Jahre 1969. Hervorzuheben ist, daß das Lohnsteueraufkommen 1969 um fast das 2,5fache größer war als das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer, mit der vor allem die Profite der Monopolgesellschaften belastet werden. Ebenso wurde das Aufkommen aus der Einkommenssteuer übertroffen. Jeder Zuwachs des Lohn- und Gehaltseinkommens unterliegt einer hohen Steuerprogression, während demgegenüber die Kapitalsteuern, mit denen der Profit belastet wird, einen proportionalen Steuertarif besitzen." (58)

Betrachtet man nur den Kreislauf des variablen Kapitals, d.h. nur die beiden Endpole seiner Metamorphose, so fließen "letzten Endes" – wie Müller/Neusüß sagen (59) – die Summen, die für die Sozialversicherung gezahlt wurden, den Lohnabhängigen zurück. Ähnlich werden für die Lohnsteuer gewisse Leistungen des Staates im Ausland in Anspruch genommen – etwa Schulbildung – die in die – gesellschaftliche – Reproduktion der Lohnabhängigen eingehen, die sich gegen variables Kapital tauschen, wenn auch nicht gegen den als individueller Lohn zirkulierenden Teil.

Entsprechend könnte das relative Anwachsen der Abzüge vom Bruttolohn als relatives Wachstum der Mittel, die der gesellschaftlichen Konsumtion zur Verfügung stehen, interpretiert werden, als Ausdruck zunehmender Vergesellschaftung der Reproduktion der Arbeitskraft innerhalb der Schranken der kapitalistischen Produktionsweise.

Hier nun ist nach der Differenz zu fragen, die zwischen der Summe Tauschwerte besteht, die zum variablen Kapital zählt, und der Summe Tauschwerte, die für die Konsumtion – individuell und gesellschaftlich – der Arbeiterklasse verwandt wird. D.h. es ist die Differenz zwischen der nominalen Höhe der Summe, die als variables Kapital zum Ankauf von produktiver Arbeitskraft gedient hat, und der realen Reproduktionsbedingungen dieser Arbeitskraft zu untersuchen. Wenn die so gegebenen (nominalen) Tauschwerte diesen Arbeitern nur z.T. als Äquivalente für Gebrauchswerte ihrer Konsumtion dienen, so bezeichnen wir das als eine durch die Zirkulation vermittelte Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Arbeiterklasse.

Auf der Ebene der als individuelle Nettolöhne zirkulierenden Teile des variablen Kapitals ist diese Differenz zur Selbstverständlichkeit geworden, was sich in der üblich und notwendig gewordenen Trennung der Kategorien "Nominal"- und "Reallohn" (60) zeigt. Die Notwendigkeit der "Deflationierung" der Nominallöhne und die Darstellung der realen

---

58 DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 262/264.

59 A.a.O., S. 9, FN 13/S. 12, FN 13.

60 Der Nominallohn wird deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung. Trotz der problematischen Berechnungsmethode (Vgl.: R. Skiba: "Die langfristige Entwicklung der Reallöhne", in: WWI – MITTEILUNGEN (22), 7/1969, S. 192 ff.) geben wir kurz die entsprechenden Werte an. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg (auf der Basis von 1925 = 100) bis 1970 auf 217. Seit 1950 sank der Anteil des Reallohnes je beschäftigten Arbeitnehmer am Nominallohn von 72,5 % (1950) auf 46,1 % (1970); die reale Kaufkraft des Nominallohnes (1970: 10.567 DM) betrug 1970 nur mehr 4.871 DM. Zieht man zum Vergleich den Index der Erzeu-

Konsumtionsmöglichkeiten in der Kategorie des Reallohnes, die beobachtbare trendmäßige Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Geldmenge der Löhne und den im Austausch erhaltbaren Waren und Diensten – als "Inflation" beschriebenes säkulares Phänomen des modernen Kapitalismus (61) – zeigt die Tendenz des Kapitals, die in Lohnerhöhungen gemachten nominalen Zugeständnisse real wieder zunichte zu machen. Die im Bereich der Waren und Dienste, die in die individuelle Konsumtion eingehen, weitaus rascher vor sich gehende inflationistische Entwicklung ist im Effekt eine nachträgliche Korrektur der Primärverteilung. Dementsprechend ist die Kategorie der Ausbeutung der Lohnabhängigen besonders heute nicht mehr allein auf der Ebene des Verhältnisses von E i n z e l - Kapital und dessen Arbeitern festzumachen, sondern wächst in den gesellschaftlichen Bereich hinaus.

Für die nicht als individuelle Revenue zirkulierenden (Tausch-) Werte des variablen Kapitals gilt die analoge Argumentation.

In dem Maße, wie die Leistungen, die in die gesellschaftliche Konsumtion eingehen, den Abgaben entsprechen, indizieren sie den "Realsteuerbeitrag" der Lohnabhängigen; "Realsteuern" sind die Summen, denen äquivalente gesellschaftliche Leistungen entsprechen. (62)

Die Entwicklung der Abzüge entfernt sich indes immer mehr von der der Leistungen, die in die gesellschaftliche Konsumtion der Lohnabhängigen eingehen. Die Absorption eines immer größeren Anteils des Lohnes durch den Staat, die klassenmäßige Besteuerung (63), nach der

> "jedes Prozent Zuwachs beim Bruttolohn einen Zuwachs des Lohnsteueraufkommens von 2,3 % bringt" (64),

erweitert das Aneignungsverhältnis auf den Staat.

Die an die Sozialversicherung entrichteten Beiträge sind in ihrem Ursprung Teil des variablen Kapitals (65). Als Geld hingegen können sie Funktionen erfüllen, die außerhalb der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft liegen. Vermittelt über die Banken, bei denen die Sozialversicherungen Einlagen halten (am 31.12.1960:9,6 Mrd. DM), oder auch als Direktdarlehen an Unternehmen (1960: 6 Mrd DM – bei einem Gesamtvermögensbestand von 26,4 Mrd. DM) (66) dient es zur Akkumulation des Kapitals, an der auch die

ger- und Großhandelspreise hinzu, der die Reproduktionsbedingungen des konstanten Kapitals betrifft, so zeigt sich, daß relativ zum Anstieg der Lebenshaltungskosten die Preise der Güter auf dem Markt der Gruppe I fast konstant blieben. Auf der Basis von 1953 (= 100) stieg der Lebenshaltungsindex bis 1969 auf 140,3; der Index der Erzeugerpreise nur auf 108. Die inflationäre "Geldentwertung" vollzieht sich also eindeutig zu Lasten der Lohnabhängigen; sie ist im wesentlichen auf die Auswirkungen der Monopolpreise wie auf die Fiskalpolitik des Staates zurückzuführen, da die hohen Umsatz- und Verbrauchssteuern stets auf die Preise der Konsumgüter überwälzt werden. (Angaben aus: Skiba, a.a.O., S. 195; WISTA (23), 7. Juli 1971)

61 Vgl.: DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 308 ff.; W. Hoffmann: DIE SÄKULARE INFLATION, Berlin 1962.

62 Vgl. R. Skiba, a.a.O.

63 Vgl. zu den Veränderungen in der Struktur der Steuereinnahmen: H.-J. Höhme: "Der Staatshaushalt der BRD. Funktion – Struktur – Entwicklungstendenzen des Haushaltssystems in der BRD" (= DWI – FORSCHUNGSHEFT (6), 1/1971) Berlin 1971, S. 73 ff.

64 DER SPIEGEL, Hamburg, (25) 1-2/1971, S. 40.

65 Vgl. Müller/Neusüß, a.a.O., S. 9, FN. 13/S. 12, FN. 13.

66 K.-D. Schmidt/U. Schwarz/G. Thiebach: SOZIALHAUSHALT UND WIRTSCHAFTSKREISLAUF IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1950 bis 1960, (Schriftenreihe des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, Band 3), Tübingen 1965, Tab. 18, S. 45; vgl. auch dort: S. 42 ff.

sogenannte "Sozialversicherungsklausel" für die Verausgabung der Mittel der Sozialversicherung (§§ 25/26 RVO) nichts ändert; lediglich die Notwendigkeit, "eine gewisse Liquiditätsreserve zu halten" (67), beeinflußt diesen Prozeß – unwesentlich. Diese konkrete Verwendung der Geldsummen, die "letzten Endes", die Metamorphose des variablen Kapitals vermitteln, ignorieren Müller/Neusüß, wenn sie nur die Endpole dieses Kreislaufs betrachten, und zusätzlich die Trennung von nominaler und realer Entwicklung definitorisch ausschalten.

Der zeitliche Verzug im Umschlag der aus dem variablen Kapital entspringenden Summen, der Geldmittel freisetzt – wie am Beispiel der Sozialversicherungen gezeigt – und die direkte Absorption von Teilen dieser Summen durch den Staat sprengt den Blickwinkel der globalen Kreislaufanalyse. Genau diese Beträge aber sind in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus gemeint, wenn von einer Erweiterung des kapitalistischen Aneignungsverhältnisses von der Ebene des Einzelkapitals auf die der Monopole und ihres Staates gesprochen wird; sie sind in der Praxis gemeint, wenn die Ausdehnung der Basis der Reproduktion der Werktätigen gefordert wird. Die Forderung nach Erweiterung der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und nach Verminderung der Schere in Nominal- und Reallohnentwicklung bedeutet zunächst nichts anderes, als daß ein größerer Teil der nominalen Geldmittel des variablen Kapitals auch r e a l in die Reproduktion der Arbeiterklasse eingeht.

Entsprechend ihrer Abstraktion von dieser konkreten Bewegung der aus dem variablen Kapital entspringenden Mittel kommen Müller/Neusüß zu dem Schluß, Umverteilungen zwischen den Klassen finden nicht statt, sondern lediglich Verwendung von Mitteln. (68) In der Tat halten wir es für durchaus zulässig, die "Verwendung" von Wertäquivalenten, die aus dem Austausch mit der Ware Arbeitskraft resultieren, zur Finanzierung gesteigerter Ausbeutung der Arbeiterklasse als eine Umverteilung von Werten von der Arbeiterklasse auf die Monopole zu bezeichnen. Die Qualität der sogenannten "Verwendung" des Geldes ist nicht die des abstrakten Reichtums, sondern die seiner Konkretion e n t w e d e r als Kapital o d e r als Mittel der Reproduktion der Arbeitskraft. Das im Prozeß dieser Umverteilung "verwendete" Geld dient zur Produktion von Kapital, während es der Arbeiterklasse als Mittel zur Erweiterung ihrer Konsumtion entzogen ist. So wird der Teil des Nationaleinkommens, der auf dem Markt der Güter der Gruppe II (Konsumtionsmittel) als Geldnachfrage auftritt, über die ohnehin stattgefundene relative Verminderung (vgl. Nettolohnquote) weiter vermindert zugunsten der Geldsummen, die auf dem Markt der Gruppe I sich als potentielles konstantes Kapital gegen dessen konkrete Elemente tauschen; dies gilt auch i n t e n s i v , wenn man berücksichtigt, daß aufgrund der verschiedenen Inflationsraten das Geld auf dem Markt der Gruppe I mehr "wert" ist. Das Ausmaß selbst der solchermaßen umverteilten Summen macht indes rückwirkend die – paradoxe – Redistribution von Mitteln nötig, um die in Konsumtionsmitteln für die Arbeiterklasse angelegten Warenkapitalien realisieren zu können (z.B. über Mietgeldzuschüsse oder Bankkredite).

Die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse zeigt sich sicherlich zunächst und w e s e n t l i c h auf der Ebene des Produktionsprozesses. K o n k r e t e Untersuchung der Ausbeutung der Arbeiterklasse muß aber die Ebene der Distribution mit umfassen.

1. Durch die Inflation erweitert sich der Rahmen der Aneignung auf die Zirkulationssphäre.
2. Über die Banken und Versicherungen, die Geldmittel mobilisieren, um sie den Mo-

67 Ebenda, S. 47, FN. 40.

68 A.a.O., S. 42/45.

nopolen für ihren Akkumulationsfonds zur Verfügung zu stellen, vermittelt sich die Umverteilung der Resultate der Wertschöpfung.

3. Schließlich greift der Staat über "Lohnleitlinien" und "konzertierte Aktion" unmittelbar in die Tarifauseinandersetzungen und damit in die Primärverteilung ein und eignet sich selbst Steuermittel der Arbeiterklasse an, um sie für seine Umverteilung zur Verfügung zu haben.

All dies dient nur einem wesentlichen Zweck. Die Mittel zusammenzutragen, die heute, unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im Kapitalismus, zur Akkumulation der Monopole notwendig geworden sind.

> "... kapitalistische Großproduktion (ist) nur möglich, wenn die Grenzen des Eigenkapitals beständig durch Verfügung über gesellschaftliches, zentralisiertes Kapital durchbrochen werden." (69)

2. Die Bewegung des relativen Lohnes

Die Untersuchung der Bewegung des relativen Lohnes fragt nach den Bedingungen für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses. (70) Die Darstellung dieser Beziehung unterscheidet die Bedingungen der Reproduktion der Arbeitskraft einerseits und die der Akkumulation andererseits; die analytische Trennung dieser beiden Momente in der Darstellung widerspricht dabei dem praktischen Prozeß der Akkumulation, in dem über die Reproduktion der Elemente die Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitalverhältnisses vollzogen wird.

> "Ein Wesensmerkmal der kapitalistischen Reproduktion besteht darin, daß in ihrem Verlauf nicht nur die sachlichen Elemente der Produktion erneut hergestellt werden, sondern auch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse." (71)

Prinzipiell muß der relative Lohn ermittelt werden als Relation zwischen Profit und dem real in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehenden variablen Kapital. Hier ist also die bereits angesprochene Umverteilung in Rechnung zu stellen, die zugunsten des Kapitals individuelle wie gesellschaftliche Konsumtion der Arbeitskraft einschränkt. Ein wesentliches Moment bei dieser Redistribution sowie bei der Verschleierung von Profitteilen entsteht durch die Möglichkeit der überhöhten Abschreibung, die dem Kapital eingeräumt wird.

2.1. Die Rolle der Abschreibungen im Prozeß der Reproduktion des Kapitalverhältnisses

Die erweiterte Reproduktion des Kapitals als Resultat und Voraussetzung der verschärften Ausbeutung der Lohnarbeit verlangt unter den Bedingungen der bereits erreichten hohen organischen Zusammensetzung und der internationalen Konkurrenz der Monopole eine sich ständig steigernde Akkumulationsrate. Zur Hauptquelle der Erweiterungsinvestitionen wurde infolge der Maßnahmen der staatlichen Investitionsforderung sowie der monopolistischen Extraprofite die Eigenfinanzierung, deren wichtigste Methode die

> "Selbstfinanzierung über das System der beschleunigten Abschreibung" (72)

bildet.

Abschreibungen sollen zunächst die einfache Reproduktion des konstanten fixen Kapitals gewährleisten, indem sie seinem tatsächlichen Verschleiß bzw. seiner sukzessiven Wertübertragung auf die Produkte Rechnung tragen. Im Preis der Ware werden die entsprechenden Beträge als Kosten ausgewiesen und unterliegen damit nicht der Profitbesteuerung.

Im Unterschied zur Arbeitskraft ist so die einfache Reproduktion des Kapitals schon immer garantiert. Der Verschleiß des konstanten Kapitals wird durch zwei Faktoren bestimmt: den physischen Verschleiß, Ausdruck des materiellen, gebrauchswertsetzenden Arbeitsprozesses, und den moralischen Verschleiß, der die Entwertung der Produktionsmittel durch Verbesserung bzw. Sinken der bei ihrer Produktion notwendigen Arbeitszeit berücksichtigt und zusammen mit dem physischen Verschleiß den ökonomischen Produktionsprozeß benennt, d.h. die Wertübertragung des konstanten fixen Kapitals auf die Produkte. (73) In dem Maß, wie die Produktionsmittel entwickelt werden, also besonders unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, beschleunigt sich der Prozeß des moralischen Verschleißes und damit die Entwertung des fixen Kapitals.

> "Es ist dies einer der Gründe der in solchen Epochen üblichen, maßlosen Verlängerung der Arbeitszeit, des Arbeitens mit wechselnder Schicht bei Tag und bei Nacht, damit in kürzerm Zeitraum, ohne den Verschleiß der Maschinerie zu hoch zu berechnen, ihr Wert sich reproduziert. Wird dagegen kurze Wirkungszeit der Maschinerie (ihre kurze Lebensfrist gegenüber voraussichtlichen Verbesserungen) nicht so ausgeglichen, so gibt sie zuviel Wertteil für moralischen Verschleiß an das Produkt ab", (74)

so daß auch der Warenpreis sich erhöht. Allgemein resultiert aus den beiden Möglichkeiten, die technische Entwicklung der Produktionsmittel in Rechnung zu stellen, sowohl die Tendenz zur Intensivierung der Arbeit wie auch zur Erhöhung der Preise. Die über die Preise vermittelte Konkurrenz der einzelnen Kapitale allerdings beschränkt die Realisierung der durch beschleunigten moralischen Verschleiß gesteigerten Preise auf monopolistische Unternehmen, einer der Gründe dafür, daß sich der technische Fortschritt fast ausschließlich in den großen Konzernen vollzieht.

Zwischen der wertmäßigen und der stofflichen Reproduktion des fixen Kapitals besteht eine zeitliche Differenz, der stoffliche Ersatz erfolgt periodisch, bedingt durch die Nutzungsdauer der jeweiligen Anlage, während die wertmäßige Reproduktion, Übertragung der Wertbestandteile auf die Produkte, kontinuierlich verläuft. Aus dem Amortisationsfonds, der den Ersatz des konstanten fixen Kapitals gewährleisten soll, ist immer schon erweiterte Reproduktion möglich. Der abstrakte Reichtum, der dem rechnerischen Amortisationsfonds des Einzelkapitals durch Realisierung der Warenpreise zufließt, kann beständig reinvestiert werden zur extensiven Erweiterung des Produktionspotentials, während die zu ersetzende Anlage z.T. aus dem durch erweiterte Ausbeutung gesteigerten Profit finanziert werden kann. Zugleich gehen die technischen Verbesserungen der Pro-

69 DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 136.

70 "Es ist eines der großen Verdienste Ricardos, den relativen oder proportionate Arbeitslohn betrachtet und als Kategorie fixiert zu haben. Bisher der Arbeitslohn ... immer nur einfach betrachtet, der Arbeiter daher als Tier. Hier aber wird er in seinem sozialen Verhältnis betrachtet. Die Stellung der Klassen zueinander bedingt mehr durch die proportionate wages als durch den absolute amount of wages." (MEW 26.2, S. 420 f.)

71 DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 256.

72 O. Kratsch: DIE WIRKUNG DER AMORTISATIONEN AUF DIE AKKUMULATION DES KAPITALS IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS, Berlin 1962, S. 13.

73 Vgl. die ausführliche Darstellung bei: R. Katzenstein: DIE INVESTITIONEN UND IHRE BEWEGUNG IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS, Berlin 1967, S. 28 ff.

74 MEW 25, S. 123.

duktionsmittel in die Bedingungen der einfachen Reproduktion ein. Die ein höheres technisches Niveau repräsentierenden für Ersatzinvestitionen verwendeten Anlagen bedeuten, da sie Arbeitsproduktivität und Ausbeutungsrate steigern, stets intensiv erweiterte Reproduktion. – Dies gilt auch bei steigenden Preisen der Produktionsmittel, da bei Berechnung der Abschreibungssumme stets der höhere Preis (Anschaffungs- oder Tagespreis) angesetzt wird.

Das bisher Gesagte trifft zu unter der Bedingung, daß die Abschreibungssätze dem tatsächlichen physischen und moralischen Verschleiß entsprechen, es gälte dann die lineare Abschreibungsmethode, bei der erhöhte Wertabgabe infolge moralischen Verschleisses durch Verkürzung der Abschreibungsfrist berücksichtigt werden könnte. Tatsächlich jedoch wird im heutigen Kapitalismus nach Möglichkeit degressiv abgeschrieben, d.h. die Abschreibungssätze sind in den ersten Jahren überproportional hoch und sinken daher unter den linearen Satz, so daß z.B. eine Maschine, deren Abschreibungsfrist zehn Jahre beträgt, schon in den drei Jahren nach ihrer Anschaffung zu zwei Dritteln abgeschrieben ist. Da in diesem Verfahren die reale Wertübertragung zunächst überhöht ausgewiesen wird, ändert sich auch die rechnerische Zusammensetzung des Warenpreises. (75) Im Kostpreis $k = c_f + c_z + v + m$ wird der Anteil des konstanten fixen Kapitals vergrößert. Wird nun der Preis nicht im gleichen Maß erhöht, so verschiebt sich, da das konstante zirkulierende und das variable Kapital hier konstante Werte sind, die Relation zwischen dem konstanten fixen Kapital und dem Mehrwert: die offiziell zugelassenen Abschreibungen verbergen einen Teil des Profits, da der produzierte Mehrwert rechnerisch eingeschränkt wird zugunsten des übertragenen konstanten fixen Kapitalbestandteils, die Verwertungsbedingungen des Kapitals also schlechter erscheinen, als sie es tatsächlich sind. Die Sätze der degressiven Abschreibung sinken jedoch in den folgenden Jahren schnell, über einen längeren Zeitraum betrachtet, erschiene der Profit wieder vollständig im Warenpreis, der rechnerische Bestandteil des konstanten fixen Kapitals sänke rapide. Die Konsequenz für das Kapital besteht in der Notwendigkeit, den verhüllten Profit – abgesehen von der Erweiterung des Produktionspotentials durch den ausgewiesenen Profit oder Kredit – wieder zu reinvestiren, um die Vorteile der degressiven Abschreibung voll auszunützen.

Hier ergeben sich für das Einzelkapital zwei Bedingungen bei der Anwendung dieser Abschreibungsmethode. Zunächst werden diejenigen Unternehmen begünstigt, die ein großes fixes Kapital aufweisen, da dieses die Grundlage ist für die rechnerische Ausdehnung des auf die Produkte übertragenen Wertteils. Weiterhin muß der Preis der Ware realisiert werden. Das bedeutet für Kapitale, deren Profit gering, daß nur eine geringe Spanne für die rechnerische Ausweitung des konstanten fixen Kapitals zur Verfügung steht, so daß entweder auf die überhöhte Abschreibung verzichtet werden muß oder sich der Warenpreis erhöht, was die Preiskonkurrenzfähigkeit infrage stellt. Es erweist sich, daß die Möglichkeit der degressiven Abschreibung lediglich den Großkonzernen bzw. Monopolen zugute kommt, die sowohl eine hohe organische Zusammensetzung des Kapitals aufweisen wie auch imstande sind, die erforderlichen Warenpreise zu realisieren. Nur den größten Kapitalien ist es somit möglich, in bedeutendem Umfang über Abschreibungen Investitionen vorzunehmen und auf diesem Weg die Fremdfinanzierungsquote niedrig zu halten.

75 Der Wert des auf das Produkt übertragenen Bestandteils des fixen Kapitals wird durch die Anwendung verschiedener Abschreibungssätze natürlich nicht berührt. Umgekehrt: Er ist die Größe, an der sich dem tatsächlichen ökonomischen Verschleiß entsprechende Abschreibungen bemessen. – Die Wert - Preis - Problematik bleibt hier ausgeklammert, da es sich bei den überhöhten Abschreibungen um rechnerische Vorgänge handelt. –

O. Kratsch gelangt für den Zeitraum von 1948 bis 1959 zu dem Ergebnis, daß

> "etwa zwei Drittel der überhöhten Abschreibungen ... für die Akkumulation bestimmte Profite" (76)

sind. Stellt man die hohe Eigenfinanzierungsquote der letzten Jahre in Rechnung (77), so ist zu vermuten, daß sich dieses Verhältnis in den 60er Jahren nicht wesentlich geändert hat.

Die Auswirkung der überhöhten Abschreibung besteht zunächst in der Verschleierung der Ausbeutung, da der tatsächliche Profit zu niedrig ausgewiesen wird. Zugleich wird das Volkseinkommen um den Teil der Abschreibungen, der über den physischen und moralisch bedingten Verschleiß hinausgeht, zu niedrig berechnet. Dies wäre z.B. zu berücksichtigen bei Verteilungsanalysen des Nettosozialprodukts. Weiterhin bewirken die zu realisierenden Abschreibungssummen ständig Preissteigerungen, die den Reallohn mindern, überdies dazu beitragen, daß sich die Monopole einen Teil des Mehrwertes kleinerer Kapitale aneignen. Ein weiterer Umverteilungseffekt ergibt sich durch die nicht entrichteten Profitsteuern, die die Abgaben der Lohnabhängigen hätten entlasten können.

2.2. Die Entwicklung des relativen Lohnes

Die Ermittlung des relativen Lohnes wird besonders durch die Verschleierung der Profitbestandteile an der materiellen Wertschöpfung erschwert. Da diese Summen jedoch überwiegend reinvestiert werden, dienen hier die Anlageinvestitionen als Indikator für die Reproduktionsbedingungen des Kapitals, womit der Bezug zum Profit hergestellt ist, denn:

> "Diese bestimmte Form des Mehrwerts ist die Voraussetzung dafür, daß die Neubildung der Produktionsmittel in der Form der kapitalistischen Produktion vorgeht, also ein die R e p r o d u k t i o n beherrschendes Verhältnis, obgleich es dem einzelnen Kapitalisten scheint, er könne eigentlich den ganzen Profit als Revenue aufessen. ... (Aber) der Profit (ist) keine bloße Verteilungskategorie des individuell konsumierbaren Produkts." (78)

Indes geben die Investitionen nicht den gesamten Profit an. Hierzu zählt noch der Betrag, aus dem eine eventuelle Erweiterung des variablen Kapitals vollzogen wird, ebenso der individuelle Konsumtionsfonds der Kapitalisten, letzterer ist jedoch im Verhältnis zur Masse der für die Akkumulation verfügbaren Tauschwerte eine "quantité négligeable", obwohl in seinem Verhältnis zum Konsumtionsfonds der Arbeitskraft sich über den Gegensatz "arm – reich" die äußerlichste Erscheinungsform des Klassenverhältnisses darstellt.

Schließlich wären auch noch die "Rückstellungen" hinzuzufügen, bei welchen es jedoch schwierig zu ermitteln ist, inwieweit sie dem jährlichen Profit entspringen, da aus ihnen beständig sowohl Investitionen wie auch individuelle Konsumtionsmittel der Kapitalisten finanziert werden können. Sie werden deshalb bei der Berechnung des relativen Lohnes nicht berücksichtigt, ebenso nicht die Beträge, die zur Erweiterung des variablen Kapitals dienen und nur aus der Bewegung des jeweiligen Einzelkapitals ersichtlich sind sowie die "entnommenen Gewinne" zur Konsumtion der Kapitaleigner, für die kein brauchbarer Deflationierungsindex zur Verfügung steht. Diese beiden Summen übertreffen bei weitem die Differenz zwischen Brutto- und Nettoanlageinvestitionen, den Betrag also, der die ein-

76 O. Kratsch, a.a.O., S. 274.

77 Der Prozentsatz der Eigenfinanzierung betrug z.B. 1968 97 % (JAHRESGUTACHTEN 1969/70, S. 51); selbst im Konjunkturaufschwung noch 73 % (1969) (JAHRESGUTACHTEN 1970, S. 22).

78 MEW 25, S. 889.

fache Reproduktion des konstanten fixen Kapitals gewährleistet und nicht zum Profit zahlt, so daß die hier benutzten Werte der Bruttoanlageinvestitionen den tatsächlichen Profit noch zu gering angeben. Dem tut kein Abbruch, daß ein Teil der erweiterten Reproduktion des konstanten Kapitals durch Fremdfinanzierung vorgenommen wird, da dieser Teil gering ist, überdies als "Verfügungskapital" hinsichtlich der gesteigerten Ausbeutung unmittelbar in das Produktivvermögen der Bourgeoisie eingeht.

Auf der Seite des Lohns steht hier die Realnettolohn- und -gehaltssumme. Es gelten also die bereits angeführten Einschränkungen. In diese Summe gehen Einkommen ein, die nicht dem variablen Kapital entspringen. Andererseits ergibt sich durch den Vergleich der realen, d. h. deflationierten Beträge die Notwendigkeit, den Nettolohn zu verwenden. (79) Die gesellschaftliche Konsumtion bleibt also weitgehend ausgeschlossen.

Die Benutzung des Reallohnes als Index bietet die höchstmögliche Gewähr, die über die Preissteigerungen der Konsumgüter vermittelte erweiterte Ausbeutung zu berücksichtigen. Weitere Umverteilungsprozesse, in denen Mittel für die Reproduktion des Kapitals absorbiert werden, bleiben hier allerdings außer Betracht, vor allem die Funktion der Summen, die die gesellschaftliche Konsumtion der Arbeitskraft gewährleisten könnten und von denen ein Teil direkt (z.B. Subventionen aus Lohnsteuern) oder indirekt (als "Verfügungskapital") auf das Kapital distribuiert wird. Diese Bewegungen haben ihre Grundlage in der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion, dem sich ständig verschärfenden Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Anwendung der Produktivkräfte und privater Aneignung. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution erfordert die Reproduktion des Kapitals die Hilfe des Staates, der gleichzeitig die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft einschränkt. Vor allem die gesellschaftliche Konsumtion, die im Verhältnis zur individuellen für die Entwicklung der Arbeitskraft zunehmend wichtiger wird, bleibt

> "immer stärker hinter den wachsenden und qualitativ neuen Bedürfnissen zurück," so daß "unter den gegenwärtigen Bedingungen die Arbeiter allein von ihrem Lohn einen zunehmenden Teil für ihre Weiterbildung, Qualifizierung oder Umschulung und für die Verlängerung der Ausbildung ihrer Kinder aufwenden müssen." (80)

79 Der Preisindex für die Lebenshaltung erlaubt lediglich eine Bestimmung der Nettoreallöhne; zur Ermittlung der Bruttoreallöhne bedürfte es genauer Angaben über die Preisentwicklung der Güter und Leistungen, die in die gesellschaftliche Konsumtion der Arbeitskraft eingehen.

80 DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 389.

SOPO 12 (Juli 71) enthält u.a. auf 112 Seiten:

J. Bischoff	Materielle und geistige Produktion (Sohn-Rethel-Kritik)
W. Roth	Sozialistische Politik in Italien
L. Peter	Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse
U. Garling u.a.	Intelligenz im staatsmonopolistischen Kapitalismus
Projekt Klassenanalyse	Aufgaben kommunistischer Intellektueller
T. Müller/H. Schäfer	Bemerkungen zu "Sozialstaatsillusion" in SOPO 6/7
Bericht	Arbeitskreis "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus"

Die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft verschlechtern sich ständig im Vergleich zu denen des Großkapitals. Dies zeigt sich auch dann, wenn bei der Berechnung des relativen Lohnes die explizit gesellschaftliche Reproduktion ausgeklammert bleibt, also lediglich der Nettolohn angegeben wird.

Tab. 5: Die Bewegung des relativen Lohnes (81)

Jahr	Real-Bruttoanlageinvest.	Real-Nettolohn/gehaltsumme			nominal
	Mrd DM (in Preisen von 1953) (a)	Mrd DM (b)	% (c) (a) : (b)	% (d) (b) : (a)	% (e) (a) : (b)
1950	21,69	37,62	57,7	142,3	52,0
1	22,32	41,72	53,5	146,5	53,7
2	24,83	45,19	54,9	145,1	55,5
3	29,10	50,90	57,2	142,8	57,2
4	33,43	55,84	59,9	140,1	58,6
55	40,66	62,28	65,3	134,7	64,1
6	43,95	67,75	64,9	135,1	63,3
7	45,14	72,23	62,5	137,5	60,4
8	48,96	75,56	64,8	135,2	61,3
9	56,82	80,62	70,5	129,5	65,4
60	68,94	94,08	73,3	126,7	69,3
1	80,05	102,90	77,8	122,2	71,6
2	88,46	110,00	80,4	119,6	72,5
3	92,58	114,10	81,1	118,9	71,7
4	105,10	122,00	86,1	113,9	74,9
65	110,10	131,50	83,7	116,3	72,5
6	111,80	134,60	83,0	117,0	70,8
7	102,10	132,00	77,4	122,6	64,5
8	120,00	137,20	87,5	112,5	66,6
9	135,40	147,30	91,9	108,1	70,7
70	156,60	162,80	96,1	103,9	76,0

Der Reallohn erhöhte sich in den letzten zwanzig Jahren um etwas mehr als das vierfache, die für Investitionen verausgabte Summe war 1970 ca. achtmal höher als 1950. Die Steigerungsraten liegen seit 1959, nur unterbrochen durch die Rezession 1966/67, über dem Durchschnitt der davorliegenden Jahre, Ausdruck der beschleunigten Akkumulation des

81 Quellen: (a) Nominalwerte für 1950 - 59: JAHRESGUTACHTEN ... 1969/70, Stuttgart 1969, S. 142; 1960 - 66: JAHRESGUTACHTEN ... 1970, a.a.O., S. 140; 1967 - 70: WISTA 1/1971, S. 75 – deflationiert mit dem Preisindex für Erzeuger- bzw. Großhandelspreise (STATISTISCHES JAHRBUCH FÜR DIE BRD 1970, S. 97; 1965, S. 114 f.; 1971, S. 97); (b): Nominalwerte für 1950-59: WISTA 10/1963, S. 583; 1960-66: WISTA 2/1970, S. 70; 1967-70: WISTA 2/1971, S. 79 – deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung (für 1950-68 aus R. Skiba, a.a.O., S. 39; für 1969-70 aus WISTA 7/1971, S. 39; umbasiert auf 1953 = 100); (e): Relation der nominalen Werte.

Kapitals im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution. Gleichzeitig stieg der prozentuale Anteil der Investitionen am Nettolohn seit 1958 rapide an; 1970 erreichten die deflationierten Summen fast die gleiche Höhe. Der relative Lohn zeigt eindeutig die erhöhte organische Zusammensetzung des Kapitals und die damit verbundene verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse. Dies ist zurückzuführen sowohl auf gesteigerte Mehrwertproduktion als auch, wie ein Vergleich der Spalten (c) und (e) zeigt, auf die durch die Entwertung der Kaufkraft verschlechterten individuellen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft.

Über den Verlauf des unmittelbaren Ausbeutungsprozesses gibt der relative Lohn nur annähernd Auskunft. Keinesfalls darf die Veränderung der Quoten zum jeweiligen Vorjahr als Maßstab genommen werden, da die Investitionssumme nicht den jährlichen Profit angibt. Abgesehen von den oben angeführten Vorbehalten muß die Schwankung der Investitionstätigkeit im Konjunkturzyklus berücksichtigt werden. In der Rezession, die durch eine stagnierende oder rückläufige Gesamtsumme der Investitionen gekennzeichnet ist, wachsen die Rückstellungen an, Hauptgrund für die unmittelbar darauffolgende hohe Eigenfinanzierungsquote, während in der Phase des Aufschwungs der Anteil der Fremdfinanzierung wieder zunimmt. Der Ausbeutungsprozeß verläuft also "kontinuierlicher" als aus dem angeführten Material ersichtlich. Insgesamt jedoch darf der hier ermittelte relative Lohn verstanden werden als

"Ausdruck des geschichtlich bestimmten Produktionsverhältnisses" (82),

konkret als Hinweis auf den erheblich verschärften Klassenkampf, den das Kapital in der BRD führt.

C. Der Transformationsprozeß der stofflichen Bestimmungen der Ware Arbeitskraft vom entstehenden zum staatsmonopolistischen Kapitalismus

Ging es in den voraufgegangenen beiden Teilen darum, zum einen der bürgerlichen Ideologie der manipulativen Volkseinkommensberechnung die marxistische Theorie der nationalen Wertschöpfung entgegenzusetzen, zum anderen zu versuchen, empirisch adäquat interpretiertes Material der realen Ausbeutung der Arbeiterklasse von den Resultaten des Produktionsprozesses her zu liefern, so soll im folgenden dritten Teil versucht werden, die Etappen der historischen Entwicklung und Erweiterung des variablen Kapitalteils, wie er in den wechselnden Formen seiner Metamorphose erscheint, respektive seiner veränderten stofflichen Zusammensetzung in ihren Grundzügen aufzuzeigen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Reproduktion der Ware Arbeitskraft.

Wurden zuvor die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft an Hand der Lohnkategorie dargestellt, so soll jetzt versucht werden, die stofflichen Bestandteile dieser Reproduktion des variablen Kapitals zu skizzieren; dies impliziert die Kritik an der vorangegangenen Darstellung. Denn mit der Vergesellschaftung der Produktion geht ein wachsender Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit für die Produktion der Arbeitskraft selbst einher. Dieser objektive Vorgang muß wiederum in den Reproduktionskosten der Arbeitskraft erscheinen. In ihnen müßten auch andere Faktoren reflektiert werden, die nicht mit der Lohnkategorie abgedeckt werden: wachsende Arbeitsintensität im Ausbeutungsprozeß, die über die Zirkulation vermittelte Ausbeutung (Inflation), notwendige Weiter- bzw. Umschulung, kulturelle und soziale Faktoren.

82 MEW 25, S. 889.

Das individuelle Einkommen, der Konsum des einzelnen Arbeiters, – obwohl durch die Potenzierung des Lohnfetischs als das Maß seines Reichtums überhaupt angesehen –, reicht nicht aus, um seine Reproduktion sicherzustellen. Die Reproduktionskosten, wie schwer sie auch zu objektivieren sind, sind auf jeden Fall nicht identisch zu setzen mit dem Reallohn. Da aber nur jene den Wert der Arbeitskraft bestimmen, läßt sich eine Inkongruenz von Wert und Preis der Arbeitskraft konstatieren; diese Feststellung gilt ungeachtet der Schwierigkeiten der empirischen Konkretion des Werts der Arbeitskraft.

In dieser Differenz von Wert und Preis der Arbeitskraft liegt der soziale Konfliktstoff von individueller und gesellschaftlicher Konsumtion, welcher nur ein anderer Ausdruck für die historische Überlebtheit des Warencharakters der Arbeitskraft ist.

An einigen Beispielen soll im folgenden untersucht werden, wie sich einzelne Elemente der Reproduktion der Arbeiterklasse historisch-stofflich entwickeln, Reproduktionselemente, die davon zeugen, daß der Wert der Arbeitskraft tendenziell und widersprüchlich steigt, wie hoch auch immer ihre Entlohnung ist, also relative Verelendung stattfindet, die nicht mehr allein an der Lohnentwicklung festzumachen ist.

1. Entwicklung des variablen Kapitals

1.1. Erste Bestimmungen des Werts der Ware Arbeitskraft – Übereinstimmung von Lohn und Wert der Arbeitskraft

Der einfache Warenproduzent und der "selbstgenügsame" Bauer in vorkapitalistischen Produktionsweisen arbeiteten nur solange, bis das Produkt zu ihrer Reproduktion und der ihrer Produktionsmittel hergestellt war bzw. das Äquivalent der über den Tauschakt veräußerten Ware in Gebrauchswert sich für sie realisierte. Ihre Produktionsbedingungen konkretisierten sich u.a. also darin, daß sie das Verhältnis ihrer freien Zeit zur notwendigen (wesentlich noch individuell bestimmten oder erst nachträglich auf dem Markt verrechneten gesellschaftlichen) Arbeitszeit vorausschätzen und planen konnten, folglich eine direkte Beziehung zwischen verausgabter Arbeitszeit und – bei gegebenem Entwicklungsgrad der Produktivkräfte – erarbeiteten Subsistenzmitteln feststellbar war. (83)

Mit der Subsumtion der Produzenten unter die Bedürfnisse des Kapitals im Gefolge des Prozesses der Diremtion von Arbeitskraft und Produktionsmittel wird die Arbeitszeit in extenso gesteigert, während auf der anderen Seite die notwendige Arbeitszeit, deren gesellschaftliche Bestimmtheit erst mit der Realisation der materiell-technischen Basis der maschinellen Fabrikation zum Parameter gesellschaftlichen Fortschritts wird, aufs Äußerste reduziert wird, also auch die Konsumtionsbedürfnisse auf die unmittelbare physische Reproduktion begrenzt werden.

83 Wie in vorkapitalistisch produzierenden Klassengesellschaften die notwendige Arbeitszeit unmittelbar auf die Gebrauchswertproduktion ausgerichtet war, so bestand das gesellschaftliche Mehrprodukt, das privat angeeignet wurde, selbst im allgemeinen nur aus Gebrauchswerten. Da aber Gebrauchswerte in einer Gesellschaft mit gering entwickelter Produktivkraft in mehr oder weniger engen Grenzen einem begrenzten Bedürfnis korrespondieren, bestand keine Veranlassung, die Produktivkräfte und daher die gesellschaftlichen Bedürfnisse weiterzuentwickeln: "Der unmittelbaren Zwangsarbeit steht der Reichtum nicht als Kapital gegenüber, sondern als H e r r s c h a f t s v e r h ä l t n i s ; es wird daher auf ihrer Basis auch nur das Herrschaftsverhältnis reproduziert, für das der Reichtum selbst nur Wert als Genuß hat, nicht als Reichtum selbst, das daher auch nie die a l l g e m e i n e I n d u s t r i e schaffen kann." (ROHENTWURF, S. 232; Hervorh.i.Text)

Die Entstehung des Proletariats findet in zweierlei Hinsicht statt: einerseits als reelle Subsumtion des lebendigen Arbeitsvermögens unter die technisch-stoffliche Seite des Kapitalverhältnisses, andererseits als bis zum physischen Existenzminimum und darunter reduziertes – einfache Reproduktion erlaubendes – Austauschverhältnis zweier Warenbesitzer.

Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit wie der der Konsumtion findet zunächst seinen Ausdruck lediglich als Zusammenfassung einstmals isoliert oder unter sklavischen Bedingungen arbeitenden Produzenten, die – einmal von den sachlichen Bedingungen ihrer Produktion losgerissen – ihre Reproduktion unter dem Aspekt bloßer Lebenserhaltung zu betrachten haben. Nichts geht in den Wert der Arbeitskraft in jener Zeit ein, was nicht zu deren unmittelbarer Erhaltung (und selbst dies noch bei Gleichgültigkeit gegenüber ihrer Lebensdauer) nötig ist, die Einbeziehung der Familienmitglieder des Arbeiters in die Produktion ist geschichtliches Resultat wie Voraussetzung maximaler Ausbeutung. Entwickelt sich der selbstverwertende Wert zum dominierenden Produktionsprinzip, so erscheint der ihm einverleibte variable Kapitalteil weniger als seine Bedingung denn als das von ihm Bedingte, Gesetzte, erscheint im Maße des Fortschritts der Verelendung der Arbeiterklasse ihre Konstitution als Arbeiterklasse, ihre ökonomisch erzwungene Anpassung und technische Disziplinierung an die Kapitalverwertung als die Produktivkraft und Fortschrittlichkeit des Kapitals.

> "Die große geschichtliche Seite des Kapitals ist diese S u r p l u s a r b e i t s z e i t, überflüssige Arbeit vom Standpunkt des bloßen Gebrauchswerts, der bloßen Subsistenz aus, zu s c h a f f e n ..." (84)

Dieser Prozeß der Bereicherung des Kapitals bei entsprechender Verarmung des Arbeiters erscheint denn auch als notwendig falscher Schein im Bewußtsein der Produktionsagenten:

> "Es ist die Verausgabung seiner Lebenskraft, die Verwirklichung seiner produktiven Fähigkeiten, seine Bewegung, nicht die des Kapitalisten. Als persönliche Funktion betrachtet, in ihrer Realität, ist die Arbeit die Funktion des Arbeiters und nicht die des Kapitalisten. Vom Standpunkt des Austauschs betrachtet ist er das, was der Kapitalist von ihm im Arbeitsprozeß erhält, nicht das, als was der Kapitalist ihm im Arbeitsprozeß gegenübertritt. Dies bildet also einen Gegensatz zu den objektiven Arbeitsbedingungen, die als Kapital, und sofern als Dasein des Kapitalisten, der subjektiven Arbeitsbedingung, der Arbeit selbst oder vielmehr dem A r b e i t e r, der arbeitet, gegenübertreten innerhalb des Arbeitsprozesses selbst. So kömmt es, daß sowohl vom Standpunkt des Kapitalisten als von dem des Arbeiters aus das P r o d u k t i o n s m i t t e l als Dasein des Kapitals, als eminently c a p i t a l der Arbeit, also dem andern Element, worin sich das vorgeschossene Kapital verwandelt, gegenübertritt und daher auch außerhalb des Produktionsprozesses ... als spezifische Existenzweise des Kapitals erscheine." (85)

In dem Maße nun, wie die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bei gegebenem Arbeitstag verkürzt wird, also die Produktivkraft der Arbeit (zuerst in der die Lebensmittel der Arbeiter herstellenden Industrie, welche die hauptsächlichen Ingredienzien des Werts der Arbeitskraft bilden) wächst, müssen die materiellen Produktivkräfte und ihr Zusammenwirken, wie z.B. rationellere Kombination der gesellschaftlichen Arbeit und verbesserte Ausnutzung der Naturkräfte, neue Produktionsinstrumente und Technologien, optimiert werden wie auch die menschliche Produktivkraft zumindest zu einem kleinen Teil über ein gewisses Maß an technischem know-how verfügen. Zunächst erweitert sich der variable Kapitalteil jedoch nur wegen der vermehrten Verausgabung einfacher Arbeit.

84 ROHENTWURF, S. 231; Hervorh.i.Text.
85 Marx: RESULTATE..., S. 10 f.; Hervorh.i.Text.

> "Der Wert der Arbeitskraft, gleich der jeder andern Ware, ist bestimmt durch die zur P r o d u k t i o n, a l s o a u c h R e p r o d u k t i o n, dieses spezifischen Artikels notwendigen Arbeitszeit. Soweit sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. ... Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendigen Arbeitszeit oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel. Die A r b e i t s k r a f t v e r w i r k l i c h t s i c h j e d o c h n u r d u r c h i h r e Ä u ß e r u n g, betätigt sich nur in der Arbeit. Durch ihre Betätigung, die Arbeit, wird aber ein bestimmtes Quantum von menschlichem M u s k e l, N e r v, H i r n usw. verausgabt, das wieder ersetzt werden muß. Diese vermehrte Ausgabe bedingt eine vermehrte Einnahme." (86)

In dieser Bestimmung des Werts der Arbeitskraft als Ware werden die modifizierenden Unterschiede zu der übrigen Warenwelt deutlich und wird der Tatsache Rechnung getragen, daß ihr Wert keineswegs so eindeutig und restlos feststellbar ist wie der anderer Waren, selbst auf dieser Abstraktionsstufe nicht und bei Voraussetzung einfachen Arbeitsvermögens und unter der Annahme, daß nur dessen Reproduktion allein durch den individuellen Lohn abgedeckt werden soll, nicht die der gesamten Arbeiterfamilie.

Erscheint der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt als Warenbesitzer seiner Arbeitsfähigkeit und tauscht den in der Zirkulationssphäre zu fixen Konditionen vereinbarten Wert respektive Preis seiner Arbeitskraft gegen Lohn als variables Kapital, so geht er von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß

1. die zur Ausbildung seines Arbeitsvermögens verausgabten Bildungskosten gleich denen seiner Reproduktionskosten sind, also den "Preis der Arbeit" darstellen (87), und daß
2. sein Wert während seiner produktiven Konsumtion erhalten bleibt, er also nach Gebrauch seiner Arbeit in der ihm einzig zugänglichen einfachen Zirkulation W-G-W wieder als der Warenbesitzer gleichen Werts sich veräußern kann, als der er vordem seine Verkaufsbedingungen aushandelte.

Im Exploitationsprozeß hält sich der Arbeiter realiter jedoch kaum schadlos, die Arbeitskraft verwirklicht sich nur durch ihre Äußerung, und die Form dieser Äußerung ist ihm äußerlich, als nicht von ihm bestimmt gesetzt. Ferner ist dem Kapitalisten, solange Überfluß an Arbeitskräften und noch keine starke Arbeiterbewegung existiert, das Tempo des physischen Verschleißes der angewandten Arbeiter gleichgültig, diese hingegen haben ein vitales Interesse daran – etwa durch den Kampf für Arbeitszeitverkürzung, Unfallschutz, betriebliche Krankenversorgung etc. – mit ihrer Arbeits- auch ihre "Lebens"-fähigkeit

86 MEW 23, S. 184 f.; Hervorh.d.Verf.
87 Auf dieser Abstraktionsstufe ist die Identität von Produktion und Reproduktion zweifellos richtig. Da die Arbeitskraft aber Gebrauchswert für den Kapitalisten darstellt, und dies nicht nur so zu verstehen ist, daß sein spezifischer Gebrauchswert in der Eigenschaft liegt, Mehrwert zu produzieren, sondern konkreter noch sich aus der Funktion im Arbeitsprozeß herleitet, von seinem realen Verwendungszweck in der Gebrauchswertproduktion, kann auch z.B. ausgebildete fachspezifische Fähigkeit "zweckentfremdet", eben nach den akuten Bedürfnissen betrieblicher Kooperation und Arbeitsteilung, wie sie vom Kapital gesetzt werden, eingesetzt werden, also sein Lohn niedriger als seiner Ausbildung durchschnittlich entsprechend sein. – Die von Marx supponierte Gleichheit der Warenbesitzer muß also stets aufs neue erkämpft werden, ein Kampf, der in bezug auf den oben genannten Aspekt mit Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution und den schneller wachsenden Arbeitsanforderungen sicher noch erschwert wird.

solange wie möglich zu erhalten. Die Politische Ökonomie kann hier in weiteren Konkretionsstufen bei dem Postulat abstrakt gleicher Warenbesitzer, denen ihr jeweiliger Tauschwert gleichgültig ist, stehenbleiben, sondern muß berücksichtigen, wie der Arbeiter im Prozeß seiner produktiven Konsumtion die Erhaltung des Gebrauchswerts seines Tauschwerts als einen Ausgangspunkt seines Kampfes gegen das Kapital betrachten muß, seines Kampfes um Erweiterung des variablen Kapitalteils gegen den Mehrwertteil.

Der Ersatz des verzehrten Quantums an Muskel, Nerv, Hirn etc. ist zunächst nur physisch als einfache Reproduktion, bloßer Verzehr von Lebensmitteln durch die Arbeitskraft zu verstehen. Aber aus dem von Marx dargestellten Zusammenhang der physischen, psychischen und intellektuellen Momente, welche das Arbeitsvermögen konstituieren, geht schon hervor, daß mit dem permanenten Wechsel der Arbeitsbedingungen, den unterschiedlichen Formen und Graden der Ausbeutung, der ständigen Revolutionierung der materiellen Produktivkräfte, aber auch der Arbeitsorganisation, Betriebsleitung etc. und den wachsenden Anforderungen an die Arbeitskraft nicht nur eine größere Masse an Lebensmitteln, sondern auch eine andersgeartete Zusammensetzung dieser Lebensmittel vonnöten sind.

Im ersten Stadium des Kapitalismus allerdings bleibt die unmittelbar physische einfache Reproduktion des einzelnen Arbeiters und der Arbeiterklasse bei erweiterter Reproduktion des Kapitalverhältnisses die dominante Fixierung des variablen Kapitals auf einem niedrigen Level, obwohl eine höhere Entlohnung selbst nach den einfachsten Wertbestimmungen der Arbeitskraft durchaus dem Wertgesetz entspräche. Dies aber ist keine Sache mehr der Politischen Ökonomie, sondern der Reife des Klassenkampfes. (88)

Es müssen nun weitere Momente der Wertbestimmung eingeführt werden, welche nicht – scholastischer Manier gemäß – abstrakte Postulate zur "gerechten" Entlohnung des Arbeiters darstellen, sondern einerseits konkret-historisch die Konditionen, unter denen die Arbeiter arbeiten und leben, benennen und zugleich Kampfanweisungen sind, Kampfbegriffe bilden.

So bestimmt sich der Wert der Arbeitskraft weiterhin nach

- der Aufrechterhaltung der Arbeitskraft "unter denselben Bedingungen von Kraft und Gesundheit",
- dem "Umfang sogenannter notwendiger Bedürfnisse" wie der "Art ihrer Befriedigung", "selbst ein historisches Produkt und hängt daher großenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter anderem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat",

88 Diese Feststellung ist – beim Wort genommen – falsch. Wie der entstehende Klassenkampf in der bürgerlichen Gesellschaft praktisch die "Totenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie (läutete)" (MEW 23, S. 21), so ist die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie theoretisches Moment dieses Klassenkampfes selbst. Der Klassenkampf ist nicht nur "Sache" der Kritik der Politischen Ökonomie, wenn es gilt, die konkreten Formen der gesellschaftlichen Entwicklung vom Stand der Klassenkämpfe abzuleiten und diesen aufzuheben, sondern auch schon auf der Ebene der allgemeinsten kategorialen Wertbestimmung der Arbeitskraft, des Lohngesetzes: "Das Lohngesetz wird durch den gewerkschaftlichen Kampf nicht verletzt; im Gegenteil, er bringt es voll zur Geltung. Ohne den Widerstand durch die Trade-Unions erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihn nach den Regeln des Lohnsystems zusteht. Nur die Furcht vor den Trade-Unions kann den Kapitalisten zwingen, dem Arbeiter den vollen Marktwert seiner Arbeitskraft zu zahlen." (F. Engels: "Das Lohnsystem". In: MEW 19, S. 253).

- der Summe der Lebensmitteln, die für die Verewigung der Arbeiterklasse, für ihre Ersatzmänner, die Familie der Arbeiter notwendig sind,
- verschiedenen "klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes",
- den Bildungskosten, nötig, "um die allgemeine menschliche Natur so zu modifizieren, daß sie Geschick und Fertigkeit in einem bestimmten Arbeitszweig erlangt, entwickelte und spezialisierte Arbeitskraft wird". "Je nach dem mehr oder minder vermittelten Charakter der Arbeitskraft sind ihre Bildungskosten verschieden." (89)

Hieran wird zum einen deutlich, daß die Bestimmung des individuellen Lohns schon von vornherein – auch abstrahiert von der Stärke und Schärfe des Klassenkampfes – als eine gesellschaftliche erscheint (wie anders ließen sich auch die Kategorien "historisch" und "moralisch" begreifen, die Marx als integrale Bestandteile der Wertsetzung der Arbeitskraft einführt?), die zugleich ihr Maß in dem als Gebrauchswerte vergegenständlichten gesellschaftlichen Reichtum findet; zum anderen wird zu entwickeln sein, daß schon diese wertkonstituierenden Bestandteile sozusagen strukturell-funktionale Gesetze nur unter der Voraussetzung noch sind, daß der Kapitalismus sich auf seiner eigenen Grundlage, der ihm eigenen Logik entwickelt.

In diesem Rahmen soll kurz versucht werden, die Wechselbeziehungen von Wert und Gebrauchswert des individuellen Arbeiters und der Arbeiterklasse vom Standpunkt des Arbeiters und der Kapitalisten, also die Konkretisierung des von Marx aufgewiesenen Verhältnisses zweier gleichberechtigter Warenbesitzer, die Wechselseitigkeit von Gebrauchs - wert- und Wertaspekt im Kampf der Klassen gegeneinander aufzuweisen. Marx geht in seiner Analyse aus von zwei Faktoren, die aufs engste miteinander verknüpft sind: Zum einen betrachtet er die vertragsmäßige Konstituierung des Ausbeutungsverhältnisses zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter als Warenbesitzer von der Wertseite, zum anderen demonstriert er die Hindernisse prinzipieller Art, die sich dem Zusammenschluß der Proletarier zur Klasse, zur gemeinsamen Aktion in den Weg stellen.

> "Als W e r t produzierend bleibt die Arbeit daher stets Arbeit des e i n z e l n e n, nur a l l g e m e i n ausgedrückt. Die produktive Arbeit – als Wert produzierende Arbeit – steht dem Kapital daher stets als Arbeit des einzelnen Arbeitsvermögens, des v e r e i n z e l t e n A r b e i t e r s gegenüber, welche gesellschaftlichen Kombinationen diese Arbeit immer im Produktionsprozeß eingehn mögen. Während so das Kapital dem Arbeiter gegenüber die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit, stellt die produktive Arbeit des Arbeiters dem Kapital gegenüber immer nur die Arbeit des v e r e i n z e l t e n A r b e i t e r s dar." (90)

> "Die Assoziation der Arbeiter, wie sie in der Fabrik erscheint, ist ... nicht von ihnen, sondern vom Kapital gesetzt. Ihre Vereinigung ist nicht i h r Dasein, sondern das D a s e i n des Kapitals. Dem einzelnen Arbeiter gegenüber erscheint sie zufällig. Er bezieht sich auf seine eigne Vereinigung mit andren Arbeitern und Kooperation mit ihnen als f r e m d e , als Wirkungsweisen des Kapitals." (91)

> "Der Form, die die Arbeitsbedingungen dem Arbeiter gegenüber annehmen, ... entspricht die soziale Bestimmtheit seiner Arbeit. In der Tat aber ist es die Letztre, die in der ersteren nur ihren objektiven Ausdruck findet ... Die Art, wie er sich sein Produkt (oder Teil desselben) aneignet, hängt ab von der Art, wie er sich zu seinen Produktionsbedingungen verhält." (92)

89 Vgl. MEW 23, S. 185.
90 MEW 26.1, S. 370; Hervorh.i.Text.
91 ROHENTWURF, S. 479; Hervorh.i.Text.
92 MEW 26.3, S. 407.

Eben dieses Aneignungsverhältnis ist im Kapitalismus gespalten: von der konkreten, gebrauchswertschaffenden Arbeit aus betrachtet eignet sich der Arbeiter kollektiv die Natur an, indem er sie kooperativ modifiziert, ihre Form verändert; die Resultate dieser gesellschaftlichen Produktion werden nur von einem Teil dieser Gesellschaft als Werte angeeignet. Die Tatsache aber, daß nicht die Individuen in der freien Konkurrenz frei gesetzt sind, sondern das Kapital und die Konkurrenz der Arbeiter unter sich nur eine andere Form der Konkurrenz der Kapitalien darstellt (93), erscheint in widersprüchlicher Weise gebrochen durch die notwendige Solidarität der um ihren Lohn kämpfenden Arbeiterklasse. Wenn des weiteren die Art, wie der Arbeiter sein Produkt sich aneignet, abhängt von seinem Verhalten zu den Produktionsbedingungen, dann bezeugen gerade die fortgeschrittensten Streikaktionen der westeuropäischen Arbeiterklasse, wie sehr der Arbeiterklasse schon bewußt ist, welch enger Zusammenhang zwischen der Beherrschung der Natur und der der Gesellschaft besteht. Die Tatsache, daß es für streikende Arbeiter möglich ist, nicht nur eine passive Arbeitsverweigerung, sondern aufgrund eigener Erfahrungen und Berechnungen die Betriebe zu besetzen und den Produktionsablauf selbst zu organisieren, also durch Steuerung des konkreten nützlichen Arbeitsprozesses die Mehrwertproduktion zu stören, zeugt davon, daß der Vergesellschaftungsprozeß der Produktion und Arbeit eine objektiv starke Triebkraft der Vorantreibung der Klassenkämpfe ist. Die nationalen Organisationen der Arbeiterklasse aber müssen dafür sorgen, daß die lohnabhängigen betrieblichen Gesamtarbeiter ihren Kampf um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch real gesellschaftlich führen.

1.2. Produktivkraftentwicklung, Ausbildung und Wert der Arbeitskraft – Staatliche Zentralisierung eines wachsenden Lohnteils aufgrund neuer Reproduktionsbedingungen

Das Kapital muß in der Produktion seines abstrakten Reichtums außer der Entwicklung der sachlichen Bedingungen der Produktion, die als gegenständliche Mittel der Mehrwertabpressung fungieren, auch der Entwicklung des lebendigen Arbeitsvermögens als integralem Bestandteil und übergreifendem Moment des Produktivkraftsystems Rechnung tragen. Die historische Fortschrittlichkeit der Profitproduktion liegt in der widersprüchlichen Tendenz der kapitalistisch vermittelten Realisierung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit:

> "Das Kapital ist selbst der Widerspruch, daß es die notwendige Arbeitszeit (und dies ist zugleich die Reduktion des Arbeiters auf ein Minimum, i.e. seine Existenz als bloßes lebendiges Arbeitsvermögen) beständig aufzuheben versucht, aber die Surplusarbeitszeit nur gegensätzlich, nur im Gegensatz zur notwendigen Arbeitszeit existiert, also das Kapital notwendige Arbeitszeit als notwendig setzt für die Bedingung seiner Reproduktion und Verwertung. Eine Entwicklung der materiellen Produktivkräfte – die zugleich Entwicklung der Kräfte der Arbeiterklasse – auf einem gewissen Punkt hebt das Kapital selbst auf." (94)

An diesem Punkt muß aber schon historisch exakter der Vorgang beschrieben werden, den Marx als Reduktion des Arbeiters auf ein Minimum, seine Existenz als bloßes Arbeitsvermögen, bezeichnet, während gleichzeitig die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte die Entwicklung der Kräfte der Arbeiterklasse zur Folge wie zur Voraussetzung hat. Der der kapitalistischen Produktionsweise immanente Trieb zur ständig erhöhten Akkumulation wird widersprüchlich begleitet von der Produktivkraftentwicklung überhaupt, also auch der der menschlichen Produktivkraft, so weit und in dem Maße, wie die Reduktion der notwendigen Arbeitszeit vorangetrieben wird.

> "Die wirkliche Ökonomie – Ersparung – besteht in Ersparung von Arbeitszeit; (Minimum (und Reduktion zum Minimum) der Produktionskosten); diese Ersparung aber identisch mit Entwicklung der Produktivkraft." (95)

Die Produktionskosten des Einzelkapitals müssen aber notwendig dann steigen, wenn aufgrund der veränderten organischen und technischen Zusammensetzung des Kapitals ein gewisses Maß an Ausbildung von den Arbeitskräften verlangt wird. Diese Ausbildung elementarer Kenntnisse des Lesens, Schreibens, Rechnens etc. ist sogar dann erforderlich, wenn sie keine unmittelbare Verwendung im Produktionsprozeß findet, sondern weil sie zu einer notwendigen Lebensbedingung der Mehrheit der Bevölkerung einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, ihrer Kommunikations- und Verkehrsformen, gehört. Hieran wird deutlich, daß die Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft nicht allein aus der rigiden funktionalen Abhängigkeit von den Bedürfnissen des Verwertungsprozesses abhängt. Zum anderen ist zu keiner Zeit das bloße Konkurrenzprinzip der gegeneinander agierenden Kapitalien in der Lage gewesen, aus sich heraus die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse zu sichern. Der kapitalistische Staat übernimmt die Gattungsgeschäfte des Kapitals, indem er außer der Arbeitszeitverkürzung vor allem auch die Kinderarbeit gesetzlich begrenzt, um a) die Arbeiterklasse als Rasse am Leben zu erhalten und um ihr b) die nötigste Ausbildung zu garantieren. Daß die Einführung der allgemeinen Schulpflicht in mehr oder weniger starkem Maße auch vom Erfolg der Kampfkraft der Arbeiterklasse abhing, ändert daran nichts. Es ist auch eher noch eine Schwäche der Arbeiterbewegung gewesen – wenn auch ein enormer Hebel zur Emanzipation –, daß nur die institutionell-sachlichen Rahmenbedingungen zur Qualifizierung der Arbeitskräfte geschaffen werden konnten, aber kein Einfluß auf deren inhaltliche Ausrichtung gewonnen wurde.

Mit anderen Worten: Der Teil des kapitalistischen Kostpreises, der zum Ankauf von Arbeitskraft ausgelegt wird, wächst, weil die Reproduktionskosten einer mit Elementarkenntnissen ausgestatteten Arbeitskraft wachsen. Dieser Teil der Reproduktionskosten aber, der zur elementaren Qualifizierung der Arbeitskraft verwendet wird, fließt nicht dem Konsumtionsfonds des einzelnen Arbeiters zu, sondern wird vom Staat über das Steuersystem angeeignet. Das variable Kapital zerfällt zunächst in zwei stofflich getrennte Teile: Der nominale Nettolohn wird zur individuellen Konsumtion verwendet, einen Teil der Lohnsteuern benutzt der Staat, um Bildungseinrichtungen zu finanzieren. Obwohl zur individuellen Konsumtion angesichts der gestiegenen Bedürfnisse der Arbeiter nicht nur die physischen Reproduktionsmittel gehören, sondern auch ein Fonds, der die einmal angeeigneten Kenntnisse auf eigene Initiative erweitern hilft, erscheinen auch weiterhin – angesichts der niedrigen Realentlohnung – die Löhne nur als Tauschmittel zum Ankauf von Lebensmitteln, die Bildungseinrichtungen aber, die von der Kapitalistenklasse insgesamt über den Staat organisiert werden, als Geschenk des Staates. Mit der inneren stofflichen Differenzierung des variablen Kapitals stellt sich eine "organische" Beziehung von Lohnfetisch und Staatsfetisch (als Sozialstaatsillusion) her.

In diesem Stadium der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse taucht schon die unter dem Aspekt von Bildungssystem und Produktion konkretisierte Verschärfung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung auf: Die von der Gesellschaft aufgebrachten Bildungsinvestitionen müssen lang-

93 Vgl.: ROHENTWURF, S. 544.
94 ROHENTWURF, S. 441 f.; Hervorh.i.Text.
95 Ebd., S. 599.

fristig geringer sein als der Nutzeffekt der ausgebildeten Arbeitskräfte (96). (Im Sozialismus ist dies eindeutig positiv: Das Bildungssystem ist sowohl Zweck als Mittel, die Optimierung des Bildungssystems ist sowohl Voraussetzung der wachsenden Akkumulation des allen Gesellschaftsmitgliedern zufließenden gesellschaftlichen Reichtums wie Resultat bzw. Ziel der Produktion: allseitig entwickelte Persönlichkeiten zu schaffen.) Im Kapitalismus werden die Kosten für die Finanzierung ihrer Ausbildung von den Werktätigen selbst getragen. Darüber hinaus ist die "Misere des Bildungswesens" als eine Erscheinungsform des Grundwiderspruchs so zu interpretieren, daß der Staat mitnichten sämtliche Aufwendungen der Arbeiterklasse ihr wieder in Form von Schulen, Krankenhäusern etc. zukommen läßt, sondern sie zur Unterstützung der Kapitalakkumulation benutzt.

In dem Maße nun, wie die Ausbildung, die die Lohnabhängigen selbst finanzieren, verlängert und verbessert werden muß, wächst der Wert der Arbeitskraft, steigen ihre Reproduktionskosten, erhöht sich dieser Teil des gesellschaftlichen kapitalistischen Kostpreises. Um die für das Ausbildungssystem nötigen Kosten aufzubringen, muß der Staat entweder die Profite so stark besteuern, daß Teile des staatlich angeeigneten Mehrwerts für die Bildungsfinanzierung hinreichen, so daß die Akkumulationsrate sinkt; oder es muß der schon gestiegene Teil des Kostpreises des Kapitals, der am Ende des Produktionsprozesses als Bruttonominallohn figuriert, angegriffen werden. Das bedeutet: Da aufgrund der verbesserten Ausbildung, aufgrund der längeren in die Produktion der Arbeitskraft eingehenden gesellschaftlichen Arbeitszeit die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft gestiegen sind, muß ein ständig steigender Lohnsteueranteil vom Nominallohn abgenommen werden, was wiederum die Reduzierung bzw. Nichtweiterentwicklung der individuellen Konsumtion nach sich zieht. Sowohl die Produktion des "Werts" der Arbeitskraft als auch dessen Reproduktion stoßen so an die Grenzen des Staats und des Monopols. Der Widerspruch von individueller und gesellschaftlicher Konsumtion wie der von Wert und Lohn der Arbeitskraft erfährt mit dem Einsetzen der wissenschaftlich-technischen Revolution eine weitere Verschärfung.

Das kapitalistische Bildungssystem hat über die Funktion hinaus, den neuen Arbeitern die elementaren Kenntnisse zur Existenzfristung in den industriell entwickelten Ländern zu vermitteln, die Aufgabe, die persönlichen Bedingungen der Produktion den sachlichen Bedingungen dadurch anzupassen, daß insbesondere in den Berufsschulen, die die Produktion der sich spezialisierenden Arbeitskräfte vornehmen, gewisse allgemeine Fertigkeiten und Kenntnisse in der Auseinandersetzung des Produzenten mit den Produktionsmitteln und schon weniger der Natur geschaffen werden. Dies geschieht aber nur dadurch, daß eine universell entwicklungsfähige Arbeitskraft über die Ausbildung auf eng spezialisierte Produktionsfunktionen reduziert wird, während ihr die allgemeinen Bedingungen selbst der Naturbeherrschung, d.h. eine möglichst umfassende Erlernung der Naturwissenschaften vorenthalten werden. Diese Kenntnisse werden auf einen exklusiven Kreis von Fachkräften mit einer exklusiven Ausbildung beschränkt. Neben dem Zweck

96 "Unter kapitalistischen Bedingungen wird dieser Gesetzmäßigkeit schon damit Geltung verschafft, daß der Kapitalist die Ware Arbeitskraft wegen ihrer wertschaffenden Potenz kauft und nicht wegen ihrer Reproduktionskosten. Eine qualifizierte Arbeitskraft, deren wertschaffende Fähigkeit hinter der Expansion ihrer Reproduktionskosten wesentlich zurückbleibt, dürfte unter sonst normalen Umständen kaum Chancen haben, von einem Kapitalisten gekauft zu werden." (H. Maier: "Die Reduktion der komplizierten auf einfache Arbeit im Lichte der Marxschen Werttheorie". In: PROBLEME DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Deutsche Akademie der Wissenschaften, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 10, Berlin (DDR) 1967, S. 158).

der Ausbildung für die auf die Einzelkapitale in den spezifischen Produktionszweigen zugeschnittenen Bedürfnisse hat das Kapital insgesamt ein Bedürfnis danach, über die Entwicklung der Hauptproduktivkraft die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bei maximaler Ausbeutung auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

> "Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen." "Der normale Charakter der gegenständlichen Arbeitsfaktoren hängt jedoch nicht vom Arbeiter, sondern vom Kapitalisten ab. Fernere Bedingung ist der normale Charakter der Arbeitskraft selbst. In dem Fach, worin sie verwandt wird, muß sie das herrschende Durchschnittsmaß von Geschick, Fertigkeit und Raschheit besitzen." (97)

Über die Optimierung der Produktivkraft der Arbeit, welche in gegebener Zeit eine größere Menge an Gebrauchswerten schafft, verwertet sich das Kapital besser. Dabei ist vom Standpunkt des Kapitals eindeutiger Parameter der Nützlichkeit des Bildungssystems die Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit im kapitalistischen Produktionsprozeß, vermittelt über die Steigerung der wertschaffenden Potenz der Arbeitskraft. Damit einher geht die Produktion der durchschnittlichen gesellschaftlichen einfachen Arbeitskraft, deren allein an den physischen Existenzmitteln bemessener Wertteil zwar durch die Verwohlfeilerung der Lebensmittel – ein Produkt der Reduktion der gesellschaftlich zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit – sinken mag, deren Wert im Maße des Zuwachses an Bildungsaufwendungen jedoch wächst.

> "Um die allgemein menschliche Natur so zu modifizieren, daß sie Geschick und Fertigkeit in einem bestimmten Arbeitszweig erlangt, entwickelte und spezifische Arbeitskraft wird, bedarf es einer bestimmten Bildung oder Erziehung, welche ihrerseits eine größere oder geringere Summe von Warenäquivalenten kostet. Je nach dem mehr oder minder vermittelten Charakter der Arbeitskraft sind ihre Bildungskosten verschieden. Diese Elementarkosten, verschwindend klein für die gewöhnliche Arbeitskraft, gehn also ein in den Umkreis der zu ihrer Produktion verausgabten Werte." (98)

Die wertschaffende Potenz einfacher wie komplizierter, also potenzierter einfacher Arbeit muß aber stets den Wert der entsprechend ausgebildeten Arbeitskraft übersteigen, soll sie in Form von produktiver Arbeit den kapitalistischen Verwertungsprozeß in Gang setzen.

> "Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte." Entscheidend ist "der spezifische Gebrauchswert dieser Ware, Quelle von Wert zu sein und von mehr Wert, als sie selbst hat." (99)

1.3. Staatsmonopolistische Aneignung eines Teils des variablen Kapitals (100)

Dadurch, daß die Erlernungskosten mit dem Einsetzen der wissenschaftlich-technischen Revolution wachsen, erhält die Wertentwicklung der Ware Arbeitskraft eine widersprüchliche Tendenz, nämlich einerseits die Tendenz des Wertzuwachses, vermittelt durch die in

97 MEW 23, S. 53 und S. 210.
98 Ebd., S. 186.
99 Ebd., S. 208.
100 Erst nach der Fertigstellung der wesentlichen Teile des Manuskripts erfuhren die Verfasser von einer jetzt vorliegenden Dissertation, die sich mit einer ähnlichen Thematik beschäftigt. Wie wir uns überzeugen konnten, stellt auch der Genosse Bonk den Widerspruch zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion

ihre Reproduktionskosten eingehende längere Ausbildungszeit, andrerseits die Tendenz, einen zweiten Teil ihres Werts, der dem Kapital einzig als akzeptabler Wertteil erscheint, der durch die physischen Existenzmittel bestimmte, zu senken bzw. nur geringfügig ansteigen zu lassen. Außerdem ist das Kapital daran interessiert, die Verwohlfeilerung der Arbeitskräfte, die zur Produktion neuer Arbeitskräfte im Bildungswesen eingesetzt werden, voranzutreiben, entweder anarchisch dadurch, daß wenig Lehrkräfte auf eine steigende Zahl Auszubildender eingesetzt werden oder aber die Kapitalisierung des gesamten Bildungssystems durch einevom Privatkapital betriebene Bildungsindustrie intendiert wird. (101) Dies ist selbst widersprüchlich: Zum einen hat der Staat hier die Gattungsgeschäfte des Kapitals übernommen. Die imperialistischen Ziele des staatsmonopolistischen Kapitalismus können aber nur dann annähernd realisiert werden, wenn die Staatsausgaben für das Bildungswesen möglichst gering gehalten werden oder aber der Gesellschaft ein Tribut in Form von Steuern auferlegt wird. Zum anderen sind aber bestimmte Zweige des Kapitals wie etwa die Bildungsindustrie und die Bauindustrie daran interessiert, die günstigen Staatsaufträge für ihre Profitproduktion auszunutzen.

---

der Arbeiterklasse als Ausdruck des Vergesellschaftungsgrades der Produktionsverhältnisse im staatsmonopolistischen Kapitalismus heraus. Folgendes Zitat möge dies verdeutlichen:
"Das W e s e n der Veränderungen auf dem Gebiet der Konsumtion in den staatsmonopolistischen Ländern, deren eigentliche 'Revolutionierung', besteht i n d e r q u a l i t a t i v n e u e n S t u f e d e s V e r g e s e l l s c h a f t u n g s g r a d e s a u c h d e r K o n s u m t i o n. Im Zusammenhang damit gewinnt innerhalb der Konsumtion der Arbeiterklasse derjenige Teil relativ rasch an Bedeutung, der nicht mehr durch den eigentlichen Mechanismus der kapitalistischen Warenproduktion, sondern immer mehr durch ökonomische Aktivitäten des imperialistischen Staates ermöglicht wird. Die Konsumtion der Arbeiterklasse, die nicht individuell, sondern nur gemeinschaftlich vollzogen werden kann, erlangt einen qualitativ neuen Stellenwert innerhalb der Gesamtkonsumtion der Arbeiterklasse, Sie erhält sowohl als selbständiger Faktor eine qualitativ neue Bedeutung, sie wird andererseits aber auch immer mehr zur Voraussetzung für den Vollzug der individuellen Konsumtion." (H. Bonk: NEUE BEDINGUNGEN DER REPRODUKTION DER ARBEITSKRAFT UND WIDERSPRÜCHE AUF DEM GEBIET DER KONSUMTION DER ARBEITERKLASSE ALS OBJEKTIVE GRUNDLAGEN FÜR DIE ENTSTEHUNG NEUER TRIEBKRÄFTE DES KLASSENKAMPFES IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS, Diss., Berlin (DDR) (1971), S. 73).

101 Die Tendenz des Kapitals, die allgemeinen Bedingungen der Produktion der Staatstätigkeit nur so lange zu überlassen, wie sie keine Möglichkeit zur profitablen Anlage von Kapital bieten, beschreibt Marx, ROHENTWURF, S. 422 ff., an Hand der Kommunikations- und Transportindustrie. In diese Tendenz schließt er auch die Tendenz zur Kapitalisierung der Momente der gesellschaftlichen Konsumtion ein: "Die höchste Entwicklung des Kapitals ist, wenn die allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses nicht aus dem A b z u g d e r g e s e l l s c h a f t l i c h e n R e v e n u e hergestellt werden, den Staatssteuern — ... —, sondern aus dem K a p i t a l a l s K a p i t a l. Es zeigt dies den Grad einerseits, worin das Kapital sich alle Bedingungen der gesellsehaftlichen Produktion unterworfen, und daher andrerseits, wieweit der gesellschaftliche reproduktive Reichtum k a p i t a l i s i e r t ist und alle Bedürfnisse in der Form des Austauschs befriedigt werden; auch die als g e s e l l s c h a f t l i c h g e s e t z t e n Bedürfnisse des Individuums, d.h. die, die es nicht als einzelnes Individuum in der Gesellschaft, sondern gemeinschaftlich mit andren konsumiert und bedarf — deren Weise der Konsumtion der Natur der Sache nach eine gesellschaftliche ist —, auch diese durch den Austausch, den individuellen Austausch, nicht nur konsumiert werden, sondern auch produziert." (ebd., S. 431; Hervorh.i.Text)

In der ersten Phase der Monopolisierung fanden die größten Kapitale noch einen relativen Ausweg darin, sich eine Stammbelegschaft heranzubilden, die sowohl loyal gegenüber "ihrem" Konzern bleiben sollte, das den Krisenzyklen unterworfene wechselnde Arbeitskräfteangebot annähernd regeln wie auch ein bestimmtes Maß an Erfahrungsschatz der Belegschaft sichern sollte, so daß nicht die Notwendigkeit entstand, aufwendige Ausbildungsstätten bzw. längere Einarbeitung oder Umschulung zu finanzieren.

Mit der durch die den Monopolen adäquaten Produktionsstruktur geschaffenen Möglichkeiten der Ökonomisierung der gegenständlichen und persönlichen Produktionsfaktoren kann das Monopol die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit unterschreiten bzw. durch Vorteile wie den der Verwohlfeilerung von Waren gegenüber anderen Kapitalien sich einen Teil fremder Mehrarbeit aneignen und somit auch Mittel bereitstellen für die Attraktion knapper Arbeitstypen bei gleichzeitiger Anwendung einer großen Zahl un- und angelernter Arbeitskräfte, welche die Mehrwertrate erhöhen helfen. Ebenso ist das Monopolkapital in der Lage, Mittel für die betriebliche Konsumtion der Belegschaft freizustellen und sich durch eigene Ausbildungsstätten eine ihm gemäße Nachfolgeschar von Arbeitern zu schaffen. Ein Teil dieser Mittel also wird der betrieblichen Sozialpolitik zugeschlagen (102), um a) die gewünschte Zahl und Zusammensetzung von Arbeitskräften sich anzueignen, b) einer sozialen Disziplinierung die materielle Basis zu liefern.

Die Tatsache, daß die Konsumtion der Arbeiterklasse nicht mehr ihre nur einfache Reproduktion sein kann, umfaßt den Vorgang der inneren Differenzierung der Produktionsstruktur wie der Arbeitsplatzstruktur, zum anderen die mit der Entwicklung der materiellen Produktivkräfte mögliche differenzierte Verteilung des akkumulierten Reichtums an bestimmte Schichten der Arbeiterklasse. Wie die Produktionskosten zur Bildung der Arbeitskraft in ihren Wert einfließen und ein Teil des variablen Kapitals über dessen staatliche Zentralisierung und Redistribution von der Arbeiterklasse zu ihrer geistigen Reproduktion verausgabt wird, so gehören begrifflich zum variablen Kapital auch die betrieblichen und staatlichen Sozialkosten, die, notwendiges Element der Reproduktion der Arbeitskraft, zugleich ihrer ideologischen Korrumpierung und sozialen Befriedung dienen. Der Marxsche Satz, daß alle vom Arbeiter produzierten Produktivkräfte als die des Kapitals erscheinen, konkretisiert sich u.a. in der veränderten stofflichen Zusammensetzung des variablen Kapitals, dessen einer Teil den gesellschaftlichen Charakter der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, dessen anderer Teil — außer dem Lohn selbst — die materielle Substanz ihrer sozialen Disziplinierung darstellt.

Allerdings sind in dem System staatlicher und betrieblicher Sozialleistungen die Monopole daran interessiert, die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft im Betrieb dem Staat zu übertragen oder aber Teile der Reproduktion aus dem Unternehmen hinauszu-

---

102 "Nach der offiziellen staatlichen Statistik werden folgende Hauptformen zur ökonomischen Bindung der Arbeiter und Angestellten an die Monopolbetriebe verwendet: betriebliche Altersversorgung, Gratifikationen, sogenannte Ergebnisbeteiligungen und andere Ausschüttungen; Barleistungen verschiedener Art wie Familiengelder, Wohnungshilfen, Verpflegungshilfen, Ausbildung und Fortbildung, Fürsorge und Gesundheitsschutz, Naturalleistungen usw." (DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 382) Daß diese monopolistischen Sozialausgaben beileibe keinen Abzug vom Gewinn, sondern integraler Bestandteil des variablen Kapitals sind, ändert auch nicht das Bilanzverfahren der Monopolunternehmen, in denen diese Posten als Kostenfaktor erscheinen. (Vgl. hierzu: ENTSCHLEIERTE PROFITE. BILANZLESEN LEICHTGEMACHT. Eine Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite der Aktiengesellschaften nach den veröffentlichten Bilanzen, Frankfurt/Main 1971).

verlagern. (103)

> "Im Ergebnis dieser Widersprüche (zwischen notwendiger gesellschaftlicher Konsumtion und deren steigenden Kosten, – d.Verf.) bewegen sich die Leistungen der einzelnen Monopolunternehmen auf den Gebieten der betrieblichen Bildungs-, Gesundheits- und anderen Sozialeinrichtungen auf einem Niveau, das sich aus den unmittelbaren betrieblichen Reproduktionsanforderungen ergibt und dessen Höhe wesentlich von den gewerkschaftlichen Kampfaktionen der Arbeiter und Angestellten des einzelnen Unternehmens und des Zweiges beeinflußt wird. Es liegt also ein echtes ökonomisches Interesse der Monopole vor, die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Konsumtion der Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade zu stimulieren. Die Monopole sehen darin auch eine Möglichkeit, die Konkurrenzbedingungen zu vereinheitlichen." (104)

1.4. Die stoffliche Zusammensetzung des variablen Kapitals

Das variable Kapital spaltet sich im Prozeß der wachsenden Anforderungen an das menschliche Arbeitsvermögen durch die Entwicklung der Produktivkräfte wie auch die zunehmenden Klassenauseinandersetzungen in mehrere stofflich voneinander zu trennende Teile. Ihr realer Verwendungszweck wie die Form ihrer quantitativen Verteilung können nicht dagegen sprechen, daß sie zum variablen Kapital gehören, sie gehen objektiv in den Teil des kapitalistischen Kostpreises ein, der vom Kapital für die Hauptproduktivkraft Mensch vorgeschossen wird. Dieser Anteil mag wachsen, wenn nur der realisierte Profit in verhältnismäßig größerer Proportion steigt. Die Auffassung also, daß nur das als variables Kapital real und begrifflich figuriert, was am Ende des Produktionsprozesses dem Arbeiter als Reallohn zufällt, ist falsch, weil sie a) eine objektivistische Betrachtungsweise vom Standpunkt des Gesamtkapitals impliziert und nicht reflektiert, daß das Einzelkapital stets zunächst zahlen muß, einerlei, ob ihm Produktionskosten über die staatliche Umverteilung nachträglich zurückfließen, b) der Formwechsel des Kapitals nicht bedacht wird: "Das variable Kapital figuriert als Kapital in der Hand des Kapitalisten und figuriert als Revenue in der Hand des Lohnarbeiters ... Wirkliches variables Kapital wird es

---

103 Mit wachsenden Bildungsausgaben kann die Reproduktion des Arbeiters auch nicht mehr vom Einzelkapital geleistet werden; die Erhaltung des durch die vergesellschaftete Bildungsproduktion produzierten Werts der Arbeitskraft fordert selbst staatliche Bedingungen zur Umschulung und Weiterbildung, je schneller der technische Fortschritt die Produktions- und Qualifikationsstruktur ändert. – Das Beispiel der freigesetzten Ruhrkumpel zeigt, wie ungenügend dies jedoch nur realisiert wird. – In diesem Zusammenhang muß auch die Funktion der Bundesanstalt für Arbeit gesondert untersucht werden: die Regulierung des Arbeitsmarktes sowohl im Hinblick auf die "Angebotselastizität der Arbeit" wie auch auf die "Brachlegung" der Arbeitskraft ist heute zentraler denn je. Die Anarchie auf dem Arbeitsmarkt soll tendenziell aufgehoben werden durch prognostische Steuerung des Arbeitskräftepotentials. Allerdings gelingt dies selbst dort nicht, wo die Absicht dazu besteht: Die Monopole profitieren gerade von der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Qualifikationsstruktur des Gesamtarbeiters, indem sie etwa aufs Land ausweichen oder sich eine borniert ausgebildete Stammbelegschaft produzieren oder aber Manipulationen mit alten Arbeitern zusammen mit der Bundesanstalt ausklügeln, die z.B. 60 Prozent des Lohnes entlassener Arbeiter zu tragen hat. Das Verwertungsinteresse widerspricht überhaupt einer gleichmäßigen und langfristigen geplanten Adaption der Hauptproduktivkraft an die Arbeitsplatzstruktur, wie sie durch das Kapital vorgegeben wird.

104 H. Bonk, a.a.O., S. 112.

nur nach Abstreifung seiner Geldform, nachdem es in Arbeitskraft umgesetzt worden und diese als Bestandteil des produktiven Kapitals im kapitalistischen Prozeß figuriert." Oder noch präziser: "Da das variable Kapital stets in irgendeiner Form in der Hand des Kapitalisten bleibt, kann in keiner Weise gesagt werden, daß es sich in Revenue für irgend jemand umsetzt." (105)

Variables Kapital zerfällt im Austausch mit der Ware Arbeitskraft in folgende Teile:

1) Nettolohn zur individuellen Konsumtion von Lebensmitteln, Dienstleistungen und langlebigen Konsumgütern
2) betriebliche Sozialleistungen
3) Beiträge zur Sozialversicherung (Krankenkasse, Renten)
4) Lohnsteuern, die sowohl für die Finanzierung z.B. des Bildungswesens als auch für die Kapitalakkumulation vom Staat verwendet werden.

(Dies gilt übrigens auch für die unter 3) genannten Fonds. Etwa haben das Arbeits- und Sozialministerium und die Bundesanstalt für Arbeit auch die Funktion, die Regulierung der Klassenbeziehungen wie die Bedürfnisse des Kapitals auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.)

Mit dem oben Entwickelten soll also keinesfalls gesagt sein, daß je höher die Bruttolohnsumme gegenüber der Nettolohnsumme der produktiven Arbeiter ist, der Staat auch für die gesellschaftliche Konsumtion der Lohnabhängigen sorgt. Gerade die Erweiterung des privaten und staatlichen Aneignungsverhältnisses zeichnet den staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. Dadurch, daß das variable Kapital den Formwechsel zur Geldform durchlaufen muß, ist sowohl die Kapitalisierung dieses Geldfonds als auch seine Zweckverwendung für die Reproduktion der Arbeiterklasse möglich. Welches von den beiden Zielen erreicht wird, hängt vor allem vom Kräfteverhältnis der beiden Hauptklassen ab. (106) Die Geschichte des imperialistischen deutschen Steuersystems beweist, daß der Staatshaushalt, seine Entstehungs- und seine Verwendungsseite durchaus abhängen von der Schärfe des Klassenkampfes. Hier eine Allmacht des Staatsapparates als Vertreter der Gesamtkapitalistenklasse zu konstatieren, wie sie sowohl konzeptionell in linksradikalen als auch reformistischen Einschätzungen der Rolle des Staates im Imperialismus angelegt sind, bedeutet nichts anderes, als die (staatliche) Distributionssphäre zu verabsolutieren.

---

105 MEW 24, S. 437 und S. 445.

106 S. Karl-Heinz Heise: PROFITBESTEUERUNG UND REGULIERUNG DER KAPITALAKKUMULATION, DWI-FORSCHUNGSHEFT 3/1968, S. 14 f.
Das bedeutet wiederum gerade nicht, wie Schäfer/Müller meinen, man könne – wenn man v so weit fasse – ja dann auch die Forderung der Unternehmer unterstützen, daß Lohnerhöhungen deshalb unstatthaft seien, weil dann die Finanzierung der Bildungsinvestitionen nicht realisiert werden könne. Die Forderungen der Arbeiterorganisationen nach Beschneidung des Monopolprofits finden u.a. gerade darin ihre Berechtigung, daß einerseits der individuelle Lohn so hoch wie möglich zur direkten physischen Reproduktion gehalten wird und andererseits die Lohnsteuern so gering und die Profitsteuern so hoch, daß die Monopolprofite stark zugunsten der gesellschaftlichen Konsumtion beschnitten werden können. Daß die Stärke der Arbeiterklasse und die Labilität des Imperialismus tiefgreifenden Einfluß auf die Kapitalsteuern z.B. ausüben, beweist die Geschichte des imperialistischen Deutschland sehr plastisch in den Klassenkämpfen der 20er Jahre.
S. hierzu: Müller/Schäfer: "Bemerkungen zum Artikel 'Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital' ", in SOPO 12/71, S. 72.

2. Der Widerspruch zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion

2.1. Lohnarbeiterfamilie und Reproduktion der Arbeitskraft

In einem engen Zusammenhang mit dem Problem der Entwicklung der Wertbestimmung der Arbeitskraft und der individuellen und gesellschaftlichen Konsumtion steht die Reproduktion der Arbeitskraft in der und durch die Familie des Lohnarbeiters.

Nach einem traditionellen Verständnis – auch von vielen marxistischen Ökonomen – hat der Lohnarbeiter als Familienvater für die Reproduktion aller Mitglieder seiner Familie aufzukommen, entspräche es also dem Wertgesetz, wenn sein Lohn ausreichte, die gesamte Familie zu ernähren, wie diese selbst für die Reproduktion des Lohnarbeiters – als Appendix des Lohnarbeitsverhältnisses – zu sorgen hat. Die Familie führt hier die dem Lohnarbeiter einzig zugängliche Warenzirkulation zuende, indem sie gegen Geld Waren tauscht, die der individuellen Konsumtion zugeführt werden. Die Frau realisiert den Äquivalententausch und sorgt für die biologische Reproduktion der Arbeiterrasse. Die Lohnarbeiterfamilie fungiert als abgeschlossene "Konsumtionseinheit", sie ist die Voraussetzung wie die Verwirklichung der unproduktiven Konsumtion der Arbeiterklasse. In diesem Sinne ist der Marxsche Satz zu verstehen: "Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt." (107) Die oben genannte Auffassung von den Realisierungsbedingungen der individuellen Konsumtion der Arbeitskraft ist jedoch unhistorisch, sie verabsolutiert eine Phase kapitalistischer Produktion. In den Frühphasen der kapitalistischen Produktion, wie sie im Marxschen Kapital dargestellt werden, scheint die Tatsache, daß Frauen und Kinder in den Verwertungsprozeß einbezogen werden, eher ein Verstoß gegen das Wertgesetz zu sein, insbesondere in der negativen Abgrenzung zu vorkapitalistischen Formen der Familie. Gerade nach der Auflösung relativ selbständiger Produktionseinheiten, z.B. der Bauernstellen oder der Handwerksproduktion, die in der Großfamilie ihre materielle Reproduktion sicherten und auch nur darin die einzelnen Familienmitglieder am Leben erhielten, kann die Verwandlung der Arbeiter in Lohnarbeiter bei extremer Verlängerung des Arbeitstages nur dann funktionieren, wenn die Frau nicht berufstätig war, um sicherzustellen, daß die alte Arbeitskraft erhalten bleibt und die neue zu relativ menschenwürdigen Konditionen herangebildet wird. Dies wurde umso dringlicher, als im Fortschritt der Produktivkräfte auch die Anforderungen an den einzelnen Arbeiter wuchsen, also ein gewisses Quantum der gesellschaftlichen Arbeitszeit für die Ausbildung neuer Arbeitskräfte verwendet werden mußte. Damit steigen aber die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, ein Vorgang, dem das Kapital durch Einbeziehung der Frauen in den Ausbeutungsprozeß zu begegnen versucht. Kuczynski beschreibt diesen Prozeß folgendermaßen: "Wir hatten festgestellt, daß der Lohn annähernd so hoch sein muß, daß er nicht nur zur Reproduktion der Arbeitskraft ausreicht, sondern überdies noch die Reproduktion der Arbeitskraft 'für alle Ewigkeit' sichert, indem er zugleich die biologische und 'erzieherische', besser gesagt die gesellschaftliche Reproduktion des Arbeiters in gewisser Weise garantiert, also auch die Aufzuchtskosten der nächsten Arbeitergeneration bestreitet. Während die Unternehmer aus offenbaren Gründen sich zu einer solchen 'Konzession' bereiterklären mußten, suchten sie auf der anderen Seite die Kosten dieser 'Konzession' möglichst niedrig zu halten und gar noch dabei einen Gewinn zu machen. Das taten sie, indem sie versuchten, einen möglichst großen Teil der Familie des Arbeiters für die Aufzuchtkosten arbeiten zu

107 MEW 4, S. 465.

lassen." (108) Das geschieht dadurch, daß "das Kapital die für die Konsumtion nötige Familienarbeit usurpiert hat zu seiner Selbstverwertung", daß, "je üblicher es wird, daß Familienmitglieder mitarbeiten, desto stärker der Lohn des einzelnen Arbeiters gesenkt wird, und zwar einmal, da die Familienarbeit eine geringere Entlohnung des einzelnen erlaubt, ohne die Reproduktion der Arbeitskraft (im Familienrahmen) entsprechend zu gefährden, und zweitens, da die geringere Entlohnung des Mannes ihn dazu zwingt, Frauen und Kinder in die Fabrik zu schicken, wodurch sowohl die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte steigt, die industrielle Reservearmee erhöht wird, als auch zugleich billigere Arbeit (mehr Mehrarbeit) geleistet wird." (109)

Dieser Vorgang wurde historisch nur insofern modifiziert, als statt der Kinderarbeit eine (unzureichende) staatliche "Aufzucht" vonstatten ging und die Anzahl der arbeitenden Frauen insbesondere seit dem Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts enorm anstieg. (110) Bei Kuczynski wird jedoch dieser Prozeß einseitig dargestellt, nämlich so: daß der Lohn der Arbeitskraft unter den Wert sinkt.

Umgekehrt – soll die historische Dimension der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft nicht verlorengehen – kann konstatiert werden, daß, sobald die Frauenarbeit ein Dauerverhältnis, Konstituens von Lohnarbeit im oben verstandenen Sinn der Konsumtionseinheit wird, sich der Wert dem niedrigen Lohnniveau angleicht. Freilich ist auch diese Wertsenkung nur auf eine kurze Phase der kapitalistischen Entwicklung beschränkt. Das Kapital schafft durch die Weiterentwicklung der Produktivkräfte neue Bedürfnisse der Lohnarbeiterfamilie, wie es sich der Möglichkeit ihrer Befriedigung – im Rahmen der dem Kapital eigentümlichen Schranke – in Form seiner Selbstverwertung annimmt. Damit ist die Möglichkeit gegeben, relativ konfliktlos die Arbeiterfrauen in das Lohnarbeitsverhältnis zu integrieren. Das Einzelkapital nimmt sich der Rationalisierung der individuellen Konsumtion der Arbeiterfamilie durch Schaffung langfristiger bzw. dauerhafter Konsumgüter (z.B. Wohnungs- und Kücheneinrichtungen) und durch die Kapitalisierung bestimmter Dienstleistungsbereiche an.

Die unproduktive Arbeit der Hausfrau wird tendenziell aus der Familie heraus in die Ware-Geld-Beziehung der in stärkerem Maße vom Kapital organisierten Konsumtionssphäre verlagert. Die Rationalisierung des Haushaltes der Lohnarbeiterfamilie erhöht die für die Reproduktion der Familie zur Verfügung stehende freie Zeit mit dem Nachteil, daß die Reproduktionskosten, die aus dem individuellen Lohn zu bestreiten sind, wachsen. Das Ratenzahlungs- und Kreditsystem findet in diesem Widerspruch zwischen der Ökonomiesierung der Freizeit und deren wachsender Kosten sein adäquates Ausbeutungsfeld. Solange die kapitalistische Warenform der Reproduktion der Lohnarbeiterfamilie erhalten

108 Jürgen Kuczynski: DIE GESCHICHTE DER LAGE DER ARBEITER UNTER DEM KAPITALISMUS. Zur Theorie der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 36, Berlin (DDR) 1968, S. 80.

109 Ebda., S. 81.

110 Um ein zu normalen Konditionen ausbeutbarer Lohnarbeiter zu sein, "muß den Fabrikarbeitern so viel gegeben werden, daß sie ihre Kinder zu regelmäßiger Arbeit erziehen können – aber auch nicht mehr, damit sie nicht den Lohn ihrer Kinder entbehren können und sie etwas anderes werden lassen als bloße Arbeiter. Auch hier ist die Schranke, das Minimum des Lohns, relativ; wo jeder in der Familie arbeitet, braucht der Einzelne um so viel weniger zu erhalten, und die Bourgeoisie hat die Gelegenheit zur Beschäftigung und Rentbarmachung der Weiber und Kinder, die ihr in der Maschinenarbeit gegeben wurde, zur Herabdrückung des Lohns weidlich genutzt." (F. Engels: DIE LAGE DER ARBEITENDEN KLASSE IN ENGLAND. In: MEW 2, S. 308).

bleibt, reduzieren sich notwendig die familiären Beziehungen auf ein reines Geldverhältnis. Ihre Existenzberechtigung ergibt sich vom Standpunkt des Kapitals lediglich aus der Notwendigkeit, mittels eines mit den verschiedenen historischen Etappen kapitalistischer Entwicklung differierenden Rollensystems als Konsumtionseinheit die Reproduktion der Arbeitskraft in Form vergesellschafteter Lohnarbeit zu gewährleisten.

2.2. Sozialausgaben als staatlich vermittelter Teil der Konsumtion

In einem Kommentar zum erstmals 1968 vorgelegten Sozialbudget der Bundesregierung, das in die "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" und in die "Mittelfristige Finanzplanung" eingegliedert ist, wird die Funktion staatlicher Sozialleistungen wie folgt bestimmt:

> "Der rasche gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturwandel erfordert eine ganzheitliche und auch quantitativ ausgerichtete Gesamtschau aller Teilbereiche der Gesellschaftspolitik. Das Sozialbudget stellt einen wichtigen Beitrag hierzu dar. Es macht deutlich, daß das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße durch Beiträge finanziert wird. D.h., daß der Einzelne in wachsendem Umfange Ansprüche auf Grund von eigenen Beiträgen erwirbt. Bei der Beurteilung der Höhe des Sozialaufwands muß man davon ausgehen, daß die sich in einer Marktwirtschaft ergebende Einkommensverteilung den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Aufgaben erfahrungsgemäß (!) nicht ohne weiteres (!) gerecht wird. Der marktwirtschaftliche Prozeß ermöglicht hohe Produktivitätssteigerungen, er führt aber nicht zu einer gesellschaftspolitisch befriedigenden Einkommensverteilung. Um eine wünschenswerte Einkommensverteilung zu erreichen, müssen daher Einkommenskorrekturen vorgenommen werden ... Mit steigendem Einkommen wächst der finanzielle Spielraum für eine Befriedigung der Bedürfnisse, die über elementare und unverzichtbare Bedürfnisse (Nahrung und Wohnung etc.) hinausgehen." (111)

Hier wird die Notwendigkeit der "Kosten der sozialen Sicherung" auf den Kopf gestellt. Nicht weil die Einkommen gestiegen sind, kann ein wachsender Teil des Individualeinkommens für die "soziale Sicherung" verwendet werden, sondern weil die Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit und die monopolistische Ausbeutung der Massen so weit vorangeschritten sind, m u ß der Staat der erweiterten Reproduktion der Arbeiterklasse als Teil der erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses in der Weise Rechnung tragen, daß er dazu beiträgt, die den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter betreffenden Bedingungen der Produktion insgesamt abzusichern. Daß das staatsmonopolistische System nicht in der Lage ist, eine auch nur annähernd "befriedigende" Einkommensverteilung sicherzustellen, ist nichts anderes als die uneingestandene Bestätigung der Marxschen Theorie der relativen Verelendung. "Der Arbeitslohn, wie man gesehen, bedingt seiner Natur nach stets Lieferung eines bestimmten Quantums unbezahlter Arbeit auf Seiten des Arbeiters. Ganz abgesehen vom Steigen des Arbeitslohns mit sinkendem Preis der Arbeit usw. besagt seine Zunahme im besten Fall nur quantitative Abnahme der unbezahlten Arbeit, die der Arbeiter leisten muß. Diese Abnahme kann nie bis zum Punkt fortgehn, wo sie das System selbst bedrohen würde." (112) Das allgemeine Gesetz kapitalistischer Akkumulation trifft im staatsmonopolistischen Kapitalismus z.B. über die Form des monopolistischen Tributs, der der Gesellschaft auferlegt wird, verstärkt zu: "Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß." (113)

111 DIE SOZIALREFORM. DOKUMENTE UND STELLUNGNAHMEN, Hrsg. v. M. Richter, Bd. 11, Stand Mai 1970, Bonn-Bad Godesberg, B II 7 b, S. 110.
112 MEW 23, S. 647.
113 Ebd., S. 675.

Gerade die staatlichen Sozialausgaben aber, die den Sozialstaatsillusionen zugrunde liegen, sind aber die Ausgaben, die zum größten Teil von den Lohnabhängigen selbst aufzubringen sind: "Die Durchschnittsverdienste aller Arbeitnehmer (Bruttolohn- und Gehaltssumme je abhängig Beschäftigten) waren 1950 mit durchschnittlich 13 v.H. (davon 5 v.H. Lohn- und Kirchensteuer und 8 v.H. Versicherungsbeiträge) belastet. Dieser Satz stieg bis 1967 um rund die Hälfte auf 19,3 v.H. (9,5 v.H. Steuern und 9,7 v.H. Beiträge." (114) Im Budget des imperialistischen Staates erscheinen Sozialleistungen, die als notwendiger Reproduktionsteil in die Konsumtion der Arbeitskraft eingehen, als Kosten. Dies ist nicht nur der demagogischen Intention zuzuschreiben, Illusionen über einen Wohlfahrtsstaat zu nähren, sondern drückt für die herrschende Klasse die Möglichkeit aus, diese "Kosten" zu minimieren, d.h. die in Geldform zentralisierten Lohnsteueranteile für Akkumulations- und Aggressionszwecke des Kapitals zu verwenden. Damit wird die Entwicklung der Arbeitskraft in ihrer Warenform eingeschränkt. Richtig wird daher festgestellt: "Die Sozialleistungen einschränken hieße, eine objektive Entwicklungstendenz, nämlich den zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Reproduktion der Arbeitskraft, aufhalten zu wollen." (115)

Abgesehen davon, daß die neu entstandenen Bedürfnisse nach längerer Aus- und umfassender Weiterbildung, Gesundheit und Erholung, Entfaltung der menschlichen Produktivkraft mit der kapitalistischen Wertbestimmung der Arbeitskraft in Widerspruch geraten, werden die staatlichen Sozialausgaben noch nicht einmal der objektiven Anforderung gerecht, steigende Summen aus dem Nationaleinkommen zur Erhaltung der sich vergrößernden Zahl der aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen sowie derjenigen, deren Arbeitskraft im Verwertungsprozeß verschlissen wurde, aufzubringen. Kann also der individuelle Lohn die einfache Reproduktion der Arbeiterklasse nur ungenügend gewährleisten, so wird die staatsmonopolistische Sozialpolitik ebensowenig den Notwendigkeiten der einfachen Reproduktion der Mehrheit der Bevölkerung gerecht. Da der Staat einen wachsenden Teil des Wertes der Arbeitskraft zu reproduzieren hat, gewinnen die Auseinandersetzungen und Kämpfe, in denen die Widersprüche der Sozialpolitik aktualisiert werden, notwendig eine politische Dimension, die über den Klassencharakter des Lohnverhältnisses hinaus den Klassencharakter staatlicher Funktionen offenlegt. Auf der anderen Seite aber wurzelt die Sozialstaatsillusion gerade in diesen materiellen Prozessen, die eine wachsende Aktivität des Staates verlangen. Dies nicht begriffen zu haben und gleichwohl gegen die Ideologie der Sozialstaatlichkeit zu polemisieren, bleibt freilich dem – vor allem ideologiekritischen – Beitrag von Müller/Neusüß vorbehalten. (116)

2.3. Gesellschaftliche Konsumtion und historische Überlebtheit des Warencharakters der Arbeitskraft

Um die gesellschaftlichen Konsumtionsbedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen nichtmonopolistischen Schichten als notwendige Erscheinungsform der Überlebtheit des Warencharakters der Arbeitskraft wie als prinzipielle Schranke der Entwicklung des le-

114 DIE SOZIALREFORM, a.a.O., S. 112.
115 J. Groß: "Westdeutsche Sozialleistungen im Sog der Expansionspolitik". In: DWI-BERICHTE 1/1970, S. 24.
116 Da nun aber die gesellschaftlichen Bedingungen der Reproduktion der Ware Arbeitskraft gleichermaßen auch andere Schichten der Bevölkerung, wie z.B. die einfachen Warenproduzenten und die Kleinbourgeoisie, betreffen, ist heute der gesellschaftliche Widerspruch weiter zu fassen als der zwischen Lohnarbeit und Kapital. Er entwickelt sich zum Widerspruch zwischen Monopolbourgeoisie und Volk.

bendigen Arbeitsvermögens adäquat zu erfassen, müßte eine systematische theoretische und empirische Bestimmung jener "gegenständlichen Bedingungen" des gesellschaftlichen Produktionsprozesses geleistet werden, die – so Marx – "nicht in den unmittelbaren Reproduktionsprozeß eingehen", die jedoch "überhaupt erheischt sind, damit der Prozeß stattfindet". (117) Die bürgerliche Ökonomie bezeichnet diesen Komplex als die sogenannte "Infrastruktur".

> "Zu diesen Bereichen sind alle Anlagen und Einrichtungen zu zählen, die a) Voraussetzungen für den Produktionsprozeß bilden, wie die Energie- und Wasserversorgung, der Verkehr, die Nachrichtenübermittlung und die Beseitigung der aus der Produktion herrührenden Abfälle, b) Bedingungen für die erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft darstellen, wie die Einrichtungen des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports und der Erholung sowie die nicht unmittelbar der Produktion dienenden Teile des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Wasser- und Energieversorgung, der Abfall- und Abwässerbeseitigung." (118)

Dabei stehen die Monopole vor dem Konflikt, entweder wesentliche Bereiche der Infrastruktur der privaten Kapitalisierung oder aber der staatlichen Monopolisierung zu überantworten. Die Kapitalisierung des gesellschaftlichen Konsumtionssektors scheint nicht immer profitabel für das einzelne Monopol. Die Gründe, diese Bereiche nicht oder nur mit enormen staatlichen Investitionshilfen zu Kapitalanlagesphären zu machen, ergeben sich – grob skizziert – aus

- der Größe des Kapitalvolumens,
- der Unteilbarkeit des Kapitals,
- seiner Standortgebundenheit,
- seiner geringen Umschlagsgeschwindigkeit,
- seiner langen Amortisationszeit,
- der hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals.

Ein anderer Grund, warum bestimmte Teile der Infrastruktur ungenügend entwickelt sind, liegt in dem sehr unterschiedlichen Charakter dessen, was unter Infrastruktur zu verstehen ist. Je nachdem, ob Infrastrukturmaßnahmen Voraussetzungen für die Kontinuität des materiellen Produktionsprozesses oder für die Reproduktion der Arbeitskraft sind, äußern sich die Monopolinteressen und die staatlichen Prioritätensetzungen unterschiedlich. "Ein großer Teil der Mittel zur Befriedigung der gesellschaftlichen konsumtiven Bedürfnisse der Arbeiterklasse im Akt der gesellschaftlichen Konsumtion tritt dagegen in solchen Formen und Dimensionen auf, daß die eigentliche Form der kapitalistischen Ware gesprengt wird; die für die gesellschaftliche Konsumtion der Arbeiterklasse erforderlichen Mittel können in der Regel nicht mehr von Einzelpersonen auf dem Markt gekauft werden." (119) Darum muß der Staat einen Teil des Volkseinkommens in diesem besonders vernachlässigten Bereich der Infrastruktur investieren, wenn auch hier die Prioritätensetzung staatlicher Infrastrukturpolitik eindeutig von den wichtigsten Monopolinteressen bestimmt bleibt.

"Wenn also der kapitalistische Staat von heute zum kollektiven kapitalistischen Eigentümer eines beträchtlichen Teils des Nationaleinkommens geworden ist, so wäre nichts verkehrter, als darin eine Gefährdung der Bedingungen des kapitalistischen Charakters des Reproduktionsprozesses zu erblicken. Im Gegenteil, dieser Teil des Nationalreichtums

117 ROHENTWURF, S. 727 und MEW 23, S. 195.
118 H.-J. Höhme: DER STAATSHAUSHALT DER BRD. DWI-FORSCHUNGSHEFT 1/1971, S. 16.
119 H. Bonk, a.a.O., S. 127.

umfaßt gewöhnlich solche allgemeinen Bedingungen des Reproduktionsprozesses wie Einrichtungen der Infrastruktur, die notwendige Bedingungen der Reproduktion darstellen, deren Finanzierung und Unterhaltung aber entweder über die Möglichkeiten der einzelnen Unternehmen hinausgehen, oder solche, die sich den traditionellen Formen der Kommerzialisierung entziehen und deren Kosten auf die Gesellschaft insgesamt abgewälzt werden." (120) Der imperialistische Staat schafft aber nun über den Prozeß der Erweiterung des monopolistischen Aneignungsverhältnisses im Rahmen der Umverteilung des Volkseinkommens keinesfalls die Voraussetzungen für die Befriedigung der gesellschaftlichen konsumtiven Bedürfnisse. Seine Funktion besteht nach wie vor darin, die Kapitalakkumulation möglichst reibungslos zu unterstützen wie die sozialen Konflikte und ärgsten Widersprüche auf dem Gebiet der Konsumtion durch ein gewisses Quantum an Sozialinvestitionen zu beseitigen. "Nun wird aber mit fortschreitender Entwicklung der Produktivkräfte die Differenz zwischen dem, was der Mensch zur Reproduktion seiner Arbeitskraft vom Standpunkt des Kapitals braucht, und seinen Gesamtbedürfnissen zur Entfaltung und allseitigen Ausbildung als Persönlichkeit immer größer ... Das Gesetz der steigenden Bedürfnisse, das engstens mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbunden ist, wird unvereinbar mit dem Fortwirken des Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Produktionsweise."(121) Die Autoren von "Imperialismus der BRD" weisen darauf hin, daß "selbst die nominelle Übereinstimmung zwischen Lohn und Wert der Arbeitskraft... immer weniger die Deckung der Reproduktionsbedürfnisse des arbeitenden Menschen (garantiert). Die tiefste Quelle dieser Erscheinung ist die Tatsache, daß der Warencharakter der Arbeitskraft keine ökonomische Notwendigkeit des gesellschaftlichen Fortschritts mehr ist..."(122)

Es wachsen also im staatsmonopolistischen Kapitalismus die Ansatzmöglichkeiten für die Entwicklung des Klassenkampfes je mehr die persönlichen Bedingungen der Produktion, die Hauptproduktivkraft Mensch in Gegensatz gerät zu den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen. Rotpunkt-Aktionen, Mieterkampagnen, Aktionen für den Umweltschutz, zur Lärmbekämpfung, zur BRD-Armee etc. bestätigen die Auffassung.

> "... daß die Widersprüche des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Zukunft immer stärker in den Bereichen der Infrastrukturentwicklung und damit in einer immer mehr entscheidenden Wachstumssphäre erscheinen werden, die den sozialen Rahmen des gesamten Wachstums konstituiert und die besonders intensiv mit allen Problemen der sozialen Stellung der werktätigen Menschen, mit der Konfrontation der Klassen im Gesamtsystem des Imperialismus verbunden ist." (123)

Um die Ansätze und Perspektiven sozialer Kämpfe im Infrastrukturbereich wie die Möglichkeiten von Staat und Monopolen, auch in diesem Bereich relative Lösungen abgeleite-

120 DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 252.
121 Ebd., S. 557.
122 Ebd.;
"Die Reproduktion der Arbeiterklasse als Ware, war also im vormonopolistischen Kapitalismus in dessen Aufstiegsphase notwendige Bedingung des historischen Fortschritts, wird aber im Maße der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in Zukunft trotz teilweiser Verbesserungen derart eklatant den Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur totalen Reproduktion des Menschen widersprechen, daß alle Fragen, die die Befreiung des Menschen von den Fesseln des Kapitals betreffen, d i r e k t und nicht nur in erster Linie vermittelt durch Kämpfe um materiell-soziale Seiten der Lebenslage hervortreten und die Überlebtheit des Kapitalismus bezeugen werden." (D. Klein: "Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie". In: ROTE KORRESPONDENZ Extra Nr. 7, hrsg.v.Spartakus-AMS, S. 30).
123 Ebd., S. 27.

ter Widersprüche zu finden, richtig einschätzen zu können, wäre eine exaktere politökonomische Analyse der Infrastruktur vonnöten, die sich u.a. folgende Fragen zu stellen hätte.

1) Welche Infrastrukturbereiche können angesichts des erreichten Vergesellschaftungsgrades der der Produktion vor-, neben- und nachgelagerten Bereiche (z.B. solche zur Präparation oder Reparatur der Arbeitskraft, zu ihrer einfachen und erweiterten Reproduktion, zum reibungslosen Ablauf des Warenverkehrs, zur Regulierung von Austauschbeziehungen über das Kommunikations- und Transportwesen, zur Rationalisierung der Arbeitsmarktpolitik etc.) nur noch vom Staat in der Planung übernommen werden?
2) Wie wirkt sich der Umstand aus, daß zwar der Staat solche Bereiche teilweise planen und subventionieren kann, andererseits aber die Ausführung vieler geplanter Projekte wiederum von den Monopolen betrieben wird?
3) Wo greift der Staat ein und wo greift er nicht ein, um Klassenkämpfe außerhalb der Produktionssphäre zu vermeiden, die durch die private Kapitalisierung von in die Konsumtion der Lohnabhängigen eingehenden Teilen der Infrastruktur evoziert wurden?
4) Inwieweit kann der Entwicklung der Produktionsmittel und allgemeiner: der sachlichen Bedingungen der Produktion der der Arbeitskräfte Vorrang gegeben werden und von welcher Qualität für die Reproduktionsbedürfnisse der Arbeiterklasse sind jene Dienstleistungen öffentlicher und privater Art, die der Infrastrukturbereich abdeckt?

Von der Beantwortung solcher und ähnlicher Fragen hängt in entscheidendem Maße die Zielsetzung und Vermittlung von auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen stattfindenden antimonopolistischen Kampfaktionen ab. Eine marxistische Analyse der Infrastruktur böte auch eine Konkretisierung der Marxschen Bemerkung, daß die "Universalität des Individuums nicht als gedachte oder eingebildete, sondern als Universalität seiner realen und ideellen Beziehungen" einzulösen, Voraussetzung dafür ist, "daß die volle Entwicklung der Produktivkräfte P r o d u k t i o n s b e d i n g u n g geworden; nicht bestimmte P r o d u k t i o n s b e d i n g u n g e n für die Entwicklung der Produktivkräfte gesetzt sind." (124) Ist der Produzent das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse und geht es darum, die Universalität des Individuums als Universalität seiner realen und ideellen Beziehungen in der Phase der historischen Überlebtheit des Kapitalismus einzulösen, so wächst auch die Bedeutung der Marxschen Äußerung über die gesellschaftliche Konsumtion, über die universell zu entwickelnden Bedürfnisse auf der Basis der von der Gesellschaft in ihrer Totalität übernommenen Aneignungsverhältnisse: "Reduziert man allerdings den Arbeitslohn auf seine allgemeine Grundlage, nämlich auf den Teil des eigenen Arbeitsprodukts, der in die individuelle Konsumtion des Arbeiters eingeht; befreit man diesen Anteil von der kapitalistischen Schranke und erweitert ihn zu dem Umfang der Konsumtion, den einerseits die vorhandene Produktivkraft der Gesellschaft zuläßt (also die gesellschaftliche Produktivkraft seiner eigenen Arbeit als wirklich gesellschaftlicher) und den andrerseits die volle Entwicklung der Individualität erheischt; reduziert man ferner die Mehrarbeit und das Mehrprodukt auf das Maß, das unter den gegebenen Produktionsbedingungen der Gesellschaft erheischt ist, einerseits zur Bildung eines Assekuranz- und Reservefonds, andrerseits zur stetigen Erweiterung der Reproduktion in dem durch das gesellschaftliche Bedürfnis bestimmten Grad" (125)

124 ROHENTWURF, S. 440.
125 MEW 25, S. 883.

"... dann wird die Notwendigkeit der Lösung des Widerspruchs zwischen Lohn und Wert der Arbeitskraft wie der Messung des Wertes in Beziehung zu dem sie anwendenden Einzelkapital bzw. ihres individuellen Beitrages zum volkswirtschaftlichen Ertragszuwachs deutlich, eine Lösung, die nur durch die gesellschaftliche Aneignung des gesellschaftlich geschaffenen Mehrprodukts verwirklicht werden kann." (126) Da aber die Reproduktionsbedingungen des Arbeiters integrales und zugleich untergeordnetes Moment der Reproduktionsverhältnisse des Kapitals sind, geht die erweiterte Reproduktion des Kapitals meist nur auf Kosten der einfachen Reproduktion der Arbeiterklasse. Diese Phasenverschiebung zwischen Konsumtion und Produktion, die sich äußerlich im Kapitalismus in der Disproportionalität zwischen Produktionsmittel- und Konsumgüterindustrie darstellt, ist ein Ansatzpunkt zu Streikaktionen der Arbeiterklasse.

"Die Grenze , worin das auf dem M a r k t repräsentierte Bedürfnis für Waren – die Nachfrage – quantitativ verschieden ist von dem w i r k l i c h e n g e s e l l s c h a f t l i c h e n Bedürfnis, ist natürlich für verschiedene Waren sehr verschieden; ich meine die Differenz zwischen dem verlangten Quantum Waren und dem Quantum, was verlangt würde mit anderen Geldpreisen der Ware oder anderen Geld- resp. Lebensverhältnissen der Käufer." (127) "Es ist also jetzt so weit gekommen, daß die Individuen sich die vorhandene Totalität von Produktivkräften aneignen müssen, nicht nur um zu ihrer Selbstbestätigung zu kommen, sondern schon überhaupt, um ihre Existenz sicherzustellen. Diese Aneignung ist zuerst bedingt durch den anzueignenden Gegenstand – die zu einer Totalität entwickelten und nur innerhalb eines universellen Verkehrs existierenden Produktivkräfte!" (128)

126 Vgl. auch: MEW 19, S. 19.
127 MEW 25, S. 198 f.
128 MEW 3, S. 67.

marburger blätter

Herausgeber: Verlag der marburger blätter Marburg/Lahn, Studentenhaus, Erlenring 5, Telefon 2 35 97
Die marburger blätter erscheinen zweimal vierteljährlich.
Bezugspreis: Jährlich 5,– DM, Studenten 3,– DM (incl. Porto und Versand)

noch lieferbare Nummern

Guatemala (mit Freiheit von Forschung und Lehre)
(mb 132, DM 1,–)

Die GmbH Universität für die Mandarine der Zukunft
(mb-extra 132/II, DM 1,50)

Lenin und die internationale Arbeiterbewegung
(mb 133, DM 0,50)

DDR (ökonomisches System, Bildungssystem, u.a.)
(mb 134 2. Aufl., DM 1,–)

Aspekte des westdeutschen Neo-Kolonialismus
(mb 135, DM 0,50)

Der Kampf geht weiter – Streiks in Westeuropa
(mb 136/137, DM 1,–)

Bildung und Ausbildung
(mb 138, DM 1,–)

Marx an die Uni – Wissenschaftspluralismus
(mb 139, DM 0,50)

Von der Utopie zum Klassenkampf
(mb 140/41, DM 1,–)

Sozialdemokratie
(mb 142, DM 0,50)

NEU ! NEU!

Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie

Herausgeber: Manfred Buhr

Diese Paperback-Reihe stellt sich die Aufgabe, die verschiedenen Erscheinungsformen der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie der marxistischen Analyse zu unterziehen und dabei zugleich die prinzipiellen Positionen des Marxismus-Leninismus zu erarbeiten.

Ileana Bauer, Anita Llepert
Die „große" Wende Roger Garaudys
144 Seiten, DM 6,50

Alexander Abusch
Tradition und Gegenwart des sozialistischen Humanismus
221 Seiten, DM 7,50

Walter Jopke
Ideologischer Klassenkampf und sozialistisches Bewußtsein
87 Seiten, DM 5,—

Motroschilowa / Samoschkin
Marcuses Utopie der Antigesellschaft
55 Seiten, DM 3,50

Gertraud Korf
Ausbruch aus dem „Gehäuse der Hörigkeit"?
82 Seiten, DM 4,50

J. Dawydow
Die sich selbst negierende Dialektik
68 Seiten, DM 3,50

Joachim Streisand
Kritische Studien zum Erbe der deutschen Klassik
128 Seiten, DM 6,—

András Gedö
Der entfremdete Marx
96 Seiten, DM 5,—

G. Mende
Philosophie und Ideologie
ca. 80 Seiten, ca. DM 3,50

W. R. Beyer
Die Sünden der Frankfurter Schule
Ein Beitrag zur Kritik der „Kritischen Theorie"
136 Seiten, DM 5,50

Helmut Wessel
Philosophie des Stückwerks
Eine Auseinandersetzung mit dem neopositivistischen „kritischen Rationalismus"
92 Seiten, DM 3,50

Bestellungen über Buchhandel oder Verlag

Verlag Marxistische Blätter GmbH
6 Frankfurt/Main 50, Heddernheimer Landstraße 78a

Günter Krause

Zur Kritik einer Variante bürgerlicher Monopoltheorie

Eine entscheidende Voraussetzung für den erfolgreichen revolutionären Kampf der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin ist die weitere Herausbildung und Festigung des Klassenbewußtseins, ist der objektiv notwendige, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zu vollziehende ideologische Klärungsprozeß innerhalb der Klasse und dabei die konsequente marxistische-leninistische Auseinandersetzung mit bürgerlichen und revisionistischen Theorien und Konzeptionen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die Kritik und konstruktive Widerlegung der verschiedenen Varianten der bürgerlichen und revisionistischen Monopoltheorie, das Aufdecken der Apologetik des modernen Monopols, der Nachweis der letztlich untauglichen "Widerlegungen" und Verfälschungen der marxistisch-leninistischen Monopol- und Imperialismustheorie durch bürgerliche und revisionistische Theoretiker. Daß jene Kräfte nun gerade der marxistisch-leninistischen Monopol- und Imperialismustheorie solch – feindlich gesinntes – Interesse entgegenbringen, resultiert ganz einfach aus der Tatsache, daß mit ihr die wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Analyse der neuen Phänomene und Prozesse in Ökonomie und Politik des heutigen Imperialismus gegeben sind. Damit existiert gleichzeitig die entscheidende Grundlage dafür, ausgehend von den zutiefst widerspruchsvollen Existenz- und Reproduktionsbedingungen des modernen Kapitalismus, die gegenwärtigen Existenzbedingungen und die historische Perspektive der Klassen und sozialen Schichten, die Bedingungen und Erfordernisse des Kampfes der Arbeiterklasse und der antimonopolistischen und antiimperialistischen Kräfte wider das System darzustellen, nachzuweisen und aufzuzeigen.

Es war Lenin, der nachwies – dabei anknüpfend an die äußerst bedeutungsvollen Ausführungen von Marx im Abschnitt über die "Geschichtliche Tendenz der Akkumulation" im 24. Kapitel des 1. Bandes des "Kapital" –, daß in der kapitalistischen Akkumulation, in der Konzentration von Produktion und Kapital die entscheidende Basis für die Veränderung des Kapitalismus, für die Herausbildung des modernen Monopols besteht. Mit dem aus dem Konzentrationsprozeß entstandenen Monopol ist das wesentlichste (wenngleich nicht das einzige !) ökonomische Kennzeichen des Imperialismus gegeben. Lenin schrieb: "Der Imperialismus erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt. Zum kapitalistischen Imperialismus aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden. Ökonomisch ist das Grundlegende in diesem Prozeß die Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole ... Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus

zu einer höheren Ordnung" (1). Und an einer anderen Stelle: "Ist das Monopol einmal zustandegekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit *alle* Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen 'Details'." (2) Lenin bringt hier also ganz kategorisch *den inneren Zusammenhang* zwischen dem Monopol auf der einen und den gesellschaftlichen Grundqualitäten des Imperialismus auf der anderen Seite zum Ausdruck. Hier liegt gerade auch heute ein entscheidender Anknüpfungspunkt für die theoretische und praktische Kritik des gegenwärtigen Stadiums des Kapitalismus.

Die äußerst gefährliche Methode bürgerlicher und revisionistischer Ideologen besteht nun gerade darin, in ihren Theorien die Trennung dieses genannten inneren Zusammenhanges offen oder versteckt zu postulieren. Damit werden aber gesellschaftliche Qualitäten des Imperialismus wie z.B. imperialistische Kriege und Aggressivität, soziale und koloniale Ausbeutung und Unterdrückung, Einengung der Persönlichkeitsentfaltung der Arbeiterklasse, Pervertierung der Produktivkräfte in Destruktivkräfte, Arbeitslosigkeit, zyklische Entwicklungen und andere Krisenerscheinungen, relatives Zurückbleiben nichtprofitabler Infrastrukturbereiche von der Existenz des Monopolkapitals geschieden. Um diese innere Verbindung zwischen modernem Monopol und Grundeigenschaften des imperialistischen Systems zu zerstören, muß der Begriff und der Inhalt des ökonomischen Monopols verzerrt und verfälscht werden.

Eine Variante bürgerlicher Monopoltheorie, eng mit der Verfälschung des Begriffs des ökonomischen Monopols, mit der verzerrten Darstellung des modernen Monopols verbunden, ist die *Marktformen-Lehre*. Bei der Marktformen-Lehre handelt es sich um eine noch heute ideologisch und praktisch im System der bürgerlichen Ökonomie und Meinungsbildung wirksame und in viele andere Konzeptionen aufgenommene Form der Apologetik des Monopolkapitals. Ihre Theoreme waren und sind Grundlage, Ansatzpunkt und Bestandteil für die Ausarbeitung und Entwicklung von diversen bürgerlichen ökonomischen Theorien und Lehren. Die Marktformen-Lehre gilt als eine der wesentlichsten Bestandteile der modernen bürgerlichen Preistheorie, starke Impulse gingen von ihr auf die Konzipierung der Theorie der ökonomischen Verhaltensweisen aus. (3) Eine relativ umfangreiche Introduktion von marktformentheoretischen Erkenntnissen erfolgt in der Gegenwart immer stärker in die bürgerliche Betriebswirtschaftslehre. (4) Mit den Aussagen über die Möglichkeit und Bedeutung von unterschiedlichen ökonomischen Machtpositionen der Monopole am Markt lieferte die Marktformen-Lehre gleichzeitig wichtige Anregungen für die Entwicklung der bürgerlichen Absatzlehre, für die Ausarbeitung und Anwendung von Marktforschungs- und Marketingkonzeptionen sowie für die Verfeinerung der sogenannten "allgemeinen Wettbewerbstheorie". (5) Als äußerst bedeutungsvoll gilt es zu vermerken, daß die Begründer bzw. führenden Vertreter dieser Lehre im deutschsprachigen Raum, Heinrich von Stackelberg und Walter Eucken, mittels marktformentheoretischer Postulate das neoliberale Marktwirtschafts-Modell konstruierten. Gerade dieses Modell bildete die politökonomische und teilweise auch gesellschaftspolitische Grundlage anfangs für die Restauration der Monopolherrschaft und später für die Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD und Westberlin über einen relativ langen Zeitraum.

1 W.I. Lenin: WERKE, Band 22, Berlin 1960, S. 269/270.
2 Ebenda, S. 241.
3 Vgl. G. Stavenhagen: GESCHICHTE DER WIRTSCHAFTSTHEORIE, Göttingen 1957, S. 334.
4 Vgl. z.B. E. Gutenberg: GRUNDLAGEN DER BETRIEBSWIRTSCHAFTSLEHRE, II. Band, Westberlin -Göttingen-Heidelberg 1963, S. 178 ff.
5 Vgl. z.B. E. Kantzenbach: DIE FUNKTIONSFÄHIGKEIT DES WETTBEWERBS, Göttingen 1967.

Insbesondere das ideologische Credo der Marktformen-Lehre, die Existenz und Herrschaft des imperialistischen Monopols aufzulösen in die eines "Nicht"-Monopols, ist *in seinem Wesen* von diversen bürgerlichen Ideologen verarbeitet worden, desgleichen die von dieser Lehre gegebene begriffliche Bestimmung des Monopols. Viele der bürgerlichen Argumentationen, die im Rahmen der Konzeption der "modernen Industriegesellschaft" und der "postindustriellen Gesellschaft" die dominierende Macht des Monopols leugnen, greifen in dieser oder jener Form auf die Marktformen-Lehre zurück. So postuliert beispielsweise J.K. Galbraith die Auffassung, daß die Macht des Monopolkapitals durch die Macht der "Technostruktur" verdrängt sei. (6) Außerdem offenbart er in seinen Darlegungen, daß er es nicht vermag, sich in einer Scheinpolemik gegen die Macht des Monopols selbst von dem der Marktformen-Lehre entlehnten Monopol*begriff* abzugrenzen bzw. mit ihm fertig zu werden. (7) Auch Pseudomarxisten vom Schlage eines E. Mandel können Anleihen bei der Marktformen-Lehre nicht vertuschen, wenn es um die Definition des Monopols geht. (8) Selbst die auf systemkritischen Positionen stehenden, eine marxistische Analyse des modernen Kapitalismus anstrebenden P. Baran und P. Sweezy unterlassen es, daß imperialistische Monopole klar und unmißverständlich als Entwicklungsstufe der kaptialistischen Produktionsverhältnisse zu kennzeichnen sind, sondern definieren das Monopol als eine bestimmte Marktform. (9)

Begriff, Gegenstand und Kriterium der Bestimmung der Marktformen

In der bürgerlichen Ökonomie wird der *Begriff* der Marktform verwandt zur Kennzeichnung von bestimmten Strukturformen des Marktes, von praktisch möglichen und theoretisch konstruierten Konstellationen auf der Angebots- und Nachfrageseite eines Marktes. Als im Prinzip allgemeingültig für die Auffassungen der bürgerlichen Ökonomen über den Inhalt des Begriffs Marktform kann Lehmanns Äußerung gelten: "Eine Marktform umschreibt ... grundsätzlich das äußere Erscheinungsbild bestimmt zusammengesetzter Märkte, wobei sich 'bestimmt zusammengesetzt' auf die größenmäßige Struktur der beiden Marktparteien bezieht". (10) Obwohl die eigentliche Konzipierung und Entwicklung der Marktformen sowie die theoretische Untersuchung der sich in ihnen angeblich vollziehenden Prozesse verursacht wurde durch die Entstehung und Entfaltung des imperialistischen Monopols als gesellschaftliches Produktions- und Ausbeutungsverhältnis, wird durch die bürgerliche Ökonomie von vornherein – auch schon durch die Verwendung des Begriffes *Markt*form, aber vor allem durch die gesamte Betrachtungs- und Interpretationsweise – die Problematik des aus der objektiven gesetzmäßigen Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses entstandenen, ökonomische und gesellschaftliche Macht und Gewalt verkörpernden Monopols auf nur *eine* Sphäre des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, eben auf die Zirkulations- und Marktsphäre beschränkt und reduziert. Als *Gegenstand* der bürgerlichen Marktformen-Lehre ist der insbesondere vom Monopolkapital und

6 Zur marxistischen Kritik von J.K. Galbraith vgl. u.a. P. Hess: "Technostruktur", Monopol und Freiheit-Überlegungen zu J.K. Galbraith "Die moderne Industriegesellschaft", in: KONJUNKTUR UND KRISE, Heft 4/1968, S. 241 ff.
7 Vgl. J.K. Galbraith: DIE MODERNE INDUSTRIEGESELLSCHAFT, München-Zürich 1968, S. 47.
8 Vgl. E. Mandel: MARXISTISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE, Frankfurt/M. 1968, S. 418.
9 Vgl. P. Baran, P. Sweezy: MONOPOLY CAPITAL, New York-London 1966, S. 24.
10 G. Lehmann: MARKTFORMEN-LEHRE UND MONOPOLPOLITIK, Westberlin 1956, S. 18.

der monopolistischen Konkurrenz beherrschte Markt zu bezeichnen. Diese Lehre untersucht *einmal*, welche theoretischen und praktischen Möglichkeiten von marktseitigen Abhängigkeiten zwischen sogenannten "Anbietern" und "Nachfragern", d.h. zwischen verschiedenen Kapitalen im Prozeß der Waren- und Profitrealisierung bestehen bzw. entstehen können. *Zum anderen* wird ermittelt, welche Konsequenzen sich daraus für die Preisbildung ergeben. Eine Kombination der ermittelten verschiedenen realen und möglichen Formen von Angebots- und Nachfragebeziehungen ermöglicht dann die Ableitung und Klassifizierung der Marktformen als "freie oder vollständige Konkurrenz", "Monopol", "Dyopol", "Oligopol" usw. Eucken schreibt dazu: "Da aus dem Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage der Markt besteht, sind mit der Herausarbeitung der Formen von Angebot und Nachfrage auch die einzelnen Marktformen gewonnen. *Sie sind stets Kombinationen der Formen von Angebot und Nachfrage".* (11) Das heißt, daß das imperialistische Monopol reduziert wird auf *eine*, von vielen mögliche Erscheinungsform bestimmter Marktbeziehungen. Der Untersuchungsgegenstand der Marktformen-Lehre dient aber nicht nur ideologischen Zielstellungen, er besitzt durchaus auch einen realen wirtschaftspolitischen Aspekt. Er ist darin zu sehen, daß die Ermittlungen zur Preisbildung unter monopolistischen Bedingungen deshalb äußerst interessant sind für das Monopolkapital, weil im Monopolpreis bekanntlich der Monopolprofit als konstituierendes Element enthalten ist und daher Aussagen über reale oder mögliche Marktpositionen der individuellen Kapitale im System der existenten Konkurrenzbeziehungen von größter Wichtigkeit für die Konzipierung von Absatzentscheidungen und Preisstrategien der Kapitale sind.

Seit ihrer Entstehung ist die Marktformen-Lehre in verschiedenen Varianten präsent, d.h. es existiert keine einheitlich in sich geschlossene Lehre. Das bedeutet gleichzeitig, daß zur Bestimmung der jeweiligen Marktformen von den bürgerlichen Ökonomen die unterschiedlichsten *Kriterien* verwandt werden. Die sogenannte "morphologische" Variante ist dadurch gekennzeichnet, daß man "... die einzelnen Marktformen (Marktfiguren) nach Anzahl und relativer Größe der einzelnen Marktteilnehmer abzugrenzen..." (12) sucht. Charakteristisch für eine andere Variante ist, daß sie die Marktformen mit Hilfe von Elastizitätskoeffizienten bzw. des Elastizitätsbegriffs zu bestimmen sucht. Andere Marktformentheoretiker wählen den Grad der Kooperation der Marktbeteiligten oder die Tatsache, ob der Preis für die Marktteilnehmer "Datum", d.h. gegeben ist oder nicht, zum Kriterium der Bestimmung von Marktformen. Zieht man ein Resümee über die verschiedenen Varianten der Marktformen-Lehre, so muß man konstatieren, daß das grundlegendste Kriterium bei der Ermittlung von Marktfiguren die jeweilige ökonomische Machtstellung eines Kapitals – im Vergleich zur Konkurrenz – auf einer der beiden Marktseiten ist, was tendenziell auch bei Paulsen anklingt, denn für ihn ist das "allgemeinste Prinzip" bei der Bestimmung der Marktform, der "Grad der 'Marktbeherrschung' " (13) durch ein kapitalistisches Unternehmen.

Zur Entstehung der Marktformen-Lehre

Die Marktformen-Lehre bildete sich vornehmlich Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre dieses Jahrhunderts in den zu dieser Zeit entwickeltesten imperialistischen Staaten wie England, USA und Deutschland heraus. Sie beschäftigt sich auf ihre, d.h. bürgerlich-vulgär-

11 W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE, Westberlin-Göttingen-Heidelberg 1950, S. 109 (Hervorhebung – G.K.).
12 A.E. Ott: MARKTFORM UND VERHALTENSWEISE, Stuttgart 1959, S. 1.
13 A. Paulsen: ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, II. Band, Westberlin 1958, S. 109.

ökonomische Weise mit dem Problem des imperialistischen Monopols, mit der Beziehung des Monopols zur Konkurrenz, zum Preis und Markt. Prominenteste Begründer dieser Lehre waren u.a. E. Chamberlin, J. Robinson, J. Hicks, R. Triffin, H.v.Stackelberg und W. Eucken. Der gesellschaftliche Hintergrund für die Entstehung der Marktformen-Lehre war die Wandlung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus, der Eintritt des Kapitalismus in seine allgemeine Krise sowie das eindeutige Versagen der ökonomischen Theorien des Kapitalismus der freien Konkurrenz (vor allem der Grenznutzentheorie) bei der Erklärung und Verteidigung der Phänomene des monopolistischen Kapitalismus (monopolistische Konkurrenz, monopolistisch determinierte Zirkulations- und Marktsphäre, Monopolpreis und Profit).

Mit der Herausbildung und Entfaltung des Monopols innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft, mit dem Übergang des "laissez faire"-Kapitalismus zum monopolistischen Kapitalismus wurde es für die bürgerliche Politische Ökonomie immer schwieriger auch noch weiter von der Dominanz der "freien" Konkurrenz zu sprechen, das theoretische Modell der freien Konkurrenz erwies sich jetzt als nicht mehr praktikabel genug zur Verteidigung und Analyse der neuen gesellschaftlichen Bedingungen. Schneider stellte fest, "vom Standpunkt der Anwendbarkeit und Leistungsfähigkeit der Theorie mußte indessen gerade dieses Modell sich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts an als immer weniger geeignet erweisen" (14) – zur allseitigen, wirkungsvollen Apologetik des Monopols und modernen Kapitalismus. Und auch Eucken konstatierte, daß die bürgerliche Politische Ökonomie sich bisher "... im wesentlichen auf *einen* Fall" konzentrierte, "der als der natürliche angesehen wurde: die Ordnung der vollständigen Konkurrenz ... Hinter diesem Fall trat die Analyse z.B. des Monopols ganz zurück..." (15) *Die Marktformen-Lehre ist nun ein theoretischer Reflex der bürgerlichen Politischen Ökonomie auf die historische Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den existenten gesellschaftlichen Reproduktions- und Herrschaftsbedingungen des imperialistischen Monopols.* Dabei mußten ihre Verfasser – ausgehend von der realen Gegenwart und Entfaltung des modernen Monopols – zwei Anforderungen gerecht werden: *einerseits* galt es, die Entstehung, das Wesen und den Charakter des Monopols ideologisch zu rechtfertigen bzw. zu verteidigen, *andererseits* mußte man sich "... ernsthaft der ökonomisch-theoretischen Durchdringung der *monopolistischen* Beherrschung der kapitalistischen Produktions- und auch Zirkulationssphäre..." (16) zuwenden, um dem Monopolkapital und seinem Staat wirtschaftspolitisch verwertbare Erkenntnisse und Instrumentarien zur besseren, d.h. profitableren Beeinflussung der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Gerade die politökonomische Untersuchung der mit der Herausbildung und Entwicklung der Monopole modifizierten Bedingungen der Zirkulationssphäre, des Marktes war insofern von eminent ökonomischer Bedeutung für das Monopolkapital, weil innerhalb der Zirkulationssphäre, weil über die Realisierung von Waren auf dem Markt auch die Realisierung von Monopolprofit erfolgt. Durch die Genesis des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium wurde der Regulierungsmechanismus der kapitalistischen Produktionsweise verändert, insofern modifizierte sich auch die Stellung und Bedeutung des Marktes innerhalb des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. (17) Und zwar einerseits derart, daß infolge der Entwicklung der Produktivkräfte und der sich

14 E. Schneider: EINFÜHRUNG IN DIE WIRTSCHAFTSTHEORIE, Teil IV, Tübingen 1965, S. 348.
15 W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 26.
16 K.O.W. Müller: "Alfred E. Ott, Marktform und Verhaltensweise" (Buchbesprechung), in: KONJUNKTUR UND KRISE, Heft 1/1966, S. 84.
17 Im Rahmen dieses Artikels ist es leider nur möglich, dieses wichtige Problem zu erwähnen, aber nicht zu entwickeln.

damit vollziehenden Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung der *Umfang des Marktes* (18) und die Notwendigkeit möglichst stabiler, kontinuierlicher Beziehungen zwischen Markt und Produktion sowie anderen Reproduktionsphasen im Interesse der Festigkeit des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses größer wurde. Andererseits wurde (und wird) die *Regulierungsfunktion des Marktes* zunehmend außer Kraft gesetzt. Dem imperialistischen Staat wurde (und wird) – da er kraft seiner bedeutenden Gewalt, Mittel und Potenzen alle Bereiche und Strukturen der gesamten Gesellschaft zu erfassen vermag – auf Grund des gewachsenen gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte jene Funktion übertragen, der selbst die großen imperialistischen Monopole immer weniger gerecht werden konnten (und können), nämlich im gesellschaftlichen Rahmen die Bedingungen und Notwendigkeiten der Profitproduktion mit den Anforderungen der Produktivkräfte annähernd in Übereinstimmung zu bringen, die Regulierung der gesellschaftlichen Zusammenhänge derart zu übernehmen und durchzuführen, daß die Kapitalverwertungsinteressen der Monopole erfüllt werden können. Der Markt kann diese Funktion nicht mehr übernehmen, weil infolge des Druckes der gesellschaftlichen Produktivkräfte die Kapitalproduktion solche Dimensionen und Formen angenommen hat, solchen Erfordernissen unterliegt, daß sowohl die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die einzelnen Bereiche der Gesellschaft als auch die Sicherung der Verwertungsbedingungen nur noch sehr schwer der ex-post-Regulierung des Marktes überlassen werden kann, wenn ein Maximalprofit der Monopole gesichert werden soll.

Die Modifizierung dieser als auch anderer Funktionen des Marktes änderten aber nichts an der Tatsache, daß "für die Beziehungen auf dem Markt ... nach wie vor das Konkurrenzprinzip bestimmend" (19) blieb, denn das Monopol hatte zwar die freie Konkurrenz durchbrochen, ersetzte sie aber durch ihr Gegenteil, anfangs durch die monopolistische und später die staatsmonopolistische Konkurrenz. Das bedeutete, daß für die Monopole der Markt zu einer Ebene der Auseinandersetzung bei der Erzielung von Monopolprofit wurde und jene Auseinandersetzung sich darstellte als Konkurrenzkampf zwischen Monopolen, innerhalb einzelner Monopole als auch zwischen Monopolen und Nichtmonopolen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Jedes Monopol mußte demnach objektiv daran interessiert sein, möglichst detaillierte Kenntnis über seine Stellung und die seiner Konkurrenten im System der Konkurrenzbeziehungen auf dem jeweiligen Markt, über die ablaufende Preisbildung zu haben, um dann sein ökonomisches und auch politisches Machtpotential entsprechend zur weiteren Ausdehnung des Marktanteils, (der erhöhte Profitrealisierung ermöglicht), einsetzen zu können. So wurde die bürgerliche Politische Ökonomie gezwungen, bestimmte Positionen und Aktionsparameter der monopolistischen und nichtmonopolistischen Konkurrenz politökonomisch zu deuten sowie einen Teil der Realität des Machtkampfes auf dem Markt gewissermaßen modellhaft-systematisiert in Gestalt der nun entwickelten Marktformen zu erfassen.

Die Konzipierung der Marktformen-Lehre muß aber gleichzeitig unbedingt als eine bürgerliche Reaktion auf die Ausarbeitung der Leninschen Imperialismus- und Monopoltheorie charakterisiert werden. Wenn Lenin den Imperialismus als monopolistischen Kapitalismus definierte, feststellte, "das ökonomische Monopol – das ist der Kern der ganzen Sache" (20), konnte es nur das Ziel bürgerlicher Ökonomen sein, gerade diese aufgezeigte innere Einheit durch die Entstellung und Verzerrung des Begriffs und Inhalts des ökonomischen

18 Vgl. auch W.I. Lenin: WERKE, Band 1, Berlin 1961, S. 91.
19 R. Gündel/H. Heininger/P. Hess/K. Zieschang: ZUR THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS, Berlin 1967, S. 327.
20 W.I. Lenin: WERKE, Band 23, Berlin 1957, S. 34.

Monopols zu zerstören. M.a.W.: Die Entwicklung der Marktformen-Lehre resultierte letztlich auch aus dem Versuch, die sich innerhalb der Arbeiterklasse und bei anderen antiimperialistischen Kräften ausbreitende Erkenntnis der gesellschaftlichen und historischen Natur des Monopolkapitalismus zu paralysieren. Die ideologische Stoßrichtung ist nur zu deutlich!

Die Marktformen-Konzeptionen von W. Eucken und H.v.Stackelberg

Im weiteren soll nun an den Marktformen-Konzeptionen von Walter Eucken und Heinrich von Stackelberg, zwei prominenten Vertretern der Marktformen-Lehre, der Inhalt und die Zielsetzung dieser Variante bürgerlicher Monopoltheorie konkret aufgezeigt werden.

Der methodische Ausgangspunkt

Die ökonomische und gesellschaftliche Realität des Imperialismus zwang auch den bürgerlichen Ökonomen immer stärker das Bewußtsein auf, daß die Vorherrschaft der freien Konkurrenz durch die Existenz des modernen Monopols abgelöst wurde. Außergewöhnliche Macht – nämlich Monopolstellungen einiger Kapitale auf dem Markt (und in der Gesellschaft), die Aufsplitterung bisher relativ einheitlicher Märkte in monopolistisch beherrschte Teilmärkte, die Preisdiktate sowie bestimmte Angebots- und Nachfragemengen – Fixierungen einiger Kapitale auf Grund ihrer Monopolpositionen widersprachen doch sehr beträchtlich dem bürgerlichen Modellbild von der kapitalistischen Wirtschaft, in der die Dominanz der Marktform "freie bzw. vollständige Konkurrenz" und die Marktform "Monopol" als Ausnahmeerscheinung bzw. als Störfaktor postuliert wurde. Die Bedingungen der imperialistischen Ökonomik, die "Unvollkommenheiten des Marktes" (21) reflektierte z.B. v.Stackelberg in der Tendenz durchaus richtig als er schrieb, daß "... viele Wirtschaftsindividuen ... einen mehr oder weniger fühlbaren Einfluß auf die Gestaltung der Preise (haben); insbesondere kann jede Unternehmung in einem gewissen Bereich die Preise ihrer Produkte verändern und durch geeignete Maßnahmen – Absatzorganisation, Reklame usw. – ihren Absatz erhöhen. Das sind Erscheinungen, die mit Hilfe der klassischen Theorie der 'vollständigen Konkurrenz' nicht erklärt werden können. Aber auch die bisherige Theorie des isolierten Monopols reicht nicht aus; denn die einzelnen Produzenten sind nicht isoliert, sondern stehen miteinander in Verbindung und beeinflussen sich gegenseitig in mannigfacher Weise..." (22)

Ausgehend von der wachsenden Bedeutung der Monopolerscheinungen und des objektiven Zurückdrängens der freien Konkurrenz der Kapitale, gelangten Eucken und v.Stackelberg zu der Meinung, daß es darauf ankäme, *die* ökonomischen Gegebenheiten zu untersuchen, die insbesondere *zwischen* der freien Konkurrenz und dem "reinen" Monopol liegen, d.h. die Probleme der "unvollständigen oder monopolistischen Konkurrenz" erregten ihre Aufmerksamkeit. Ihr m e t h o d i s c h e r A u s g a n g s p u n k t ist eben darin zu sehen,

21 Hierunter sind profitwirksam werdende Differenzen zwischen den Kapitalen hinsichtlich von ökonomischen Positionen, von sachlichen, zeitlichen und räumlichen Unterschieden in den Realisierungsbedingungen, persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Kapitalen auf dem Markt zu verstehen. (Vgl. H.v.Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Berlin-Tübingen 1951, S. 219 ff.).
22 H.v.Stackelberg: "Neues Schrifttum über unvollständigen Wettbewerb", in: SCHMOLLERS JAHRBUCH für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche, 59. Jg., 1. Halbband, München-Leipzig 1935, S. 703/704.

daß nach ihrer Meinung die imperialistische Ökonomik wesentlich durch eine Anzahl von *Mischformen, die zwischen den bisher bekannten Marktformen "freier bzw. vollständiger Konkurrenz" und "reinem Monopol" liegen,* bzw. durch eine Kombination von Elementen des Monopols mit denen der Konkurrenz gekennzeichnet sei, und daß eine Reihe von ihnen ermittelter bzw. festgestellter Zwischenstufen zwischen der Marktform "vollständige Konkurrenz" und der Marktform "reines Monopol" problemrelevant ist. Unter diesem Aspekt ist auch Euckens Kritik gegenüber der bisherigen bürgerlichen ökonomischen Theorie zu verstehen bzw. einzuordnen, der er vorwarf, daß sie sich bisher im wesentlichen nur "auf *einen* Fall" (23), nämlich den der "vollständigen Konkurrenz", in der Analyse orientiert habe und der Tatsache, daß "... in der wirtschaftlichen Wirklichkeit der Gegenwart und Vergangenheit ... verkehrswirtschaftliche *Ordnungsformen in großer und wechselnder Mannigfaltigkeit verwirklicht und miteinander verschmolzen* (sind)" (24), in der Untersuchung nicht gerecht geworden sei. Und v.Stackelberg bemerkt zu dieser Problematik: "Die klassische Theorie ... hat sich im wesentlichen mit der Marktform befaßt, die durch eine große Anzahl unabhängiger, miteinander konkurrierender Wirtschaftsindividuen gekennzeichnet ist ... Daneben wurde das Monopolproblem im engeren Sinne ebenfalls eingehend und zufriedenstellend erforscht ... In der *Behandlung der Zwischenformen* ist jedoch der Streit der Meinungen noch nicht entschieden." (25)

Worin liegt nun die eigentliche Bedeutung des methodologischen Ausgangsprinzips der Marktformen-Konzeptionen von Eucken und v.Stackelberg? Meines Erachtens ist zunächst zu konstatieren, daß eine realistischere, der imperialistischen Ökonomik angenäherte Betrachtung in *der* Richtung vorgenommen wird, als daß die Vormachtstellung der Marktform "freie Konkurrenz" doch objektiv in Frage gestellt und die Präsenz von modernen kapitalistischen Monopolunternehmen – wenn auch infolge der Positionen der bürgerlichen Ökonomen beträchtlich verzerrt – anerkannt wurde. Die Auffassung, daß *neben* der freien Konkurrenz der Kapitale in der Wirtschaft noch andere, als verschieden mögliche Marktformen deklarierte Arten von Kapitalverwertungsbedingungen existieren, kann also durchaus akzeptiert werden. Doch zum anderen muß gleichzeitig auf ein anderes Problem bei dieser methodischen Ausgangsposition aufmerksam gemacht werden, nämlich darauf, daß die "freie oder vollständige Konkurrenz" und das "reine" Monopol als äußerste Grenzfälle dargestellt werden, womit gleichzeitig Konkurrenz und Monopol apodiktisch einander gegenübergestellt werden. Außerdem sollte durch die Verwendung des *Begriffs* vom "reinen" Monopol die Herrschaft des Monopolkapitals in Wirtschaft und Gesellschaft in seiner historisch typischen Art und Weise als Machtausübung durch *einige* imperialistische Monopole als "oligopolistische", d.h. nichtmonopolistische Herrschaft ausgegeben werden. Bewußt wird negiert, daß das "reine" Monopol gar nicht existent ist. Bljumin schreibt völlig richtig: "Man muß auch darauf hinweisen, daß selbst in den Fällen, wo in einem Wirtschaftszweig eines Landes die Kontrolle durch eine einzige Firma ausgeübt wird, die Konkurrenz nicht völlig ausgeschaltet ist. Erstens besteht noch die Konkurrenz mit den ausländischen Firmen, die die gleichen Waren herstellen. Zweitens spielt die Konkurrenz der Substitute eine wichtige Rolle, die sich im Verlauf der technischen Entwicklung verstärkt. Um sich vor jeglichem Eindringen von Konkurrenten zu schützen, müßte ein Monopol sich die gesamte Produktion unterordnen, und dies nicht nur in nationalem, sondern in internationalem Maßstab, was bekanntlich unmöglich ist." (26)

23 W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 26.
24 Ebenda, S. 110 (Hervorhebung – G.K.).
25 H.v.Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., Berlin-Wien 1934, S. 1 (Hervorhebung – G.K.).
26 J.G. Bljumin: DIE KRISE DER MODERNEN BÜRGERLICHEN POLITISCHEN ÖKONOMIE..., Berlin 1962, S. 275.

Der methodische Ausgangspunkt von Eucken und v.Stackelberg ist auch hinsichtlich der Darstellung von Konkurrenz und Monopol als einander gegenüberstehende Grenzfälle nicht real. Es liegt in diesem Zusammenhang nahe, an eine Feststellung von Marx zu erinnern, der schrieb, daß die Konkurrenz es auf sich nehmen müsse "... alle Begriffslosigkeiten der Ökonomen zu erklären, während die Ökonomen umgekehrt die Konkurrenz zu erklären hätten." (27) Konkurrenz und Monopol sind ein dialektisches Verhältnis, das sich sowohl historisch als auch logisch bedingt. In der imperialistischen Realität ist es so, daß zwar die dominierende gesellschaftliche Position der *freien* Konkurrenz aufgehoben wird, daß das moderne Monopol – entwachsen aus der freien Konkurrenz – partiell die Konkurrenz in seinem Herrschaftsbereich ausschaltet, wodurch es sich einen immensen Machtzuwachs verschafft. Gleichzeitig bleibt die *Konkurrenz insgesamt* aber – wenn auch als monopolistische Konkurrenz modifiziert – innerhalb der verschiedensten Monopole, zwischen ihnen sowie zwischen Monopolen und Nichtmonopolen bestehen, denn das imperialistische Monopol ist eine historische Verwertungsform des Kapitals, d.h. aber, daß die Konkurrenz als "innere Natur des Kapitals" (Marx), als seine objektive Bewegungsform ebenfalls weiter existiert, denn "Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien, und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkung derselben aufeinander." (28)

Insgesamt muß man m.E. zum methodischen Ausgangspunkt der Marktformen-Konzeptionen von Eucken und v.Steckelberg feststellen, daß in ihm als Grundlage für die Erarbeitung der Marktformen schon implizit enthalten ist eine Verzerrung und Entstellung der realen Verhältnisse und Erscheinungen des monopolistischen Kapitalismus, was sich zwangsläufig dann auch in der Gesamtanlage, im Inhalt der einzelnen Marktformen bemerkbar machen muß und macht.

Die Kriterien zur Bestimmung der Marktformen

Für Eucken ist das Kriterium zur Bestimmung und Einteilung der Marktformen die Verschiedenheit der "Plandaten", präziser noch: Kriterium zur Fixierung der Marktformen ist für ihn, ob ein Marktteilnehmer, d.h. ein Kapital den Preis als "Plandatum" in seinen Wirtschaftsplan einsetzt, ob er im Plan mit der zu *erwartenden* Reaktion des Marktpartners und der *voraussichtlichen* Reaktion der Konkurrenz als "Datum" rechnet oder nicht (29). Dieses Kriterium zur Bestimmung der Marktformen ist m.E. nicht dazu angetan, zu einer wissenschaftlichen Analyse der ökonomischen Realität des monopolistischen Kapitalismus beizutragen. Nicht nur, weil es die Machtausübung des imperialistischen Monopols in die Marktsphäre verlagert – und auf jene lokalisiert – begrenzt. Sondern es wird auch nicht untersucht, auf Grund welches Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses, welcher ökonomischen Bedingungen es möglich sein kann, daß z.B. der Preis für einige Monopolunternehmen kein "Datum" ist, daß er in bestimmtem Maße Funktion ihrer Strategie und Politik sein kann und die Monopole Preispolitik betreiben können. Außerdem äußert sich in diesem Kriterium in beträchtlichem Maße die subjektivistische Methode von Eucken, denn Grundlage für seine Klassifizierung der Marktformen ist nicht die sich infolge der objektiven ökonomischen Entwicklung herausbildende Macht-, Markt- und Konkurrenzkonstellation zwischen Kapitalen verschiedenster Größenordnungen, Potenzen und Möglichkeiten, sondern bei ihm sind *die subjektiven Erwartungen und Vorstellungen der einzelnen Marktteilnehmer in bezug auf Preis, Verhalten und Reaktion der*

27 K. Marx: DAS KAPITAL, Band 3, MEW, Band 25, Berlin 1964, S. 873.
28 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 317.
29 Vgl. W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 93 ff.

Marktpartner und Konkurrenz die Basis für die Bestimmung der Marktkonfigurationen. Wobei der Nachweis durchaus legitim wäre (den Eucken aber nicht bietet!), daß einige monopolkapitalistische Unternehmen kraft ihrer ökonomischen Potenz und Machtstellung in der Lage sind, die zu erwartenden Reaktionen, das voraussichtliche Verhalten der Marktpartner und Konkurrenten in bestimmtem Rahmen zu fixieren. Dieses Kriterium ist m.E. insofern unpraktikabel, als daß von Eucken gröblich die reale Tatsache mißachtet wird, daß infolge des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln und der damit verbundenen Widersprüche wohl die Kapitale bewußt in ihrem monopolistischen Rahmen agieren können, aber die gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Handelns hinsichtlich der objektiven ökonomischen Entwicklung nicht auf sicherer Grundlage vorausberechnen und zur Basis ihres Verhaltens und ihrer Reaktionen machen können, d.h., daß die subjektiven Erwartungen und Vorstellungen der Marktteilnehmer bzw. Kapitale insgesamt auf einem Fundament ruhen, das äußerst schwach ist, nämlich auf der durch die kapitalistische Ausbeutung der Lohnarbeit verursachten Labilität der imperialistischen Ökonomik.

Eucken gewinnt nun mit seiner "... Methode, nach dem *Wirtschaftsplan einzelner Marktteilnehmer die objektiv gegebene Form* von Angebot und Nachfrage zu bestimmen..." (30) fünf Formen des Angebots (Konkurrenz, Teiloligopol, Oligopol, Teilmonopol und Monopol) und fünf Formen der Nachfrage, d.h. es ergeben sich 25 Marktformen, natürlich alle "objektiv gegeben".

Heinrich v.Stackelberg kommt ausgehend von einer Markttypisierung zum Kriterium der Bestimmung der Marktformen. Er bemerkt: "Für die Gestalt jeder Marktseite ist hier die Anzahl und die Größe der beteiligten Wirtschaftseinheiten (Nachfrager bzw. Anbieter) entscheidend." (31) *Von Stackelberg wählt also die Anzahl und die relative Größe der auf den beiden Marktseiten auftretenden Kapitale als Kriterium der Fixierung der Marktformen*. Weiter schreibt er: "Der Begriff 'Anzahl' bedarf keiner näheren Erläuterung. Unter der 'Größe' eines Nachfragers oder eines Anbieters wollen wir den Anteil verstehen, der ihm am Gesamtumsatz des Marktes zufällt." (32) Die Inhalte von Anzahl und Größe präzisiert v.Stackelberg noch genauer: "Wir sehen, daß die Anzahl durch die vollständige Begriffsreihe 'viele-wenige-einer', die Größe durch die ebenfalls vollständige Begriffsreihe 'klein-mittel-groß' berücksichtigt wird." (33) Das bedeutet, daß dann die Kombination von Anzahl und Größe der Marktbeteiligten folgende Kette ergibt: "viele Kleine", "wenige Mittlere" und "ein Großer" (34).

Abgesehen davon, daß sich v. Stackelberg natürlich genau wie Eucken der Problematik der Erforschung des modernen Monopols von der Seite bzw. Sphäre aus zuwendet, die keine prinzipielle und wissenschaftliche Erklärung und Darstellung der Ursachen, des Wesens und des Charakters des gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses Monopol ermöglicht, gibt er überhaupt keine Erklärung für die ökonomisch relevanten Kräfte, die in praxi die Existenz "eines Großen" oder "vieler Kleiner" auf dem Markt bedingen. D.h., daß die Entstehungsgründe selbst einzelner, durch Machtpositionen einiger "Anbieter" bzw. "Nachfrager" gekennzeichneter Marktkonstellationen (ganz geschweige die von gesellschaftlichen Machtstrukturen zwischen und von Kapitalen) auch durch dieses v.Stackelberg gewählte Kriterium *nicht* aufgedeckt werden bzw. werden können. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Machtpositionen der kapitalistischen Monopole, ihre

30 Ebenda, S. 103.
31 H.v.Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 234.
32 Ebenda.
33 Ebenda.
34 Vgl. ebenda, S. 235.

Größe lassen sich sowieso auf keinen Fall durch eine Reduzierung auf Marktpräsenz in Gestalt von Marktanteilen erklären. Hier zeigt sich doch deutlich das Dilemma der bürgerlichen Ökonomen. Die bewußt verkehrte Untersuchung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse verhindert die Erkenntnis des Mechanismus der Herrschaft der Monopole, welche zur Macht gekommen, sich *alle* Sphären des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses unterwerfen und zum Objekt ihrer Ausbeutung erheben. Absolut nicht der imperialistischen Realität entsprechend ist die Annahme, daß sich die einzelnen Kapitale hinsichtlich ihrer Größe nur *so* unterscheiden, wie es v.Stackelberg in der erwähnten Reihe "viele Kleine", "wenige Mittlere" und "ein Großer" ausdrückt bzw., daß sie sich – wie er in "Marktform und Gleichgewicht" schreibt – "... voneinander was "Vermögen" oder "Größe" anbelangt, *nicht wesentlich* unterscheiden." (35) Doch gerade die unterschiedliche Kapitalkraft, die unterschiedlichsten kapitalmäßigen und personalmäßigen Verflechtungen mit den Hauptgruppen der Finanzoligarchie und dem Staat, die nicht gleichen ökonomischen Möglichkeiten und Ressourcen der einzelnen Kapitale bedingen, daß einige Unternehmen in der Gesellschaft, Wirtschaft und gerade auch auf dem Markt Monopolstellungen einnehmen, die sie auch ökonomisch ausnutzen. Selbst bürgerliche Ökonomen können nicht ganz umhin festzustellen, daß v.Stackelberg mit seinem Kriterium zur Fixierung der Marktformen hier wenig an der imperialistischen Praxis orientiert ist. Recktenwald schreibt z.B.: "Damit (mit der Reihe "viele Kleine", "wenig Mittlere" und "ein Großer" – G.K.) setzt Stackelberg voraus, daß sich die Wirtschaftsindividuen einer Marktseite, was 'Vermögen' oder 'Größe' betrifft, nicht wesentlich voneinander unterscheiden, eine Annahme, die weit von der Wirklichkeit wegführt." (36)

Hinsichtlich des Kriteriums zur Fixierung der Marktformen gibt es also zwischen Eucken und v.Stackelberg Unterschiede, z.T. auch diesbezüglich kritische Äußerungen gegeneinander. (37) Doch das beiden *Gemeinsame* ist, daß sie ihr Kriterium, das doch eigentlich zur Kennzeichnung und Untersuchung des imperialistischen Monopols als ein Produktions- und Ausbeutungsverhältnis dienen soll, aus der Zirkulations- und Marktsphäre schöpfen, demzufolge einen solchen Einstieg in die Problematik vornehmen, der *nicht* dazu angetan ist, die wirklichen Verhältnisse der ökonomischen und politischen Machtausübung des modernen Monopols, die systemimmanenten Widersprüche, ihre Bewegungsweise und Erscheinungsformen zu erfassen. Und bei *beiden* werden durch das Kriterium zum großen Teil Marktformen *formal* voneinander getrennt, die ihrem ökonomischen und gesellschaftlichen *Wesen* nach gleich sind. Unter diesem Aspekt sind m.E. auch die immanenten Kritiken von bürgerlichen Ökonomen z.B. gegenüber dem v.Stackelberg gewählten Kriterium zu sehen bzw. zu beurteilen. So wird von Ott vermerkt, daß "... die Zäsur zwischen: einer – wenige genau gezogen werden kann..., daß jedoch die Grenze zwischen wenigen und vielen ... unbestimmt bleibt..." (38), wobei sein eigentliches Problem ist, "... ab welcher Anzahl von Marktteilnehmern auf einer Marktseite jeweils neue Preisbildungsprobleme auftreten" (39). Richtig ist es, daß sich die Preisbildung unter den Verhältnissen der freien Konkurrenz (d.h. von *vielen* annähernd gleichgroßen Kapitalen, die gegeneinan-

35 H.v.Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 3 (Hervorhebung-G.K.).
36 H. Recktenwald: "Zur Lehre von den Marktformen", in: WELTWIRTSCHAFTLICHES ARCHIV, 67. Band, Hamburg 1951, II, S. 311.
37 Vgl. z.B. W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 102 u. 105. H.v.Stackelberg: "Die Grundlagen der Nationalökonomie" (Bemerkungen zu dem gleichnamigen Buch von Walter Eucken), in: WELTWIRTSCHAFTLICHES ARCHIV, 51. Band, Jena 1940, I. S. 266.
38 A.E. Ott; MARKTFORM UND VERHALTENSWEISE..., S. 5.
39 Ebenda, S. 6.

der agieren) unterscheidet von der Preisbildung an dem von *Monopolen* beherrschten Markt. Insofern ist die Auffassung, daß die Preisbildung von der spezifischen Marktform und der Anzahl der Kapitale abhängig ist, nicht unreal. Nicht richtig ist dagegen die Ansicht, daß unter imperialistischen Verhältnissen unterschiedliche Preisbildung vorliegt, je nachdem ob *zwei* Monopole ("Dyopolisten") oder *vier* Monopole ("Oligopolisten") existieren. Hier wird über der Anzahl vergessen, daß diese Monopole (egal ob es zwei oder vier sind) solche Kapitalverwertungsbedingungen etabliert haben, die – basierend auf einer enormen Konzentration von Produktion und Kapital – solch vorteilhafte Positionen im Vergleich zu den übrigen Kapitalen, eben Monopolpositionen darstellen, daß die Aneignung des Monopolprofits wesentlich über Macht-, d.h. in diesem Falle Monopolpreise möglich ist.

Zur Kritik des Begriffs und Inhalts der Marktformen "Monopol" und "Oligopol"

Wie definieren nun Eucken und v.Stackelberg ihre Marktformen inhaltlich? Eucken bietet vorweg noch eine für die Marktformen-Einschätzung interessante Offenbarung! Er behandelt die Eigentumsproblematik in qualitativ "neuer" Art und Weise, d.h. er versucht ihr die zentrale Bedeutung bei der Einschätzung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und gerade auch der Marktformen zu nehmen, denn "Privateigentum hat ... je nach der Marktform einen ganz verschiedenen Charakter ..." (40) Hier werden die Dinge absolut verkehrt, Ursache und Wirkung völlig auf den Kopf gestellt. Für Eucken ergeben sich die ökonomischen Beziehungen, die Produktions-, Distributions-, Zirkulations- und Konsumtionsverhältnisse nicht aus der Form bzw. dem Charakter des Eigentums an Produktionsmitteln, sondern aus den einzelnen Marktformen – welche Resultate von subjektivem Verhalten sind – ergibt sich bei ihm die jeweilige Funktion und Stellung des Eigentums. "Nicht die Tatsache war entscheidend, daß die Maschine dem Arbeiter nicht gehörte, sondern daß die Nachfrager nach Arbeit, denen die Maschinen gehörten, in monopolistischen Marktformen nachfragten." (41) Weil die Ausbeutung der Lohnarbeit im Imperialismus primär möglich wird auf Grund der Verfügung des Monopols über kapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln, weil das kapitalistische Eigentum die Existenz und Herrschaft des Monopols begründet, ist Eucken versucht, dieses wichtige gesellschaftliche Problem zu vernebeln, weshalb er sich auch im gleichen Zusammenhang verpflichtet fühlt, Marx zu tadeln, (42) da er die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer ökonomischen Erscheinungsformen auf Grund der Eigentumsverhältnisse vornahm. Da Eucken die Stellung und Bedeutung des kapitalistischen Eigentums auf *diese* Weise behandelt, ist es auch nur allzu verständlich, daß er in seinen Marktformen *keine Beziehung zwischen Eigentum an Produktionsmitteln und kapitalistischer Ausbeutung* in ihren verschiedenen Formen sieht. Entsprechend seinem Kriterium ermittelt Eucken 5 Grundformen von Angebot und Nachfrage: Monopol, Teilmonopol, Oligopol, Teiloligopol und Konkurrenz. Er charakterisiert sie inhaltlich wie folgt:

Ein *Monopol* liegt vor, "... wenn der Käufer oder Verkäufer einen eigenen Markt besitzt. Die Kundschaft ist auf den *einzigen* Anbieter angewiesen oder umgekehrt die Anbieter auf den *einzigen* Nachfrager ... Der Monopolist setzt auf Grund der Plandaten entweder den Preis fest, der eben für ihn kein Datum ist, oder er bestimmt die anzubietende (oder nachzufragende) Menge und läßt den Preis einspielen." (43)

40 W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK, Tübingen-Zürich 1955, S. 272.
41 Ebenda, S. 45.
42 Ebenda, S. 273 und 45.
43 W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 94.

Ein *Teilmonopol* ist dadurch bestimmt, daß ein "Großer" mit mehreren kleinen Konkurrenten auf dem Markt existiert und der "Große" auf Grund des Gewichts des vereinigten Angebots (Nachfrage) der "Kleinen" ihr Verhalten beachten muß, d.h. er muß "... in seinem Wirtschaftsplan und in seiner Politik Rücksicht auf sie nehmen. Seine Monopolstellung ist dann unvollständig ..." (44).
Ein *Oligopol* ist gegeben, wenn ein Marktteilnehmer "mit den voraussichtlichen Reaktionen der Marktgegenseite *und* der Wettbewerber" (45) "rechnen" muß, wobei "... Anbieter oder Nachfrager nur *wenige* Wettbewerber haben. Es ist das 'Oligopol'. Im Verhältnis zum Marktumfang ist die Zahl der Anbieter oder Nachfrager gering. Der Oligopolist berücksichtigt – neben den voraussichtlichen Reaktionen der Marktgegenseite – nicht nur Preispolitik, sondern auch die gesamte Geschäftsgebarung ... der Wettbewerber." (46)
Ein *Teiloligopol* existiert bei Vorhandensein von zwei "Großen" und vielen "Kleinen", wobei sich die "Kleinen" bei ihrer Preisgestaltung nach den Preisen der beiden "Großen" richten. "Die beiden Großen treiben 'teil-oligopolistische Marktstrategie', indem sie nicht nur gegenseitig die zu erwartenden Reaktionen und die voraussichtlichen Reaktionen der Kunden beachten, sondern auch Rücksicht auf die vielen Kleinen und ihre voraussichtlichen Reaktionen nehmen." (47)
Konkurrenz gibt es, wenn "Anbieter" oder "Nachfrager" den Preis aus dem "anonymen Markt" nehmen, d.h. der Preis ist für sie eine gegebene Größe. "Entscheidend bei Bestimmung der Konkurrenz sind *nicht die tatsächlichen* Reaktionen, die sich aus den Handlungen des Einzelnen ergeben", (48) sondern, "... daß der Einzelne infolge der Größe des Marktes und der Geringfügigkeit seines Angebots oder seiner Nachfrage nicht mit einer solchen Reaktion in seinem Wirtschaftsplan *rechnet*, den Preis also als Plandatum setzt und entsprechend handelt." (49)

Auch v. Stackelberg ist bestrebt, das ökonomische Fundament für die Existenz und Herausbildung von kapitalistischen Marktformen, das Kapitaleigentum in seiner Wesensbestimmtheit zu entstellen, indem er dem Kapital, das die materielle Grundlage für die Ausbeutung sowohl in der "Marktform" freie Konkurrenz als auch in der "Marktform" imperialistisches Monopol bildet, seinen sozialen und historischen Inhalt nimmt. Für v. Stackelberg ist nämlich das Kapital "... der gesamte jeweils vorhandene Bestand an produzierten Gütern aller Art". (50) Typisch für den bürgerlichen Ökonomen ist, daß das Kapital schlechthin in produzierte Güter, in Waren aufgelöst wird. Einzelne *Erscheinungsformen* des Kapitals werden als jenes selbst gesehen bzw. ausgegeben. Das Kapital erscheint in der Realität in Warenform, d.h. es muß auch einen Doppelcharakter besitzen. Als Gebrauchswert ist das Kapital eine Summe erzeugter Produktionsmittel und als Wert offenbart es sich als "Mehrwert heckender Wert" (Marx). Die innere Logik dieser beiden Seiten des Kapitals erkennt v. Stackelberg nicht. Die Existenz von Produktionsmitteln bedeutet noch lange kein Kapital! (In der Auslegung von v. Stackelberg hätte es bzw. würde es zu allen Zeiten dann Kapital gegeben haben bzw. geben!!) Erst mit der Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware ist die Voraussetzung für die Kapitalproduktion gegeben. Mit der Verfügung über die Produktionsmittel und die Ware Arbeitskraft ist für den Kapitalisten die Grundlage für die Verwertung des Wertes geschaffen, d.h. die Produktion von Kapital

44 Ebenda, S. 95.
45 Ebenda. S. 101.
46 Ebenda.
47 Ebenda, S. 103.
48 Ebenda, S. 96 (Hervorhebung – G.K.).
49 Ebenda.
50 H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 6.

zur Möglichkeit und Realität geworden. Marx bemerkt unmißverständlich, "das Kapital ist nicht die Summe der materiellen und produzierten Produktionsmittel", (51) sondern "... bestimmtes, gesellschaftliches, einer bestimmten historischen Gesellschaftsformation angehöriges Produktionsverhältnis, das sich an einem Ding darstellt..." (52) Indem v. Stackelberg das Problem des Kapitals, des kapitalistischen Eigentums *so* verfälscht, versucht er die Tatsache zu verschleiern, daß das Kapitalverhältnis – sich unter imperialistischen Bedingungen als Monopol darstellend – ein in *allen* realen Marktformen wirkendes Ausbeutungsverhältnis ist, daß das Kapitalverhältnis eine typische Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft ist, daß die Konflikte und Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise aus dem Grundantagonismus zwischen Kapital und Arbeit entspringen. Und vor allem will er bei den in allen Sphären des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses monopolistisch ausgebeuteten Klassen und Schichten, die bewußte Erkenntnis der Ursachen ihrer Ausbeutung und Lage verhindern, um die revolutionären Folgen dieser Erkenntnis zu vermeiden. Da für v. Stackelberg "von den verschiedenen Merkmalen, nach denen man die Marktformen unterscheiden kann, ... nur die Anzahl der anbietenden und nachfragenden Wirtschaftsindividuen und die Größe des vom einzelnen realisierten Mengenumsatzes ..." (53) interessant und "belangvoll" sind, kommt er zur inhaltlichen Begriffsbestimmung von den auf einer jeden Marktseite drei möglichen Formen bzw. "typischen" Kategorien: "... besteht eine Marktseite nur aus *einem* Wirtschaftsindividuum, so stellt sie ein *Monopol* dar; besteht sie aus *einigen wenigen* Wirtschaftseinheiten, so liegt ein *Oligopol* vor; weist sie *sehr viele* Wirtschaftsindividuen auf, so herrscht *'freie Konkurrenz'*." (54) Auch in den "Grundlagen" blieb v. Stackelberg bei dieser Darstellung. "Wir wollen nunmehr annehmen, daß eine bestimmte Gutsart nur von *einem* Betrieb hergestellt und verkauft wird. Eine solche Stellung des Anbieters auf dem Markt heißt 'Monopol' (aus dem Griechischen: 'Alleinverkauf')." (55) "Ein 'Oligopol' liegt vor, wenn *einige wenige* Anbieter den Markt beliefern und jeder von ihnen einen nicht unbeachtlichen Anteil am Gesamtangebot hat." (56) Und auch die Interpretation der "freien Konkurrenz" ist so geblieben. (57)

Euckens und v. Stackelbergs Begriffsbestimmung der Formen von Angebot und Nachfrage ist dazu angetan, den Inhalt, das Wesen und die Praxis der Herrschaftsausübung der modernen kapitalistischen Monopole zu vertuschen. Es gilt ganz prinzipiell zu sagen, daß das moderne Monopol nicht eine von vielen mögliche, gleichwertig nebeneinander gestellte Marktform ist. Der qualitative Unterschied des imperialistischen Monopols gegenüber allen anderen "Marktformen" besteht darin, daß es den kapitalistischen Reproduktionsprozeß monopolisiert, partiell die Konkurrenz ausschaltet, den Monopolprofit realisiert, Gewalt und Reaktion auf der ganzen Linie verkörpert. Und überhaupt – durch die vom *semantischen* Begriff "Monopol" ausgehende Darstellung und Interpretation des imperialistischen Monopols wird der Monopol*charakter* der großen modernen kapitalistischen Unternehmen und ihrer verschiedenen monopolistischen Organisationsformen (Kartell, Syndikat, Konzern, Trust) negiert. Auf den Markt konkret angewandt bedeutet die marxistisch-leninistische Auffassung vom Monopol, daß wenn *mehrere* "Große" den überwiegenden und wichtigsten Teil des Angebots oder der Nachfrage beherrschen, sie

51 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, S. 823.
52 Ebenda, S. 822.
53 H. v. Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 2.
54 Ebenda (Hervorhebung – G.K.).
55 H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 185 (Hervorhebung – G.K.).
56 Ebenda, S. 206 (Hervorhebung – G.K.).
57 Vgl. ebenda, S. 163 ff.

auch das Monopol des Angebots oder der Nachfrage besitzen, wobei dieses Monopol ihnen gegenüber sowohl der jeweils *anderen* Marktseite als auch der nach wie vor existenten Konkurrenz auf der *gleichen* Marktseite eindeutige Machtstellungen verschafft, die dann ökonomisch genutzt werden. Mittels der abstrakten Definition a la Eucken und v. Stackelberg werden im Prinzip die Monopole, die monopolistische Machtausübung in Wirtschaft und Gesellschaft eliminiert, stattdessen gibt es nur noch "Oligopole". D.h. die Rechtfertigung und Verteidigung des modernen ("Nicht"-)Monopols erfolgt jetzt unter der Hülle des "Oligopols", mittels der Oligopoltheorie. *Formal* gesehen herrschen zwar "Oligopole" oder "Teiloligopole" im modernen Kapitalismus, doch besitzen sie *real* eindeutig Monopolpositionen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, weil sie durch ihren gewaltigen Anteil an der Produktion, der Forschung und Entwicklung, der Patentierung, durch staatsmonopolistisch gewährte Subventionen in der Lage sind, innerhalb eines bestimmten Zweiges die Preise, den Markt, die Zahlungs- und Lieferkonditionen grundlegend monopolistisch zu fixieren und entsprechend den Monopolprofit zu erzielen.

Diese terminologische Akrobatik erweist sich zwecks Apologetik der realen ökonomischen Erscheinungen und Auswirkungen des modernen Monopols noch in einer anderen, aber im Wesen verwandte, Sache als relevant. Eucken und v.Stackelberg gehen – das wurde schon erwähnt – von der Ansicht aus, daß die Preisbildung jeweils abhängig ist von der spezifischen Machtkonstellation der "Anbieter" und "Nachfrager" am Markt, d.h. der entsprechend gegebenen Marktform. M.a.W.: die Preisbildung in der Marktform "Monopol" vollzieht sich nach anderen Bedingungen und Aspekten als die Preisbildung in der Marktform "Oligopol". (58) So ist in der Marktform "Monopol" die Preisbildung angeblich *allein* bestimmt durch die ökonomische Politik und das Verhalten des Monopolisten, hingegen im "Oligopol" ist die Preisbildung bestimmt durch die Preis- und Mengenreaktionen bzw. -entscheidungen mehrerer Marktteilnehmer, weshalb sie hier relativ unbeständig ist und infolge des Fehlens eines allein fixierenden "Großen" der Preis auch nicht so hoch sei. Kurzum: es gibt im "Oligopol" keinen Monopolpreis und Monopolprofit. D.h.; daß – ausgehend von einer falschen und fiktiven Monopoldarstellung – der Versuch unternommen wird, das Wesen des Monopols, den Monopolprofit zu negieren bzw. aus der Betrachtung zu eleminieren. Real möglich ist, daß zwischen den einzelnen Monopolunternehmen *quantitative* Differenzen hinsichtlich von Monopolpreis und Monopolprofit auftreten. Die unterschiedlichsten, durch die jeweilige *gesellschaftliche* Machtstellung des Monopols erschlossenen Profitquellen (59) sowie ihrer dadurch durchaus nicht gleichen Konkurrenzpositionen am Markt bedingen diesen Fakt. (60) *Qualitativ* sind aber die differierenden Monopolpreise und Monopolprofite gleich – sie sind möglich auf Grund der ökonomischen und gesellschaftlichen Machtpositionen der Monopolkapitale und der Ausbeutung der Gesellschaft in allen Sphären des Reproduktionsprozesses.

Eucken und v. Stackelberg verbinden ihre marktformentheoretischen Untersuchungen mit Betrachtungen über ein realisiertes bzw. nichtrealisiertes Marktgleichgewicht in der jeweiligen Marktform resp. der kapitalistischen Wirtschaft. Nach v. Stackelberg befindet sich ein Markt "... im Gleichgewicht, wenn die nachgefragte und die angebotene Gutsmenge einander gleich sind und wenn kein Teilnehmer des Marktverkehrs eine Veranlas-

58 Vgl. H. v. Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 14 ff. W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 94 u. 101.
59 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 22, S. 236.
60 Vgl. auch H. Wagner: "Die Rationalität der ökonomischen Kategorien und das Problem der Wertmodifikation", in: KONJUNKTUR UND KRISE, Heft 2, 1967, S. 86 ff.

sung hat, sein Marktverhalten zu ändern" (61). Bei Existenz dieses Gleichgewichts auf allen Märkten müßten sich dann auch insgesamt entsprechende Gleichgewichtspreise herauskristallisieren, die – nach Eucken und v.Stackelberg – eine dauerhafte Stabilität in den Marktformen bzw. in der Wirtschaft gewährleisten. Das Problem des Gleichgewichts spielt bei Eucken und v. Stackelberg als bürgerliche Ökonomen insofern eine beachtliche Rolle, als daß

a) mit der Verbreitung von Gleichgewichtskonzeptionen, denen "... die prinzipielle Anerkennung der Möglichkeit zugrunde (liegt), eine krisenfreie proportionale Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu erreichen," (62) die real vorhandenen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, eben durch die Propagierung von Gleichgewichts- und Harmonievorstellungen, nicht ins Bewußtsein des werktätigen Volkes eindringen sollen und

b) sollen durch Analysen und Betrachtungen über Bedingungen und Möglichkeiten des Gleichgewichts am Markt, dem Monopolkapital verwendbare Aussagen über Realisierungsverhältnisse in der Zirkulationssphäre, über Bewegungen der Preise in Abhängigkeit von Veränderungen des Angebots und der Nachfrage, über das ökonomische Fundament für volkswirtschaftliche Wachstumsentwicklung geliefert werden. Im Marktgleichgewicht ist gesellschaftlich mehr als nur die Notwendigkeit enthalten, eine quantitative Übereinstimmung von Nachfrage, Angebot und Preis zu sichern. Der qualitative gesellschaftliche Inhalt ist darin zu sehen, daß sich über und in der Dynamik dieses Verhältnisses unter warenproduzierenden Bedingungen die jeweils konkret existenten gesellschaftlichen Produktions- und Distributionsverhältnisse unmittelbar, mittelbar und letzten Endes realisieren (63). D.h., daß unter monopolkapitalistischen Reproduktionsverhältnissen die Kapitale an einem solchen Gleichgewicht am Markt, an einem solchen Verhältnis von Angebot und Nachfrage interessiert sind, das ihre maximale Verwertung garantiert. *Insofern objektiv die proportionale gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsentwicklung und die allseitige Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder nicht in ihrem Interessen-Mittelpunkt steht.* Bei der wissenschaftlichen Analyse des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage am Markt geht es im Wesen darum, die sich *hinter* diesem Verhältnis für die kapitalistische Produktionsweise verbergenden allgemeinen Gleichgewichtsbedingungen aufzudecken. Doch gerade das vermeiden Eucken und v. Stackelberg bewußt bei ihren Untersuchungen in den Marktformen. Sie beschränken sich auf die Betrachtung von Oberflächenerscheinungen – welche Relationen zwischen Angebot und Nachfrage sowie Preis existieren, welche Bewegungen in diesen Relationen durch eine bestimmte Anzahl und das Verhalten der Marktteilnehmer ausgelöst werden. Und das Problem der Existenz bzw. Nichtexistenz der gesamtwirtschaftlichen Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage war auch insofern von Gewicht, als daß sich für Eucken und v. Stackelberg aus der festgestellten Ungleichgewichtigkeit bestimmter Marktformen bemerkenswerte wirtschaftspolitische Konsequenzen ergaben.

61 H. v. Stackelberg: DIE GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 20.

62 H. Meißner: "Die Entwicklung der Gleichgewichtstheorie als Ausdruck des Verfallsprozesses der bürgerlichen Politischen Ökonomie", in: PROBLEME DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Bd. 5, Berlin 1962, S. 201.

63 Vgl. auch W. Schmidt: Thesen zur Habilitationsschrift über das Thema: "Inhalt und Funktion des Preises im sozialistischen Reproduktionsprozeß", Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1969, S. 8.

Wie betrachtet nun Eucken das Monopol? Daß er es nur als eine "Marktform" begreift, wurde schon aufgezeigt. Die Ursachen des Monopols erklärt Eucken so: "Anbieter und Nachfrager suchen *stets* – wo immer es möglich ist – Konkurrenz zu vermeiden – und monopolistische Stellungen zu erwerben oder zu behaupten. Ein tiefer Trieb (!! G.K.) zur Beseitigung von Konkurrenz und zur Erwerbung von Monopolstellungen ist *überall* und zu *allen* Zeiten lebendig. *Jeder* erspäht Möglichkeiten, um Monopolist zu werden." (64) Nicht auf Grund der objektiven Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise durchbricht das private Eigenkapital unter dem Druck der Produktivkräfte und infolge der Konkurrenz seine eng gesetzten Schranken, monopolisiert es den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und erlangt es als Monopol dann Verfügung über gesellschaftliches Kapital zum Zwecke seiner Verwertung, sondern nach Eucken kommt es auf Grund eines in *jedem* Menschen schlummernden "tiefen Triebes" zur Entstehung von kapitalistischen Monopolen. Subjektivistischer geht es nicht mehr, zumal, wenn man die *gesetzmäßige* gesellschaftliche Entwicklung bewußt negiert. Heute "... wird meist gefragt: Wohin treibt die zwangsläufige geschichtliche Entwicklung die Wirtschaftspolitik? Wer so fragt, setzt voraus, daß sich die Geschichte und auch die Wirtschaftspolitik zwangsläufig entwickeln. Er schiebt eine anspruchsvolle Formel vor die Betrachtung der Wirklichkeit." (65) Daß Eucken nicht das *moderne kapitalistische* Monopol im Visier hat (obwohl es die imperialistische Realität prägt!), sondern das Monopol schlechthin, das offenbaren folgende Sätze: "Warum sollen drei Bäcker in einer Stadt des 13. Jahrhunderts konkurrieren? Sie verabreden sich und bilden ein Monopol, und sie versuchen darüber hinaus, sich gegen weitere Konkurrenz abzuschirmen. *Ähnlich war es vorher, ist es heute und wird es in Zukunft sein.*" (66) D.h., das Monopol wird allgemein-ahistorisch gefaßt, um das konkret-historische Problem des imperialistischen Monopols, seinen gesellschaftlichen Entstehungs- und Wirkungsmechanismus sowie seine geschichtliche Perspektive zu verwässern.

So ist es auch zu verstehen, daß Eucken mit seiner Monopoltheorie *immer gültige, stets wahre* Aussagen offerieren will. Er schreibt: "Zum Beispiel behalten theoretische Erkenntnisse über Preisbildung und Produktionsumfang im Falle des Angebots-Monopols *immer* ihren Wahrheitsgehalt. Jedoch sind sie nur dann aktuell, wenn diese Marktform des Angebots-Monopols zum mindesten annähernd verwirklicht ist... Die Monopoltheorie ist also heute aktuell. Sollten später einmal alle Monopole aus den Volkswirtschaften verschwinden, so wäre sie nicht mehr aktuell, aber sie *bliebe wahr*. Dann würde sie ein gedankliches Werkzeug darstellen, das im Werkzeugkasten der Wissenschaft ruht, das aber sofort wieder benutzt werden kann, wenn irgendwo ein Anwendungsfall auftritt." (67) D.h., daß bei Eucken die theoretische Analyse des Wesens der imperialistischen Ökonomik ersetzt werden soll bzw. wird, durch allgemeine, die Wesensverschiedenheiten der historischen Formationen mißachtende, insofern ahistorische Untersuchungen des *Monopols schlechthin,* bzw. durch den Versuch, die fundamentalste Erscheinung des modernen Kapitalismus aus dem allgemeinen Monopol*begriff* abzuleiten. Ziel der ahistorisch-abstrakten Methode ist es, die aus der marxistisch-leninistischen Analyse des modernen Monopols, die seine Entstehung historisch-konkret aus den Gesetzmäßigkeiten der widersprüchlichen Entwicklung des Kapitalverhältnisses herleitet, entspringenden Konsequenzen zu paralysieren bzw. zu verschleiern. Denn im imperialistischen Monopol äußert sich

64 W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..., S. 31 (Hervorhebung – G.K.).

65 Ebenda, S. 25.

66 Ebenda. S. 31 (Hervorhebung – G.K.).

67 W. Eucken: NATIONALÖKONOMIE WOZU? , Godesberg 1947, S. 44/45.

die Tatsache, daß das Kapital als Bewegungsform gesellschaftlicher Produktion historisch überlebt ist. Im Monopol zeigt sich, daß das Kapital "sobald es anfängt sich als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden ... zu Formen Zuflucht (nimmt), die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweisen sind." (68) Der monopolistische Kapitalismus trägt daher – wie es Lenin ausdrückt – "... die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation..." (69). Weil durch das moderne Monopol, das *einerseits* die gesellschaftlichen Produktivkräfte, die Vergesellschaftung der Produktion derart vorangetrieben hat, und *andererseits* den Konflikt zwischen Vergesellschaftung der Produktion und kapitalistischer Aneignung derart verschärft hat, daß ein neuer Typ von gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen objektiv notwendig wird, die unmittelbare sowie materielle Vorbereitung des Sozialismus erfolgt, "... der künftigen Expropriation (des Kapitals – G.K.) durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet" (70) wird, müssen Eucken und v. Stackelberg bemüht sein, auch mittels ihrer ahistorischen Methode diesen revolutionären Schlußfolgerungen aus der Existenz des Monopols so weit wie möglich zu begegnen. Die Darstellung von Eucken zur Monopolpreisbildung in der Marktform "Monopol" entspringt seiner vulgärökonomischen Vorstellung von der Preisbildung überhaupt sowie von der Rolle des Preises bzw. des Preissystems innerhalb der "Verkehrswirtschaft". Eucken erläutert die Preisbildung an einem Beispiel: "Bei der Auktion des Holzes bilden sich die Preise aus den *Geboten* der Käufer, und zwar so, daß der Käufer die Preise, die sich hier bilden, ständig mit den Preisen der Produkte vergleicht, die aus dem gekauften Holz hergestellt werden." (71) Das bedeutet, daß sich der Preis für Eucken nicht auf Grund und aus den objektiven Wertverhältnissen und -relationen der kapitalistischen Produktion, sondern aus den subjektiven Setzungen, Überlegungen und Entscheidungen der auf dem Markt agierenden Unternehmer bildet. Die ökonomische Kategorie des Preises wird also von ihrer objektiven Basis, dem Arbeitswert, auf der sie allein erklärbar ist, gelöst und völlig subjektiviert, denn "immer handelt es sich dabei um die Frage möglicher Bewertungen." (72) Und auch bei der Preisbildung werden alle Handlungen subjektiviert bewertet, und zwar so, "... indem wir ständig ihre Bedeutung für die Bedürfnisbefriedigung erwägen." (73) Die Verwandtschaft zur subjektiven Wertlehre der Grenznutzen-Schule ist offensichtlich! In diesem Zusammenhang ist es notwendig, darauf zu verweisen, daß Eucken auch hinsichtlich der ökonomischen Regulierung des kapitalistischen Produktionsprozesses die Beziehung zwischen Preis und Wert nicht real erfaßt. Für ihn ist das *Preis*system der Regulator, die Lenkungsmechanik, der "Kontrollapparat" der Marktformen. "Es (das Preissystem – G.K.) hat zwingende Kraft. Wenn die Kosten den Erlös überschreiten, so zwingt diese Disproportionalität auf die Dauer den Betrieb, sich umzustellen oder aus dem Markt auszuscheiden. Anders formuliert: Wenn die Preisrelationen so sind, daß die Preise der Produktionsmittel, die für eine Gütereinheit benötigt werden, höher liegen als der Preis, der für diese Gütereinheit zu erzielen ist, so wird eine Umstellung erzwungen." (74) Eucken bleibt bei der ökonomischen *Erscheinungsform* des Wertes, also

68 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 544/545.
69 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 22, S. 269/70.
70 F. Engels, in: K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3..., S. 454.
71 Vgl. W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..., S. 8.
72 Ebenda (Hervorhebung – G.K.).
73 Ebenda.
74 Ebenda, S. 70.

an der Oberfläche stehen, erkennt nicht, daß das Wertgesetz der Regulator der kapitalistischen Produktionsweise ist (die Regulierung aber über den Preis erfolgt), vermag die Beziehungen zwischen Wesen und Erscheinung, ihr Auseinanderfallen nicht zu begreifen. Daß Eucken demnach den Monopolpreis nicht aus der Analyse der Wert- und Mehrwertverhältnisse unter monopolistischen Existenzbedingungen entwickelt, ist so nur allzu verständlich. Hier bietet sich ihm eine äußerst günstige Möglichkeit, den Monopolprofit als Hauptbestandteil des Monopolpreises, als ökonomischen Ausdruck der objektiv vorhandenen monopolkapitalistischen Ausbeutung der gesamten Gesellschaft zu umgehen bzw. aus dem subjektiven Verhalten der Monopole zu erklären. So entsteht dann der Monopolpreis aus dem "Abtasten des Marktes" (75) und aus subjektiven Berechnungen des Monopolisten. Eucken kommt zu der Auffassung "... daß von seinem (des Monopolisten – G.K.) *Angebot* die Preisbildung auf dem Markte abhängt." (76) Er vermag offensichtlich nicht zu trennen zwischen den Ursachen der Monopolpreis-*Bildung* und den Möglichkeiten der monopolistischen Preis*politik*. Nicht zutreffend ist auch die Ansicht, daß die Monopolpreise auf Angebots- und Nachfrageänderungen sofort reagieren. Eucken ist aber dieser Meinung, wenn er schreibt: "Der Kaffeemonopolist weiß, daß der Kaffeepreis sinkt, wenn er mehr Kaffee anbietet." (77) Hier übergeht er einmal den Fakt, daß die Realisierung der Waren auf dem kapitalistischen Markt kein mechanischer, sondern ein *sozial* determinierter, von Konkurrenz beeinflußter, äußerst widersprüchlicher *Prozeß* ist, der auch entscheidend durch die unterschiedlichen Konjunkturphasen beeinflußt wird, in denen die Preise und die Mengenausbringungen auf keinen Fall konstant gleich sind. Zum anderen besitzen die Monopolkapitale eben auf Grund ihrer ökonomischen *und* gesellschaftlichen Monopolstellung solche Herrschaftspositionen, die es den "Nachfragern" durchaus nicht zwangsläufig gebietet, auf Mengenänderungen mit Preisänderungen zu reagieren. Darin liegt ja gerade wesentlich mit die Stärke des Monopols, daß es relativ unabhängig von kurzfristigen Einflüssen Monopolpreise fixieren kann, die auch relativ dauerhaft sind. Eine Tatsache, die Eucken eigentlich an anderer Stelle selbst indirekt bemerkte, als er von der "Starrheit der Monopolpreise" (78) sprach. Außerdem unterschlägt Eucken einfach den realen Umstand, daß die Existenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus es durchaus ökonomisch ermöglicht, für die Monopole den Monopolpreis staatlicherseits zu stützen, zu subventionieren, oder auch andere für die Verwertung des Kapitals profitable Realisierungsbedingungen zu setzen. Ein Problem von Eucken war ja zu untersuchen, ob das Preissystem als ökonomischer Lenkungsmechanismus in den einzelnen Marktformen voll zur Wirkung kommt. In der Marktform "Monopol" muß er feststellen, daß "... die bestmögliche Versorgung des Marktes ..." (79) nicht gewährleistet ist. So kommt er zu der Erkenntnis, "... daß durch das Vorhandensein von Monopolen diese (durch das Preissystem erfolgende – G.K.) Koordination der Pläne und Handlungen aller dieser Betriebe und Haushalte zu einem gesellschaftlichen Wirtschaftsprozeß des Gleichgewichts gestört wird, daß die Annäherung an das allgemeine Gleichgewicht nur zufällig gelingt, die Wirtschaftsrechnung der Einzelwirtschaften verfälscht und nicht mehr sinnvoll in den Gesamtprozeß eingeordnet wird und daß die Konsumenten entthront werden." (80) In seinem apologetischen "Anti"-Monopolismus sieht Eucken im instabilen Monopol eine "Entartung" bzw. "Fehlentwicklung" des Systems der "Verkehrs-

75 Ebenda, S. 32.
76 Ebenda, S. 33 (Hervorhebung – G.K.).
77 Ebenda.
78 Ebenda, S. 40.
79 Ebenda, S. 33.
80 Ebenda, S. 40.

wirtschaft". Um eine weitere Fehlentwicklung auszuschließen, soll nun der Staat – und das ist zutiefst historischer Anachronismus und im Kern handfeste Apologetik – mittels "Monopolaufsicht", "Monopolgesetzgebung" und "Monopolamt" "... die Träger wirtschaftlicher Macht zu einem Verhalten ... veranlassen, *als ob* vollständige Konkurrenz bestünde. Das Verhalten der Monopolisten hat 'wettbewerbsanalog' zu sein." (81) Und der Staat hat vor allem die Aufgabe, *die* verkehrswirtschaftliche Ordnungs- und Marktform durchzusetzen, die die Entfaltung aller "produktiver Kräfte" des Marktpreis-Systems ermöglicht: die Marktform "vollständige Konkurrenz".

Heinrich v. Stackelberg bereicherte die bürgerliche Marktformen-Theorie insbesondere durch seine Untersuchungen zur Marktform "Oligopol". Man muß seinem Schüler Möller zustimmen, wenn jener schreibt: "Der große Fortschritt seiner Schrift ("Marktform und Gleichgewicht" – G.K.) lag in der anschaulichen Systematisierung der Marktformen und in dem Ausbau der Oligopoltheorie, die vor ihm von der Nationalökonomie stark vernachlässigt worden war, weil diese Marktform erst in der modernen Wirtschaft empirische Bedeutung erlangte, und weil infolgedessen ihr Wert für die Erklärung der Wirklichkeit zunächst unterschätzt wurde." (82) Interessant ist übrigens in diesem Satz, daß die Marktform des "Oligopols" "in der modernen Wirtschaft" Bedeutung erlangte, interessant insofern als hierin deutlich wird, daß

a) die Marktform des fiktiven "Monopols" in der imperialistischen Praxis nicht dominierend war,
b) die praktische Existenz des modernen Monopols dann als "Oligopol" theoretisch reproduziert wurde, und
c) daher die Verteidigung, die Rechtfertigung des imperialistischen Monopols und des Monopolprofits wesentlich mittels des "Oligopols" vollzogen wurde.

Die Analyse der Bedingungen im "Oligopol" vollzog v. Stackelberg sowohl in "Marktform und Gleichgewicht" als auch in den "Grundlagen" an einem Spezialfall des "Oligopols", dem *"Dyopol"*. (83) Dieses "Dyopol" ist dadurch gekennzeichnet, daß *zwei* "Anbieter" bzw. "Nachfrager" die Angebots- bzw. die Nachfrageseite des Marktes beherrschen. (84) Die Ergebnisse der "Dyopol"-Ermittlungen waren für v. Stackelberg auch gültig für das "Oligopol" schlechthin. Er bemerkte: "Die Preisbildung des Dyopols finden wir in ähnlicher Form im allgemeinen Oligopol wieder." (85) Da v. Stackelberg die Preisbildung in einer doch wesentlichen Marktform untersuchte, erscheint es ebenfalls bedeutungsvoll, festzustellen, wie und von welcher Position er den Preis überhaupt betrachtet, welche Rolle er den Preisen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß zuerkannte. Bezeichnend ist, daß v. Stackelberg auch den Arbeitswert als die objektive Grundlage des Preises negierte, ihn ganz aus der Betrachtung führte. v. Stackelberg bemerkte: "Für eine beliebige Menge eines bestimmten Gutes wird eine Geldsumme bezahlt, die sich als Produkt aus der Menge und den Preis dieses Gutes errechnet. Man bezeichnet diese Geldsumme im landläufigen Sprachgebrauch, dem wir uns im folgenden anschließen wollen, als den *Wert* der betreffenden Gutsmenge. Man kann demnach den Preis auch als

81 Ebenda, S. 295 (Hervorhebung – G.K.).
82 H. Möller: "Heinrich Freiherr von Stackelberg und sein Beitrag für die Wirtschaftswissenschaft", in: ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTE STAATSWISSENSCHAFT, 105. Bd., Tübingen 1949, S. 406.
83 Vgl. H. v. Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 16 ff. GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE ... , S. 206 ff.
84 Vgl. ebenda.
85 Ebenda, S. 218.

den Wert der Gutsmengeneinheit definieren." (86) Mit der Identifizierung von Wert und Preis, die im Wesen gegen die aus der marxistischen Werttheorie ableitbaren revolutionären Konsequenzen gerichtet ist, verwehrte sich v. Stackelberg selbst den Weg zur *wissenschaftlichen* Aufdeckung und Erkenntnis der Preisbildungsprozesse in der monopolkapitalistischen Ökonomik. Die Konsequenz aus dieser Tatsache war, daß er sich Oberflächenerscheinungen der Zirkulationssphäre (Oszillieren der Marktpreise um den Marktwert) sowie der Ableitung der Preisbildung weitgehend aus den *subjektiven Verhaltensweisen* und Setzungen der Kapitale zuwandte bzw. zuwenden mußte. Und auch v. Stackelberg nahm genau wie Eucken die Erscheinung für das Wesen, d.h. er maß den Preisen, und nicht dem Wert, die Rolle des Regulators des kapitalistischen Reproduktionsprozesses bei, vertrat die Auffassung vom systemregulierenden Marktpreis. "Die Preise haben in der Marktwirtschaft die wichtige Funktion, die Güterströme in ihrer Stärke und in ihrer Richtung zu regulieren. Man kann sie deshalb im Rahmen unseres Bildes mit Schleusen vergleichen." (87) Daß der Marktpreis nicht mehr in der Lage sein kann, unter staatsmonopolistischen Bedingungen die Reproduktion zu regulieren, daß dafür der gesamte ökonomische und gesellschaftliche Regulierungsmechanismus des imperialistischen Staates eingesetzt wird, das hat v. Stackelberg weder bemerkt noch in den Marktformen-Analysen berücksichtigt.

v. Stackelberg kennzeichnet 3 Fälle des "Dyopols". Im "Bowleyschen Dyopol" agiert jedes Kapital hinsichtlich seines Angebots unabhängig vom Konkurrenten, aber mit dem Ziel, den anderen vom Markt zu verdrängen, die Marktherrschaft zu erlangen, d.h. die "Unabhängigkeitsposition" zu gewinnen, "...weil diese den größten Gewinn verspricht. Dann wird z.B. der erste Dyopolist versuchen, dem zweiten Dyopolisten die Überzeugung beizubringen, daß dieser das jeweilige Angebot des ersten Dyopolisten als eine unabhängige Größe anzusehen hat. Das kann der erste Dyopolist auf keine andere Weise erreichen, als daß er einfach eine bestimmte Menge 'drauflos' anbietet, und zwar gerade die Menge, von der er haben will, daß sich der Konkurrent nach ihr richtet. Genau ebenso wird sich aber auch der zweite Dyopolist verhalten, da für ihn von vornherein keinerlei Grund besteht, dem ersten Dyopolisten nachzugeben ... Die Preisbildung ist, wie wir sofort sehen, keine stabile. Denn das Verhalten der beiden Dyopolisten ist nicht an der Erreichung des größten Gewinns unter den 'gegebenen Umständen' orientiert ... Das Verhalten eines jeden Dyopolisten ist hier vielmehr an der Absicht orientiert, die bestehende Preisbildung zu ändern..." (88) Richtig ist, daß jedes Monopol auf Grund des dem Kapital immanenten Verwertungsdranges die "Unabhängigkeitsposition" anstrebt. Richtig ist ebenfalls, daß die Monopole sich in einem harten Konkurrenzkampf befinden. Äußerst problematisch erscheint mir aber, daß bei Existenz von 2 Monopolen *grundsätzlich* der Machtkampf als *einzige* Möglichkeit der Monopolpolitik anzusehen ist, so eine *gemeinsame* Beherrschung des Marktes, seine Aufteilung, eine Abstimmung der Preise prinzipiell ausgeschlossen wird. Das widerspricht doch beträchtlich der Realität der monopolistischen Konkurrenz, eine ruinöse Konkurrenz "drauflos" wäre und ist gegen das ökonomische Interesse des Kapitals. Röper hat daher nicht unrecht, wenn er feststellt: "Von den in Deutschland bekannten Theorien gehen die meisten einen eigenartigen Weg: sie verbieten den Oligopolisten *ex definitione* die zweckmäßigste Verhaltensweise, nämlich den Zusammenschluß bzw. ein durch stillschweigende Übereinkunft gemeinsames 'Ziehen am gleichen Strang' ... Unter diesen Voraussetzungen können die Oligopolisten einem *Marktkampf nicht ausweichen*; sie sind 'laut Theorie' gezwungen, mit rationalen Mitteln und einer beschränkten Einsicht einen unrationalen Kampf um die günstigste Marktposition zu begin-

86 Ebenda, S. 19.
87 Ebenda, S. 20.
88 H. v. Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 19/20.

nen." (89) Gänzlich fällt aus dieser Betrachtungs- und Darstellungsweise heraus, daß die Monopole ihre Marktkonkurrenz *nicht* allein auf ökonomische Positionen aufbauen, sondern, daß in ihren Auseinandersetzungen entscheidend die politischen Potenzen eines Kapitals, seine ökonomischen und personellen Verflechtungen mit den mächtigsten Finanzgruppen und seine Beziehungen zum Staat darüber entscheiden, wer die Marktherrschaft erlangen und behaupten wird. v. Stackelberg hat recht – und insofern artikuliert er selbst die Fragwürdigkeit seiner Untersuchung – wenn er bemerkt, daß es "... theoretisch nicht zu entscheiden ..." (90) sei, welcher der beiden "Dyopolisten" siegen werde.

Dieser Kampf wird nicht durch theoretische Betrachtungen, die noch nicht einmal die *gesamte* Realität des Monopolverhältnisses erfassen, entscheiden, sondern allein von der ökonomischen *und* gesellschaftlichen Macht des jeweiligen Monopolkapitals. Gar nicht beachtet wird das Problem, inwieweit sich die jeweiligen Angebotsmengen überhaupt auf dem Markt realisieren lassen, d.h. Profit erzielt werden kann.

Verhalten sich zwei Kapitale am Markt so, daß sie das Angebot des Konkurrenten als eine jeweils gegebene Größe ansehen und sich *freiwillig* in die "Abhängigkeitsposition" begeben, weil die ihnen "vorteilhafter" erscheint, als die "Unabhängigkeitsposition", so liegt das *"Cournotsche Dyopol"* vor, das keine stabile Preisbildung aufweist, "denn jeder der beiden Dyopolisten versucht ... seinen Konkurrenten zu einem anderen Verhalten zu veranlassen, ihn zum Nachgeben zu bewegen" (91). Es erscheint mir doch sehr unreal, daß das Monopolkapital *bewußt* auf die Erringung von Herrschaftspositionen am Markt, d.h. auf vorzügliche Verwertungsbedingungen verzichtet und sich statt dessen freiwillig in Abhängigkeitspositionen gegenüber der Konkurrenz begibt. Das gesamte Ziel eines Kapitals ist darauf ausgerichtet, *alle* sich ihm bietenden Möglichkeiten, incl. Marktmachtstellungen und Monopolpreisfixierungen, auszunutzen, um seinen Profit und seine Herrschaftspositionen zu sichern. Hier offenbart sich m.E. deutlich, daß v. Stackelberg das innere Wesen des Kapitals und überhaupt sein ökonomisches und gesellschaftliches Interesse nicht erfaßt hat. Zugespitzt formuliert: im "Cournotschen Dyopol" liegen die Monopole in Konkurrenz, um die ungünstigsten Marktstellungen! Genauso fragwürdig erscheint die Interpretation des dritten "Dyopol"-Falles: "Nur wenn der eine Dyopolist seine Unabhängigkeitsposition, der andere seine Abhängigkeitsposition zu verwirklichen streben, führt ihr Handeln zum Gleichgewicht ... Denn dann sind ihre beiden Wirtschaftspläne aufeinander abgestimmt. Die so entstehende Dyopolform wollen wir als ein *asymmetrisches* Dyopol bezeichnen." (92) Da aber – so meint v. Stackelberg – die Konkurrenz jederzeit wieder aufbrechen kann, das Gleichgewicht also ständig gefährdet ist, existiert im "asymmetrischen Dyopol" kein stabiles, sondern ein "labiles Gleichgewicht" (93). Für v. Stackelberg besteht auch allen Ernstes die Möglichkeit, daß Monopolkapitale, die sich im "Bowleyschen oder Cournotschen Dyopol" in der günstigsten Marktposition befinden, freiwillig auf diese verzichten, wodurch dann auch das "asymmetrische Dyopol" zustande kommen kann (94). Eine ökonomische Motivation für solches Verhalten bietet er allerdings nicht. Am Schluß seiner Betrachtungen zu den "dyopolistischen" Marktformen sinniert er, daß das "Bowleysche Dyopol", d.h. der erbitterte Konkurrenzkampf der Kapitale am wahrscheinlichsten für die kapitalistische Praxis sei. Da aber "das Ergebnis ... für jeden Dyopolisten das ungünstigste unter allen sonstigen Möglichkeiten des Dyopols" (95) ist, stellt er die Frage, ob sich "... die beiden Konkurrenten bei einigermaßen *vernünftiger Überlegung* ..." (96) nicht entschließen müßten, ihren Preis und ihr Verhalten bewußt auf "Abhängigkeitsposition" einzustellen und das "Cournotsche Dyopol" zu verwirklichen. Das ist doch ein arger Abstieg und sehr deutliche Apologetik von v. Stackelberg. Wo die ökonomische Theorie nicht in der Lage ist, die objektiven Verhältnisse und Erscheinungen in der monopolkapitalistischen Produktions- und Zirkulationssphäre zu erklären, müssen Kapitale in ihrem Verwertungsstreben auf "vernünftige Überlegungen" zurückgreifen. Von einer Erklärung der Preis*bildung* im echten Sinne ist in den "dyopolistischen" und "oligopolistischen" Marktformen nichts zu vermerken. Die Negierung des durch die abstrakt menschliche Arbeit geschaffenen Arbeitswertes und seiner monopolistisch und staatsmonopolistisch vermittelten Umverteilung zugunsten des Monopolkapitals muß die Entstehung des Monopolpreises als Ergebnis der rein subjektiven Setzungen der Kapitale erscheinen lassen, womit auch insofern objektiv der Monopolprofit als Verdienst einer "klugen" Strategie und Verhaltensweise des Monopolunternehmens anzusehen ist und nicht der monopolistischen Ausbeutung in Produktion und Zirkulation entspringt. So ist es in v. Stackelbergs Logik verständlich, wenn für ihn subjektive Eigenschaften (Wagemut, Intelligenz, Glück, Menschenkenntnis, Fingerspitzengefühl etc.) als profitbestimmende Faktoren anzusehen sind, denn Kapitalisten mit *solchen* Fähigkeiten "... bringen es fertig, ihre Produkte in besonders wirtschaftlicher Weise, d.h. mit besonders niedrigen Kosten herzustellen und beziehen deshalb einen besonders hohen Unternehmergewinn" (97). Die einfach unterstellte Annahme, daß in der Marktform *stets gleiche* Reproduktionsbedingungen für das Kapital existent sind, ist äußerst illusorisch, denn der monopolkapitalistische Reproduktionsprozeß ist infolge des Grundantagonismus zwischen Kapital und Arbeit und der aus ihm erwachsenden Konflikte beträchtlichen ökonomischen Störungen und Krisen unterworfen, was aber in der marktformentheoretischen Analyse in keiner Weise berücksichtigt wird. Darin ist ein ganz grundsätzlicher Fehler zu sehen, d.h., daß die *ökonomischen Prozesse in der Marktform abstrakt, zeitlos, asozial, widerspruchsfrei, weitgehend idealisiert dargestellt* werden. Das Problem, *wie* die konkurrierenden Dyopolisten in Erfahrung bringen sollen, welche Reaktionen, strategischen Maßnahmen der andere wählen wird, welche Ressourcen er zur Verfügung hat, klärt v. Stackelberg in keiner Weise. Das wäre aber für die Konzipierung der "optimalen" Gegenstrategie und Verhaltensweise, die die Fixierung des "Dyopol"-Preises im ökonomischen Interesse eines Marktteilnehmers zum Ziel hat, aber unbedingtes Erfordernis. Die "innere Natur" des Kapitals, die Konkurrenz verhindert aber beträchtlich das Aufbringen entsprechender Informationen über Entwicklungen, Entscheidungen, Pläne und Potenzen des Konkurrenten, weshalb die erarbeiteten Strategien doch sehr unvollkommen sein müssen. Welche Wirkungen, Einflüsse, Möglichkeiten die staatsmonopolistische ökonomische Regulierung den Monopolen hinsichtlich der Beeinflussung ihrer Verwertungsbedingungen in der imperialistischen Ökonomik im allgemeinen und am Markt im besonderen bietet, wie durch staatsmonopolistische Preisbildung und Politik, durch staatliche Absatzgarantien, Staatsverbrauch, Staatsinvestitionen, Steuerpolitik, Umverteilung von Nationaleinkommen, Zollpolitik etc. die Markt- und Realisierungsbedingungen der Monopole – und damit auch ihre Planung, ökonomische Politik und Verhaltensweise – entscheidend beeinflußt werden, all diese Faktoren werden von v. Stackelberg nicht in seiner

89 B. Röper: "Ansätze zu einer wirklichkeitsnahen und dynamischen Theorie der Monopole und Oligopole", in: WELTWIRTSCHAFTLICHES ARCHIV, 67. Bd., Hamburg 1951, II. S. 247.
90 H. v. Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 20.
91 H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 213.
92 Ebenda, S. 214.
93 H. v. Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 22.
94 Vgl. ebenda.
95 H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 217.
96 Ebenda (Hervorhebung – G.K.).
97 Ebenda, S. 324.

Marktformen-Untersuchung berücksichtigt, womit die Praxis des modernen Kapitalismus in entscheidender Weise nicht erfaßt und auch für die Monopole nicht politökonomisch nutzbar gemacht wird. Eine Art Resümee über den Erfolg seiner Untersuchung und Darstellung von Preisbildungsprozessen am monopolkapitalistischen Markt gibt v. Stackelberg mit folgenden Worten: "Die Theorie hat gezeigt, daß die Preisbildung auf gleichgewichtslosen Märkten aus den allgemeinen Prämissen nicht zureichend erklärt werden kann, weil die logische Deduktion hier mit Kampfsituationen endet. Damit muß die Idee einer geschlossenen allgemeinen Preistheorie, wie sie der klassischen und auch der neueren Nationalökonomie vorgeschwebt hat, fallen gelassen werden." (98)

Da v. Stackelberg eine Bedingung für eine stabile Preisbildungsform darin sah, daß "das Verhalten eines beliebigen Individuums (? ! – G.K.) ... nicht den Zweck (hat), die tatsächliche Preisbildungsform zu ändern" (99), er aber konstatieren muß, daß jeder der "Dyopolisten" bzw. "Oligopolisten" infolge seines Profitstrebens interessiert ist, die existenten Preisverhältnisse durch entsprechende Maßnahmen zu seinen Gunsten zu verändern, kommt er zur Erkenntnis, daß das "Oligopol" im Prinzip eine gleichgewichtslose Marktform ist, in der die Preisbildung "unbestimmt ist" (!!). (100) Man muß v.Stackelberg in dem Sinne zustimmen, daß die imperialistische Ökonomik und der Markt wirklich nicht gleichgewichtig sind. Doch es sind nicht die subjektiven Verhaltensweisen der kapitalistischen Unternehmen schlechthin, die diese Labilität bedingen, sondern es sind die aus der Existenz des Kapitals im allgemeinen und des Monopols im besonderen objektiv entspringenden Widersprüche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die die Herstellung eines *gesellschaftlichen* Gleichgewichts verhindern.

Bezeichnend sind die Positionen von Eucken und v. Stackelberg zur Entstehung des modernen kapitalistischen Monopols. Die Herausbildung des modernen Monopols vollzog sich als gesetzmäßiger Prozeß infolge des Konkurrenz- und Profitmechanismus über die Konzentration von Produktion und Kapital, wobei der Konzentrationsprozeß realer Ausdruck der objektiv wirkenden ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, und das Monopol letztlich sein Resultat ist.

Lenin bemerkte diesbezüglich, daß die Verwandlung der freien Konkurrenz in das Monopol "... überhaupt ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium ..." (101) war. Doch v. Stackelberg und Eucken negierten in ihrer ohnehin oberflächlichen Monopoldarstellung diese objektiv-historische Gesetzmäßigkeit. Zwar wurde von beiden anerkannt, daß es über den Konzentrationsprozeß zur Monopolbildung kommt, (102) doch relevant ist nicht die Frage, ob sie eine nicht zu leugnende Tatsache akzeptieren, sondern das eigentliche Problem ist, worin sie die *Ursachen* dieser gesellschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus sehen, welche Konsequenzen sie daraus ableiten. Und da muß eindeutig festgestellt werden, daß Eucken und v.Stackelberg bestritten, daß die Monopolbildung auf Grund der *gesetzmäßigen* ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus, des Konkurrenz- und Profitmechanismus geschieht. So schrieb v.Stackelberg, daß es "... kein im System der freien Konkurrenz enthaltener Zwang, sondern nur eine Tendenz, eine Lockung" (103) ist, die zum Monopol führt, die Monopolisierungstendenz "... lediglich eine *Nebenwirkung* des erwerbswirtschaftlichen Prinzips" (104), d.h. des Strebens nach Maximalprofit ist. Und Eucken, jedwede historische Gesetzmäßigkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung ablehnend (105), bemerkte, "... daß *keineswegs eine zwangsläufige Entwicklung in der modernen Welt die Konkurrenz auslöscht und das Monopol entstehen läßt.* Auch dieses berühmte Entwicklungsgesetz erweist sich als ein Bild, das nicht die Wirklichkeit wiedergibt, sondern die Wünsche gewisser Wirtschaftspolitiker reflektiert." (106) Dafür, daß Eucken dann die Ursache des modernen Monopols in die subjektive Sphäre "des" Menschen (ewiger "Hang zur Monopolbildung") (107) verlegte, erhielt er dann von seinen bürgerlichen Kollegen prächtige Komplimente. So schreibt z.B. Böhm: "Eucken hat seine Zeit instandgesetzt, sich von dem Alpdruck geschichtlichen Entwicklungsdenkens in Zwangsabläufen ... zu befreien, und hat ihr stattdessen eine schlichte, vollständige, übersichtliche und kristallklare *Musterkarte von Gestaltungs- und Ordnungsmöglichkeiten* dargeboten", er hat "... eine wahrhaft befreiende Tat vollbracht." (108) *Die ökonomische Konzentration von Produktion und Kapital und damit die Herausbildung der imperialistischen Monopole entspringt aber keiner "Lockung", keiner "Tendenz", keiner "Nebenwirkung" des Profitstrebens und auch keinem subjektiv-idealistisch interpretierten "ewigen Hang" des Menschen zur Monopolbildung, sondern sie war gesetzmäßiges Resultat des kapitalistischen Reproduktionsprozesses,* der Konkurrenz um den Profit, denn "... Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise" (109). Weil

- die Entstehung des monopolistischen Kapitalismus, die gesamtgesellschaftliche Ausbeutung durch das Monopol nicht als eine objektive Konsequenz in der Dynamik des Kapitalverhältnisses erscheinen darf,
- die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus auch unter privat- und staatsmonopolistischen Verhältnissen zeigen, daß sie objektiv zur Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung drängen,
- unser Zeitalter die Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab ist und die Menschheit unmittelbar auf das Problem der Objektivität dieser Gesetzmäßigkeit hingewiesen wird,

müssen Eucken und v.Stackelberg als bürgerliche Ökonomen bemüht sein, die realen Ursachen für diesen historisch-gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu negieren bzw. subjektivistisch zu verzerren. Hier äußern sie ganz kraß ihren zutiefst antideterministischen Standpunkt.

Zu den wirtschaftspolitisch praktikablen Ansatzpunkten der Marktformen-Systematik

Ernsthaftes Anliegen der Marktformen-Konzeption von Eucken und v.Stackelberg war es, neben der ideologischen Begründung und Rechtfertigung des modernen Monopols gleichzeitig demselben auch ökonomisch relevante und praktikable Aussagen und Hinweise

98 Ebenda, S. 247/248.
99 H. v. Stackelberg: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 12.
100 H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 218.
101 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 22, S. 204.
102 Vgl. W. Eucken: NATIONALÖKONOMIE WOZU? ..., S. 78.
H. v. Stackelberg: GRUNDZÜGE DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE, Bern 1948, S. 79.
103 Ebenda.
104 Ebenda, S. 80 (Hervorhebung – G.K.).
105 W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..., S. 208.
106 W. Eucken: UNSER ZEITALTER DER MISSERFOLGE, Tübingen 1951, S. 66 (Hervorhebung – G.K.).
107 W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..., S. 31.
108 F. Böhm: "Die Idee des Ordo im Denken Walter Euckens", in: ORDO-JAHRBUCH für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf-München 1950, Bd. 3, S. XL/XLI.
109 K. Marx: DAS KAPITAL, Band 1, MEW, Band 23, Berlin 1962, S. 647.

für eine profitable Beherrschung von Markt, Wirtschaft sowie Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Die mit der Ermittlung der Marktformen verbundenen Darstellungen und Untersuchungen über mögliche und reale Abhängigkeitslagen der Einzelkapitale am Markt, über ihre alternativen Aktions- und Verhaltensparameter, über bestimmte Konkurrenzkonstellationen, über Preisbildungsprozesse und -faktoren in den einzelnen Marktformen, über die jeweiligen Beziehungen zwischen den Marktformen und dem Gleichgewicht bzw. der Lenkungsmechanik der Wirtschaft sowie die sich daraus ergebenden wirtschaftspolitischen Konsequenzen können und müssen als ein Beitrag zur Erfüllung der oben genannten Aufgabenstellung gewertet werden. So werden doch durch die Marktformen Aussagen über Kräftekonstellationen zwischen den Kapitalen, über mögliche und real existente Abhängigkeitskonstellationen in den Angebots- und Nachfragebeziehungen der Kapitale vermittelt, die für die Konkurrenz- und Machtpositionen der kapitalistischen Unternehmen am Markt insofern von Wichtigkeit sind, als daß sich daraus bestimmte Schlußfolgerungen für die Markt- und Produktionsgestaltung ergeben können, die das Ziel verfolgen, den Anteil des Unternehmens am Gesamtangebot bzw. der Gesamtnachfrage so profitabel wie möglich zu gestalten. Ich meine, daß die Marktformen-Systematik ein Angriffspunkt für das Erfassen von solchen Marktrelationen ist. Denn hier wird gezeigt, daß das Einzelkapital

1. *Konkurrent* gegenüber anderen Einzelkapitalen,
2. *Abnehmer* von anderen Einzelkapitalen,
3. *Lieferant* anderer Einzelkapitale

sein kann. Es werden also Marktbeziehungen und Interdependenzen zwischen "Anbietern" und "Nachfragern" typisiert und untersucht, die durchaus in der monopolkapitalistischen Praxis auftreten bzw. auftreten können, die nicht unwesentlich das Verhältnis zwischen den Konkurrenten gestalten und Gewicht – wie es Eucken und v.Stackelberg auch sehen – für die Ausarbeitung, Wahl und Anwendung einer bestimmten Preisstrategie besitzen. Mit Hilfe der Marktformen können also in gewissem Rahmen bestimmte Marktverknüpfungen zwischen den Einzelkapitalen und auch Möglichkeiten von in der Konkurrenz anwendbaren Preis- und Verhaltensstrategien transparent gemacht werden. Eucken und v.Stackelberg haben durchaus real erkannt, daß eine Abhängigkeit der Märkte von Bedeutung für das Einzelkapital ist. Eucken schreibt z.B.: "Die Verkehrswirtschaft besteht in der Regel aus vielen Märkten. Alle diese Märkte sind miteinander verknüpft. Es ist also eine allgemeine Interdependenz der Märkte vorhanden...", so daß das Handeln des Kapitals "... auf einem Markt von den Hergängen auf allen anderen Märkten beeinflußt ist." (110) Bekanntlich ist der Monopolpreis als ökonomische Kategorie *qualitativ* eine Ausdrucks-, Bewegungs- und Realisierungsform der im gesellschaftlichen Rahmen wirksam werdenden ökonomischen Interessen der Monopole. Insofern ist er also durchaus geeignet, die ökonomischen und gesellschaftlichen Handlungs- und Verhaltensweisen der Monopolkapitale zu beeinflussen. Eine derartige Beeinflussung wird durch die Monopole unter den existenten Konkurrenzbedingungen über eine bestimmte *quantitative* Gestaltung des Preises, eben über Preispolitik und -strategie bewirkt, für deren Konzipierung die Marktformen-Lehre reale Anhaltspunkte bietet. Ihre entscheidende Grenze hinsichtlich der Praktikabilität ist darin zu sehen, daß sie – die monopolkapitalistische Ausbeutung in Produktions- und Zirkulationssphäre nicht als Quelle der Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb der Ökonomik sehend und begreifend – die gesellschaftlichen Verhältnisse als widerspruchsfreie und daher nach ihrer Meinung im Kern politökonomisch erfaß- und gestaltbar durch die Kapitale ansieht.

110 W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 125.

Marktformen und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Eucken und v.Stackelberg kommen auf Grund ihrer marktformentheoretischen Analysen und Ableitungen zu der prinzipiellen Erkenntnis, daß der imperialistische Staat eine wesentliche Funktion innerhalb der modernen kapitalistischen Wirtschaft besitzt bzw. auszuüben hat. Indem sie insbesondere in der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik und -intervention eine grundlegende Bedingung für das Funktionieren des kapitalistischen Reproduktionsprozesses überhaupt und vor allem ihrer als vollendet gepriesenen Marktform "freie oder vollständige Konkurrenz" sehen, offenbart sich

– ihre Lehre objektiv als eine theoretische Rechtfertigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus,
– eine Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter der Hülle der neoliberalen Markt- bzw. Wettbewerbswirtschafts-Konzeption.

Die objektive Basis für die Forderung von v.Stackelberg und Eucken nach der "ordnenden Potenz" Staat, nach aktiver staatsmonopolistischer Wirtschaftsgestaltung liegt in den Existenzbedingungen und -bedürfnissen des modernen Kapitalismus begründet. Marxistische Ökonomen bemerken zu Recht, daß "die grundlegende Ursache und Haupttriebkraft der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ... sich aus der Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs, aus dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Resultate" (111) ergibt. Die sich mit der Entfaltung des Monopols zuspitzenden gesellschaftlichen Konflikte im Innern und Äußeren des imperialistischen Systems sowie die historische Defensivposition dieses Systems gegenüber dem realen Sozialismus erforderten (und erfordern!) neue Bewegungsformen zur Existenzerhaltung des Kapitalverhältnisses zu finden, zwangen und zwingen das Finanzkapital, "... das Hauptinstrument ihrer Politik, den Staat, unmittelbar in die Wirtschaft einzuschalten und ihm zur Erhaltung des Profitsystems immer umfassendere ökonomische Funktionen zu übertragen" (112).

Interessant ist es nun zu untersuchen, *wie*, d.h. mit welcher Argumentation Eucken und v.Stackelberg – ausgehend von ihren Marktformen-Konzeptionen – die staatliche Wirtschaftspolitik und -intervention begründen und rechtfertigen.

Sachlich ist festzustellen, daß Eucken und v.Stackelberg nicht umhin können, ernste Widersprüchlichkeiten im imperialistischen System – als "Instabilitäten" von bestimmten Marktformen deklariert – zu konstatieren. *Für Eucken*, der bemerkt, daß die in der imperialistischen Wirtschaft "aufgefundenen" Marktformen durchaus nicht immer gleichgewichtig sind, daß ihre "Lenkungsmechanik schadhaft" (113) ist, *liegt die entscheidende Ursache dieser Labilität nun nicht in dem durch die Eigengesetzlichkeit des Kapitals hervorgebrachten historischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnis Monopol. In seinem apologetischen "Anti"-Monopolismus sieht er in der aus dem individuellen Machtstreben "des" Menschen entstandenen Marktform "Monopol" die entscheidende "Störgröße" und eine "Entartung" der kapitalistischen Wirtschaft.* Diese Marktform schränkt nach Eucken die gesamtwirtschaftliche Durchsetzung des Konkurrenzpreis-Systems, die allseitige Entwicklung der Marktform "vollständige Konkurrenz" ein, weshalb

– die Marktform "Monopol" unbedingt mittels staatlicher Aktivitäten "aufgelöst" oder "kontrolliert" werden muß, und

111 Autorenkollektiv: "Imperialismus heute – der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland" (Thesen), in: EINHEIT, Heft 1/1965, S. 103.
112 Ebenda.
113 W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..., S. 33.

– die Marktform "vollständige Konkurrenz" kraft des imperialistischen Staates durchzusetzen ist (obwohl das – und hier zeigt sich schon Euckens gestörtes Verhältnis zur imperialistischen Realität – im Wesen gerade *nicht* der Grundkonzeption staatsmonopolistischer Politik entspricht!), denn "obwohl wir in der Geschichte einen starken Zug feststellen konnten, der auf ihre Realisierung hindrängt, so wissen wir doch zugleich, daß sie sich nicht von selbst verwirklicht..." (114), eben weil das "entartete" Monopol existiert. Doch die "schädlichen" Auswirkungen der Marktform "Monopol" dürfen keineswegs dahingehend interpretiert werden, als daß das kapitalistische System sich allgemein nicht "bewährt", "vielmehr haben sich *nur gewisse Marktformen* und Geldordnungen nicht bewährt" (115). Doch "andere Marktformen und Geldordnungen können sich vielleicht bewähren. Hier liegt eine große Chance der Wirtschaftspolitik – wenn sie es unternimmt, Bedingungen herzustellen, unter denen sich *funktionsfähige Marktformen* und Geldordnungen entfalten können" (116). Eucken behandelt demnach die Widersprüche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im Imperialismus nicht als Ergebnis der existenten monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern als Resultat des Wirkens gewisser "negativer" Marktformen, das bedeutet, daß *nur bestimmte Konstellationen in der Zirkulations- und Marktsphäre fehlerhaft* sind, die man durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verändern bzw. umformen kann. Auf dem Boden der kapitalistischen Grundordnung gilt es dann die Bedingungen für eine "funktionsfähige Marktform" zu schaffen, die sich für Eucken bekanntlich in der Marktform "vollständige Konkurrenz", in der Konkurrenz- bzw. Wettbewerbsordnung darstellt. Doch wer soll diese notwendigen Bedingungen schaffen, "wer soll diese Ordnung verwirklichen? " (117) Dazu bedarf es unbedingt des imperialistischen Staates, "... weil ohne die ordnende Potenz des Staates eine zureichende Wirtschaftsordnung nicht aufgebaut werden kann..." (118) In der Euckenschen Begründung der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik wird – wenn auch erst im Ansatz – sichtbar, was sich dann in der weiteren Entwicklung des Imperialismus als allgemeiner Trend erweist, nämlich daß die weitere Existenz der Monopolherrschaft nur dann erhaltbar ist, wenn versucht wird, von gesamtgesellschaftlicher Position aus, die ökonomischen und gesellschaftlichen Prozesse und Potenzen dem monopolistischen Gesamtinteresse unterzuordnen. Und doch muß ganz klar festgestellt werden – Eucken fordert zwar eine staatliche Wirtschaftspolitik und -intervention, allerdings nicht den für den staatsmonopolistischen Kapitalismus objektiv charakteristischen Inhalt. Denn die Postulierung eines marktwirtschaftlichen Ordnungsgefüges, die "freie oder vollständige Konkurrenz" als Organisationsprinzip der modernen kapitalistischen Wirtschaft widerspricht doch beträchtlich dem wirklich existenten Typ des Kapitalverhältnisses. Gerade durch die Verschmelzung von Monopol und Staat zu einem einheitlichen, gesamtgesellschaftlichen Macht-, Herrschafts- und Regulierungsmechanismus werden die Entwicklungstendenzen des Kapitals offenbar, die eben die Freiheit der individuellen Kapitale ihre Freizügigkeit in der Bewegung weitgehend vernichten, sie monopolistischer und staatsmonopolistischer Gewalt unterwerfen und die auch den Markt als Regelinstanz der gesellschaftlichen Produktion im Prinzip außer Kraft setzen.

Auch v.Stackelberg mußte zugeben, daß es innerhalb des monopolkapitalistischen Reproduktionsprozesses bedeutende Konflikte und Störungen gibt, die zu eminenten Gefahren für die Profitrealisierung der Monopole und die Systemstabilität werden können. Auf

114 Ebenda, S. 325.
115 Ebenda, S. 55 (Hervorhebung – G.K.).
116 Ebenda (Hervorhebung – G.K.).
117 Ebenda, S. 325.
118 Ebenda, S. 332.

Grund seiner Untersuchungen der in der kapitalistischen Wirtschaft möglichen Marktformen gelangte er bekanntlich zu dem Schluß, daß *nicht alle Marktformen* die Stabilität des Reproduktionsprozesses bzw. das Gleichgewicht des Marktes und der Wirtschaft zur Folge haben, insbesondere "im Dyopol und Oligopol gibt es kein automatisches Gleichgewicht" (119). An anderer Stelle formuliert v.Stackelberg, daß "... in dem Maße, wie sich die Form der Märkte einer Volkswirtschaft von der 'freien Konkurrenz' entfernt, ... die Unverträglichkeit des Zirkulationsmechanismus dieser Volkswirtschaft mit den genannten Grundprinzipien zur Geltung" (120) kommt und "... die von den Wirtschaftssubjekten selbst errichteten Gleichgewichtssicherungen ... keine Garanten eines reibungslosen Zirkulationsmechanismus ..." (121) sind. *D.h. auch bei v.Stackelberg sind nicht die monopolkapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse die Ursache für die Instabilität des Marktes und der Wirtschaft, sondern irgendwelche Widersprüchlichkeiten des Zirkulationsmechanismus* (woher diese aber kommen, wird nicht analysiert!), auch hier funktionieren nur bestimmte Marktformen eben nicht so recht. Aus der theoretischen Ableitung von der Gleichgewichtslosigkeit bestimmter Marktformen zog v.Stackelberg dann entsprechend wirtschaftspolitische Konsequenzen: Es "... muß die Vorstellung eines autonomen Wirtschaftssystems in der – allein realistischen – Theorie der beschränkten Konkurrenz von vornherein ausgeschaltet werden" (122) und unbedingt der imperialistische Staat "mit einheitlicher Zielsetzung" und "ordnendem Willen" (123) in der Theorie und Praxis des modernen Kapitalismus zur Aktion gelangen. Durch staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik und -intervention sollen die Verwertung des Monopolkapitals und die Sicherung der Verwertungsbedingungen gewährleistet werden, eine Instabilität des Marktes sowie eine Erschütterung des kapitalistischen Wirtschaftsgefüges darf auf keinen Fall zugelassen werden, denn das "... bedeutet praktisch eine Gefährdung und Störung des ganzen volkswirtschaftlichen Apparates, die einer unbegrenzten Steigerung fähig ist" (124).Mittels des Staates besteht dann "... die Möglichkeit, den selbsttätigen, unter gewissen Bedingungen jedoch nicht funktionierenden ... Wirtschaftsablauf durch Wirtschaftspolitik sinn- und zielgemäß zu ergänzen" (125). Auch v.Stackelberg benutzte die als volkswirtschaftlich optimal angesehene Marktform "vollständige Konkurrenz" noch zur zusätzlichen Rechtfertigung staatsmonopolistischer Aktivitäten. Das geschah, indem er – ausgehend von seiner durchaus realen Erkenntnis, daß unter den komplizierten imperialistischen Bedingungen "ein Wirtschaftssystem ... nur durch Intervention der bewußten Wirtschaftsgestaltung, also des politischen Elements möglich" (126) ist – die von ihm zugegebenen Disproportionen im Reproduktionsprozeß der Konkurrenzordnung (jene Disproportionen ergaben sich für ihn allerdings nicht aus den Reproduktionsbedingungen des Kapitals unter monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen, sondern aus den allgemeinen Anpassungsverzögerungen von Angebot und Nachfrage auf veränderte bzw. neue Marktkonstellationen (127)) als Argument für die Anwendung wirtschaftspolitischer und interventioni-

119 H.v.Stackelberg: NEUES SCHRIFTTUM ÜBER UNVOLLSTÄNDIGEN WETTBEWERB..., S. 708.
120 Ders.: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 98/99.
121 Ebenda, S. 101.
122 H.v.Stackelberg: NEUES SCHRIFTTUM ÜBER UNVOLLSTÄNDIGEN WETTBEWERB..., S. 708/709.
123 Ders.: MARKTFORM UND GLEICHGEWICHT..., S. 101.
124 Ebenda, S. 99.
125 Ebenda.
126 H.v.Stackelberg: NEUES SCHRIFTTUM ÜBER UNVOLLSTÄNDIGEN WETTBEWERB..., S. 709.
127 Vgl. H.v.Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 177.

stischer Maßnahmen des Staates gebrauchte (128). Jene Maßnahmen sollen dann das ökonomische Gleichgewicht in der Marktform bzw. der Wirtschaft garantieren, da eben "in gewissen Bereichen der Preisbildung ... ein vernünftiger Austausch ohne aktive Hilfestellung des Staates überhaupt nicht möglich" (129) ist. D.h., daß kraft der staatsmonopolistischen Aktivitäten ein solches Gleichgewicht am Markt und in der Wirtschaft gewährleistet werden soll, das die maximale Profitproduktion und -realisierung des Monopols ermöglicht. Dazu war und ist eben u.a. eine staatsmonopolistische Durchbrechung des ursprünglichen kapitalistischen Preis- und Realisierungsmechanismus notwendig.

Kennzeichnend ist, daß v.Stackelberg und Eucken bei ihrer von marktformentheoretischen Ableitungen ausgehenden Begründung und Rechtfertigung der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik und -regulierung

1. nicht an bestimmten ökonomischen Widersprüchen und Konflikten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses vorbeigehen können, wenn sie die auch verzerrt – als "Gleichgewichtslosigkeit" bzw. "Instabilität" von bestimmten Marktformen – zum Ausdruck bringen und gleichzeitig auf ihre, d.h. apologetische Art und Weise ausnutzen,
2. die Ursachen dieser Widersprüchlichkeit (und insofern den Anlaß zu staatsmonopolistischen Maßnahmen!) aber nur in bestimmten Fehlern innerhalb der Zirkulationssphäre sehen, und nicht grundsätzlich in den monopolkapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen. D.h. jedoch, daß mit der Darstellung von Konflikten des Systems aus disharmonischen Verhältnissen in der Zirkulationssphäre sich aber dann auch die Konsequenz seiner revolutionären Beseitigung erübrigt, die objektiv aus dem antagonistischen Produktions- und gesellschaftlichen Ausbeutungsverhältnis Monopol entspringt.
3. die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses auf dem Boden der sozialökonomischen Grundordnung – nämlich innerhalb der Marktform "vollständige Konkurrenz" – mit Hilfe der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik und -intervention lösen wollen, so bewußt Illusionen über die Möglichkeit der prinzipiellen Beseitigung dieser Konflikte im Rahmen des Kapitalsystems nähren und verbreiten. Zwar vermag die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik durchaus bedeutende Effekte bei der Gestaltung günstiger Kapitalverwertungsbedingungen zu erzielen, bestimmte Widersprüche partiell und temporär zu modifizieren und zu dämpfen, doch insgesamt ist sie auf Grund ihrer Gebundenheit an das Kapitalverhältnis und seines Verwertungsprinzips nicht in der Lage, die aus dem monopolkapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln erwachsenden Konflikte zu beseitigen (130), die Labilität des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu überwinden und eine kontinuierliche gleichgewichtige Entwicklung der Wirtschaft zu garantieren. Erst durch den Übergang zur sozialistischen Produktionsweise, erst durch die Etablierung der gesamtgesellschaftlichen Verfügung über die Produktionsmittel besteht die Möglichkeit, diese aus dem privatrechtlichen Charakter der Produktionsmittel stammenden Konflikte zu lösen und "... an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen..." (131) treten zu lassen,

128 Ebenda.
129 Ebenda, S. 230.
130 Vgl. dazu D. Klein: "Karl Marx und die inneren Widersprüche", FORUM, Sonderheft, Dezember 1969, S. 11 ff.
131 F. Engels: HERRN EUGEN DÜHRINGS UMWÄLZUNG DER WISSENSCHAFT ("Anti-Dühring"), in: MEW, Band 20, Berlin 1962, S. 261.

4. insgesamt der staatsmonopolistischen Wirtschaft in Gestalt der staatlich verwirklichten Marktform "freie Konkurrenz", der realisierten neoliberalen Konkurrenz- bzw. Marktwirtschaft ein gesellschaftliches Ordnungssystem eingeben, das im Wesen jedoch keinen der staatsmonopolistischen Realität adäquaten Inhalt zur Durchsetzung der Interessen des Finanzkapitals besitzt. Insofern ist die angestrebte staatliche Sicherung der "freien Konkurrenz" mit all ihren "produktiven und lenkenden Kräften und Vorzügen" in der Relation zum existenten staatsmonopolistischen Kapitalismus ein historischer Anachronismus, der aber – in seiner politökonomischen Hülle gesehen – gerade die Funktion hat, diesen Kapitalismus zu verteidigen und zu begründen.

Ein Hauptaugenmerk der wirtschaftspolitischen Ausführungen von Eucken und v.Stackelberg war die staatliche Sicherung profitabler Konkurrenzbedingungen für das Kapital, sie strebten die Durchsetzung bzw. Gewährleistung der staatlich "organisierten Konkurrenz" (132) an. Insbesondere sollte der Staat, der nach Eucken "... Bedingungen zu setzen (hat), unter denen sich eine funktionsfähige ... Wirtschaftsordnung entwickelt" (133), das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage auf dem Markt organisieren bzw. die Realisierungsbedingungen für das Monopol gestalten. Damit bringen Eucken und v.Stackelberg objektiv zum Ausdruck, daß sich das Monopolkapital auf Grund der wachsenden Vergesellschaftung der Produktion, des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte gezwungen sieht, neue Monopol- und Konkurrenzbedingungen mittels des imperialistischen Staates, also staatsmonopolistisch gesetzte Bedingungen, zu schaffen. Die staatlich vermittelte, die "organisierte Konkurrenz", eine mit staatlichen Instrumentarien geschaffene Form zur Erhaltung der historisch überlebten kapitalistischen Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der wachsenden gesellschaftlichen Produktion, ist daher als eine notwendige kapitalistische Vervollkommnung der monopolistischen Konkurrenz zu charakterisieren.

Insofern haben hier Eucken und v.Stackelberg durchaus eine politökonomische Hilfestellung bei der Gestaltung des Staatsmonopols als der neuen Bewegungsform des imperialistischen Monopols gegeben, entsprach ihre marktformentheoretisch fundierte und abgeleitete Konzeption den Interessen des Monopolkapitals. *Doch ihr grundsätzlicher Mangel* – und hier zeigt sich das Unvermögen, die gesellschaftlichen Probleme des Imperialismus allseitig-kausal zu durchdringen – *bestand darin, daß sie zwar in der Tendenz die Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus gewissermaßen theoretisch zum Ausdruck brachten, doch die Tatsache, daß der Staat,* weil er entscheidend die ökonomischen Bedingungen und Beziehungen, demnach die Kapitalverwertung maßgeblich beeinflußt bzw. bestimmt, *selbst zur Sphäre der gesellschaftlichen Auseinandersetzung der verschiedenen Monopole wurde, sich somit die Ebene der Konkurrenz verlagerte bzw. erweiterte, nicht erfaßten und untersuchten.* Daher bekamen sie aber m.E. die Realität des *staatsmonopolistisch vermittelten* Konkurrenzkampfes am Markt nur ungenügend in den Griff, daher die Marktformen auch im Prinzip nur einen relativ geringen Erkenntniswert für die Auseinandersetzungen der Monopole in der Praxis besitzen, eben weil bestimmte Verhältnisse der Funktionsweise des modernen Kapitalismus nicht entsprechend berücksichtigt werden. Wohl die entscheidende Ursache dafür, daß Eucken und v.Stackelberg diese Problematik so unzureichend gestalteten, ist in der eminenten Verzerrung bzw. Fehlinterpretation des

132 H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 229.
133 W. Eucken: "Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung", in: ORDO-JAHRBUCH für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 2, Godesberg 1949, S. 93.

realen dialektischen Verhältnisses von Konkurrenz und Monopol im allgemeinen und unter kapitalistischen Bedingungen im besonderen zu sehen. Sie erkannten nicht, daß die Synthese von Konkurrenz und Monopol "... derart beschaffen (ist), daß das Monopol sich nur dadurch aufrechterhalten kann, daß es beständig in den Konkurrenzkampf eintritt" (134). *Das bedeutet, daß die Konkurrenz als die objektive Bewegungsform des Kapitals überhaupt, allgemein erhalten bleibt und weiterwirkt,* daß sie aber unter den spezifischen Existenzverhältnissen des modernen Monopols bzw. mit der Entwicklung des privaten Monopols zum Staatsmonopol, modifiziert und zwangsläufig auf jene höhere Ebene transformiert und ausgedehnt wird.

Zur Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus mittels des auf Grund von marktformentheoretischen Ableitungen konzipierten neoliberalen Konkurrenz- bzw. Marktwirtschafts-Modells.

Für Eucken und v.Stackelberg war allein die Marktform "vollständige Konkurrenz" die beste Organisationsform der kapitalistischen Wirtschaft. V.Stackelberg schrieb, daß nach einer eingehenden Betrachtung des Gefüges der "freien Verkehrswirtschaft" jene "... als geschlossenes System ineinandergreifender Handlungen theoretisch nur denkbar ist, wenn sie keine gleichgewichtslosen Marktformen aufweist..." (135), wobei die "... Vermutung (besteht), daß die vollständige Konkurrenz produktionswirtschaftlich insofern die zweckmäßigste Organisationsform ist, als sie für die Entfaltung der produktiven Kräfte die günstigsten Bedingungen bietet" (136). Bei Existenz der Marktform "vollständige Konkurrenz" werden insbesondere die Vorzüge des marktwirtschaftlichen Konkurrenz-Gleichgewichtspreises – wie Ausgleich von Gesamtnachfrage- und Gesamtangebotsmenge (was aber identisch ist mit dem wirtschaftlichen Gleichgewicht in jener Marktform bzw. Organisationsform der Kapitalproduktion!!), Maximierung der umgesetzten Warenmenge und Nichtexistenz von unbefriedigtem Nachfrage- und Angebotsüberschuß (137) – innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zum Tragen kommen bzw. realisiert, weshalb diese Marktform allen anderen vorzuziehen ist. Außerdem stellt "das System der vollständigen Konkurrenz ... eine getreue Weitergabe der Nachfragewünsche der Haushalte an die Träger der originären Produktivleistungen dar ... Umgekehrt kann man auch sagen, daß dieses System vollständiger Konkurrenz eine getreue Vermittlung der Knappheitsverhältnisse der Produktionsfaktoren durch sämtliche Produktionsstufen hindurch bis an die Haushalte ermöglicht." (138) Eucken bekannte, daß durch die Marktform "vollständige Konkurrenz" die "... Tendenz wirksam (ist), den Wirtschaftsprozeß einem Zustand allgemeinen vollkommenen Gleichgewichts nahezubringen" (139), daß sie "Lenkung des Wirtschaftsprozesses *und* Leistungssteigerung zusammen..." (140) bewirke. Von großem Vorzug sei ferner, daß in der "vollständigen Konkurrenz" "... das Preissystem einer Radioanlage (gleicht): auf der einen Seite sprechen Tausende von kaufkräftigen Nachfragern ihre Wünsche in das Mikrophon. Auf der anderen Seite erhalten Tausende von Eigentümern an Betrieben gültige Ratschläge, wie sie *privatwirtschaftlich* ihr Eigentumsrecht günstig ausüben können. Aber ohne es selbst zu wissen, erhalten sie damit zugleich Weisung, wie sie es auch *volkswirtschaftlich* richtig auszuüben haben. Der Privateigentümer wird seine

134 K. Marx: DAS ELEND DER PHILOSOPHIE, MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 164.
135 H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 335.
136 Ebenda, S. 337.
137 Vgl. ebenda, S. 165/166.
138 Ebenda, S. 343.
139 W. Eucken: DIE GRUNDLAGEN DER NATIONALÖKONOMIE..., S. 195.
140 W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..., S. 249.

Entscheidungen sowohl bezüglich der Produktionsrichtung und der Wahl des Produktionsverfahrens wie auch hinsichtlich des Umfangs der Produktion nach diesen Weisungen treffen." (141) Das wesentlichste Postulat der Marktform "vollständige Konkurrenz" ist in der Sicherung einer gleichgewichtigen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu sehen, wobei deren Regulierung über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, den Markt und das freie Preissystem erfolgt und gleichzeitig eine "Herrschaft" bzw. "Souveränität" der Konsumenten ausgeübt sowie eine volkswirtschaftliche Bedarfsdeckung gesichert wird. Da aber Eucken und v.Stackelberg – angesichts der durch das moderne Monopol verursachten Labilität und Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses – nicht umhin können, trotz der gepriesenen Vorzüge des marktwirtschaftlichen Prinzips der Marktform "vollständige Konkurrenz" Störungen im Regulierungs- und Preismechanismus der kapitalistischen Ökonomik festzustellen (142), fordern sie mit Notwendigkeit eine aktive staatliche Wirtschaftspolitik und -intervention, der dann die Funktion übertragen wird, die Marktform "vollständige Konkurrenz" sowie den in ihr wirkenden Marktpreis-Mechanismus als Regulierungsorgan des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu realisieren und zu garantieren. So verlangt z.B. Eucken energisch seitens des Staates bei der Anwendung der Wirtschaftspolitik die Beachtung und Verwirklichung von "konstituierenden" und "regulierenden Prinzipien", d.h. *einmal* wird "... die *Herstellung* eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht..." (143) *Zum anderen* wird die *Sicherung* der Funktionsfähigkeit der Konkurrenzwirtschaft als Kriterium von wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Staates angesehen (144). *Insofern erfolgt unter der Flagge der Gewährleistung des Funktionsmechanismus der freien Konkurrenz (oder Marktwirtschaft) objektiv eine Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seines umfangreichen, auf Profit- und Herrschaftssicherung des Monopolkapitals ausgerichteten Regulierungsinstrumentariums.* D.h., daß der staatsmonopolistische Kapitalismus mit dem Gegenteil von dem, was er wirklich macht und ist, verteidigt wird. Darin zeigt sich die tiefe innere Widersprüchlichkeit der politökonomischen Konzeption von Eucken und v.Stackelberg, die zwecks Apologetik

- eine direkte Verkehrung der gesellschaftlichen Realität des Kapitalismus derart vornehmen, daß sie der äußersten Verschärfung der ökonomischen, politischen und sozialen Unfreiheit als bedeutende Erscheinung des staatsmonopolistischen Kapitalismus das Idealbild einer auf Freiheit im ökonomischen und politischen Handeln, einer auf "freier bzw. vollständiger Konkurrenz" beruhenden kapitalistischen Ordnung gegenüberstellen,
- ein aus dem vormonopolistischen Kapitalismus übernommenes Ordnungsbild bzw. Organisationsprinzip der kapitalistischen Wirtschaft als zu realisierendes Ziel für den existenten, den modernen, den staatsmonopolistischen Kapitalismus verwandt und gesetzt haben, wobei als neues Erfordernis gegenüber den alten Verhältnissen eine qualitative Veränderung der Stellung und Funktion des Staates innerhalb des Reproduktionsprozesses zu konstatieren ist.

Klar und präzise äußert sich doch zugleich in dieser immensen inneren Widersprüchlichkeit der neoliberalen Konzeption das ganze Elend der bürgerlichen Ökonomen, äußert sich

141 Ebenda, S. 274.
142 Vgl. H. v. Stackelberg: GRUNDLAGEN DER THEORETISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE..., S. 177.
W. Eucken: GRUNDSÄTZE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK..., S. 253.
143 Ebenda, S. 254 (Hervorhebung – G.K.).
144 Vgl. ebenda, S. 291.

die tiefe ausweglose Krise der modernen bürgerlichen Politischen Ökonomie: *zur Verteidigung des Kapitalismus der Gegenwart müssen ideologische und politökonomische Leitbilder und Theorien aus dem Kapitalismus der Vergangenheit herhalten!*

Die kapitalistische Realität verzerrend, apologetisch war die These von der Sicherung der Gleichgewichtigkeit der imperialistischen Wirtschaft durch das – staatlich abgesicherte – Marktpreis-System.

Erstens ist die Sicherung der Gleichgewichtigkeit eines gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses *als Übereinstimmung aller seiner Phasen in der Entwicklung* (145) bestimmt von den existenten Produktionsverhältnissen, insofern von der Zielgröße des Systems. D.h. unter kapitalistischen Bedingungen ist ein solches Gleichgewicht, eine solche Übereinstimmung notwendig, die den Profit sichert. Dieses *kapitalistische* Gleichgewicht "... sagt aber nichts darüber aus und verlangt auch nicht, daß die Produktivkräfte voll genutzt werden, es setzt auch nicht voraus, daß die Bedürfnisse der Menschen optimal befriedigt werden, geschweige denn, daß die volle Entfaltung ihrer physischen und geistigen Kräfte gewährleistet wird" (146). Es "... schließt ein, daß die kapitalistische Produktion zum Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte wird, und führt zu einer wachsenden Verschärfung des Ungleichgewichts zwischen der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomik auf der einen Seite und den materiellen, geistigen, sozialen und politischen Erfordernissen der gesamten Gesellschaft auf der anderen" (147), d.h., daß das *gesellschaftliche* Gleichgewicht gestört ist bzw. wird.

Zweitens: Weil der kapitalistische Markt, die Proportionen zwischen Angebot und Nachfrage nicht durch die zu realisierenden gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnisse oder die Produktionsmöglichkeiten, sondern durch den realisierbaren Profit der Monopole bestimmt werden, muß der dem Kapitalverhältnis immanente Konflikt zwischen Produktion und Markt sich verschärfen und somit eine tiefe Ungleichgewichtigkeit sowie Disproportionalität der imperialistischen Ökonomik hervorbringen. Bereits Marx schrieb, die "... richtige Proportion zwischen Angebot und Nachfrage hat seit langem zu bestehen aufgehört. Sie hat das Greisenalter überschritten, sie war nur möglich in jenen Zeiten, wo die Produktionsmittel beschränkt waren, wo der Austausch sich in außerordentlich engen Grenzen vollzog. Mit dem Entstehen der Großindustrie mußten die richtigen Proportionen verschwinden und mit Naturnotwendigkeit muß die Produktion in bestimmter Aufeinanderfolge den Wechsel von Prosperität, Krisis, Stockung und neuer Prosperität und so fort durchmachen." (148) Selbst ein so profilierter Verfechter des Marktpreis-Mechanismus wie Müller-Armack muß erkennen, daß es letztlich unmöglich ist, "... im Wettbewerb selbst ein Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, das die Rentabilität der Erzeugung..." (149) sichert, daß der Marktmechanismus "gewisse konstruktive Mängel" (150) besitzt.

---

145 Vgl. K. Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, 2. Teil, MEW, Bd. 26.2., Berlin 1967, S. 510.
146 K. Bichtler/P. Hess/H. Maier: "Ökonomischer Romantizismus und Wirklichkeit", in: FORUM, Heft 18/1968, S. 4.
147 Ebenda.
148 K. Marx: DAS ELEND DER PHILOSOPHIE..., S. 97.
149 A. Müller-Armack: WIRTSCHAFTSLENKUNG UND MARKTWIRTSCHAFT, Hamburg 1947, S. 99.
150 Ebenda, S. 98.

Drittens. wird bei Existenz staatsmonopolistischer Verhältnisse der Marktpreis-Mechanismus des vormonopolistischen Kapitalismus wesentlich durchbrochen bzw. aufgehoben. An die Stelle des in der freien Konkurrenz gebildeten Marktpreises treten der Monopolpreis und der staatsmonopolistisch gebildete Preis, die auf Grund von ökonomischer sowie außerökonomischer Gewalt als Machtpreise keinesfalls den Bewegungen und Relationen von Angebot und Nachfrage folgen.
Viertens: Der freie Marktpreis ist, weil er sich auf Basis momentaner Bedingungen bildet, seinem Wesen nach *statischer Natur.* D.h. über ihn ist bzw. wäre es möglich – und das auch stark verzerrt –, nur bestimmte Verhältnisse und Erfordernisse der Wirtschaft und des Marktes in einem gegebenen Zustand und Moment zu erfassen bzw. auszudrücken. Kapitalproduktion unter monopolistischen und staatsmonopolistischen Verhältnissen erfordert aber infolge des Druckes der sich enorm entwickelnden Produktivkräfte und der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus in immer stärkerem Maße *langfristige, prognostische und komplexe* Gestaltungen sowie Entscheidungen innerhalb des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Über den freien Marktpreis können die notwendigen Gesamtzusammenhänge und Strukturen, die erforderlichen Entwicklungstempi einzelner Zweige, Kooperationen und Verflechtungen nicht mehr hergestellt und ökonomisch fundiert werden, d.h. ihm fehlt der *dynamische Aspekt.* So muß der imperialistische Staat mittels seines gesamtgesellschaftlichen Regulierungs- und Umverteilungsinstrumentariums um Sicherung der entsprechenden Verwertungsbedingungen des Kapitals, um ein profitables *kapitalistisches* Gleich*gewicht* bemüht sein.

Absolut unhaltbar ist die von Eucken und v.Stackelberg vorgetragene Auffassung, daß die mit staatlichen Maßnahmen durchzusetzende Konkurrenz- bzw. Marktwirtschaftsordnung kraft des Marktpreis-Mechanismus eine Bedarfsdeckungswirtschaft sei und so in ihr die "Herrschaft bzw. Souveränität der Konsumenten" verwirklicht werde. Indem diese Konzeption vorgetragen wird, erfolgt in infamer Weise die Verteidigung der Profiterzeugung der Monopole unter staatsmonopolistischen Verhältnissen. Das ökonomische Ziel des Monopolkapitals besteht in der Erreichung von maximalem Monopolprofit, das Profitstreben ist dem Kapital überhaupt immanent, denn jedes Kapital wird bei Strafe seines Unterganges zur Profitproduktion und -realisierung gezwungen. Eucken und v.Stackelberg nutzen hier für ihre apologetische Darstellung in raffinierter Weise eine reale Erscheinung an der kapitalistischen Oberfläche aus, ohne auf ihr Wesen einzugehen. Denn es scheint an der Oberfläche so, daß die kapitalistische Wirtschaft gewissermaßen der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, der Bedarfsdeckung dient. Es stimmt, daß die Produktion für die Konsumtion da ist. Doch entscheidend ist, welcher Art die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse sind, denn sie bestimmen die Art und Weise der Konsumtion! Das Problem ist einfach jenes, daß innerhalb der kapitalistischen Warenproduktion der Gebrauchswert, die Konsumtion Mittel zum Zweck der Wert der Profitrealisierung wird. Wir haben es also nicht mit einer "Bedarfsdeckungswirtschaft", sondern mit kapitalistischer Profitwirtschaft zu tun.

Eucken und v.Stackelberg entkleiden das Profitstreben einfach von seinem historisch-konkreten und sozialen Charakter innerhalb der kapitalistischen Ordnung, mittels dieser Interpretation werden die gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf gestellt, erhält der Monopolprofit einen "normalen" Anstrich. Außerdem wird obendrein der durch vielfältigste monopolistische und staatsmonopolistische Praktiken zum Objekt der Ausbeutung degradierte werktätige Mensch noch dahingehend ideologisch manipuliert, daß er als Konsument – und nicht das Kapital – es sei, der die Entwicklung der Wirtschaft steuere. D.h. seine Stellung als vom Kapital Beherrschter wird umfunktioniert in eine als Beherrscher des Kapitals!

Funktionen, Möglichkeiten und Grenzen der Marktformen-Lehre

Am Beispiel der Konstruktion von Eucken und v. Stackelberg explizit nachgewiesen, gilt es hier verallgemeinernd festzustellen, daß die *Funktionen* der Marktformen-Lehre generell in folgendem bestehen:

1. die Entstehung, das Wesen und den Herrschaftscharakter des modernen Monopols überhaupt, die Existenz des Monopolpreises und -profites, des monopolistischen Machtkampfes am Markt sowie der monopolistischen Konkurrenz ideologisch zu begründen bzw. zu verteidigen, dabei gleichzeitig
2. der Leninschen Imperialismus- und Monopoltheorie mit ihren fundamentalen Erkenntnissen und Aussagen über den Zusammenhang von der Existenz und Herrschaft des Monopols und der gesellschaftlichen Grundeigenschaften des Imperialismus, über den historischen Platz und die geschichtliche Perspektive dieses Systems zu begegnen,
3. im Profitinteresse des Monopolkapitals wirtschaftspolitisch praktikable Erkenntnisse und Aussagen über bestimmte Erscheinungen der imperialistischen Ökonomik (Monopolpreis- und Profitbildung, reale und mögliche Konkurrenz- und Machtpositionen der Monopole am Markt, Abhängigkeitsbeziehungen in Kauf- und Verkaufsakten) zu liefern,
4. im gewissen Rahmen auch politökonomische Hinweise und Argumentationen für die Notwendigkeit der Ausübung von staatlicher Wirtschaftsintervention und -politik zu geben, um so gleichzeitig Existenz und Praktiken des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu rechtfertigen.

Obwohl die bürgerliche Marktformen-Lehre nicht auf einer realen Analyse der objektiven Grundlage des imperialistischen Reproduktionsprozesses beruhte, war sie – ausgehend von der Untersuchung einiger problemrelevanter Oberflächenerscheinungen – doch in der Lage, dem Monopolkapital einige Ansatzpunkte und politökonomische Hinweise für die Beherrschung der Wirtschaft zu geben; ihre *Möglichkeiten* sind in folgendem zu sehen:

- Durch die marktformentheoretischen Untersuchungen erfolgte eine genauere Bestimmung von möglichen Konkurrenz- und Marktpositionen der Einzelkapitale im System der monopolistisch determinierten Konkurrenz- und Marktbeziehungen, was immerhin von Gewicht für das Monopolkapital ist, da die Kenntnis der bestimmten Konkurrenzposition und Marktabhängigkeit des jeweiligen Kapitals im Gesamtsystem von Konkurrenz und Markt von beachtlicher Bedeutung für seine weitere Existenz und Strategie sein kann bzw. ist.
- Von gewisser Effizienz sind die Betrachtungen zu den *Faktoren*, die den Preisbildungsmechanismus in den verschiedenen Marktformen bestimmen bzw. beeinflussen. Denn es ist nicht abzustreiten, daß der Preisbildungsprozeß durchaus unterschiedlich ist, je nachdem, ob eine Vielzahl von Kapitalen, die zwar in heftiger Konkurrenz liegen, aber von denen doch keines eine eindeutig bestimmende Machtposition besitzt, am Markt existiert, sich die Preisbildung auf der Basis des Wertgesetzes vollzieht, oder ob die Preisbildung auf Grund von Monopolstellungen einiger Kapitale vollzogen wird. Dadurch wird das Wertgesetz als Basis nicht prinzipiell aufgehoben, wohl aber doch beträchtlich modifiziert. Daher können politökonomische Untersuchungen über Faktoren, die die Preisbildung am monopolkapitalistischen Markt bestimmen (wie z.B. die Angebots- und Abnahmemonopolpositionen von Kapitalen gegenüber Nichtmonopolen und die daher über das monopolistische Preisdiktat erfolgende Umverteilung von Profit) durchaus Gehalt für das Monopolkapital besitzen, ihm Möglichkeiten für eine maximale Profitrealisierung aufzeigen.
- Die entwickelte Auffassung, daß der Monopolist im Konkurrenzkampf eine solch vorzügliche Marktposition besitzt, die es ihm ermöglicht, sowohl über die Preisgestaltung als auch über die Absatz- bzw. Einkaufsmenge, d.h. über die Anwendung bestimmter "Aktionsparameter" in den Auseinandersetzungen die Marktmacht weiterhin zu realisieren, war eine brauchbare Empfehlung für das Monopolkapital entsprechend den jeweiligen Notwendigkeiten und Bedingungen (z.B. über die Praktizierung von Preisdiktaten, über die Fixierung von Produktions-, Absatz- und Einkaufsvolumina) seine Profitinteressen durchzusetzen. D.h. hier gab bzw. gibt es reale Beziehungen und Anwendungsmöglichkeiten der imperialistischen Praxis.
- Indem auf Grund marktformentheoretischer Ableitungen die Forderung nach Eingriffen des Staates in den Wirtschaftsprozeß gestellt wurde, um so das Gleichgewicht der Marktformen und der Wirtschaft zu garantieren, wurde seitens der Marktformentheoretiker auf *die* gesellschaftliche Potenz unter imperialistischen Verhältnissen orientiert, die in der Lage ist, über Umverteilungs- und Regulierungseffekte die Ziele, Interessen und Absichten des Monopolkapitals nach Profitrealisierung, nach bestmöglicher Verwertung des Kapitals auf eine Weise durchzusetzen, wie es einem einzelnen privaten Monopol nicht möglich ist. Durch jene theoretische Orientierung auf die praktischen Wirksamkeiten des Staates wurde auf die vorhandenen objektiven Möglichkeiten zur maximalen Kapitalverwertung unter imperialistischen Bedingungen verwiesen.
- Indem sich die Vertreter der Marktformen-Lehre über die Ausarbeitung von möglichen, unter Konkurrenzverhältnissen anwendbaren Verhaltensmustern und -strategien bemühen, den Monopolen eine Art monopolinterne Planung vorzugeben, deuten sie dem Monopol reale Möglichkeiten an, die es auf Grund der Tatsache besitzt, daß es einen im Vergleich zum Nichtmonopol größeren Wirkungsraum unternehmensinterner Planung hat, daher die Produktion, die Kooperation, den Absatz rationeller organisieren und gestalten kann. Damit wird gleichzeitig indirekt auf die Möglichkeit des Monopols aufmerksam gemacht, die Bewegungsweise des systemimmanenten Widerspruchs zwischen Produktion und Markt in bestimmter Hinsicht zu modifizieren. Denn wo ein Monopol die dominierende Marktposition gegen die Konkurrenz erobert hat, ist es auf Grund der Beherrschung wesentlicher Teile des Marktes in der Lage, beträchtlich die Entwicklung von Angebot und Nachfrage zu manipulieren, sie annähernd zu planen bzw. zu prognostizieren sowie auch notwendigerweise entsprechende produktionsseitige Einschränkungen durchzusetzen.

Insgesamt soll also die Marktformen-Lehre einen Beitrag zu einer gewissen "Planmäßigkeit" im Monopol und Staat liefern, einer Planmäßigkeit, die jedoch "... die Arbeiter nicht davon (befreit), Sklaven zu sein, die Kapitalisten aber streichen ihre Profite "planmäßiger" ein". (151)

Worin liegen nun die *prinzipiellen Grenzen* der Marktformen-Lehre? Meines Erachtens bestehen sie in folgendem:

- Da diese Lehre bei ihren monopol-, preis- und marktttheoretischen Untersuchungen nicht von den sozialökonomischen Existenzbedingungen des Kapitals unter privat- und staatsmonopolistischen Verhältnissen ausgeht, nicht ergründet, welche bedeutenden Modifizierungen im Wirkungsmechanismus von Preis, Profit und Konkurrenz, in der Bewegungsweise der ökonomischen Gesetze und Widersprüche des Imperialis-

151 W.I. Lenin: WERKE, Band 24, Berlin 1959, S. 299.

mus auftreten, ihre Analysen an der fundamentalen Tatsache vorbeigehen, daß das Kapitalverhältnis überhaupt und das Monopol im besonderen ein *gesellschaftliches Ausbeutungsverhältnis* ist, welches notwendigerweise den Grundantagonismus zwischen Kapital und Arbeit hervorbringt und dann enorm zuspitzt, können die von der Marktformen-Lehre gezeitigten Ergebnisse letztlich auch nicht zu einer den gesellschaftlichen Produktivkräften entsprechenden Gestaltung, Lenkung und Leitung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses sowie seiner Teilbereiche beitragen. Die grundlegende Grenze dieser Lehre liegt darin, daß sie die aus dem monopolkapitalistischen Produktionsverhältnissen entspringenden Konflikte des Imperialismus nicht zu lösen vermag, weil sie das Fundament dieser Konflikte, die kapitalistische Ausbeutung verteidigt. Somit ist es mit Hilfe der Marktformen-Theorie dann auch nicht möglich, die nun in der Zirkulations- und Marktsphäre transformiert erscheinenden Widersprüche zu beseitigen.

Ein prinzipieller Fehler der Marktformen-Lehre besteht darin, daß in den Untersuchungen über Preisbildung, über mögliche Konkurrenz-Positionen bzw. -konstellationen der Kapitale, über Verhaltensstrategien der auf dem Markt kämpfenden Monopole der Übergang bzw. die Existenz des Staatsmonopols nicht beachtet wird. Doch indem das Staatsmonopol mit seinen Wirkungen nicht erfaßt wird, kann es objektiv nicht gelingen, die Bewegungs- und Existenzweise des Monopolkapitals unter den modifizierten imperialistischen Bedingungen politökonomisch relevant in den Griff zu bekommen. Durch das Staatsmonopol werden ja bekanntlich die für die Entwicklung der Produktivkräfte inzwischen zu eng gewordenen Verhältnisse der monopolistischen Produktion übersprungen, werden relativ neue Wirkungsbedingungen von Preis und Profit gesetzt, kommt es zur Etablierung neuer Verhältnisse im Wirken der Konkurrenz. Ferner werden die Beziehungen von Angebot und Nachfrage, die Marktverhältnisse entscheidend im Interesse des Monopolkapitals modifiziert, manipuliert und determiniert. Diese Probleme wirken bedeutend auf die Funktions- und Verhaltensweise, die Strategie der Monopole ein, doch sie werden von den Marktformen-Theoretikern in ihren Konstruktionen weitgehend unberücksichtigt gelassen, obwohl sie z.T. – ausgehend von marktformentheoretischen Ableitungen – eine Begründung der Notwendigkeit staatsmonopolistischer Maßnahmen und Interventionen geben.

In der Marktformen-Lehre wird in keiner Weise geklärt, auf Grund welcher gesellschaftlichen Komponenten, welcher Prozesse in den materiellen Produktionsbedingungen, welcher sozialökonomischer Triebkräfte, für einige Kapitale eine äußerst günstige Markt- und Machtkonstellation zustande kam. Indem "Monopol" und "Oligopol" nur als Erscheinungsformen der Zirkulations- und Marktsphäre, und nicht als aus dem Konzentrationsprozeß von Produktion und Kapital entstandene *gesellschaftliche* Machtpositionen kapitalistischer Unternehmen begriffen und interpretiert werden (die dann die Beherrschung von Märkten, das Diktat von Preisen, die Realisierung von Monopolprofit ermöglichen), indem eben die aus der gesellschaftlichen Machtstellung und aus der engen Verflechtung mit dem imperialistischen Staat erwachsenden Möglichkeiten und Potenzen der Monopole zur Durchsetzung von Preis- und Profitstrategien, zur Realisierung von Marktmacht nicht berücksichtigt werden, bleiben die in diesem Sinne *nicht* an der imperialistischen Realität orientierten marktformentheoretischen Theoreme hinsichtlich ihrer Aussagefähigkeit und Anwendbarkeit für die Monopolkapitale doch sehr beschränkt.

Die von der Marktformen-Lehre gegebenen Preiserklärungen und -darstellungen sind völlig ungenügend und nicht zu akzeptieren, da durch die Negierung der objektiven Arbeitswerttheorie die Möglichkeit verwehrt wurde, auf wissenschaftlicher

Basis eine Erklärung des Preises und des rationalen, d.h. am Profit orientierten Verhaltens der Monopole zu geben. Der Preis und die Gesetzmäßigkeiten seiner Entstehung, die Zusammenhänge des kapitalistischen Wirtschaftens, des ökonomischen Verhaltens der Kapitale sind nur zu untersuchen und erklärbar auf dem Fundament der materiellen, der objektiven sozialökonomischen Bedingungen der Produktion sowie der ökonomischen Gesetze. Indem das nicht gemacht wird, vermag man auch nicht den Mechanismus der Preis- und Profitbildung kausal-wissenschaftlich zu begründen, versperrt man sich den Zugang zu der Erkenntnis seiner *historisch-gesellschaftlichen Momente und Bedingungen,* die gerade unter staatsmonopolistischen Verhältnissen die Preis- und Profitbildung, das ökonomische Verhalten der Monopole wesentlich beeinflussen und bestimmen. Jedwede andere Betrachtungs- und Interpretationsweise muß zwangsläufig zu subjektivistisch-idealistischen Erklärungen des Preises führen.

Die in der Marktformen-Lehre dargestellten Preisbildungsprozesse laufen weitestgehend auf der Wirkung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage ab, d.h. auf der Basis des Markt-Preis-Mechanismus, des Regelprinzips des Kapitalismus der freien Konkurrenz, also eines antiquierten, historisch überholten Prinzips. Obwohl – und hier äußert sich deutlich die innere Widersprüchlichkeit der Marktformen-Lehre – an verschiedenen Stellen eine aktive staatsmonopolistische Preispolitik gefordert wird. Im monopolistischen Kapitalismus muß aber zwangsläufig die Bildung der Preise auf der Grundlage dieses Mechanismus eingeschränkt sein, da das Monopol auf Grund der ökonomischen und politischen Potenzen in der Lage ist

a) Monopolpreise festzulegen, d.h. es vollzieht sich hier die "Machtpreisbildung" (152),

b) die spontanen Wirkungen des Marktes weitgehend einzuschränken, den Markt zu regulieren.

Es ist für die Profitmaximierung der Monopole sowie für die Stabilität des imperialistischen Systems zu einem objektiven Erfordernis geworden, daß die Preisbildung sich jetzt über die staatsmonopolistische Regulierung der Monopolpreise vollzieht und so dem Monopolkapital ein relativ dauerhafter, gesicherter und stabiler Monopolprofit zur Verfügung steht. Die auf Grund der Entwicklung der Produktivkräfte entstandenen neuen Bedingungen der Kapitalproduktion verlangen, daß die Existenz der riesigen Kapitale, daß der Profit der Monopole gesichert wird. Diese Sicherheit kann über einen mehr oder weniger zufälligen Preisbildungsmechanismus nicht mehr gegeben werden, d.h., "... daß die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals auf diesem Produktionsmaßstab nun nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte auf dem Markt überlassen werden kann, sondern gerade die private und staatliche *Monopolisierung* der Bedingungen des Produktions- und Verwertungsprozesses" (153), also u.a. eine Monopol- und staatsmonopolistische Preisbildung innerhalb der imperialistischen Wirtschaft verlangt. Wenn nun Vertreter der Marktformen-Theorie die Preisbildung zwar unter partieller Berücksichtigung der Macht einzelner Kapitale, so doch wesentlich aus der Wirkung der Konstellation von Angebot und Nachfrage erklären, so muß festgestellt werden, daß darin eine entscheidende Grenze bei der Erfassung, Interpretation und praktikablen Reproduktion der Realität der imperialistischen Ökonomik liegt.

---

152 W. Hoffmann: WERT- UND PREISLEHRE, (Westberlin 1964, S. 230).

153 K. Büchtler/P. Hess/H. Maier: "Ökonomischer Romantizismus und Wirklichkeit", in: FORUM, Heft 18/1968, S. 4.

- Eine wesentliche Schwäche der Marktformen-Lehre bei der politökonomischen Durchdringung der Markt- und Konkurrenzverhältnisse im modernen Kapitalismus ist darin zu sehen, daß der Preiskonkurrenz als ökonomisches Instrument eine überragende Stellung eingeräumt wird. Die Möglichkeiten und Wirkungen anderer Konkurrenzinstrumentarien der Monopole (z.B. Substitutionskonkurrenz, Konkurrenz der "neuen Technik und Technologie") im Kampf um Machtpositionen am Markt werden nicht berücksichtigt und analysiert. Mit einer vorwiegend auf Preiskonkurrenz ausgerichteten Marktformen-Lehre wird die Komplexität des Konkurrenzphänomens, die Vielschichtigkeit der Auseinandersetzungen zwischen den Monopolen um einen maximalen Monopolprofit nicht erfaßt. Außerdem ist der Blick auf die Preiskonkurrenz insofern einseitig und nicht die reale kapitalistische Totalität erfassend, als daß es dem Kapital nicht vordergründig um hohe oder niedrige Preise geht, sondern um eine *maximale Verwertung des Kapitals,* d.h. um einen hohen Mehrwert. Das bedeutet, daß das Monopolkapital jederzeit andere Mittel und Methoden der Profitrealisierung anwenden wird (und muß!) als den ausschließlichen Kampf mittels der Preiskonkurrenz!
- Die Marktformen-Lehre will über die empfohlenen Unternehmensstrategien zu einer Art "Planmäßigkeit"der Monopole unter den Bedingungen der Konkurrenz beitragen. Damit diese Strategien zu ihrem Optimum führen könnten, wäre eine entscheidende Voraussetzung, daß bei ihrer Ausarbeitung das Monopol über eine vollkommene Transparenz des Marktes und die notwendigen Informationen verfügt, die die Konkurrenten und deren Verhalten bzw. Maßnahmen betreffen. Aber beim Aufbringen dieser Informationen zeigt sich die Grenze des Profitsystems. Jedes Monopol ist selbst an Informationen über die Konkurrenz interessiert, um sie als Grundlage für die Ausarbeitung der eigenen Strategie zu verwenden. Doch jedes Monopol ist ängstlich bemüht, ja nicht zu viel Informationen über eigene Entwicklungen, Veränderungen und Absichten zu geben, denn das würde und könnte ja den monopolistischen Konkurrenten von Vorteil sein. So ist es also für die Kapitale im wesentlichen nicht möglich, den *gesamten* Markt und seine Entwicklung unter und mit der Einwirkung der Konkurrenz zu überschauen und zu prognostizieren. D.h., daß die Marktstrategie durch die Monopole hier deutlich den Stempel der Unvollkommenheit trägt. Das Konkurrenzprinzip beschränkt schon die Ausarbeitung von entsprechenden Strategien, beschränkt ihre Wirksamkeit.

Einige Bemerkungen zu den Hintergründen der Rezeption der Marktformen-Lehre in der BRD

Die Restauration der Monopolherrschaft nach dem 2. Weltkrieg in der BRD, die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie die damit notwendigerweise auftretenden Widersprüche und Konflikte innerhalb des Systems brachten "zwangsläufig entsprechende Verpflichtungen für die bürgerlichen Ökonomen mit sich. Die Notwendigkeit der politökonomischen Rechtfertigung des wiedererstandenen Monopols, des verschärften monopolistischen Konkurrenzkampfes, des Monopolprofites wurde also mit der Herausbildung und Entfaltung monopolistischer sowie staatsmonopolistischer Verhältnisse offensichtlich, ebenso die ökonomisch-theoretische Durchdringung des monopolinternen und gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zwecks entsprechender Beeinflussung bzw. Gestaltung im Interesse des Monopolkapitals. Daher ist verständlich, daß insbesondere Anfang und Mitte der 50er Jahre, wie ein bürgerlicher Ökonom bemerkt, "... die

Monopoldebatte einen neuen Höhepunkt" erlebte. (154) So kann es daher nicht verwundern, daß die Marktformen-Lehre als eine Lehre, die das imperialistische Monopol als seltene Erscheinung darstellt oder es zu einem reinen Marktphänomen degradiert, auch weiterhin im Arsenal der bürgerlichen Apologetik verbleibt.

Tatsache aber war, daß sich zwischen den überlieferten, starren, sehr oberflächlichen, stark schematischen und fehlerhaften Marktformen-Modellen z.B. von Heinrich v. Stackelberg und Walter Eucken sowie der Realität der staatsmonopolistischen Verhältnisse in der BRD doch ganz immense Widersprüche und Differenzen auftraten, die selbst bürgerlichen Ökonomen nicht verborgen bleiben konnten. Das heißt, daß – wenn die Marktformen-Lehre weiterhin für das Monopolkapital verwendbar sein sollte – ihre Modifizierung, ihre kritische Überarbeitung, ihre "Modernisierung" notwendig wurde. Und jene 1. *auf Grund der neuen gesellschaftlichen Existenzbedingungen des imperialistischen Monopols in der BRD und* 2. *auf Grund der inneren Konstruktionsmängel der überlieferten Marktformen-Konzeptionen*, denn gerade diese Mängel mußten von vornherein die Anwendbarkeit der marktformentheoretischen Erkenntnisse für den monopolistischen Machtkampf am Markt begrenzen.

So schrieb Röper: "Die gegenwärtig in Deutschland herrschende Theorie der Monopole und Oligopole erscheint unbefriedigend trotz der entscheidenden Fortschritte, die Anfang der dreißiger Jahre erzielt wurden. Die Problemstellungen und die sich daraus ergebenden Lösungen haben einen allzu weiten Abstand von der Wirklichkeit. Verfeinerungen und Systematisierungen trugen – von einigen fruchtbaren Ansätzen abgesehen – nur wenig zur Klärung bei: Im Gegenteil, die Theorie erstarrte und verstrickte sich nach unserer Ansicht in unergiebige Diskussionen." (155)

Und Recktenwald formulierte, "... daß die den Marktformen zugrunde liegenden Annahmen zu allgemein sind, so daß die theoretischen Aussagen zwar in einigen Fällen 'apodiktisch gewiß' (Eucken) sind, meist aber nur *geringen Erkenntniswert* zur hinreichenden Erklärung der Phänomene der konkreten Wirtschaft besitzen." (156)

Doch bei der dann einsetzenden "Modernisierung" der Marktformen-Lehre durch bürgerliche Ökonomen der BRD, wurde zwar von realistischeren Annahmen ausgegangen (Substitutionskonkurrenz, Zeittrend und Angebot und Nachfrage, Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den Monopolen, stärkere Einbeziehung des Staates in die Prozesse der Zirkulationssphäre), erfolgte eine gewisse Verfeinerung der für den nationalen und internationalen Konkurrenzkampf relevanten monopolinternen Instrumentarien, doch nach wie vor wurde

a) versucht, durch linguistische Akrobatik insbesondere den marxistisch-leninistischen Monopolbegriff zu paralysieren, um damit das Verständnis des Monopolproblems zu erschweren,
b) die Dialektik von Monopol und Konkurrenz verzerrt,
c) das Monopol als gesamtgesellschaftliches *Produktions- und Herrschaftsverhältnis* und der Monopolprofit als sein Wesen negiert, gerade weil z.B. "aus dem Wesen des Monopols ... die Politik der Herrschaft und Unterdrückung, der Reaktion auf der ganzen Linie, die ungeheure Zuspitzung des subjektiven Widerspruchs zwischen

154 G.Lehmann: MARKTFORMEN-LEHRE UND MONOPOLPOLITIK..., S. 8.
155 B. Röper: "Ansätze zu einer wirklichkeitsnahen und dynamischen Theorie der Monopole und Oligopole", in: WELTWIRTSCHAFTLICHES ARCHIV, 67.Bd., Hamburg 1951 (II), S. 218.
156 H. Recktenwald: "Zur Lehre von den Marktformen", in: ebenda, S. 300.

dem Kapital und der Arbeiterklasse sowie der *ganzen* Gesellschaft" (157) entspringt bzw. vor allem auch verständlich wird.

Das Grundgerüst der Marktformen-Lehre erschien dem Monopolkapital der BRD, also weiterhin prinzipiell geeignet zur Verteidigung seiner Ordnung, sowohl in ideologischer Einsicht (Verschleierung der Ursachen, des Wesens, des Herrschaftscharakters des modernen Monopols) als auch in wirtschaftspolitischer (Analysen von Konkurrenz- und Austauschbeziehungen auf dem Markt, die insbesondere mit der weiteren Verschärfung des Marktproblems von Gewicht sind, Analysen von Preisbildungsprozessen etc.).

Unter Ausnutzung einer Reihe von zeitweilig günstigen inneren und äußeren Bedingungen sowie des staatsmonopolistischen Regulierungssystems konnte das Finanzkapital in der BRD seine nach dem 2. Weltkrieg vorübergehend verlorengegangenen Herrschaftspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft relativ schnell wiedererlangen. Die grundsätzliche Aufgabe der bürgerlichen Politischen Ökonomie bestand nun darin, unter Mißbrauch eines (infolge der vergangenen faschistischen Zwangsherrschaft verständlichen) spontanen Antimonopolismus breiter Kreise der Bevölkerung sowie bei Berücksichtigung der sozialistischen Entwicklung in der DDR und der dafür zu erarbeitenden "Alternative", das Monopol und den modernen Kapitalismus überhaupt weiterhin in Theorie und Praxis mit allen nur möglichen Mitteln, d.h. *auch unter Verwendung überlieferter, dann neu zurechtgestutzter ökonomischer Lehren und Konzeptionen* allseitig zu schützen. Für die BRD-Ökonomen wurde daher die apologetische Fragestellung Euckens: "Wie kann der modernen industrialisierten Wirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung gegeben werden? " (158) zur entscheidenden Zielorientierung bei der politökonomischen Bewältigung des kapitalistischen Systems. Wenn Eucken davon spricht, daß es um die Gestaltung einer "funktionsfähigen Ordnung" geht, dann meinen er und seinesgleichen aber primär eine Ordnung, bei der Produktion sowie die Realisierung von Profit "funktioniert".

Damit aber das Finanzkapital möglichst hemmungslos Profit erzielen konnte und kann, bedurfte und bedarf es u.a. seitens der bürgerlichen Politischen Ökonomie einer – entsprechend den konkreten Bedingungen geführten – Monopolapologetik. Dabei besteht ihr Ziel darin, über eine ideologische Manipulierung und Verschleierung der realen sozialen Beziehungen, die gesellschaftlich progressiven Kräfte zu spalten, zu desorientieren,von einem revolutionären Kampf gegen das Monopol als Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis abzuhalten.

Gleichzeitig mußte man sich aber zwecks maximaler Profiterzielung der Monopole sowie bestmöglicher Systemstabilität der Analyse von bestimmten ökonomischen Prozessen und Widersprüchen in der imperialistischen Wirtschaft zuwenden, um jene möglichst zu kontrollieren, zu regulieren bzw. zu dämpfen. Es fällt hierbei offensichtlich ins Auge, daß u.a. die Zirkulationssphäre incl. Markt auch verstärkt zum Gegenstand des ökonomischen Interesses des Finanzkapitals und der bürgerlichen Ökonomen wurde. Drucker schreibt z.B.: "Zu den stärksten und sichtbarsten Veränderungen in einer industriellen Gesellschaft gehören die neuen Mittel und Verfahren für die Bewältigung der uralten Aufgabe, ein Erzeugnis oder eine Dienstleistung zu verkaufen..." (159)

157 P. Hess: "Der Kapitalismus und das Problem des gesellschaftlichen Fortschritts", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 6/1967, S. 997.

158 W. Eucken: "Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung", in: ORDO-JAHRBUCH für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 2, Godesberg 1949, S.1.

159 P.F. Drucker: DAS FUNDAMENT FÜR MORGEN, Düsseldorf 1958, S. 41.

Und in einer anderen Publikation ist – wenn auch stark verabsolutiert – bemerkt worden: "Das Produktionsproblem scheint durch die Technik gelöst zu sein; das Absatzproblem aber, das mehr als ein technisches und wirtschaftliches Problem, das ein soziales Problem ist, wird zum Angelpunkt des gesamten ökonomischen Lebens." (160) Was ist die Erklärung für diesen Fakt? Ich meine folgendes:

1. In der BRD (wie auch in anderen imperialistischen Ländern) verschärfte sich im Prozeß der Kapitalkonzentration, des Wachstums der Monopolmacht die Konkurrenz zwischen den Monopolkapitalien, insbesondere auch in der Sphäre der Warenrealisierung. (Konkreter Ausdruck dafür ist u.a. das enorme Anschwellen der Kosten für Reklame, Marktforschung, Vertrieb überhaupt, die Veränderung des Verhältnisses von Produktions- und Zirkulationskosten in den Warenpreisen zugunsten der Zirkulationskosten.) Der Markt erhielt (und erhält) daher *vom Aspekt der monopolinternen, subjektiven Strategie* eines Kapitals erhöhte Bedeutung. Während sich in früheren Zeiten des Kapitalismus ein Markt relativ spontan bildete, besitzt im heutigen Imperialismus das "Markt machen" für (und durch) die Monopole beträchtliches Gewicht.
2. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der wissenschaftlich-technischen Revolution, wirkt sich für das Monopolkapital auch eine allgemeine Gesetzmäßigkeit aus, die dahingehend "... charakterisiert werden (kann), daß der Umfang der Zirkulation und ihr Einfluß auf die Produktion in dem Maße wachsen muß, wie durch die Entwicklung der Produktivkräfte bedingt, die Arbeitsteilung zunimmt, die spezialisierte Massenproduktion immer fonds- bzw. kapitalintensiver wird und dementsprechend größere Märkte erfordert". (161) Wenn infolge der Spezialisierung, der Arbeitsteilung der Umfang der Zirkulation zunimmt, ihr Einfluß auf den Produktionsprozeß wächst, so bedeutet das unter kapitalistischen Bedingungen (wo die Zirkulationssphäre die eigentliche und ursprüngliche Sphäre der Konkurrenz ist (162)), daß sich die Konkurrenz in der Zirkulations- und Marktsphäre weiter entwickeln und verschärfen muß, daß auch der Einfluß der Konkurrenz auf die Produktionssphäre zunehmen muß.
3. Daß die Zirkulations- und Marktsphäre innerhalb der imperialistischen Ökonomik verstärkt untersucht wurde, ist auch der Tatsache geschuldet, daß sich der Widerspruch zwischen Produktion und Markt in der BRD in der Tendenz verschärfte. (Obwohl die staatsmonopolistische Regulierung diesen Konflikt in einer bestimmten, für das Monopolkapital günstigen Weise modifizieren, überlagern, zeitweilig lösen konnte und kann.) Die Verschärfung dieses Konfliktes zwischen Produktion und Markt führte dann u.a. auch gesetzmäßig zur Verstärkung des monopolistischen Konkurrenzkampfes, zu erhöhten Aktivitäten der Monopole auf den Märkten. Eine Zuspitzung erfuhr diese Problematik besonders noch durch die wissenschaftlich-technische Revolution. Auf der einen Seite sind die modernen Anlagen und Verfahren nur profitabel, wenn die Monopolunternehmen in Massen produzieren, auf der anderen Seite kollidiert der notwendige Massenabsatz mit der beschränkten

160 W. Gerloff/W. Braeuer: HANDEL UND BINNENHANDELSPOLITIK, Braunschweig 1955, S. 54.

161 K.H. Thieleke: "Probleme der horizontalen Kooperation kleinerer und mittlerer kapitalistischer Unternehmen in Westdeutschland", Habilitationsschrift, Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1969, S. 238 (unveröffentlicht).

162 Vgl. K. Marx: DAS KAPITAL, Band 3, MEW, Band 25, Berlin 1964, S. 836.

Kaufkraftfähigkeit der Massen. Gleichzeitig verschärft sich so natürlich dabei auch der Kampf der Monopole bei der Durchdringung der nationalen und internationalen Märkte. (163)

4. Infolge der zeitweilig günstigen Verwertungsbedingungen für das BRD-Kapital Anfang/Mitte der 50er Jahre war die Expansionsfähigkeit des inneren Marktes relativ groß, doch mit der sich vertiefenden und erweiternden Ausbeutung der Werktätigen spitzte sich gleichzeitig – wie eben erwähnt – der Widerspruch zwischen Produktion und Markt zu, wofür u.a. die dann einsetzende starke Außenhandelsexpansion ein Ausdruck war. (164)

Dieser sich verschärfende Konflikt wurde daher, neben dem Bestreben des BRD-Imperialismus, die im Ergebnis des 2. Weltkrieges verlorenen Machtpositionen auf dem kapitalistischen Weltmarkt zurückzuerobern, neben der spezifischen Struktur seiner Wirtschaft als vorrangiger Produzent von Produktionsmitteln sowie der territorialen Verengung des inneren Marktes im Ergebnis der Teilung Deutschlands, zu einem ökonomischen Zwang für die BRD-Monopole, den Kampf um die Erringung von Machtpositionen auf dem äußeren Markt aufzunehmen. Es galt eben, die vom Standpunkt des inneren Marktes her relativ überschüssigen Waren (und damit den Monopolprofit) zu realisieren. Gerade auch für diese Auseinandersetzungen auf dem äußeren Markt benötigten die Monopole von der bürgerlichen Theorie möglichst der kapitalistischen Markt- und Konkurrenzwirklichkeit entsprechende und in ihr anwendbare Verhaltensmodelle, d.h. Modelle und Konzeptionen, die profitbringende Entscheidungen vorbereiten halfen.

Aus diesen Gründen mußte die Zirkulations- und Marktsphäre in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit des Monopolkapitals und der bürgerlichen Ökonomen erregen und nach bestimmten Analysen verlangen. Als eine erste Grundlage für die im Interesse des BRD-Monopolkapitals liegende systematische Erfassung und Analyse von Austausch und Konkurrenzverhältnissen am Markt bot sich die überlieferte Marktformen-Lehre an.

Die Realität des modernen Kapitalismus in der BRD im allgemeinen, die existenten Bedingungen und verschärften Konkurrenzbeziehungen sowie Widersprüchlichkeiten am imperialistischen Markt im besonderen, erforderten eine politökonomische Bewältigung, um davon ausgehend den Monopolen in Gestalt einer stark modifizierten Marktformen-Lehre Hinweise, Empfehlungen für die Ausarbeitung ihrer profitbringenden Strategien in bezug auf Konkurrenz-, Preis-, Kosten- und Absatzpolitik zu geben. Denn für die bürgerliche Politische Ökonomie ist "... ein reiner l'art-pour-l'art-Standpunkt ... in der Wirtschaftstheorie absurd" (165).

Die bürgerlichen Ökonomen wandten sich dann seit Anfang und Mitte der 50er Jahre den überlieferten in- und ausländischen Marktformen-Konzeptionen zwecks "kritischer" Bearbeitung und erforderlicher "Modernisierung" zu. Es galt insbesondere, einige Konstruktionsfehler der Marktformen-Theorie, die ihre Anwendung in der imperialistischen Praxis begrenzten, zu beseitigen. Auf diese Weise sollte ein wirkungsvollerer Beitrag zur Apologetik des modernen kapitalistischen Monopols und des Imperialismus sowie zur politökonomischen Durchdringung der vorhandenen Konkurrenz-, Angebots- und Nachfrageverhältnissen am monopolistisch beherrschten Markt geliefert werden. Lehmann

163 Vgl. G. Maurischat: "Die Bedeutung des Wachstumsproblems für den heutigen Imperialismus", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 1/1969, S. 16.
164 Vgl. R. Gündel/H. Heininger/P. Hess/K. Zieschang: DIE LABILITÄT DES WIRTSCHAFTSSYSTEMS IN WESTDEUTSCHLAND, Berlin 1963, S. 69.
165 W. Krelle: PREISTHEORIE, Tübingen-Zürich 1961, S. VI.

formulierte gewissermaßen programmatisch die diesbezügliche ideologische Ausgangs- und Grundposition der bürgerlichen Monopoltheoretiker in der BRD: "Es wird uns um eine *verkehrswirtschaftliche Lösung* des Monopolproblems gehen – nicht auf Grund einer ökonomisch-theoretisch verwurzelten Vorliebe hierfür, sondern im Verfolg der wohl nicht erörterungsbedürftigen gemeinen Anschauung, daß im abendländischen Kulturkreis jede Diskussion wesentlicher wirtschaftspolitischer Fragen *wenigstens ausgehen* sollte von den Möglichkeiten, die sich im Rahmen einer freiheitlichen Ordnung anbieten." (166) Und dabei sei auf keinen Fall "... das *Sinnvolle* einer marktformentheoretisch fundierten Monopolpolitik überhaupt in Frage zu stellen" (167). Die Stoß- und Zielrichtung einer "modernisierten" Marktformen-Lehre dürfte damit wohl deutlich sein ...

166 G.Lehmann: MARKTFORMEN-LEHRE UND MONOPOLPOLITIK..., S. 10.
167 Ebenda (Hervorhebung – G.K.).

HOLSTEN - REIHE CHINAFORSCHUNG

CHENG TIEN - MU

Maos Dialektik des Widerspruchs

Über die Wechselwirkung von Theorie und Praxis und die Rolle der kulturrevolutionären Publizistik in China.
Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Winfried B. Lerg

304 Seiten, Einband: Spezial Arborfield-Karton, DM 36,–

In seiner Reihe Chinaforschung legt der Verlag mit dem Werk von Cheng Tien-mu eine erste umfassende Untersuchung über Maos Dialektik des Widerspruchs in Theorie und politischer Praxis vor, der eine Dissertation des Verfassers an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster zugrunde liegt. Sie versucht folgende Fragen zu beantworten:

Welche Wirkungen haben die theoretischen Konzepte Maos auf die Gestaltung einer neuen Gesellschaft und eines neuen Menschen?

Welche Bedeutung kommt nach den theoretischen Konzepten Maos die "Erkennung, Widerspiegelung und Behandlung des Hauptwiderspruchs im Denken des Menschen" der Heranbildung eines "neuen kommunistisch denkenden Menschen" zu?

Diente die "Große Proletarische Kulturrevolution" nur dem Kampf Maos gegen den Revisionismus oder vollzog sich mit ihr gleichzeitig ein langwieriger, schmerzhafter und in der Zukunft sich fortsetzender Umerziehungsprozeß zur "Bekämpfung des Egoismus"?

Handelt es sich um einen solchen Prozeß, der sich in anderen Formen und mit anderen Methoden wiederholen wird – inwieweit ist die westliche Welt für einen von Mao angebotenen Dialog gerüstet, nachdem sie bisher weder fähig noch bereit war, die "Sinisierung" des Marxismus-Leninismus durch Mao zu erkennen und in ihr geistiges Weltbild aufzunehmen?

Cheng Tien-mus vorliegende Arbeit ist unentbehrlich für jeden, der zum Verständnis der großen Veränderung gelangen will, die Mao in China und darüber hinaus bewirkt hat.

Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte

Von den Anfängen bis 1945
Herausgegeben von einem Herausgeberkollektiv
1970 · 2., stark erweiterte Auflage · 772 Seiten · Leinen
19,80 Mark
Bestellnummer: 569 833 4

„Herausgeber und Autoren eines soeben erschienenen Werkes haben die Notwendigkeit gespürt, unser Geschichtsbild nach der Seite des Biographischen hin zu ergänzen und zu vertiefen. Dabei ist ein Buch entstanden, das wärmstens empfohlen werden kann. Der stattliche Band, verfaßt von kompetenten Fachleuten, enthält etwa 850 Darstellungen des Lebens und Wirkens wichtiger Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, von den Kämpfen germanischer Stämme gegen die Römer zu Beginn unserer Zeitrechnung bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Durchweg zeichnen sich die Kurzbiographien durch eine sehr glückliche Verbindung von marxistischer Parteilichkeit und Reichtum an knapp und präzise formulierten Informationen aus."

Rezension aus: Die Weltbühne

Ihre Bestellung nimmt jede Buchhandlung entgegen.

VEB DEUTSCHER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN
108 BERLIN
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Joachim Bischoff

Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik

– Thesen zur Strategie und Taktik der DKP

Auf der Grundlage der vom Essener Parteitag 1969 beschlossenen Grundsatzerklärung hat die DKP jetzt eine Präzisierung ihrer Strategie und Taktik vorgenommen. In dem zur Diskussion gestellten Entwurf der Thesen des Düsseldorfer Parteitags ist versucht worden, den veränderten Kampfbedingungen Rechnung zu tragen und aus den Erfahrungen des Klassenkampfes die Schlußforderungen zu ziehen, die sich für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung ergeben.

"Ein Kernstück des Thesenentwurfs ist der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie, also um die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft, und der Zusammenhang dieses Kampfes mit unserem sozialistischen Ziel." (1) Die Gesamtstrategie der DKP, die Verbindung von Reform und revolutionärer Umwälzung liefere nämlich das grundlegende Unterschiedsmerkmal gegenüber der Reformstrategie des Monopolkapitals und seiner Parteien, sowie gegenüber reformistischen Auffassungen, gemäß denen der Sozialismus durch eine Summe von Reformen erreicht wird. Die DKP "unterscheidet sich mit dieser Politik ebenso von den ultralinken Pseudorevolutionären, die nicht begreifen, daß der Kampf um Reformen sowohl notwendig ist zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes als auch zur Heranführung der Arbeiterschaft an revolutionäre Positionen." (2)

Ein Aufgeben der Forderung nach grundlegender demokratischer Erneuerung von Staat und Gesellschaft kommt für die DKP einer Auflösung der dialektischen Einheit von Reform und Revolution gleich. Wer die Notwendigkeit des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie bestreite, vernachlässige die konkreten Kampfbedingungen in der Bundesrepublik. Solch linksradikale Auffassungen führen letztlich nur zu einer Schwächung der Arbeiterbewegung und werden dadurch objektiv zu einem Glied der auf die Erhaltung und Festigung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems gerichteten Reformstrategie des Monopolkapitals. Die linkssektiererischen Gruppen "negieren den Kampf um demokratische, antimonopolistische Reformen und geraten s o in fruchtloses Sektierertum." (3)

---

1 Willi Gerns: "Grundfragen der Strategie und Taktik der DKP, Diskussionsbeitrag auf der 9. Tagung des Parteivorstandes", in: UNSERE ZEIT, Nr. 30, 24. Juni 1971, p. 10; cf: DER IMPERIALISMUS DER BRD, hrsg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Frankfurt 1971, p. 564.

2 THESEN DES DÜSSELDORFER PARTEITAGS DER DKP, Entwurf, p. 18 (These 11); im folgenden als Thesenentwurf zitiert.

3 ib., p. 55 (These 41) (Hervorhebung – J.B.).

Macht die DKP also die Forderung nach einer antimonopolistischen Demokratie zum Scheidepunkt zwischen einer sektiererischen oder einer auf den wissenschaftlichen Sozialismus gegründeten Politik, so muß sie andererseits doch einräumen, daß die Darstellung und Begründung dieses Etappenziels in der Agitation und Propaganda der Partei oft mit Schwierigkeiten verbunden ist. Es ergibt sich also das Paradoxon, daß gerade das Kernstück der Gesamtstrategie der kommunistischen Partei im Kampf um die Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsweise gemessen an anderen Programmpunkten am schwierigsten zu vermitteln ist. In seinem Diskussionsbeitrag auf der 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP formuliert Gerns daher: "Jeder von uns, der öffentliche Versammlungen durchführt, in denen junge Menschen sind, weiß, daß eines der H a u p t p r o b l e m e in diesen Versammlungen Fragen nach dem I n h a l t des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie, nach seinem Verhältnis zum Kampf um den Sozialismus sind. Jeder von uns, der an den theoretischen Konferenzen der letzten Jahre teilgenommen hat, weiß, daß die Arbeitsgemeinschaften bestens besucht waren und dort die Diskussionen am lebendigsten waren, wo es um diese Probleme ging." (4)

Im folgenden soll untersucht werden, ob der Kampf um eine antimonopolistische Demokratie wirklich konkrete sozialistische Politik unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen der Bundesrepublik bedeutet, also eine grundlegende Veränderung im politischen Kräfteverhältnis innerhalb eines Landes mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis nur über eine demokratische Erneuerung zu erreichen ist, oder inwiefern dieser These eine problematische Anwendung der Theorie von Marx, Engels und Lenin auf die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und die neuen Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens in der Bundesrepublik zugrunde liegt. Zunächst ist indes zu klären, was unter Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus auf die spezifischen Bedingungen eines Landes, unter Fundierung der Parteipolitik auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin zu verstehen ist.

1. Anatomie der Bürgerlichen Gesellschaft und die Politische Taktik des Proletariats

Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Erst das Kapital schafft die bürgerliche Gesellschaft und setzt damit die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Diese zivilisatorische Seite des Kapitals, seine Tendenz der universellen Entfaltung der materiellen Produktion, gerät notwendig an einem bestimmten Punkt des Prozesses zunehmend in Widerspruch zu den gesellschaftlichen Formen der Produktion. Die Universalität des Kapitals findet so seine absolute Schranke an seiner eigenen Natur. "Die w a h r e S c h r a n k e der kapitalistischen Produktion ist das K a p i t a l s e l b s t ; ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die G e s e l l s c h a f t der Produzenten sind ... Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln

4 W. Gerns, l.c. (Hervorhebung – J.B.).

und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen." (5) Die kapitalistische Produktionsweise ist durch die Tendenz zur Aufhebung des unmittelbaren Charakters der lebendigen Arbeit als bloß einzelner oder äußerlich allgemeiner und zum Setzen der Tätigkeit der Individuen als unmittelbar allgemeiner oder gesellschaftlicher gekennzeichnet; das Kapital schafft also selbst die materiellen und geistigen Bedingungen seiner Negation, der Aufhebung des Lohnsystems. Die wachsende Unangemessenheit der entwickelten Produktivkräfte zu den kapitalistischen Formen der Produktion drückt sich in zunehmenden Konflikten und Krisen aus. In dem Maße, wie sich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit entwickeln, die materiellen und sozialen Bedingungen der Schöpfung des Reichtums, zeigt sich, daß der Reichtum immer zugleich eine gegensätzliche Existenz erhält und beständig als sein Gegenteil auftritt. In dem Maße, wie sich der Widerspruch entwickelt – Reichtum, der immer die Armut zur Voraussetzung hat und sich nur entwickelt, indem zugleich sie entwickelt wird –, erweisen sich die bürgerlichen Formen der Produktion als transitorische, "wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse." (6) Die bürgerliche Produktionsweise ist nicht nur bestimmt durch den aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus, sondern zugleich dadurch, daß die in dieser Produktionsweise sich entwickelnden Produktivkräfte die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus schaffen.

Das 'strategische Ziel', auf das die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft notwendig hintreibt, ist die Assoziation freier und gleichgestellter, nach einem gemeinsamen und rationellen Plan bewußt tätiger Produzenten. Durch die Bewegung des kapitalistischen Privateigentums ist selbst seine Auflösung gesetzt, und da die bürgerlichen Produktionsverhältnisse Klassenverhältnisse sind, schließt der Auflösungsprozeß des Privateigentums eine Veränderung dieser Klassen und ihrer wechselseitigen Beziehungen ein – eine geschichtliche Veränderung, ein Produkt der gesamten gesellschaftlichen Tätigkeit, Produkt einer geschichtlichen Bewegung –: die Aufhebung des Klassengegensatzes und die Klassenherrschaft überhaupt. An die Stelle der bürgerlichen Produktionsweise, die auf dem Klassengegensatz basiert, tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, oder, worin sich die Individuen zwar als einzelne reproduzieren, aber als gesellschaftliche einzelne.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist nichts anderes als der ideelle Ausdruck dieses materiell-ökonomischen Prozesses. Er ist die "wissenschaftliche Einsicht in die unvermeidlich und stetig unter unseren Augen vorgehende Zersetzung der herrschenden Gesellschaftsordnung." (7) "Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung." (8) Wenn aber Kommunismus kein Ideal ist, nachdem sich die Wirklichkeit zu

5 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW, Bd. 25, p. 260.
6 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW, Bd. 23, p. 791.
7 K. Marx: "Brief an Nieuwenhuis vom 22.2.1881", MEW, Bd. 35, p. 161.
8 K. Marx und F. Engels: MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI, MEW, Bd. 4, p. 471.

richten hat, sondern 'nur' die wirkliche Bewegung, welche die bürgerliche Produktionsweise aufhebt, so folgt daraus nicht, daß man die Veränderung der Produktionsweise beruhigt der geschichtlichen Bewegung überlassen kann, die die materiellen Bedingungen der Emanzipation des Proletariats produziert. Zwar kann eine Gesellschaft, auch wenn sie dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, ihre historisch notwendigen Entwicklungsstufen weder überspringen noch wegdekretieren. "Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern." (9)

Die Beschleunigung des materiell-ökonomischen Prozesses der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft und die Beeinflussung seiner formellen Seite sind die großen Aufgaben der Kommunisten. Dieses Ziel der proletarischen Partei, also die Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, Etablierung der politischen Form seiner sozialen Emanzipation, ist gebunden an die wissenschaftliche Einsicht in den materiell-ökonomischen Prozeß, den das kapitalistische Privateigentum in der bürgerlichen Gesellschaft durchläuft. "Ohne eine solche Einsicht in den notwendigen historischen Zusammenhang und damit in den wahrscheinlichen Entwicklungsgang der Dinge ist aber keine Parteipolitik mit Erfolg zu betreiben." (10) Voraussetzung für die Beeinflussung des Auflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft ist also eine Konzeption revolutionärer Taktik, deren oberstes Prinzip die Übereinstimmung mit dem wirklichen Prozeß der sozialökonomischen Entwicklung ist. (11)

Die Kommunisten "haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." (12) Allein die Einlösung dieser Bestimmung der revolutionären Taktik – ihre Übereinstimmung mit dem wirklichen Prozeß der sozialökonomischen Entwicklung – bewahrt die Kommunisten vor den Mängeln, an denen sozialistische Gruppen so oft leiden, vor Dogmatismus und Sektierertum. Die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Entwicklung und deren politische Folgen ist die Voraussetzung dafür, daß die reelle Basis der Kommunisten die wirklichen Elemente der Klassenbewegung sind und nicht versucht wird, der Arbeiterbewegung nach einem doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen. "Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten." (13)

Voraussetzung für eine nicht-doktrinäre, nicht-sektiererische Politik der Kommunisten ist die Konzeption einer revolutionären Taktik, in der die widerspruchsvolle Bewegung der

9 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., p. 16.
10 F. Engels: "Brief an Bernstein vom 22.9.1882", MEW, Bd. 35, p. 366.
11 Cf. zu diesem Zusammenhang von wissenschaftlichem Sozialismus und Erarbeitung einer konsistenten revolutionären Taktik; W.I. Lenin, WAS SIND DIE 'VOLKSFREUNDE' UND WIE KÄMPFEN SIE GEGEN DIE SOZIALDEMOKRATEN? Werke, Bd. 1, p. 333.
12 K. Marx und F. Engels: MANIFEST..., l.c., p. 474.
13 ib.

kapitalistischen Gesellschaft samt der daraus abgeleiteten politischen Konsequenzen bestimmt sind. Die Aufgabe besteht also in der Bestimmung des höheren oder niedrigeren Entwicklungsgrads der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen, und ferner eventuell in der Bestimmung des Einflusses "altertümlicher, überlebter Produktionsweisen, mit ihrem Gefolg von zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen", auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. (14) Aufbauend auf dieser Analyse der sozio-ökonomischen Entwicklung, können dann die politischen Konsequenzen dieses Prozesses eingeschätzt werden: Veränderungen der Bewußtseinsformen von Klassen bzw. Klassenfraktionen, Abbau oder Reaktivierung von Klassenvorurteilen, Veränderung in den politischen Beziehungen von Klassen. Darüberhinaus kann jetzt eine mögliche Veränderung der politischen Form des Gemeinwesens kalkuliert, sowie die Rückwirkung der durch die ökonomische Bewegung eingesetzten und dennoch mit relativer Selbständigkeit begabten, politischen Bewegung auf die ökonomische Basis bestimmt werden. Eine konsistente Konzeption revolutionärer Taktik ist also an die wissenschaftliche Untersuchung eines Stücks Zeitgeschichte gebunden; das Aufdecken des inneren Zusammenhangs von ökonomischer Lage und politischen Bewegungen hat selbst wiederum zur Voraussetzung, daß zunächst die materielle Produktion, die ökonomische Struktur der Gesellschaft analysiert wird. Die Bestimmung des höheren oder niedrigeren Entwicklungsgrads der gesellschaftlichen Antagonismen setzt die Kenntnis der Gesamtheit der historisch spezifischen Produktionsverhältnisse voraus, Kenntnisse von dem Ganzen der Beziehungen, worin sich die Träger der Produktion zur Natur und zueinander befinden. Die Analyse eines Stücks Zeitgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise unterstellt also die Dechiffrierung der erscheinenden Bewegung, wie sie sich an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, in der Aktion der vielen Kapitale aufeinander geltend macht und in der die wirklichen Zusammenhänge verkehrt sind. Erst wenn die Stufenfolge der Verselbständigung und Verknöcherung der Formen des Werts gegen seine Substanz entschlüsselt ist, kann die wirkliche Bewegung der Konkurrenz untersucht werden. Die Darstellung der inneren Organisation der kapitalistischen Produktionsweise hat Marx im 'Kapital' vorgenommen. In der Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals ist selbst noch abgeleitet, wie es dazu kommt, daß die wirkliche Bewegung auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft und damit auch im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten – in verkehrter Gestalt erscheint.

Die gründliche Aneignung dieser Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals ist die erste Stufe jedweder Ausarbeitung einer Konzeption revolutionärer Taktik. In diesem Sinne muß auch Marx' Bemerkung verstanden werden: "Es ist zum Beispiel kaum anzunehmen, daß wir in unserm Krieg gegen das Kapital erfolgreich sein könnten, wenn wir unsere Taktik – sagen wir – von der politischen Ökonomie eines Mill ableiten würden." (15) Auf die politische Ökonomie des Vulgärökonom Mill gestützt, kann keine adäquate Bestimmung des Entwicklungsgrades der gesellschaftlichen Antagonismen und ihrer politischen Folgen erfolgen. Mill sitzt dem oberflächlichen Schein der wirklichen Bewegung auf und übersetzt die lediglich gängigen Vorstellungen der Agenten dieser Produktionsweise "in eine doktrinäre Sprache, aber vom Standpunkt des herrschenden Teils aus, der Kapitalisten, daher nicht naiv und objektiv, sondern apologetisch." (16) Nur wenn die scheinbar gegeneinander selbständigen Formen des Werts nicht als letzte genommen werden, sondern sie in ihrem inneren Zusammenhang dargestellt werden, verschwindet

14 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, l.c., p. 15.
15 Aufzeichnungen eines Interviews, das Karl Marx einem Korrespondenten der Zeitung THE WORLD gewährte, MEW, Bd. 17, p. 643.
16 K. Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, MEW, Bd. 26.3, p. 445.

die selbständige stoffliche Gestalt des Reichtums in seinen mannigfaltigen Formen, wird das Phantom der Güterwelt aufgelöst und schließlich als beständig verschwindende und beständig wiedererzeugte Objektivierung menschlicher Arbeit darstellbar. Allein dieses Aufdecken des inneren Zusammenhangs der verschiedenen Formen des Reichtums der kapitalistischen Produktionsweise ist die Basis für die zutreffende Einschätzung der wirklichen ökonomischen Bewegung.

Engels faßt den bisher skizzierten Zusammenhang von Darstellung der inneren Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft und Erarbeitung einer Konzeption revolutionärer Taktik des Proletariats in folgendem Satz zusammen: "Die historische Theorie von Marx ist nach meiner Meinung die Grundbedingung jeder z u s a m m e n h ä n g e n d e n und k o n s e q u e n t e n revolutionären Taktik; um diese Taktik zu finden, braucht man nur die Theorie auf die ökonomischen und politischen Verhältnisse des betreffenden Landes anzuwenden." (17)

2. Die allgemeine Taktik Ende des 19. Jahrhunderts

Die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse sind verschieden je nach der spezifischen Prägung der ökonomischen und politischen Verhältnisse der Länder. Diese Verschiedenheit der Entwicklungsbedingungen und der Entwicklungsstufen der Arbeiterklassen im Konstitutionsprozeß zur Klasse muß notwendig zunächst dazu führen, daß ihre theoretischen Ansichten, welche die reelle Bewegung widerspiegeln, ebenso verschieden sind. Die arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder zunächst sind spontan in Bewegung gekommen, ohne zu wissen, in welche Richtung die Bewegung führt. Dies ändert sich nach der Erarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus. Er ist gerade der ideelle Ausdruck des materiell-ökonomischen Prozesses, des Auflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft; der Sozialismus wird nicht in letzter Instanz gefaßt als Schlußfolgerung aus irgendwelchen Ideen oder Prinzipien. Die Sozialisten erfinden daher auch nicht ihre Bewegung und deren Ziele. Es ist ihre Aufgabe, die spontanen Bewegungen der Arbeiterklasse zu vereinigen und zu verallgemeinern, jedoch nicht, ihnen irgendein doktrinäres System zu diktieren oder aufzudrängen. "Die w i s s e n s c h a f t l i c h e E i n s i c h t in die unvermeidlich und stetig unter unseren Augen vorgehende Zersetzung der herrschenden Gesellschaftsordnung und die durch die alten Regierungsgespenster selbst mehr und mehr in Leidenschaft gegeißelten Massen, die gleichzeitig riesenhaft fortschreitende positive Entwicklung der Produktionsmittel – dies reicht hin als Bürgschaft, daß mit dem Moment des Ausbruchs einer wirklich proletarischen Revolution auch die Bedingungen ihres (wenn auch sicher nicht idyllischen) unmittelbaren, nächsten modus operandi gegeben sein werden." (18)

Auf Basis des wissenschaftlichen Sozialismus kann ohne Vernachlässigung der nationalen Besonderheiten der internationale Charakter der Aktion des Proletariats betont und bewußt gefördert werden. Unter der Voraussetzung der wissenschaftlichen Einsicht in den Zersetzungsprozeß des modernen Privateigentums läßt sich sowohl nach und nach ein gemeinsames theoretisches Programm für die verschiedenen arbeitenden Klassen entwickeln, als auch eine den jeweiligen spezifischen Besonderheiten Rechnung tragende Konzeption revolutionärer Taktik erarbeiten. Ohne eine solche Einsicht in den notwendigen historischen Zusammenhang und damit in den wahrscheinlichen Entwicklungsgang der Dinge, ist aber keine Parteipolitik mit Erfolg zu betreiben.

17 F. Engels: "Brief an Sassulitsch vom 22.4.1885", MEW, Bd. 36, p. 304.
18 F. Engels: "Brief an Nieuwenhuis vom 22.2.1881", MEW, Bd. 35, p. 161.

Diese Aufgabenstellung – auf internationaler Ebene dafür zu kämpfen, daß an die Stelle der sozialistischen oder halb-sozialistischen Sekten die wirkliche Organisation der Arbeiterklasse für den Kampf um ihre Emanzipation tritt, daß auf Basis der kritischen Einsicht in den sozialökonomischen Prozeß ein gemeinsames theoretisches Programm zustande kommt, daß den spezifischen nationalen Besonderheiten in den Konzeptionen revolutionärer Taktik Rechnung getragen wird, – wurde erstmals einzulösen versucht durch die Internationale Arbeiterassoziation.

Auf eine Kurzformel gebracht, läßt sich sagen: die Geschichte der ersten Internationalen war ein fortwährender Kampf gegen die Sekten und Amateurversuche, die sich gegen die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse innerhalb der Internationalen selbst zu behaupten suchten. Engels resümiert diese geschichtliche Periode folgendermaßen: "Als Marx die Internationale gründete, hat er die allgemeinen Statuten so abgefaßt, daß ihr a l l e proletarischen Sozialisten jener Zeit beitreten konnten – Proudhonisten – Pierre Lerouxisten und selbst der fortgeschrittene Teil der englischen Trade-Unions, und nur dank dieser Breite ist die Internationale das geworden, was sie war, das Mittel zur allmählichen Auflösung all jener kleineren Sekten, mit Ausnahme der Anarchisten, deren plötzliches Auftreten in verschiedenen Ländern nur das Resultat der grausamen Bourgeoisie-Reaktion nach der Kommune war, und daher von uns ruhig dem Absterben überlassen werden konnte, wie es geschah. Hätten wir noch von 1864 - 73 darauf bestanden, nur mit denen zusammenzuarbeiten, die offen unsere Plattform anerkannten – wo wären wir heute? Ich denke, unsere ganze Praxis hat bewiesen, daß es wohl möglich ist, mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse in jeder einzelnen Etappe zusammenzuarbeiten, ohne unsere eigene aparte Stellung oder gar Organisation aufzugeben oder zu verbergen." (19)

Der Gesamtkomplex der politischen Auseinandersetzungen innerhalb der ersten internationalen Arbeiterassoziation soll hier nicht weiter dargestellt werden. Im folgenden soll allein die Frage berührt werden, wie die Konzeptionen revolutionärer Taktik für die verschiedenen gesellschaftlichen Situationen aussahen, d.h. wie von Marx und Engels, das Problem der Anwendung der Marxschen Theorie auf spezifisch ökonomische und politische Verhältnisse gelöst wurde.

Nach den bisherigen Bestimmungen scheint eine weitere allgemeine Erörterung über politische Taktik nicht mehr möglich. Die Verschiedenheit der Stadien der kapitalistischen Entwicklung, der Einfluß von nationalen Besonderheiten scheint nur die Analyse der Taktik für ein bestimmtes Land in einer gegebenen ökonomischen Situation zu erlauben. Wenn im folgenden doch von allgemeiner Taktik die Rede ist, wird dadurch diese Bestimmung nicht aufgehoben, daß die Bedingung jeder Taktik die kritische Untersuchung der konkreten Besonderheit ist, die jedes Land entsprechend der Eigenart seiner Ökonomik, Politik und Kultur, seiner nationalen Zusammensetzung etc. aufweist; nach wie vor ist diese objektive Einschätzung aller Klassenkräfte eines gegebenen Landes auf bestimmter Entwicklungsstufe der Produktivkräfte Grundbedingung einer erfolgreichen Parteipolitik. Aber neben diesen nationalen Verschiedenheiten müssen zwei prinzipiell verschiedene Stadien der kapitalistischen Entwicklung und damit auch der Klassenstruktur unterschieden werden, bedingt durch die Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung auf dem Weltmarkt. Da diesen zwei verschiedenen gesellschaftlichen Zuständen eine prinzipielle Differenz der Konzeptionen revolutionärer Taktik entspricht, kann von zwei "allgemeinen Taktiken" gesprochen werden, die freilich im einzelnen auf Basis der Erkenntnis der spezifischen nationalen Besonderheiten richtig modifiziert und den nationalen Verschiedenheiten richtig angepaßt werden müssen.

19 F. Engels: "Brief an Kelly-Wischnewetzky vom 27.1.1887", MEW, Bd. 36, p. 597.

Die Differenz dieser beiden gesellschaftlichen Zustände zur Zeit der ersten Internationale läßt sich kurz folgendermaßen bestimmen: "In Ländern, wo diese industrielle Revolution vollständig durchgeführt ist, wie in England, hat der Arbeiter wirklich nur mit Kapitalisten zu tun, denn auch auf dem Lande ist der große Gutspächter nichts als ein Kapitalist; der Aristokrat, der nur die Grundrente seiner Besitzungen verzehrt, hat mit dem Arbeiter absolut keine gesellschaftlichen Berührungspunkte. Anders in Ländern, wo diese industrielle Revolution erst in der Durchführung begriffen ist, wie in Deutschland. Hier sind aus den früheren feudalen und nachfeudalen Zuständen noch eine Menge gesellschaftlicher Elemente haften geblieben, welche, um uns so auszudrücken, das gesellschaftliche Mittel (medium) trüben, dem sozialen Zustand Deutschlands jenen einfachen, klaren klassischen Charakter nehmen, der den Entwicklungsstand Englands auszeichnet." (20)

In England bildet die ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebende Klasse die überwiegende Majorität der Bevölkerung. Der Widerspruch zwischen organisierter und isolierter Arbeit, zwischen Proletariat und ländlichen Produzenten ist hier verschwunden. In den Ländern des europäischen Kontinents besteht dieser Widerspruch mit aller Schärfe. Hier hat sich die Vereinfachung der gesellschaftlichen Klassengegensätze noch nicht soweit entwickelt wie in England. Die beträchtliche Majorität der Bevölkerung produziert hier unter Bedingungen isolierter Arbeit. Die Zersplitterung der Produktionsmittel läßt keine entwickelte Teilung der Arbeit zu, keine Anwendung der Wissenschaft auf die unmittelbare Produktion, also auch keine Mannigfaltigkeit der Entwicklung, keine Verschiedenheit der Talente, keinen Reichtum der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Reproduktion ist hier eher ausschließlich bestimmt durch den Austausch mit der Natur als vermittelt durch den Verkehr mit der Gesellschaft, insofern die Bauernfamilien unmittelbar den größten Teil ihres Konsums selbst produzieren. Diese Form des selbstwirtschaftenden Bauern ist in Westeuropa aus der Auflösung des feudalen Grundeigentums hervorgegangen und ist bloße Übergangsform zur organisierten Arbeit. "Das kleine Grundeigentum setzt voraus, daß die bei weitem überwiegende Majorität der Bevölkerung ländlich ist und nicht die gesellschaftliche, sondern die isolierte Arbeit vorherrscht; daß daher der Reichtum und die Entwicklung der Reproduktion, sowohl ihrer materiellen wie geistigen Bedingungen, unter solchen Umständen ausgeschlossen ist, daher auch die Bedingungen einer rationellen Kultur." (21)

Dieser ökonomische Unterschied der gesellschaftlichen Zustände zieht Differenzen in der politischen Form der Gemeinwesen, Unterschiede im gesamten Überbau nach sich. Die Länder, in denen der Widerspruch zwischen industriellem Proletariat und Bauernschaft aufgelöst ist, wie in England, sind geprägt durch das Fehlen irgendwie bedeutender demokratischer Aufgaben des Proletariats, die vollständige Unterordnung des Proletariats unter die bürgerliche Politik, die sektiererische Losgelöstheit der sozialistischen Gruppen vom Proletariat und das Ausbleiben von überzeugenden Wahlerfolgen der Sozialisten bei den Arbeitermassen. Im Gegensatz dazu ist in den Ländern, wo die Übergangs- und Zwischenklassen einen breiten Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen, die bürgerlich-demokratische Revolution unvollendet, die Reste überlebter Produktionsweisen bedingen eine Reihe von zeitwidrigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen.

Die proletarische Bewegung zielt auf die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klasse. Die Internationale Arbeiterassoziation verpflichtete daher die Arbeiterklassen der industriellen Länder Europas darauf, jede ihrer politischen Bewegungen diesem Endzweck

20 F. Engels: "Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei", MEW, Bd. 16, p. 67.
21 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., p. 821.

unterzuordnen, d.h. alle ihre Aktionen auf die Beschleunigung dieses Prozesses auszurichten. Aufgrund der wirklichen Einsicht in die historischen Bedingungen der proletarischen Klassenkampfbewegung sollen die Kräfte für eine Kampforganisation der Arbeiterklasse beschleunigt zusammengefaßt werden, um so die politische Form der sozialen Emanzipation erobern zu können. "Die Bestrebung des Proletariats, die materielle Basis seiner Bewegung, ist die im großen Rahmen organisierte Arbeit, obgleich sie jetzt despotisch organisiert ist, und die Produktionsmittel zentralisiert sind, obgleich sie jetzt in der Hand der Monopolisten zentralisiert sind, nicht nur als Produktionsmittel, sondern als Mittel der Ausbeutung und Versklavung der Produktion. Was das Proletariat zu tun hat, ist den gegenwärtigen kapitalistischen Charakter dieser organisierten Arbeit und dieser zentralisierten Arbeitsmittel umzuwandeln, sie aus Werkzeugen der Klassenherrschaft und Klassenausbeutung in Formen der freien assoziierten Arbeit und in gesellschaftliche Produktionsmittel zu verwandeln." (22) Je nachdem, in welchem Maße die Vereinfachung der gesellschaftlichen Klassengegensätze stattgefunden hat, ob die Lohnarbeiter die Majorität der Bevölkerung stellen oder nicht, muß die politische Taktik des Proletariats anders aussehen. Ganz abgesehen von nationalen Besonderheiten, muß es eine allgemeine Taktik für die gesellschaftliche Situation geben, wo die auf großer Stufenleiter organisierte Arbeit fast die gesamte Produktion beherrscht. In diesem gesellschaftlichen Zustand, wo die große Mehrheit der Bevölkerung Lohnarbeiter sind, ist das Hauptproblem revolutionärer Taktik, die Solidarität der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklassen zu sichern. Demgegenüber ist das Proletariat dort, wo die ausschließlich und lebenslänglich auf den Arbeitslohn angewiesene Klasse nicht die Mehrheit des Volkes bildet, auf Bündnispartner angewiesen. Läßt sich also zunächst die allgemeine Konzeption revolutionärer Taktik des Proletariats so resümieren: "In unserer Taktik steht eins fest für alle Länder und Zeiten: Die Arbeiter zur Bildung einer eignen, unabhängigen und allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten Partei zu bringen" (23), wobei der kürzeste Weg zur Parteibildung, ausgehend von den je spezifischen nationalen Bedingungen, zu bestimmen ist, so muß doch unter der Mannigfaltigkeit der Situationen einem prinzipiellen Unterschied Rechnung getragen werden. Im folgenden muß auf die allgemeine Taktik für Gesellschaften mit schwach entwickeltem Kapitalverhältnis, wo sich die Bourgeoisklasse noch nicht als Durchschnittsherrschaft aller Fraktionen konstituiert hat, und für Gesellschaften mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis genauer eingegangen werden.

2.1. Die allgemeine Taktik für Gesellschaften mit unentwickeltem Kapitalverhältnis

Ende des 19. Jahrhunderts ist das gesamte kontinentale Westeuropa nicht nur bestimmt durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch durch den Mangel ihrer Entwicklung. Die nationalen Bourgeoisien haben die nationalen Produktionsweisen noch nicht vollständig nach modernem Muster organisiert. Neben den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise ist der soziale Lebensprozeß bestimmt durch die Fortvegetation überlebter Produktionsweisen, d.h. den Resten des Feudalismus. In diesen Ländern überwiegt der von der Agrikultur lebende Bevölkerungsteil bei weitem die städtische Bevölkerung. Die Großindustrie ist relativ schwach entwickelt, daher das Proletariat auf einzelne gesellschaftliche Zentren konzentriert. Die Mehrheit der Lohnarbeiter besteht noch aus Handwerkern, Krämern und Deklassierten, einer zwischen dem Kleinbürgertum und dem Proletariat schwankenden Masse. Welche Möglichkeit hat unter solchen Bedingungen eine kommunistische Politik?

22 K. Marx: "Der Bürgerkrieg in Frankreich", MEW, Bd. 17, p. 551.
23 F. Engels: "Brief an Kautsky vom 4.9.1892", MEW, Bd. 38, p. 446.

"Seit 1848 ist die Taktik, die den Sozialisten am häufigsten Erfolge gebracht hat, die des "Kommunistischen Manifestes": Die Sozialisten vertreten in den verschiednen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung ... Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. Sie nehmen mithin aktiven Anteil an allen Entwicklungsphasen des Kampfes der beiden Klassen, ohne dabei jemals aus dem Auge zu verlieren, daß diese Phasen nur ebenso viele Etappen sind, die zu dem höchsten großen Ziele führen: der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat als Mittel zur gesellschaftlichen Umgestaltung ... Darum betrachten sie jede revolutionäre oder progressive Bewegung als einen Schritt vorwärts auf ihrem eigenen Wege, und ihre besondere Aufgabe ist es, die anderen revolutionären Parteien vorwärtszudrängen und falls eine von diesen Parteien siegen sollte, die Interessen des Proletariats zu wahren. Diese Taktik, welche das große Ziel nie aus dem Auge verliert, bewahrt die Sozialisten vor den Enttäuschungen, denen die anderen weniger klarblickenden Parteien – ob reine Republikaner oder Gefühlssozialisten – unweigerlich unterliegen, da sie eine bloße Etappe für das Endziel des Vormarsches halten." (24)

Da in Gesellschaften mit noch schwach entwickeltem Kapitalverhältnis die politische Form des Gemeinwesens ebenfalls noch nicht ihre der kapitalistischen Produktionsweise entsprechende entwickelte Form erhalten hat, also die Bourgeoisie sich nach wie vor mit der indirekten Form der Klassenherrschaft, der Funktionalisierung der zentralisierten Staatsmaschinerie durch finanzielle Abhängigkeiten, begnügen kann, oder aber selbst dort, wo die direkte Form der Klassenherrschaft etabliert ist, doch noch nicht alle Fraktionen der Bourgeoisie an ihrer Ausübung beteiligt sind, müssen die Kommunisten auf jeden Fall als selbständige, unabhängige Partei an den kommenden Auseinandersetzungen der 'bürgerlich-demokratischen Revolution' auftreten, In keiner Phase des Prozesses der Konstitution der anonymen Form der Klassenherrschaft als der allgemeinen Form der Bourgeoisieherrschaft (25) dürfen sich die Kommunisten durch ihre Bündnispolitik in eine Parteiorganisation verwickeln lassen, wo kleinbürgerliche Phrasen dominieren und wo das Proletariat seine selbständige Stellung verlieren muß und zum bloßen Anhängsel bürgerlicher Parteien herabsinkt. Zwar sind die Kommunisten der entscheidenste und vorantreibende Teil in diesen Volksbewegungen, durch die die Leitung der Staatsmaschinerie von einer Gruppe der herrschenden Klassen auf eine andere übertragen und der unterdrückende Charakter der Staatsmacht immer stärker entwickelt wird, jedoch darf in diesen Auseinandersetzungen sich die proletarische Partei nicht in fruchtlosen lokalen Auseinandersetzungen dezimieren lassen, darf sie sich nicht von den Versprechungen und den revolutionären Phrasen kleinbürgerlicher Demokraten und Republikaner täuschen lassen. Diese selbständige Organisation der proletarischen Partei ist auch die Voraussetzung dafür, sofort nach dem Sieg die neue fortschrittliche Opposition gegenüber den zur Herrschaft gelangten kleinbürgerlichen Klassen zu bilden. Der erfolgreiche Kampf der Volksbewegung kann nur als neue Operationsbasis für weitere Eroberungen verstanden werden. Diese illusionslose Einschätzung der nächsten Etappe und die selbständige Organisation der Arbeiterpartei sind zugleich Voraussetzung dafür, den Demokraten und Republikanern solche Bedingungen abzuringen, daß ihre Herrschaft von vornherein den Keim des Untergangs trägt und da-

24 F. Engels: "Die künftige italienische Revolution und die sozialistische Partei", MEW, Bd. 22, p. 440.

25 Zur Zyklizität der politischen Formen der bürgerlichen Gesellschaft, speziell des Zusammenhanges von anonymer und personaler Form der Klassenherrschaft, cf.: K. Marx: "Der Bürgerkrieg in Frankreich", l.c.

durch die Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie wesentlich erleichtert, die Verdrängung der bürgerlichen Herrschaft durch das Proletariat bedeutend gefördert wird. "Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter, sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter und Durchsetzung möglichst erschwerender und kompromittierender Bedingungen für die augenblickliche unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, das sind die Hauptpunkte, die das Proletariat ... nach dem bevorstehenden Aufstand im Auge zu behalten hat." (26)

Auf gar keinen Fall dürfen sich die Kommunisten nach der erfolgreichen Volksrevolution als Minderheit an einer kleinbürgerlichen-demokratischen Regierung beteiligen, weil durch diese Teilnahme die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse entscheidend gelähmt wird. Statt den gefügigen Bündnispartner im Gefolge der Bourgeoisie abzugeben, sollte die proletarische Partei selbst Bündnispartner um sich zu gruppieren versuchen. Allein eine solche Parteipolitik kann die Herrschaft der bürgerlichen Klasse in Frage stellen und die Durchsetzung der proletarischen Klasseninteressen gewährleisten. Bündnispartner des Proletariats können aber in dem unterstellten gesellschaftlichen Zustand – überwiegende Majorität der Bevölkerung produziert unter Bedingungen isolierter Arbeit – nur von der Landbevölkerung kommen. (26a) Wenn aber das Proletariat trotz des tiefen Widerspruchs zwischen den städtischen und ländlichen Produzenten Teile der Landbevölkerung auf seine Seite ziehen können soll, muß ein Differenzierungsprozeß in der Bauernschaft vorausgegangen sein, d.h. die Tauschwert setzende Arbeit muß die ökonomische Basis des selfsustaining peasant bereits weitgehend affiziert haben.

Der naheliegende Bündnispartner der Arbeiterpartei ist das Landproletariat. Das Ackerbauproletariat ist vom industriellen Proletariat nicht durch eine andere Klassenlage getrennt, dennoch ist durch seine relative Zersplitterung, bedingt durch die gegenüber der Industrie geringere Produktivität der Agrikulturproduktion, seine Organisation erschwert. Die Isolierung und Abgeschlossenheit des ländlichen Proletariats, ein Zustand, der durch die Unentwickeltheit der Kommunikationsmittel verstärkt wird, bewirken, daß ihm seine eigenen Interessen, seine gesellschaftliche Stellung am schwersten klarwerden. Das Dorfproletariat bleibt daher am längsten ein bewußtloses Werkzeug in der Hand der es ausbeutenden Klasse. Solange das Landproletariat nicht in die soziale Bewegung mit hineingerissen wird, solange wird es als Spielball in den Händen der herrschenden Klasse fungieren. Indes nur in Deutschland, speziell "in dem geschlossenen Gebiet der sieben altpreußischen Provinzen – also etwa einem Drittel des ganzen Reichsgebietes –" (27), stellt Ausgang des 19. Jahrhunderts das Landproletariat als Bündnispartner des industriellen Proletariats einen relevanten Faktor dar. In dieser Region sind trotz relativ unentwickeltem Kapitalverhältnis die Klein- und Mittelbauern relativ schwach vertreten, herrscht Großgrundbesitz und damit Ausbeutung der Landarbeiter vor. Engels bemerkt daher 1894, daß die Eroberung der ostelbischen Landarbeiter sofort in Deutschland eine andere Situation schaffen würde, denn mit der Aufhebung der halben Leibeigenschaft der ostelbischen Landarbeiter bräche die Hauptgrundlage der preußischen Junkerherrschaft und damit der spezifischen preußischen Oberherrschaft in Deutschland zusammen: "Darum aber ist die Gewinnung der

26 K. Marx und F. Engels: "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund", MEW, Bd. 7, p. 250.

26a Damit soll nicht behauptet werden, daß alle städtischen Mittelschichten als potentielle Bündnispartner uninteressant sind. Diese Frage ist aber sekundär, insofern der entscheidende Durchbruch des Proletariats nur durch ein Bündnis mit der größten Klasse, mit Teilen der Bauernschaft erzielt werden kann.

27 F. Engels: "Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland", MEW, Bd. 22. p. 504.

ostelbischen Landproletarier von weitaus größerer Wichtigkeit als die der westdeutschen Kleinbauern oder gar der süddeutschen Mittelbauern. Hier, im ostelbischen Preußen, liegt unser entscheidendes Schlachtfeld, und deshalb wird Regierung und Junkerschaft alles aufbieten, um uns hier den Zugang zu verschließen." (28)

In den restlichen Teilen Deutschlands sowie des kontinentalen Westeuropas ist die Agrarstruktur Ende des 19. Jahrhunderts durch das Parzelleneigentum, also den Kleinbauern, sowie durch den Mittelbauern bestimmt, von Gebieten ohne bestimmtes Vorherrschen der einen oder anderen Betriebs- und Besitzform einmal abgesehen. Die Bauernfrage ist daher ein Kernproblem der politischen Taktik der Kommunisten. "Von Irland bis Sizilien, von Andalusien bis Rußland und Bulgarien ist der Bauer ein sehr wesentlicher Faktor der Bevölkerung, der Produktion und der politischen Macht." (29) Die Bauern sind aber unfähig, ihr Klasseninteresse im eigenen Namen zu vertreten; dies gilt sowohl für die Mittel- wie auch für die Parzellen- oder Kleinbauern. Dagegen haben sich die Bauern als politischer Machtfaktor nur in dem Sinne bewährt, daß sie die Herrschaft der herrschenden Klassen unterstützen. Die in der Isolierung des Landlebens begründete politische Apathie äußert sich darin, daß es die Bauern nur zu lokalen Zusammenschlüssen bringen, sie trotz Gleichheit ihrer Interessen keine nationale Verbindung und keine politische Organisation entwickeln. Die Bauern lassen sich daher durch die herrschenden Mächte vertreten, sie sind bloße Anhängsel anderer Klassen. Die proletarische Partei kann allein die politische Macht unter solchen Verhältnissen erobern, wenn sie die Anlehnung der Bauern an die herrschenden Klassen aufbrechen kann. "Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß sie eine Macht werden auf dem Land." (30)

Welche Teile der Bauernschaft kommen als Bündnispartner des Proletariats in Frage? Insofern der Mittelbauer bereits über ein solches Maß an Produktionsmitteln verfügt, daß er eine, wenn auch quantitativ begrenzte Zahl von Landarbeitern exploitiert, verbietet sich eine Bündnispolitik, da die Arbeiterpartei in erster Linie sich für die von ihm exploitierten Lohnarbeiter einzusetzen hat. Zwar wird sich die Konkurrenz kapitalistischer Agrikulturproduktion immer mehr negativ auf diese Betriebs- und Besitzform auswirken, daher wird die immer größere Verschuldung und der Verfall des Mittelbauern unübersehbar werden, dennoch kann die Arbeiterpartei diesen Bauern keine Versprechen machen, da dies notwendig die Fortdauer der Lohnknechtschaft ihrer Landarbeiter einschließen würde. Gegen den ökonomischen Niedergang der Mittelbauern können die Kommunisten als Maßnahme nur den Rat anbieten: Zusammenlegung der Güter zu genossenschaftlichen Betrieben und sukzessive Aufhebung der Ausbeutung der Lohnarbeit. Aber dieser Rat richtet sich an die Mittelbauern, die die Unvermeidlichkeit des Untergangs ihres jetzigen Eigentums eingesehen haben und sich von sich aus den Kommunisten anschließen. Ansonsten hat die proletarische Partei ihre Aufmerksamkeit in der Agitation und Propaganda auf die von den Mittelbauern exploitierten Landarbeiter zu richten. Engels bestreitet daher, "daß die sozialistische Arbeiterpartei irgendeines Landes die Aufgabe hat, außer den Landproletariern und Kleinbauern auch die Mittel- und Großbauern, oder gar die Pächter großer Güter, die kapitalistischen Viehzüchter und die anderen kapitalistischen Verwerter des nationalen Grund und Bodens in ihren Schoß aufzunehmen." (31)

Das kleine Grundeigentum oder Parzelleneigentum setzt nur relativ schwach entwickelte kapitalistische Produktion voraus, obgleich das Kapital dominierendes Produktionsverhältnis ist. Der überwiegende Teil des ländlichen Produkts wird von den Klein- oder Parzellenbauern als unmittelbares Substanzmittel verzehrt, und nur die Surplusproduktion geht als Ware in die Zirkulationssphäre. Dieses freie Eigentum des selbstwirtschaftenden Bauern in Westeuropa ist aus der Auflösung des feudalen Grundeigentums hervorgegangen. Es ist reine Übergangsform, in der alle Nachteile der kapitalistischen Produktionsweise kombiniert sind mit den Nachteilen, die aus der unvollkommenen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen. Weil die Basis dieser Produktionsform der Besitz an Produktionsmitteln ist, also vorwiegend des Grund und Bodens, d.h. die Bedingung das Eigentum des Produzenten an dem Produkt seiner eigenen Arbeit, dominiert die Bearbeitung zersplitterter Flächen. Die Zersplitterung der Produktionsmittel schließt jede Anwendung moderner landwirtschaftlicher Verbesserungen aus. Progressive Verschlechterung der Produktionsbedingungen, zunehmende Verschuldung und zunehmendes Elend kennzeichnen die Situation des Parzelleneigentums. Die Ursachen dieser Entwicklung sind: "Vernichtung der ländlichen Hausindustrie, die seine normale Ergänzung bildet, infolge der Entwicklung der großen Industrie; allmähliche Verarmung und Aussaugung des dieser Kultur unterworfenen Bodens; Ursupation, durch große Grundeigentümer, des Gemeindeeigentums, das überall die zweite Ergänzung der Parzellenwirtschaft bildet und ihr allein die Haltung von Vieh ermöglicht; Konkurrenz der, sei es als Plantagenwirtschaft, sei es kapitalistisch betriebenen Großkultur. Verbesserungen in der Agrikultur, die einerseits Sinken der Preise der Bodenprodukte herbeiführen, andererseits größere Auslagen und reichere gegenständliche Produktionsbedingungen erheischen, tragen auch dazu bei." (32)

Obwohl das bäuerliche Eigentum wegen der beträchtlichen Hypothekenschuld vielfach bloß nominell ist, der Kleinbauer eine gegenüber dem städtischen Proletariat vielfach verschärfte Ausbeutung erleidet, da er häufig für sich nicht den normalen Arbeitslohn übrig behält, so hält er doch verzweifelt an seinem Fetzen Land und seinem bloß nominellen Besitzrecht fest. Der Besitz der Produktionsmittel ist längst nicht mehr Bedingung der normalen Reproduktion der Kleinbauernfamilie. Die Herabsetzung des Parzellenbauern zu einem ländlichen Proletarier ist eine alltägliche Tatsache; seine Interessen unterscheiden sich nicht von denen der städtischen Lohnarbeiter. "Folglich ist das, was den Bauern vom Proletarier trennt, nicht mehr sein wirkliches Interesse, sondern sein illusionäres Vorurteil." (33)

Durch den Verfallsprozeß der Übergangsform des Parzelleneigentums waren Ausgangs des 19. Jahrhunderts also die Kleinbauern objektiv auf Seiten des industriellen Proletariats gestellt, und dennoch von ihm durch ihren eingefleischten Eigentumssinn, durch die Illusion des Eigentums getrennt. "D.h., wo der Bauer massenweise als Privateigentümer existiert, wo er sogar eine mehr oder minder beträchtliche Majorität bildet, wie in allen Staaten des westeuropäischen Kontinents, wo er nicht verschwunden und durch Agrikultur-Taglöhner ersetzt ist, wie in England, treten folgende Fälle ein: entweder er verhindert, macht scheitern jede Arbeiterrevolution, wie er das bisher in Frankreich getan hat; oder das Proletariat (denn der besitzende Bauer gehört nicht zum Proletariat, und da, wo er selbst seiner Lage nach dazu gehört, glaubt er nicht dazu zu gehören) muß als Regierung Maßregeln ergreifen, wodurch der Bauer seine Lage unmittelbar verbessert findet, die ihn also für die Revolution gewinnen." (34) Den Kleinbauern für die Revolution gewinnen, das heißt also sein Klassenvorurteil bekämpfen.

28 ib., p. 505.
29 ib., p. 485.
30 ib., p. 486.
31 ib., p. 494.

32 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, l.c., p. 815.
33 K. Marx: "Der Bürgerkrieg in Frankreich", i.c., p. 552.
34 K. Marx: "Konspekt von Bakunins Staatlichkeit und Anarchie", MEW, Bd. 18, p. 632.

Die Vorurteile der Parzellenbauern werden nicht aufgebrochen, wenn man versucht, durch gewagte allgemeine Zusicherungen die Kleinbauern von heute auf morgen auf die Seite des kämpfenden Proletariats zu ziehen. Denn diese Zusicherungen laufen darauf hinaus, das kleinbürgerliche Eigentum gegen den Untergang durch die kapitalistische Produktionsweise zu schützen, obwohl unbestreitbar ist, daß dieser Auflösungsprozeß unvermeidlich ist. Abgesehen davon, daß jeder Versuch, das Parzelleneigentum am Leben zu erhalten, der wissenschaftlichen Einsicht in den objektiven Entwicklungsgang der Geschichte widerspricht, würde mit der Aufrechterhaltung der Betriebsform die besondere Form der Knechtschaft des Kleinbauern perpetuiert und somit auch die Basis seiner Klassenvorurteile künstlich verlängert. Jede Zusage auf Erhaltung der kleinbäuerlichen Eigentumsform läuft letztlich nur auf die Verlängerung seines Verfallsprozesses hinaus. Eine solche Politik der Kommunisten, die Kleinbauern kurzfristig auf ihre Seite zu ziehen, bedeutet mithin längerfristig einen Bruch der Zusicherungen und Auseinanderbrechen des Bündnisses. "Bei den aus seiner ganzen ökonomischen Lage, seiner Erziehung, seiner isolierten Lebensweise entspringenden und durch die bürgerliche Presse und die Großgrundbesitzer genährten Vorurteilen können wir die Masse der Kleinbauern von heute auf morgen nur gewinnen, wenn wir ihnen etwas versprechen, wovon wir selbst wissen, daß wir es nicht halten können." (35)

Gegenüber einer solchen zum Scheitern verurteilten Bündnispolitik müssen die Kommunisten den Weg beschreiten, den Bauern begreiflich zu machen, daß nur die Verwandlung ihrer Parzellen in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb ein Ausweg aus ihrer jetzigen ökonomischen Lage sein kann. Die auf ein Bündnis mit den Kleinbauern ausgerichtete Parteitaktik besteht darin, "den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offne Köpfe machen für unsere Worte." (36)

In dem gesellschaftlichen Zustand, der nicht die klare, einfache Struktur der Klassengegensätze der voll entwickelten bürgerlichen Gesellschaft aufweist, sondern getrübt ist durch die Überbleibsel der vorausgegangenen Produktionsweise und durch Übergangsformen, wo der kapitalistische Pächter die Bauern noch nicht verdrängt hat und daher der wirkliche Landbebauer noch nicht Proletarier, Lohnarbeiter ist wie der städtische Arbeiter, also nicht mit ihm unmittelbar dieselben Interessen hat, sondern mittelbar, insofern das Parzelleneigentum schon nicht mehr lebensfähig ist, in diesem gesellschaftlichen Zustand hängt der politische Einfluß des industriellen Proletariats davon ab, wieweit es die Kleinbauern durch Verweis auf die genossenschaftliche Perspektive ihres Besitzes als Bündnisgenossen gewinnen kann. Voraussetzung dafür, daß der Kampf der proletarischen Partei gegen die Klassenvorurteile der Kleinbauern überhaupt Erfolg haben kann, ist die soziale Differenzierung innerhalb der Bauernschaft durch den Einfluß der Tauschwert setzenden Arbeit. Die ökonomische Überlebtheit des bäuerlichen Kleineigentums, der Zerfall der ökonomischen Basis der Klassenvorurteile der Parzellenbauern sind objektive Bedingungen für diese Konzeption revolutionärer Taktik, durch die nicht etwa fehlende ökonomische Bedingungen der sozialen Revolution erst geschaffen werden, sondern durch die allein versucht wird, dem Zersetzungsprozeß des modernen Privateigentums eine rationelle Bewe-

35 F. Engels: "Die Bauernfrage...", l.c., p. 498.
36 ib., p. 501.

gungsform zu geben. In diesem Sinne ist die "radikale soziale Revolution ... an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung geknüpft; letztere sind ihre Voraussetzung. Sie ist also nur möglich, wo mit der kapitalistischen Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt. Und damit es irgend eine Chance zum Sieg habe, muß es wenigstens fähig sein, soviel unmittelbar mutatis mutandis für die Bauern zu tun, als die französische Bourgeoisie in ihrer Revolution für die damaligen französischen Bauern tat." (37)

So sehr das Beharren auf den notwendigen ökonomischen Bedingungen Bestandteil der Erarbeitung einer Konzeption revolutionärer Taktik auf Basis des wissenschaftlichen Sozialismus ist, so wenig folgt daraus eine ökonomistische Auffassung, d.h. die These von einem Automatismus in der revolutionären Entwicklung, der sich aus dem unvermeidlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise ergeben soll. Die allgemeine Taktik für gesellschaftliche Situationen, wo die industrielle Revolution erst in der Durchführung begriffen ist und daher die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution noch nicht oder nicht vollständig gelöst sind, zeigt eindeutig, daß die Kommunisten Einfluß auf den Verlauf des Zersetzungsprozesses des Privateigentums nehmen können und müssen. Von einem blinden Vertrauen auf den ökonomischen Prozeß kann hier keine Rede sein, wo der Akzent auf der Beschleunigung und der Abkürzung des revolutionären Prozesses liegt. "Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absturz ins Proletariat ersparen, die wir schon als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung. Es kann uns nicht dienen, wenn wir mit dieser Umgestaltung warten müßten, bis die kapitalistische Produktion sich überall bis auf ihre letzten Konsequenzen entwickelt hat, bis der letzte Kleinhandwerker und der letzte Kleinbauer dem kapitalistischen Großbetrieb zum Opfer gefallen sind." (38)

Diese skizzierte Konzeption revolutionärer Taktik bezieht sich nur auf gesellschaftliche Zustände mit annähernd gleicher Klassenstruktur. Daß diese allgemeine Taktik jeweils den nationalen Besonderheiten angepaßt werden muß, versteht sich von selbst. Engels, nach der Taktik der Kommunisten in der künftigen italienischen Revolution befragt, schränkt daher seine Aussagen in der Antwort an die Sozialistische Partei genau in diesem Sinne ein: "Was die allgemeine Taktik anbelangt, so habe ich ihre Wirksamkeit während meines ganzen Lebens erprobt; sie hat mich nie im Stich gelassen. Was aber ihre Anwendung auf die gegenwärtigen Bedingungen in Italien anbelangt, so ist das etwas anderes; das muß an Ort und Stelle entschieden werden, und zwar von jenen, die mitten in den Ereignissen stehen." (39)

2.2. Die allgemeine Taktik für die Metropolen des Kapitals

In England war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Gegensatz zwischen organisierter und isolierter Arbeit verschwunden. In der Metropole des Kapitals waren jene Übergangs- oder Zwischenklassen aufgelöst und die Klassenstruktur hatte ihren dem hochentwickelten Kapitalverhältnis adäquaten Ausdruck gefunden. Insofern in diesem Land die materiellen Bedingungen für die Emanzipation des Proletariats ihre bisher höchste Entwicklungsform gefunden hatten, nahm es innerhalb der internationalen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Lohnarbeit einen zentralen Rang ein. "England, als Metropole des Kapitals, als bis jetzt den Weltmarkt beherrschende Macht, ist einstweilen das wichtig-

37 K. Marx: "Konspekt von Bakunins...", l.c., p. 633.
38 F. Engels: "Die Bauernfrage...", l.c., p. 501.
39 F. Engels: "Die künftige italienische Revolution...", l.c., p. 442.

ste Land für die Arbeiterrevolution, dazu das einzige Land, wo die materiellen Bedingungen dieser Revolution bis zu einem gewissen Reifegrad entwickelt sind. Die soziale Revolution in England zu beschleunigen, ist daher der wichtigste Gegenstand der internationalen Arbeiterassoziation." (40)

Dieses Land, wo es keine self-sustaining Bauern mehr gibt, wo sich die kapitalistische Form fast der gesamten Produktion bemächtigt hat und wo wegen der Dominanz der auf großer Stufenleiter kombinierten Arbeit die große Mehrheit der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht, ist durch einen eigentümlichen Widerspruch charakterisiert. Einerseits ist England das einzige Land, "wo der Klassenkampf und die Organisation der Arbeiterklasse durch die Trade-Unions einen gewissen Grad der Reife und der Universalität erlangt haben." (41) Im Kontrast zu diesem hohen Grad der gewerkschaftlichen Organisiertheit der englischen Arbeiterklasse steht andererseits ihre völlige politische Bedeutungslosigkeit. Von politischer Selbständigkeit, sowie eigenständigen politischen Aktionen kann kaum gesprochen werden, die englische Arbeiterbewegung bewegt sich im Schlepptau der bürgerlichen Politik. "Die englische Arbeiterbewegung dreht sich seit einer Reihe von Jahren auswegslos im engen Kreis der Streiks um Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar nicht als Notbehelf und Mittel der Propaganda und Organisation, sondern als letzten Zweck. Die Trade Unions schließen sogar prinzipiell und statutenmäßig jede politische Aktion aus und damit die Teilnahme an jeder allgemeinen Tätigkeit der Arbeiterklasse als Klasse. Es kann also von einer Arbeiterbewegung hier nur insofern die Rede sein, als hier Streiks vor sich gehen, siegreich oder nicht, die Bewegung keinen Schritt weiterführen." (42)

Dieser Widerspruch zwischen hochentwickeltem Organisationsgrad und bloßem Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems, zwischen ausschließlichem Kampf um die Lohnhöhe statt die hoch organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse, als Hebel gegen das Lohnsystem, führt zunächst zu der Einschätzung, daß die soziale Revolution in Europa ihren Ausgang nicht in England nehmen wird. Obwohl die materiellen Bedingungen der sozialen Emanzipation gerade hier am höchsten entwickelt sind und Englands Herrschaft auf dem Weltmarkt ferner die Garantie dafür bietet, daß jede Revolutionierung seiner ökonomischen Verhältnisse unmittelbar auf die der anderen Nationen zurückschlagen muß, wird die revolutionäre Entwicklung doch von weniger entwickelten Ländern und damit relativ schwächer entwickelten Arbeiterklassen bestimmt. In einer Generalratsadresse zieht Marx daher das Fazit: "Obgleich die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich ausgehen wird, kann allein England als Hebel für eine ernsthafte ökonomische Revolution dienen." (43)

Die Ursachen für diesen Widerspruch sind zum Teil schon berührt. Die Trade-Unions zu diesem Zeitpunkt ausgangs des 19. Jahrhunderts haben ihre Aufgabe als Vorhut der Arbeiterklasse nicht wahrgenommen, weil sie einmal nur den Teil der Arbeiterklasse vertraten, der über eine qualifizierte Arbeitskraft verfügte, und sie zum anderen durch ihre Geschlossenheit und Organisation für ihre Mitglieder gegenüber anderen Fraktionen der Arbeiterklasse höhere Löhne aushandeln konnten; beide Momente trugen zu ihrer Integration in das Lohnsystem bei, und die Trade-Unions dieser Zeit bilden daher "eine Aristokratie in der Arbeiterklasse; sie haben es fertiggebracht, sich eine verhältnismäßig

40 K. Marx: "Brief an Meyer und Vogt vom 9.4.1870", MEW, Bd. 32, p. 669.
41 K. Marx: "Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz", MEW, Bd. 16, p. 386.
42 F. Engels: "Brief an Bernstein vom 17. Juni 1879", MEW, Bd. 34, p. 378.
43 K. Marx: "Der Generalrat...", l.c., p. 386.

komfortable Lage zu erzwingen, und diese Lage akzeptieren sie als endgültig." (44) Darüberhinaus muß, um die Ursachen für die politische Zurückhaltung der englischen Arbeiterklasse zu klären, auf den Einfluß des bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts uneingeschränkt bestehenden Weltmarktsmonopol Englands auf die Lage der arbeitenden Klassen insgesamt hingewiesen werden. "Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt, die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte wenigstens dann und wann vorübergehend ihr Teil. ...Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren." (45)

Der entscheidendste Grund für die relative Schwäche der arbeitenden Klassen in England, trotz hohem Organisationsgrad, dürfte allerdings in dem irischen Problem gelegen haben. Denn durch diese Frage ist die Arbeiterklasse in zwei feindliche Lager gespalten, englische und irische Proletarier. Der englische Arbeiter haßt den irischen, weil dieser als lästiger Konkurrent auf dem Arbeitsmarkt einen Lohnabbau ermöglicht und damit den Lebensstandard des englischen Proletariats gefährdet. Im Gefolge dieses ökonomischen Problems werden religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen die Iren ausgebildet. Das englische Proletariat spielt sich letztlich gegenüber seinen Konkurrenten aus als Teil der herrschenden Nation auf, macht sich eben dadurch zum Werkzeug der herrschenden Klasse und befestigt deren Herrschaft über sich selbst. "Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz alle der herrschenden Klasse zu Gebote stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt." (46)

Diese Spaltung der Arbeiterklasse verhindert jede entscheidende Entwicklung im Kampf des Proletariats um die politische Macht. Marx und Engels haben lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch Aktionen der arbeitenden Klassen Englands zu beseitigen. Ihre Auffassung verändert sich aber dahingehend, daß der Hebel in Irland selbst angesetzt werden muß, daß die englische Arbeiterklasse von ihrer 'Verbindung' mit Irland befreit sein muß, bevor sie einen Schritt vorwärts auf ihre soziale Emanzipation unternehmen kann. Marx schreibt: "Ich bin nach jahrelanger Beschäftigung mit der irischen Frage zu dem Resultat gekommen, daß der entscheidende Schlag gegen die herrschenden Klassen in England (und er ist entscheidend für die Arbeiterbewegung all over the world) nicht in England, sondern nur in Irland geführt werden kann." (47)

Dieser eigentümlichen Situation in England ist letztlich geschuldet, daß Marx und Engels kaum ausgearbeitete Analysen über die allgemeine Taktik der Metropole des Kapitals vorgelegt haben. Einerseits lag eben die Einschätzung nahe, daß die revolutionäre Initiative vom Kontinent ausgehen würde, und andererseits war die Bedingung für das Aufwachen der englischen Arbeiterklasse – die Aufhebung ihrer Spaltung in zwei feindliche Lager – durch Aktion in der Metropole des Kapitals nicht herzustellen.

Wenn auch zu Beginn der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus, was die Analysen für die Taktik des Proletariats angeht, die Anweisungen für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis dominieren, so darf aus dieser Konstellation aber nie der Schluß ge-

44 F. Engels: "England 1845 und 1885", MEW, Bd. 21, p. 194.
45 ib., p. 197.
46 K. Marx: "Brief an Meyer und Vogt", l.c., p. 668.
47 ib., p. 667.

zogen werden, man könne die allgemeine Taktik für diese gesellschaftlichen Zustände auch auf die Metropolen des Kapitals übertragen. Die allgemeine Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis basiert darauf, der proletarischen Partei bereits während des Konstitutionsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft zu einer Schlüsselstellung zu verhelfen. In dem Maße wie das Kapitalverhältnis zur dominierenden Form der Produktion wird, in dem selben Maße wird es für die Bourgeoisie unumgänglich eine der neuen Form der Produktion adäquate politische Gestalt des Gemeinwesens zu etablieren. Die Konstitution der Bourgeoisieherrschaft als allgemeines Herrschaftsverhältnis dieser Klasse, die Etablierung der direkten Herrschaftsform ist aber selbst ein widersprüchlicher Prozeß, in dessen Verlauf, ausgelöst durch die Auflösung der traditionellen Produktionsverhältnisse, alle Klassen in die politische Bewegung hineingerissen werden. Diesen Prozeß des Zusammenraufens der verschiedenen Bourgeoisiefraktionen zur Errichtung der Durchschnittsherrschaft der bürgerlichen Klasse kann die proletarische Partei durch Bündnispolitik mit unterdrückten Klassen und Übergangsklassen so beeinflussen, "daß die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Untergangs in sich trägt und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert wird." (48) Die proletarische Partei löst gerade in diesem gesellschaftlichen Zustand seine historische Aufgabe, die soziale Revolution durchzuführen, indem sie die Revolution von 1789, die bürgerliche Revolution des achtzehnten Jahrhunderts, vollendet. In dieser Konzeption revolutionärer Taktik sind also demokratische und proletarische Revolution untrennbar miteinander verknüpft. Kernpunkte dieser allgemeinen Taktik sind einmal die selbständige Organisation der proletarischen Partei und zum andern Beschleunigung des Desillusionierungs- und Auflösungsprozesses von Klassenvorurteilen bei Übergangsklassen durch entsprechende Bündnispolitik.

Zwar gilt nun auch für die allgemeine Taktik in bezug auf die Metropolen des Kapitals der Grundsatz: "Das beste Mittel, um die Arbeiter von dieser Herrschaft der alten Partein zu befreien, besteht darin, in jedem Lande eine proletarische Partei mit einer eigenen Politik zu gründen, einer Politik, die sich klar von der der anderen Parteien unterscheidet, weil sie die Bedingungen der Emanzipation der Arbeiterklasse ausdrücken muß. Die Einzelheiten dieser Politik können je nach den besonderen Umständen jedes Landes variieren; da aber die grundlegenden Beziehungen der Arbeit zum Kapital überall die gleichen sind und die Tatsache der politischen Herrschaft der besitzenden Klassen über die ausgebeuteten Klassen überall besteht, werden die Grundsätze und das Ziel der proletarischen Partei identisch sein, zumindest in allen westlichen Ländern." (49) Aber das Hauptproblem einer allgemeinen Taktik für die Metropolen besteht darin, den Gegensatz aufzulösen zwischen dem hohen Organisationsgrad der Arbeiterklasse im ökonomischen Kampf einerseits und seiner politischen Bedeutungslosigkeit andererseits. Politische Bedeutungslosigkeit heißt nun für Marx und Engels keinesfalls, daß die Arbeiterklasse der Metropolen in jedem Fall

48 K. Marx und F. Engels: "Ansprache der Zentralbehörde...", 1. c., p. 249. cf.: K. Marx und F. Engels: MANIFEST..., 1.c., p. 471. "Die Kollisionen der alten Gesellschaft überhaupt fördern mannigfach den Entwicklungsgang des Proletariats. Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie, später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten, stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Ländern. In allen diese Kämpfen sieht sie sich genötigt, an das Proletariat zu appellieren, seine Hülfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureißen. Sie selbst führt also dem Proletariat ihre eigenen Bildungselemente, d.h. Waffen gegen sich selbst, zu."

49 F. Engels: "An den spanischen Föderalrat der Internationalen Arbeiterassoziation", MEW, Bd. 17, p. 288.

sich v o l l s t ä n d i g im Schlepptau bürgerlicher Politik befände. Die spontanen, instinktiven Bewegungen der ungeheuren Arbeitermassen – in diesem gesellschaftlichen Zustand sind die Zwischen- oder Übergangsklassen aufgelöst – haben über die eigentliche Klassenorganisation, die Gewerkschaften, hinaus teilweise schon eine entschieden politische Form erhalten. Es sind also etliche mehr oder weniger dezidiert politische Formen, in denen die Arbeiterbewegung in den Metropolen in Erscheinung tritt. Diese Vielfältigkeit ist Beweis, "daß die zahllosen Scharen von Arbeitern, die jetzt endlich in einer und derselben Gesamtrichtung in Bewegung geraten, bis jetzt weder den angemessenen Ausdruck für ihre gemeinsamen Interessen, noch die geeignetste Organisationsform gefunden haben. Bis jetzt sind sie nur noch die ersten Massenaushebungen des großen Revolutionskrieges, versammelt und ausgerüstet in einzelnen, noch selbständigen Lokalgruppen, alle bestimmt, ein einziges großes Heer zu bilden; aber noch ohne regelmäßige Organisation und gemeinsamen Feldzugsplan. Noch kreuzen sich hie und da die auf einen Sammelpunkt hinmarschierenden Kolonnen; Verwirrung, Zank und Streit, selbst Drohung ernstlichen Zusammenstoßes wird laut." (50) Das Kernproblem revolutionärer Taktik besteht nicht mehr darin, daß die ausschließlich und lebenslang auf den Arbeitslohn angewiesene Klasse bei weitem nicht die Mehrheit der Bevölkerung bildet und folglich auf Bundesgenossen angewiesen ist, sondern darin, die Solidarität der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse sicherzustellen. "Dies Resultat zu erreichen, die Vereinigung dieser verschiedenen unabhängigen Körperschaften zu einer einzigen nationalen Arbeiterarmee mit einem gemeinsamen Programm – und sei dies Programm noch so unreif, solange es nur ein echtes Klassenprogramm von Arbeitern ist – das ist der nächste große ... zu vollziehende Schritt." (51) Werden also bei der Erörterung der allgemeinen Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis die Maßnahmen zur Bündnispolitik in den Mittelpunkt gerückt, so steht für diesen gesellschaftlichen Zustand die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Vordergrund, während die Bündnispolitik angesichts der Tatsache, daß die Zwischenklassen weitgehend verschwunden sind, sekundär wird.

Die Eroberung der politischen Macht für und durch das Proletariat in den Metropolen des Kapitalismus erfordert die Ausrichtung der allgemeinen Taktik auf die Beschleunigung des Verschmelzungsprozesses der sich in verschiedenen politischen Formen organisierenden Fraktionen der Arbeiterklasse. "Sind wir darüber einig", so meinte Engels einerseits, "kann der Meinungsstreit über die dabei anzuwendenden Mittel und Methoden des Kampfes unter aufrichtigen Leuten, die ihre fünf Sinne beieinander haben, kaum noch zu prinzipiellen Differenzen führen." (52) Andererseits stand aber für ihn auch fest: "Der Verschmelzungsprozeß dieser verschiedenen Elemente der gewaltig wogenden Masse – Elemente, in Wirklichkeit nicht widerstreitend, aber wohl kraft ihrer verschiedenen Ausgangspunkte einander entfremdet –, dieser Prozeß wird einige Zeit in Anspruch nehmen und nicht ohne mannigfache Reibung abgehen." (53)

50 F. Engels: "Die Arbeiterbewegung in Amerika", MEW, Bd. 22, p. 342. Die Engelschen Bemerkungen über die Arbeiterbewegung in Amerika werden hier mit taktischen Anweisungen für England auf eine Stufe gestellt, weil sich in den USA die gesellschaftliche Struktur nach der großen Weltmarktlektüre in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts rapid der Englands angleicht. Mit dem Verlust des Weltmarktmonopols verliert England seine bislang unbestrittene Rolle, Demiurg des bürgerlichen Kosmos zu sein. Von diesem Zeitpunkt an kann von Metropol e n des Kapitals gesprochen werden.

51 ib., p. 342.

52 F. Engels: "Brief an Wiesen vom 14.3.1893", MEW, Bd. 39, p. 46.

53 F. Engels: "Die Arbeiterbewegung in Amerika", 1.c., p. 342.

Die Hauptursache für das Entstehen dieser Reibung liegt darin, daß die Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt ist, d. h. daß nicht alle Teile des gesellschaftlichen Gesamtarbeitskörpers gleichmäßig den verschiedenen mystifizierenden Formen gesellschaftlicher Arbeit ausgesetzt sind oder daß sie nicht gleichförmig dem, in den gesellschaftlichen Antagonismen gründenden Prozeß der Erzeugung der Gleichgültigkeit gegen den bestimmten Inhalt ihrer Tätigkeit unterworfen sind. Wenngleich für die Auflösung der widersprüchlichen Bestimmtheit des Bewußtseins des Proletariats und damit für die Verwandlung der ökonomischen in eine politische Bewegung objektive Bedingungen in der Weise ausschlaggebend sind, daß die Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Produktivkräften erst die Veränderung des kapitalistischen Charakters der Produktion zur zwingenden Notwendigkeit erheben, so folgt daraus nicht, daß die arbeitende Klasse als Ganzes gleichförmig diesen Prozeß der ökonomischen Veränderung und damit Veränderung des Bewußtseins durchmacht. Da das Proletariat nicht gleichmäßig den ökonomischen Konflikten und Krisen ausgesetzt ist und dieselbe ökonomische Basis durch mannigfaltige Umstände zahllose Abstufungen in der Erscheinung zeigt, was sich notwendig im Bewußtsein der Produktionsagenten ausdrücken muß, ergibt sich innerhalb der arbeitenden Klasse eine Differenzierung nach der Stellung im Reproduktionsprozeß und nach dem Grad der Bewußtheit von der wirklichen Natur der kapitalistischen Produktionsweise. "Die allgemeinen Bestrebungen und Tendenzen der Arbeiterklasse entspringen den r e a l e n Bedingungen, in denen sie sich vorfindet. Deshalb sind die Bestrebungen und Tendenzen in der ganzen Klasse vorhanden, obwohl sich die Bewegung in ihren Köpfen in den unterschiedlichsten Formen widerspiegelt." (53a) Die Kommunisten haben an die, durch die ökonomische Entwicklung ausgelösten Veränderungen der Bewußtseinsformen anzuknüpfen und den Auflösungsprozeß von Klassenvorurteilen zu beschleunigen.

Das Haupthindernis bei diesem Versuch der Überwindung von trennenden Schranken zwischen den Fraktionen der Arbeiterklasse sowie der Aufhebung der politischen Bedeutungslosigkeit dieser Klasse liegt in der Existenz von Leuten, die ihre fünf Sinne nicht beisammen haben, in der Verbreitung des Sektenwesens. "Die Bewegung des Proletariats macht notwendig verschiedene Entwicklungsstufen durch, auf jeder Stufe bleibt ein Teil der Leute hängen und geht nicht weiter mit; daraus allein schon erklärt sich, weshalb die 'Solidarität des Proletariats' in der Wirklichkeit überall in verschiedenen Parteigruppierungen sich verwirklicht, die sich auf Tod und Leben befehden wie christliche Sekten im römischen Reich unter den schlimmsten Verfolgungen." (54) Waren die Sekten zu Beginn der Arbeiterbewegung ein vorwärtstreibendes Moment, die notwendig versuchen mußten, die fehlenden historischen Bedingungen der Bewegung durch phantastische Bilder und Pläne einer neuen Gesellschaft zu kompensieren, so werden sie in dem Moment reaktionär, wo die Bewegung der Arbeiterklasse Wirklichkeit wurde und an die Stelle phantastischer Utopien die wirkliche Einsicht in die historischen Bedingungen der Bewegung treten konnte. "Die Entwicklung des sozialistischen Sektenwesens und die der wirklichen Arbeiterbewegung stehen stets im umgekehrten Verhältnis. Solange die Sekten berechtigt sind (historisch), ist die Arbeiterklasse noch unreif zu einer selbständigen geschichtlichen Bewegung. Sobald sie zu dieser Reife gelangt, sind alle Sekten wesentlich reaktionär." (55) Die Auseinandersetzung um die allgemeine Taktik für Gesellschaften mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis erfolgt von Marx und Engels wegen des Einflusses des sozialistischen Sektenwesens auf die Verknöcherung der, die verschiedenen Fraktionen trennenden Differenzen, stets in Abgrenzung von dogmatischen Positionen in der Arbeiterbewegung. Am Beispiel dieser Sekten läßt sich demonstrieren, wie das Kernproblem revolutionärer Taktik, die Solidarität der Arbeiterklasse herzustellen, gerade nicht gelöst werden kann und im Gegenteil deren Politik zur Perpetuierung der politischen Ohnmacht der proletarischen Klasse beiträgt.

Charakteristisch für diese dogmatischen Positionen ist sowohl deren mehr oder minder marxistisches Programm als auch ihre ausgesprochen sektiererische Taktik. Sie machen Parteipolitik nach dem Motto des Kalifen Omar, der für die Verbrennung der alexandrischen Bibliothek verantwortlich zeichnet: entweder widersprechen diese Bücher dem Koran, dann sind sie schlecht; oder sie sagen dasselbe wie der Koran, dann sind sie überflüssig: also ins Feuer damit! Entweder seid ihr Sozialisten und dann ist euer Platz in unseren Reihen oder ihr weigert euch, bei uns einzutreten und bildet eine eigene Gruppe, dann seid ihr keine Sozialisten. Diese 'marxistischen Parteien' haben nach Engels alle das Verdienst, "die Marxsche Theorie der Entwicklung auf eine starre Orthodoxie heruntergebracht zu haben, zu der die Arbeiter sich nicht aus ihrem eigenen Klassengefühl heraus emporarbeiten sollen, sondern die sie als Glaubensartikel sofort und ohne Entwicklung herunter zu würgen haben. (Sie) ... bleiben bloße Sekten und kommen, wie Hegel sagt, von nichts durch nichts zu nichts." (56) Dogmatische Auffassungen von der Theorie der

53a Karl Marx: "Brief an Lafargue vom 18.4.1870", MEW, Bd. 32, p. 671. cf.: Heinz Bierbaum u.a.: "Zur Aktualität der Leninschen Partei", in: SOPO 10.

54 F. Engels: "Brief an Bebel vom 20.6.1873", MEW, Bd. 33, p. 591. Daß die angeführte Bemerkung von Engels nicht ausreicht zu einer vollständigen Erklärung der Entstehung des Sektenwesens in den Metropolen versteht sich von selbst. An dieser Stelle kann dieser Zusammenhang nicht weiter untersucht werden.

55 K. Marx: "Brief an Bolte vom 23.11.1871", MEW, Bd. 33, p. 328.

56 F. Engels: "Brief an Sorge vom 12.5.1894", MEW, Bd. 39, p. 245. Eine aktuelle Bestätigung der Engelschen These bringt die Lektüre jedweder Nummer der Roten Presse Korrespondenz, des Zentralorgans des kommunistischen Studentenverbandes, einer Untergliederung der KPD-AO (die Sekte nennt sich seit Juli 1971 freilich KPD). Unermüdlich werden die Leser dieser Publikation darauf hingewiesen, daß "die historischen Lehren der Arbeiterbewegung, ... die theoretische Substanz des wissenschaftlichen Sozialismus sind". Aus dieser These ergibt sich bei der AO alles weitere. Da man sich die historischen Lehren nicht etwa erst durch das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus aneignen kann, sondern umgekehrt, zunächst die historischen Lehren bewußt werden müssen, damit man den wissenschaftlichen Sozialismus verstehen kann, brauchen alle Sozialisten jemanden, der ihnen die sagt, was die historischen Lehren sind. Und dieser jemand ist selbstverständlich die AO. Sie kennt sich aus mit der lebendigen Dialektik von Theorie und Praxis, weil für sie die Klassenanalyse nie Schreibtischarbeit war. Durch ihre unmittelbare praktische Tätigkeit hat sie Kenntnis von einem guten Dutzend historischer Lehren erhalten. Wen das Gerede von der historischen Lehre Stalins, Mao Tsetungs oder Kim-il-Sungs noch nicht überzeugt hat und daher gegen die AO-Version von Klassenanalyse Einwände erhebt, den verweist die wirkliche Partei der Arbeiterklasse, als die sie sich fühlt, auf einzigartig revolutionäre Weise in die Schranken: "Was die sich herausbildende Partei der Arbeiterklasse (die AO) in der Tat verhindern (!!), was sie als bürgerliches Manöver entlarven wird, ist die Rede von der 'revolutionären Taktik' (!!!) statt von Strategie als Plan. Die Ablösung und Verselbständigung der Taktik von der Strategie, deren bestimmte Form die Taktik ist, verrät den Opportunismus des Autorenkreises deutlicher als die Degeneration der revolutionären Theorie." Und wahrhaft, die AO setzt jedes Wort dieser revolutionären Entschlossenheit in die Praxis um. Sie verhindert Diskussionen durch derlei Wortspielereien. Bei öffentlichen Veranstaltungen wird allen Zuhörern ein Höchstmaß an revolutionärer Geduld abverlangt in bezug auf die häufig und sehr lang vorgetragenen Bekundungen der revolutionären Entschlossenheit der AO. Immer wieder liefert sie ferner überzeugende Beweise davon, was man mit den Büchern

bürgerlichen Gesellschaft, von der wissenschaftlichen Darstellung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise, wo die wissenschaftliche Einsicht in die gesellschaftliche Entwicklung verkümmert ist zu einer Sammlung von Dogmen, die auswendig zu lernen und aufzusagen sind wie eine Beschwörungsformel oder ein Gebet, sind niemals Hilfsmittel, um das Hineinziehen der Arbeiter in die politische Bewegung zu beschleunigen, sondern nur ein Rezept dafür, daß ihre Vertreter bloß Sektengründer bleiben und die wirkliche Klassenbewegung außerhalb ihrer Stiftung weitergeht. Diese sozialistischen Gruppen liefern so permanent den Beweis, "wie nutzlos eine – theoretisch großenteils richtige – Plattform ist, wenn sie nicht an die wirklichen Bedürfnisse der Leute anzuknüpfen versteht." (57)

Statt der Klassenbewegung nach einem gewissen doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen, haben die Kommunisten jede wirklich allgemeine Bewegung der Arbeiterklasse zu unterstützen, indem sie deren faktischen Ausgangspunkt als solchen akzeptieren. Den faktischen Ausgangspunkt der proletarischen Bewegung zu akzeptieren, heißt gerade nicht, der in verschiedenen Organisationen mit mehr oder minder entschiedener politischer Form zersplitterten Arbeiterschaft eine bestimmte Organisationsform aufdrängen, sie einem bestimmten Parteiprogramm unterordnen zu wollen. Durch solche Parteipolitik grenzt sich die politische Sekte von der wirklichen Klassenbewegung ab, betont ihr besonderes Schibboleth, was notwendig dazu führen muß, daß die Masse des Proletariats ihrer Propaganda gleichgültig oder gar feindlich gegenübersteht. Da die Arbeiter der Metropolen weder den angemessenen Ausdruck für ihre gemeinsamen Interessen, noch die geeignete Organisationsform gefunden haben, ihre verschiedenen Ausgangspunkte mithin trotz gemeinsamer Klasseninteressen noch nicht aufheben konnten, kommt es zwar entscheidend "auf die Konstituierung der Arbeiter als selbständige politische Partei (an); einerlei wie, solange es nur eine distinkte Arbeiterpartei ist" (58). Aber die Konstituierung dieser Arbeiterpartei auf Basis der wirklichen Elemente der Klassenbewegung und die Eroberung der Masse der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus ist aber etwas völlig anderes als die Stiftung einer sozialistischen Sekte. Die Revolution in den Köpfen der Proletarier ist kein über Nacht abzumachendes Ding, sondern ein längerer Entwicklungsprozeß der Massen unter beschleunigten Umständen; die Massen müssen Zeit haben, sich zu entwickeln und daher ist bei der Konstituierung einer Arbeiterpartei ein unklares, unausgereiftes Programm in Kauf zu nehmen. Nur schrittweise lassen sich dann die theoretischen Unklarheiten des Programms beseitigen, indem jeder begangene politische Fehler als notwendige Konsequenz der falschen theoretischen Ansichten dargestellt wird. Nur dann, wenn man

---

der Klassiker alles anstellen kann. Sprechen etwa Marx und Engels im Manifest davon, daß die "Kommunisten k e i n e besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien" bilden, so leitet die AO daraus ab, daß "Marx und Engels die Gründung einer besonderen Arbeiterpartei" propagiert haben. In jeder Nummer prasselt ein wahres Feuerwerk solch dialektischer Interpretationen auf den Leser herab. Ist freilich den Hütern des wissenschaftlichen Sozialismus zufällig einmal eine zu kühne Interpretation unterlaufen, wird dieser theoretische Fehler sofort in einer der folgenden Nummern korrigiert. Aber derlei Versehen haben Gott-sei-Dank bei der AO keinerlei Folgen für die Praxis, denn: "aus der teilweise falschen Interpretation der ökonomischen Voraussetzungen der Klassenkämpfe der Arbeiter resultieren jedoch keine falschen politischen Schlußfolgerungen." Und dies ist dem weniger dialektischen Leser der einzige Trost und zugleich feste Gewißheit: Leute, die ihre fünf Sinne nicht beieinanderhaben, kommen eben bei aller Dialektik trotzdem von nichts durch nichts zu nichts. (Zitate aus RPK, Nr. 108 und 126/127)

57 F. Engels: "Brief an Sorge vom 8.4.1891", MEW, Bd. 38, p. 80.

58 F. Engels: "Brief an Sorge vom 29.11.1886", MEW, Bd. 36, p. 576.

am Anfang der Bewegung darauf verzichtet, die Konfusion und Zersplitterung des proletarischen Lagers zu erhöhen, etwa dadurch, daß man den Massen ein bestimmtes Programm zu oktroyieren versucht, befolgt man die Taktik, in der Gegenwart der Bewegung die Zukunft der Bewegung zu repräsentieren. "Die Sekte sucht ihre raison d'etre und ihren point d'honneur nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung g e m e i n hat, sondern in dem b e s o n d e r e n S c h i b b o l e t h, das sie von ihr u n t e r s c h e i d e t." (59) Dagegen verzichten die Kommunisten darauf, "den natürlichen normalen, und daher notwendig etwas langsamen, Entwicklungsgang der ... Arbeiterklasse mit G e w a l t voranzuforcieren, daher weniger Lärm, weniger Prahlerei, aber auch weniger Enttäuschungen." (60) Die Kommunisten fördern den Verschmelzungsprozeß der zersplitterten Arbeiterklasse in Richtung auf eine einheitliche proletarische Organisation, indem sie die nationale Festigung der Arbeiterpartei an die erste Stelle rücken und erst im Verlauf dieses Konstitutionsprozesses daran gehen, die falschen und unklaren Ansichten innerhalb der Partei zu kritisieren. Das taktische Konzept zur Beschleunigung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Metropolen läßt sich also so zusammenfassen: "für jede wirkliche allgemeine Bewegung der Arbeiterklasse ein (...) treten, deren faktischen Ausgangspunkt als solchen ... akzeptieren und sie schrittweise dadurch auf die theoretische Höhe ... bringen, daß sie (die Kommunisten – J. B.) zeigen, wie jeder begangene Fehler, jede erlittene Schlappe eine notwendige Folge falscher theoretischer Ansichten im ursprünglichen Programm war." (61) Durch Aufdeckung der inneren Widersprüche der verschiedenen Standpunkte können die Massen nach und nach zum Verständnis ihrer tatsächlichen Lage gebracht werden, wie sie sich aus den Wechselbeziehungen von Kapital und Lohnarbeit für sie ergibt. Bei diesem Herüberziehen der proletarischen Massen auf die Seite des revolutionären Sozialismus kommt der theoretischen Kritik innerhalb des Konstitutionsprozesses der Partei eine entscheidende Bedeutung zu. "Und wenn da theoretisch klare Köpfe vorhanden sind, die ihnen die Folgen ihrer eignen Fehler vorhersagen können, ihnen klarmachen, wie jede Bewegung, die nicht die Vernichtung des Lohnsystems als letztes Ziel stets im Auge behält, irregehen und fehlschlagen muß – da kann mancher Unsinn vermieden und der Prozeß wesentlich abgekürzt werden." (62)

Engels verweist im Zusammenhang der Darstellung der allgemeinen Taktik für die Metropolen des Kapitals darauf, daß diese letztlich auch nur die Weiterentwicklung bestimmter Thesen des kommunistischen Manifestes ist. "Die Kommunisten sind k e i n e b e s o n d e r e Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen k e i n e b e s o n d e r e n Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen." (63) In diesen Aussagen ist im Grunde die gesamte Konzeption revolutionärer Taktik für Gesellschaften mit hoch entwickeltem Kapitalverhältnis eingeschlossen. Stand im Zentrum der allgemeinen Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis die Anweisung: "die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände" (64), so tritt jetzt, wo innerhalb des nationalen Rahmens keine nichtproletarischen revolutionären Bewegungen mehr zu erwarten sind, sondern

---

59 K. Marx: "Brief an Schweitzer vom 13.10.1868", MEW, Bd. 32, p. 569.

60 F. Engels: "Brief an Nieuwenhuis vom 23.2.1888", MEW, Bd. 37, p. 31. (Hervorhebung – J.B.).

61 F. Engels: "Brief an Kelly-Wischnewetzky vom 28.12.1886", MEW, Bd. 36, p. 589.

62 F. Engels: "Brief an Sorge vom 29.11.1886", MEW, Bd. 36, p. 579.

63 K. Marx und F. Engels: MANIFEST..., l.c., p. 474 (Hervorhebung – J.B.).

64 ib. Beide Konzeptionen revolutionärer Taktik lassen sich also aus dem Manifest der kommunistischen Partei ableiten.

nur noch konterrevolutionäre Aktionen, um die Emanzipation des Proletariats ein weiteres mal zu verzögern, das Verhältnis der Kommunisten zu den verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse und deren Organisationen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Das sektiererische Gegenkonzept für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, Zusammenarbeit mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse nur unter der Bedingung, die eigene aparte Doktrin durchsetzen zu können, läuft letztlich nur darauf hinaus, die Solidarität der Arbeiterklasse durch Zersplitterung in verschiedene Parteigruppierungen verwirklichen zu wollen. Diese Politik, um jeden Preis eine angebliche Preisgabe 'revolutionärer Prinzipien' verhindern zu wollen, führt schließlich nur zur Konservierung unwissenschaftlicher, pseudosozialistischer Doktrinen. Jede sozialistische Sekte "hat den Marxismus zu einem Dogma verknöchert, und indem sie j e d e Arbeiterbewegung zurückstößt, die nicht orthodox marxistisch ist (und noch dazu marxistisch mit viel Mißverstand), also gerade das Gegenteil der im 'Manifest' empfohlenen Politik treibt, macht sie es sich unmöglich, je etwas andres zu werden als eine Sekte." (65)

Die allgemeine Taktik für die Metropolen des Kapitals ist von Marx und Engels ausführlich nur in dieser Absetzung zum Sektenwesen entwickelt worden. Andere Probleme, wie etwa, welche Wirkung von der Integration der Gewerkschaften ins Lohnsystem auf den Konstitutionsprozeß der proletarischen Klasse zur Klasse für sich ausgehen, welche Bedeutung die Arbeiteraristokratie auch nach dem Verlust der Monopolstellung eines Landes auf dem Weltmarkt für die revolutionäre Bewegung hat etc., sind von ihnen nicht mehr systematisch entwickelt worden. Ohne die Bedeutung solcher Probleme für eine allgemeine Taktik schmälern zu wollen, kann festgestellt werden, daß jedwede aktuelle Anwendung der marxschen Theorie auf Länder mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis zunächst daran gemessen werden muß, ob und wieweit der nichtsektiererische Ansatz zur Herstellung der Solidarität der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse berücksichtigt worden ist. Erst wenn die, gegenüber Ländern mit relativ unentwickeltem Kapitalverhältnis spezifisch andere Problemstellung erkannt und die Gefahr von dogmatischen Auffassungen gebannt ist, ist auch die Basis gegeben, auf der die vielfältigen ungelösten Probleme dieser Konzeption revolutionärer Taktik gelöst werden können.

Gegen diesen Versuch, durch den Rückgriff auf Untersuchungen von Marx und Engels die Notwendigkeit der Unterscheidung von zwei allgemeinen Konzeptionen revolutionärer Taktik zu begründen, könnte allerdings eingewandt werden, daß bei dieser These die Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin völlig außer acht bleibt. Erst Lenin habe die Lehren von Marx und Engels schöpferisch auf die Epoche des Imperialismus angewandt und dadurch die Allgemeingültigkeit proletarischer Organisationsprinzipien begründet, so daß jede aktuelle Ausarbeitung revolutionärer Taktik auf Basis der marxistischen Theorie sich an Lenins Theorie zu orientieren habe. Wer leugne, daß erst Lenin eine geschlossne Lehre in bezug auf Partei, Taktik etc. geschaffen habe, betreibe letztlich das Geschäft der herrschenden Klasse durch den Versuch, "Gegensätze zwischen Marx und Engels einerseits und Lenin sowie der gegenwärtigen politischen Parteipraxis in der kommunistischen Weltbewegung andererseits zu konstruieren. Durch eine dementsprechende 'Ausdeutung' der Marx-Engelschen Auffassungen über die proletarische Partei und deren Aufgaben soll politisches Kapital für eine flexiblere Diversion innerhalb der kommunistischen Parteibewegung gewonnen werden." (66)

65 F. Engels: "Brief an Kautsky vom 12.8.1892", MEW, Bd. 38, p. 422.

66 H. Bartel und W. Schmidt: "Zur Entwicklung der Auffassungen von Marx und Engels über die proletarische Partei", in: MARXISMUS UND DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG, hrg. von der Deutschen Akademie der Wissenschaften,

Um diesen Einwand aufzunehmen, ist hier wenigstens anzudeuten, daß Lenin sich strikt an den von Marx und Engels entwickelten Rahmen hält und zumindest von einer organischen Weiterentwicklung des Marxismus in bezug auf die allgemeine Taktik der proletarischen Klasse nicht gesprochen werden kann. (67)

3. Die Anwendung der Marxschen Theorie auf die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland

In Abgrenzung zur bürgerlichen Theorie sieht Lenin das Spezifische der Marxschen Theorie darin, daß sie ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist. "Und diese letztgenannte Eigenschaft ist dem M a r x i s m u s tatsächlich restlos und unbedingt eigen, weil diese Theorie es sich direkt zur Aufgabe macht, alle Formen des Antagonismus und der Ausbeutung in der modernen Gesellschaft a u f z u d e c k e n , ihre Entwicklung zu verfolgen, ihren vorübergehenden Charakter und die Unvermeidlichkeit ihrer Verwandlung in eine andere Form nachzuweisen u n d a u f d i e s e W e i s e d e m P r o l e t a r i a t z u d i e n e n , d a m i t e s m ö g l i c h s t b a l d u n d m ö g l i c h s t l e i c h t j e g l i c h e r A u s b e u t u n g e i n E n d e m a c h e ." (68) Lenin betont gegenüber bürgerlichen und pseudosozialistischen Ansätzen von Gesellschaftskritik, daß "der Marxismus ... sein Kriterium in der F o r m u l i e r u n g und in der theoretischen E r k l ä r u n g des sich vor unseren Augen abspielenden Kampfes der gesellschaftlichen Klassen und der ökonomischen Interessen" (69) sieht. Wenn aber das Konstituens für marxistische Theorie ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit ist, dann kann Gesellschaftskritik nur heißen: Ableitung des, in den gesellschaftlichen Antagonismen begründeten realen Auflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft. Die Theorie kann daher nur so kritisch und revolutionär sein, wie es der sozioökonomische Prozeß selbst ist. Der wissenschaftliche Sozialismus basiert nicht auf dem Ausmalen von irgendwelchen Zukunftsperspektiven, sondern ist die wissenschaftliche Darstellung der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation samt ihren Zersetzungstendenzen. Allein wenn mit Hilfe der objektiven Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation in einem gegebenen nationalen Rahmen und auf bestimmter Entwicklungsstufe nachgewiesen ist, daß und in welchen Schritten sich diese notwendig in eine höhere Gesellschaftsformation, den Sozialismus, auflösen wird, kann der Zersetzungsprozeß beschleunigt werden. Wird dieser Vermittlungszusammenhang

Zentralinstitut für Geschichte, Berlin 1970, p. 8. cf. auch: Joscha Schmierer: "Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung – ein Grundproblem des Marxismus-Leninismus", in: ROTES FORUM 2/1970, p. 18. "Die leninistischen Prinzipien kommunistischer Taktik und Organisation sind eine Konkretion des Marxismus und zwar nicht bloß für die spezifisch russischen Verhältnisse, sondern für den entwickelten Klassenkampf generell." Zu Schmierers Lenin-Interpretation, von denen im NEUEN ROTEN FORUM auch etliche Kostproben zu finden sind, kann man nur sagen: "Die Kerle tragen sich alle mit dem Kummer, daß so famose Ideen dem Volk so lange verborgen bleiben, und wissen am Ende kein anderes Mittel, sich diesen Stein vom Herzen zu wälzen, als daß sie selbst so viel davon ausscheißen, als sie passablement verdaut zu haben meinen."

67 Das Projekt Klassenanalyse bereitet z.Zt. eine umfangreiche Veröffentlichung zur Leninterpretation vor. In diesem Zusammenhang muß die Skizzierung einiger Thesen genügen.

68 W.I. Lenin: WAS SIND DIE VOLKSFREUNDE..., l.c., p. 333.

69 W.I. Lenin: "Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung und die Kritik an ihr in dem Buch des Herrn Struve", WERKE, Bd. 1, p. 407.

von Analyse der Klassenstruktur und Maßnahmen zur Beschleunigung des Zersetzungsprozesses des modernen Privateigentums ignoriert, muß die marxistische Theorie notwendig dogmatische Züge erhalten und die politische Aktion wird sicher im Sektierertum münden. "Wo die Übereinstimmung mit dem wirklichen Prozeß der sozialökonomischen Entwicklung zum obersten und einzigen Kriterium einer Doktrin gemacht wird, da kann es keinen Dogmatismus geben, wenn die Aufgabe darin besteht, die Organisation des Proletariats zu fördern, wenn folglich die Rolle der 'Intelligenz' darin besteht, besondere, intellektuelle Führer überflüssig zu machen, kann es kein Sektierertum geben." (70)

Lenin betont, daß das Ziel jeder marxistischen Theorie die Beschleunigung des Auflösungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft durch das Vorantreiben der Organisierung der einzig konsequent revolutionären Klasse, des Proletariats, ist. Der Versuch, die Entwicklung der sozialen Kräfte zu beschleunigen, die imstande sind, den Kapitalismus zu stürzen, bedeutet letztlich nichts anderes, als den real vorsichgehenden Prozeß der Vereinigung und Organisation der revolutionären Klasse zu unterstützen, indem durch die Erklärung der Notwendigkeit dieses Prozesses die Desillusionierung sowie der Abbau von Klassenvorurteilen begünstigt wird. "Eben deshalb ist der Fabrikarbeiter nichts anderes als der fortgeschrittene Repräsentant der gesamten ausgebeuteten Bevölkerung, und damit er diese seine Aufgabe in einem organisierten, beharrlichen Kampf verwirkliche, ist es keineswegs erforderlich, ihn durch irgendwelche 'Perspektiven' mitzureißen – dazu ist nur erforderlich, daß man ihn über seine Stellung aufklärt, über die politisch-ökonomische Struktur des ihn unterdrückenden Systems und über die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Klassenantagonismus in diesem System." (71)

Diese Bemerkungen aus einer der ersten größeren theoretischen Arbeiten Lenins zeigen, wie präzis er von Beginn an den Kern der Marxschen Theorie, den Zusammenhang von Analyse der Sozialstruktur und Ausarbeitung der revolutionären Taktik trifft. Wenn aber als Eckstein der Marxschen Lehre erkannt ist, daß die revolutionäre Taktik auf der Übereinstimmung der Theorie mit der Wirklichkeit und der Geschichte der spezifischen sozialökonomischen Verhältnisse gründet, dann wird die Analyse der russischen gesellschaftlichen Zustände zur erstrangigen Aufgabe. "Je rascher die russischen Sozialisten begreifen, daß es bei dem gegenwärtigen Stand des Wissens außer dem Marxismus keine revolutionäre Theorie geben kann, je rascher sie alle ihre Kräfte darauf richten, diese Theorie in theoretischer und praktischer Hinsicht auf Rußland anzuwenden, desto sicherer und schneller wird die revolutionäre Arbeit Erfolg haben." (72)

3.1. Die Sozioökonomische Struktur Rußlands und die Taktik der proletarischen Partei

Da die Marxsche Theorie nur "die allgemeinen Leitsätze" umfaßt, die dann im einzelnen auf die verschiedenen nationalen Kapitale anzuwenden sind, stehen nach Lenin die Sozialisten stets vor der Aufgabe, die Theorie von Marx und Engels selbständig weiterzuentwickeln. Freilich hat für ihn Weiterentwicklung eine ganz spezifische Bedeutung. Was Marx und Engels ausgehend vom System der Kritik der politischen Ökonomie zu ihrer Zeit für die meisten Länder Westeuropas leisteten, soweit diese im Zentrum der weltpolitischen Bewegung standen, nämlich, die Anwendung der Theorie auf die Entwicklung des Kapitalismus in England, Frankreich, Deutschland etc., gilt es in der Epoche des Imperialismus für die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland sowie der Zentren der

70 W.I. Lenin: WAS SIND DIE VOLKSFREUNDE..., l.c., p. 302.
71 ib., p. 303.
72 ib., p. 335.

kapitalistischen Welt zu wiederholen. "Mit andern Worten, die Marxsche Theorie besteht in der Untersuchung und Erklärung der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmter Länder, und ihre 'Anwendung' auf Rußland kann nur darin bestehen, unter Ausnutzung der erarbeiteten Mittel der materialistischen Methode und der theoretischen politischen Ökonomie die russischen Produktionsverhältnisse und ihre Entwicklung zu untersuchen." (73)

Die einzelnen Schritte von Lenins Analyse der sozialökonomischen Struktur Rußlands sowie die gesamten Ergebnisse dieser Untersuchung brauchen hier nicht detailliert dargestellt zu werden. Wir beschränken uns bei der Darstellung von Lenins Auffassungen über revolutionäre Taktik auf die Skizzierung der grundlegenden Merkmale der russischen Produktionsverhältnisse.

Das wichtigste Resultat von Lenins Analyse der sozioökonomischen Struktur Rußlands im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ist die Erkenntnis, daß die ökonomisch-politische Situation durchaus mit der Frankreichs gegen Mitte des Jahrhunderts vergleichbar ist. Auch in Rußland lebt der überwiegende Teil der Bevölkerung (weit mehr als zwei Drittel) unter Bedingungen isolierter Arbeit. Die wenigen gesellschaftlichen Zentren, in denen die sozial entwickelte Arbeit dominiert, verschwinden in dem riesigen Reich bäuerlicher Produktion. Während indes in Frankreich die Feudalstruktur des Mittelalters durch das kleinbäuerliche – oder Parzelleneigentum abgelöst wurde, das als Bollwerk gegen die Rückkehr der Feudalmacht bloße Übergangs- oder Zwischenform war und im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung wieder zerstört werden mußte, sind in Rußland die ursprünglicheren Produktionsverhältnisse auf dem Lande in weit stärkerem Maße konserviert worden. Dies beträchtliche Fortvegetieren einer altertümlichen, überlebten Produktionsweise schlägt sich notwendig in den politischen Verhältnissen, der politischen Gestalt des Gemeinwesens nieder, insofern diese Überbleibsel eine zentrale Stütze der Selbstherrschaft sind.

Für Lenin ergibt sich aus dieser Analyse, daß im Zuge der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, der Verallgemeinerung der Warenproduktion der Differenzierungsprozeß innerhalb der Bauernschaft, der größten, wenngleich bis dahin politisch bedeutungslosesten Klasse, verstärkt einsetzen wird. Im Gefolge der zunehmenden Ruinierung der bäuerlichen Betriebs- und Eigentumsformen wird die Auflösung dieser Übergangsklasse voranschreiten und wird die Opposition dieser Klasse gegenüber den herrschenden Klassen anwachsen. Zugleich werden mit der Verallgemeinerung der Warenproduktion die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie auf eine Umgestaltung der Herrschaftsform, auf die Verwandlung der indirekten in die direkte Form der Klassenherrschaft drängen. Zusammengefaßt bedeutet das, daß in Rußland die bürgerliche Revolution der sozialistischen Revolution vorausgehen wird. "Auf dieser ökonomischen Grundlage ist natürlich die Revolution in Rußland unausbleiblich eine bürgerliche Revolution. Diese These des Marxismus ist völlig unanfechtbar ... Sie muß stets auf alle ökonomischen und politischen Fragen der russischen Revolution angewandt werden." (74)

73 ib., p. 267. Bei dieser Formulierung wird deutlich, daß Lenin den Vermittlungszusammenhang von der Darstellung der inneren Natur der kapitalistischen Produktionsweise und der Betrachtung der wirklichen Bewegung der Konkurrenz ganz eigentümlich bestimmt. Dieser Aspekt des Leninschen Versuchs der Anwendung der Marxschen Theorie auf Rußland müßte bei einer umfassenderen Analyse genauer beleuchtet werden.
74 W.I. Lenin: DIE ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS IN RUSSLAND, WERKE, Bd. 3, p. 18.

Aus dieser Einschätzung ergeben sich für Lenin folgende Schlußfolgerungen für die Taktik der Kommunisten: Erstens, die Arbeiterklasse darf in den bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen nicht nur als Anhängsel einer Zwischenklasse auftreten. Um dies zu gewährleisten, muß "die Unvermeidlichkeit und gebieterische Notwendigkeit eines völligen und endgültigen Bruchs mit den Demokraten" (75) propagiert und dadurch "die Schaffung einer festen revolutionären Organisation unter den Industriearbeitern in den Städten (als) die erste und dringendste Aufgabe der Sozialdemokratie" (76) in die Wege geleitet werden. Nur wenn es gelingt, diese eigenständige Organisation der proletarischen Klasse zu schaffen, kann verhindert werden, daß die Arbeiterklasse zum Spielball der Politik der herrschenden Klassen wird. Durch eine selbständige Organisation in einer Klassenpartei besteht die Möglichkeit, den Gang der künftigen politischen Ereignisse entscheidend zu beeinflussen. Zweitens, dürfen aber die russischen Kommunisten die gewaltige Bedeutung des Demokratismus in der nächsten Etappe nie vergessen, also die Tatsache, daß die verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Klasse noch nicht ihre adäquate Herrschaftsform etabliert haben. Wie in allen politischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts wird auch in Rußland die Arbeiterklasse der entschiedenste Kämpfer in den künftigen Klassenauseinandersetzungen sein und die proletarische Partei muß diese Entschlossenheit im Kampf gegen die Selbstherrschaft dazu nutzen, der bürgerlichen Klasse Bedingungen für ihre bevorstehende Herrschaft aufzuzwingen. Gelingt es der Arbeiterklasse in der kommenden Phase der Klassenauseinandersetzungen ein Bündnis mit Teilen der Übergangsklassen (Bauern) zu schließen, dann steht der Durchsetzung erschwerender und kompromittierender Bedingungen für die augenblicklich unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie nichts mehr im Wege. Durch diese Bedingungen wird die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Unterganges in sich tragen und der Übergang zur politischen Form der sozialen Emanzipation wird bedeutend erleichtert werden. "Und deshalb ist es die unmittelbare Pflicht der Arbeiterklasse, an der Seite der radikalen Demokratie gegen den Absolutismus und die reaktionären Stände und Einrichtungen zu kämpfen, und diese Pflicht müssen die Sozialdemokraten ihr einhämmern, ohne auch nur einen Augenblick lang aufzuhören, ihr dabei einzuschärfen, daß der Kampf gegen alle diese Einrichtungen lediglich als Mittel zur Erleichterung ihres Kampfes gegen die Bourgeoisie notwendig ist, daß der Arbeiter die Verwirklichung der allgemein-demokratischen Forderungen lediglich braucht, um den Weg frei zu machen, der zum Sieg über den Hauptfeind der Werktätigen führt." (77) Solange also die bürgerlich demokratische Revolution in Rußland nicht vollendet ist, muß in der Taktik des Proletariats die Entfaltung der demokratischen Energie der Bauernschaft einen zentralen Platz einnehmen. Jede andere Auffassung, die den Auflösungsprozeß der Übergangs- oder Zwischenklassen unberücksichtigt läßt, geht an den wirklichen sozialökonomischen Veränderungen der Verhältnisse vorbei.

Aus dieser recht groben Skizze über den Zusammenhang von Klassenanalyse und Ausarbeitung einer Konzeption revolutionärer Taktik bei Lenin geht hervor, daß er sich bei der Anwendung der Marxschen Theorie auf Rußland an der allgemeinen Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis orientiert. Dogmatischen oder reformistischen Auffassungen in der russischen Arbeiterbewegung hält Lenin immer wieder eine Briefstelle aus dem Marxschen Briefwechsel an Engels entgegen, in der nach seiner Meinung die Quintessenz dieser Konzeption revolutionärer Taktik zum Ausdruck kommt: "The

75 W.I. Lenin: WAS SIND DIE 'VOLKSFREUNDE'..., l.c., p. 272.
76 W.I. Lenin: "Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten", Werke, Bd. 2, p. 332.
77 W.I. Lenin: WAS SIND DIE 'VOLKSFREUNDE'..., l.c., p. 294.

whole thing in Germany wird abhängen von der Möglichkeit, to back the Proletarian Revolution by some second edition of the Peasants' war. Dann wird die Sache vorzüglich." (78) Immer wieder verweist Lenin darauf, daß Marx nie behauptet habe, die Proletarische Revolution sei nur dann eine 'rechtzeitige' Revolution, wenn der letzte Bauer expropriiert sei, also wenn das Kapitalverhältnis in einem Lande völlig entwickelt sei und folglich alle Übergangsklassen verschwunden seien. Wer die Marxsche Theorie in dieser Weise mißverstehe, sei bereits auf dem besten Wege ins Sektierertum oder zum Reformismus. "Das Entscheidende im Marxismus haben sie absolut nicht begriffen: nämlich seine revolutionäre Dialektik. Sogar die direkten Hinweise von Marx, daß in Zeiten der Revolution größte Elastizität notwendig ist, haben sie absolut nicht begriffen und zum Beispiel nicht einmal die Hinweise in Marx' Briefwechsel, soweit ich mich erinnere, aus dem Jahr 1856 bemerkt, als Marx die Hoffnung aussprach, ein Bauernkrieg in Deutschland, der eine revolutionäre Situation herbeiführen könne, werde sich mit der Arbeiterbewegung vereinigen." (79)

In welcher Weise die Eigenart und die besonderen Bedingungen der russischen Produktionsverhältnisse ausgang des 19. Jahrhunderts zur Modifikation der allgemeinen Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis geführt haben, muß an dieser Stelle nicht verfolgt werden, da auch die Anwendung der Marxschen Theorie durch Lenin auf Rußland nicht detaillierter untersucht und dargestellt wurde. Trotz dieser Einschränkung in der Betrachtung ergibt sich das allgemeine Resultat, daß unter Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin zunächst nur verstanden werden kann: Anwendung der Marxschen Theorie auf Rußland und Ausarbeitung einer bestimmten Version der allgemeinen Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis gemäß den nationalen Besonderheiten Rußlands.

3.2. Allgemeine Bestimmungen der revolutionären Taktik

Dasselbe Resultat in bezug auf die These von der Weiterentwicklung des Marxismus im Leninismus ergibt sich bei der Betrachtung von Lenins allgemeinen Aussagen über revolutionäre Taktik. Lenin bekräftigt die von Marx und Engels entworfene theoretische Ableitung für die Ausarbeitung jedweder bestimmten Fassung proletarischer Taktik, sowie die Notwendigkeit der Unterscheidung in zwei allgemeine Taktiken je nach dem Stadium der Entwicklung des Kapitalismus. Für ihn steht fest, daß Marx die Taktik des Proletariats in strenger Übereinstimmung mit allen "Leitsätzen" seiner materialistisch-dialektischen Weltanschauung bestimmte, und daß die Marxsche Theorie um den inneren Zusammenhang mit der Taktik verkürzt, halb, einseitig und leblos bleiben würde. Der Konstitutionsprozeß der proletarischen Klasse zur Klasse für sich kann nie durch irgendwelche, noch so 'revolutionären Prinzipien' beschleunigt werden, wer auch immer sie sich ausgedacht haben möge, sondern allein auf einer präzisen Klassenanalyse können erfolgreiche Maßnahmen zur Beschleunigung der Desillusionierungsprozesse in der Arbeiterklasse gründen. Die Taktik muß auf einer nüchternen, streng objektiven Einschätzung aller Klassenkräfte eines betreffenden Landes sowie der umgebenden Staaten aufgebaut werden. "Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen ausnahmslos aller Klassen einer gegebenen Gesellschaft, und folglich die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft,

78 K. Marx: "Brief an Engels vom 16.4.1856", MEW, Bd. 29, p. 47, bei Lenin zitiert: W.I. Lenin: "Karl Marx", WERKE, Bd. 21, p. 33. W.I. Lenin: "Über unsere Revolution", WERKE, Bd. 33, p. 462.
79 W.I. Lenin: "Über unsere Revolution", l.c., p. 462.

wie auch der Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften, kann als Grundlage für eine richtige Taktik der fortgeschrittenen Klasse dienen." (80)

Jede Ableitung der Taktik des Proletariats, in der die objektive Entwicklungsstufe der Vergesellschaftung der Arbeit außer acht bleibt, hat nach Lenin notwendig einen voluntaristischen und dogmatischen Charakter. Weil in diesem Fall die 'materialistische Dialektik' bei der Methode der Klassenanalyse ignoriert werde, müsse eine vulgärmarxistische Auffassung die Konsequenz sein, etwa dergestalt: "Daraus, daß der Inhalt der Revolution bürgerlich ist, zieht man bei uns die platte Schlußfolgerung, die Bourgeoisie sei der M o t o r der Revolution, das Proletariat aber habe in dieser Revolution nur untergeordnete, unselbständige Aufgaben zu erfüllen, eine proletarische Führung der Revolution sei unmöglich." (81) Solche Vorschläge für die revolutionäre Taktik sind nur möglich bei völliger Verkennung des Systems der Kritik der politischen Ökonomie einerseits und der Ignoranz aller Arbeiten von Marx und Engels zur politischen Taktik andererseits. Lenin findet es einigermaßen erstaunlich, wie man übersehen kann, daß Marx sein ganzes Leben hindurch neben den theoretischen Arbeiten den Fragen der Taktik des proletarischen Klassenkampfes unablässige Aufmerksamkeit widmete, oder wie es möglich ist, die mannigfaltigen theoretischen Resultate dieser Aufmerksamkeit so entscheidend mißzuverstehen. Kein Marxist könne die Differenz zwischen der allgemeinen Taktik für die Metropolen und für die Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis übersehen, denn die Verschiedenheit der taktischen Anweisungen von Marx und Engels etwa für die englisch-amerikanische Arbeiterbewegung auf der einen Seite und für die deutsche Arbeiterklasse auf der anderen sei doch in die Augen springend. "Zieht man in Betracht, daß Deutschland einerseits, England und Amerika andererseits verschiedene Stadien der kapitalistischen Entwicklung, verschiedene Formen der Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse im ganzen politischen Leben dieser Länder darstellen, so gewinnt ein solcher Vergleich besonders große Bedeutung. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus sehen wir hier ein Musterbeispiel materialistischer Dialektik, die Fähigkeit, je nach den konkreten Besonderheiten dieser oder jener politischen und ökonomischen Verhältnisse v e r s c h i e d e n e P u n k t e, v e r s c h i e d e n e S e i t e n e i n e r F r a g e, in den Vordergrund zu rücken und hervorzuheben. Vom Standpunkt der praktischen Politik und Taktik der Arbeiterpartei aus sehen wir hier ein Musterbeispiel dafür, wie die Schöpfer des 'Kommunistischen Manifestes' die Aufgaben des kämpfenden Proletariats je nach den verschiedenen Etappen der nationalen Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder bestimmten." (82) Unter dem Hervorheben verschiedener Punkte in der Taktik meint Lenin den Sachverhalt, daß die Taktik des proletarischen Kampfes in Ländern mit am weitesten ausgebildeten demokratischen Zuständen, wo sich "dem Proletariat r e i n s o z i a l i s t i s c h e A u f g a b e n stellen" (83), einen andern Schwerpunkt, eine andere Ausrichtung hat als dort, wo die Etablierung der allgemeinen Herrschaftsform der bürgerlichen Klasse noch bevorsteht. Weil in den Metropolen die grundlegenden Merkmale der Klassenbewegung darin bestehen: "Das Fehlen irgendwie bedeutender, gesamtnationaler d e m o k r a t i s c h e r Aufgaben des Proletariats; die vollständige Unterordnung des Proletariats unter die bürgerliche Politik; die sektiererische Losgelöstheit der sozialistischen

80 W.I. Lenin: "Karl Marx", l.c., p. 64 (Hervorhebung – J.B.).
81 W.I. Lenin: "Vorwort zur russischen Übersetzung der Briefe von K. Marx an L. Kugelmann", WERKE, Bd. 12, p. 97.
82 W.I. Lenin: "Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches 'Briefe und Auszüge aus Briefen von J.P. Becker, J. Dietzgen, Friedrich Engels und Karl Marx u.A. an F.A. Sorge und andere", WERKE, Bd. 12, p. 360 (Hervorhebung – J.B.).
83 ib., p. 363 (Hervorhebung – J.B.).

Grüppchen und Häuflein vom Proletariat; das Ausbleiben auch des geringsten Wahlerfolges der Sozialisten bei den Arbeitermassen usw." (84), komme es zunächst darauf an, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu gewährleisten und durch die Konstitution einer wirklichen, eigenständigen Arbeiterpartei um jeden Preis sukzessive die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse herbeizuführen. Indes, "der Versuch, die Schlußfolgerungen aus solchen Ausführungen auf Länder oder auf geschichtliche Situationen auszudehnen, in denen das Proletariat früher als die liberalen Bourgeois seine eigene Partei geschaffen hat, wo beim Proletariat die Stimmabgabe für bürgerliche Polikaster auch nicht im mindesten Tradition geworden ist, wo auf der Tagesordnung unmittelbar nicht s o z i a l i s t i s c h e, sondern b ü r g e r l i c h - d e m o k r a t i s c h e Aufgaben stehen – dieser Versuch wäre ein Hohn auf die historische Methode von Marx." (85) Im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Verhältnissen, wo der erste Grundsatz revolutionärer Taktik lautet, die Kommunisten müssen mit der wirklichen Arbeiterbewegung verschmelzen und den bornierten und verknöcherten sektiererischen Geist in den sozialistischen Organisationen ausmerzen, stehen in Gesellschaften mit noch relativ unentwickelter sozialer Arbeit die Bündnisfrage und der Kampf gegen reformistische Tendenzen in der Arbeiterbewegung im Vordergrund. "In einem Land ..., wo die bürgerlich-demokratische Revolution unvollendet geblieben ist" (86), aber das Proletariat, wie im übrigen alle andern Übergangsklassen auch, durch die Auseinandersetzungen um eine veränderte Form der Klassenherrschaft in die politische Bewegung hineingezogen wird, kommt es darauf an, die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse durch entsprechende Bündnispolitik in den kommenden Klassenauseinandersetzungen geschickt zum Zuge zu bringen, möglichst so, daß die gesamte politische Entwicklung entscheidend durch das Proletariat geprägt wird. Lenin läßt keinen Zweifel daran, daß "in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland d i e s e Seite des Marxismus zu betonen und in den Vordergrund zu rücken" (87) ist. Immer wieder hat er sich mit 'Marxisten' auseinanderzusetzen, die für Rußland die Taktik für jene Länder propagieren, in denen es fast keine bürgerlich-demokratischen Aufgaben gibt. In Rußland ist aber die taktische Losung, die Sozialisten müssen " u m j e d e n P r e i s mit dem engen Sektierertum aufräumen und sich der Arbeiterbewegung a n s c h l i e ß e n, um das Proletariat p o l i t i s c h aufzurütteln" (88), völlig fehl am Platz und ihre Befolgung würde zur Vernachlässigung der eigentlichen Aufgaben des Proletariats führen. "Zu glauben, daß diese Ratschläge von Marx und Engels für die englisch-amerikanische Arbeiterbewegung einfach und direkt auf die russischen Verhältnisse angewandt werden können – heißt sich den Marxismus zunutze machen, nicht um sich über seine M e t h o d e klarzuwerden, nicht um die konkreten historischen Besonderheiten der Arbeiterbewegung in bestimmten Ländern zu u n t e r s u c h e n, sondern um ihn zu kleinlichen fraktionellen, intelligenzlerischen Zwecken zu mißbrauchen." (89)

Als Lenin nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in Rußland im Rahmen der Auseinandersetzung in der III. Internationalen über die revolutionäre Taktik den Versuch machte, "auf Westeuropa das anzuwenden, was in der Geschichte und der heutigen Taktik des Bolschewismus allgemein anwendbar, von allgemeiner Bedeutung

84 ib., p. 362.
85 ib., p. 363 (Hervorhebung – J.B.).
86 ib., p. 371.
87 ib.
88 ib.
89 ib.

und allgemeiner Gültigkeit ist" (90), hat er die früher akzeptierte Differenz zwischen zwei allgemeinen Taktiken keinesfalls bestreiten oder verwischen wollen. Nach wie vor bestand die Hauptaufgabe der Kommunisten für ihn darin, "daß man es versteht, die allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Kommunismus auf jene E i g e n a r t der Beziehungen zwischen den Klassen und Parteien, auf jene E i g e n a r t in der objektiven Entwicklung zum Kommunismus anzuwenden, die jedes einzelne Land aufweist und die man zu studieren, zu erforschen, zu erraten fähig sein muß." (91) Sein Versuch einer "populären Darstellung der marxistischen Strategie und Taktik" sollte keinesfalls zeigen, daß die Taktik der Bolschewiki als einer spezifischen Ausprägung der Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis, nun ohne Rücksicht für Länder mit gleichem Entwicklungsstadium des Kapitalismus wie Rußland Richtschnur zu sein hätte, noch weniger beabsichtigte er, diese Taktik für die Metropolen des Kapitals zu empfehlen. Es ging Lenin vielmehr darum, Ansätzen zur Verknöcherung und Dogmatisierung der marxistischen Theorie entgegenzuwirken, Tendenzen, die sich darin zeigten, bestimmte taktische Maßnahmen als die allein revolutionären anzupreisen (Antiparlamentarismus, illegaler Kampf, Kampf gegen die reaktionären Gewerkschaften etc.). Gegenüber dieser Auffassung wollte er die Notwendigkeit einer elastischen Taktik begründen. Sein massives Eingreifen in die politisch-theoretische Debatte um diesen Problemkreis sollte bewirken, "daß a l l e Kommunisten in a l l e n Ländern durchweg und restlos die Notwendigkeit erkennen, in ihrer Taktik äußerst elastisch zu sein. Dem sich großartig entwickelnden Kommunismus fehlt jetzt, besonders in den fortgeschrittenen Ländern (!), diese Erkenntnis und die Fähigkeit, diese Erkenntnis in der Praxis anzuwenden." (92) Wie weit Lenin davon entfernt war, ein bestimmtes Entwicklungsstadium des Kapitalismus bei der Ableitung der revolutionären Taktik zu verabsolutieren, zeigt sich eindeutig in der Begründung seiner These von der Notwendigkeit höchster Elastizität in der Taktik: "Der Kapitalismus wäre nicht Kapitalismus, wenn das 'reine' Proletariat nicht von einer Masse außerordentlich mannigfaltiger Übergangstypen vom Proletarier zum Halbproletarier ..., vom Halbproletarier zum Kleinbauern (und kleinen Handwerker, Hausindustriellen, Kleinbesitzer überhaupt), vom Kleinbauern zum Mittelbauern usw. umgeben wäre; wenn es innerhalb des Proletariats selbst nicht Unterteilungen in mehr oder minder entwickelte Schichten, Gliederungen nach Landsmannschaften, nach Berufen, manchmal nach Konfessionen usw. gäbe. Aus alledem aber ergibt sich für die Vorhut des Proletariats, für seinen klassenbewußten Teil, für die kommunistische Partei absolut unumgänglich die Notwendigkeit, die unbedingte Notwendigkeit zu lavieren, Übereinkommen und Kompromisse mit den verschiedenen Parteien der Arbeiter und der Kleinbesitzer zu schließen. Es kommt nur darauf an, daß man es v e r s t e h t , diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur H e b u n g und nicht zur Senkung des a l l g e m e i n e n Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins ... beiträgt." (93) Lenin argumentiert also sowohl von dem gesellschaftlichen Zustand her, wo die Existenz von Übergangsklassen die Taktik zu bestimmen hat, als auch von dem Zustand, wo die Herstellung der Aktionseinheit der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse das Hauptproblem revolutionärer Taktik ist. Für die These, daß erst Lenin die Auffassungen von Marx und Engels zu einer geschlossenen, allgemeingültigen Lehre von der revolutionären Taktik weiterentwickelt habe, ist also auch von den theoretischen Arbeiten nach der bolschewistischen Revolution kein Beweis beizubringen. (94)

90 W.I. Lenin: DER 'LINKE RADIKALISMUS', DIE KINDERKRANKHEIT IM KOMMUNISMUS? , WERKE, Bd. 31, p. 32.
91 ib., p. 76.
92 ib., p. 89 (Hervorhebung a l l e Kommunisten in a l l e n Ländern – J.B.).
93 ib., p. 60.
94 Es muß an dieser Stelle nochmal betont werden, daß die Skizze keineswegs als

Was also die allgemeine Taktik des Proletariats angeht, kann abschließend festgehalten werden, daß Lenin sich strikt an den von Marx und Engels abgesteckten Rahmen hält. Weder modifiziert er den Vermittlungszusammenhang von Klassenanalyse und Ausarbeitung einer konkreten Version revolutionärer Taktik, noch verwirft oder präzisiert er die Unterscheidung in zwei allgemeine Taktiken je nach dem Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktion. Lenins Verdienst besteht im Gegenteil gerade darin, gegenüber den unzähligen sektiererischen und reformistischen Auffassungen an der Konzeption von Marx und Engels festgehalten zu haben. Darüber hinaus muß sein Versuch der Anwendung der Marxschen Theorie auf die sozioökonomischen Verhältnisse Rußlands mit der Anwendung der Marxschen Theorie durch Marx selbst auf die Entwicklung des Kapitalismus in Frankreich von 1848 bis 1871 gleichgestellt werden. Vor diesem Hintergrund ist das Argument, eine aktuelle Ausarbeitung revolutionärer Taktik, auch für die Metropolen, habe an Lenins Theorie anzuknüpfen, nur ein Beleg für eine eigentümliche Leninterpretation, bei der die Differenzierung zwischen einer allgemeinen Taktik für Länder mit unentwickeltem Kapitalverhältnis und einer für die Metropolen des Kapitals verworfen wird. Der von Marx und Engels begründete Zusammenhang von Klassenanalyse und revolutionärer Taktik ist folglich auch heute der gültige Leitfaden für marxistische Theorie.

4. Thesen zur Taktik der DKP

1. Wie schon zuvor in der Essener Grundsatzerklärung, versichert die DKP auch in dem Thesenentwurf, daß sie ihre Tätigkeit auf die Theorie von Marx, Engels und Lenin gründe, und daß sie bemüht sei, diese Theorie schöpferisch auf die Bedingungen des Klassenkampfes in unserem Lande zu übertragen. "Die DKP ist bestrebt, den Marxismus auf die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und die neuen Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens in der Bundesrepublik anzuwenden." (95) Nach wie vor könne Parteipolitik nur auf Grundlage der Marxschen Theorie entwickelt werden, "denn nur der wissenschaftliche Sozialismus vermag eine richtige Strategie und Taktik des Kampfes zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus zu geben." (96) Es ist jetzt zu zeigen, was die grundlegenden Merkmale der gesellschaftlichen Verhältnisse nach Ansicht der DKP sind und welche Schlußfolgerungen für die Taktik des Proletariats sie daraus ableitet.

2. Die Bundesrepublik ist ein Land mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis, indem alle Bereiche der Produktion dem Kapital unterworfen sind. Die Arbeiterklasse "ist nicht nur die zahlenmäßig stärkste Klasse, sondern die einzige, die mit der Entwicklung der Produktion auch zahlenmäßig wächst. Der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an der sogenannten erwerbstätigen Bevölkerung in der Bundesrepublik ist von etwa 70 Prozent im Jahr 1950 auf gegenwärtig mehr als 80 Prozent angewachsen." (97) Wenn auch England mit einem Anteil von 93 Prozent Lohnabhängigen bezogen auf die Erwerbstätigkeit und die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 87 Prozent noch immer einen

Auseinandersetzung mit der Leninrezeption sowohl in der Version linksradikaler Auffassungen als auch der der kommunistischen Weltbewegung verstanden werden darf. Eine umfassende Lenininterpretation wird vom Projekt Klassenanalyse zur Veröffentlichung vorbereitet.
95 GRUNDSATZERKLÄRUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI, beschlossen auf dem Essener Parteitag der DKP 12./13. April 1969, p. 60.
96 ENTWURF..., l.c., p. 50 (These 37).
97 ib., p. 38 (These 27).

Vorsprung in der kapitalistischen Entwicklung wahren konnten, so muß heute die Bundesrepublik, was den erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und das Entwicklungsstadium des Kapitalismus angeht, auch zu den Metropolen des Kapitals gerechnet werden. In der BRD dominiert die im großen Rahmen organisierte Arbeit, der Widerspruch zwischen organisierter und isolierter Arbeit, der die Entwicklung des Kapitalismus aller kontinentaleuropäischer kapitalistischer Staaten im 19. Jahrhundert charakterisierte, ist fast vollständig verschwunden und mit ihm folglich auch die Übergangsklassen. Es kann festgestellt werden, daß die "Neben- und Zwischenklassen für die Bundesrepublik nicht relevant" (98) sind. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion sowohl die Produktion der Produkte als Waren, als auch die Form der Arbeit als Lohnarbeit absolut werden, daher mit der Verallgemeinerung der Lohnform auch die dem Kapitalverhältnis gegenüber äußerlichen und zufälligen Formen der Arbeitsverausgabung den Schein einer notwendigen und immanenten Form erhalten, so ändert die Berücksichtigung der Verfälschung in der Ziffer der Lohnabhängigen nichts an der Struktur der Klassenverhältnisse. Berücksichtigt man diese Funktionen und Tätigkeiten, deren Preis auch den Gesetzen unterworfen ist, die den Preis der Lohnarbeit regeln, so bleibt die Tatsache, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung von Lohnarbeit lebt.

Im Gefolge der Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit kam es ferner "zu bedeutenden Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse" (99). Diese Strukturveränderung hat nicht dazu geführt, die Zersplitterung der Arbeiterklasse in verschiedene Fraktionen und folglich auch politische Organisationen aufzuheben, sondern im Gegenteil sind die Schranken zwischen den einzelnen Gruppen dieser Klasse eher verstärkt worden. Was daher für die Vereinigten Staaten von Amerika und die meisten kapitalistischen Staaten Westeuropas zutrifft, daß die Arbeiterklasse bis jetzt noch nicht als eine geschlossene Partei gegen die herrschende Klasse agiert, gilt besonders für die BRD, wo der Konstitution einer konsequenten Klassenpartei nach dem Kriege schwerwiegende Hindernisse entgegenstanden. In der BRD bewegt sich die Mehrheit der Arbeiterklasse nach wie vor im Schlepptau bürgerlicher Politik; das Problem, die politische Bedeutungslosigkeit der Arbeiterklasse aufzuheben, stellt sich in der BRD immer noch.

Die herrschende Klasse hat sich in der anonymen oder parlamentarischen Herrschaftsform jene allgemeinen Organe, politischen Garantien, Formen und Ausdrucksweisen ihrer Klassenherrschaft geschaffen, die allen Ansprüchen auf Selbstregierung durch die verschiedenen Bourgeoisfraktionen genügen. In der gesamten Nachkriegszeit ist der zentrale Widerspruch dieser politischen Form der Bourgeoisiegesellschaft noch nicht zum Tragen gekommen, der darin liegt, daß die Klasse, deren gesellschaftliche Sklaverei verewigt werden soll, das Proletariat, der überwiegende Teil der Bevölkerung, an sich durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht gesetzt ist. Diese politische Macht der Volksmassen ist aber bisher Scheinmacht geblieben, da die Funktionalisierung des allgemeinen Wahlrechts durch die herrschende Klasse stets Erfolg hatte. Das allgemeine Wahlrecht war Spielzeug in der Hand der Bourgeoisieklasse und wird von den arbeitenden Massen nur dazu verwandt, um einmal in vielen Jahren die parlamentarische Klassenherrschaft zu sanktionieren. Zugleich meint die DKP aber feststellen zu müssen, daß sich eine Tendenz zum Formwandel in der direkten politischen Macht der aneignenden Klasse abzeichnet. Und zwar läuft ihre Argumentation nicht so, daß in der nächsten

98 Heinz Jung: "Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs 'Arbeiterklasse' und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse", in: DAS ARGUMENT 61, Dezember 1970, p. 677.

99 Entwurf..., p. 39 (These 27).

Zeit mit der Verschärfung der Klassenkämpfe der der parlamentarischen Form der Klassenherrschaft eigentümliche Widerspruch aufbricht, wodurch die Bourgeoisie genötigt wird, zu der ihr letztmöglichen politischen Form der Despotie, der personalen Form der Klassenherrschaft, überzugehen. Die DKP leitet vielmehr die Bewegung zu jener schließlichen Staatsform, mit der die Bourgeoisie in Zeiten verschärfter Klassenauseinandersetzungen glaubt, der alten gesellschaftlichen Ordnung eine Galgenfrist sichern zu können, aus ökonomischen Entwicklungstendenzen ab. "Die neue Stufe der Konzentration ökonomischer Macht in den Händen des Großkapitals drängt zur politischen Reaktion, zum Abbau demokratischer Rechte, zu autoritären und diktatorischen Herrschaftsformen." (100) Diese Ableitung stützt sich auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in der der Zwang zur Veränderung der Form der Klassendespotie in Ländern mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis so formuliert ist: "Hier handelt es sich um eine Gesetzmäßigkeit der staatsmonopolistischen Entwicklung: Mit der zunehmenden ökonomischen Machtkonzentration, tendiert auch die politische Entwicklung immer stärker zur Zentralisation der politischen Gewalt bei weitgehender Abschirmung gegen alle demokratischen Einflüsse." (101) In diesem Zusammenhang, wo es nur um die Erörterung der Frage geht, wie weit die DKP sich an der allgemeinen Taktik für die Metropolen des Kapitals orientiert, unterbleibt die Auseinandersetzung mit diesem Begründungszusammenhang und folglich mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Hier genügt die Bestimmung, daß die Bourgeoisklasse ihre allgemeine Herrschaftsform, die parlamentarische Selbstherrschaft, etabliert hat, daher keine Aufgaben in bezug auf die bürgerlich-demokratische Revolution mehr anstehen kann, und daß eine Tendenz zur Veränderung dieser Herrschaftsform in Richtung auf die personale Form des Klassendespotismus feststellbar ist, gleich ob die Erklärung für diese Tendenz aus dem der parlamentarischen Herrschaftsform eigentümlichen Widerspruch oder aus der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus abgeleitet wird.

3. Wie oben gezeigt. ist das Hauptproblem jeder Taktik für die Metropolen, die Herstellung der Solidarität der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse. Wie schon in der Essener Grundsatzerklärung wird auch in dem Thesenentwurf der DKP dazu erklärt: "Eine wesentliche Bedingung für die Entfaltung der Kraft der Arbeiterklasse ist ihr gemeinsames Handeln als Klasse. Das erfordert die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten, Kommunisten, christlichen und parteilosen Arbeitern. Der Kampf um die Herstellung der Aktionseinheit ist eine K e r n f r a g e kommunistischer Politik." (102) Mit Recht betont die Partei, daß sie sich von dieser Orientierung durch die schein-revolutionäre Phraseologie 'links-kommunistischer Zirkel' nicht abbringen lasse, denn – wie oben gezeigt – die Berücksichtigung dieses Gezeters um angeblichen Verrat 'revolutionärer Prinzipien' führt notwendig dazu, die Solidarität der Arbeiterklasse durch ihre Aufsplitterung in Sekten verwirklichen zu wollen. "Die Notwendigkeit der Aktionseinheit ergibt sich aus dem Vorhandensein verschiedener Strömungen in der Arbeiterklasse." (103) An dieser Tatsache ändern auch noch so eindringliche Beschwörungen angeblicher revolutionärer Prinzipien nichts.

Aber die DKP geht jetzt nicht daran, dieses Problem der allgemeinen Taktik für die Metropolen gemäß den besonderen Bedingungen der B R D zu präzisieren, und etwa über die Bestimmungen der Bewußtseinsformen der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse

100 ib., p. 9 (These 4).

101 DER IMPERIALISMUS..., l.c., p. 182.

102 ENTWURF..., l.c., p. 40 (These 29) (Hervorhebung – J.B.).

103 ib., p. 41 (These 29).

nach Wegen zur Beschleunigung des Abbauprozesses von spezifischen Klassenvorurteilen zu suchen, sondern sie formuliert einen weiteren K e r n p u n k t ihrer Taktik. "Sozialistische Arbeiterpolitik ist zugleich Bündnispolitik mit allen vom Monopolkapital unterdrückten Schichten." (104) Zwar möchte bestimmt niemand einer Vernachlässigung von Teilen der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Klasse bei der Taktik das Wort reden, aber selbst wenn wir einmal das zentrale Ergebnis der Analyse des 'staatsmonopolistischen Kapitalismus' als richtig unterstellen, daß ein Widerspruch zwischen dem 'Volk' und der kleinen Fraktion der Monopolbourgeoisie die gesamten politischen Verhältnisse bestimme, selbst in diesem Fall ist die Bündnispolitik in einem Lande, wo die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Lohnarbeiter sind, keine Kernfrage oder zentraler Baustein der Taktik. Mit ihrer These von der Notwendigkeit eines breiten demokratischen Bündnisses unter der Führung der Arbeiterklasse konfundiert die DKP die beiden allgemeinen Taktiken. Sie verzichtet darauf, wie Lenin sagt, gemäß der spezifischen Situation des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte e i n e Seite in den Vordergrund der Taktik zu rücken. Selbständigkeit der proletarischen Partei und Bündnispolitik waren die Leitlinie für die Taktik in gesellschaftlichen Zuständen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Übergangsklassen zugerechnet werden mußte. Der Prozeß der Auflösung dieser Klassen im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung bot Ansatzpunkte, die Zerstörung der Klassenvorurteile bei Teilen dieser Klassen voranzutreiben, daß sie zu Bündnispartnern des Proletariats wurden. In der Bundesrepublik wäre überhaupt nichts gewonnen, könnte allen Personen, die aufgrund der ökonomischen Entwicklung eine objektive Veränderung der Klassenlage erfahren, zum Abbau ihrer Klassenvorurteile verholfen werden, solange die Arbeiterklasse zersplittert bleibt. Umgekehrt wäre in der BRD aber der entscheidende Schlag geführt gegen die herrschende Klasse, wenn es gelänge, die Solidarität der Arbeiterklasse herzustellen. Von dem Gesichtspunkt ganz abgesehen, daß es sicher einfacher ist, trennende Bewußtseinsformen zwischen Fraktionen der Arbeiterklasse zu beseitigen, als etwa Teilen der Bourgeoisie ihre Klassenvorurteile auszureden. Mit ihrer These: "Aufgrund der heutigen Bedingungen des Klassenkampfes geht die DKP davon aus, daß der Weg zum Sozialismus in unserem Lande über den Kampf der Arbeiterklasse u n d der anderen demokratischen Kräfte um die Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Macht des Monopolkapitals durch die Erkämpfung und Entwicklung einer antimonopolistischen Demokratie führt", (105) behauptet die Partei aber dennoch die Orientierung der Taktik auf Bündnispolitik. Bündnispolitik kann aber auf die Fraktionen der Arbeiterklasse keine Anwendung finden, denn nach Auflösung der die Gruppen trennenden Bewußtseinsformen gibt es keine unterschiedlichen Interessen der Fraktionen, die irgendeine von ihnen von der Arbeiterklasse abtrennten und die einen politischen Kompromiß unumgänglich machten. Bündnisbeziehungen unterstellen gemeinsames Handeln verschiedener Klassen, nicht Klassenfraktionen; die Bündnisfrage ist in den Metropolen sekundär. (106)

104 GRUNDSATZERKLÄRUNG..., l.c., p. 56.

105 ENTWURF..., l.c., p. 16 (These 10) (Hervorhebung – J.B.).

106 Daß die Bündnispolitik auf die Klassenfraktionen keine Anwendung finden kann, wird auch von der DKP akzeptiert. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Intelligenz als einer selbständigen Klasse oder aber als Teil verschiedener anderer Klassen, wird formuliert: "Die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz sind Beziehungen des Bündnisses und nicht Beziehungen der Einheit – wie etwa die Beziehungen zwischen Industriearbeiterschaft und den unteren und mittleren kaufmännischen und technischen Industrieangestellten. Sie sind allerdings Beziehungen des Bündnisses neuer Art, die sich entsprechend der sozialen Struktur des größten Teils der heutigen Intelligenz von den Bündnisbeziehungen zwischen revolutionärer Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft in der Vergangenheit unterscheiden." Heinz Jung: "Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der neuen Arbeiterklasse", in: ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN, hrsg. vom IMSF, Frankfurt 1971, p. 54. Ferner: Pierre Joye: "Die wissenschaftlich-technische Revolution und die neue Rolle der Intellektuellen", in: MARXISMUS DIGEST, 1/1971, p. 94. "Obwohl Bündnisse notwendig bleiben, ist ihre Bedeutung verschieden. ... Man kann also das Problem des Bündnisses mit den Intellektuellen nicht mit den gleichen Worten bezeichnen, wie das Bündnis mit Mittelklassen."

4. Die DKP verwirft also die Unterscheidung in zwei allgemeine Taktiken. Die Betrachtung der Begründung für die Orientierung der Taktik sowohl an dem Problem der Aktionseinheit der Arbeiterklasse als auch an dem der Bündnispolitik wird zugleich die Erklärung für das in der Einleitung benannte Paradoxon bringen. Zwar wird behauptet, daß die Frage der Erkämpfung einer antimonopolistischen Demokratie eng mit dem Wesen und der historischen Stellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenhänge, von daher auch die Neubestimmung der allgemeinen Taktik durch die kommunistischen Parteien nur innerhalb der Auseinandersetzung um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus erörtert werden könne, aber dieses Argument ist wenig stichhaltig.

Unterstellt man die Tendenz zur Veränderung der parlamentarischen Form der Klassenherrschaft mit dem oben skizzierten Begründungszusammenhang innerhalb der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, so ist wohl richtig, daß die Arbeiterklasse dieser Tendenz Widerstand entgegenzusetzen hat, weil ihre Kampfbedingungen innerhalb der anonymen Form des Klassendespotismus zweifelsohne günstiger sind. "Bürgerlich-demokratische Herrschaftsformen mit der formalen Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Proklamation eines Kataloges bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten bieten relativ günstige Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse. Trotz ihres formalen und begrenzten Charakters können verfassungsmäßig proklamierte bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten von der Arbeiterklasse als Waffe im Kampf gegen den Imperialismus ausgenutzt werden." (107) Aber aus der Tatsache, daß sich die Arbeiterklasse mit aller Kraft gegen den bevorstehenden Versuch der Transformation der Form der Klassenherrschaft zu stemmen hat, ist keineswegs eine Begründung für die Ausrichtung der Taktik auf die Erkämpfung einer progressiven, antimonopolistischen Demokratie abzuleiten. Die revolutionäre Taktik ist in den Metropolen an der proletarischen Revolution orientiert, worin eingeschlossen ist, daß die Arbeiterklasse sich in ihrem Kampf die besten Kampfbedingungen zu sichern sucht. Und die DKP begründet folglich auch selbst von einem anderen Zusammenhang her die These von der antimonopolistischen Demokratie als einer "Kernfrage der revolutionären Theorie und Politik" (108). Die Frage, "nach dem Verhältnis von allgemein demokratischen Bestrebungen und Kampf um sozialistische Demokratie in der Strategie der kommunistischen und Arbeiterparteien in hochentwickelten kapitalistischen Ländern" (109), nimmt deshalb einen zentralen Platz ein, weil ein direkter, unvermittelter Übergang vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus nicht möglich ist. "Gerade, weil für die DKP Sozialismus keine Phrase, sondern Ziel und Perspektive ist, dem ihre ganze Tätigkeit gilt, erklärt sie, daß es in der Bundesrepublik vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus keinen unvermittelten Übergang gibt." (110) Die Begründung für die These von der "notwendig vermittelnde(n) Rolle des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie" (111), von der "vermittelnde(n) Funktion der

107 DER IMPERIALISMUS..., p. 208.

108 ib., p. 564.

109 ib.

110 ENTWURF..., l.c., p. 10 (These 10); cf.: DER IMPERIALISMUS..., l.c., p. 566.

111 Willi Gerns: "Grundfragen...", l.c.

fortschrittlichen Demokratie" (112) liegt also auf einer ganz anderen Ebene und wird keineswegs von der staatsmonopolistischen Form des heutigen Kapitalismus, d.h. der Verschmelzung der Macht der Monopole und der des Staatsapparates abgeleitet, sondern resultiert aus einer Einschätzung des Zusammenhangs von Kapitalismus und Sozialsimus überhaupt. Sehen wir uns diese Ableitung noch etwas genauer an.

Bestreite man die Notwendigkeit einer vermittelnden Form zwischen Kapitalismus und Sozialismus, so argumentiert die DKP, dann berufe man sich auf die Logik des großen Sprungs. "Auf jeden Fall aber kann man für die Bedingungen unseres Landes sagen, daß es nicht möglich ist, mit einem großen Schritt aus der heutigen staatsmonopolistischen Bundesrepublik zum Sozialismus zu gelangen. Übergänge sind in den entwickelten kapitalistischen Ländern, also auch in der Bundesrepublik notwendig. Schon Lenin und die Komintern haben z.B. im Zusammenhang mit der Forderung nach der Arbeiterregierung auf die Notwendigkeit des Kampfes um Übergangsforderungen hingewiesen. Außerdem zeigt die Entwicklung in den sozialistischen Ländern, daß auch dort Übergänge notwendig waren." (113) Aus dieser Argumentation geht deutlich hervor, daß die Notwendigkeit eines vermittelnden Überganges in die sozialistische Produktionsweise ein generelles Problem des Überganges ind ie höhere Gesellschaftsformation ist und nicht nur bei den Übergängen aus den Ländern mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis relevant wird. Als eigentliche Substanz des Arguments von der vermittelnden Form wird jetzt vielmehr eine These über den Kosntitutionsprozeß des Klassenbewußtseins sichtbar. Objektiv, d.h. unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Produktivkräfte stelle sich unmittelbar die Aufgabe der proletarischen Revolution, denn von daher betrachtet ist die BRD überreif für den Sozialismus; aber was für die objektiven Bedingungen gesagt werden kann, gilt für die subjektiven in keiner Weise. Vielmehr müsse man davon ausgehen, daß die Arbeiterklasse erst durch ihre eigenen praktischen Kampferfahrungen in der Etappe der antimonopolistischen Demokratie an die Notwendigkeit des Kampfes um den Sozialismus heranzubringen sei. Die Bereitschaft der lohnabhängigen Massen, "etwas zu verändern, richtet sich zwangsläufig zunächst auf Teillösungen und nach erreichten Teilerfolgen wiederum auf das nächste Problem und auf den Ausbau und die Sicherung des Erreichten. Die Überzeugung von der Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung bildet sich daher nur allmählich heraus, unter bestimmten Umständen allerdings auch in einem relativ kurzen Zeitraum. Sie wächst nicht nur in der Diskussion, sondern vor allem im Verlauf des Kampfes um Alternativlösungen für die nächstliegenden Probleme und deren Überprüfung auf Richtigkeit und Dauerhaftigkeit." (114) War in der Marxschen Theorie der Vermittlungszusammenhang bisher so bestimmt, daß die Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution die politische Form ihrer sozialen Emanzipation etabliert, eine ausdehnungsfähige Form, jenes rationelle Zwischenstadium, in welchem der Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann, so wird in der Taktik der DKP dies Folgeverhältnis umgekehrt. Erst muß die politische Form der sozialen Emanzipation – die antimonopolistische Demokratie – angestrebt werden, damit überhaupt die soziale Revolution in den Bereich des Möglichen rücken kann. Galt es nach Marx und Engels den Desillusionierungsprozeß von Teilen des Proletariats durch Agitation und Aktion der Avantgarde so zu unterstützen, daß der Parlamentarismus als Werkzeug des Klassendespotismus den Massen völlig klar wird und es mithin unumgänglich wird, durch Eroberung der politischen Gewalt das organisierte Mittel zur Herstellung einer höheren Gesellschaftsform zu gewinnen, so muß

112 DER IMPERIALISMUS..., l.c., p. 567.
113 Willi Gerns: "Grundfragen...", l.c.
114 DER IMPERIALISMUS..., l.c., p. 565.

Bereich des Möglichen rücken kann. Galt es nach Marx und Engels den Desillusionierungsprozeß von Teilen des Proletariats durch Agitation und Aktion der Avantgarde so zu unterstützen, daß der Parlamentarismus als Werkzeug des Klassendespotismus den Massen völlig klar wird und es mithin unumgänglich wird, durch Eroberung der politischen Gewalt das organisierte Mittel zur Herstellung einer höheren Gesellschaftsform zu gewinnen, so muß jetzt zunächst die politische Form der sozialen Emanzipation angestrebt werden, und erst im Prozeß des Kampfes um dieses Ziel, das eigentlich nur Mittel ist, soll sich das Bewußtsein von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution herausbilden können. "Die antimonopolistische Demokratie, die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft ist eine Durchgangsphase, in der die Herrschaft des Monopolkapitals beseitigt und der Weg zum Sozialismus geöffnet wird." (115) Eine Konzeption allgemeiner Taktik, die einst Berechtigung hatte in Ländern, wo die bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht vollendet war, wo zunächst der politische Überbau aus einer vorbürgerlichen Produktionsweise der bürgerlichen Gesellschaft anzupassen war und wo die Anpassung so gestaltet werden konnte, daß der Übergang in die soziale Revolution sich anschloß, wird auf gesellschaftliche Zustände übertragen, wo es für das Proletariat keine Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution mehr zu lösen gibt. Den Parlamentarismus als Form der Klassenherrschaft bloßzustellen, so daß "die Arbeiter die Republik nicht mehr als eine politische Spielart des alten Systems der Klassenherrschaft wollen, sondern als revolutionäres Mittel, um die Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen" (116), heißt aber die sozialistische Revolution an die erste Stelle in der Taktik zu setzen. Der Parlamentarismus ist tot und die Arbeiterrevolution ist nicht darauf aus, ihn von den Toten zu erwecken, auch wenn der Transformation in die personale Form der Klassenherrschaft Widerstand entgegengesetzt wird. Auch die DKP muß einräumen, daß die antimonopolistische Demokratie im Grunde nichts anderes ist als die politische Form der sozialen Emanzipation des Proletariats. "Die antiimperialistische, fortschrittlich-demokratische Ordnung verlangt zumindest, daß die Macht der wichtigsten Kräfte des Monopolkapitals entscheidend eingeschränkt wird. Sie ist zwar noch kein Sozialismus, es bestehen auch noch keine sozialistischen Eigentumsverhältnisse, sie ist aber auch nicht als Etappe oder Phase des Kapitalismus möglich." (117) Oder noch schärfer formuliert, die DKP muß zugeben, daß angesichts der überragenden Bedeutung der Monopole im heutigen Kapitalismus mit ihrer Überwindung praktisch der Kapitalismus aufhört, als gesellschaftliche Formation zu existieren. "Die antimonopolistische Demokratie, das ist schon kein Imperialismus mehr, aber auch noch kein Sozialismus. Doch damit wird entscheidend der Weg zum Sozialismus geöffnet." (118) Es ist eben die politische Form der sozialen Emanzipation des Proletariats. Um diese Form errichten zu können, ist zunächst das solidarische Handeln der Arbeiterklasse sicherzustellen. Wenn Teile der Bourgeoisie ebenfalls die Unvermeidlichkeit der höheren Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit eingesehen haben, können sie sich dem Proletariat anschließen. Aber in einem breiten demokratischen Bündnis die Diktatur des Proletariats in einem hochentwickelten Land anstreben zu wollen, das ist keine konsistente Taktik. Es bleibt daher auch völlig unklar, warum der Kampf um die demokratische Erneuerung "einen großen e i g e n e n Wert" haben soll und er "für die Arbeiterklasse eben nicht nur ' V e h i k e l ' zum Sozialismus" (119) sein soll.

115 ENTWURF..., l.c., p. 17 (These 10).
116 Karl Marx: "Der Bürgerkrieg...", l.c., p. 608.
117 DER IMPERIALISMUS..., l.c., p. 567.
118 Willi Gerns: "Grundfragen...", l.c.
119 ib. (Hervorhebung – J.B.).

5. Aus der Betrachtung der Taktik der DKP, die sich im übrigen mit jener der kommunistischen Parteien anderer hochentwickelter kapitalistischer Länder deckt (120), vor dem Hintergrund der oben skizzierten Interpretation der Auffassung von Marx, Engels und Lenin ergibt sich das Resultat, daß zwar das Problem der Herstellung der Solidarität der Arbeiterklasse als ein Kernproblem moderner Taktik akzeptiert wird, aber zugleich doch darauf verwiesen wird, daß es nur e i n Kernproblem sei. Insofern an der Herstellung eines breiten demokratischen Bündnisses als einem Eckstein auch für die Taktik der Metropolen festgehalten wird, wird die Unterscheidung in zwei allgemeine Taktiken von der DKP verworfen. Ganz abgesehen von den spezifischen nationalen Besonderheiten, denen durch Modifikation der allgemeinen Taktik Rechnung getragen werden muß, propagiert die DKP in Übereinstimmung mit den anderen kommunistischen Parteien eine neue Konzeption allgemeiner Taktik. Auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1969 wurde diese Konzeption so formuliert:

"Die kommunistischen und Arbeiterparteien stellen – im Gegensatz zu den rechten und 'linken' Opportunisten – den Kampf für die Durchsetzung tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Forderungen, für die fortschrittliche Demokratie dem Kampf für den Sozialismus nicht entgegen, sondern betrachten ihn als einen Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus. Die radikalen demokratischen Umgestaltungen, die im Kampf gegen die Monopole, gegen wirtschaftliche Hegemonie und politische Macht errungen werden, werden dazu beitragen, daß sich immer breitere Massen der Notwendigkeit des Sozialismus bewußt werden." (121)

Diese Modifikation in der Bestimmung der allgemeinen Taktik ist insofern problematisch, als eine praktische Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft erreicht werden soll durch eine grundlegende demokratische Erneuerung von Gesellschaft und Staat. Dieser Auffassung ist entgegenzuhalten, daß die antimonopolistische Demokratie faktisch nichts anderes als die politische Form der sozialen Emanzipation des Proletariats ist, die überhaupt nur etabliert werden kann, wenn zuvor durch konsequente Agitation und Aktion die die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse trennenden Klassenvorurteile abgebaut und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hergestellt werden können. Die Kommunisten können den Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft nur beschleunigen, wenn sie die Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung den Massen in Anknüpfung an deren tagtägliches Werkeltagleben klarmachen können. Daß die Transformation von der mittelbaren Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit zur unmittelbaren erst im Verlauf eines längeren Entwicklungsprozesses erfolgen kann, ist überhaupt kein Grund, die Massen zunächst von der Notwendigkeit der Übergangsperiode und dann von der der sozialen Revolution überzeugen zu wollen. Es muß bezweifelt werden, ob durch die Ausrichtung der Taktik auf die demokratische Erneuerung der Bewußtwerdensprozeß der proletarischen Massen wirklich beschleunigt wird.

6. Der Kampf gegen das Sektierertum ist in den Metropolen von eminenter Bedeutung. Ob dieser Kampf dann sehr erfolgreich sein wird, wenn man den Kampf um eine antimonopolistische Demokratie zum Scheidepunkt zwischen einer sektiererischen und einer auf den wissenschaftlichen Sozialismus gegründeten Parteipolitik macht, muß aus den oben angegebenen Überlegungen heraus stark bezweifelt werden. Zwar ist die allen linkskommunistischen Gruppen gemeinsame Forderung nach einer 'nichtrevisionistischen Gesamtstrategie' bei allen bloße Phrase geblieben und eine Änderung dieses Zustandes steht nicht zu erwarten, solange in den Sekten die Verknöcherung und Verhunzung des wissenschaftlichen Sozialismus weiterhin solche Triumphe feiert wie bisher. Aber solange die DKP, rsp. die anderen kommunistischen Parteien der hochentwickelten kapitalistischen Länder, bei ihrer jetzigen Konzeption revolutionärer Taktik bleiben, werden sie selbst dem linken Radikalismus einen guten Ansatzpunkt und in gewisser Weise auch Nährboden bieten, Zumindest das Eingangs beschriebene Paradoxon in der Taktik der Partei, nämlich, daß genau der Kernpunkt der gesamten Auffassung so schwer zu vermitteln ist, sollte den Genossen genug Ansporn zur weiteren Präzisierung ihrer Thesen sein.

120 cf. MANIFESTE DU PARTI COMMUNISTE FRANCAIS, adopte par le Comite central du PCF en decembre 1968, Paris 1969.

121 INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN IN MOSKAU VOM 5. JUNI BIS 17. JUNI 1969, Berlin 1969, p. 157.

Joan Robinson
Der neue Merkantilismus
ca. 240 Seiten, Balacron DM 28,–

Bernhard Külp
Streik und Streikdrohung
Ihre Wirkungen in der Volkswirtschaft und Sozialpolitik
64 Seiten, Snolin DM 6,–, Balacron DM 7,50

Hermann Hilterscheid
Industrie und Gemeinde
Die Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk und ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung
348 Seiten, 12 Übersichtstabellen, Balacron DM 50,–

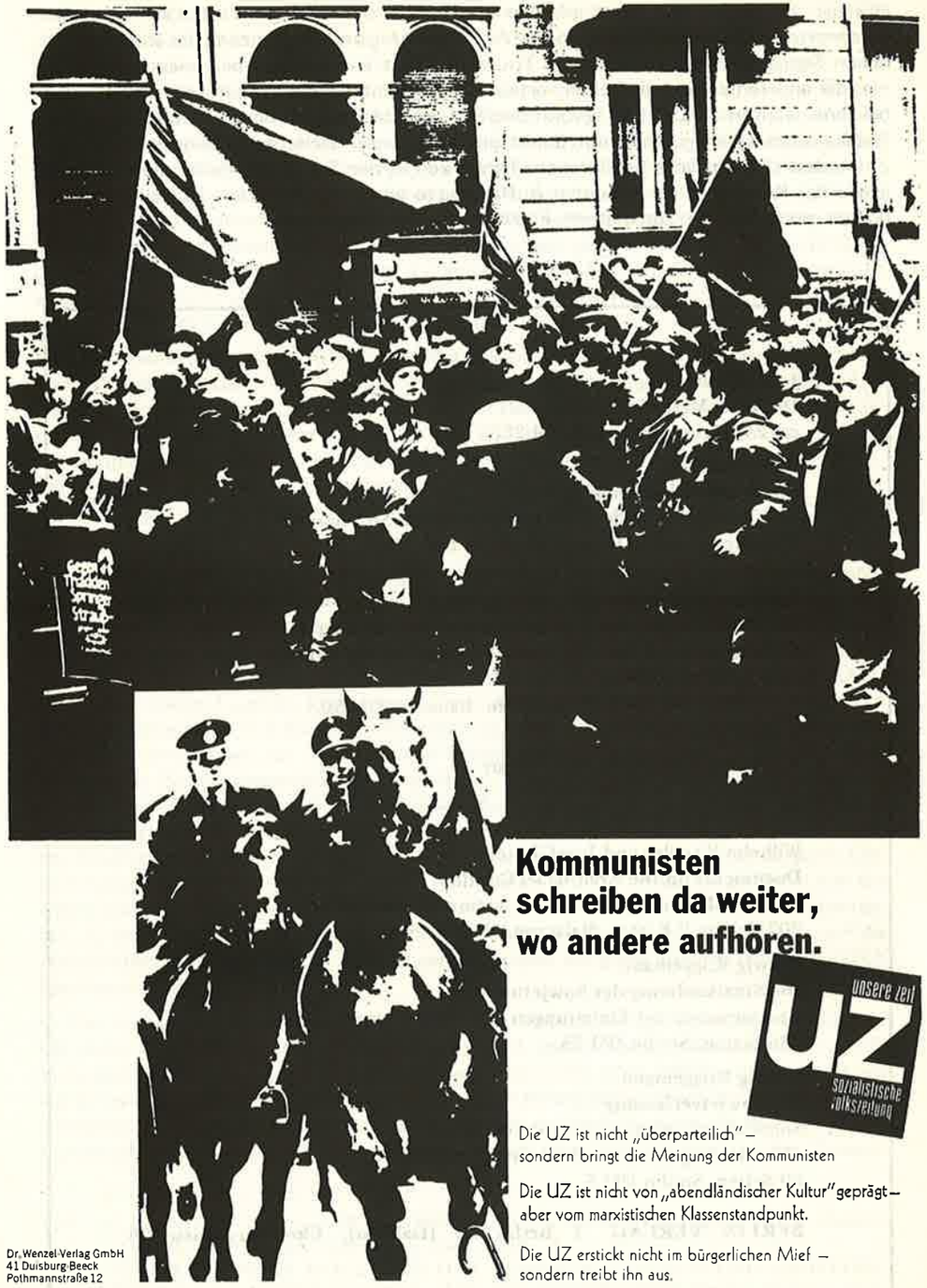
Robert Triffin
Wegweiser vom Währungswirrwarr
Vorwort von Dr. Hermann Abs
456 Seiten, Balacron DM 40,–

Wilhelm Wengler und Josef Tittel
Documents on the Arab-Israel Conflict
The Resolutions of the United Nations Organization
207 Seiten, 2 Karten, Balacron DM 20,–

Herwig Roggemann
Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetzestexte mit Einleitungen und Anmerkungen
296 Seiten, Snolin DM 25,–

Herwig Roggemann
Die Sowjetverfassung
Sonderdruck aus dem Loseblattwerk
„Die Gesetzgebung der Sozialistischen Staaten"
60 Seiten, Snolin DM 6,–

BERLIN VERLAG 1 Berlin 33 (Dahlem), Ehrenbergstrasse 29



Kommunisten schreiben da weiter, wo andere aufhören.

unsere zeit
UZ
sozialistische Volkszeitung

Die UZ ist nicht „überparteilich" – sondern bringt die Meinung der Kommunisten

Die UZ ist nicht von „abendländischer Kultur" geprägt – aber vom marxistischen Klassenstandpunkt.

Die UZ erstickt nicht im bürgerlichen Mief – sondern treibt ihn aus.

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
41 Duisburg-Beeck
Pothmannstraße 12

Kurzanalysen, Berichte

Zur aktuellen Situation der italienischen Gewerkschaftsbewegung

Die Jahre 1970 und 1971 sind für die italienischen Gewerkschaften (1) eine Phase des Übergangs gewesen. 1969, im "heißen Herbst", hatte sich erstmals in vollem Umfange die Aktionseinheit der drei Gewerkschaftsverbände CGIL (kommunistisch/sozialistisch), CISL (ehemals christdemokratisch) und UIL (sozialdemokratisch) realisiert und war die politische Aktion der Gewerkschaften zu einem entscheidenden Machtfaktor in Italien geworden. Das Jahr 1970 galt vor allem der Sicherung und dem Ausbau der Errungenschaften von 1969. 14 000 Strafverfahren gegen Gewerkschafter waren im Gang (2). Den erfolgreichen Tarifabschlüssen des Herbstes waren beträchtliche Preis- und Steuererhöhungen gefolgt. Einen gewissen Fortschritt bedeutet dagegen die parlamentarische Verabschiedung des sog. Statuts der Rechte der Arbeitnehmer; in dieses Gesetz waren einige wichtige Forderungen der Gewerkschaften aufgenommen worden. Gleichzeitig wurden die neuen Organisations-Strukturen in den Betrieben und den Gewerkschaften selbst gefestigt.

1971 (3) stand die Orientierung auf die nächste entscheidende Etappe im Mittelpunkt der Arbeit, nämlich die nun auch organisatorische Vereinigung der drei Verbände im Laufe des Jahres 1972. Der wichtigste Schritt hierzu wird der Zusammenschluß der drei Metallarbeiter-Gewerkschaften im Frühjahr 72 sein (4).

Dementsprechend lassen sich für die gegenwärtige Phase drei Hauptlinien in den gewerkschaftlichen Aktionen feststellen:

- der Tarifkampf und die gesamten Forderungen auf betrieblicher Ebene; 1971 waren am wichtigsten die Aktionen bei FIAT und Zanussi,
- der politische Kampf um die Strukturreformen, dessen Schwerpunkt in diesem Jahr auf der Frage der Entwicklung Süditaliens lag,
- die Initiativen zum Abschluß des Prozesses der Gewerkschaftseinheit durch das Übergehen ins Stadium der organisatorischen Einheit.

Die Gewerkschaften im Betrieb

Am 19. Juni 71 ging nach insgesamt 70 Streikstunden der Ausstand der 185 000 FIAT-Arbeiter zu Ende. Am selben Tag erfolgte auch der Vertragsabschluß für die 30 000 Arbeiter der Zanussi-Gruppe. Bei ihnen war seit Januar über 150 Stunden gestreikt worden.

Es waren dies die beiden wichtigsten Aktionen der drei Metallgewerkschaften FIOM-CGIL, FIM-CISL und UILM-UIL seit dem Herbst 69 (5). Die Verhandlungen waren zuletzt unter Vermittlung des Arbeitsministers in Rom geführt worden. Der Abschluß kam erst durch die Drohung eines Generalstreiks am 22. Juni zustande. Am 9.6. hatte bereits

---

1 Allgemeinere Informationen über die italienischen Gewerkschaften finden sich in dem Beitrag des Verfassers "Möglichkeiten sozialistischer Politik – Beispiel Italien" in SOPO 12.
2 Vgl. "14 000 denunce" von Borgomeo/Forbice (Stasind).
3 Redaktionsschluß 10. Oktober 71.
4 RASSEGNA SINDACALE, 27.6.71, S. 5.
5 ebenda, S. 6/7.

ein auf drei Provinzen beschränkter Generalstreik aus Solidarität mit den Zanussi-Arbeitern stattgefunden (6).

Das wichtigste Ergebnis – auch unabhängig vom Tarifvertrag – bei FIAT war der Ausbau der Position der Gewerkschaften. Verglichen etwa mit Zanussi waren sie hier seit den Repressionen und den Niederlagen der fünfziger Jahre relativ schwach. Noch bei den Betriebsratswahlen von 1968 stimmten 22 % der Arbeiter und 35 % der Angestellten für die "gelbe" Gewerkschaft SIDA, die angeblich 11 000 Mitglieder (es ist eine betriebseigene Gewerkschaft) hat (7). Diesmal weigerten sich FIM, FIOM und UILM mit ihr gemeinsam zu verhandeln; die neofaschistische CISNAL war "mangels Masse" von vornherein ausgeschlossen. Immer noch lag aber in etlichen FIAT-Betrieben die Streikbeteiligung nur bei 30 oder weniger Prozent. Der aus der früheren Schwäche der Gewerkschaften resultierende Einfluß linkssektiererischer Gruppen wurde weiter zurückgedrängt.

Auch bei FIAT war diesmal das wichtigste Kampfmittel der sog. "sciopero articolato", der gegliederte Streik (auch genannt "sciopero a scacchiera", Schachbrettstreik). Er ist am praktikabelsten in Großbetrieben mit durch die einzelnen Abteilungen ununterbrochen fortlaufendem Produktionsprozeß; um ihn lahmzulegen genügt folglich der Streik einer einzelnen Abteilung oder auch noch kleinerer Einheiten. Dadurch bleiben die Lohneinbußen minimal. Aus nicht recht einleuchtenden Erwägungen haben die italienischen Gewerkschaften keine Streikkassen. Bei längeren Aussperrungen (etwa 1970 bei der größten Fabrik Roms, FATME) hat das besonders negative Auswirkungen. Auch dieses Jahr hat es wieder längere Fabrikbesetzungen gegeben, so in einigen Betrieben in Porto Marghera.

Um den Schaden für den Unternehmer zu vergrößern, greift man immer öfter zu überraschenden Streiks, so daß der Unternehmer keine Dispositionen mehr treffen kann. Die von der Gewerkschaft festgelegte Zahl der Streikstunden wird zwar bekanntgegeben, nicht aber die Abteilung und der genaue Zeitpunkt (8). Darüber wird selbständig von den Vertrauensleuten entschieden, so daß etwa in einer Abteilung zusammenhängend eine Stunde, in einer anderen sechs mal 10 Minuten lang gestreikt wird. Die Arbeiter erfahren den Beginn durch ein Pfeifsignal.

In einigen Fällen wurden auch keine Streikposten mehr aufgestellt. Stattdessen gingen Kontrollgruppen durch die Gebäude, was durchaus effektiver war. Bei FIAT umfaßten diese Kontrollgruppen oft einige hundert Arbeiter (9).

Harmlosere Kampfformen sind der Bummelstreik oder die Reduzierung der Produktionsrhythmen, indem man etwa nur noch jedes zweite Stück auf dem Band bearbeitet oder jedes zehnte nicht mehr bearbeitet. Um ihrer Forderung nach längeren Pausenzeiten Nachdruck zu geben, blieben die FIAT-Arbeiter schon während der Verhandlungen zehn Minuten länger in der Kantine. Auch um Entlassungen zu verhindern, reduzieren Abteilungen die kollektive Leistung, so daß alle Arbeitskräfte notwendig bleiben (10).

6 Zanussi ist das zweitgrößte metallverarbeitende Unternehmen (nach FIAT) in Italien und der Welt zweitgrößter Hersteller von elektrischen Haushaltsgeräten (nach General Electrics). Wichtigste Fabriken: REX in Pordenone, ZOPPAS in Conegliano, TRIPLEX in Mailand.
7 CORRIERE DELLA SERA, 12.6.71.
8 RASSEGNA SINDACALE, 27.6.71, S. 23-25.
9 Man muß sich vergegenwärtigen, daß FIAT in Turin (wo nur ein Teil der Werke ist) aus zahlreichen Betrieben besteht, die von wenigen Dutzend bis zu 45 000 Arbeiter haben, was die Kommunikation während der Streiks erschwert.
10 L'UNITA, 30.9.71.

Es ist aber nicht uninteressant, daß der stellvertretende Generalsekretär der CISL, Scalia, einigen Aktivisten vorwarf, nach "Holzhammermethoden" zu verfahren, indem sie den Streik als einziges Mittel des Arbeitskampfes verwendeten. Von Scalia stammt der Vorschlag, die Gewerkschaften stärker auch als Organisation von Verbrauchern zu sehen und für ihren Konsum Orientierungen zu liefern (11). Vorerst hat man derartiges jedoch nicht realisiert.

Juristisch sind gegliederte Streiks, Solidaritätsstreiks oder politische Streiks illegal. Diese Bestimmungen des "Codice Rocco" von 1932 wurden nach dem Herbst 69 in großem Umfang als Instrument der Repression benutzt. Weiter kann nahezu jede Maßnahme bei Arbeitskämpfen als Subversion, antinationale Aktivität, Aufruhr oder mißbräuchliche Ausnutzung von Gesetzen kriminalisiert werden. Krasses Beispiel: Werden Flugblätter auf den Boden geworfen, so ist das Mißbrauch des Rechts auf Flugblattverteilung und folglich kann diese unterbunden werden (12). Freilich ergriffen die Gewerkschaften nach dem "heißen Herbst" Gegenmaßnahmen, so daß eine Amnestie erlassen werden mußte und danach diese Bestimmungen kaum noch angewendet wurden.

Der "Codice Rocco" steht eindeutig im Gegensatz zur Verfassung von 1947. Dennoch ist auch nach einem Urteil des Verfassungsgerichtshofes von 1965 nur der "ökonomische" Streik legal (13). Dieser ist allerdings relativ großzügig geregelt, er wird nicht als "extrema ratio" angesehen, es sind keine Urabstimmungen vorgeschrieben.

Eine gewisse Einschränkung der repressiven Gesetzgebung brachte das im Frühjahr 70 angenommene Gesetz mit dem Titel "Statut der Rechte der Arbeitnehmer". Es stellt eine Art BVG dar, das es vorher in Italien nicht gab; es gab keine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung von Betriebsräten.

Das erste Projekt eines solchen Statuts legte die CGIL 1952 vor. Einige Fortschritte kamen nach dem Eintritt der Sozialisten (PSI) in die Regierung zustande, so 1966 das Gesetz zur Regelung der Kündigung. Demnach mußte ein stichhaltiger Grund vorliegen und die Kündigung wurde gerichtlich überprüfbar (in Italien existieren übrigens keine gesonderten Arbeitsgerichte). Das Gericht konnte die Wiedereinstellung des Arbeiters verlangen; weigerte sich der Unternehmer, hatte er dem Arbeiter fünf bis zwölf Monatslöhne zu zahlen. Dadurch konnten namentlich Großunternehmen weiterhin mißliebige Arbeiter loswerden, indem sie die entsprechende Summe bezahlten.

Das eigentliche Statut kam erst unter der Regierung Rumor vom Dezember 68 zustande, als der Sozialist und CGIL-Gewerkschafter Brodolini Arbeitsminister wurde (14). Nach seinem Tode brachte es der christdemokratische Minister und CISL-Gewerkschafter Donat-Cattin durchs Parlament, wo es auch die Stimmen der KP erhielt.

Im folgenden referieren wir kurz den Inhalt dieses italienischen BVG.
Erstens: das Statut bringt zunächst die Regelung einiger individueller Rechte: Freiheit politischer Meinungsäußerung am Arbeitsplatz; Einschränkung der Kontrollen im Krankheitsfall; Verbot audiovisueller Überwachung; Normen für betriebliche Disziplinarmaßnahmen.
Zweitens: die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb wird erlaubt; Entlassung, Versetzung oder Herabstufung in der Lohngruppe aus diesem Grund sind verboten; den Unternehmern wird verboten, eigene Gewerkschaften zu finanzieren; Gewerkschafter erhalten

11 CEDOS, November 70, S. 11.
12 LA STAMPA, 20.1.70.
13 QUADERNI DI RASSEGNA SINDACALE, 25. März 70, S. 43-45.
14 Vgl. ELEZIONI 70 – PSI, S. 214 - 251.

jährlich acht Tage unbezahlten Urlaub zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Veranstaltungen; in größeren Betrieben ist den Gewerkschaften ein eigener Raum zur Verfügung zu stellen; die Gewerkschaften dürfen im Betrieb Plakate anbringen, Propagandamaterial ohne Vorkontrolle mitbringen und verteilen, während der Pausen Beiträge kassieren oder interne Abstimmungen durchführen.
Drittens: bei gerichtlich festgestellter Unrechtmäßigkeit einer Entlassung muß der Betroffene wieder eingestellt werden, d.h. die Möglichkeit einer finanziellen Abgeltung nach dem Gesetz von 1966 entfällt.
Viertens: wichtiger als die formale Anerkennung der Gewerkschaftssektionen, die ohnehin kaum je bestritten werden konnte, ist die Anerkennung des Betriebsrats, also Kündigungsschutz für Betriebsräte; Versammlungsrecht im Betrieb für alle Arbeitnehmer;bezahlte Freistellung für Versammlungen bis zu 10 Stunden jährlich, darüber hinaus sind Betriebsversammlungen außerhalb der Arbeitszeit möglich; und generell Teilnahme betriebsfremder Gewerkschafter erlaubt.

Im Einverständnis mit den Gewerkschaften wurden keine genaueren Bestimmungen getroffen, da nach der Anerkennung des Versammlungsrechts eine Umstrukturierung hinsichtlich der Betriebsräte im Gang war. Der herkömmliche Betriebsrat (Commissione Interna = C.I.) wurde über Listen von der gesamten Belegschaft (getrennt Arbeiter und Angestellte) gewählt. Durch die Entwicklung der Gewerkschaftseinheit ist dieses Modell jedoch überholt.
Die C.I. sind inzwischen weitgehend durch die neuen Organismen der "Consigli di Fabbrica" (C.d.F.) ersetzt worden. Grundlage dieser Erneuerung war die Einführung einer Art von Arbeitsgruppensprecher (delegato di reparto) (15). Dieser wird direkt von den Arbeitern der jeweiligen Abteilung gewählt und ist jederzeit abberufbar. Er verhandelt über abteilungsspezifische Fragen mit dem Abteilungsleiter.

Sämtliche "Delegati di reparto" eines Betriebs bilden den "Consiglio di Fabbrica". In kleineren Betrieben werden gegebenenfalls mehrere "delegati" pro Abteilung gewählt. Die Aufgaben der C.d.F. werden jedoch zwischen dem jeweiligen Betrieb und den zuständigen Gewerkschaften ausgehandelt. Bei Pirelli-Mailand hat der C.d.F. z.Z. 110 Mitglieder (Arbeiter und Angestellte), die ein Exekutivkomitee von 15 Mitgliedern gewählt haben, die nach der Vereinbarung zwischen Direktion und Gewerkschaften freigestellt werden. Die C.I. bleibt vorerst noch in Funktion, bis der C.d.F. sich konsolidiert hat (16).

Eine eigene Jugendvertretung gibt es nicht und wird auch nicht gefordert, was mit der Schwäche der Lehrlingsbewegung und dem Fehlen einer Gewerkschaftsjugendorganisation zusammenhängt. Nur in der staatlichen Industrie gibt es Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.

Eine institutionelle Beteiligung (auch eine paritätische) an der Unternehmensleitung wird sonst von den Gewerkschaften abgelehnt. Auch in das "Statut" wurden keine partnerschaftlichen Vorstellungen (vgl. § 49 des westdeutschen BVG) aufgenommen, da es sonst weder die Zustimmung der Gewerkschaften noch der Kommunisten gefunden hätte.

Die Mitbestimmungsvorstellungen des DGB werden vor allem von CISL und CGIL scharf abgelehnt. Eine detaillierte Begründung dieser Haltung ist jedoch selten zu bekommen. Eine Stellungnahme in der CGIL-Zeitschrift "Quaderni di rassegna sindacale" (März 70) dazu findet sich bezeichnenderweise in einem internationalen Vergleich über repressive Gesetzgebung. Mitbestimmung wird hier bezeichnet als "Ausnutzung der Arbeiterklasse zugunsten kapitalistischer Interessen" und mit Vokabeln wie "grotesk" und "Hirngespinst" belegt.

15 RASSEGNA SINDACALE, 9.11.69, S. 30-33.
16 L'UNITA, 16.6.71.

Ein eigens der Montanmitbestimmung in der BRD gewidmeter Artikel von Trogi in derselben Zeitschrift (Dezember 68) kommt zu ähnlich negativen Ergebnissen. Seine Abneigung ist allerdings zum Teil bedingt durch die positive Wertung der Montanmitbestimmung seitens einiger Vertreter der ultrarechten Liberalen Partei (PLI), die offenbar auch Mißverständnissen erlegen sind. Ansonsten bringt der Artikel in einigen Punkten durchaus zutreffende Kritik gerade an der Montanmitbestimmung, bleibt aber völlig an der Oberfläche und ignoriert vor allem die fortgeschritteneren Perspektiven in der Mitbestimmungsdiskussion in der BRD.

Die integrativen Aspekte der Institutionalisierung von Arbeitsgruppensprechern werden dagegen nur selten beim Namen genannt, sehr deutlich einmal in der Rede des stellvertretenden CGIL-Vorsitzenden Foa vom 15.6.70, in der er vor dem Verzicht auf weitergehende Forderungen als Folge der "Mitverantwortung am Arbeitsplatz" warnte (17).

Auch die Modalitäten der Tarifabschlüsse haben einige Veränderungen durchgemacht. Im Juli dieses Jahres beschlossen die Vorstände der drei Eisenbahnergewerkschaften SFI-CGIL, SAUFI-CISL und SIUF-UIL ihr Programm für 1972. Ein erster Entwurf war jedoch schon im Mai von ihnen ausgearbeitet und dann zur Diskussion an die Betriebssektionen weitergegeben worden. In die endgültige Fassung waren dann zahlreiche Veränderungsvorschläge aufgenommen worden (18). Spätestens seit der ersten Hälfte von 71 ist auch die generelle Anwendung von Öffnungsklauseln und Haustarifabschlüssen die Regel, die "contrattazione articolata" bzw. "contrattazione aziendale integrativa" (betrieblicher Ergänzungs-Vertrag), bei der die Arbeitnehmerseite durch die Provinzgewerkschaftsleitung, die Betriebssektionen und C.I. bzw. C.d.F. (beide in Italien auch allein tariffähig) vertreten sind (19).

So wird nicht nur eine stärkere Beteiligung der jeweiligen Belegschaft an den Tarifabschlüssen, sondern auch eine Ausweitung der gewerkschaftlichen Positionen erreicht. Endgültig seit dem Herbst 69 werden sämtliche Verträge von CGIL, CISL und UIL gemeinsam ausgehandelt.

Über die von den Delegationen ausgehandelten Vertragsentwürfe wird dann auf Versammlungen im Betrieb diskutiert und abgestimmt; bei FIAT wurden sie im Juni nahezu einstimmig angenommen.

Der FIAT-Vertrag brachte eine Lohnerhöhung von 30 Lire pro Stunde für alle Arbeiter und Angestellten. Die fünfte, unterste Lohngruppe wurde ganz, die vierte weitgehend abgeschafft. Die Tendenz zielt auf eine Aufhebung der Kategorien Arbeiter/Angestellte. Die Zuschläge für die Nachtschicht erhöhten sich von 30 % auf 50 %. Die Pausen wurden durchschnittlich um ein Drittel verlängert, die Akkordsätze verbessert.

Ferner wurden zahlreiche Komitees für Akkord, Arbeitstempo, Lohngruppen, Gesundheitsschutz u.a. konstituiert, die gegebenenfalls bei der Betriebsleitung "intervenieren" können; über ihre Effektivität läßt sich noch nichts sagen (20).

Bei Olivetti war im Februar 71 im Tarifvertrag festgelegt worden, daß die Abteilungssprecher direkt mit der Betriebsleitung über den Akkord verhandeln können. Gerade da in Italien die Forderung nach Bildungsurlaub noch kaum erhoben wird, ist an diesem Vertrag interessant, daß die Arbeiter innerhalb bestimmter Zeiträume in Abteilungen mit unter-

17 SERIE DI DOCUMENTAZIONE 9, hrg. 1970 von der CCdL Mailand.
18 RASSEGNA SINDACALE, 27.6.71, S. 15.
19 Vgl. "La contrattazione integrativa...", (CGIL/11), Rom 1970.
20 L'UNITA, CORRIERE DELLA SERA, 20.6.71.

schiedlichem technologischen Standard arbeiten können (21). Bei Zanussi erkämpften die Arbeiter sich eine Lohngarantie als Schutz gegen Kurzarbeit (22).

Neben FIAT, Zanussi und dem spektakulären Streik der Hotelangestellten hatten die Aktionen der Landarbeitergewerkschaften seit dem Frühsommer besondere Bedeutung. Mit 1,7 Millionen ist das Landproletariat Italiens größer als in allen EWG-Staaten. Ihre Forderungen waren diesmal vor allem auf strukturelle Veränderungen gerichtet (23):

- Angleichung an die Löhne der Industriearbeiter,
- Mindestanstellung für eine Saison; für Arbeiter, die 1970 im gleichen Betrieb 150 Tage gearbeitet haben, Anstellungen für ein ganzes Jahr bzw. unbefristete Beschäftigung,
- Ausdehnung und Verbesserung des Gesundheitsschutzes,
- 40-Stunden-Woche.

Eine Statistik aus Mailand über die Einführung der 40-Stunden-Woche (24):
- Metallarbeiter: 1.12.72
- Chemie: 1.1.71
- Bauarbeiter: 1.1.72
- in der Lebensmittelbranche 42-Stunden-Woche ab 1.5.71
- in den öffentlichen Diensten 46 (!) -Stunden-Woche ab 1.7.71

Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben bisher nur die Metallarbeiter erreicht.

Allgemein besteht die Tendenz hin zu strukturellen Verbesserungen, und die Gewerkschaften wollen sich diese nicht durch Lohnerhöhungen abkaufen lassen. Nach der Billigung der FIAT- und Zanussi-Verträge durch die Arbeiter sagte in einer Rede der Vorsitzende der FIOM, Trentin: "Es ist nicht gesagt, daß die gegenwärtige Produktivorganisation unveränderlich ist. Produktionsanlagen und -abläufe können und müssen umstrukturiert werden, indem eine Produktion in veränderter Weise erreicht wird und indem auch die Betriebe anders gebaut werden." (25)

Der Kampf für die Reformen

"In Italien werden die Streiks immer stärker politisiert." (26) In den letzten drei Jahren sind die drei Gewerkschaftsverbände zusammen mit den Kommunisten (PCI), Sozialproletariern (PSIUP), der linken Mehrheit innerhalb der Sozialisten (PSI) und der linken Minderheit der Christlich-Demokratischen Partei (DC) zum Träger des gesellschaftlichen Fortschritts in Italien geworden. Der "heiße Herbst" 1969 hat bei den Arbeitern ein direkteres und stärkeres Bewußtsein der Ausbeutung, aber auch der eigenen Macht geschaffen. Eine neue Qualität bekam die gewerkschaftliche Aktion durch die Massendiskussion der Reformforderungen und das gemeinsame Auftreten von CGIL, CISL und UIL. Unter der Drohung des Generalstreiks trat im Juli 70 die Regierung Rumor zurück (27).

Inzwischen gibt es keine Partei mehr, die nicht für Reformen wäre. Nur hängen etwa für den sozialdemokratischen Finanzminister Preti alle Reformen davon ab, daß die Gewerk-

21 L'UNITA, 6.2.71.
22 ebenda, 21.6.71.
23 ebenda, 1.8.71.
24 aus Unterlagen der CGIL.
25 L'UNITA, 25.6.71.
26 THE TIMES, 3.7.71.
27 Vgl. PROSPETTIVA SINDACALE 4, März 71, S. 153-156.

schaften sich "mäßigen". Seit der Spaltung der Sozialistischen Einheitspartei im Sommer 69 sind die Sozialdemokraten (PSDI) die schärfsten Gegner der Reformforderungen; in ihrem fast hysterischen Antikommunismus sehen sie in CGIL und CISL ohnehin nur die Büttel der KP (28).

Seit 69 hat es recht viele Begegnungen zwischen Regierung und Gewerkschaften gegeben; positive Resultate waren im Frühjahr 70 das "Statut" und die Amnestie, beides aber auch weitgehend als Zugeständnis der Koalitionsmehrheit an die PSI zu betrachten. In den meisten Fragen jedoch wurden von der Regierung zwar Zusagen gegeben, sie wurden aber dann bei der parlamentarischen Behandlung abgeschwächt oder ins Gegenteil verdreht, so etwa in diesem Frühjahr bei der Wohnungs- und Städtebaureform. Anderes, wie die Gesundheitsreform, wird verzögert oder einfach "vergessen". Eine Antwort der Gewerkschaften auf solche Taktiken war der Generalstreik vom 7.4.71.

Die Notwendigkeit der Reformen kann von niemandem bestritten werden, zu offensichtlich sind die Sachverhalte. Man behilft sich dann mit Sprüchen wie "Was die Kommunisten vorschlagen, mag recht gut sein, aber wo sollen wir das Geld hernehmen", so der Vorsitzende der PSDI-Jugendorganisation, Enzo Collio (29). Aber was die Gewerkschaften fordern, ist gerade die Umverteilung der Prioritäten.

Für die Regierung ungewohnt war vor allem, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr auf Proteste beschränkten, sondern konkrete Forderungen präsentierten. Zu diesem Zweck hat man im Laufe dieses Jahres zahlreiche sogenannte Operative Zentren für die Reformen gegründet, die aber noch in der Aufbauphase sind; eine ihrer Aufgaben besteht in der Anwendung der Reformforderungen auf die jeweilige Region bzw. Kommune.

Eine der frühesten Ergebnisse des gemeinsamen Kampfes für die Reformen war die Rentenreform von 1969 unter dem sozialistischen Arbeitsminister Brodolini (30). Nach ihr betrug die Rente 74 % des letzten Lohns, ab 1975 werden es 80 % sein. Brodolini führte auch die Aufhebung der sogenannten "gabbie salariali" (Lohnzonen) durch, mit denen vergleichsweise niedrigere Löhne besonders in Süditalien geradezu institutionalisiert worden waren. Aber auch diese Reform wurde durch Untätigkeit oder Obstruktion besonders der hohen Bürokratie behindert (31).

Das wichtigste Dokument der Gewerkschaften zur Gesundheitsreform stammt vom September 70 (32). Grundlegende Forderung war die Einrichtung eines kostenlosen, alle Bevölkerungsgruppen einschließenden Nationalen Gesundheitsdienstes, nach britischem und skandinavischem Vorbild, der etwa die Diskriminierung auf diesem Sektor von Arbeitslosen oder Landarbeitern beseitigen soll. Die Finanzierung des Dienstes auf fiskalischem Weg dient der Entlastung der kleineren Einkommen. Die weitgehende Dezentralisierung ermöglicht eine demokratische Kontrolle durch Regionen und Kommunen. Weitere Forderungen betreffen die Krankenhausreform, die massive Ausweitung des vorbeugenden Gesundheitsschutzes und die Kontrolle der pharmazeutischen Industrie. Es handelt sich also um die Ausgliederung der Gesundheitsfürsorge aus der Sozialversicherung und ihre Einordnung unter die staatlichen Dienstleistungen.

Die Regierung stimmte diesen Vorschlägen noch 1970 zu; demnach soll der Nationale Gesundheitsdienst bis zum 1.1.76 in Funktion sein und kostenlose Hilfe für die gesamte Bevölkerung leisten. Ebenso soll auch die geforderte Dezentralisierung erfolgen. (33)

28 Vgl. "La relazione della direzione...", Beilage zu UMANITA vom 14./15.12.70.
29 in einem Gespräch mit dem Verfasser, Juli 71.
30 ELEZIONI 70 – PSI, S. 320.
31 CONQUISTE DEL LAVORO, 20.12.70, S. 23.
32 PROSPETTIVA SINDACALE 4, März 71, S. 105-110.
33 IL GIORNO, 13.6.71.

Nicht so präzise sind die Forderungen zur Schulreform (34): Schulpflicht bis zum 16., später 18. Lebensjahr; Realisierung des Rechts auf Bildung für Arbeiterkinder; massenweiser Neubau von Schulen; Demokratisierung der Organisation und der Inhalte des Unterrichts; Abschaffung des Schichtunterrichts; schließlich sollen Sportplätze, Turnhallen, Vorführsäle und Versammlungsräume der Schulen nach dem Unterricht der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Zur Behebung der Transportkrise fordern die Gewerkschaften radikalen Vorrang für den Ausbau des Nahverkehrs in den Ballungsgebieten, Herabsetzung der Ausgaben für Autobahnen, Kanäle, Bahnfernverkehr und die Überführung aller privaten Buslinien und Eisenbahnen (vor allem der "Ferrovie Nord" im Hinterland von Mailand) in öffentliches Eigentum (35).

Die Forderung nach einem Preisstop und anschließender Demokratisierung der bis jetzt dem Innenministerium unterstehenden Kommissionen zur Preiskontrolle wurde von der Regierung ignoriert (36).

Am populärsten und daher mit der größten Beteiligung geführt war der Kampf um die Wohnungs- und Städtebaureform, wie etwa der ihr geltende Generalstreik (der erste, der gemeinsam von CGIL, CISL und UIL organisiert wurde) am 19.9.69 zeigte. Das wichtigste Dokument zu diesem Thema stammt ebenfalls vom September 70 (37). Es enthielt nicht einfach die Forderung nach mehr Häusern, sondern nach einer grundlegenden Strukturreform, im einzelnen:

- Mietstop auf 3 Jahre,
- danach Einführung einer Art Kostenmiete,
- Enteignung des Bodens in Ballungsgebieten,
- Trennung des Besitzrechtes an Boden und Gebäuden,
- konsequente Anwendung der Gesetze 167 und 765 (38),
- Vervielfachung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau,
- demokratische Kontrolle der zuständigen Institutionen (IACP, INCIS, GESCAL) und ihre organisatorische Zusammenlegung,
- Kredit- und Steuererleichterungen für Genossenschaften.

Auch hier versuchte die Regierung zunächst ihre Verzögerungstaktik, was u.a. am 26.1.71 den Streik der Bauarbeiter zur Folge hatte, (39) im Februar schien man wieder einer Einigung nahe zu sein, am 7. April kam der Generalstreik. Im Mai kam das Gesetz dann bei Stimmenthaltung der KP durch die Abgeordnetenkammer. Zu neuen Schwierigkeiten kam es im Senat, einmal bildete sich eine Allianz aus der rechten DC und den Neofaschisten (MSI), (40) worauf CGIL und CISL die DC warnten, nach der Niederlage in den Juni-Regionalwahlen eine zweigleisige Politik betreiben zu wollen. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes, das einem gewissen Teil der gewerkschaftlichen Forderungen entspricht, soll Mitte Oktober erfolgen.

Ebenfalls in diesem Herbst will Finanzminister Preti seine Steuer-"reform" durchbringen, die von den Kommunisten und den Gewerkschaften total abgelehnt wird (41). Diese

34 QUADERNI DI BATTAGLIE DEL LAVORO, 1/2-1970, S. 23/24.
35 PROSPETTIVA SINDACALE 1, April 70, S. 80-83.
36 QUADERNI DI BATTAGLIE DEL LAVORO, 1/2-1970, S. 20-22.
37 PROSPETTIVA SINDACALE 4, S. 110-112; CASA E FISCO, (CGIL/13), Rom 1970, S. 21-32.
38 siehe SOPO 12, S. 33.
39 L'UNITA, 7.2.71 und 27.1.71.
40 AVANTI!, 4.7.71.
41 L'UNITA, 1.8.71.

hatten ein "System effektiver Progression", Verschärfung der Erbschaftssteuer, konsequente Unterbindung der Steuerflucht, Verlagerung der indirekten Steuer von Gütern des Massenbedarfs auf Luxusartikel und eine Erhöhung des steuerfreien Minimums von z.Z. 20.000 Lire monatlich auf etwa das Zehnfache gefordert. Von all dem dürfte sich in Pretis Gesetz nur das wenigste realisieren (42).

Im Mittelpunkt der Aktionen dieses Jahres standen bzw. stehen die Frage der Entwicklung Süditaliens und die Sicherung der Arbeitsplätze (43). Im September und Oktober hat es bei zahlreichen Betrieben Entlassungen oder Kurzarbeit gegeben, so bei Pirelli und vor allem in der Textilindustrie. Sollte die Krise sich verschärfen, könnte dies zu schwerwiegenden Folgen führen (44).

Ebenfalls in diesem Herbst wird noch ein Gesetz für Süditalien verabschiedet werden, das die PCI als völlig ungenügend ablehnt (45). Am 28./29. Mai veranstalteten CGIL, CISL und UIL einen großen Kongreß in Rom zu diesem Thema, am 30. Mai nahmen dort 150.000 Gewerkschafter aus ganz Italien an einer Demonstration für eine neue "Politik des Südens" teil (46). Kongreß und Massenkundgebung waren wochenlang in Versammlungen und Diskussionen vorbereitet worden. Das italienische Fernsehen berichtete übrigens so gut wie nichts von der Demonstration; die Gewerkschaften fordern nicht ohne Grund eine Demokratisierung der RAI-TV, nach dem Motto "Berichtet von unseren Kämpfen oder gebt uns eigene Sendezeit".

Die Forderungen der Gewerkschaften lassen sich auf folgende Hauptpunkte reduzieren:

- forcierte Industrialisierung des Südens,
- demokratische Kontrolle aller relevanten Investitionen,
- völlige Reorganisation der "Cassa per il Mezzogiorno", der wichtigsten Behörde für die Entwicklung des Südens,
- Neuplanung und demokratische Kontrolle der Investitionen der staatlichen Industrie,
- Agrarreform.

Die Agrarreform war einer der Hauptbezugspunkte auch in den Aktionen der Landarbeiter und der gewerkschaftlich organisierten Halbpächter im Frühjahr. Als unmittelbares Ziel hatten sie u.a. die sofortige Abschaffung der sog. Halbpacht (mezzadria); sie war Anfang des Jahres zwar schon gesetzlich vollzogen, wurde aber durch die Großagrarier erfolgreich sabotiert. Auf dem achten und letzten Kongreß der Gewerkschaft "Federmezzadri-CGIL" hieß es: "Die Transformation der italienischen Landwirtschaft kann nur von allen in der Landwirtschaft arbeitenden und mit der Solidarität der Arbeiterklasse realisiert werden." (47)

Der Weg zur Gewerkschaftseinheit

Seit über hundert Jahren bilden die Metallarbeiter die Avantgarde des italienischen Proletariats. So waren es auch ihre Gewerkschaften FIOM-CGIL und FIM-CISL, die 1966 die Initiative in der Frage der Gewerkschaftseinheit trafen.

42 Vgl. das Preti-Interview im Auslandsdienst der RAI, 10.10.71.
43 Vgl. die Rede des CGIL-Vorsitzenden Lama, L'UNITA vom 10.7.71.
44 L'UNITA, 30.9.71.
45 ebenda, 29.9.71.
46 Vgl. das gemeinsam von CGIL, CISL und UIL herausgegebene Sonderheft NORD E SUD UNITI NELLA LOTTA, 6.6.71; CORRIERE DELLA SERA, 6.7.71.
47 L'UNITA, 23.3.71.

Im Frühjahr 72 werden FIOM-FIM und UILM sich als erste zu einer Einheitsgewerkschaft zusammenschließen (48). Schon heute existieren gemeinsame Betriebs- und Ortsgruppen ("consigli unitari di zona"), gemeinsame Büros u.a. Auch bei den anderen Gewerkschaften vollzieht sich der Einheitsprozeß an der Basis schneller als an der Spitze. Aus einem Dokument der drei Gewerkschaften Druck und Papier: "Die neuen Einheitsstrukturen an der Basis haben im Mittelpunkt die Abteilungsdelegierten, die von allen Arbeitern – Gewerkschafter oder nicht – gewählt werden, und sie finden ihre Leitung und Koordination im C.d.F. Dieser, bestehend aus Delegierten und Gewerkschaftern, stellt die Verschmelzung zwischen der direkten Beteiligung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsorganisation dar und ist die tragende Struktur des Einheitsprozesses." (49)

In der Tat ist in der gegenwärtigen Phase nichts so wichtig wie der Kontakt zu den Massen und ihre direkte Beteiligung, auch trotz der oben genannten Risiken solcher neuen Strukturen. Weitere wichtige Schritte waren im Juli die erste gemeinsame Tagung nach 23 Jahren der Generalräte der drei Eisenbahnergewerkschaften und der für Mitte Oktober vorgesehene Kongreß der drei Chemiegewerkschaften (50).

Auf jeden Fall soll der gesamte Prozeß vor den Parlamentswahlen von 1973 abgeschlossen werden.
Das auf ihrem Kongreß in Ostia am 25./26. Juni angenommene Dokument "Über die Probleme der Einheit" der Vorstände von CGIL, CISL und UIL umreißt die weitere Entwicklung und enthält folgende Beschlüsse (51):

- permanente Koordination, gemeinsame Sitzungen und Beschlüsse der drei Vorstände,
- Einrichtung eines Operativen Zentrums auf nationaler Ebene mit den Aufgaben: Planung und Organisation der gemeinsamen Aktionen, Kontakte zu den politischen Parteien, Durchführung eines gemeinsamen Bildungsprogramms,
- ausschließlich gemeinsame Propaganda,
- gemeinsame Entsendung der Gewerkschaftsvertreter in Beiräte und staatliche Institutionen,
- Einrichtung eines wissenschaftlichen Zentrums,
- Vereinigung der drei Pressedienste CEDOS, ADIS und LI,
- Herausgabe einer gemeinsamen Monatszeitschrift.

Als hauptsächliche Differenzen werden genannt:

- internationale Position der Einheitsgewerkschaft: die CGIL schlägt ihren eigenen Austritt aus dem WGB und den von CISL und UIL aus dem IBFG vor, CISL und UIL wollen eine IBFG-Mitgliedschaft der Einheitsgewerkschaft,
- die Frage der Inkompatibilität: diese war 1969 für Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften mit parlamentarischem Mandat bzw. Funktionen im Vorstand politischer Parteien eingeführt worden; damals trat u.a. der CGIL-Vorsitzende Novella (Abgeordneter und Vorstandsmitglied der PCI) zurück. Der rechte Flügel der CISL und die UIL fordern die Inkompatibilität bis hinunter zu C.d.F.-Mitgliedern,
- das Verhältnis zu den Parteien: in dieser Frage sind die Positionen am unklarsten, da es innerhalb der CGIL drei verschiedene Meinungen dazu gibt, außer den verschiedenen Auffassungen von UIL und CISL, bei denen noch die alte Furcht vor einer Hegemonie der Kommunisten vorherrscht,
- die Organisation der Landarbeiter und Kleinbauern: im Gegensatz zur CGIL sprechen sich CISL und UIL für getrennte Gewerkschaften der Landarbeiter und der Kleinbauern aus.

48 RASSEGNA SINDACALE, 27.6.71, S. 4.
49 L'UNITA, 7.2.71.
50 ebenda, 12.7.71.
51 ebenda, 27.6.71.

Die Einheitsgewerkschaft wird eine große Anzahl politischer Richtungen umfassen; die parteipolitische Orientierung der Mitglieder wäre in etwa folgende: 40 % PCI – 20 % DC – 20 % PSI – 5 bis 10 % PSDI und PRI (Republikaner) – 10 bis 15 % PSIUP, verschiedene Gruppen der außerparlamentarischen Linken.

Zweifellos die meisten Schwierigkeiten – trotz ihrer Minorität – kommen von den Sozialdemokraten (PSDI), die in der UIL vertreten sind. Im Sinne ihrer Partei versuchen sie alles, um die Einigung der Arbeiterklasse zu verhindern (52). Der Generalsekretär der CISL, Storti, bezeichnete das Verhalten der UIL als "schwächlich und widersprüchlich" (53). Im Zentralkomitee der UIL verfügen die PSDI und die in Realität so gut wie nicht vorhandenen Republikaner über eine knappe Mehrheit gegen den PSI-Flügel, der aber den Generalsekretär Ravenna stellt. In einer Entschließung vom 25. Juni 71 stellt das UIL-ZK fest, es sei "zu früh für die Einigung, der Prozeß noch nicht genügend herangereift" (54). Nahezu den gleichen Beschluß mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen faßte Ende Juli auch das ZK der UILM. Dagegen der Protest des sozialistischen Vorsitzenden der UILM, G. Benevento: "Die Minderheitsgruppe in der UILM, die auf kaum 10 % der Mitglieder zählen kann, versucht sich auf ihre rechnerische Mehrheit im ZK zu stützen, um die Situation zu dramatisieren und jenes Ziel zu erreichen, das letztlich die extremsten sozialdemokratischen Gruppierungen verfolgen, nämlich nicht nur das Auseinanderbrechen der organischen, sondern auch das der Aktionseinheit zu erreichen" (55). In einigen Provinzen versuchten diese Gruppen sogar, wieder gesonderte Tarifverträge für die UIL abzuschließen, was aber nirgends gelang.
Bei der CISL gibt es ähnliche interne Probleme, nur haben hier die fortschrittlichen Kräfte inzwischen die Mehrheit. Am reaktionärsten ist die Landarbeitergewerkschaft FISBA, die auf den Positionen der rechten DC verharrt. Auch in der CISL der Region Veneto sind diese Tendenzen noch vorherrschend, schwächer sind sie vorhanden bei der Textilgewerkschaft. Ohne große Übertreibung könnte man sagen, daß FISBA und FIM nur noch durch ihre gemeinsame Vergangenheit verbunden werden (56).

In der FIM haben sich zahlreiche Einflüsse nicht nur aus der linken DC und den traditionellen Linksparteien (besonders der PSIUP) niedergeschlagen, sondern auch aus der Studentenbewegung und anderen Gruppen der außerparlamentarischen Linken, vor allem der Trotzkisten. Man findet hier marxistisches Gedankengut bunt vermischt mit Trotzki, Gorz, Mandel, dem "jugoslawischen Modell" und Resten der katholischen Soziallehre (57).

Ein starker Einfluß auf die CISL ging auch von den Katholischen Arbeitervereinen (ACLI) aus, die ähnliche Positionen vertraten. Sie erklärten sich offen für "eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft", für einen "Klassenstandpunkt", die Sozialisierung der Produktionsmittel und gegen die alte "Klassenharmonie" (58). In diesem Juni traten fast alle Priester aus den ACLI aus, und der Papst sprach den ACLI sein Mißtrauen aus (59). Daraufhin kam es zu einem außerordentlich peinlichen Schauspiel, der Vorsitzende Gabaglio bekannte "Klage und Tadel des Heiligen Vaters haben uns tief getroffen" und auf einem Außerordentlichen Kongreß im Januar 72 sollen die "Irrtümer" beseitigt werden (60).

52 Vgl. SOCIALISMO DEMOCRATIO, Juli 69, S. 9.
53 L'UNITA, 16.6.71.
54 ebenda, 26.6.71.
55 ebenda, 1.8.71.
56 ebenda, 19.3.71.
57 Vgl. etwa die Schulungshefte der CISL oder das "Manifesto"-Interview (Mai 70) des FIM-Vorsitzenden Carniti.
58 L'UNITA, 14.6.71.
59 CORRIERE DELLA SERA, 10.6. und 20.6.71.
60 IL GIORNO, 11.7.71.

Der frühere ACLI-Vorsitzende Labor dagegen rechnet sich heute offen zur APO und leitet die "Politische Bewegung der Arbeiter" (MPL), die sich offen zu Mao, Trotzki und "Manifesto" bekennt und sich bei Gelegenheit als Partei konstituieren will.

Mit ihren 3,7 Millionen Mitgliedern (davon knapp zwei Drittel zur PCI tendierend) bleibt jedoch die CGIL die entscheidende Kraft der italienischen Gewerkschaftsbewegung. Auch der Druck der übrigen Regierungsparteien auf die PSI macht sich bei den sozialistischen Gewerkschaftern der CGIL kaum bemerkbar. Ebenso unbedeutend ist der Einfluß ultralinker Gruppen, dem die bürgerliche Presse wie üblich viel Raum widmet. Die gewerkschaftsfeindlichen "Einheitskomitees" (CUB) des "Manifesto" kann man diskret übergehen, nachdem sie in diesem Sommer mit Streiks und Provokationen vor allem bei den öffentlichen Verkehrsmitteln (und mehrmals zusammen mit der faschistischen CISNAL) endgültig ihr Sektierertum bewiesen haben.

In der Entschließung des CGIL-Direktivkomitees vom 9.7.71 heißt es: "Die CGIL verweigert den rückständigen Teilen in der Gewerkschaftsbewegung das Recht, der Einheit Hindernisse in den Weg zu legen, einer Einheit, die von der übergroßen Mehrheit der Arbeiter gewollt wird" (61).

---

61 CORRIERE DELLA SERA, 11.7.71

Winfried Roth

Aus dem gemeinsamen Dokument der Vorstände von CGIL, CISL und UIL vom 25./26. Juni 1971

(...) Für CGIL, CISL und UIL ist die Gewerkschaft die Klassenorganisation der Arbeiter, die sich den Schutz ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen zum Ziel setzt, die mit den Zielen des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit identisch sind, die die Verfassung enthält.

Wesentliche Voraussetzung für die Gewerkschaftseinheit ist die demokratische Zusammenarbeit im Rahmen ein und derselben Organisation von Arbeitern mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Überzeugungen.

Die Gewerkschaft will, daß nacheinander die wirtschaftlichen Hindernisse, die der sozialen Gleichheit der Bürger im Wege stehen, beseitigt werden, und sie stellt zu diesem Zweck ihre Ziele einer Reform der gesellschaftlichen Strukturen und der wirtschaftlichen Entwicklung auf.

(...) Die Einheitsgewerkschaft kann – nach Ansicht der CGIL – bei ihrem Engagement in den großen gesellschaftlichen Fragen nicht die politische Aktion der Arbeiterklasse allein ausfüllen, eben wegen dem Charakter einer Gewerkschaft, der sie von den Parteien unterscheidet.

(...) Nach Ansicht von CISL und UIL enthält die Autonomie der Gewerkschaft einen starken Anstoß zur Erneuerung, weil sie die alte Unterordnung der Gewerkschaft als eine beschränkte, ständische Organisation unter die politischen Kräfte zurückweist.

Diese Konzeption der Autonomie erfordert eine andauernde dialektische Beziehung zwischen Gewerkschaft, Parteien und politischen Institutionen und die unmittelbare Teilnahme der Gewerkschaft – und nicht im formalen Sinn – an den allgemeinen Entscheidungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art.

Zur Frage der friedlichen Koexistenz

Die Diskussion der sowjetischen Politik der friedlichen Koexistenz ist integraler Bestandteil der internationalen Revisionismusdebatte: Diese Politik, so wirft man der Sowjetunion vor, bedeute eine Aufhebung des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus (1); sie bilde das o b e r s t e Prinzip aller Außenpolitik der Sowjetunion (2); und solle die Revolution der Völker aller Länder ersetzen (3). Revisionistisch sei die Auffassung, ein Krieg zwischen sozialistischem und kapitalistischem Weltsystem sei auf die Dauer vermeidbar (4); revisionistisch sei die Auffassung, die friedliche Koexistenz könne mehr sein, als nur ein zeitlich befristeter Waffenstillstand zwischen Sozialismus und Kapitalismus (5), mehr als nur ein taktisches Manöver der sozialistischen Staaten, um sich die nötige "Atempause" zur "endgültigen" Zerschlagung des Imperialismus zu verschaffen usw. usf. – Der Verfasser ist der Ansicht, daß diese Vorwürfe – sofern sie nicht von vornherein auf bewußt falsche Unterstellungen hinauslaufen – auf dem ungenügenden Studium der Leninschen Auffassung von der Außenpolitik eines sozialistischen Staates, sowie einiger grundlegender Dokumente der KPdSU bzw. der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung beruhen. Ziel der Studie ist es, die daraus resultierenden Mißverständnisse wenigstens an einigen wesentlichen Punkten zu berichtigen.

I.

Die wissenschaftliche Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz ist die von Lenin weiterentwickelte marxistische Theorie der sozialistischen Revolution. Sie findet ihre reale Basis in den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen der Epoche des allgemeinen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus:
Eines der wichtigsten Ergebnisse der Leninschen Imperialismusanalyse war die Erkenntnis, daß im Imperialismus die Entwicklung der kapitalistischen Länder u n g l e i c h m ä ß i g erfolgt. Daraus ergibt sich, daß der Sozialismus zunächst nur in einem oder wenigen Ländern siegt. Ein grundlegendes Charakteristikum des allgemeinen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus besteht demnach darin, daß er sich in Gestalt einer ganzen historischen Epoche vollzieht, in der kapitalistische und sozialistische Staaten nebeneinander existieren müssen.

Bereits im August 1915 schrieb Lenin: "Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist." (6) Und im September 1916 wurde diese Feststellung weiter präzisiert: "Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in a l l e n Ländern

---

1 Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz, in: DIE POLEMIK ÜBER DIE GENERALLINIE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG, Peking 1965, S. 308 ff.
2 Ebenda, S. 312 ff.
3 Ebenda, S. 315 ff.
4 Ernest Mandel: FRIEDLICHE KOEXISTENZ UND WELTREVOLUTION, Mannheim, o.J., (ISP-Verlag), S. 7 ff; S. 26; S. 35; S. 38.
5 Ebenda, S. 8.
6 W.I. Lenin: ÜBER DIE LOSUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA, LW 21, S. 345.

siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen. Andere werden für eine gewisse Zeit (Hervorhebung von mir – T.S.) bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben." (7) Unmißverständlich äußerte Lenin 1916 an seiner Schrift 'Über eine Karikatur auf den Marxismus': "Das siegreiche Proletariat wird die Länder reorganisieren, in denen es gesiegt hat. Das kann nicht mit einem Schlag geschehen, und auch die Bourgeoisie kann nicht mit einem Schlag 'besiegt' werden. Wir haben das in unseren Thesen absichtlich unterstrichen ..." (8) Demnach kann der allgemeine Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nach Lenin "... nicht anders vor sich gehen, als in Gestalt einer Epoche (Hervorhebung von mir – T.S.), in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist ..." (9), in Gestalt einer "Periode (Hervorhebung von mir – T.S.), in der sozialistische und kapitalistische Staaten miteinander existieren". (10) Ist also zum einen das Nebeneinanderstehen von kapitalistischen und sozialistischen Staaten objektive Tatsache, so muß zum anderen festgehalten werden, daß das Wesen des Sozialismus in der optimalen Entfaltung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses zum Zwecke der immer besseren Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder ist.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang der Hinweis von Karl Marx, "daß, im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die Arbeit!" (Hervorhebung von mir – T.S.) (11) (11a)

Dieses Prinzip läßt sich nur und ausschließlich im Frieden realisieren. Von daher ergibt sich gesetzmäßig die Notwendigkeit des Kampfes um friedliche Koexistenz für den bzw. die sozialistischen Staaten.

Indem Lenin nachwies, daß die friedliche Koexistenz eine den objektiven Gesetzmäßigkeiten des allgemeinen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus entspringende Notwendigkeit ist, widerlegte er zugleich prinzipiell alle diejenigen, die meinen, die friedliche Koexistenz sei nichts anderes als ein taktisches Manöver des Sozialismus innerhalb dieser Epoche, um den Kapitalismus gewissermaßen "übers Ohr zu hauen"; lediglich eine Atempause für den Sozialismus, um Kräfte zu schöpfen. (12) Diese falsche

7 W.I. Lenin: DAS MILITÄRPROGRAMM DER PROLETARISCHEN REVOLUTION, LW 23, S. 74.

8 W.I. Lenin: ÜBER EINE KARIKATUR AUF DEN MARXISMUS UND ÜBER DEN 'IMPERIALISTISCHEN ÖKONOMISMUS', LW 23, S. 53.

9 Ebenda.

10 W.I. Lenin: AN DIE AMERIKANISCHEN ARBEITER, LW 30, S. 22.

11 Karl Marx: ERSTE ADRESSE DES GENERALRATS ÜBER DEN DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN KRIEG, MEW 17, S. 7.

11a Vgl. auch dazu die programmatische Formulierung des ersten sowjetischen Außenministers G.W. Tschitscherin, in einem Interview mit der 'Humanité' am 24.7.1921: "Die Entwicklung der Produktion ist das A und O unserer jetzigen Politik, der Schlüssel des Systems und aller 'Kombinationen' unserer sowjetischen Diplomatie. Unsere Außenpolitik ist ebenso wie die Politik, die wir in Rußland selbst betreiben, eine Politik der Produktion." (Dokumente der Außenpolitik der UdSSR, Bd. IV; Moskau 1960, S. 233 (russ.), zitiert nach: Michail Trusch: LENIN UND DIE AUSSENPOLITIK DER UDSSR, Ffm 1970, S. 90).

12 Vgl. dazu: Herbert Kröger: DIE LENINSCHE FRIEDENSSTRATEGIE UND DIE DURCHSETZUNG DER PRINZIPIEN DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ, in: W.I. LENIN UND DER REVOLUTIONÄRE WELTPROZESS, Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1, 1970, S. 65 ff.

Konzeption wird z.B. mit Leidenschaft von Ernest Mandel vertreten, demzufolge friedliche Koexistenz "ganz einfach (besagt), daß es, solange die Weltrevolution in den meisten (!) Ländern noch nicht gesiegt hat, notgedrungen zu den autonomen Aufgaben des proletarischen Staates gehört, längere Perioden des Waffenstillstands (!) mit den bürgerlichen Staaten hinzunehmen (!!!) ..." (13) Und wenig später: "Von Zeit zu Zeit (!) wird er (der internationale Klassenkampf – T.S.) den Arbeiterstaat in militärische Konflikte verwickeln." (14) Im Gegensatz dazu erklärte Lenin:
"Wir haben uns Bedingungen erkämpft, unter denen wir neben kapitalistischen Staaten existieren können... im Verlauf dieses Ringens haben wir uns das Recht auf eigenständige Existenz erkämpft ... es handelt sich nicht nur um ein Atemholen; wir befinden uns in einem neuen Raum, in welchem wir unsere eigentliche internationale Koexistenz im Netz der kapitalistischen Staaten erkämpft haben." (15) (16)

Die Sicherung des sozialistischen Aufbaus, d.h. des höchsten internationalistischen Beitrags, den die Arbeiterklasse eines Landes überhaupt zum revolutionären Weltprozeß leisten kann (17), macht daher die Sicherung des Friedens zu einer vorrangigen Aufgabe der sozialistischen Außenpolitik. Bereits im Juni 1920 wurde in einem Bericht des Kommissariats für Auswärtige Angelegenheiten programmatisch formuliert: "Unser Motto war und ist noch immer dasselbe: Friedliche Koexistenz mit anderen Regierungen, wer immer sie sein mögen. Die Tatsachen konfrontieren uns und andere Staaten mit der Notwendigkeit, beständige Beziehungen zwischen unserer Arbeiter- und Bauernregierung und den kapitalistischen Regierungen zu errichten." (18)

Bedeutet der Kampf um friedliche Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten aber eine Aufgabe des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus? – Lenin war nicht dieser Ansicht: Die Gegensätze von Kapitalismus und Sozialismus sind unversöhnlich. Der Kampf zwischen den beiden Systemen ist daher perma-

13 Mandel, a.a.O., S. 7.

14 Ebenda, S. 8.

15 W.I. Lenin, Ges. Werke, Bd. 31, S. 384/385 (russ.), zitiert nach: W.I. Samkowoj: KRIEG UND KOEXISTENZ IN SOWJETISCHER SICHT, Pfullingen 1969, S. 81, (Hervorhebung von mir – T.S.).

16 Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde die Tatsache, daß sich die friedliche Koexistenz notwendig aus den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gegenwärtigen Epoche ergibt, mehrfach eindeutig formuliert. Vgl. in diesem Zusammenhang z.B. die klare Stellungnahme A.I. Mikojans: "Unsere Feinde legen diese Formulierung ("friedliche Koexistenz" – T.S.) so aus, als ob wir letzten Endes für den Krieg, für die Verbreitung des Kommunismus in der ganzen Welt durch den Krieg seien, und nur einstweilen noch nicht darauf vorbereitet seien und ein friedliches Nebeneinanderbestehen nur vorläufig wünschten, um dann nach guter Vorbereitung anzugreifen und den Kommunismus mit der Waffe in der Hand durchzusetzen. Diese 'theoretischen Konzeptionen' unserer Feinde sind gegen uns gerichtet. Das ist eine Verleumdung unserer Politik. Der Kommunismus braucht keinen Krieg, er ist gegen den Krieg, die Ideen des Kommunismus werden auch ohne Krieg siegen! ... Der Friede garantiert uns den Aufbau des Kommunismus in unserem Lande und in den Ländern des siegreichen Sozialismus in kürzester Frist. Der Krieg kann unsere wirtschaftliche Entwicklung nur hemmen, wie das im vaterländischen Krieg der Fall war." (Mikojan, Rede auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Prawda, 18.2.1956, zitiert nach: Ostprobleme Nr. 10/1956, S. 348.

17 Vgl. dazu: Wolf-Dieter Gudopp: THESEN ZUM PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS, in: KONSEQUENT 7/1971, S. 6.

18 Dokumenty vneshnei politiki SSSR, Vol. II, Gospolitizdat 1958, S. 639; zit. nach: Autorenkollektiv: SOVIET FOREIGN POLICY, Moskau 1967, S. 20.

nenter Natur und wird bis zur endgültigen Niederlage des einen gehen (19). Die Sicherung des Friedens bedeutete nach Lenins Auffassung daher nicht eine Liquidierung der Klassenauseinandersetzung, sondern ihre Verlagerung auf ein anderes Terrain, das für den Sozialismus günstigere Bedingungen bietet, als für den Kapitalismus, indem es dem Sozialismus ermöglicht, die Überlegenheit seiner Produktionsweise unbehindert von äußeren kriegerischen Störungen auszuspielen. Mit anderen Worten: Die Politik der friedlichen Koexistenz stellte nach Lenins Auffassung eine spezifische Form des Klassenkampfes dar!: "Europa hat gegen uns Krieg geführt, und jetzt beginnt eine neue Phase des Krieges. Früher spielte sich der Krieg auf einem Gebiet ab, auf dem die Imperialisten unvergleichlich stärker waren als wir, nämlich auf militärischem Gebiet ... Wir haben uns jedoch auf diesem Gebiet behauptet. Nun nehmen wir den weiteren Kampf auf und gehen zum ökonomischen Krieg über ... Das wird ein Krieg sein, in dem man ebenfalls nicht das geringste Zugeständnis machen darf. Dieser Krieg ist für uns in jeder Hinsicht vorteilhaft. Vorteilhaft ist auch der Übergang vom früheren Krieg zu diesem neuen Krieg, ganz abgesehen davon, daß damit eine gewisse indirekte Garantie des Friedens verbunden ist." (20) Die Erhaltung solcher günstigen "Kriegsbedingungen" ist auch das Eingehen von größeren Zugeständnissen wert: "... vor der Versammlung der Vertreter der Arbeiter und Bauern ganz Rußlands, vor der ganzen Millionenmasse der russischen Arbeiter und Bauern erklären wir, daß wir mit allen Kräften bestrebt sein werden, den Frieden weiterhin zu erhalten, daß wir nicht vor großen Zugeständnissen und Opfern zurückscheuen werden, um diesen Frieden zu behaupten." (21)

Trat Lenin solchermaßen dafür ein, mit ganzer Kraft für die Verlagerung der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus von der Ebene des militärischen Konflikts auf die des ökonomischen Wettbewerbs zu kämpfen, so wies er gleichzeitig auf die Klassenfunktion dieses ökonomischen Wettbewerbs für den Kampf der noch vom Kapitalismus ausgebeuteten Völker hin: Je umfassender der Sozialismus die Vorteile seiner überlegenen Produktionsweise ausspielen könnte, desto schneller und gründlicher würde sein praktisches Beispiel die Werktätigen der anderen Länder zum Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft begeistern. Ganz in diesem Sinne erklärte Lenin am 6. Dezember 1920 bei der Erläuterung der Frage, ob die Sowjetunion mit den kapitalistischen Ländern ökonomische Beziehungen in Form von Gewährung von Konzessionen aufnehmen solle: "Wirtschaftlich sind die Konzessionen für uns von größtem Nutzen. Natürlich werden die Konzessionäre bei der Gründung von Siedlungen ihre kapitalistischen Gewohnheiten mitbringen und die Bauernschaft zu zersetzen versuchen. Darauf muß man aber achten und ihnen auf Schritt und Tritt unsere kommunistische Einwirkung entgegenstellen. Auch das ist eine Art Krieg, ein kriegerischer Wettkampf zweier Methoden, zweier Formationen, zweier Wirtschaftssysteme – des kommunistischen und des kapitalistischen. Wir werden beweisen, daß wir stärker sind. Man sagt uns: 'Nun gut, ihr habt an der äußeren Front standgehalten, laßt uns aufbauen, und wir werden sehen, wer siegen wird ...' Natürlich ist das eine schwierige Aufgabe, aber wir sagen nach wie vor: 'Der Sozialismus wirkt durch das Beispiel'. Die

19 W.I. Lenin: REDE IN DER AKTIVVERSAMMLUNG DER MOSKAUER ORGANISATION DER KPR(B), 6. Dezember 1920, LW 31, S. 452.
20 W.I. Lenin, ebenda, S. 451.
21 W.I. Lenin: ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITIK DER REPUBLIK, Bericht des Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare an den IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß 23. Dezember 1921, LW 33, S. 132 (Hervorhebung von mir – T.S.).

Gewalt ist wirksam gegenüber denjenigen, die ihre Herrschaft wieder aufrichten wollen. Damit ist aber auch die Bedeutung der Gewalt erschöpft, und weiter kommt es schon auf den Einfluß und auf das Beispiel an. Man muß die Bedeutung des Kommunismus in der Praxis, durch das Beispiel zeigen." (22)

Denn: "... Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus ..." (23)

Diese Politik bedeutete zugleich eine entschiedene Absage an die ultralinke "Theorie" des Exports der Revolution, an die Auffassung, die Sowjetunion werde, wenn sie in einer Periode des Friedens genügend Kräfte gesammelt habe, anschließend dann doch den Frieden brechen und die Revolution militärisch nach außen tragen. An die Adresse von Vertretern derartiger Ansichten erklärte Lenin unmißverständlich: "Vielleicht sind die Verfasser der Meinung, die Interessen der internationalen Revolution erforderten es, daß man sie anpeitscht, und daß nur der Krieg ein solches Anpeitschen sein kann, auf keinen Fall der Frieden, der imstande wäre, bei den Massen den Eindruck zu erwecken, als ob der Imperialismus 'legitimiert' werden solle? Eine solche 'Theorie' wäre ein völliger Bruch mit dem Marxismus, denn dieser hat stets das 'Anpeitschen' von Revolutionen abgelehnt, die sich in dem Maße entwickeln, wie die Klassengegensätze, die Revolutionen hervorrufen, immer größere Schärfe gewinnen!" (24) Unmißverständlich äußerte er öffentlich auf der VIII. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) am 19. März 1919: "Der Kommunismus wird nicht auf dem Wege der Gewalt Wurzeln fassen." (25) Einem Journalisten der amerikanischen Zeitung 'Chicago Daily News' schließlich antwortete Lenin am 5. Oktober 1919 auf die Frage: "Ist die Sowjetregierung bereit, eine absolute Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten zu garantieren?' – 'Wir sind bereit, sie zu garantieren!" (26)

Der prinzipielle Verzicht auf militärische Mittel bedeutet jedoch nicht, daß die friedlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten sich quasi von selbst einstellen würden. Lenin wies vielmehr stets darauf hin, daß der von Natur aus aggressive Imperialismus dazu gezwungen werden müsse. Er sagte: "Wir haben nie davon geträumt, daß wir erst kämpfen und dann der Frieden kommt, und das sozialistische Lamm und der kapitalistische Wolf sich um den Hals fallen werden. O, nein! Daß sie aber gezwungen sind, mit uns auf wirtschaftlichem Gebiet zu kämpfen, das ist ein gewaltiger Fortschritt." (27)

Diese Ausübung von Druck auf den Imperialismus ist nicht nur eine Sache des bzw. der sozialistischen Staaten, sondern aller antiimperialistischer Kräfte. Dabei hat der Kampf um den Frieden nicht nur die Funktion des Schutzes der sozialistischen Staaten, sondern stellt darüber hinaus die Minimalplattform dar, auf der sich alle antiimperialistischen Kräfte sammeln können, die also ein eminenter vorwärtstreibender Faktor im internationalen Klassenkampf ist. Es ist von großer Bedeutung, daß Lenin schon damals die Entwicklung der Kriegstechnik und die daraus folgenden politischen Konsequenzen voraussah, wie

22 W.I. Lenin: REDE IN DER AKTIVVERSAMMLUNG..., a.a.O., S. 452.
23 W.I. Lenin: REDE BEI DER SCHLIESSUNG DER X. GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER KPR(B), 28. Mai 1921, LW 32, S. 458.
24 W.I. Lenin: SELTSAMES UND UNGEHEUERLICHES, LW 27, S. 56.
25 W.I. Lenin: BERICHT ÜBER DAS PARTEIPROGRAMM, VIII. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B), LW 29, S. 160.
26 W.I. Lenin: ANTWORT AUF DIE FRAGEN DES KORRESPONDENTEN DER AMERIKANISCHEN ZEITUNG "THE CHICAGO DAILY NEWS", 5. Dezember 1919, LW 30, S. 33.
27 W.I. Lenin: REDE IN DER AKTIVVERSAMMLUNG..., a.a.O., S. 447.

sie später auf dem XX., XXI., und XXII. Parteitag der KPdSU umfassend analysiert und programmatisch fixiert wurden: N.K. Krupskaja berichtete: "Ich erinnere mich eines Gesprächs über den Krieg. Es war Anfang 1918 in Leningrad. Wladimir Iljitsch sagte, durch die moderne Technik werde der Krieg immer verheerender. Doch werde die Zeit kommen, in der der Krieg solche Zerstörungskraft erlangt, daß er überhaupt unmöglich wird." (28) 1921 deutete Lenin selbst die politische Bedeutung dieses Umstands für die Kämpfe der Massen an: "Die Frage der imperialistischen Kriege ... ist ... zum Eckstein der gesamten Politik aller Länder des Erdballs geworden. Es ist das für Millionen und aber Millionen Menschen eine Frage von Leben und Tod." (29) In der Sicherung des Friedens erschöpft sich jedoch nach Auffassung Lenins die friedliche Koexistenz nicht. Friedliche Koexistenz beinhaltet vielmehr, daß eine positive wirtschaftliche usw. Zusammenarbeit von sozialistischen und kapitalistischen Ländern zustande kommt. Bereits 1917 erklärte Lenin in Bezug auf alle Vertragsverhandlungen mit den kapitalistischen Regierungen: "Wir lehnen alle Punkte über Raub und Vergewaltigung ab, aber alle Punkte, die gutnachbarliche Beziehungen und wirtschaftliche Abkommen festlegen, nehmen wir gern an..." (30) Zum einen bilden diese positiven wirtschaftlichen Verbindungen selbst eine gewisse Garantie für die Erhaltung des Friedens: "Das Vorhandensein von Konzessionen ist ein ökonomisches und politisches Argument gegen den Krieg. Die Staaten, die gegen uns Krieg führen könnten, werden keinen Krieg führen können, wenn sie Konzessionen nehmen, denn sie sind dadurch gebunden." (31)

Zum anderen aber wies Lenin darauf hin, daß sowohl Sozialismus als auch Kapitalismus auf gegenseitige wirtschaftliche Beziehungen angewiesen sind: "Die größte Schwierigkeit bestand ... darin, daß ohne bestimmte Wechselbeziehungen zwischen uns und den kapitalistischen Staaten gesicherte ökonomische Verhältnisse für uns unmöglich sind. Die Ereignisse zeigen sehr anschaulich, daß sie auch für die kapitalistischen Staaten unmöglich sind." (32) Denn: "Es gibt eine größere Kraft als den Wunsch, den Willen und den Beschluß beliebiger feindlicher Regierungen oder Klassen; diese Kraft sind die allgemeinen Verhältnisse der Weltwirtschaft, die sie zwingen, mit uns Beziehungen aufzunehmen." (33)

Auch die Aufnahme derartiger kooperativer Beziehungen mit den kapitalistischen Staaten – so betonte Lenin – ist kein Anzeichen von Schwäche des Sozialismus, sondern vielmehr Ausdruck seiner Stärke, denn: "... die Tatsache, daß es ein Land gibt, das dem Weltimperialismus seit drei Jahren Widerstand leistet, hat die internationale Lage in der ganzen Welt wesentlich verändert." (34) "Es kann keinen besseren Beweis für den materiellen und moralischen Sieg der Russischen Sowjetrepublik über die Kapitalisten der

28 N.K. Krupskaja: DAS IST LENIN; Berlin 1966, S. 67/68; zitiert nach: Marklen Lasarew: W.I. LENIN ÜBER DEN WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN FORTSCHRITT UND FRAGEN DER RECHTLICHEN REGULIERUNG DER TECHNIK IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN, in: W.I. LENIN UND..., a.a.O., S. 197.

29 W.I. Lenin: ZUM VIERTEN JAHRESTAG DER OKTOBERREVOLUTION, LW 33, S. 35.

30 W.I. Lenin: SCHLUSSWORT ZUR REDE ÜBER DEN FRIEDEN, 8. November 1917, LW 26, S. 246.

31 W.I. Lenin: REDE IN DER AKTIVVERSAMMLUNG..., a.a.O., S. 452/453.

32 W.I. Lenin: ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITIK..., a.a.O., S. 134.

33 W.I. Lenin, ebenda, S. 138.

34 W.I. Lenin: UNSERE AUSSEN- UND INNENPOLITISCHE LAGE UND DIE AUFGABEN DER PARTEI (Rede auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der KPR(B) 21. November 1920); LW 31, S. 408.

ganzen Welt geben als die Tatsache, daß die Staaten, die uns wegen unseres Terrors und unserer ganzen Ordnung mit Krieg überzogen haben, nun gezwungen sind, gegen ihren Willen mit uns Handelsbeziehungen aufzunehmen, obwohl sie wissen, daß sie uns damit stärken." (35)

Lenin wies jedoch darauf hin, daß die Politik der friedlichen Koexistenz ihre Aufgabe, den Frieden zu sichern, nur dann erfüllen kann, wenn sie sich stets davon leiten läßt, den Einfluß und die Macht des Sozialismus zu stärken. Selbst beim Schließen von Kompromissen mit kapitalistischen Staaten könne das Ziel nur sein, "unsere ökonomischen Kräfte (zu) entfalten und unseren wirtschaftlichen Wiederaufbau (zu) erleichtern ... denn wenn wir das erreichen, werden wir so fest auf den Füßen stehen, daß wir keinen kapitalistischen Feind zu fürchten brauchen." (36)

II

Bei der Analyse der heutigen theoretischen Positionen der Koexistenzpolitik der Sowjetunion respektive der Länder des Warschauer Vertrages, können diese stets nur – unter angemessener Berücksichtigung der Leninschen Leitsätze zur sozialistischen Außenpolitik gegenüber den kapitalistischen Staaten – an den realen Gegebenheiten der gegenwärtigen internationalen Situation gemessen werden, die seit Lenins Zeiten gravierende Änderungen erfahren hat:
Unter dem Einfluß des kontinuierlichen Aufbaus des Sozialismus in den sozialistischen Ländern, besonders der immer umfassenderen Ausnutzung ihrer ökonomischen Potenzen; sowie ferner das Anwachsen der demokratisch-antimonopolistischen Bewegung in den Metropolen des Kapitals und der nationalen Befreiungsbewegung in den unterentwickelten Ländern; und schließlich durch die Verschärfung der inneren Widersprüche des Imperialismus selbst (37) – reifte in den fünfziger Jahren die dritte Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus heran, die zu einer neuen strategischen Weltlage führte (38):

Ihr wichtigstes Kennzeichen besteht darin, daß das imperialistische Weltsystem endgültig seine dominierende Rolle im internationalen Geschehen eingebüßt hat und statt des-

35 W.I. Lenin, ebenda, S. 409.

36 W.I. Lenin: REFERAT ÜBER DIE KONZESSIONEN (Gehalten in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses 21. Dezember 1920), LW 31, S. 482.

37 Vgl. dazu: SOVIET FOREIGN POLICY, a.a.O., S. 33 ff.

38 Vgl. dazu: Paul Markowski: DIE STRATEGISCHE KONZEPTION DES IMPERIALISMUS IN DER GEGENWART UND DIE STRATEGIE UND TAKTIK DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF, in: EINHEIT Nr. 9/10, 1969, S. 1233-1244.
Lutz Maier: LENINS IMPERIALISMUSTHEORIE UND DER GEGENWÄRTIGE STAATSMONOPOLISTISCHE KAPITALISMUS, in: ebenda, S. 1245-1257.
Ernst Haak/Hannes Wunderlich: GRUNDKURS ZU "DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS", Berlin 1971, S. 189 ff.
Autorenkollektiv: DER IMPERIALISMUS DER BRD, S. 104 ff; S. 459 ff; S. 550 ff; DIE AUFGABEN DES KAMPFES GEGEN DEN IMPERIALISMUS IN DER GEGENWÄRTIGEN ETAPPE UND DIE AKTIONSEINHEIT DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, ALLER ANTIIMPERIALISTISCHEN KRÄFTE (Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, angenommen am 17. Juni 1969) in: INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN MOSKAU 1969, Prag 1969, S. 12 ff.

sen der Sozialismus zur entscheidenden gesellschaftlichen Kraft im Weltmaßstab geworden ist. Konnte Chruschtschow bereits 1958 in einem Interview mit 'Le Figaro' feststellen: "Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß gegenwärtig der Begriff der'kapitalistischen Einkreisung'unseres Landes selbst einer ernsten Präzisierung bedarf. Mit der Bildung des Weltsystems des Sozialismus hat sich die Lage in der ganzen Welt grundlegend geändert. Und sie änderte sich – wie Ihnen bekannt ist – nicht zugunsten des Kapitalismus ... Man kann die sozialistischen Staaten unmöglich als irgendeine Insel im wogenden kapitalistischen Ozean betrachten ... Es kann ... von einer kapitalistischen Einkreisung in dem früher üblichen Sinn gegenwärtig keine Rede sein" (39), so konnte 11 Jahre später, auf der Internationalen Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien 1969 in Moskau schon positiv formuliert werden: "Der Imperialismus ist außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Hauptrichtung der Entwicklung der Menschheit wird vom sozialistischen Weltsystem, von der internationalen Arbeiterklasse, von allen revolutionären Kräften bestimmt." (40)

Die Tatsache, daß das sozialistische Weltsystem zur bestimmenden internationalen Kraft geworden ist, muß vor allem auf seine wachsende wirtschaftliche Macht zurückgeführt werden. Denn die ständige Verschiebung des Kräftegleichgewichts zugunsten des Sozialismus wird weniger durch das Auf und Ab der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Staaten sowie in den unterentwickelten Ländern bestimmt, als vielmehr durch den kontinuierlichen Weiteraufbau des Sozialismus und die Entfaltung seiner Vorzüge im – gegen alle äußeren Störungen zuverlässig geschützten – Prozeß der sozialistischen Arbeit. Und die Bedeutung gerade dieses Faktors wächst immer mehr, denn in den 60er Jahren sind die sozialistischen Staaten im Rahmen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der Intensivierung der sozialistischen Integration in eine neue Phase eingetreten, die es ihnen besser als vorher ermöglicht, im Zuge der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution alle Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise voll auszuschöpfen und zur Geltung zu bringen. (41)

Entscheidend ist, daß die qualitative Schwächung des Imperialismus in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise nicht – wie in den beiden vorhergehenden Etappen – in Verbindung mit einem Weltkrieg entstand, sondern vielmehr das Resultat des friedlichen Aufbaus des Sozialismus, sowie des Kampfes für Frieden, Abrüstung, Demokratie, Sozialismus und nationaler Unabhängigkeit in den Metropolen des Kapitals bzw. den unterentwickelten Ländern war. Diese wichtige Tatsache widerlegt die Behauptung, der Imperialismus könne letztendlich ja doch nur in einem neuen Weltkrieg geschlagen werden.

Die internationale Lage in der dritten Etappe der allgemeinen Krise ist völlig vom Charakter der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus geprägt, d.h.: alle gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte auf der Welt sind in die Systemauseinandersetzung integriert, erhalten von dieser aus ihren Stellenwert und sind in ihrem

39 N.S. Chruschtschow: Interview mit "Le Figaro", 19. März 1958, zitiert nach: Ostprobleme, Jg. 1958, S. 359.

40 DIE AUFGABEN DES KAMPFES..., a.a.O., S. 15.

41 Vgl. dazu Walter Ulbricht: DIE BEDEUTUNG UND DIE LEBENSKRAFT DER LEHREN VON KARL MARX FÜR UNSERE ZEIT, Berlin 1968, S. 24;
L.I. Breshnew: Rede auf der Internationalen Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien 1969 in Moskau, in: INTERNATIONALE BERATUNG..., a.a.O., S. 181 ff.
W. Jahn/H.-J. Lemm/W. Pobbig: GEMEINSAMER KURS – SOZIALISTISCHE ÖKONOMISCHE INTEGRATION, Berlin 1971.

Charakter und ihrer Phänomenologie von ihr geprägt. Diese Tatsache drückt sich auf der Ebene der internationalen Politik darin aus, daß "die Entwicklung und der Ausgang politischer Ereignisse in jedem Winkel der Erde letztlich nicht nur vom Zustand der inneren Kräfte im jeweiligen Raum bestimmt (werden). Sie sind organisch verbunden mit der Gruppierung und dem Verhältnis der Klassenkräfte im globalen Maßstab, d.h. vor allem mit dem Kräfteverhältnis zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Staaten. Und umgekehrt, lokale Ereignisse, die beschränkte Ausmaße zu haben scheinen, erlangen mitunter internationale Bedeutung gemäß den Folgen, die sie für den Weltfrieden, für die Beziehungen zwischen den beiden Systemen haben können," (42) Diese im Vergleich zu früheren Zeiten unvergleichlich höhere Interdependenz politischer Ereignisse und Prozesse in allen Teilen der Welt erlangt gesteigerte Bedeutung durch die Tatsache, daß beide Weltsysteme mit thermonuklearen Waffen ausgerüstet sind, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Diese Komplexität resultiert letztendlich aus dem widersprüchlichen Charakter der gegenwärtigen Epoche und der sich daraus ergebenden widersprüchlichen Art der zu lösenden Probleme:

A. Auf der einen Seite nimmt die Divergenz der beiden Systeme im Zuge der Schaffung des entwickelten Sozialismus einerseits und der Beschleunigung des Niedergangs des Kapitalismus andererseits zu. (43)

Eine der wichtigsten Konsequenzen aus diesem Tatbestand ist, daß die Aggressivität des Imperialismus gesetzmäßig wächst (44): Um seine verlorenen Positionen wiederzuerlangen und seine weitere Zurückdrängung zu verhindern, treibt der Imperialismus seine Entwicklung zu einem umfassenden staatsmonopolistischen System immer schneller voran, entwickelt er eine antisozialistische Globalstrategie. Nicht zuletzt schlägt sich das im Wachsen des Militär-Industrie-Komplexes, vor allem der Macht der Rüstungsmonopole nieder. Entscheidend aber ist, daß mit der im staatsmonopolistischen Kapitalismus vorangetriebenen Verallgemeinerung des Monopolverhältnisses auf die gesamte Gesellschaft die ökonomischen Potenzen der Monopole gigantisch anwachsen und sich damit deren Expansionsstreben im gleichen Maße verstärkt. Dieser Expansionsdrang richtet aufgrund der historischen Situation des Imperialismus seinen Hauptstoß gegen das sozialistische Weltsystem. Beredtes Zeugnis davon legt die gewaltige Steigerung des Rüstungsaufwandes der imperialistischen Länder gerade in den letzten Jahren ab: Allein 1970 gaben die NATO-Länder 103 Milliarden Dollar für die Kriegsvorbereitung aus, und die USA haben in den letzten 5 Jahren 400 Milliarden Dollar in ihren Rüstungshaushalt gesteckt (!) (45) Diese wachsende Aggressivität des Imperialismus macht es für

42 D. Tomaschewski: DAS LENINSCHE PRINZIP DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ UND DER KLASSENKAMPF, aus: Kommunist Nr. 12/1970, zitiert nach: EINHEIT Nr. 10/1970, S. 1348.

43 Vgl. dazu Erich Honecker: BERICHT ÜBER DEN UMTAUSCH DER PARTEIDOKUMENTE, in: 14. Tagung des Zentralkomitees der SED, 9. - 11. Dezember 1970, Berlin 1970, S. 26;
Erich Honecker: BERICHT DES ZENTRALKOMITEES AN DEN VIII. PARTEITAG DER SED, Berlin 1971, S. 23.

44 Vgl. dazu: DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O.; S. 460 ff.
Autorenkollektiv: SPÄTKAPITALISMUS OHNE PERSPEKTIVE, Ffm. 1970, S. 73 ff.

45 Vgl. L.I. Breshnew: RECHENSCHAFTSBERICHT DES ZENTRALKOMITEES DER KPDSU AN DEN XXIV. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION, 30. März 1971, in: XXIV. PARTEITAG DER KPDSU, Sonderausgabe des INFORMATIONSBULLETIN, Prag 1971, S. 28.

die Kräfte des Sozialismus erforderlich, die Anstrengungen zu seiner Bekämpfung zu vervielfachen.

B. Auf der anderen Seite sind in der heutigen Situation neue gemeinsame Probleme gegeben, die eine friedliche Zusammenarbeit der beiden Systeme erfordern und letztendlich auch ermöglichen:

Erstens: Trotz wachsender Systemdivergenz und Aggressivität des Imperialismus hat sich die objektive Basis für ein gemeinsames Eintreten beider Systeme zur Verbindung eines neuen Weltkriegs qualitativ verbreitert. Dies resultiert in erster Linie daraus, daß die Entwicklung der Produktivkräfte gegen Mitte des 20. Jahrhunderts eine militärisch-technische Revolution einleitete, die eine qualitative Änderung nicht nur in der Kriegsführung als solcher, sondern mehr noch in der Einstufung des Krieges als Faktor der Politik mit sich brachte. (46) Diese militärisch-technische Revolution ist charakterisiert durch die massierte Ausrüstung der Streitkräfte der beiden Weltsysteme mit Atom- und Thermonuklearwaffen, die mittels ferngelenkter Trägerraketen jeden beliebigen Punkt der Erde treffen können und schon heute ein Vielfaches der Zerstörungskraft besitzen, die benötigt ist, um das jeweils gegnerische Weltsystem total zu vernichten ("overkill").

Worin besteht nun das qualitativ Andere, das den Nuklearkrieg von allen bisherigen Kriegen grundlegend unterscheidet? – Es besteht vor allem darin, daß der Nuklearkrieg ein Ausmaß an Zerstörung und Vernichtung von Menschenleben impliziert, das mit den Maßstäben der Zerstörungskraft früherer Waffenarten nicht mehr meßbar ist. Konnte bei früheren Waffenarten außerdem die Zerstörungskraft – wenigstens relativ – gezielt gegen bestimmte Gegner eingesetzt werden, so ist das bei der Atombombe völlig unmöglich, sie vernichtet alle, die in den Bereich ihrer Zerstörungskraft geraten. (47)

Dieses qualitativ neue Merkmal, das den Nuklearkrieg von allen vorhergehenden Kriegen unterscheidet, zeigt aber zugleich, daß die neue Qualität des Krieges eine weit über den militärischen Aspekt der Sache hinausreichende Bedeutung hat: Bekanntlich ist der Marxismus-Leninismus der Auffassung, daß jeder Krieg stets die Fortsetzung einer Politik mit anderen Mitteln ist. Lenin schrieb: "Der Krieg ist nichts, als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, nicht in etwas anderes verwandelt wird, sondern daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient, und daß die Hauptlinien, deren er sich bedient, nur seine Lineamente sind, die sich zwischen dem Krieg durch bis zum Frieden fortziehen. Und wie wäre es anders denkbar? Hören denn mit den diplomatischen Noten je die politischen Verhältnisse verschiedener Völker und Regierungen auf? Ist nicht der Krieg bloß eine andere Schrift und Sprache ihres Denkens? Er hat freilich seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik." (48)

Der Krieg hat also eine wohldefinierte Stellung in der Realisierung bestimmter Klasseninteressen, er ist ein Mittel dieser Realisierung. Er ist dies jedoch nur auf einem bestimmten Niveau der Produktivkräfte. Die Dialektik der Produktivkräfteentwicklung, die u.a. ihren Ausdruck in der militärisch-technischen Revolution findet, besteht nun aber darin, daß der heutige Entwicklungsstand der Waffen "ihre Verbesserung und ihr immer noch zunehmender Einfluß ... (dazu geführt haben), daß sie sich nunmehr selbst ad absurdum führen, sich selbst und damit den Krieg als solchen und als Mittel zur Lösung politischer Probleme. Die Effizienz der Kernwaffen hat bereits eine Grenze erreicht, deren Überschreitung, d.h. deren weitere Vervollkommnung, jeden realen Sinn verliert." (49) Die Feststellung, der Krieg habe aufgehört, ein Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen zu sein, darf jedoch nicht so aufgefaßt werden, "als sei die Interdependenz von Politik und Krieg verlorengegangen" (50): "Ein dritter Weltkrieg wäre einerseits Fortsetzung, Ausdruck, Werkzeug und Ergebnis der verbrecherischen Politik des Imperialismus zur Erlangung seiner Ziele; und andererseits wäre er der 'gesetzmäßige und gerechte Widerstand' gegen eine Aggression; er wäre das natürliche Recht einer fortschrittlichen Menschheit, die sich die Ursache der Angriffskriege – den Imperialismus – zu vernichten vorgenommen hat." (51) Ferner bezieht sich die Feststellung, der Krieg habe aufgehört, Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen zu sein, selbstverständlich nur auf einen Weltkrieg zwischen den beiden Systemen, der in jedem Falle ein thermonuklearer sein würde, und keinesfalls auf lokale Befreiungskriege der Völker gegen den Imperialismus. Dennoch aber muß festgehalten werden, daß, wenn die Feststellung gilt, der Krieg habe aufgehört, Mittel der Politik zu sein, die zwingende Schlußfolgerung ist, daß die friedliche Koexistenz die einzige Alternative zu einem Weltkrieg, der nur ein Nuklearkrieg sein kann, ist.

Das heißt nun freilich nicht, daß die Imperialisten jetzt zu Friedensengeln werden müßten. Die Kernwaffenfrage, die Frage: Frieden oder Nuklearkrieg, ist nur als Klassenfrage zu lösen, d.h.: letztlich nur durch die Machtergreifung des Proletariats im Weltmaßstab. Solange der Imperialismus existieren wird, solange wird es auch die Gefahr eines neuen Weltkriegs geben. Bei der Analyse des heutigen Imperialismus stellte deshalb L.I.Breshnew auf der Moskauer Beratung 1969 fest: "Eine der schwersten Gefahren, die der Imperialismus den Völkern der ganzen Welt bringt, ist die Gefahr eines neuen Weltkriegs ... Wir sind der Ansicht, daß es ein schwerer Fehler wäre, die vom Imperialismus, vor allem von der Hauptkraft der Weltreaktion, dem USA-Imperialismus heraufbeschworene Kriegsgefahr zu unterschätzen." (51a) Man muß jedoch feststellen, daß die Position des Imperialismus in sich widersprüchlich ist, d.h.: dem aggressiven Bestreben, die verlorenen Positionen wiederzuerlangen und den Sozialismus zu vernichten, wirkt das veränderte Kräfteverhältnis im Weltmaßstab entgegen und die wachsende Erkenntnis eines Teils der Bourgeoisie, daß ein Nuklearkrieg den totalen Untergang des Kapitalismus einschließlich ihrer eigenen (der Bourgeoisie) restlosen physischen Vernichtung bedeuten würde. Diese widersprüchliche Position findet nicht zuletzt ihren Niederschlag in einem Differenzierungsprozeß innerhalb der imperialistischen Bourgeoisie in bezug auf die Frage des Friedens zwischen Sozialismus und Imperialismus, wobei die realistischere Fraktion der Bourgeoisie, an einer relativen Friedenssicherung "interessiert" ist. Durch die Ausnutzung dieser Widersprüche verbessern sich die Möglichkeiten der antiimperialistischen Kräfte, den Weltkrieg auf immer aus der Geschichte der Menschheit auszuschließen und den Imperialismus zum Frieden zu zwingen.

46 Vgl. dazu: W.I. Samkowoj, a.a.O., S. 36 ff.

47 Vgl. OFFENER BRIEF DES ZENTRALKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION AN ALLE PARTEIORGANISATIONEN, AN ALLE KOMMUNISTEN DER SOWJETUNION (14. Juli 1963), in: DIE POLEMIK..., a.a.O., S. 607.

48 W.I. Lenin: CLAUSEWITZ' WERK "VOM KRIEGE", AUSZÜGE UND RANDGLOSSEN, Berlin 1957, S. 36.

49 W.I. Samkowoj, a.a.O., S. 49.

50 Ebenda, S. 53.

51 Ebenda.

51a L.I. Breshnew: REDE AUF DER INTERNATIONALEN BERATUNG..., a.a.O., S. 179/180.

Z w e i t e n s : Es besteht das objektive gemeinsame Interesse, gegenseitig vorteilhafte ökonomische Beziehungen miteinander zu realisieren. Darauf hat einerseits schon Lenin hingewiesen, andererseits erhält diese Forderung aber durch die wissenschaftlich-technische Revolution gesteigerte Bedeutung: "Man kann sagen, daß der gegenwärtige wissenschaftlich-technische Fortschritt einen Widerspruch hervorbringt zwischen der Tendenz, die Vielfalt der Erzeugnisse zu vermehren und der Tendenz, die automatische Massenproduktion zu entwickeln. Dieser Widerspruch kann nur gelöst werden, wenn Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen den verschiedenen Ländern entwickelt werden. Die Massenproduktion oder die Produktion großer Serien von Spezialanlagen und vieler anderer Arten moderner Erzeugnisse kann nur organisiert werden, wenn sie für Märkte berechnet ist, die größer sind als die Binnenmärkte selbst der größten Staaten. All dies schafft objektive Voraussetzungen dafür, die internationale Arbeitsteilung nicht nur innerhalb der beiden Weltwirtschaftssysteme, sondern auch zwischen ihnen zu entwickeln." (52)

Ganz in diesem Sinne erklärte Kossygin 1966 auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU: "Jetzt wird immer offensichtlicher, daß die moderne wissenschaftlich-technische Revolution in der ganzen Welt freie ökonomische Kontakte fordert. Sie schafft auch die Voraussetzungen für einen breiten ökonomischen Austausch zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Und dieser Prozeß kann auch eine günstige Wirkung auf die internationale Situation ausüben." (53)

Diese beiden Komplexe gemeinsamer Interessen, zu denen sich in zunehmendem Maße das Problem gemeinsamer Maßnahmen zum Umweltschutz im globalen Maßstab gesellt, verbreitern die objektive Basis, um alle zwischenstaatlichen Probleme zwischen den beiden Weltsystemen auf friedlichem Wege zu lösen.

Aufgrund des angedeuteten widersprüchlichen politischen Charakters der gegenwärtigen Epoche (wachsende Aggressivität des Imperialismus; neue gemeinsame Interessen von Sozialismus und Imperialismus) ist es jedoch klar, daß die p r a k t i s c h e Realisierung dieser gemeinsamen Interessen nicht automatisch erfolgen kann, sondern nur in Abhängigkeit vom konkreten K r ä f t e verhältnis betrachtet werden kann, d.h.: die Vermeidbarkeit eines Dritten Weltkriegs hängt genauso wie die Ausweitung der gegenseitigen wirtschaftlichen Kontakte von der Überlegenheit der antiimperialistischen Kräfte über die aggressiven Mächte des Imperialismus ab. Wie wir oben sahen, ist aber in der Dritten Etappe der allgemeinen Krise gerade dieses Kräfteverhältnis gegeben (welches jedoch nicht als statische Größe zu begreifen ist, sondern sich täglich neu im Klassenkampf bestätigen muß). (54)

52 J. Faminskij: ÖKONOMISCHE BEZIEHUNGEN DER SOWJETUNION UND DER ANDEREN SOZIALISTISCHEN LÄNDER ZU KAPITALISTISCHEN STAATEN EUROPAS, in: K.H. Domdey/J.L. Schmidt (Hrsg): EUROPÄISCHE SICHERHEIT UND INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN, Ffm 1970, S. 99.

53 A.N. Kossygin: DIREKTIVEN DES XXIII. PARTEITAGES DER KPDSU ÜBER DEN FÜNFJAHRPLAN DER ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT DER UDSSR IN DEN JAHREN 1966 bis 1970, Moskau 1966, S. 68, zitiert nach: J. Faminskij, a.a.O., S. 99.

54 Von dieser materialistischen Betrachtungsweise ging auch N.S. Chruschtschow schon aus, als er 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU bezüglich der Vermeidbarkeit von Kriegen erklärte: "Es gibt bekanntlich den marxistisch-leninistischen Leitsatz, daß Kriege unvermeidlich sind, so lange es den Imperialismus gibt. Dieser Leitsatz wurde in einer Zeit ausgearbeitet, als erstens der Imperialismus ein allumfassendes

Darum hat die Etablierung und der Kampf für friedliche internationale Beziehungen auch nichts mit einem zeitweiligen Zurückstecken im Klassenkampf, aus Gründen einer momentanen Schwäche des Sozialismus zu tun. Sie beweist vielmehr nur, daß der Sozialismus bereits so stark geworden ist, daß die ihm i m m a n e n t e n Gesetzmäßigkeiten bereits zu Strukturprinzipien der internationalen Beziehungen geworden sind.

Die tiefste Ursache dafür ist die, daß – nach Auffassung der Klassiker des Marxismus - Leninismus – das P r o l e t a r i a t d i e e i n z i g e w i r k l i c h k o n s e q u e n t e F r i e d e n s k r a f t ist. Bekanntlich leitete Karl Marx die revolutionäre Rolle des Proletariats, seine historische Mission aus dem Tatbestand ab, daß es als ausgebeutete und unterdrückte Klasse eben der Schöpfer der gesellschaftlichen Reichtümer und damit die H a u p t p r o d u k t i v k r a f t ist: Im 'Elend der Philosophie' schrieb er dazu: "Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf dem Klassengegensatz beruhenden Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also notwendig die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein. Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muß eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst." (55) Die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse folgt also aus ihrer Funktion als wichtigste Produktivkraft. Damit ist aber klar, daß sie ihre revolutionäre Rolle n u r z e i t w e i l i g durch Anwendung von Gewalt gegen den Klassengegner, immer und ständig aber durch ihre produktive, Gebrauchswert schaffende Tätigkeit ausübt, in ihrer höchsten Form also im Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Aus der bereits weiter oben angedeuteten Einheit von Arbeit und Frieden ergibt sich die Rolle des Proletariats als einziger wirklicher Friedenskraft. Die Existenz internationaler friedlicher Beziehungen ist also nur ein anderer Ausdruck dafür, daß im tiefsten Sinne des Wortes die

Weltsystem war und zweitens die am Krieg nichtinteressierten gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwach, ungenügend organisiert waren und deshalb den Imperialismus nicht zwingen konnten, auf Kriege zu verzichten.
Man nimmt gewöhnlich nur eine Seite der Frage, untersucht nur die ökonomische Grundlage der Kriege im Imperialismus. Aber das genügt nicht. Der Krieg ist nicht nur eine ökonomische Erscheinung. Bei der Frage, ob der Krieg sein wird oder nicht, haben das Verhältnis der Klassenkräfte, die Organisiertheit und der bewußte Wille der Menschen eine große Bedeutung. Mehr noch. Unter bestimmten Bedingungen kann der Kampf der fortschrittlichen gesellschaftlichen und politischen Kräfte in dieser Frage eine entscheidende Rolle spielen. Für den damaligen Zeitraum war diese These absolut richtig, heute jedoch hat sich die Lage grundlegend geändert.
Die Leninsche These, daß die ökonomische Grundlage von Kriegen erhalten bleibt, solange der Imperialismus existiert, behält natürlich unter diesen Bedingungen ihre Gültigkeit. Eben deshalb ist für uns höchste Wachsamkeit erforderlich. Solange es auf der Erde noch einen Kapitalismus gibt, werden die reaktionären Kräfte bemüht sein, einen Krieg zu entfesseln. Aber eine verhängnisvolle Unvermeidbarkeit der Kriege gibt es nicht. Heute existieren mächtige, gesellschaftliche und politische Kräfte, die über bedeutende Mittel verfügen, um die Entfesselung eines Krieges durch die Imperialisten nicht zuzulassen, und falls sie doch versuchen sollten, einen Krieg zu beginnen, so werden diese Kräfte den Aggressoren eine vernichtende Niederlage bereiten und ihre abenteuerlichen Pläne zum Scheitern bringen." (N.S. Chruschtschow: Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag der KPdSU, zitiert nach: Ostprobleme Nr. 10/1956, S. 333).

55 Karl Marx: DAS ELEND DER PHILOSOPHIE, MEW 4, S. 181.

arbeitende Klasse zum "Subjekt der Weltgeschichte" (56) geworden ist. Bereits Marx hat übrigens die diesbezüglichen politischen Konsequenzen für die internationale Politik des Proletariats formuliert, als er 1864 in der "Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation" ausführte: "Wenn die Emanzipation der Arbeiterklassen das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel erreichen, mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Gut und Blut vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heroische Widerstand der englischen Arbeiterklasse gegen ihre verbrecherische Torheit bewahrte den Westen Europas vor einer transatlantischen Kreuzfahrt für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei." (57) Marx erklärte es zur "Pflicht" der internationalen Arbeiterklasse, auf die Politik der kapitalistischen Regierungen Druck auszuüben, um "die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen." (58)

Aus der Tatsache aber, daß der Weltfrieden nur durch das Proletariat gesichert werden kann, ergibt sich aber des weiteren, daß auch die Politik der Sicherung des Friedens durch die sozialistischen Staaten, stets den Interessen des Proletariats, dem Interesse am maximalen Vorantreiben des revolutionären Weltprozesses untergeordnet sein muß; – ergibt sich also das Primat des proletarischen Internationalismus. Dieser Standpunkt ist von Seiten der Sowjetunion, die sich stets vorbehaltlos zu dem Leninschen Leitsatz bekannte, wonach es die vorrangigste Aufgabe des Sowjetstaates sei, "ein Höchstmaß dessen, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung und Entfachung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist", zu erreichen, (59) wiederholt bekräftigt werden (60). Deutlich formulierte Breshnew auf der Moskauer Internationalen Beratung: "Die Stärke einer proletarischen Partei besteht in ihrer Fähigkeit, die inneren Möglichkeiten restlos zu nutzen zum Kampf für die Interessen ihrer Völker, für den Fortschritt ihrer Länder und gleichzeitig zum Kampf für das gemeinsame internationale Werk der Revolution und des Sozialismus." (61)

Aus dem Primat des proletarischen Internationalismus für die Politik jedes sozialistischen Staates ergibt sich ferner, daß, wie von sowjetischer Seite stets betont wurde, die friedliche Koexistenz nur ein Prinzip der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Staaten mit entgegengesetzter gesellschaftlicher Ordnung ist, "das nicht anwendbar ist auf die Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Unterdrückern und

56 Wolf-Dieter Gudopp, a.a.O., S. 6.
57 Karl Marx: INAUGURALADRESSE DER INTERNATIONALEN ARBEITER-ASSOZIATION, MEW 16, S. 13.
58 Karl Marx, ebenda.
59 W.I. Lenin: DIE PROLETARISCHE REVOLUTION UND DER RENEGAT KAUTSKY, LW 28, S. 293.
60 Vgl. dazu Erwin Stüber: MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG UND PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS, in: W.I. LENIN UND..., a.a.O., S. 81 ff.
G.A. Deborin: DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS ALS RICHTUNGSWEISENDES PRINZIP DER KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG, in: ebenda, S. 96 ff.
Siegmar Quilitzsch: DIE ROLLE DER SOWJETUNION IN DER SOZIALISTISCHEN STAATSGEMEINSCHAFT, in: ebenda, S. 117 ff.
Wolf-Dieter Gudopp, a.a.O., S. 4 ff.
61 L.I. Breshnew: Rede auf der internationalen Beratung..., a.a.O., S. 206.

Unterdrückten, zwischen Kolonialisten und Opfern der kolonialen Unterdrückung, auf den Kampf zwischen bürgerlicher und sozialistischer Ideologie." (62) (63)

Im Gegenteil, die Beziehungen der friedlichen Koexistenz schließen den Kampf auf all diesen Gebieten nicht nur nicht aus, sondern setzen ihn vielmehr voraus (64); ja, sie fordern sogar seine Verschärfung, denn nur durch die ständige Stärkung der antiimperialistischen Kräfte läßt sich der Imperialismus zum Frieden zwingen.

Daraus wird aber schon deutlich, daß die friedliche Koexistenz nicht eine Frage der zwischenstaatlichen Beziehungen schlechthin ist, wie es uns etwa Mandel weismachen möchte (65), sondern daß sie in erster Linie eine spezifische Form des Klassenkampfes darstellt. Diese ihre Funktion realisiert sich auf verschiedenen Ebenen:

– Die Sicherung des Friedens erfüllt die Aufgabe, "die für den Aufbau des Sozialismus günstigsten äußeren Bedingungen zu schaffen, den Vormarsch auf dem Wege zum Sozialismus von äußeren Störungen freizuhalten, nicht zuletzt um sein Beispiel immer stärker auch nach außen wirken zu lassen. Die Dialektik besteht darin, daß gesicherter Frieden die beste Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau ist und umgekehrt die Stärkung des Sozialismus das entscheidende Element für die Sicherung des Friedens und die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus darstellt." (66)
– Abgesehen von der Beispielfunktion des sozialistischen Aufbaus ermöglichen die wachsenden ökonomischen Potenzen der sozialistischen Staaten eine ständig stärkere unmittelbar materielle Unterstützung der antiimperialistischen Kräfte in aller Welt. Ganz in diesem Sinne erklärte die cubanische Delegation auf der Moskauer Beratung eindeutig: "Die Kommunistische Partei Kubas ist ... der Ansicht, daß die Sowjetunion im Kampf der Völker gegen den Imperialismus das wichtigste Bollwerk ist und daß sich diese ihre historische Rolle in unseren Tagen

62 D. Tomaschewski, a.a.O., S. 1350.
63 Zum Problem der Nichtanwendbarkeit der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten vgl.: Wolf-Dieter Gudopp, a.a.O., S. 7 ff.
Herbert Kröger: DIE SOZIALISTISCHE SOUVERÄNITÄT DER DDR UND DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS, in: DEUTSCHE AUSSENPOLITIK 12/1969, S. 1419 ff.
Herbert Kröger: DIE LENINSCHE FRIEDENSSTRATEGIE..., a.a.O., S. 71 ff.
64 Vgl. dazu u.a. N.S. Chruschtschow: GESPRÄCH MIT DEM KORRESPONDENTEN DER AMERIKANISCHEN FERNSEHGESELLSCHAFT 'COLUMBIA BROADCASTING SYSTEM', 28. Mai 1957, in: N.S. Chruschtschow: FÜR DAUERHAFTEN FRIEDEN UND FRIEDLICHE KOEXISTENZ, Berlin 1959, S. 69;
N.S. Chruschtschow: VIERZIG JAHRE SOZIALISTISCHE OKTOBERREVOLUTION, 6. November 1957, in: ebenda, S. 275.
BRIEF DES ZK DER KPDSU AN DAS ZK DER KP CHINAS (30. März 1963), in: DIE POLEMIK..., a.a.O., S. 565 ff.
Erich Honecker: BERICHT ÜBER DEN UMTAUSCH..., a.a.O., S. 24 ff.
65 Dieser läßt seinen Essay über FRIEDLICHE KOEXISTENZ UND WELTREVOLUTION sogar mit den Worten beginnen: "Mit der Oktoberrevolution 1971 erweiterten sich die Probleme der zwischenstaatlichen Beziehungen (!) um die Probleme des Sozialismus." (a.a.O., S. 1) Auf der gleichen Linie liegt seine Behauptung, die friedliche Koexistenz sei nichts anderes als nur ein Waffen still stand, die er in seiner Broschüre wiederholt vertritt.
66 Walter Ulbricht: 25 JAHRE NACH DER EINIGUNG DER ARBEITERKLASSE, in: NEUES DEUTSCHLAND, 14. Januar 1971.

sowohl in der Unterstützung der sozialistischen Revolution auf Kuba, als auch in der Unterstützung aller arabischen Völker im Nahen Osten und in der Hilfeleistung für das vietnamesische Volk gezeigt hat." (67) (68)

Die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen sichert außerdem die um ihre Befreiung kämpfenden Völker vor dem Export der Konterrevolution seitens des Imperialismus und ermöglicht ihnen damit, unbehindert den Weg ihres gesellschaftlichen Fortschritts frei zu wählen:

Die historische Praxis hat eindrucksvolle Beispiele dafür gebracht, daß es unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz den Völkern der Erde möglich wird, den Weg ihrer eigenen Entwicklung selbst zu bestimmen; daß es gerade die friedliche Koexistenz ist, die es ihnen gestattet, relativ gesichert den Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Insbesondere ist hier die Entwicklung Kubas zu nennen. Ohne die Macht der Sowjetunion, die durch ihre konsequente Politik der friedlichen Koexistenz die USA am Eingreifen in Kuba hinderte, gäbe es heute kein sozialistisches Kuba, äußerte unmißverständlich Fidel Castro: "Ohne die Oktoberrevolution von 1917 hätte Kuba nicht zum ersten sozialistischen Land Lateinamerikas werden können. Wir wären genauso revolutionär gewesen, unser Land wäre zweifellos bis zu den letzten Konsequenzen gegangen. Aber auch die größten Opfer, die heroischsten Entschlüsse hätten sich gegenüber den Konsequenzen der Macht des Imperialismus, der 90 Meilen von unseren Küsten entfernt ist, nicht durchsetzen können. Sie hätten sich nicht gegen die Konsequenzen seines kriminellen wirtschaftlichen Schlages, seiner politischen Schläge und seiner militärischen Schläge durchsetzen können ..." (69)

Die Sicherung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz leistet weiter einen entscheidenden Beitrag zum Klassenkampf dadurch, daß sie zur Verschärfung der inneren Krise des Imperialismus beiträgt, und damit zur Beschleunigung seiner endgültigen Überwindung: Bekanntlich sucht der Imperialismus seine inneren Verwertungsschwierigkeiten und seine politischen Probleme durch eine ungeheure Erweiterung unproduktiver Sektoren der Produktion, besonders der Rüstungsindustrie und durch verstärkte Expansion nach außen, die meist in Form einer Aggression auftreten, zu lösen, bzw. zu vertuschen. Der Kampf für den Weltfrieden und die allgemeine Abrüstung schneidet dem Imperialismus diesen Weg zur relativen "Lösung" seiner Widersprüche ab: "Antiimperialist sein, heißt in erster Linie, dem Imperialismus seinen 'Ausweg' versperren, den vom Wesen des Imperialismus bestimmten Kurs auf militärische Gewalt und Krieg zu durchkreuzen ... Das ist die revolutionäre Strategie, die in den hochindustrialisierten Ländern Mittel- und Westeuropas die breitesten Bevölkerungsschichten in den antiimperialistischen Kampf einbezieht und die besten Aussichten bietet, um die breiteste Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf aller noch abhängigen und unterdrückten Völker um Selbstbestimmung, um nationale und soziale Befreiung zu entwickeln." (70) Der Kampf um den Frieden stellt somit das Hauptkettenglied in den Aktionen der antiimperialistischen Bewegung dar. (71)

Weiter trägt die Sicherung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zur Verbesserung der Kampfesbedingungen der Arbeiterklasse in den Metropolen des Kapitals selbst bei. Bekanntlich besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der Außenpolitik und der inneren Situation eines Staates. Ein Staat, der eine aggressive Außenpolitik betreibt, ist schon dadurch quasi "genötigt" die Militarisierung und Faschisierung auch im Innern durchzuführen, was die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse erfahrungsgemäß entschieden verschlechtert. (72)

---

67 REDE DES GENOSSEN CARLOS RAFAEL RODRIGUEZ, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, in: INTERNATIONALE BERATUNG..., a.a.O., S. 381.

68 Vgl. dazu Juri Gussew: SCHÜTZENHILFE FÜR DEN IMPERIALISMUS, Moskau 1971, S. 46 ff.
W.P. Nichamin: DIE LENINSCHEN PRINZIPIEN DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN SOZIALISTISCHEN STAATEN UND DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN, in: W.I. LENIN UND..., a.a.O., S. 151 ff.
D. Kunajew: W.I. LENIN UND DIE NATIONALE BEFREIUNGSBEWEGUNG DER VÖLKER, in: ebenda, S. 167 ff.

69 Fidel Castro: Rede in Havanna, 22. April 1970, zitiert nach: SOPO Nr. 6/7, 1970,S.2.

70 Gerhard Danelius: Rede auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, in: INTERNATIONALE BERATUNG..., a.a.O., S. 261.

71 DIE AUFGABEN DES KAMPFES..., in: INTERNATIONALE BERATUNG..., a.a.O., S. 36.

72 Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen dabei die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen sozialistischen und imperialistischen Ländern. Bezeichnete schon Lenin die Konzessionen als ein "ökonomisches und politisches Argument gegen den Krieg", so gilt heute, wo die kapitalistischen Staaten aufgrund der Verschärfung ihrer inneren Widersprüche verstärkt auf wirtschaftliche Beziehungen zum Sozialismus angewiesen sind, umso mehr, daß die sozialistischen die Aufnahme solcher Beziehungen davon abhängig machen können und müssen, inwieweit der jeweilige kapitalistische Handelspartnerstaat seine aggressive Außenpolitik aufgibt, bzw. inwieweit die dafür verantwortlichen reaktionären und aggressiven Kräfte im Innern dieses Staates in ihrem Einfluß zurückgedrängt werden (Vgl. dazu: K.H. Domdey: INTERNATIONALER KLASSENKAMPF, SOZIALISTISCHER INTERNATIONALISMUS UND INTERSYSTEMARE BEZIEHUNGEN, in: K.H. Domdey/J.L. Schmidt (Hrsg.), a.a.O., S. 71 ff). Ganz in diesem Sinne führte A.N. Kossygin auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU aus: "Unsere Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Westens könnten natürlich ganz andere Ausmaße aufweisen, wenn es gelänge, konstruktive Schritte zur Lösung jener aktuellen Probleme zu unternehmen, die gegenwärtig die internationale Lage komplizieren.
Bekanntlich mißt die Sowjetunion beispielsweise der Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz äußerst große Bedeutung bei. Für uns ist es völlig klar, daß diese Beratung das Vertrauen in Europa festigen und einen Weg zu einer umfassenden ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bahnen würde. Das könnte die Bedingungen für die Lösung solcher Probleme schaffen, wie der Organisation des transkontinentalen Güterverkehrs, des Baus hochleistungsfähiger elektrischer Überlandleitungen und der darauf beruhenden Schaffung eines einheitlichen europäischen Energieverbundnetzes sowie zu grundlegenden Veränderungen bei der Lösung des Problems der Brennstoff- und Energiebilanz führen. Zugleich würde dies zur Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf solch wichtigen Gebieten der menschlichen Tätigkeit beitragen wie dem Umweltschutz und vor allem der Reinhaltung der Europa umgebenden Meere und der rationellen Nutzung ihrer Ressourcen, der Vereinigung der Bemühungen der Wissenschaftler vieler Länder bei der Behandlung von Herz- und Gefäßerkrankungen und bei der Krebsbekämpfung." (A.N. Kossygin: DIE DIREKTIVEN DES XXIV. PARTEITAGES DER KPDSU ZUM FÜNFJAHRPLAN FÜR DIE ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT DER UDSSR IN DEN JAHREN 1971 - 1975, 6. April 1971, in: XXIV. PARTEITAG DER KPDSU, a.a.O., S. 311/312). Eine wesentliche Funktion solcher Handelsbeziehungen besteht auch darin, die Werktätigen des betreffenden kapitalistischen Landes sich praktisch von den Vorzügen des Sozialismus und seiner positiven internationalen Rolle überzeugen zu lassen.

Der Kampf um friedliche Koexistenz ist also ein Kampf um die Verbesserung der Möglichkeiten der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei.

- Eine weitere Funktion des Kampfes um friedliche Koexistenz resultiert daraus, daß jede aus der aggressiven Außenpolitik eines imperialistischen Staates entspringende Militarisierung des inneren gesellschaftlichen Lebens einen scharfen Druck auf den Lebensstandard der Werktätigen mit sich bringt. "Deshalb ist der Kampf für Frieden, für friedliche Koexistenz von Staaten in bestimmtem Maße eine Fortsetzung des ständigen Kampfes der Massen für das tägliche Brot, für eine Verbesserung der Bedingungen ihrer Existenz." (73)
- Besonders die beiden letztgenannten Faktoren sowie die Tatsache, daß die Bedrohung durch einen thermonuklearen Krieg nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für fast alle gesellschaftlichen Schichten relevant ist, machen den Kampf um die friedliche Koexistenz zu einem der wichtigsten Faktoren der Bündnispolitik der Arbeiterklasse, indem sie die objektive Grundlage dafür schaffen, alle nichtmonopolistischen Kräfte auf einer gemeinsamen antiimperialistischen Basis zu vereinigen und zu mobilisieren.

Fassen wir die bisherigen Ergebnisse zusammen, so wird zweierlei deutlich: Erstens die Bedeutung der Politik der friedlichen Koexistenz für das Vorantreiben des internationalen Klassenkampfes; und zweitens ist festzustellen, daß die friedliche Koexistenz keineswegs, wie etwa Mandel behauptet, ein "Waffenstillstand" ist, den die sozialistischen Staaten lediglich "hinzunehmen" bräuchten, sondern daß sie erkämpft werden muß. (74) Vor allem muß festgestellt werden, daß sie das Ergebnis der Geschlossenheit aller antiimperialistischer Kräfte, vor allem des sozialistischen Lagers war und ist. Nur diese Geschlossenheit hat es vermocht, das Kräfteverhältnis herbeizuführen, auf dem friedliche Koexistenz überhaupt erst möglich wurde, nur diese Geschlossenheit kann die Aufrechterhaltung und weitere Vertiefung der friedlichen Koexistenz gewährleisten. In diesem Sinne wurde auf der Moskauer Beratung formuliert:
"Die gegenwärtige Lage erfordert eine Verstärkung der Kampfsolidarität der Völker der sozialistischen Länder, aller Abteilungen der internationalen Arbeiterbewegung sowie der nationalen Befreiungsbewegung im Kampf gegen den Imperialismus ..." (75) "... die wichtigste Bedingung für die Verstärkung des Beitrages, den die kommunistischen Arbeiterparteien zur Lösung der vor den Völkern stehenden Probleme leisten, (besteht) darin, die Einheit der kommunistischen Bewegung selbst auf ein höheres Niveau ... zu heben ... Der Zusammenschluß der kommunistischen und Arbeiterparteien ist der wichtigste Faktor für die Vereinigung aller antiimperialistischer Kräfte." (76)

Die Wichtigkeit der Geschlossenheit der antiimperialistischen Bewegung hat sich heute wesentlich erhöht. Dies resultiert aus der wachsenden Gefährlichkeit der Politik des Imperialismus für die gesamte Menschheit. Diese wachsenden Gefahren ergeben sich einerseits direkt aus der steigenden Aggressivität des Imperialismus, der sein Vernichtungspotential an Nuklear-, biologischen und chemischen Waffen ständig erhöht; und andererseits vor allem aus der "Zerstörung von elementaren Existenzgrundlagen des menschlichen Lebens, zum Beispiel im geografischen Milieu". (77) Die besondere Gefährlichkeit dieses Faktors ergibt sich daraus, daß im Zuge der Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution die Interdependenz von Gesellschaft und Natur immer mehr globalen Charakter annimmt. Unter diesem Aspekt wächst "die Gefahr einer falschen, nicht steuerbaren Einwirkung auf die natürliche Umwelt. Begleiterscheinungen dieser Tätigkeit sind Störungen des Gleichgewichts der Natur, die Verunreinigung der Gewässer und der Luft mit einer solchen Menge von Industrieabfällen, radioaktiven Stoffen usw., daß sie zu einer Gefahr für die Existenz der Menschheit werden können. Um solchen Gefahren zu

73 Rubens Iscaro: FRIEDLICHE KOEXISTENZ VON STAATEN UND REVOLUTIONÄRER KAMPF, in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Nr. 10/1970, S. 1304.

74 Daraus folgt, daß das Argument, militärische Konflikte zwischen Sozialismus und Imperialismus seien ja doch unvermeidlich, in der heutigen Situation auf nichts anderes als Defätismus hinausläuft: "Die These, wonach ein neuer Weltkrieg für die antiimperialistische Bewegung unvermeidlich oder 'erwünscht' sei, ist theoretisch falsch und vom politischen Standpunkt aus absolut unfruchtbar. Diese These anerkennen, hieße auf den Kampf um die für die Werktätigen, für alle Völker günstigsten Bedingungen zur Lösung des Grundwiderspruchs unserer Epoche – des Widerspruchs zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus – verzichten. Sich mit der Behauptung abfinden, daß der Raketen-Kernwaffen-Krieg dennoch ausbrechen würde, hieße im Grunde nicht an die Kraft des sozialistischen Systems, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung glauben. Das soll natürlich nicht heißen, daß der von Natur aus aggressive Imperialismus nicht imstande sei, einen Weltkrieg vom Zaune zu brechen. Die sozialistischen Staaten müssen mit einer solchen realen Gefahr rechnen und ihre Verteidigungsmacht ständig stärken." (Rubens Iscaro, a.a.O., S. 1303).

75 DIE AUFGABEN DES KAMPFES..., a.a.O., S. 42.

76 Ebenda, S. 43.

77 DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 552.

NEUES ROTES FORUM

Die theoretische Zeitschrift der Westdeutschen Linken

erscheint 6 mal im Jahr
Auflage 6000, 60-72 Seiten
Heft 1.50, Abonnement 9.-

Redaktion und Vertrieb
c/o Politische Buchhandlung
69 Heidelberg, Schiffgasse 3

Neues Rotes Forum 1/71

Karin Althoff
Zur Situation in Spanien
Joscha Schmierer
Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution
Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg
Kampf dem Opportunismus: Dokumente zur Auseinandersetzung der Linken in Heidelberg
Zur Analyse der Studentenbewegung
Wahlplattform der Gruppe NRF
William Burchett
Nach dem Sieg von Muhammed Ali – Erinnerungen an einige Kämpfe zwischen Schwarzen und Weißen
Hans Martin Mumm
Die National Convention der SDS in Chicago (Dez.70)

Neues Rotes Forum 2/71

Eduardo Ferreira
Namibia(Südwestafrika): Deutsche Kolonie – Mandat Südafrikas – Beute des internationalen Kapitals
David Yaffe
Die Krise des britischen Kapitalismus – die jüngsten Entwicklungen
Hans Martin Mumm
Zur Spaltung der Black Panther Party
Zum Klassenkampf in Schweden
Meinhard Schröder
Zu dem Aufsatz: "Die Krise des britischen Kapitalismus" von D.Yaffe in: NRF 3/70

entrinnen, muß man die Natur als einheitliches Ganzes sehen, bei dem alles miteinander zusammenhängt." (78)

Aus dieser wachsenden Bedrohung der Menschheit durch den Imperialismus ergibt sich, daß es nicht nur schlechthin darauf ankommt, daß der Imperialismus einmal liquidiert wird, sondern darauf, wie schnell dies geschieht. Von daher wächst die Bedeutung der Einheit des antiimperialistischen Lagers immer mehr. (79) Das Hauptmittel, diese für ihn so gefährliche Einheit seiner Gegner zu torpedieren ist z.Zt. die ideologische Diversion. Angesichts dieser Tendenzen nimmt die Auffassung Mandels geradezu zynische Züge an, der den ideologischen Konflikt zwischen China und der Sowjetunion schon allein deswegen "an sich begrüßenswert" nennt, "weil man vom Monolithismus der Stalin-Epoche hierdurch abgeht." (80) Beim Versuch, die antiimperialistische Einheit zu torpedieren, ist es dabei für den Imperialismus nur logisch, seinen Hauptstoß gegen die Sowjetunion zu richten (81), die aufgrund ihres ökonomischen und militärischen Potentials, ihrer langen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und schließlich aufgrund ihrer Pionierrolle, die sie im sozialistischen Lager durch die Schaffung der Grundlagen des Kommunismus innehat, das Zentrum der Weltrevolution und damit auch den zentralen Faktor der friedlichen Koexistenz darstellt (82).

Auch und sogar besonders für den Kampf um die friedliche Koexistenz gilt daher das klassische Wort Ernst Thälmanns aus dem Jahre 1926:

> "Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden! Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolutionäre oder zum Lager der Konterrevolutionäre." (83)

Thomas Scheffler

---

78 G.J. Glesermann: W.I. LENIN UND DIE PROBLEME DER WISSENSCHAFTLICHEN VORAUSSICHT, in: SOWJETWISSENSCHAFT, Nr. 3/4, 1970, S. 405/406, zitiert nach: DER IMPERIALISMUS DER BRD, a.a.O., S. 552.

79 Zur Funktion der Politik der VR China im Rahmen der Globalstrategie des Imperialismus bei der Zersetzung dieser Einheitsfront des antiimperialistischen Lagers vgl. Juri Gussew: SCHÜTZENHILFE FÜR DEN IMPERIALISMUS, a.a.O., S. 3 ff.

80 Ernest Mandel, a.a.O., S. 31.

81 Die neue Qualität der gegenwärtig vom Imperialismus geschürten Welle des Antisowjetismus wurde von L.I. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU folgendermaßen charakterisiert: "Nach wie vor ist der Kampf gegen den rechten und 'linken' Revisionismus sowie gegen den Nationalismus aktuell. Gerade auf nationalistische Tendenzen – und insbesondere auf jene von ihnen, die in Gestalt des Antisowjetismus auftreten – setzen die bürgerlichen Ideologen und die bürgerliche Propaganda im Kampf gegen den Sozialismus und die kommunistische Bewegung heute ihre besondere Hoffnung. Sie animieren die opportunistischen Elemente in den kommunistischen Parteien zu einer Art ideologischen Geschäft. Sie sagen ihnen gewissermaßen: Beweist uns, daß ihr Antisowjetisten seid, und dann werden wir uns auch bereit finden zu verkünden, daß ihr echte 'Marxisten' seid und völlig 'selbständige' Positionen einnehmt. Der Verlauf der Ereignisse zeigt übrigens, daß solche Leute den Weg des Kampfes auch gegen die kommunistischen Parteien in ihren eigenen Ländern beschreiten." (L.I. Breshnew: RECHENSCHAFTSBERICHT..., a.a.O., S. 38).

82 Vgl. dazu: Siegmar Quilitzsch, a.a.O., S. 117 ff.
W.P. Nichamin, a.a.O., S. 154 ff, S. 161 ff.
D. Kunajew, a.a.O., S. 178 ff.

83 Ernst Thälmann: REDEN UND AUFSÄTZE ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Bd. 1, Berlin 1955, S. 435.

Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus

Bericht über die Tagung der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 14. Oktober 1971 in Berlin

Thema der Tagung war die Klärung von theoretischen und ideologischen Grundfragen bei der Auswertung des VIII. Parteitages der SED. Das Hauptreferat zum Thema "Die entwickelte sozialistische Gesellschaft – Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED" hielt Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED. Der folgende Bericht umfaßt die grundlegenden Ausführungen Kurt Hagers sowie einige Diskussionsbeiträge.

I Das Referat Kurt Hagers

Einleitend führte Hager aus: "Der VIII. Parteitag leistete einen bedeutenden Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer schöpferischen Anwendung auf die konkreten Bedingungen der DDR. Er bestimmte wissenschaftlich exakt die gegenwärtige Entwicklungsetappe der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und legte die Aufgaben zu ihrer weiteren Gestaltung fest... Vor unseren Gesellschaftswissenschaftlern steht nunmehr die Aufgabe, den theoretischen Gehalt des VIII. Parteitages allseitig zu erschließen und für die Tätigkeit der Partei nutzbar zu machen. Diesem Ziel dient auch unsere heutige Konferenz."

Die wachsende Kompliziertheit der gesellschaftlichen Beziehungen stelle die Gesellschaftswissenschaftler vor schwierige Probleme. Die Partei erwarte von ihnen einen immer größeren Beitrag zur theoretischen Erforschung der qualitativ neuen Erscheinungen. Zur Herausbildung der sozialistischen Weltanschauung in der ständigen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie sowie dem Revisionismus aller Schattierungen sei es vor allem erforderlich, das theoretische Niveau der gesellschaftswissenschaftlichen Arbeit zu erhöhen.

Die Einheit des Marxismus-Leninismus

Der Referent betonte, daß der Marxismus-Leninismus die untrennbare Einheit des dialektischen und historischen Materialismus, der politischen Ökonomie und des wissenschaftlichen Kommunismus sei: "Der VIII. Parteitag hat gefordert, Tendenzen entgegenzuwirken, diese Einheit des Marxismus-Leninismus geringzuschätzen. Denn auf dieser in sich geschlossenen theoretischen Grundlage beruht die gesamte praktische Tätigkeit der Partei der Arbeiterklasse, die Strategie und Taktik ihres revolutionären Kampfes. Wir gehen davon aus, daß der Marxismus-Leninismus als Ganzes die Weltanschauung der Arbeiterklasse ist und daher auch als Ganzes studiert und angeeignet werden muß. Eine Ursache für seine unvergleichliche geschichtliche Wirksamkeit ist gerade die logische, zwingende Geschlossenheit der philosophischen, ökonomischen und politischen Auffassungen."

Große Aufmerksamkeit müsse der politischen Ökonomie gewidmet werden. "Es kommt darauf an, die ökonomischen Gesetze und ihre Wirksamkeit tiefer zu erfassen. Das gilt besonders für das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus und das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Die gründliche Kenntnis der öko-

nomischen Gesetze des Sozialismus und der Politik der Partei ist eine entscheidende Voraussetzung für ein hohes Niveau der sozialistischen Leitung der Wirtschaft und für die erfolgreiche Verwirklichung unserer Wirtschaftspolitik... Zweifellos ist heute unser Wissen über den Aufbau des Sozialismus umfassender, tiefer und inhaltsreicher als vor zwanzig oder vor fünf Jahren... Dies alles führt zu einer ständigen Konkretisierung des Inhalts bereits bekannter Kategorien, zur Überwindung veralteter theoretischer Feststellungen und zu einem neuen und tieferen Wissen über die gesellschaftlichen Prozesse und Erscheinungen. Gerade hieraus ergibt sich auch die Forderung an unsere Gesellschaftswissenschaftler und Propagandisten, sich in ihrer Arbeit stärker auf die Bearbeitung und Beantwortung jener Probleme zu orientieren, die für die Lösung der konkreten Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR wichtig sind."

Der dialektische und historische Materialismus schätze die Bedeutung neuer Methoden der wissenschaftlichen Erkenntnis positiv ein. "Aber die Funktion des dialektischen und historischen Materialismus wird ernsthaft gefährdet, wenn die marxistisch-leninistische Philosophie durch die kritiklose Übernahme von Aussagen und Begriffen aus einzelnen Fachwissenschaften ihres Weltanschauungscharakters beraubt und gewissermaßen "entideologisiert" wird.

Der dialektische und historische Materialismus kann und darf nicht durch Einzelwissenschaften ersetzt oder in ein Anhängsel solcher Wissenschaften verwandelt werden. Die notwendige Beschäftigung mit solchen Wissenschaften wie der Kybernetik, der Informationstheorie, der Operationsforschung – notwendig zum Beispiel vom Standpunkt der angewandten Mathematik oder der konkreten Leitung der Wirtschaft – darf nicht dazu führen, daß Feststellungen und Begriffe aus diesen Wissenschaften an die Stelle des Marxismus-Leninismus treten...

Es kommt also in Forschung und Lehre darauf an, die Weltanschauung der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zu entwickeln. Besonders muß ihr dialektisch-materialistischer und internationalistischer Charakter herausgearbeitet und begründet werden. Ausgehend von den Erkenntnissen des dialektischen und historischen Materialismus, haben die marxistischen Philosophen zusammen mit den anderen Gesellschaftswissenschaftlern die Aufgabe, vor allem die Gesetzmäßigkeiten, Merkmale und Kriterien der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unter den heutigen konkreten Bedingungen verstärkt zu erforschen. Das bedeutet, daß in der philosophischen Forschung stärker als bisher von den realen Prozessen des gesellschaftlichen Lebens, von den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen, von den Widersprüchen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und von den Erfordernissen des Klassenkampfes ausgegangen werden muß."

Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei

Die Verwirklichung der historischen Rolle der Arbeiterklasse hänge immer mehr von der Entwicklung ihres Klassenbewußtseins ab.

"Die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, die der VIII. Parteitag der SED vornahm, und die Aufgaben, die er für die nächsten Jahre stellte, orientieren die gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre deshalb im besonderen auf die Probleme der weiteren Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Die wachsende Rolle der Arbeiterklasse ergibt sich in unserer Zeit vor allem daraus, daß der Sozialismus, die Arbeiter-und-Bauern-Macht unserer Epoche das Gepräge gibt. Auch die Erfahrungen der geschichtlichen Entwicklung in der DDR beweisen, daß die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Partei die bestimmende und ausschlaggebende gesellschaftliche Kraft ist. Das ist sie vor allem, weil ihre Klasseninteressen mit den objektiven Erfordernissen

übereinstimmen, weil sie die am höchsten organisierte, durch ihre marxistisch-leninistische Partei geführte und erzogene Klasse ist, weil sie als Träger des Marxismus-Leninismus über die einzige wissenschaftliche Weltanschauung verfügt, weil sie als die am engsten mit dem sozialistischen Volkseigentum verbundene Klasse den größten Teil aller materiellen Werte schafft, und schließlich, weil sie als zahlenmäßig stärkste Klasse die überwiegende Mehrheit der Werktätigen umfaßt. In unserer Republik stieg der Anteil der Arbeiter und Angestellten von 78,4 Prozent im Jahre 1955 kontinuierlich auf 84,5 Prozent im Jahre 1970 an. Besonders eindringlich zeigt sich der erreichte Entwicklungsstand der Arbeiterklasse in ihrem Qualifikations- und Bildungsniveau. Hier hat sich in den Jahren des Aufbaus unserer neuen Gesellschaft eine regelrechte Umwälzung vollzogen. Seit der Mitte der fünfziger Jahre hat sich der Anteil der Facharbeiter verdoppelt. Heute besitzt jeder zweite Produktionsarbeiter einen Facharbeiterabschluß. Demgegenüber hat sich der Anteil der ungelernten und noch stärker der angelernten Arbeiter ständig verringert. 1970 waren nur noch knapp 10 Prozent aller Arbeiter Ungelernte." In der Produktion vollziehe sich vor allem das weitere qualitative Wachstum der Arbeiterklasse.

"Die Rolle der Arbeiterklasse als herrschende und führende Klasse der sozialistischen Gesellschaft wächst in dem Maße, wie ihre politische Aktivität, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Meisterung ökonomischer und technischer Prozesse sowie ihre geistig-kulturelle Bildung zunehmen. Unsere Gesellschaftswissenschaftler haben bereits wichtige Erkenntnisse und Tatsachen über die Entwicklung der Arbeiterklasse publiziert. Aber im Lichte der heutigen Bedingungen sind diese Probleme noch tiefer zu durchdenken und weitere Schlußfolgerungen für die Forschung und Darstellung zu ziehen. In Forschung und Lehre sollten wir dabei viel stärker vom internationalistischen Charakter der Arbeiterklasse und ihren wachsenden Aufgaben in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus ausgehen."

Kurt Hager führte in diesem Zusammenhang aus, daß die führende Rolle der Arbeiterklasse nur durch das Wirken ihrer marxistisch-leninistischen Partei verwirklicht werden könne. "Die Dialektik der Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse besteht darin, daß die Arbeiterklasse die marxistisch-leninistische Partei hervorbringt und diese zugleich Voraussetzung ist für die Erfüllung der historischen Rolle der Arbeiterklasse. Mit ihrem quantitativen und qualitativen Wachstum stellt die Arbeiterklasse auch höhere Ansprüche an die Partei und ihre Führungstätigkeit... Wir halten uns strikt an den Grundsatz: die Arbeiterklasse und alle Werktätigen nicht nur zu lehren, sondern auch ständig von ihnen zu lernen. So besteht zwischen der wachsenden Rolle der Arbeiterklasse und den größer gewordenen Führungsaufgaben ihrer marxistisch-leninistischen Partei bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ein direkter Zusammenhang."

Durch die Entwicklung der sozialen Struktur der Gesellschaft in der DDR werde die Frage gestellt, "wer zur Arbeiterklasse gehört. Es gibt dazu sehr entgegengesetzte Ansichten. Die schablonenhafte Gleichsetzung der Arbeiterklasse in der Hauptsache mit manuell tätigen Arbeitern im engeren Sinn verneint den Strukturwandel, der sich innerhalb der Arbeiterklasse auf Grund der Zunahme der geistigen Arbeit vollzog und weiter vollzieht. Andererseits ignoriert die Meinung, die gesamte im Bereich des gesamtgesellschaftlichen Eigentums tätige Intelligenz sei Teil der Arbeiterklasse, die noch vorhandenen wesentlichen Unterschiede zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, vor allem hinsichtlich der Verbindung mit der materiellen Produktion. Es ist offensichtlich notwendig, konsequent von der Leninschen Klassendefinition auszugehen, das heißt von der Stellung der Klasse oder Schicht in der sozialistischen Produktion und dem darauf beruhenden Niveau der Vergesellschaftung und Organisation... Dabei wird deutlich, daß bei prinzipiell gleichen Eigentumsverhältnissen, bei Volkseigentum oder genossenschaftlichem Eigentum an den Pro-

duktionsmitteln, die unterschiedliche Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit – das heißt die unterschiedliche Stellung zur sozialistischen Produktion und das darauf beruhende unterschiedliche Vergesellschaftungs- und Organisationsniveau sowie die Verteilungsverhältnisse – noch immer wesentliche Unterschiede zum Beispiel zwischen Arbeiterklasse und der Mehrheit der Intelligenz hervorbringen. Diese Unterschiede können nicht einfach gedanklich ausgelöscht werden. Die Arbeiterklasse ist – wie gesagt – die am höchsten organisierte, am engsten mit dem Volkseigentum verbundene Klasse, die durch ihre körperliche und geistige Arbeit in Industrie, Bauwirtschaft, Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen, in der Landwirtschaft und sonstigen Bereichen den größten Teil der materiellen Werte schafft. Zugleich zeigt sich, daß die Intelligenz in ihrer Struktur selbst heterogen ist. Sie reicht von Werktätigen mit Hoch- und Fachschulabschluß, die unmittelbar in der sozialistischen Produktion tätig sind, bis zu Angehörigen der Intelligenz, die in von der Großproduktion relativ weit entfernten Bereichen arbeiten.

Außerdem sollte stärker in die Betrachtung mit einbezogen werden, daß es sich hier um ein Problem der richtigen Darstellung der Klassenstruktur unserer Gesellschaft handelt, das mit irgendwelcher terminologischer Qualifizierung oder sogar politischer Abwertung nicht das geringste zu tun hat. Auch jene Teile der Intelligenz – um bei diesem Beispiel zu bleiben –, die aus objektiven Gründen nicht im entferntesten mit der Arbeiterklasse identifiziert werden können, haben selbstverständlich als sozialistische Werktätige einen festen und geachteten Platz in unserer Gesellschaft."

Kernfrage des Kampfes der Arbeiterklasse sei das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern. "Die Betonung der führenden Rolle der Arbeiterklasse ist keine Herabminderung der Bedeutung der Intelligenz beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Das Wesentliche besteht doch darin, daß die sozialistische Intelligenz, die zu einem großen Teil selbst aus der Arbeiterklasse stammt, mit dieser eng verbunden ist. An die Stelle der für den Kapitalismus typischen Losgelöstheit großer Teile der Intelligenz von der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen ist im Sozialismus die kameradschaftliche Zusammenarbeit getreten. Wenn die Intelligenz im Sozialismus eine völlig neue Stellung einnimmt, wenn sich ihr Ansehen immer mehr erhöht, dann gerade deshalb, weil sie mit der Arbeiterklasse verbündet ist, durch ihren schöpferischen Beitrag die Arbeiter- und Bauern-Macht stärkt und ihr Wissen und Können in den Dienst des Volkes stellt."

Charakteristisch für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft sei die Annäherung der Klassen und Schichten. "Und auch hier muß eine klare und nüchterne Analyse erarbeitet werden. In der DDR gibt es noch Klassen, es bestehen noch Unterschiede und bestimmte differenzierte Interessen zwischen den Klassen und Schichten. Der Prozeß der Annäherung ist nicht abgeschlossen... Der Prozeß der ständigen Festigung und Höherentwicklung des Klassenbündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und anderen werktätigen Schichten wurde vom VIII. Parteitag als Herausbildung der politisch-moralischen Einheit des Volkes charakterisiert. Der VIII. Parteitag hat aus gutem Grund auf den früher recht oft verwendeten Begriff der Menschengemeinschaft verzichtet. Der Begriff der sozialistischen Menschengemeinschaft bringt zweifellos das Entstehen neuer gesellschaftlicher, menschlicher Beziehungen zum Ausdruck. Auf den gegenwärtigen Entwicklungsabschnitt des sozialistischen Aufbaus in der DDR angewandt, ist er aber wissenschaftlich nicht exakt, da er die tatsächlich noch vorhandenen Klassenunterschiede verwischt und den tatsächlich erreichten Stand der Annäherung der Klassen und Schichten überschätzt. Er verwischt die führende Rolle der Arbeiterklasse, die Notwendigkeit eines festen Bündnisses mit den Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen und die Existenz verschiedener kapitalistischer Überreste. Dieser Begriff wird dem komplizierten, widersprüchlichen und langwierigen Entwicklungsprozeß der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen nicht gerecht. Wie Marx, Engels und Lenin stets betont haben kann eine solche, harmonische Gemeinschaft, in der die Muttermale des Kapitalismus im Bewußtsein und Verhalten der Menschen völlig beseitigt und die Teilung der Gesellschaft in Klassen und soziale Schichten aufgehoben sind, erst mit dem Werden der kommunistischen Gesellschaft erreicht werden.

Mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung werden sich die Bündnisbeziehungen weiterentwickeln, wird sich die politisch-moralische Einheit des Volkes weiter festigen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang von den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftlern aller Bereiche gemeinsame Analysen und theoretische Aussagen darüber, *wie* die Arbeiterklasse als Träger der politischen Macht und als Hauptproduktivkraft der sozialistischen Gesellschaft ihre sozialistischen Eigenschaften immer stärker ausprägt, *wie* sie besonders auf dem Feld der sozialistischen Arbeit, des Wettbewerbs und der sozialistischen Rationalisierung ihre kameradschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen werktätigen Klassen und Schichten festigt, *wie* sie im Prozeß der ökonomischen Integration den Geist des sozialistischen Internationalismus weiter ausbildet, *wie* die wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse alle Lebensbereiche durchdringt."

Die entwickelte sozialistische Gesellschaft

Zur Kennzeichnung der sozialistischen Gesellschaft sagte der Referent: "Die Begriffe "umfassender Aufbau des Sozialismus", "entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus" und "entwickelte sozialistische Gesellschaft" bezeichnen im wesentlichen das gleiche, nämlich den reifen oder entwickelten Sozialismus. Der Aufbau des Sozialismus verlangt, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausgewogen und im richtigen Verhältnis zueinander zu entwickeln. Wenn der VIII. Parteitag nicht mehr den Begriff "entwickeltes gesellschaftliches *System* des Sozialismus" gebraucht, so heißt das natürlich nicht, daß der Sozialismus keine Gesamtheit gesellschaftlicher Beziehungen darstellt. Es gilt aber folgendes zu beachten: In der Sowjetunion wurde zuerst die entwickelte sozialistische Gesellschaft errichtet. In anderen sozialistischen Ländern wurde im Verlaufe der sechziger Jahre die umfassende Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eingeleitet. Das gegenwärtige Entwicklungsstadium der sozialistischen Länder wird von der marxistisch-leninistischen Theorie der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zutreffend und übereinstimmend als "entwickelte sozialistische Gesellschaft" bezeichnet. Wir befinden uns also in vollem Einklang mit den kollektiven Erkenntnissen der KPdSU und der anderen Bruderparteien der sozialistischen Länder. Damit wird erneut der allgemeingültige Charakter der marxistisch-leninistischen Theorie unterstrichen.

Wir können andererseits auch die Tatsache nicht übersehen, daß die Bezeichnung "entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus" in der Praxis besonders auf dem Gebiet der Ökonomie oft dazu führte, daß der klare Sinn und Inhalt unserer Politik schließlich unter einem Wust von aus der Systemtheorie entlehnten Begriffen verschwand. In manchen Publikationen wurde mit dem Systembegriff Mißbrauch betrieben. Ernste und solide wissenschaftliche Arbeit wurde oftmals durch Wortgeklingel ersetzt. Wie anders soll man solche Wortschöpfungen bezeichnen wie: "Teilsystem Arbeiterklasse", "Teilsystem Kultur", "Teilsystem Versorgung", "komplex-territoriales Versorgungssystem", "multidimensional strukturiertes gesellschaftliches Gesamtsubjekt, dessen Kern und führende Kraft die Arbeiterklasse ist". Wir dürfen nicht zulassen, daß das Wesen des Sozialismus und der Sinn unseres Handelns verschleiert werden... Wenn versucht wird, das Wesen der sozialistischen Gesellschaft mit dem kybernetischen Systembegriff darzustellen, hat das zur Folge, daß der sozialökonomische und klassenmäßige Inhalt des Sozialismus positivistisch ausgehöhlt wird...

Diese kritischen Bemerkungen richten sich nicht gegen ernsthafte Forschungen auf dem Gebiet der Kybernetik, der Systemtheorie, der ökonomisch-mathematischen Modellierung und anderen Wissenszweigen. Der sozialistische Aufbau, der wissenschaftlich-technische Fortschritt verlangen, daß wir auf diesen Gebieten entsprechend unseren Möglichkeiten eine gründliche Forschungsarbeit durchführen und qualifizierte Fachleute heranbilden. So wichtig Kybernetik und Systemtheorie sind und bleiben, so können wir natürlich nicht zulassen, daß sie an die Stelle des dialektischen und historischen Materialismus, der politischen Ökonomie des Sozialismus, des wissenschaftlichen Kommunismus oder auch der sozialistischen Leitungswissenschaft treten, daß sie verabsolutiert werden und daß die Sprache einer Spezialwissenschaft die politische Sprache der Partei wird. Die Partei würde damit aufhören, eine marxistisch-leninistische Partei zu sein."

Keine starre Grenze zwischen Sozialismus und Kommunismus

Aufgabe der Gesellschaftswissenschaftler sei es, das Wesen des Sozialismus, seine Entwicklungsetappen und besonders die Dialektik der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu erforschen. "Die entwickelte sozialistische Gesellschaft unterliegt einer steten Veränderung, einem ständigen Wachstum zu größerer Vollkommenheit. Sie stellt eine notwendige Stufe auf dem Weg zum Kommunismus dar und ist ein Zeitabschnitt, in dem Elemente des Kommunismus sich herausbilden und auf Grund der entwickelten Klassenbeziehungen bedeutend und bewußt vermehrt werden. Sie bereitet also den Übergang zu einer höheren Phase, zur kommunistischen Gesellschaft vor, die natürlich auch kein starres Gebilde sein, sondern einer steten Veränderung und Entwicklung unterliegen wird. In seiner berühmten "Kritik des Gothaer Programms" hat Marx die Erkenntnis über die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation begründet. Sozialismus und Kommunismus ist gemeinsam: das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Klassenantagonismen, die immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen, die Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer gesellschaftlichen Beziehungen, die planmäßige Leitung der Gesellschaft nach einem Gesamtwillen bei breitester Teilnahme der Werktätigen und die Herrschaft der marxistisch-leninistischen Ideologie. Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus ist die Triebkraft der Entwicklung in beiden Phasen.

Andererseits unterscheidet sich der Sozialismus vom Kommunismus vor allem dadurch, daß die sozialen, ökonomischen und geistigen Grundlagen der neuen Gesellschaft noch nicht völlig entwickelt sind. Im Sozialismus gibt es noch kein einheitliches gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln. Mit den unterschiedlichen Eigentumsformen verbinden sich Unterschiede in der Entwicklung der sozialen Klassen und Schichten, in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen und ihrer Lebensweise. Es gibt noch für einen längeren Zeitraum Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Diese sind mit Unterschieden im Bildungs- und Kulturniveau, in den Bedürfnissen und auch im Arbeitseinkommen als Grundlage der Befriedigung der Bedürfnisse verbunden. Der Entwicklungsstand der Produktionskräfte hat noch nicht ein solches Niveau erreicht, daß die wachsenden Bedürfnisse der Werktätigen voll befriedigt werden können...

Wenn wir in Übereinstimmung mit den Klassikern des Marxismus-Leninismus, mit den Erfahrungen der Sowjetunion und unseren eigenen Erfahrungen den Sozialismus als eine Phase der einheitlichen kommunistischen Gesellschaftsformation betrachten, so bedeutet das jedoch nicht, daß der Sozialismus etwa nur ein kurzes Durchgangsstadium ist. Ganz

im Gegenteil. Die Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau haben uns gelehrt, daß die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft entsprechend den spezifischen Bedingungen dieses oder jenes Landes ein langer Prozeß sein kann. Gerade deshalb hat der Begriff der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine große Bedeutung für den wissenschaftlichen Kommunismus. Er bringt zum Ausdruck, daß es in diesem Abschnitt des sozialistischen Aufbaus darum geht, eine harmonische, optimal proportionale Entwicklung aller Bereiche der Gesellschaft zu gewährleisten, wobei der Mensch mit seinen Bedürfnissen voll und ganz im Mittelpunkt steht. Zugleich wird damit unterstrichen, daß dazu große Anstrengungen notwendig sind."

Daran anschließend hob Hager die Leistungen hervor, die zur allseitigen Entfaltung der Vorzüge des Sozialismus geführt haben und sein historisches Gewicht ständig erhöhen. "Es ist aber ebenso offensichtlich, daß besonders unter den Bedingungen der ständigen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in der BRD noch viel zu tun bleibt, um die sozialistische Gesellschaft umfassend zu entwickeln. Zugleich werden sich in diesem Prozeß allmählich die Elemente der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft immer stärker herausbilden, einem Prozeß, der nicht frei ist von Komplikationen und Widersprüchen. Im Lichte dieser Feststellungen über die kommunistische Gesellschaftsformation ist die These vom Sozialismus als relativ selbständige Gesellschaftsformation nicht haltbar. Diese These verwischt die Tatsache, daß der Sozialismus die erste, niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation ist. Sie verwischt ferner die – am Beispiel der Sowjetunion historisch bewiesene – Tatsache, daß die entwickelte sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und ihrer materiell-technischen Basis allmählich in die kommunistische Gesellschaft hinüberwächst. Die Theorie vom Sozialismus als relativ selbständige Gesellschaftsformation läßt sich also nicht mit der marxistisch-leninistischen Theorie des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus in Übereinstimmung bringen. Da Sozialismus und Kommunismus zwei Phasen einer einheitlichen, von der Arbeiterklasse und allen Werktätigen unter Führung der Partei geschaffenen Gesellschaftsformation darstellen und eine gemeinsame sozialökonomische Grundlage haben, kann der Übergang von der niederen zur höheren Phase nur auf dem Wege der allmählichen Herausbildung und Entwicklung von Keimen des Kommunismus, nur durch die volle Entfaltung des Sozialismus erfolgen."

Einheit von sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus

Eine der wichtigsten Aufgaben sei die Darstellung der wachsenden Rolle der Sowjetunion und des sozialistischen Weltsystems als Gesetzmäßigkeit im weltrevolutionären Prozeß. "Es sind konkrete Untersuchungen über den Einfluß des Weltsozialismus auf die anderen antiimperialistischen Ströme nötig. Vor allem aber sollten die Ergebnisse derartiger Forschungen und Untersuchungen über die Entwicklung und Rolle des sozialistischen Weltsystems noch rascher und breiter für die ideologische Erziehungsarbeit wirksam genutzt werden. Damit fördern wir die Offensive des Marxismus-Leninismus. Zugleich treten wir damit konstruktiv den bürgerlichen, sozialdemokratischen, antikommunistischen Verfälschungen und Verleumdungen des real existierenden Sozialismus entgegen."

Die sozialistische Staatengemeinschaft sei in eine höhere Phase ihrer ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit eingetreten. Dabei dürfe man nicht vergessen, "daß das heutige Weltsystem des Sozialismus noch ein junger, wachsender und sich vervollkommnender gesellschaftlicher Organismus ist, der noch viele komplizierte Probleme zu lösen und noch manche Widersprüche zu überwinden hat. Auf der Grundlage der

sozialistischen Gesellschaftsordnung sowie der Übereinstimmung der Grundinteressen und -ziele der Völker der sozialistischen Länder erfolgt die wachsende Annäherung der sozialistischen Länder. Dabei ist es – eine richtige Politik der marxistisch-leninistischen Parteien vorausgesetzt – auch möglich, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus den Unterschieden und Besonderheiten in der Lage der einzelnen Länder ergeben können. Als zentrales theoretisches und praktisches Problem erhebt sich hier das der richtigen Verbindung von *Internationalem und Nationalem*. Ausgehend von den grundlegenden Aufgaben des Kampfes für den Sieg der neuen Ordnung, der Rolle und Verantwortung der sozialistischen Länder in der welthistorischen Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus, stellt die Politik des proletarischen Internationalismus bei voller Wahrung der nationalen Interessen der Völker die allgemeinen, die Hauptinteressen des sozialistischen Weltsystems, die Gesamtziele im Kampf für den weltweiten Sieg des Sozialismus in den Vordergrund. Wir gehen stets – und insbesondere auch in der ideologischen Arbeit – von der Übereinstimmung, der Einheit von sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus aus."

Alle Erfahrungen der ideologischen Arbeit bestätigten, daß bei der Einschätzung der nationalen Frage von ihrem Klasseninhalt ausgegangen werden müsse. Die Herausbildung sozialistischer Nationen sei Bestandteil der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Prozeß dieser Herausbildung eines völlig neuen Typus von Nationen habe sich gesetzmäßig auch auf deutschem Boden vollzogen. Wesenszug der sich in der DDR entwickelnden sozialistischen Nation sei keine nationale Abgeschlossenheit sondern immer engere Zusammenarbeit und Wechselwirkung mit den anderen sozialistischen Nationen. "Die Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie und rechte sozialdemokratische Führer in der BRD machen viel Gerede über das angebliche Fortbestehen einer einheitlichen deutschen Nation. Aber darüber hat die Geschichte bereits entschieden. Und in der BRD existiert die bürgerliche Nation mit ihrer inneren Klassenzerrissenheit, der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen und dem Aggressionsstreben gegenüber anderen Völkern weiter."

Der VIII. Parteitag, hob Hager hervor, orientiere u.a. auf die "überzeugende Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Nationalismus. Neben dem Antikommunismus ist der Nationalismus die andere Hauptlinie, auf der der Imperialismus der BRD den Kampf gegen den Sozialismus in der DDR führt."

Politik und Ökonomie

"Die Aufgaben der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung", sagte Kurt Hager, "können nur gelöst werden, wenn die ökonomische Lehre von Marx, Engels und Lenin, wenn die Erfahrungen der KPdSU und die Erkenntnisse der Sowjetwissenschaft und unsere eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse noch gründlicher erschlossen werden. Gerade die Vertiefung marxistisch-leninistischer Grunderkenntnisse ist unerläßlich, um sichere, wissenschaftlich fundierte und praxiswirksame Lösungen für die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Wirtschaft zu finden. Mir scheint, daß es für die Politökonomen des Sozialismus, ja, die Wirtschaftswissenschaftler überhaupt, noch viel aus dem Werk von Marx, Engels und Lenin zu lernen gibt.

Es ist für die Theorie wie für die gesellschaftliche Praxis unerläßlich, die wissenschaftliche Erkenntnis der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und ihrer konkreten Wirkungsbedingungen wesentlich zu vertiefen. Damit schaffen wir uns bessere Voraussetzungen für eine streng wissenschaftliche Nutzung ihrer objektiven Erfordernisse bei der weiteren ökonomischen Entwicklung des Sozialismus. Das Resultat der Wirtschaftstätigkeit hängt wesentlich sowohl vom Grad der Erkenntnis der ökonomischen Gesetze und ihrer konkreten Wirkungsbedingungen als auch davon ab, wie entsprechend zuverlässige und effektive Formen und Methoden ihrer Nutzung angewendet werden. Deshalb sollten im Zentrum der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit solche Probleme stehen wie die umfassende Erforschung der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die Aufdeckung ihrer Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten, der Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes und des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft in der Gesamtheit der ökonomischen Gesetze. Damit wird zugleich ein notwendiger Beitrag für das theoretische Fundament zur weiteren Entwicklung der marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften insgesamt geleistet... Natürlich geht es nicht um eine pausenlose Wiederholung der Definition der Gesetze, sondern um ihre objektiven Wirkungsbedingungen und Erfordernisse unter den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bei Berücksichtigung der realen Situation unseres Landes. Mit anderen Worten: Wir brauchen mehr Vorlauf für wissenschaftlich begründete und zuverlässige – auch im Sinne ihrer langfristigen Anwendbarkeit – Formen und Methoden der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze zur weiteren effektiven Gestaltung der Ökonomik des Sozialismus.

In der verantwortungsvollen Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet gehen wir stets vom Wechselverhältnis zwischen Politik und Ökonomie aus. Dabei lassen wir uns von den Grunderkenntnissen der Klassiker des Marxismus-Leninismus leiten, die vor allem darin bestehen, daß die Politik der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomie ist und in diesem Wechselverhältnis das Primat hat."

Entscheidender Ausgangspunkt für Theorie und Praxis sie die Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, wobei man sich immer bewußt sein müsse, "daß die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht auf die Kennziffern des Wachstums der Produktion und ähnliche ökonomische Kriterien beschränkt werden können. Unsere sozialistische Gesellschaft ist nicht ausschließlich vom Standpunkt des Konsumenten zu bewerten. Ihre Bedeutung für den Menschen und ihre internationale Ausstrahlungskraft beruht darüber hinaus auf wichtigen moralischen, philosophischen und kulturellen Werten, die die qualitative Seite des Lebens beeinflussen und nur für die sozialistische Ordnung charakteristisch sind. Sie kann man mit keinen Kennziffern messen, aber sie tragen wesentlich dazu bei, den Menschen das Gefühl der Geborgenheit, das Bewußtsein ihrer Würde und die Energie zur Lösung aller großen Aufgaben zu geben."

Die 2. Tagung des Zentralkomitees der SED habe "noch einmal deutlich gemacht, daß wir das ökonomische Grundgesetz nicht nur als eine allgemeine Willenserklärung betrachten, die für die Agitation Bedeutung hat, sondern als ein objektiv wirkendes Gesetz, dessen Durchsetzung wir unter Führung unserer Partei mit allen Mitteln fördern müssen. Jede Verletzung führt mehr noch als die Verletzung der anderen ökonomischen Gesetze zu ökonomischen oder politischen Reibungen."

Bei der Erforschung der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution müsse man stets von den dialektischen Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ausgehen. Zur Entwicklung der sozialistischen Kultur bemerkte der Referent: "Mit der Schaffung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft hat eine neue Etappe der sozialistischen Kulturrevolution begonnen. Es kommt jetzt darauf an, ihre Gesetzmäßigkeiten unter diesen neuen historischen Bedingungen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung zu erforschen. Wir müssen uns dabei der Tatsache bewußt sein, daß neben den neu entstandenen kulturellen Bedürfnissen weiterhin der Durchsetzung ganz alltäglicher, elementarer kultureller Fragen unsere Aufmerksamkeit gilt. Das sind Fragen der Kultur der Arbeit und des Arbeitsplat-

zes, des Aussehens der Städte und Dörfer, der Kultur der zwischenmenschlichen Beziehungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens, Fragen der Ästhetik des Alltags und andere. Wir meinen es ernst mit dem Satz, daß im Sozialismus alle Seiten des Lebens von Kultur durchdrungen sein sollen. In der DDR erleben wir – wie in allen sozialistischen Ländern – eine stetige Erhöhung des Kultur- und Bildungsniveaus der Arbeiter, Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderer sozialer Schichten. Was wir brauchen, sind mehr Analysen und soziologische Untersuchungen über die geistig-kulturellen Interessen und Bedürfnisse sowie ihre Befriedigung, weil diese ein wichtiges qualitatives Merkmal der sich entwickelnden politisch-ideologischen Einheit unserer Bevölkerung in ihren vielfältigen Erscheinungsformen sind. Wir übersehen dabei nicht die noch vorhandenen Widersprüche in der Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Ebenso wie die sozialistische Ideologie und das gesellschaftliche Bewußtsein entwickeln sich die kulturellen Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten auch unter den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft noch ungleichmäßig. Das betrifft nicht nur die noch nicht überwundenen Unterschiede im Bildungsstand der verschiedenen Bevölkerungsschichten; ihr ideologisches und kulturelles Niveau ist auch auf der heutigen Stufe der sozialistischen Gesellschaft noch recht unterschiedlich. Gerade im kulturellen Leben und in den kulturellen Gewohnheiten, in der Kultur der zwischenmenschlichen Beziehungen und des sittlichen Verhaltens sind Überreste der Vergangenheit zählebig. Der höhere Reifegrad des sozialistischen Charakters der Arbeit, die bessere allgemeine und fachliche Bildung führen nicht automatisch zur Vertiefung der sozialistischen Ideologie und der Kultur des sozialistischen Menschen. Es ist schließlich eine Tatsache, daß in nicht unbeträchtlichem Umfange kulturelle Bedürfnisse aus Quellen befriedigt werden, die durchaus keine Quellen des Humanismus und der sozialistischen Ideologie und Kultur sind, daß die Imperialisten besonders auf kulturellem Gebiet große Anstrengungen unternehmen, um ihre reaktionäre Ideologie und verkommene Moral in immer neuen Verpackungen an den Mann zu bringen. Wir müssen uns bewußt sein, daß die kulturellen Veränderungen, die sich bei uns vollziehen, nicht in der Form von einmaligen Maßnahmen vor sich gehen, sondern ihrem Wesen nach langwierige, tiefe *qualitative* Umgestaltungen sind. Sie umfassen viele Seiten – ideologische, moralische, psychologische, pädagogische, ästhetische und andere – und berühren alle Faktoren des menschlichen Lebens."

Probleme des revolutionären Weltprozesses

Die theoretische Arbeit zu Fragen der internationalen Entwicklung erlange eine ständig wachsende Bedeutung. Vordringliche Aufgabe der Gesellschaftswissenschaftler, namentlich der Historiker, Philosophen und Ökonomen sei es, sich mit den Gesetzmäßigkeiten des weltrevolutionären Prozesses zu beschäftigen. Als wichtige Probleme nannte Hager in diesem Zusammenhang die Vertiefung der allgemeinen Krise, die Analyse der Quellen der Aggressivität des Imperialismus, ferner den Nachweis, daß der Antikommunismus den bestimmenden Grundzug der verschiedenen Varianten der bürgerlichen Ideologie, des Sozialdemokratismus, des Revisionismus und des Maoismus bilde.

Im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Maoismus sei es eine "wichtige Aufgabe in der weiteren wissenschaftlichen Untersuchung des Maoismus, den objektiven Zusammenhang zwischen Imperialismus und Maoismus, zwischen Maoismus und anderen Spielarten des kleinbürgerlichen Nationalismus und dem Opportunismus in der Gegenwart herauszuarbeiten. Wir gehen dabei immer davon aus, daß die verstärkte ideologische Auseinandersetzung mit dem Maoismus eine wesentliche Bedingung für die Festigung der

Einheit aller revolutionären Kräfte im antiimperialistischen Kampf ist. Zugleich ist die DDR, wie auch die anderen sozialistischen Staaten, ständig bestrebt, die staatlichen Beziehungen zur Volksrepublik China zu verbessern."

Zur Dialektik von sozialem und nationalem Befreiungskampf in den jungen Nationalstaaten machte der Referent u.a. folgende Ausführungen: "Komplizierte Differenzierungs- und Entwicklungsprozesse gehen gegenwärtig in den national befreiten Ländern Asiens und Afrikas vor sich. Die Fortschritte der nationalen Befreiungsbewegung, die Entwicklung vieler junger Nationalstaaten, der nichtkapitalistische Weg einiger Staaten haben die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft und das internationale Kräfteverhältnis weiter zuungunsten des Imperialismus verändert. Um die in diesen Staaten sich vollziehenden Entwicklungsprozesse richtig einschätzen zu können, ist jedoch ein konkretes, differenziertes Herangehen an die einzelnen Länder, ist die Aufdeckung der inneren Widersprüchlichkeiten in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung, vor allem der Klassen und Klasseninteressen, erforderlich... Die Spezifik der Lage in diesem Raum besteht darin, daß das Proletariat noch relativ schwach entwickelt ist und als Massenkraft der nationalen Befreiungsbewegung im Grunde genommen die Bauernschaft und das Kleinbürgertum in Erscheinung treten. Vertreter der Mittelschichten haben daher zumeist die Führung der revolutionären Bewegung in ihren Händen. Es wäre naiv, den Sieg des Sozialismus unter Führung der Vertreter der Mittelschichten zu erwarten. Andererseits zeigt sich, daß viele dieser Kräfte bei einer engen Verbindung mit den Massen und bei realistischer Einschätzung der inneren und äußeren Faktoren fähig sind, viele der Aufgaben zu lösen, durch die der Weg bereitet wird, der in der Perspektive zur sozialistischen Revolution führen kann.

Offensichtlich ist es notwendig, in der wissenschaftlichen Arbeit diesen Prozeß mit all seinen Widersprüchen noch gründlicher einzuschätzen. In der Propaganda und in der Lehrtätigkeit gilt es, mehr als bisher die ganze Dialektik dieses Entwicklungsprozesses zu zeigen. Dann werden alle den Verlauf und dabei auch die Zuspitzung des Klassenkampfes in vielen jungen Nationalstaaten besser verstehen und nicht erstaunt sein, wenn bürgerliche, nationalistische und antisozialistische Kräfte ihr Haupt erheben."

Leitung und Planung der Gesellschaftswissenschaften

Der Redner setzte sich für unbürokratische Leitungsmethoden und ein reges geistiges Leben ein, indem sich wissenschaftlicher Meinungsstreit, Kollektivität und sozialistische Gemeinschaftsarbeit entfalten. "Eine solche offene, schöpferische Atmosphäre herzustellen ist in erster Linie ein tiefgreifendes ideologisches Problem. Es berührt unmittelbar die Grundhaltung des sozialistischen Wissenschaftlers. seine Verantwortung für den Sozialismus. Der Parteitag hat die Rolle der Wissenschaften bei der Entwicklung des Sozialismus hervorgehoben und den Wissenschaftlern unserer Republik großes Vertrauen ausgesprochen. Jeder weiß, daß mit den Aufgaben die Verantwortung wächst. Dieser Verantwortung gerecht zu werden verlangt ein hohes Maß an Bewußtheit. Was wir brauchen ist ein schöpferisches Herangehen an die wissenschaftliche Arbeit. Das gilt insbesondere für die Entwicklung des Meinungsstreites, der ein unerläßliches Element der wissenschaftlichen Forschung ist. Es geht doch darum, daß nur in einer Atmosphäre, in der alle Fragen parteilich und offen ausgesprochen werden, die getragen ist von der persönlichen Parteinahme für den Sozialismus und von der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit geprüft werden können. Nur in einer solchen Atmosphäre kann die Verantwortung des einzelnen und des Kollektivs wachsen und die Persönlichkeit des sozialistischen Wissenschaftlers voll ausgeprägt werden.

Diesen Zustand haben wir jedoch noch nicht überall erreicht. Nicht selten wird einem echten Meinungsstreit aus verschiedenen Motiven ausgewichen. Dabei spielen oft kleinbürgerliche Verhaltensweisen eine Rolle. Positionen der Rechthaberei, des Subjektivismus, der Überheblichkeit behindern die wissenschaftliche Diskussion. Wir müssen auch sehr darauf achten, daß die Autorität verschiedener Wissenschaftler und Einrichtungen sich nicht in einer falschen Richtung auswirkt. Es hilft uns keinen Schritt weiter, wenn bestimmte Forschungsergebnisse und Publikationen von vornherein als tabu gelten, wenn es zur Gewohnheit wird, über Publikationen nicht mehr zu diskutieren. Damit wird der wissenschaftliche Meinungsstreit erstickt. Wir verteidigen mit aller Konsequenz die Einheit und Reinheit des Marxismus-Leninismus, aber das heißt nicht, daß über verschiedene offene Fragen keine Diskussion erfolgen kann und soll. Hemmend auf die Entfaltung einer schöpferischen Atmosphäre wirkt sich auch eine gewisse Zurückhaltung aus, die aus falsch verstandener Kollegialität geübt wird. Echte Kollegialität und wissenschaftlicher Nutzen können jedoch nur entstehen, wenn sich in der streitbaren Diskussion hohe Parteilichkeit und Prinzipienfestigkeit mit ebensoviel politischer, wissenschaftlicher und moralischer Achtung des Partners verbinden, mit dem wir gemeinsam ein Ziel erreichen wollen. Ich habe die Frage des wissenschaftlichen Meinungsstreites deshalb hier so hervorgehoben, weil er seinen festen Platz im wissenschaftlichen Leben haben muß, weil er zu ständigen Gewohnheiten, zum direkten Bedürfnis eines jeden Gesellschaftswissenschaftlers werden muß. Der wissenschaftliche Meinungsstreit muß zum Bestandteil unserer theoretischen und geistigen Arbeit gehören als Element der Suche nach der besten Lösung...

Verschiedene wissenschaftliche Zeitschriften haben Fortschritte in der Qualität der Artikel und in der Auseinandersetzung mit gegnerischen Auffassungen erzielt. Es fehlt jedoch fast völlig die Polemik unter unseren eigenen Gesellschaftswissenschaftlern. Unter Verantwortung der Redaktionen und mit Hilfe der wissenschaftlichen Räte muß diese Lage verändert werden, damit die Zeitschriften eine ihrer wichtigsten Funktionen, als Foren der öffentlichen Diskussionen und des wissenschaftlichen Meinungsstreites zu wirken, nicht länger vernachlässigen. Der Rezensionsteil sollte in allen Zeitschriften verstärkt werden. Eine sehr wichtige Frage ist, wie wir die sowjetischen Erfahrungen in dieser Hinsicht nutzen. Gegenwärtig wird von Diskussionen in der Sowjetunion zu wichtigen theoretischen Fragen noch ungenügend Kenntnis genommen und schon gar nicht die Möglichkeit genutzt, an dieser Diskussion teilzunehmen. Jeder wissenschaftliche Rat sollte den Inhalt und die Art und Weise des Meinungsstreites unter den sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern studieren und bei uns entsprechende Schlußfolgerungen ziehen."

Insgesamt würden verstärkte Anstrengungen verlangt, um die Leitung und Planung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung effektiver zu gestalten. Dabei sei es "selbstverständlich, daß bei der Antwort auf die gestellten Fragen die konkreten Ergebnisse und Erfahrungen zu berücksichtigen sind, die in den zurückliegenden drei Jahren bei der Realisierung des Politbüro-Beschlusses vom 22. Oktober 1968 über die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften in der DDR erreicht wurden.

Ausgehend von der wachsenden Bedeutung der ideologischen und theoretischen Arbeit, leitete der Beschluß vom Oktober 1968 Maßnahmen zur Verbesserung der Leitungs- und Koordinierungstätigkeit ein, die folgerichtig auf dem Grundsatz der inhaltlichen Leitung der Gesellschaftswissenschaften durch die Partei basierten. Es wurden vorrangig zu bearbeitende Schwerpunktthemen festgelegt, es erfolgte die Bildung zentraler Leiteinrichtungen und wissenschaftlicher Räte, und es vollzog sich im Zusammenhang damit eine eindeutige Orientierung auf die praktischen Erfordernisse des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft. In der Arbeit der wissenschaftlichen Räte konnten die größten Fortschritte dort

erreicht werden, wo konsequent von der Klärung der theoretischen Grundfragen und vom gesellschaftlichen Auftrag an die wissenschaftliche Arbeit ausgegangen wurde. Von Genossen aus geschichtswissenschaftlichen Sektionen an den Universitäten wird zum Beispiel eingeschätzt, daß sich die Tätigkeit des Rates für die Geschichtswissenschaft positiv auf ihre eigene Arbeit in Forschung und Lehre auswirkt und viele wichtige Anregungen und Erkenntnisse vermittelt hat. Andererseits zeigte sich zum Beispiel in der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates für die philosophische Forschung, daß die Orientierung auf die konkreten Erfordernisse des politisch-ideologischen Kampfes ebenso wie die konzeptionelle Arbeit und die Entwicklung des wissenschaftlichen Meinungsstreites noch ungenügend ausgebildet ist. Auch in anderen Bereichen sind die Ergebnisse bei der Realisierung des Beschlusses vom Oktober 1968 sehr differenziert einzuschätzen. Bei allen Fortschritten, die erreicht wurden, übersehen wir nicht, daß es noch beträchtliche und zum Teil unvertretbare große Niveauunterschiede in der gesellschaftswissenschaftlichen Arbeit gibt. Wir betonen hier mit Nachdruck, daß der Weg zur Veränderung, zu einer hohen Wirksamkeit auf allen Gebieten nicht über administrative Leitungsmethoden führt, sondern eine echte inhaltliche Leitung voraussetzt und erfordert. Der Ausgangspunkt für die notwendige Verständigung zu diesen Fragen liegt in der Erkenntnis, daß sich die inhaltliche Leitung der Gesellschaftswissenschaften aus ihrem Platz und ihrer Funktion in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ergibt. Als theoretisches und politisch-ideologisches Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Partei gewinnen sie im Leben der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere bei der Herausbildung und Vertiefung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen, eine wachsende Bedeutung. Daraus ergibt sich, daß wir auch in der weiteren Arbeit konsequent an dem Grundsatz der inhaltlichen Leitung der Gesellschaftswissenschaften durch die Partei festhalten werden."

Entscheidender Hebel für die Verwirklichung dieses Grundsatzes werde künftig der zentrale Forschungsplan für die Gesellschaftswissenschaften sein. "Ohne Zweifel wird es notwendig sein, daß der Plan für die zentralen Aufgaben konkrete Verantwortlichkeiten festlegt. Gleichzeitig sollte er so konzipiert werden, daß er die Grundlage für die detaillierte Planung in den einzelnen gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen und Disziplinen bilden kann. Wir halten es in diesem Zusammenhang für unbedingt erforderlich, eine höhere Eigenverantwortung der Universitäten, Hochschulen, der Deutschen Akademie der Wissenschaften und der anderen gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen durchzusetzen... In der Hochschulforschung sollte ein wesentlicher Teil der Kräfte und Mittel auf die Erarbeitung von Lehrbüchern konzentriert werden. Obwohl in den letzten Jahren verschiedene Lücken geschlossen werden konnten, kann gegenwärtig, von wenigen Ausnahmen abgesehen, weder die Qualität noch die Quantität der vorhandenen gesellschaftswissenschaftlichen Lehrbücher befriedigen. Wir brauchen ein viel breiteres Angebot von Lehrbüchern. Der Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens und des Meinungsstreites wird es mit Sicherheit förderlich sein, wenn auf den einzelnen Gebieten mehrere Lehrbücher erarbeitet werden und die Tendenz überwunden wird, die Verantwortung des Hochschullehrers auf "Zuarbeiten" oder "Zulieferungen" zu zentralen Projekten einzugrenzen."

Abschließend betonte Kurt Hager: "Ich habe versucht, einige theoretische Probleme des VIII. Parteitages darzustellen. Den ganzen theoretischen Reichtum des Parteitages zu erschließen, in Verbindung mit den Erkenntnissen des XXIV. Parteitages der KPdSU und den marxistisch-leninistischen Arbeiten anderer Bruderparteien – das ist die Aufgabe, vor der unsere Gesellschaftswissenschaftler stehen. Dabei gehen wir davon aus, daß sich im Zusammenhang mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, mit der Verschärfung des Klassenkampfes und dem Wachsen der revolutionären Weltbewegung nicht nur neue Probleme ergeben, sondern auch unsere bisherigen Erkenntnisse sich vertiefen

und auch verändern. Das ist ein ganz natürlicher Prozeß der Erkenntnis, der Entstehung und Entwicklung des wissenschaftlichen Wissens. Dabei müssen auch bestimmte Theorien aufgegeben werden, die sich in der Praxis als unzureichend erweisen. Die Praxis bleibt immer der Prüfstein unserer wissenschaftlichen Theorien."

II Diskussion

Zum Referat nahm Dr. Friedrich Richter vom Lehrstuhl für Philosophie am Institut für Gesellschaftswissenschaften als erster Stellung. Er betonte den Zusammenhang zwischen der Friedensoffensive der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder und dem ideologischen Klassenkampf. Es komme darauf an, die Friedensoffensive durch eine wirksame ideologische Offensive des Marxismus-Leninismus zu unterstützen. Kritisch bemerkte Dr. Richter, daß in der Vergangenheit die theoretische Arbeit bei Grundfragen des historischen Materialismus zurückgeblieben sei, obwohl sich gleichzeitig die konkrete Analyse gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse bedeutend ausdehnte. Offenbar sei es noch nicht durchgängig gelungen, den notwendigen Spezialisierungsprozeß in der philosophischen Forschung mit der notwendigen philosophischen Verallgemeinerung in Einklang zu bringen.

Weil sich der Klassenkampf auf ideologischem Gebiet immer mehr zuspitze, müsse die Arbeit der Gesellschaftswissenschaftler auf ein höheres Niveau gehoben werden, betonte Dr. Herbert Steininger, Prorektor für Gesellschaftswissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität. Er verlangte besonders, in der philosophischen Forschungsarbeit, in der Ausbildung und in der Publikationstätigkeit der materialistischen Dialektik größte Aufmerksamkeit zu schenken. "Dialektisches Denken wird in der studentischen Ausbildung oftmals mehr oder weniger in einem 'besonderen Fach' untergebracht und mit einem besonderen Etikett versehen", erklärte Steininger. "Die anderen Fächer tragen dann solche Aufschriften wie Kosten-Nutzen-Denken, Eigentümerdenken, Systemdenken und anderes. Sicher steckt in jedem dieser Begriffe ein richtiger Kern und ein vernünftiger Sinn, aber der Sinn verkehrt sich ins Gegenteil, wenn das alles von der Dialektik getrennt, wenn das alles möglicherweise noch der Dialektik gegenübergestellt wird. Notwendig ist es aber, über alles andere das Denken in Zusammenhängen zu stellen, das nur die Dialektik ermöglicht."

Prof. Dr. Gregor Schirmer, Stellvertreter des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, unterstrich, daß die eigene Verantwortung der Sektionen an den Hochschulen wie auch des Ministeriums auf dem Gebiet der Forschung erhöht werden müsse. Mitunter habe es Tendenzen gegeben, Sektionen und einzelne Wissenschaftler in die Lage bloßer Zulieferer von eng begrenzten Teilstücken für zentrale Projekte zu bringen. Natürlich würden die Gesellschaftswissenschaftler an den Hochschulen auch weiterhin an solchen Projekten mitarbeiten, weil diese der wissenschaftlichen Arbeit viele Impulse gäben; doch zugleich sollten die Wissenschaftler stärker mit eigenständigen Beiträgen hervortreten. Heute gebe es noch eine Reihe von Wissenschaftlern, mit denen kein Meinungsstreit geführt werden könne, weil sie nichts veröffentlichten. Allgemein sagte Prof. Schirmer, man müsse "die wissenschaftliche Arbeit mehr mit ideologischen und weniger mit administrativen Mitteln leiten."

Prof. Dr. Ernst Diehl, Stellvertreter des Direktors des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, wies darauf hin, daß es darum gehe, den internationalistischen Charakter des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes uneingeschränkt zur Geltung zu bringen. Dabei sei die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die Auswertung der Erfahrungen der sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler ein Schlüsselproblem.

In seiner Diskussionsrede setzte sich Prof. D.r Jürgen Kuczynski, Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften, dafür ein, daß die Studenten der Sektionen für Wirtschaftswissenschaften Marxens "Kapital" umfassend und gründlich studierten. Das gleiche gelte für Lenins Imperialismustheorie. Zu dem Auftrag an die Gesellschaftswissenschaftler, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus eine schöpferische Atmosphäre und einen schöpferischen Meinungsstreit zu entwickeln, sagte der Redner, daß man dabei immer auf der Hut sein müsse, auch den Gegner zu schlagen; denn der werde natürlich versuchen, sich in den Streit der Meinungen einzumischen.

Mit Problemen des Kampfes gegen den Antikommunismus befaßte sich Prof. Herbert Häber, Direktor des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft. Herausgefordert vom Sozialismus, sei der Imperialismus besonders bemüht, sich den Problemen der Zukunft zuzuwenden. Zur da herrührenden Konjunktur der Futurologie bemerkte Häber, daß man hier nicht alle Beteiligten über einen Kamm scheren könne. Der Kampf gegen den Antikommunismus müsse als Angelegenheit aller gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen verstanden werden. Auch auf dem Gebiet des ideologischen Klassenkampfes sei der Hinweis des VIII. Parteitages besonders zu beachten, daß die Kraft des Marxismus-Leninismus in der Einheit seiner Bestandteile durchgesetzt werden müsse.

Alle Erfahrungen lehrten, daß beispielsweise kein Wirtschaftskader seine Aufgaben richtig zu lösen vermag, wenn er nur über eine einseitige ökonomische Ausbildung verfügt. Dies stellte Dr. Klaus Roscher, Direktor der Bezirksparteischule Cottbus, fest. Weiter erklärte Roscher, daß die These vom Sozialismus als relativ selbständiger sozialökonomischer Gesellschaftsformation den dialektischen Zusammenhang zwischen Sozialismus und Kommunismus als zwei Phasen einer einheitlichen Gesellschaftsformation nicht erfaßt. Es sei doch eine Tatsache, daß jeder Schritt auf dem Wege zum Sozialismus ein weiterer Schritt in Richtung auf die kommunistische Gesellschaft wäre. Das Lehrkollektiv der Bezirksparteischule Cottbus sei jetzt gemeinsam mit Lehrgangsteilnehmern aus den Kraftwerken Lübbenau und Vetschau dabei, Probleme der wachsenden Führungsrolle der Arbeiterklasse, vor allem die Beziehungen der Arbeiter in der Produktion, das Verhältnis von Arbeiterklasse und sozialistischer Intelligenz konkret zu studieren, um ein lebensnahes problemreiches Studium zu gestalten.

Rainer Rilling

Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD
312 Seiten, engl.br. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

"Die bislang gründlichste Materialaufarbeitung und Analyse dieses Bereiches der westdeutschen Forschungspolitik. Besonders wichtig sind: 1. Die Analyse der außeruniversitären militärischen Forschung und Entwicklung (FE). 2. Die Darstellung der Konzentration und der Zentralisation des Rüstungskapitals in der BRD. 3. Die Untersuchung des staatsmonopolistischen Regulierungs- und Leitungssystems. 4. Die Entlarvung der sogenannten "spin-off"-Ideologie, nach der Kriegs- und Raumforschung großen 'zivilen' ökonomischen Nutzen hätten. 5. Die Darstellung und Untersuchung der gesamten FE-Politik seit 1966/67, die erste grundsätzliche Anhaltspunkte für die Beurteilung der Forschungspolitik der sozialliberalen Koalition gibt, ("Zivil-technologie"). 6. Eine Reihe wichtiger Dokumente, u.a. über die industrielle Kriegsforschung, über westdeutsche Militärs in der Rüstungsindustrie und über die Kooperation BRD – USA."

marburger blätter

Die Weismänner machen Jugendbücher

Weismann Verlag 8 München 22 Liebigstr. 39

E.A. Rauter: wie eine Meinung in einem Kopf entsteht
Über das Herstellen von Untertanen

"Rauters Buch ist eine hervorragende Analyse des Zusammenhangs von Informationsvermittlung und Anpassung, wie man eben so Untertanen herstellt, nicht mit Zwang, nicht mit Gewalt, sondern mit den feinen Mitteln der Nachrichtengebung". Westd.Rundf. 6.80 ab 14 Jahre

GÜNTER WALLRAFF VON EINEM DER AUSZOG UND DAS FÜRCHTEN LERNTE

"Wallraff tut not als Pflichtlektüre in Schulen." Bücherei und Bildung. Illustriert. Ab 13 Jahre. DM 8.80

HERR BERTOLT BRECHT SAGT

Brecht-Texte für Kinder. Der Hessische Rundfunk meint: "Für Kinder das beste antiautoritäre Buch." DM 9.80 ab 10 Jahre

V. Brandes Good bye Onkel Sam
AMERIKA ZWISCHEN COLA & REVOLTE

Eine Reise durch Amerika und seine Gesellschaft, in der der Reiche 1000 Möglichkeiten hat; der Arme hat eine: Amerika verändern. DM 8.80 ab 13 Jahre

Martin Sperr: Jagd auf Aussenseiter

Die Leute sind anständig. Wer anders ist, wird anständig gejagt. Illustriert. DM 9.80 ab 13 Jahre

G. FEUSTEL: KINDERSTREIK IN SANTA NICOLA

"Die bisher geschlossenste Darstellung eines gesellschaftskritischen Themas für Kinder." FAZ. Ab 8 Jahre. 7.80

Ernst Herhaus: Kinderbuch für kommende Revolutionäre

Ein urkomisches, verwirrendes Buch, das mit jedem Satz Nachdenken herausfordert. Hessische Allgemeine. Ab 12 Jahre. 8.80

Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion'

Bemerkungen zum Artikel: "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital".

I. Vorbemerkung

Thomas Müller und Heinz Schäfer haben in ihren Bemerkungen zum Artikel von Wolfgang Müller und Christel Neusüß (1) zwar den Vorwurf des Revisionismus gegenüber der DKP zurückgewiesen, indem sie feststellten, daß "es nicht möglich ist, von einer dogmatisch-sektiererischen Position aus einen Beitrag zur Kritik des Revisionismus zu leisten und eine Antwort auf herangereifte Probleme der Arbeiterbewegung zu geben." (2) Indem sie aber nur einige Gegenthesen formulierten, haben sie keine Kritik an den theoretischen Begründungen der in dem Aufsatz aufgestellten Thesen geleistet, obwohl sie selbst feststellten, daß die Analyse der Rolle und Funktion des Staates und die Auseinandersetzung mit "rechts- und linksrevisionistischen Auffassungen" "von großem theoretischen und praktisch-politischem Interesse" (3) ist. Da der 'Sozialstaatsaufsatz' zunehmend für die theoretischen Diskussionen in der BRD und in Westberlin an Bedeutung gewinnt, ist es notwendig, in einem detaillierten Beitrag auf die zentralen Thesen von Müller/Neusüß noch einmal einzugehen.

II. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie

Müller/Neusüß wollen als Vorarbeit zur empirischen Untersuchung des bürgerlichen Staates in der BRD das in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung so wichtige Phänomen des Auftretens reformistischer Illusionen aus der Gestalt des Staates erklären. Sie formulieren dazu folgende Hauptthese: "Da die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen die Erfahrung macht, daß im Gefolge dieser Kämpfe d e r S t a a t sozialpolitische Funktionen übernimmt indem er dem Kapital Zwangsgesetze aufherrscht, also als 'besonderes Wesen' gegenüber dem Kapital in Erscheinung tritt, entsteht die I l l u s i o n d e r K l a s s e n n e u t r a l i t ä t der Staatsgewalt und damit der bürgerliche Reformismus in der Arbeiterklasse und die revisionistische Theorie." /60/

Diese These enthält stillschweigend folgenden Begründungszusammenhang.

Zuerst unterstellt die Bestimmung der sozialpolitischen Funktion des Staats die Bestimmung des Staats in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt, d.h. der politischen Gestalt des Gemeinwesens in der bürgerlichen Geschichtsepoche. Da auf Grundlage der materiali-

1 Müller, Thomas und Heinz Schäfer: "Bemerkungen zum Artikel 'Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital' ", in: SOPO Nr. 12, Berlin 1971, S. 69-73; Müller, Wolfgang und Christel Neusüß: "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital", in: SOPO Nr. 6/7, Berlin 1970, S. 4-67. Angaben in Querstrichen beziehen sich auf diesen Text.

2 Müller/Schäfer: "Bemerkungen...", a.a.O., S. 73.

3 a.a.O., S. 69.

stischen Theorie der Prozeß der materiellen Lebenserzeugung die primär gesellschaftliche Aktion ist, bedeutet das nichts anderes, als das für die bürgerliche Gesellschaft spezifische Verhältnis von ökonomischer und daraus abgeleiteter politischer Struktur des Gemeinwesens darzustellen. Erst danach können die besonderen Funktionen des Staates, wie die materiellen Mittel zur Erfüllung dieser Funktionen und die Grenzen seiner Wirkung erklärt werden.

Im nächsten Schritt muß der Reflex der ökonomischen und politischen Struktur des Gemeinwesens im Bewußtsein der Gesellschaftsmitglieder bestimmt werden. Die bestimmte Form des Bewußtseins kann nicht aus sich selbst begriffen werden, sondern nur als Resultat, vermittelter Reflex der natürlichen und gesellschaftlichen Existenzbedingungen der Menschen. Daher müssen auch Illusionen, sollen sie nicht auf bloß subjektive Irrtümer reduziert werden, aus der bestimmten Form der gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen selbst abgeleitet werden.

Da Müller/Neusüß mit der Sozialstaatsillusion ein bestimmtes Phänomen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erklären wollen, muß an diesem Punkt von der allgemeinen zur empirischen Untersuchung übergegangen und Ökonomie, politische Form des Gemeinwesens und Bewußtseinsformen der Produktionsagenten empirisch konkret bestimmt werden. Dies wiederum nicht für gegenwärtige kapitalistische Verhältnisse, sondern für vergangene, also in Form der Untersuchung eines Stücks abgelaufener Geschichte. Erst hiernach ist der Zusammenhang zwischen Illusionen der Arbeiterklasse und den reformistischen Taktiken der Arbeiterbewegung aufzuzeigen. Schließlich muß nachgewiesen werden, daß und inwieweit sogenannte revisionistische Theorien bloß theoretischer Ausdruck der vorherrschenden illusionären Bewußtseinsverfassung und reformistischen Praxis der deutschen Arbeiterbewegung waren. (4)

In der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Sozialstaatsillusion wäre demnach der erste Schritt die Ableitung des bestehenden Staates aus der bestehenden Gesellschaft.

Müller/Neusüß gehen von dem Faktum aus, daß der Staat als eine "besondere Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft" (5) erst im Prozeß der Herstellung bürgerlicher Verhältnisse entstanden ist /vgl. 53/. Was sie also zu erklären haben, ist die Genesis des Staats als eines notwendigen Produkts der bürgerlichen Gesellschaft, folglich die Verdoppelung der bürgerlichen Gesellschaft in Gesellschaft und Staat. Was sie dazu nur beibringen, ist die mehrfache Wiederholung des von Marx entlehnten Satzes, die bestehende Gesellschaft sei als Grundlage des bestehenden Staates aufzufassen /vgl. 5, 43, 55, und die Anmerkungen 3 bis 5/. Aus dem fruchtlosen Breittreten desselben Marxschen Zitats von der besonderen Existenz des Staats neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft /vgl. 53/, helfen sie sich schließlich mit einer kühnen Analogie, indem sie behaupten, den Lesern des "Kapital" sei die Entwicklung des Staats als "besondere Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft" schon leicht verständlich, wenn sie sich nur an die dort von Marx gegebene dialektische Entwicklung der Wertform, weiter der Geldform aus dem in der Ware gesetzten Widerspruch von Wert und Gebrauchswert erinnerten.

Der von Müller/Neusüß hin- und hergewendete Satz, daß die bestehende Gesellschaft als Grundlage des bestehenden Staates aufzufassen sei, besagt nur, daß die sich aus und über

4 Es können hier natürlich nicht erschöpfend die Probleme der Anwendung der Marxschen Theorie auf die Geschichte der Arbeiterbewegung erörtert werden. Hier geht es nur um die in der These von M/N unterstellten Vermittlungszusammenhänge.

5 Marx/Engels: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, MEW Bd. 3, S. 62.

den gesellschaftlichen Verhältnissen der materiellen Produktion erhebenden Formen gesellschaftlichen Lebens, zu denen auch der Staat gehört, aus der historisch spezifischen Form der gesellschaftlichen Verhältnisse der materiellen Produktion erklärt werden müssen. Bei der Klärung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft muß es zunächst darum gehen, die gemeinsamen, wesentlichen Charaktere des "Staatswesens" (6) – gerade unter der Abstraktion von dem unterschiedlichen Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktionsweise und den historisch besonderen Umständen in den verschiedenen Ländern – als Konsequenzen der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen (7). Denn "die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer (haben) trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein." (8)

Wenn also die Verdopplung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat dargestellt werden soll, muß zunächst die widersprüchliche Bestimmtheit der ökonomischen Gestalt des Gemeinwesens in der kapitalistischen Produktionsweise aufgenommen werden.

Die kapitalistische Produktionsweise unterscheidet sich spezifisch von anderen geschichtlichen Produktionsformen durch zwei Charakterzüge: Erstens nehmen in ihr alle Produkte der gesellschaftlichen Arbeit die Form von Waren an und zweitens dienen alle gesellschaftlichen Produktionsprozesse der Produktion von Mehrwert, gehen also unter einem Zwangsarbeitsverhältnis in historisch bestimmter Form – dem Kapitalverhältnis – vor. Diese Charaktere beruhen auf einer spezifischen Art der Gesellschaftlichkeit der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft.

Warenproduktion als solche existiert nur, wo die gesellschaftliche Arbeit in bestimmter Form geteilt ist, wo die besonderen, konkret-nützlichen Arbeitsarten als besondere Profession selbständige Glieder der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit sind. Die Selbständigkeit der Arbeitsarten gegeneinander drückt sich aus in der Einseitigkeit der konkreten Arbeit, die von den einzelnen Produzenten geleistet wird. Auf dieser Einseitigkeit ihrer Produktionstätigkeit beruht wieder die Selbständigkeit der Produzenten gegeneinander.

Andererseits hängen die gegeneinander verselbständigten Glieder des naturwüchsigen Systems der Teilung der Arbeit stofflich voneinander ab. Die persönliche Unabhängigkeit der einzelnen Produzenten im Produktionsprozeß selbst beruht gerade auf ihrer allseitigen sachlichen Abhängigkeit von den neben und außer ihnen vorgehenden stofflich verschiedenen Produktionsprozessen. Der gesellschaftliche Charakter der von vereinzelten Individuen geleisteten Arbeit besteht gerade in dem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis von anderen Arbeitsarten. Die selbständigen Produzenten produzieren als einzelne innerhalb eines gesellschaftlichen Zusammenhangs, sofern die Produktion jedes Einzelnen von der Produktion aller abhängt. Dieser Zusammenhang existiert als beständige Voraussetzung und Resultat des Reproduktionsprozesses selbst. Er realisiert sich über den Austausch der respektiven stofflich verschiedenen Arbeitsprodukte zwischen den individuellen Produzenten.

Folglich trägt die Arbeit der vereinzelten Einzelnen nicht unmittelbar gesellschaftlichen Charakter, da der gesellschaftliche Zusammenhang der stofflich verschiedenen Produktionsprozesse als äußeres Verhältnis für den Produzenten existiert. Ihr gesellschaftlicher Charak-

6 Marx: "Kritik des Gothaer Programms", MEW Bd. 19, S. 28.

7 Vgl. Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 799 f.

8 Marx: "Kritik des...", a.a.O., Hervorhebungen d.Verf.

ter erweist sich erst post festum, außerhalb des Produktionsprozesses, wenn und sofern die sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Produzenten sich realisieren. Gesellschaftliche Arbeit ist sie also nur vermittelt über das In-Beziehung-Treten der Produzenten als Repräsentanten stofflich verschiedener Dinge. Für die individuellen Produzenten besteht der gesellschaftliche Zusammenhang als ein bloß sachliches ihnen äußerliches und unabhängig von ihrem Willen und Bewußtsein gegebenes Verhältnis.

Da die besonderen konkreten Arbeiten nicht unmittelbar gesellschaftliche, sondern Arbeiten Einzelner sind, kann ihr gesellschaftlicher Charakter sich nur gegensätzlich zu ihrem konkret-nützlichen Charakter darstellen. Besondere Arbeit ist folglich gesellschaftliche, sofern sie als allgemeine Arbeit, Teil der gemeinsamen Arbeit der Gesellschaft bildet. Dieser Charakter als allgemeine Arbeit kann aber nur in der Abstraktion von der wirklichen Besonderheit, d.h. stofflichen Verschiedenheit der Arbeitsarten bestehen, muß also der Charakter abstrakt-allgemeiner Arbeit sein. Da die Produzenten in gesellschaftlichen Kontakt nur außerhalb des Produktionsprozesses zum Zweck des Austauschs ihrer stofflich verschiedenen Arbeitsprodukte treten, kann sich der abstrakt-allgemeine Charakter ihrer verschiedenen Arbeiten auch nur im Austausch zeigen. Die Arbeit wird erst durch den Austausch als allgemeine gesetzt, sofern die Produkte sich im Verhältnis zu den in ihnen enthaltenen Quanta abstrakter Arbeit tauschen, also die Abstraktion von der Verschiedenheit konkreter Arbeiten real vollzogen wird, indem stofflich ungleiche Produkte als gleiche – Produkte der allgemeinen Arbeit – gesetzt werden. Die Vermittlung der selbständigen Produktion der Einzelnen findet im Austausch statt, indem die Produkte zu Waren werden. Diese spezifische Art der Vermittlung entspringt der gegensätzlichen Bestimmtheit der Arbeit, ihrer besonderen Gesellschaftlichkeit. Da der gesellschaftliche Charakter der Gleichheit mit allen anderen Arbeiten für die individuelle Arbeit nur durch die tatsächliche Gleichsetzung des Produkts dieser Arbeit mit anderen Arbeitsprodukten, oder vermittelst seiner Beziehung als Ware auf andere Ware hergestellt wird, existiert auch die Vermittlung der Gesellschaftlichkeit ihrer Arbeiten als ein äußerer Prozeß zwischen Sachen für die Produzenten selbst.

Die spezifische Form gesellschaftlicher Arbeit beruht auf einer naturwüchsig zufälligen Teilung der gesellschaftlichen Arbeit. Da die Glieder des Systems der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gegeneinander selbständige Warenproduzenten sind, so ist das Gleichgewicht dieses Systems mit den ebenso quantitativ wie qualitativ bestimmt gegliederten gesellschaftlichen Bedürfnissen ebenso zufällig. Aber eine dem Umfang und Qualität nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechende proportionale Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die besonderen als Privatgeschäfte betriebenen Arbeitszweige ist notwendige Bedingung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Für die individuellen Warenproduzenten jedoch, für die der gesellschaftliche Zusammenhang nur als äußerer Prozeß des Austauschs ihrer Produkte als Waren gegeben ist, kann diese Proportion nur außer ihnen liegende, sie in der Art eines Naturgesetzes beherrschende Notwendigkeit sein. Die regellose Willkür der Warenproduzenten kann der Regel der proportionalen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nur als einem post festum wirkenden äußeren Zwangsgesetz unterworfen werden. In der Tat wird das Gesetz der gesellschaftlichen Produktion vermittelst der anarchischen Aktion der individuellen selbständigen Produzenten aufeinander, als beständige Tendenz der verschiedenen Produktionssphären, sich ins Gleichgewicht zu setzen, d.h. die beständig auftretenden Ungleichgewichte auszugleichen, durchgesetzt. Die unabhängigen Warenproduzenten werden den Gesetzen ihres eigenen gesellschaftlichen Lebens unabhängig von und entgegen ihrem Willen und Bewußtsein unterworfen. Das Wirken dieser Gesetze stellt sich dar als ihre "Unterordnung unter Verhältnisse, die unabhängig von ihnen bestehen und aus dem Anstoß der gleichgültigen Individuen miteinander entstehen" (9).

Kapitalistische Warenproduktion bedeutet einerseits Verallgemeinerung der Warenproduktion zur herrschenden Form der Produktion, andererseits Herabsetzung der Unabhängigkeit und Freiheit der Warenproduzenten gegeneinander zum bloß formellen Verhältnis. Denn die Arbeit erhält im kapitalistischen Produktionsprozeß direkt gesellschaftlichen Charakter, nimmt die Form der Kooperation einer größeren Arbeiterzahl unter dem Kommando desselben Kapitals an.

Aber dieser gesellschaftliche Charakter der Produktion ist bloß Funktion der reellen Subsumtion der Lohnarbeiter unter das Kapital; für die individuellen Kapitale, die sich jetzt als selbständige Warenproduzenten gegenübertreten, herrscht nach wie vor die vollständige Anarchie, "innerhalb deren der gesellschaftliche Zusammenhang der Produktion sich nur als übermächtiges Naturgesetz der individuellen Willkür gegenüber geltend macht" (10). Andererseits wird die Beziehung freier gleicher Warenbesitzer zur bloß vermittelnden Form des Zwangsverhältnisses zwischen Kapital und Lohnarbeit. Wenn auch die beiden besonderen Kategorien von Warenbesitzern, Lohnarbeitern und Kapitalisten, aufgrund des Ausbeutungsverhältnisses im unmittelbaren Produktionsprozeß im Gegensatz zueinander stehen, so existieren sie doch als individuelle Warenbesitzer, von denen jeder seine Privatinteressen verfolgt und für die gemeinsame Interessen nicht unmittelbar gegeben sind. Zwar werden die Arbeiter gemeinsam von Kapital angewandt und ausgebeutet, aber sie treten ihm stets aufs neue als vereinzelte Einzelne, selbständige Warenbesitzer gegenüber. Auf der anderen Seite bildet das Kapital zwar eine Konzentration gesellschaftlicher Produktions- und Lebensmittel gegenüber den Lohnarbeitern, aber diese existieren in der Form des individuellen Kapitaleigentums. Die einzelnen Kapitale treten sich als selbständige Warenproduzenten gegenüber, als viele individuelle Kapitalisten, die "keine andere Autorität anerkennen, als die der Konkurrenz, den Zwang, den der Druck ihrer wechselseitigen Interessen auf sie ausübt" (11).

Es ist klar, daß unter diesen Voraussetzungen der gesellschaftliche Zusammenhang nicht bewußt hergestellte Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist, sondern in der Art eines Naturverhältnisses die Produzenten beherrscht. Die gesellschaftliche Beziehung der Personen wird durch die Beziehung von Sachen aufeinander vermittelt und stellt sich daher als gesellschaftliches Verhältnis von Sachen dar.

Die kapitalistische Form gesellschaftlicher Arbeit setzt nun einen charakteristischen Widerspruch: Einerseits ist sie gerade die Form, unter der sich erst ein die gesamte Gesellschaft umfassender Zusammenhang des Reproduktionsprozesses herstellt, indem sie durch Vermannigfachung der Produkte und Bedürfnisse die gesellschaftliche Teilung der Arbeit auf die Spitze treibt und damit mehr und mehr Potenzen gesellschaftlicher Arbeit entwickelt. Jede gesellschaftliche Produktion unterstellt jedoch allgemeine Rahmenbedingungen des Reproduktionsprozesses. Gleichgültig welcher Art, sind diese Bedingungen allgemeine in dem Maße, in dem sie gemeinsame Bedingungen für einen größeren oder geringeren Teil der gesellschaftlichen Produktion sind. Diese Bedingungen müssen als Bedingungen entwickelter gesellschaftlicher Produktion selbst produziert werden, d.h. die Gesellschaft muß einen Teil der ihr disponiblen Arbeit zu ihrer Herstellung aufwenden.

Andererseits existiert 'die Gesellschaft' in der kapitalistischen Produktionsform nur als Aktion der individuellen Warenbesitzer aufeinander. Zwar ist jede besondere Privatarbeit vermittelt gesellschaftliche Arbeit, aber dies nur als Resultat eines außer den individuellen

9 Vgl. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 75.
10 Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 888.
11 Marx: DAS KAPITAL Bd. I, MEW Bd. 23, S. 377.

Teilproduzenten, aus denen die Gesellschaft besteht, vorgehenden anarchischen Prozesses. Alle Arbeiten, die apriori gemeinschaftliche sind in der Weise, daß sie direkt zur Erfüllung gemeinschaftlicher Aufgaben dienen, können daher nicht unter der Form der bloß vermittelt gesellschaftlichen Arbeit geleistet werden. Die gemeinschaftlichen Arbeiten werden also bedingt durch die Gesellschaftlichkeit der Produktion überhaupt und werden zugleich durch die spezifische Art der Gesellschaftlichkeit an der Ausführung verhindert. Der Widerspruch kann sich nur lösen, indem sich der Gesellschaft von Privaten die Gesellschaft als solche gegenüberstellt, indem also die Gesellschaft, das Allgemeine, worunter die besonderen Individuen subsumiert sind, eine selbständige besondere Existenz neben und außer der Gesamtheit der die Gesellschaft konstituierenden Privaten gewinnt. Diese Verdopplung der Gesellschaft bringt den Staat hervor. Da die notwendigen unmittelbar gesellschaftlichen Arbeiten nicht von den gesellschaftlichen Individuen, denen ihre Gesellschaftlichkeit äußerlich, entfremdet eine Sache ist, erfüllt werden können, müssen sie als von den Individuen getrennte, ihnen gegenübergestellte erfüllt werden. So werden alle gemeinsamen Interessen losgelöst von der Gesellschaft und ihr als allgemeines Interesse gegenübergestellt, als durch den Staat vertretenes und verfolgtes Interesse.

Der Staat hat in der bürgerlichen Gesellschaft eine doppelte Funktion wahrzunehmen:
1. Die kapitalistische Produktion als gesellschaftliche setzt die Notwendigkeit allgemeiner Bedingungen der produktiven Tätigkeit. Da in der kapitalistischen Produktionsweise die beständige Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit notwendige Bedingung der Produktion ist, daher die gesellschaftliche Organisation und die Stufenleiter der Produktion sich beständig ausdehnen muß, verstärkt sich die Notwendigkeit der Erstellung gesellschaftlicher Bedingungen der Produktion. Diese allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals – im Unterschied zu den besonderen jedes einzelnen Kapitals – werden vom Staat hergestellt, sobald sie für die Verwertung des Kapitals notwendig sind, aber ihre Erstellung nicht profitabel genug ist, um von einzelnen Kapitalen übernommen zu werden.
2. Die kapitalistische Produktionsweise charakterisiert eine besondere Form der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit: "als dem Arbeiter gegenüber verselbständigte Kräfte des Kapitals, und in direktem Gegensatz daher zu seiner, des Arbeiters eignen Entwicklung" (12). Das Kapitalverhältnis ist ein vermitteltes Herrschaftsverhältnis – im Gegensatz zu den unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen – in dem den unmittelbaren Produzenten versteckt und vermittelt durch die Form ihres Austausches mit Kapital Zwangsarbeit abgepreßt wird. Die Momente im Laufe der zyklischen Bewegung der kapitalistischen Produktion, in denen der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der die Herrschaft des Kapitals über den Arbeiter besiegelt (13) nicht ausreicht, bedingen den Staat als Werkzeug außerökonomischer Gewalt, mithin in seiner Unterdrückungsfunktion. Mit der Verschärfung der Klassenkämpfe muß sein Charakter als das "unverholene Werkzeug des Krieges, den die aneignende Klasse gegen die produzierenden Volksmassen führt" (14), hervortreten.

Die politische Form des Gemeinwesens ist wie gezeigt bestimmt durch die widersprüchliche ökonomische Struktur des Gemeinwesens. Diese treibt die Verdopplung der bürgerlichen Gesellschaft in Gesellschaft und Staat hervor und bedingt den doppelten Charakter der Aktion des Staates. Diese Zwieschlächtigkeit geht selbst noch ein in die Bestimmung

12 Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 888.
13 Vgl. Marx: DAS KAPITAL Bd. I, MEW Bd. 23, S. 765.
14 Marx: DER BÜRGERKRIEG IN FRANKREICH, Zweiter Entwurf, MEW Bd. 17, S. 594.

der einzelnen Funktionen des Staates. Herstellung allgemeiner Produktions- und Verkehrsbedingungen bedeutet zugleich Herstellung allgemeiner Bedingungen des Verwertungsprozesses des Kapitals, da in der kapitalistischen Produktionsweise jede gegenständliche Produktionsbedingung zugleich Mittel wie Bedingung der Exploitation der lebendigen Arbeit ist. Der Staat muß folglich diese Funktion im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse erfüllen. Ebenso hat die Wahrnehmung der Unterdrückungsfunktion den Sinn der Erhaltung und Verewigung der allgemeinsten Produktionsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, des Kapitalverhältnisses selbst. Der Unterdrückungscharakter des Staates ist der bestimmte Ausdruck gemeinsamer Interessen der herrschenden Klasse der Gesellschaft gegenüber der beherrschten Klasse, die die Mitglieder der herrschenden Klasse als Einzelne nicht zu vertreten vermögen. Daher tritt der Staat in dieser Funktion als Vertreter 'allgemeiner' Interessen in Gegensatz zur unterdrückten Klasse. Mit diesem Gegensatz ist die Möglichkeit gesetzt, daß der illusorische Charakter des Staats als Vertreter der Interessen der gesamten Gesellschaft gleichmäßig gegenüber jedem Einzelnen aufgehoben wird (15).

Da M/N glauben, sie könnten ihre Hauptthese von der historischen Veränderung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik her entwickeln, ohne die Grundlage dafür, nämlich die korrekte Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft auch nur skizziert zu haben, ist von Anfang an der Boden des wissenschaftlichen Sozialismus verlassen. Der Rest ihrer These wie alle Momente ihrer Ausschmückung können daher nur aus kompilierten Hilfskonstruktionen bestehen, die den Autoren zur 'Begründung' ihrer Vorurteile dienen sollen.

III. Einige Hilfskonstruktionen

1. Der Sprung in die Empirie

Ziel der Verfasser war es, der Auffassung von der Selbständigkeit des Staates als dem theoretischen Kern des Reformismus-Revisionismus den Garaus zu machen und entsprechend die Funktionen des Staates und ihre Schranken zu entwickeln. Zugleich sollten diese begrifflichen Vorklärungen dazu dienen, zur empirischen Untersuchung überzuleiten. Ihr Versuch, an die Marxsche Theorie anzuknüpfen, führte sie jedoch nicht einmal soweit, die aus der ökonomischen Struktur des Gemeinwesens entspringende spezifische politische Form des Gemeinwesens zu bestimmen. Da der Verweis auf pure Analogie die erwünschte begriffliche Klarheit nicht erbringen konnte, werfen sich M/N nun auf eine Hilfskonstruktion. Unvermittelt behaupten sie, die Klärung über Funktionen des Staates sei nur durch die Analyse konkreter, historisch-empirischer Verhältnisse herbeizuführen. Sie vollziehen damit freilich – ohne sich darüber Rechenschaft ablegen zu können – den Übergang von der Darstellung der Struktur der bürgerlichen Gesellschaft zur Analyse eines Stücks Zeitgeschichte. Hatten die Verfasser ursprünglich Schwierigkeiten mit der empirischen Untersuchung ihres Gegenstandes, die durch begriffliche Klärung beseitigt werden sollten, so wollen sie jetzt ihre Schwierigkeiten beim Umgang mit den Marxschen Bestimmungen durch die Empirie überwinden. Der Kopfsprung stellt sich doppelt dar: Einerseits behaupten M/N in der Marxschen Darstellung des Kapitals eine allgemeine Ableitung des "bestehenden Staates aus der bestehenden Gesellschaft" in ihrem Sinne, d.h. aus den je "konkreten historischen Erscheinungsformen" /43/ aufge-

15 Die einzelnen konkreten Funktionen des Staates lassen sich wiederum aus dem skizzierten Doppelcharakter des Staates ableiten.

funden zu haben. Andererseits halten sie dafür, daß die empirische Untersuchung des gegenwärtigen Staates – die erst die allgemeinen Bestimmungen des Staates ergeben soll – doch nicht bei den gesellschaftlichen Verhältnissen in der materiellen Produktion ansetzen dürfe, sondern mit einer ideologie-kritischen Veranstaltung einzusetzen habe /vgl. 4 u. Teil I/.

a) Staat und Fabrikgesetzgebung

Zu ihrer ersten Hilfsthese führen sie aus: Es "ist notwendiger Ausdruck der im Kapital enthaltenen Konsequenz, wenn Marx im "Kapital" nach der Entwicklung der Kategorie des absoluten Mehrwerts sogleich zur Darstellung der Katastrophen kommt, die die Mehrwertproduktion für die lebendige Arbeitskraft zur Folge hat, und von daher die Besonderung des Staates in der Fabrikgesetzgebung ableitet" /57/. Es wird Marx unterstellt, er entwickle die Verdopplung der Gesellschaft in Gesellschaft und Staat aus der besonderen Ausprägung einer speziellen Funktion des Staates, nämlich als Teil der Herstellung der allgemeinen Produktions- und Verkehrsbedingungen bestimmte Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft gesetzlich zu regeln, in einem Lebensabschnitt der bürgerlichen Gesellschaft in England. Der Staat im allgemeinen und die Sozialstaatsillusion im besonderen werden von M/N gleichermaßen aus der englischen Fabrikgesetzgebung begründet /vgl. 52 f./. Nur wer in keiner Weise begriffen hat, was begriffliche Ableitung, was logisch schlüssige Beweise sind, kann eine bloße Illustration mit einer begrifflichen Darstellung verwechseln (16). Da M/N offenbar nicht imstande sind, den Begriff der Sache von ihrer Erscheinung in der historisch-empirischen Realität zu unterscheiden, liefert ihnen die willkürliche Interpretation des achten Kapitels des ersten Bandes des "Kapital" die Begründung für ihr Dogma, nach dem der Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft und Staat nur als empirischer begreifbar ist.

Überhaupt haben M/N das Verhältnis von logischer und historischer Darstellung bei Marx nicht begriffen, und daher versehen sie die Abfolge der Darstellung der Formen der absoluten und relativen Mehrwertproduktion für eine historische Abfolge (17). Bis zur gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages sei die absolute Mehrwertproduktion die eigentliche Form der kapitalistischen Ausbeutung gewesen. Allein die Tatsache, daß die maßlose Verlängerung der Arbeit Produkt der spezifischen kapitalistischen Produktionsweise auf Basis der großen Industrie ist, zeigt das Unsinnige des Verfahrens von M/N, die sich einfach historische Epochen zurechtkonstruieren, indem sie die allgemeinen Bestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise umstandslos auf den historischen Stoff applizieren. Daß begrifflich jede Produktion von Mehrwert zugleich absolute und relative ist, daher dieser Unterschied im Gang der Entwicklung der Kategorien notwendig aufgehoben wird, bleibt bei dieser Konstruktion völlig unberücksichtigt. Vielmehr dient sie dazu, die "Sozialstaatsillusion" historisch einzuordnen. Diese soll entstehen mit dem in der Epoche der absoluten Mehrwertproduktion notwendig gewordenen Eingriff des Staates in "die naturwüchsige Gestalt des gesellschaftlichen Produktionsprozesses" /57/. Dieser Eingriff verändere zugleich die Bedingungen der Abpressung von Mehrarbeit dahin, daß nun die

16 Zum illustrativen Charakter vgl. Marx: DAS KAPITAL Bd. I, MEW Bd. 23, S. 12, 254 f.: Anm. 48, 315.

17 "Absolute und relative Mehrwertproduktion bilden natürlich im Verwertungsprozeß immer schon eine Einheit; sie werden getrennt behandelt, um ihre Besonderheit rein herausarbeiten zu können. Die Reihenfolge der Behandlung ist aber nicht willkürlich; bis zur gesetzlichen Beschränkung des Arbeitstages ist die absolute Mehrwertproduktion die Hauptform." /44/ Hervorhebung d.Verf.

relative Mehrwertproduktion zur eigentlichen Form der Mehrwertproduktion werde. Mit den neuen Formen der reellen Subsumtion der Arbeiter unter das Kapital schwinde die materielle Basis für die sozialpolitische Intervention des Staates, da der Schutz gegen Übergriffe des Kapitals nicht mehr durch Gesetze geregelt werden könne /vgl. 64/. Der Staat als abgehobene Institution, die durch Gesetze einen gewissen Schutz der Arbeitskraft herbeiführte, werde zunehmend untauglich, da sich der Arbeitsprozeß allgemeinen Regelungen immer mehr entziehe. So werde das "Zurücknehmen der Funktionen des Staates in die Gesellschaft offenbar vom Produktionsprozeß her notwendig" /66/. Es falle somit zunehmend die Basis hinweg, auf der der Staat sich als illusorische Gemeinschaft der Gesamtgesellschaft konstituieren konnte und damit zur Fessel des Klassenbewußtseins wurde /vgl. ebd./ (18). Damit landet die gesamte Konstruktion in einer völligen Absurdität. Mit der Epoche der relativen Mehrwertproduktion, die dementsprechend von der Einführung der Fabrikgesetzgebung in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu rechnen wäre, verschwindet die materielle Basis für die 'Besonderung des Staates' und damit für die Illusionen über den Charakter des Staates. Zugleich entstehen die 'klassischen' theoretischen Ausdrücke des Reformismus/Revisionismus in der Arbeiterbewegung, obwohl die "Sozialstaatsillusion", auf der sie beruhen sollen, eigentlich schon keine Begründung in den materiellen Verhältnissen selbst mehr hätte. Fällt mit dieser das entscheidende Hemmnis für die Entwicklung des Klassenbewußtseins fort, wie die Verfasser in ihrer These unterstellen, bleibt ihnen nur noch der Revisionismus – eine reale Fessel der Emanzipation der Arbeiterklasse – ohne materielle Basis.

18 Bei der auf der Grundlage dieser 'Ableitung' beigebrachten Bestimmung des Staates als "ideeller" und "fiktiver" Gesamtkapitalist bleibt von M/N völlig unentschieden, wie der kapitalistische Charakter der Produktionsweise "die Eingriffe (... des) Staates in 'die Wirtschaft' bis ins einzelne bestimmt und begrenzt" /42, vgl. 54 passim/. Um ihrer Unklarheit über die Grenzen der 'Selbständigkeit' des Staates zu entrinnen, haben M/N in dem dritten Teil zu begründen versucht, daß die ganze Frage nach dem Eingriff des Staates in den Kreislauf des gesellschaftlichen Gesamtkapitals völlig nebensächlich sei und daß die Untersuchung des Staates an der 'sozialpolitischen Funktion' anzusetzen habe. Die Autoren behaupten – und darin liegt der Kern ihrer weitschweifigen Ausführungen –, daß in jedem Produktionsprozeß die einfache Reproduktion gesichert werde, da die produzierte Ware wertmäßig zerfällt in c + v + m und eben nur der Mehrwert verfressen oder akkumuliert werden könne. Auf der Basis dieses Dogmas sind M/N der Betrachtung des Kreislaufprozesses des gesellschaftlichen Gesamtkapitals enthoben. Sie können dann weiter mit dem Verweis auf den Zwang zur Kapitalakkumulation 'schließen': "Der sogenannte Sozialstaat hat demnach gar nicht 'zur Verfügung', was er zwischen den Klassen umverteilen könnte." /42/ Wenn die Verfasser zwar zu dieser These über die Unmöglichkeit staatlicher Eingriffe in den Kreislaufprozeß kommen, ohne den Kreislauf näher betrachtet zu haben, können sie aber auch nicht leugnen, daß der Staat Steuern einzieht. Die offensichtliche Tatsache eines solchen 'Eingriffs' zwingt die Verfasser nur zur Formulierung eines neuen Dogmas. Der Staat soll in einem Akt allpfiffiger Gerechtigkeit das, was er an Steuern von den verschiedenen Klassen eintreibt, wieder an Leistungen (sprich Ausgaben) auf die verschiedenen Klassen herabregnen lassen. Der Staat, stellen M/N fest, sei auf die Umverteilung innerhalb der Klassen beschränkt /vgl. ebd./. Die ganze Folge von Dogmen dient einerseits nur der Abstützung der Beschränkung der Autoren auf die 'Analyse' der sozialpolitischen Funktion' des Staates und andererseits der Selbsttäuschung der Autoren, die nun meinen, der Frage der 'Selbständigkeit' des Staates einen Schritt näher gekommen zu sein.

b) Ideologiekritik

Die zweite von den Autoren vorgeschlagene Verfahrensweise ist auch nicht besser: Der erste Schritt zur Untersuchung gegenwärtiger kapitalistischer Verhältnisse kann nach M/N nur die Auseinandersetzung mit sogenannt revisionistischen Staatsauffassungen sein, oder der Schlüssel zur Untersuchung empirischer Verhältnisse liegt in der Revisionismuskritik /vgl. 4/. Die Autoren gestehen selbst vorab einen prinzipiellen Mangel ihres Verfahrens ein: Es wird "nur am Rande behandelt, w i e sich die Sozialstaatsillusion entwickelt, wie sie notwendig in den materiellen Verhältnissen und ihrer historischen Entwicklung begründet ist" /ebd./. D.h. M/N geben die "Geschichte der Theorie also abgelöst von der Geschichte des Kapitals" /ebd./.

Da sie den Revisionismus als theoretischen Ausdruck der Illusionen der Arbeiterklasse bestimmen, muß ihre Kritik fehlgehen, solange sie nicht entwickeln können, aufgrund welcher Veränderungen des materiell-ökonomischen Prozesses notwendig falsches Bewußtsein, bestimmte Illusionen bei der Arbeiterklasse bzw. bestimmten Fraktionen derselben entstehen, welche das Bewußtsein von der Schärfe des Klassengegensatzes abschwächen müssen und dazu führen können, daß das als Partei organisierte Proletariat den Staat nicht als "abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft" (19) begreift.

Auf Basis der materialistischen Geschichtsauffassung besteht demgegenüber gerade die Aufgabe der Untersuchung und wissenschaftlichen Erklärung ideologischer Formen darin, den Schein einer selbständigen Geschichte dieser Formen – der Staatsauffassungen, Rechtssysteme und ideologischen Vorstellungen – aufzulösen und ihren vermittelten Zusammenhang mit der materiell-ökonomischen Basis der Gesellschaft, einer je historisch spezifischen Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit aufzuweisen. Das Verfahren das M/N einschlagen, setzt das falsche Bewußtsein als gegeben voraus und muß daher zu dem Versuch führen, seine Verkehrtheit nachzuweisen, "ohne aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Die letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode" (20). Den Zugang zur Untersuchung empirischer Erscheinungsformen des Kapitalverhältnisses in einer Kritik an Ideologien suchen, heißt, nicht begreifen, warum die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der Politischen Ökonomie zu suchen ist (21), da die Reproduktion der Erscheinungsformen gesellschaftlicher Arbeit in gang und gäben Denkformen, einen Hintergrund verbirgt, der "durch die Wissenschaft erst entdeckt werden" (22) muß. Denn "alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen" (23).

2. Theorie und Empirie

Einerseits geben M/N vor, bei Marx die Begründung des von ihnen erörterten Zusammenhangs zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat zu finden; andererseits geben sie bei dem Versuch konkrete illusorische Formen, in denen geschichtliche Kämpfe ausgetragen worden sind, und das entsprechende Bewußtsein dieser Kämpfe zu bestimmen, den von ihnen unterstellten Ableitungszusammenhang auf, um sich auf die Ideologiekritik zu werfen. Der Grund dafür kann nur darin liegen, daß sie den in der Marxschen Theorie begründeten Übergang von der allgemeinen zur empirischen Untersuchung nicht verstehen.

Marx gibt im "Kapital" nur die Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise, die die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft bildet, der ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse im allgemeinen. Bei dieser allgemeinen Untersuchung ist immer vorausgesetzt, daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen (24), denn es handelt sich nicht um die empirisch realen Verhältnisse, um den höheren oder niederen Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen, "es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen" (25). Es ist klar, daß diese Gesetze in ihrer Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert werden, daher auch nur als Tendenzen zu formulieren sind, deren Analyse aber nicht in die allgemeine Untersuchung fällt. Das "Gemeinwesen seiner ökonomischen Struktur nach betrachtet", wird nicht dadurch berührt, "daß dieselbe ökonomische Basis – dieselbe den Hauptbedingungen nach – durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind" (26).

Denn die Aufgabe der allgemeinen Untersuchung und der begrifflich-genetischen Darstellung ist es, "die sichtbare, bloß erscheinende Bewegung auf die innere wirkliche Bewegung zu reduzieren" (27), d.h. aber die Gesetze dieser bestimmten Produktionsform, die zugleich die Gesetze ihrer Erscheinung sind, zu finden. Marx will in dieser allgemeinen Untersuchung nicht nur "den inneren Zusammenhang im Unterschied von der Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen begreifen" (28), also das innere Band auffinden, was die empirischen Phänomene des materiellen Lebenserzeugungsprozesses in der bürgerlichen Gesellschaft verbindet, sondern auch in genetischer Darstellung den Zusammenhang zwischen innerer Organisation der historisch bestimmten Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und seinen bestimmten Erscheinungsformen entwickeln. Damit ist zugleich der Nachweis geliefert, daß sich die Empirie als Empirie, als Sphäre der Erscheinung in der jede Vermittlung versteckt ist, konstituiert. Diese Arbeit kann nicht die der Untersuchung empirischer Verhältnisse sein, der wirklichen Bewegung der Konkurrenz, die jeden einzelnen Fall betrachtet, vom Zufall beherrscht ist, "wo also das innere Gesetz, das in diesen Zufällen sich durchsetzt und sie reguliert, nur sichtbar wird, sobald diese Zufälle in großen Massen zusammengefaßt werden, wo es also einzelnen Agenten der Produktion selbst unsichtbar und unverständlich bleibt" (29).

Zugleich treten die bürgerlichen Produktionsverhältnisse in der empirischen Wirklichkeit in solchen mystifizierten Formen auf, die ihre wahre, innere Natur völlig verdecken, ja in geradem Gegensatz dazu stehen. Die durchgeführte allgemeine Untersuchung bildet die Voraussetzung für die Untersuchung der empirischen Verhältnisse, da sie erst die Gewähr bietet, der erscheinenden und scheinbar zufälligen Bewegung an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft nicht aufzusitzen. Erst wenn diese Erscheinungsformen als Formen der bloß erscheinenden äußeren Bewegung adäquat begriffen, d.h. als Verknöche-

19 Marx: "1. Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich", MEW Bd. 17, S. 541.
20 Marx: DAS KAPITAL Bd. I, MEW Bd. 23, S. 393: Anm. 89.
21 Vgl. Marx: ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Vorwort, MEW Bd. 13, S. 8.
22 Marx: DAS KAPITAL Bd. I, MEW Bd. 23, S. 564.
23 Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 825.
24 Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 152.
25 Marx: DAS KAPITAL Bd. I, MEW Bd. 23, S. 12.
26 Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 800.
27 a.a.O., S. 324.
28 Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, Teil III, MEW Bd. 26.3, S. 497.
29 Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 836.

rungen gesellschaftlicher Arbeit dechiffriert sind, ist die wissenschaftliche Untersuchung der empirischen Realität des Kapitalverhältnisses möglich.

Das Resultat der Marxschen Untersuchung des Kapitals im Allgemeinen ist die Bestimmung der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft.

"Aber in der Theorie wird vorausgesetzt, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln. In der Wirklichkeit besteht immer nur Annäherung; aber diese Annäherung ist umso größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt, und je mehr ihre Verunreinigung und Verquickung mit Resten früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist" (30). Damit ist der Zugang zur Untersuchung des Kapitalverhältnisses in seiner empirischen Realität klar angegeben. Bestimmung der empirisch-historischen Entwicklung des Kapitalverhältnisses kann nur heißen, Bestimmung des höheren oder niederen Entwicklungsgrads der gesellschaftlichen Antagonismen. Da die wirkliche kapitalistische Produktionsweise in Raum und Zeit besteht als System der internationalen Arbeitsteilung und wirklichen Bewegung der Konkurrenz ungleichmäßig entwickelter kapitalistischer Nationen auf dem Weltmarkt, kann diese Bestimmung konkret nur jeweils für bestimmte Länder in einem bestimmten Zeitabschnitt ihrer Entwicklung gegeben werden.

Der Übergang von der allgemeinen zur empirischen Untersuchung ist zweifach zu machen: E i n e r s e i t s muß die höhere oder niedere Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsweise in einem gegebenen Land bestimmt werden. Je höher die kapitalistische Entwicklung in einem Land, d.h. je mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse dieses Landes den Bedingungen der kapitalistischen Produktion angepaßt sind, je mehr die kapitalistische Produktionsweise sich das Ganze der gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen der Produktionsprozeß vorangeht, unterworfen hat, je mehr sie also zur gesellschaftlich herrschenden Produktionsweise geworden ist, desto mehr setzen sich ihre immanenten Gesetze rein durch und nähert sie sich dem Entwicklungspunkt ihrer vollen Reife. Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt die Formen und materiellen Bedingungen ihrer Aufhebung und ihr naturwüchsiger Zersetzungsprozeß beginnt das gesamte gesellschaftliche Leben mehr und mehr zu affizieren. Diese gegebene ökonomische Basis auf ökonomischer Entwicklungsstufe ist natürlich in ihrer reellen Existenz zu betrachten als bestimmtes nationales ökonomisches Gemeinwesen in seiner Stellung auf dem Weltmarkt und im Verlauf der zyklischen Bewegung der kapitalistischen Produktion. A n d e r e r s e i t s ist es aber notwendig, um den inneren Zusammenhang der Phänomene eines Stücks Zeitgeschichte nachweisen zu können, die politischen Begebenheiten zurückzuführen auf Wirkungen von in letzter Instanz ökonomischen Ursachen (31). Nur so kann gezeigt werden, "wie (...) die politischen und juristischen Phrasen ebenso aus den materiellen Anstößen hervorgingen wie die politischen Aktionen und ihre Resultate" (32). Um aber zu erklären, wie jeweils aus den Veränderungen des materiell-ökonomischen Prozesses selbst die bestimmte Aktion von Klasse gegen Klasse sich ergibt, ist es notwendig, alle Formen des gesellschaftlichen Lebensprozesses, die theoretischen Erzeugnisse und Formen des Bewußtseins, die Aktion der bürgerlichen Gesellschaft als Staat, aus der bestimmten Form der Produktion des materiellen Lebens, d.h. aber a u s d e r G e s e l l s c h a f t i h r e r ö k o n o m i s c h e n S t r u k t u r n a c h b e t r a c h t e t, zu entwickeln.

30 a.a.O., S. 184.
31 Vgl. Engels: "Einleitung zu den Klassenkämpfen in Frankreich 1848-1850", MEW Bd. 7, S. 511.
32 Engels: "Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie", MEW Bd. 13, S. 471.

"Die empirische Beobachtung muß in jedem einzelnen Fall den Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Gliederung mit der Produktion empirisch und ohne alle Mystifikation und Spekulation aufweisen" (33).

In diesem zweifachen Sinne hat also die empirische Untersuchung des Kapitalverhältnisses die Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft zur unabdingbaren Voraussetzung, bzw. stellt letztere den unerläßlichen ersten Schritt zur wissenschaftlichen Untersuchung gegenwärtiger kapitalistischer Verhältnisse dar. Nur in diesem Sinn kann hier von Umschlag von Theorie in Methode gesprochen werden, daß die von Marx gewonnenen Resultate als Grundlage und Leitfaden der weiteren Untersuchung der bürgerlichen Gesellschaft dienen.

Da M/N offenbar keine Vorstellung von diesem in der Marxschen Theorie angelegten Übergang, also der sogenannten Methode der Klassenanalyse, haben, können sie zu dem grotesken Verfahren einer aller weiteren Untersuchung vorausgesetzten Revisionismuskritik kommen, bzw. müssen sie versuchen, innerhalb der Marxschen Darstellung, deren methodisches Prinzip sie nicht begreifen, Muster, Modelle und sonstige Ableitungen für empirische Untersuchungen zu finden.

Zunächst hätten M/N die allgemeinen Bestimmungen des Staates, das heißt seiner Trennung von der Gesellschaft und seines Doppelcharakters als Konsequenzen der spezifischen Art der Gesellschaftlichkeit der Arbeit in der kapitalistischen Produktionsweise zu entwickeln gehabt. Soweit die Bestimmungen des Staates allgemeine sind, d.h. begrifflich ableitbare, folgen sie direkt aus den allgemeinen Bestimmungen der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Diese sind noch nicht Bestimmungen des Staates in seiner historischen Realität, die jeweils bedingt ist durch die historische Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses. Zwar ist die Differenzierung dieser allgemeinen Bestimmungen noch im Rekurs auf die allgemeinen Bestimmungen des Kapitals zu machen, aber ihre jeweilige Ausprägung ist bestimmt durch den Grad der Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit und der Entwicklung der gesellschaftlichen Antagonismen. Die Ableitung der allgemeinen Bestimmungen des Staats stellt folglich den Ausgangspunkt für die Untersuchung der historischen Entwicklung des Staates – der Ausprägung seiner Funktionen wie der Formen der Kontrolle der Bourgeoisie über den Staat in einem Stück Zeitgeschichte – und damit exemplarisch den Umschlagpunkt der Theorie in Methode dar.

Dem Staat haftet, da die gesamte Gesellschaft Gegenstand seiner Tätigkeit ist, der Charakter einer illusorischen Gemeinschaftlichkeit an. Nur in den Perioden des Hervortretens des Staates als gewaltsame Unterdrückungsmaschine löst sich dieser Schein auf. In den Perioden, in denen sich das Kapitalverhältnis in bequeme und liberale Formen kleidet, daher die Kämpfe der antagonistischen Klassen mit der Milderung ihres Antagonismus sich abschwächen, an Umfang und Intensität verlieren oder gar latent bleiben, erfüllt der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse die Funktion der Disziplinierung der Lohnarbeiterklasse nahezu ohne Friktionen und offene Konflikte, tritt daher auch die Unterdrückungsfunktion des Staates in den Hintergrund. Erst in den Krisenphasen des industriellen und kommerziellen Lebens, wo der Klassenantagonismus zu unglaublicher Höhe gespannt ist und beständig in Kollisionen von Klasse mit Klasse eklatieren muß, wird die Erhaltung des ökonomischen Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisses durch die Anwendung außerökonomischer Gewalt zur vorwiegenden Funktion des Staates und tritt dieser daher auch in einen offenen, sich mit dem Gang der Klassenkämpfe verschärfenden Gegensatz zum Proletariat. In den ersteren wird die Durchbrechung der Alltags-

33 Marx/Engels: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, MEW Bd. 3, S. 25.

religion unter dem Druck der ökonomischen Verhältnisse selbst, da dieser Druck nachläßt, zur Unmöglichkeit. Zu den Illusionen, die die Arbeiterklasse in solchen Phasen über ihre gesellschaftliche Stellung notwendig entwickelt, kommt hinzu die Illusion über den Klassencharakter des Staates, der entsprechend den gesellschaftlichen Antagonismen sich nur in bequemen und liberalen Formen kundtut. Deshalb setzt die empirische Untersuchung der Illusionen der Arbeiterklasse über den Charakter des Staates eine ganze Reihe von Schritten voraus. Es wäre zunächst die Stufenfolge der der spezifischen Form gesellschaftlicher Arbeit entspringenden Mystifikationen zu bestimmen. Da die verschiedenen Produktionsagenten entsprechend ihrer unterschiedlichen Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß verschiedenen Gestaltungen des Scheins unterliegen, muß bestimmt werden in welchen Bewußtseinsformen die gesellschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse und ihren Fraktionen erscheinen. Die kapitalistische Produktionsweise zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Entfaltung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit in der Form der "dem Arbeiter gegenüber verselbständigte(n) Kräfte des Kapitals" (34) zum Prinzip der Produktion setzt. Dieser widersprüchliche Prozeß ist die Grundlage des widersprüchlichen Konstitutionsprozesses des Klassenbewußtseins. Es wäre also weiter zu untersuchen, wieweit einerseits die spezifischen Lebensverhältnisse der arbeitenden Klasse unter der bürgerlichen Produktionsform auf einer gegebenen Stufe ihrer Entwicklung ihr die Köpfe geöffnet und die Einsicht in die wirklichen Verhältnisse, also das Bewußtsein von dem antagonistischen Charakter ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen haben, andererseits welche spezifischen historischen Umstände nicht nur den Konstitutionsprozeß des Klassenbewußtseins hemmen, sondern auch Klassenvorurteile reaktivieren. Auf Grundlage dieser Untersuchung würde sich zeigen, daß die Illusionen der Arbeiterklasse über den Staat nur der Punkt auf dem 'i' sämtlicher illusionärer Formen sind.

3. Hilfskonstruktionen stützen Hilfskonstruktionen

Da M/N den realen Verlauf des Konstitutionsprozesses des proletarischen Klassenbewußtseins nicht aus den realen Bedingungen, die einer höheren oder niederen Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Antagonismen in der bürgerlichen Gesellschaft entsprechen, begreifen; da sie unfähig sind, Illusionen und falsches Bewußtsein der Arbeiterklasse aus eben den materiellen Lebensbedingungen der Klasse und deren historischer Veränderung zu erklären, müssen sie zu weiteren Hilfskonstruktionen ihre Zuflucht nehmen, um wenigstens anstandshalber das "revisionistische Bewußtsein" (!) materialistisch zu begründen (35). So bleibt ihnen zur Erklärung der starken reformistischen Tradition in der deutschen Arbeiterbewegung nichts übrig, als nebulös von "tatsächlichen Erfahrungen", die die Arbeiterklasse gemacht haben soll, zu fabeln.

In welcher Weise überhaupt eine kämpfende Klasse Erfahrungen macht, d.h. lernt, wie also historische Ereignisse, politische Kollisionen, Kämpfe, Siege oder Niederlagen die politisch-sozialen Anschauungsweisen von Klassen beeinflussen und verändern, wie solche Veränderungen sich verallgemeinern können, d.h. in welch differenzierter Weise und vermittelt über welche Instanzen dieselben sozialen und politischen Ereignisse von den verschiedenen Fraktionen einer Klasse erfahren werden und daher ihr Bewußtsein bestimmen, wie diese überhaupt aus den politischen, sozialen und rechtlichen und sonstigen

34 Marx: DAS KAPITAL Bd. III, MEW Bd. 25, S. 888.

35 Dieses Unverständnis erklärt auch, warum sie gegen Marx den alten Vorwurf der mechanistischen Auffassung des Konstitutionsprozesses von Klassenbewußtsein erheben /vgl. 62/.

Anschauungsweisen konstituiert (36), woran schließlich eigentlich solche Veränderungen der Bewußtseinsformen verschiedener Klassen empirisch konstatierbar sind, davon findet sich bei unseren Revisionismuskritikern kein Wort. Bei ihrer politologischen Pseudoerklärung schert sie nicht weiter die Rolle, die tradierte Bewußtseinsformen und Klassenvorurteile für die Bewußtseinsverfassung dieser Klasse spielen, noch, welche Momente innerhalb des sozialen Lebensprozesses die Tradition dieser Bewußtseinsformen vermitteln oder zu reaktivieren vermögen (37). Mit dem Schlagwort "Erfahrungen", die sie umstandslos der empirischen Bewußtseinsverfassung der Arbeiterklasse gleichsetzen, ohne auch nur einen Gedanken an die innere Differenzierung und daher entsprechende Ungleichmäßigkeit der Bewußtseinsverfassung einer Klasse zu verschwenden, sind M/N aller Schwierigkeiten enthoben.

Sie erklären weiter, die revisionistische Theorie besteht darin, daß die Theorie die Erfahrungen begründe, rechtfertige und ihnen damit noch den Schein der Notwendigkeit anhefte. Folglich sei die theoretische Anschauungsweise der Arbeiterklasse immer bloß nachträgliche Begründung bereits stattgehabter Erfahrungen und reduziere sich des weiteren auf pure Legitimationsideologie. Die ganze Hilfskonstruktion demonstriert zum wiederholten Male die Konfusion der Autoren über den Zugang zur empirischen Untersuchung. Das Problem der ideologischen Repräsentanten der Arbeiterklasse und deren Rolle im Prozeß der Bewußtseinsbildung der Klasse verkürzt sich ihnen auf deren "Blindheit", die Abhängigkeit der politischen und sonstigen Formen der Gesellschaft von der ökonomischen Basis einfach nicht sehen zu wollen. Offenbar müssen bei M/N die Illusionen dieser Repräsentanten ganz unabhängig von der Bewußtseinsverfassung der Klasse oder Klassenfraktion die sie repräsentieren aus ihrer individuellen Beschränktheit, sprich finsteren Unwissenheit erklärt werden.

Ist die revisionistische Theorie bereits aus jedem Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen gelöst und weiter glänzend der Grundstein zur beliebten Verschwörerversion der Revisionismuskritik gelegt, so folgt konsequent der nächste Streich: von der immanenten Logik der Theorie aus, die nicht die Logik der Sache ist, wird die Verwandlung der Klassentheorie in Pluralismustheorie bei den Revisionisten behauptet. Waren zuvor die Ideologen an allem schuld, so setzt sich nun die Ideologie selbst in Bewegung und verändert sich. Der "moderne Revisionismus" entspringt folglich einer selbständigen Entwicklung des Gedankens, der seiner eigenen Konsequenz folgend, vom "organisierten" bis zum "staatsmonopolistischen" Kapitalismus sich emporarbeitet /vgl. 8/ (38).

36 Der Gegenstand einer empirischen Untersuchung der Bewußtseinsverfassung verschiedener Klassen und Klassenfraktionen sei auf folgende Weise angedeutet: "Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen. Die ganze Klasse schafft und gestaltet sich aus ihren materiellen Grundlagen heraus und aus den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und Erziehung zufließen, kann sich einbilden, daß sie die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handeln bilden." Marx: DER ACHTZEHNTE BRUMAIRE DES LOUIS BONAPARTE, MEW Bd. 8, S. 139.

37 Gerade für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in der Phänomene wie der Patriotismus in der SPD und der Nationalismus in der Weimarer Zeit zu erklären sind, wäre die Untersuchung der spezifischen Klassenvorurteile und der tradierten Bewußtseinsformen unerläßlich.

IV. Moral versus Geschichte

Der Notwendigkeit, noch die Begründung und Entwicklung eines Zusammenhangs zwischen ökonomischen Verhältnissen und sozialen und politischen Anschauungsweisen geben zu müssen, hat man sich vermittelst des Sprungs auf die Ebene der 'reinen Theorie' und Theoriegeschichte enthoben und nun kann nach Herzenslust drauflos kritisiert werden. Es brauchen nurmehr zwecks Auseinandersetzung allen revisionistischen Theorien gemeinsame 'Merkmale' festgestellt zu werden und schon ist der kühne Bogen von Bernstein bis zur DKP fertig. Hat man einmal diese Merkmale beschlossen, die anschließend flugs durch die stets geduldige Geschichte 'bewiesen' werden, so ist es ein Leichtes, per beliebiger Konstruktion von Analogien eine Kontinuität und weiter eine Entwicklung, d.h. Veränderung – per 'Varianten' – der revisionistischen Auffassungen zu konstruieren. Bei den Pseudobeweisen, zu denen die Geschichte der Arbeiterbewegung herhalten muß, verschlägt es auch nicht weiter, wenn diese unter der Hand auf Texte, noch besser auf berühmte Aussprüche möglichst renommierter Persönlichkeiten reduziert wird. Die 'Auseinandersetzung' macht sich dann leicht, – man klassifiziert, ohne je begründen zu können, in Orthodoxe und Revisionisten, und kritisiert, indem man die Auffassungen von vermeintlichen Repräsentanten beider Gruppen einfach konfrontiert. Vor allem Rosa Luxemburg muß zu diesem lächerlichen, im besten Sinne des Wortes 'politologischen' Verfahren herhalten, das nichts anderes zu demonstrieren vermag, als die vollständige Begriffslosigkeit der Autoren gegenüber der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die gesamte Textkritik kann zu nichts anderem führen als dem hilflosen Lamento über die "folgenschwere Orientierung der deutschen Arbeiterklasse auf den Staat" /5/, die schon Bestandteil der reformistischen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung ist, zu deren Verständnis jedoch die gesamte politologische Veranstaltung kein Jota beigetragen hat.

Die Rolle der ideologischen Repräsentanten wird von ihnen schließlich doch soweit aufgenommen, als diese die theoretische Bestätigung der historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse liefern. Wenn M/N schon nicht imstande waren, die Genesis dieser Erfahrungen und ihren Ausdruck im Bewußtsein der Arbeiterklasse zu erklären, so werden sie vielleicht imstande sein, die Verarbeitung dieser spontanen Anschauungsweisen zu Ideologien zu erhellen. Die ideologischen Repräsentanten produzieren also die den Illusionen der Arbeiterklasse entsprechende Ideologie. Diese Ideologie dient gleich wieder als ein Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterklasse als handelndes Subjekt der Geschichte durch ihre Organisationen /20/. Woher sollte aber solche Macht der Ideologen kommen, wenn nicht die bestehenden Verhältnisse selbst den Illusionen der Arbeiterklasse die Festigkeit von Klassenvorurteilen verleihen. Hier fallen M/N rücklings in einen Zirkel: Einerseits sollen die Ideologen bloß Dolmetscher des ideologischen Bewußtseins der Arbeiterklasse sein, andererseits sollen sie dieses erst durch systematische Beeinflussung erzeugen. Die entscheidende Rolle beginnen hierbei die Organisationen der Arbeiterklasse zu spielen, die nichts Eiligeres zu tun haben, als die Arbeiterbewegung zu liquidieren. Die Praxis der Organisationen ist bereits revisionistisch, die Sozialstaatsillusion gibt das langgesuchte Mittel, die Selbstätigkeit der Arbeiterklasse zu unterdrücken, an die Hand – als ob die Tätigkeit ihrer Organisationen nicht gerade der entsprechende Ausdruck ihrer Selbstätigkeit, ihrer Organisation als Klasse auf höherem oder niederem Stand der Bewußtheit ist,

38 Die Autoren gehen in kaum zu überbietender Leichtfertigkeit mit allem um, was ihnen hinreichend revisionismusverdächtig erscheint. Dabei sind sie offenbar nicht einmal imstande, die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie sie gegenwärtig in den kommunistischen Parteien und in den sozialistischen Ländern diskutiert wird, zumindest unverzerrt zu referieren.

als ob nach alter linksradikaler Phantasie die bösen Führer die Arbeiterklasse unterdrücken statt der bürgerlichen Gesellschaft. Fazit: die SPD und KPD sind an allem schuld. Folglich reduziert sich die Geschichte der Arbeiterbewegung auf das unheilvolle Wirken der Revisionisten, das die 'Deformation' der Arbeiterorganisationen zur Folge hatte. Die materialistische Begründung ist rasch zur Hand: Die spontane Arbeiterbewegung ist nämlich per se des Reformismus verdächtig, da sie unmittelbar auf Verbesserung der Verkaufs- und Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft zielt /vgl. 60/. Daß diese ökonomischen Kämpfe gegen die Despotie des Kapitals schon Kämpfe von Klasse gegen Klasse sind, daß aus diesen Kollisionen überall weiterführende Kollisionen mit der als Staat organisierten Gesamtbourgeoisie hervorgehen, daß die parziellen Kämpfe nach und nach universellen Charakter annehmen müssen, sieht der Doktrinär nicht. Für ihn sind die gewerkschaftlichen Kämpfe eben nur gewerkschaftliche Kämpfe und ihre immanenten radikalen und umwälzenden Tendenzen, ihren Charakter als Kämpfe zur Brechung der Despotie des Kapitals, nimmt er nicht wahr. Dafür sind ihm einerseits die ökonomischen Kämpfe 'systemerhaltend', andererseits per Staatsintervention entschärfbar, und schon ist der reformistische Sumpf fertig angerührt. Da die Gefahr der Versumpfung in den wirklichen Kämpfen nach M/N objektiv begründet ist, und dieser Gefahr nur durch nichtrevisionistische Standhaftigkeit begegnet werden kann, so müssen dafür, daß die Klassenkämpfe sich historisch so und nicht anders entwickelt haben, die Revisionisten herhalten. Diese haben nämlich, wozu die ökonomischen Kämpfe ja sowieso führen, das revolutionäre Ziel aus den Augen verloren. Damit ist endlich die Essenz der M/Nschen Revisionismuskritik in wünschenswerter Deutlichkeit offengelegt. Der Doktrinär erhebt, da er den wirklichen historischen Prozeß der Konstitution des Proletariats als Klasse für sich nicht begreift ein Geschrei, und klagt Verräter und Verschwörer der Aufgabe des revolutionären Ziels an /60/. Es ist das alte Lied. Die Moral zumal die revolutionäre, macht die Geschichte, und wenn sie sie einmal nicht mehr machen sollte, diese anders verläuft, als die moralische Doktrin schwärmt, so ist daran nicht die konfuse Vorstellung des Moralisten schuld, sondern irgendwelche Individuen, deren moralische Integrität zu wünschen übrig ließ. Die doktrinäre Phrase landet notwendig bei der moralischen Gardinenpredigt. Trotz alledem ist die Konfusion in den Köpfen der kritischen Marxisten, die nicht nur unfähig sind, den Konstitutionsprozeß des Klassenbewußtseins als real widersprüchlichen Prozeß zu begreifen, sondern auch nicht verstehen, die allgemeinen Bestimmungen dieses Konstitutionsprozesses mit dem wirklichen geschichtlichen Prozeß zu vermitteln, und daher generell unfähig sind, aus der begriffenen Geschichte der Arbeiterbewegung irgend etwas für die Bestimmung der gegenwärtigen Aufgaben revolutionärer Taktik abzuleiten – ihr völliges Unverständnis der mit der empirischen Untersuchung gestellten Probleme, welche sie die Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung nur noch von der Kraft ihrer Führer, das revolutionäre Ziel festzuhalten abhängig erblicken läßt – für sie keine Konfusion, sondern die klare Einsicht in die wirklichen Verhältnisse.

Mit dieser ganzen Veranstaltung wollen M/N den Prozeß der Auflösung reformistischer Illusionen in der deutschen Arbeiterklasse befördern. Da ihre löbliche Absicht aber mit den Mitteln der moralisierenden Kritik ins Werk gesetzt ist, steht zu befürchten, daß sie nur dazu beitragen werden, Vorurteile zu befestigen, zwar kaum bei der Arbeiterklasse, aber dafür bei der studentischen Intelligenz. Deren traditionelles antikommunistisches Vorurteil kann mit der antirevisionistischen, pseudowissenschaftlichen Verhunzung der Geschichte der Arbeiterbewegung zur moralischen Moritat nur reaktiviert werden.

Projekt Klassenanalyse

RÖDERBERG

DAS PROFILIERT ANTIFASCHISTISCHE PROGRAMM

1. **Neofaschismus in der BRD**

Analysen - Argumente - Dokumentation

EMIL CARLEBACH:

2. **Von Brüning zu Hitler**

Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung

Diese politisch brisanten Titel sind der **Start**

der neuen Röderberg-Reihe:
TEXTE ZUR DEMOKRATISIERUNG
Antifaschistische Arbeitshefte
des Röderberg-Verlags.
Heft 1: 1,— DM, Heft 2: 2,— DM

RV **RÖDERBERG-VERLAG**
6 FRANKFURT AM MAIN
Schumannstraße 56 Telefon 77 90 84

Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus *)

Die Erforschung der Grundprozesse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre theoretische Verallgemeinerung ist die entscheidende Grundlage für eine richtige und erfolgreiche Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung. Hier haben die französischen Marxisten-Leninisten einen bemerkenswerten Beitrag geleistet. Ein Autorenkollektiv der ökonomischen Sektion des Zentralkomitees der FKP und der Zeitschrift "Economie et Politique" hat kürzlich eine großangelegte zweibändige Arbeit vorgelegt, die das Ergebnis einer langjährigen Diskussion, geführt vor allem in der genannten Zeitschrift, zusammenfaßt und im Lichte der jüngsten Erfahrungen fortführt. Den Autoren ist es gelungen, eine gemeinsame theoretische und politische Konzeption herauszuarbeiten und konsequent auf alle angeschnittenen Probleme anzuwenden, eine Konzeption, die in ihren politischen Hauptschlußfolgerungen voll mit der Generallinie und der aktuellen Politik der Französischen Kommunistischen Partei übereinstimmt.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus wird von den Autoren als die gegenwärtige Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus gekennzeichnet, die sich abhebt von dem "einfachen" Monopolkapitalismus und die innerhalb des imperialistischen Stadiums als eigenständige Phase betrachtet wird.

Wenn auch kapitalweise in unterschiedlichem Maße, ist dies ein sehr "französisches" Buch. Gegenstand aller Untersuchungen sind die heutigen französischen Zustände, die spezifischen Erfahrungen der französischen Arbeiterklasse, die von der Französischen Kommunistischen Partei entwickelten Alternativvorstellungen. Damit ist keineswegs gesagt, daß ihre Ergebnisse nur für die französische Arbeiterklasse von Bedeutung sind. Frankreich ist ein hochentwickeltes imperialistisches Land, und die Grundprozesse der heutigen kapitalistischen Entwicklung sind in allen imperialistischen Ländern die gleichen. Außerdem ist das Kennenlernen der spezifischen Züge des französischen Imperialismus für die Marxisten-Leninisten außerhalb Frankreichs insofern von großem Wert, als es den Blick für die spezifischen Probleme anderer kapitalistischer Länder schärft. Weniger begrüßenswert ist allerdings, daß sich das Autorenkollektiv in seinen theoretischen Überlegungen außer auf französische nicht auch auf andere Quellen stützt.

Das Werk wendet sich direkt an die französische Arbeiterklasse und an alle demokratischen, antimonopolistischen Kräfte; es ist als Anleitung zum revolutionären Kampf konzipiert. Obwohl es eine breite Palette von theoretisch durchaus komplizierten Problemen aufwirft und tiefgründige theoretische Analysen anstellt, ist die Theorie an keiner Stelle Selbstzweck, sondern immer Ausgangspunkt für die Klarstellung der Lage und der Rolle der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Monopolkapital.

Für den marxistischen Wirtschaftswissenschaftler besteht vielleicht das Bestechendste dieser Arbeit darin, daß es den Autoren gelungen ist, alle von ihnen behandelten Fragen auf ein durchgängiges theoretisches Konzept zurückzuführen: das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate in seiner heutigen Erscheinungsform, die Kapitalentwertung und Überakkumulation; davon abgeleitet, die notwendige Rolle des Monopolstaates im Kapitalverwertungsprozeß; die dadurch ausgelöste Verschärfung eben der Widersprüche, die den Einsatz des Staates herausfordern, auf einer neuen Stufe und in neuen Formen; die

*) Besprechung von: Autorenkollektiv: LE CAPITALISME MONOPOLISTE D'ETAT (Der staatsmonopolistische Kapitalismus), Paris 1971, Editions Sociales.
Die Besprechung wurde in DWI-Berichte, Heft 10/1971 veröffentlicht.

entsprechende Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche und des Klassenkampfes; die Notwendigkeit der Demokratisierung des Wirtschafts; und Gesellschaftslebens, wobei die "demokratische Nationalisierung" als Haupthebel und Basis erscheint, um den Weg zum Sozialismus zu bahnen. Diese konsequent durchgehaltene theoretische Linie gestattet es den Autoren, ihre streng parteilich-wissenschaftliche Analyse, in der stets die Auseinandersetzung mit bürgerlichen und revisionistischen Auffassungen geführt wird, zu einem den Imperialismus entlarvenden Bild auszubauen.

Trotz dieses gemeinsamen theoretisch-politisch-ideologischen Konzepts muß man allerdings feststellen, daß es sich bei diesem Buch eher um eine Zusammenfassung wesentlicher Grundprobleme des heutigen Kapitalismus handelt, die nur mehr oder weniger geschlossen dargeboten werden, als um ein einheitliches Werk. Natürlich hängen alle in den einzelnen Kapiteln behandelten Probleme miteinander zusammen, und es fehlt nicht an Bezugnahmen auf im Buch schon behandelte oder noch zu behandelnde Fragen. Dennoch erscheint der Aufbau des Werkes gelegentlich etwas zufällig, und es gibt zahlreiche Wiederholungen, die Kapitel sind in sich mehr oder weniger geschlossen, ihre Struktur weist Unterschiede auf. Die Wiedergabe des empirischen Materials ist hier stärker, dort schwächer ausgebaut. Im allgemeinen bevorzugen die Autoren eine mehr generalisierende Darstellungsweise, gleiten aber nicht in bloßes Theoretisieren ab. Wer sich allerdings eine stärkere empirische Basis gewünscht hätte, muß berücksichtigen, daß die Vielfalt der Probleme die Autoren zu einer möglichst straffen Darstellung zwang. Immerhin ergab auch der jetzige Inhalt schon ein fast tausendseitiges Werk.

Das Autorenkollektiv stellt den staatsmonopolistischen Kapitalismus als Anpassung des Systems an seine heutigen Existenzbedingungen dar, eine Anpassung, die gleichzeitig die Labilität und die Krise des Systems vertieft. Uns scheint allerdings, daß es richtig gewesen wäre, diese Problematik stärker unter dem Gesichtspunkt der Systemauseinandersetzung zu untersuchen und darzustellen. Es ist zweifellos die weltweite Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die den stärksten Einfluß auf alle wesentlichen Entwicklungsprozesse des heutigen Kapitalismus ausübt. Selbstverständlich ist auch das Autorenkollektiv dieser Auffassung, und die Systemauseinandersetzung wird wiederholt als entscheidender Faktor angeführt, sie spielt aber – wie uns scheint – in der konkreten Analyse nicht die ihr gebührende Rolle.

Hervorragend gelungen ist den Autoren die Herausarbeitung des Zusammenhangs und des Widerspruchs zwischen Ökonomie und Politik, wenn auch weitgehend beschränkt auf die inneren Entwicklungsprobleme der imperialistischen Länder. Nirgends im Buch findet man eine "rein ökonomische" Darstellung. Alle politischen Fragen werden ausschließlich im Zusammenhang mit den ökonomischen Widersprüchen untersucht. Was vielleicht kritisch angemerkt werden muß, ist das Fehlen einer eigenständigen Analyse der Widersprüche des politischen Herrschaftssystems, seine – in Übereinstimmung mit den neuartigen politisch-ökonomischen Notwendigkeiten, vor die sich der staatsmonopolistische Kapitalismus gestellt sieht – verschiedenen Formen und Wandlungen. Die Autoren begnügen sich in diesem Zusammenhang mit gelegentlichen Hinweisen.

Hervorheben muß man die Konsequenz, mit der die Autoren den ideologischen Kampf führen, wie sie die Rolle der Ideologie für den Ablauf der ökonomischen Prozesse, für die Durchsetzung der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik bei allen untersuchten Fragen behandeln.

Zur Information soll im folgenden ein kurzer Überblick über die im Buch behandelten Probleme gegeben werden. Das erste Kapitel enthält eine allgemeine Darstellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Autoren sind bemüht, den Nachweis zu liefern, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus eine distinkte Phase des Imperialismus ist.

Auf der Grundlage der heutigen Verwertungsprobleme des Kapitals findet sie ihren Ausdruck in der Verschärfung des Klassenkampfes, der Unfähigkeit, die wissenschaftlich-technische Revolution zu bewältigen, der Überfüllung der Märkte und der Unsicherheit des Arbeitsplatzes, in ökonomischen Krisenerscheinungen und verstärkten Konzentrationsprozessen, in der Vernichtung kleiner und mittlerer Kapitalisten und einfacher Warenproduzenten, im Nachlassen der Wirksamkeit staatlicher Palliativmittel bei wachsender Notwendigkeit staatlicher Eingriffe. Sie ist ferner gekennzeichnet durch die widerspruchsvolle Entwicklung der Internationalisierungsprozesse, die Widersprüche zwischen autoritären Herrschaftsformen und der Notwendigkeit der ideologischen Integration der Arbeiterklasse sowie durch die Einschränkung der langfristigen Aufgaben in Hinblick auf die Reproduktion der Arbeitskraft. Im Kapitel werden allgemeine Schlußfolgerungen hinsichtlich des Kampfes um Demokratisierung entsprechend dem Programm der FKP dargelegt.
Das zweite Kapitel befaßt sich mit der widerspruchsvollen Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter staatsmonopolistischen Bedingungen. Der wesentliche Inhalt des Kapitels ist auf die Beantwortung der Frage gerichtet, wohin der technische Fortschritt die kapitalistische Gesellschaft treibt und welche Rolle dabei die Arbeiterklasse spielt.

Im dritten Kapitel werden die gesellschaftlichen Klassen im heutigen Kapitalismus behandelt. Wert wird auf die Klärung des Begriffs des "kollektiven Arbeiters" gelegt, während die Monopolbourgeoisie als "kollektiver Ausbeuter" dargestellt wird. Ein längerer Abschnitt ist den werktätigen Zwischenschichten gewidmet.

Das vierte Kapitel behandelt den ganzen Komplex der Ausbeutung. Hier wird ein interessanter Versuch unternommen, auf der Basis der marxistisch-leninistischen Lehre eine allgemeine Theorie der Ausbeutung zu entwickeln. Verschiedene Einzelaspekte der sich wandelnden Formen der Ausbeutung unter den heutigen Bedingungen werden eingehend analysiert.

Im fünften Kapitel werden Probleme der Inflation behandelt. Dies ist in weiten Teilen ein recht theoretisch angelegtes Kapitel, wobei die Autoren nachweisen, daß die Inflation wohl als Geldproblem erscheint, ihrem Inhalt nach aber ein Problem der Verwertung des monopolistischen Kapitals ist. Ein besonderer Abschnitt wird dem Zusammenhang von Inflation- und Klassenkampf gewidmet.
Das sechste Kapitel untersucht Grundsatzfragen der Monopolisierung und des Finanzkapitals. Es werden Fragen der Konzentration der Produktion und des Kapitals untersucht, die heutige Rolle der Banken wird einer Analyse unterzogen. Wichtig sind die Gedanken über den Einfluß der Finanzgruppen auf die Bewegung des produktiven Kapitals.

Unter dem Titel "Aktuelle Züge des imperialistischen Systems" behandelt das siebente Kapitel Probleme der Internationalisierung des kapitalistischen Wirtschaftslebens. Den Kern der Darlegung bildet der Antagonismus zwischen der objektiven Internationalisierung der Produktivkräfte und der – wie die Autoren es nennen – "transnationalen" Bewegung des Kapitals. Eine eingehende Behandlung erfährt der Widerspruch zwischen der "Transnationalisierung" des Kapitals (einschließlich der internationalen Konzerne) und der nationalstaatlichen Entwicklung und Unabhängigkeit. Auch Fragen des Neokolonialismus werden berücksichtigt.

Das achte Kapitel behandelt Fragen der staatlichen Finanzierung der Monopole, die als wichtigster Aspekt der staatlichen Intervention betrachtet wird. Insbesondere wird auf die eigentliche ökonomische Funktion des Staates in Hinblick auf die wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Monopolkapitals eingegangen. Es wird der theoretische Nachweis geführt, wie staatliches Kapital als Instrument der Ausbeutung gebildet und

angewendet wird. Die Autoren unterbreiten eine ausführliche Analyse der entsprechenden Formen unter besonderer Berücksichtigung der zwischen Staat und Monopolen fungierenden Institutionen.

Der staatsmonopolistischen Planung ist das neunte Kapitel gewidmet. Sie wird als Versuch dargestellt und analysiert, den Zusammenhang der Profitplanung der Privatmonopole zur allgemeinen Strategie der Monopole herzustellen. Die Autoren fertigen eine eingehende Analyse der Erfahrungen der staatsmonopolistischen Planung in Frankreich an. Der antidemokratische Charakter der kapitalistischen Planung wird hervorgehoben. Das abschließende zehnte Kapitel befaßt sich mit Fragen der Nationalisierung und des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Den Hauptinhalt des Kapitels bildet die Nationalisierung unter demokratischen Voraussetzungen in ihrem Gegensatz zur kapitalistischen Verstaatlichung.

Von der ersten bis zur letzten Seite geht das Buch von den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer führenden Rolle in der Gesellschaft aus. Das Werk ist theoretisch sehr anregend, parteilich und stellt eine Anleitung im ideologischen Kampf dar. Obwohl es auch Schwächen hat – so zum Beispiel wird die Bedeutung des Systemkampfes bei der konkreten Analyse einzelner Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus sehr wenig herausgearbeitet – und einige Lücken aufweist, so unter anderem in Fragen der Landwirtschaft, insbesondere aber auch in der systematischen Behandlung taktischer Fragen des Klassenkampfes, kann es Lernenden, Lehrenden und Forschenden auf dem Gebiet des heutigen Kapitalismus wärmstens zum Studium empfohlen werden.

Peter Hess

GÜNTER AMMON HRSG.
„BEWUSSTSEINSERWEITERNDE" DROGEN IN PSYCHOANALYTISCHER SICHT

Mit Beiträgen u.a. über:

- *Psychoanalyse der Heroin-Sucht*
- *Selbstversuche bei den Peyote-Indianern*
- *LSD als Mittel der Psychotherapie*
- *Psychodynamik und Soziodynamik des Drogengebrauchs*

150 Seiten **DM 9.80**

PINEL-PUBLIKATIONEN
1 BERLIN 15 · WIELANDSTRASSE 27/28

Zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins (1)

Intention und Ausspruch der vorliegenden Arbeit werden im Vorwort wie folgt formuliert:

> "Die hier vorgelegten Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins sind Fragment und Provisorium. Sie wollen zur Weiterentwicklung einer Diskussion beitragen, die jetzt an den Hochschulen, in den Gewerkschaften und in politischen Organisationen der Arbeiterschaft begonnen hat. Die Beschränkung des Anspruchs resultiert dabei einmal daraus, daß im wesentlichen auf bereits vorliegende empirische und theoretische Arbeiten zurückgegriffen wird. Zum anderen konzentrieren sich die Analysen auf die Lage und das gesellschaftliche Bewußtsein von Industriearbeitern." /S. 8/

I

Der Gegenstand der Studien – das Bewußtsein der Arbeiter in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Sein – erscheint vermittelt durch die umfassende kritische Analyse der bürgerlichen Industriesoziologie. Die Aufarbeitung nimmt sich zunächst zwei in der bürgerlichen Soziologie noch weitgehend unbestrittene Begriffe vor: "Nivellierung" und "Integration". Diese Begriffe sind die Kernstücke apologetischer Theorien, die die Illusion eines harmonischen Nebeneinanderexistierens verschiedener Interessen gegen die Marxsche Erkenntnis der Existenz antagonistischer Klassen setzt.

> "Bis in die Gegenwart hinein läßt sich durchgängig das Bemühen der bürgerlichen Soziologie feststellen, ihre Autonomie und Legitimation vermittels der Zurückweisung bzw. Widerlegung der Marxschen Klassentheorie sowie des ideologischen Kampfes gegen die organisierte Arbeiterbewegung zu bestätigen." /S. 12/

Das Spektrum jener affirmativer Positionen reicht von der Erfindung der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" des konservativen Schelsky bis zur Konvergenzhypothese eines Galbraith ("Moderne Industriegesellschaft"). Nach Schelsky resultiert der Nivellierungsprozeß aus " 'einer außerordentlichen Steigerung der sozialen Mobilität', zum anderen aus einem 'verhältnismäßig einheitlichen Lebensstil', der weder durch den Antagonismus von Überfluß und Elend noch durch signifikante Schichtdifferenzen gekennzeichnet sei" /S. 14/, was er allerdings als Tendenzeinschätzung einschränkend darstellt. Demgegenüber erscheinen Galbraith die konfliktorientierten Prognosen des Marxismus als endgültig widerlegt; "denn 1. habe kein Prozeß der wachsenden absoluten Verelendung der Arbeiterschaft stattgefunden, 2. habe das Industriesystem das Problem der ökonomischen Krisen weitgehend bewältigt und 3. seien die Gewerkschaften vom Industriesystem absorbiert worden. Alles, worauf sich die Revolution zu stützen schien, ja, die Revolution selbst, hat sich in nichts aufgelöst." /S. 28/

Stellen diese Theorien vorwiegend Aspekte des Wandels der Sozialstruktur in den Vordergrund, berücksichtigen die neueren Arbeiten die gesellschaftlichen und technologischen Bedingungen des Arbeitsverhältnisses selbst. (Bahrdt, Hillmann, Touraine, u.a.) Hieß bei jenen "Integration" noch Verbürgerlichung, bestimmen diese "Integration" als "eine neue

1 Besprechung von: Frank Deppe: DAS BEWUSSTSEIN DER ARBEITER, Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtsein, mit einem Anhang von Helga Deppe-Wolfinger: "Gewerkschaftliche Jugendbildung und politisches Bewußtsein", Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1971.

Form des Arbeiterbewußtseins, die durch die Autonomie des technischen Systems der Produktion gegenüber der unmittelbaren Intervention körperlicher Arbeit bestimmt ist. Verantwortung und Initiative, technische Intelligenz und technische Sensibilität, Innovation und Kontrolle als die entscheidenden Komponenten der Arbeitsqualifikation modifizieren den traditionellen 'Antikapitalismus' der Industriearbeiter." /S. 45/

Überprüft man diese neuen Ansätze bürgerlicher Soziologie zum Verhältnis von sozialer Lage und sozialem Bewußtsein, so stellt man mechanisch-materialistische Elemente fest, dergestalt, daß "Denk- und Verhaltensstile" von Arbeitern als eindeutig determiniert von deren sozialer Lage begriffen werden. Deppe weist nach, daß "diese Identifizierung von Subjektivität und gesellschaftlicher Objektivität vermittels deterministischer Kategorien" sich vulgärmarxistischen Ansätzen annähert, die "das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein mechanisch als gesetzmäßigen Umschlag des materiellen Elends der Arbeiterklasse in die revolutionäre Aktion ausgeben wollte." /S. 60/

Demgegenüber begreift der dialektische Materialismus das gesellschaftliche Bewußtsein nicht als eine passive Widerspiegelung der unmittelbaren materiellen Lebensverhältnisse, sondern setzt die Herausbildung von gesellschaftlichem Bewußtsein in Abhängigkeit vom Prozeß gesellschaftlichen Handelns und Planens. Dieses umschließt der Marxschen Theorie zufolge drei grundlegende Einsichten, "die nicht ausschließlich auf der Basis spontaner Interessenartikulation, sondern wesentlich durch historische Lernprozesse entstehen. Es handelt sich dabei um die Notwendigkeit der Solidarität, der Organisation und des Kampfes um die politische Macht." /S. 61/

II

Ebenso wie die bürgelrichen Theorien waren auch die empirischen Untersuchungen zum Arbeiter- und Klassenbewußtsein fast ausschließlich von der Fragestellung nach der gesellschaftlichen "Integration der Industriearbeiterschaft" bestimmt. "Empirische Erhebungen (bis in die Mitte der 50er Jahre – J.M.) über Arbeiter- und Klassenbewußtsein, über das Gesellschaftsbild der Unterschichten sollten überprüfen, in welchem Maße diese sozialen Gruppen weiterhin als Träger von sozialistischem Klassenbewußtsein betrachtet werden mußten, oder ob sich Tendenzen nachweisen ließen, die den Abbau von antikapitalistischen Einstellungen und Klassenbewußtsein andeuteten und damit einen Trend zur gesellschaftlichen Integration belegten." /S. 72/

Mit dem Aufschwung der "Rekonstruktionskonjunktur" wandelte sich dieses ursprüngliche Interesse an den Industriearbeitern, insofern, als – um den Nachweis der Aufhebung der Klassenstruktur durch Nivellierungs- und Mobilitätsprozesse zu erbringen – "das Ansteigen der Einkommen und des Lebensniveaus der Arbeiter als endgültige Aufhebung der einst gesellschaftlichen Randstellung des Proletariats und der ihr entsprechenden oppositionell-radikalen Bewußtseinslage interpretiert" wurde. /S. 73/ Allerdings wurde die "affirmative Identifizierung von wachsendem Wohlstand und fortschreitender Anpassung der Arbeiterschaft" inzwischen durch die realen Klassenauseinandersetzungen selbst (in Frankreich, Italien, England, BRD) widerlegt.

Wurde dadurch einerseits sichtbar, daß das industrielle Proletariat durchaus in die gesellschaftlichen und politischen Konflikte selbstbewußt eingreift, so verloren andererseits die inzwischen "klassischen" Studien (Popitz, Bahrdt u.a.) zum "Gesellschaftsbild des Arbeiters" an Glaubwürdigkeit.

> "Aus den Untersuchungen zum 'Gesellschaftsbild des Arbeiters' geht eindeutig hervor, daß die Arbeiter die Gesellschaft als in 'oben' und 'unten' gespalten erleben, daß sie ihre eigene Situation als relativ unveränderlich empfinden, daß sie sich in erster Linie als Teil der Arbeiterschaft (Kollektivbewußtsein) und weniger in Beziehung zur Gesamtgesellschaft definieren ("wir" gegenüber "denen da oben"), und daß diese Gesamteinstellung der Arbeiter von ausgeprägten Zügen der Skepsis und der Resignation gezeichnet wird." /S. 75/

Wenn auch Popitz, Bahrdt u.a. durch ihre differenzeirte Analyse des dychotomischen Bewußtseins der Arbeiter das Vorhandensein einer Klassenlage nachweisen (in Gegensatz sowohl zu den Nivellierungstheoretikern als auch gegen die Auffassung vom ungebrochenen Fortbestehen eines sozialistischen Klassenbewußtseins), so hält Deppe Kritik an deren Forschungsergebnissen auf zwei Ebenen für unerläßlich: "Einmal auf der empirisch-methodologischen, zum anderen als theoretische Kritik der Kategorie 'Gesellschaftsbild'." /S. 77/ Es läßt sich zeigen, daß die Untersuchungen weder statistisch repräsentativ noch zeitlich dynamisch sind, "d.h., über eine mögliche Entwicklung der Kenntnisse, Erwartungen und Urteile der Arbeiter Schlüsse zulassen." /S. 78/ Über diese methodologischen Einwände hinaus zeigt der Autor, daß "sich die Kategorie des Gesellschaftsbildes als eine im Grund positivistisch deskriptive und nicht als eine analytische Kategorie (erweist), die über die gesellschaftlichen Bedingungen und Vermittlungszusammenhänge von Arbeiterbewußtsein Aufschluß geben könnte." /S. 78/ So bleibt bei Popitz, Bahrdt u.a. "die Kategorie 'Gesellschaftsbild' wesentlich subjektive Reproduktion einer nicht näher differenzierten und analysierten objektiven Struktur. Die besondere gesellschaftliche Situation, die die verschiedenen Ausformungen und Modifikationen des Gesellschaftsbildes vermittelt, wird völlig ausgespart." /S. 78 f./

Zusätzlich verarbeitete Untersuchungsergebnisse über den sogenannten Freizeitbereich (Goldthorpe, Lockwood u.a.), die Freizeit in Heim und Familie als gesellschaftlichen Freiheitsraum unterstellen, lassen Deppe zu folgendem Urteil kommen: "So sind die hier diskutierten Untersuchungen zu Lage und Bewußtsein der Industriearbeiter in der kapitalistischen 'Überflußgesellschaft' insgesamt kaum geeignet, das Wechselverhältnis ökonomischer, sozialer, politischer und auch sozialpsychologischer Faktoren in der Lage der Arbeiterklasse, ihre Widersprüchlichkeit und das daraus resultierende Konfliktpotential verständlich zu machen." /S. 90/

III

Nach der kritischen Analyse bürgerlicher Theorie und Empirie will Deppe den materialistischen Bewußtseinsbegriff entfalten.

> „Die Kategorie Arbeiterbewußtsein umfaßt (...) das komplexe und widersprüchliche Verhältnis der Einstellungen und Informationen, des Denkens und des Handelns des Arbeiters gegenüber seinen tatsächlichen Existenzbedingungen, die durch seine gesellschaftliche Stellung im System der Verteilung der Produktionsmittel sowie durch seinen Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit bestimmt werden." /S. 153/

Der Autor erreicht zwar mit dieser Definition auf bestechende Weise die Ebene der Abstraktion, läßt jedoch in seinen Ausführungen das Aufsteigen zum Konkreten vermissen (2). Das dürfte an den objektiven Schwierigkeiten seiner Problemstellung liegen,

2 "Das letztere ist offenbar die wissenschaftlich richtige Methode. Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also die Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist. Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakter verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens." (Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, S. 21 f.).

die einerseits gekennzeichnet sind durch die immer noch ausstehende Klassenanalyse und andererseits durch ein Stadium der Theorienbildung, das über die Rezeption der Klassiker kaum hinausgelangt ist. Es wäre jedoch überheblich, in Deppes Untersuchung eine materialistische Theorie zu erwarten, die bereits Grundlage empirischer Analysen der Klassen und des Klassenbewußtseins sein kann. Der Autor beschränkt sich seinem Anspruch zufolge in dieser Arbeit auf e i n e Komponente des materialistischen Vorgehens, nämlich auf die Kritik der Ergebnisse der bürgerlichen Wissenschaft. Die gesellschaftliche Praxis der Organisationen der Arbeiterklasse braucht jedoch nach wie vor eine solch umfassende Theorie, die eine schöpferische Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus beinhaltet (was Deppe im übrigen auch nicht bestreitet).

IV

Als entscheidende Aspekte der Praxis der Organisationen der Arbeiterklasse werden die Gewerkschaftspolitik und die Mitbestimmungsdiskussion in ihrer historischen Dimension ausführlich behandelt. Als Facit für die Mitbestimmungspolitik der Gewerkschaften ergeben sich für Deppe folgende programmatische Forderungen:

> "1. Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder und die Masse der Arbeiter und Angestellten intensiver informieren und schulen.
> 2. Die gewerkschaftliche Mitbestimmungskonzeption muß an die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen anknüpfen; sie ist – entsprechend der Bewußtseinsbildung, die von den konkreten Erfahrungen ausgeht – von der Ebene des Arbeitsplatzes und des Betriebes her zu entwickeln. Mitbestimmung kann also nur als demokratische Kontrolle der Arbeitsbedingungen, der Personal-, Lohn- und Sozialpolitik sowie der Investitionspolitik des kapitalistischen Unternehmens, nicht aber als die isolierte Beteiligung von Gewerkschafts- und Belegschaftsvertretern an den Entscheidungen der Unternehmens-Spitzengremien an die Interessen der Arbeiter und Angestellten anknüpfen.
> 3. Die Forderung nach Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle muß als Element einer gewerkschaftlichen Interessen- und Konfliktstrategie, d.h. im gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Lohnabhängigen selbst vorgetragen und weiterentwickelt werden; denn erst im gewerkschaftlichen Kampf kann die Vermittlung zwischen den unmittelbaren sozialökonomischen Interessen und politisch weitergehenden Losungen erfahren und realisiert werden. Obwohl – wie eingangs hervorgehoben wurde – die hier diskutierten Forschungsergebnisse vor allem Hinweise auf die soziale Lage und das gesellschaftliche Bewußtsein der Industriearbeiter zu Beginn der fünfziger Jahre nahelegen, muß die Berechtigung dieser Forderungen gegenwärtig um so mehr unterstrichen werden." /S. 251 f./

Der Anhang von Helga Deppe-Wolfinger über die aktuelle politische Praxis der gewerkschaftlichen Jugendbildung macht die Sinnfälligkeit der oben genannten Forderungen unmittelbar einsichtig.

Insgesamt läßt sich sagen, daß der Autor mit dieser Studie – trotz eigener Beschränkung des Anspruchs – nicht nur den aktuellen Stand der theoretischen Entwicklung erreicht und formuliert, sondern diese Entwicklung ein Stück vorangetrieben hat. Denn seine Untersuchung war (im Gegensatz zu den bürgerlichen Untersuchungen) durch das Interesse geleitet, "den Organisationen der Arbeiterschaft Materialien für eine konfliktorientierte antikapitalistische Strategie, die allein in der Praxis Klassenbewußtsein entwickeln kann, aufzubereiten." /S. 114/

Jutta Menschik

Zur Diskussion über Fragen der Mitbestimmung *

Entschiedene Klassenvertreter der Monopole erkennen in den "Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften einen zentralen Angriff auf unsere wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ordnung", so der ehemalige BDA-Vorsitzende Balke. (1) Gisbert Kley von der Siemens AG und als BDA-Mitglied zugleich in der Mitbestimmungskommission der Bundesregierung tätig, welche das berüchtigte Biedenkopf-Gutachten erstellte, beschwört die "Gefahr, daß die bisherige soziale Marktwirtschaft in eine wesentlich von Gewerkschaften gesteuerte Planwirtschaft ausmündet ... Am Ende einer solchen Entwicklung kämen wir zum Gewerkschaftsstaat." (2) Nach Hermann Josef Abs "führt ein Übermaß an Mitbestimmung, vereinigt in den Händen der Gewerkschaften ... zur Unfreiheit aller anderen, einschließlich (!) der Arbeitgeber selbst." (3)

Offensichtlich sehen sich die mächtigsten Vertreter in den entscheidenden Verbänden der Monopolbourgeoisie immer mehr gezwungen, zu den vorliegenden Mitbestimmungsforderungen und bestehenden -gesetzen Stellung zu nehmen. Auch diese geringfügigen und begrenzten Errungenschaften für die Arbeiterklasse nach dem Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 werden mit "unternehmerischen Argumenten" der BDA wie: "Die Montanmitbestimmung hat sich nicht bewährt" und ihre Ausweitung hat "schwerwiegende Nachteile und Gefahren zur Folge" abgelehnt (4). Die gleiche Argumentation finden wir auch im Biedenkopf-Gutachten zur Mitbestimmung (5). Diese Aktivitäten wie auch die noch näher zu untersuchenden Alternativ-Vorschläge von Unternehmerseite sind in mancher Hinsicht aufschlußreich. Sie lassen Rückschlüsse auf ökonomische und politische Veränderungen zu, deren Auswirkungen überall ans Licht treten: Die erhöhte organische Zusammensetzung des Kapitals hat den gesamten Verwertungs- und Realisationsprozeß kompliziert, den Konkurrenzkampf unter den hochentwickelten kapitalistischen Ländern verschärft

---

* Besprechung von: MITBESTIMMUNG ALS KAMPFAUFGABE. Grundlage – Möglichkeiten – Zielrichtungen. Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik, Köln, Pahl Rugenstein 1971, Beiträge des IMSF 2.

1 "Der beklemmende Marsch in den Kollektivismus", Handelsblatt – Gespräch mit Präsident Prof. Balke, in: HANDELSBLATT Nr. 231 vom 29.2.1968.

2 Gisbert Kley: "Folgen einer erweiterten Mitbestimmung", Vortrag auf der Jahreshauptversammlung der Essener Arbeitgebervereinigung am 4.3.69, in: VORTRAGSREIHE DES DEUTSCHEN INDUSTRIEINSTITUTS, Jg. 19, Nr. 22 vom 3.6.69, S.3.

3 Hermann Josef Abs: "Macht durch Mitbestimmung", Vortrag vom 27.6.66 vor dem industrierechtlichen Seminar der Universität Bonn, in: VORTRAGSREIHE DES DEUTSCHEN INDUSTRIEINSTITUTS, Jg. 19, Nr. 44 vom 8.4.69, S. 1.

4 BDA, "Unternehmerische Argumente, Gegen die gewerkschaftliche Mitbestimmung", Köln, Juni 1969, S. 2 und 5.

5 MITBESTIMMUNG IM UNTERNEHMEN, Bericht der Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung (Mitbestimmungskommission); Bochum, im Januar 1970. Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI, 334.

6 Vgl. MITBESTIMMUNG ALS KAMPFAUFGABE, S. 38.

und, besonders deutlich zwischen der BRD und der DDR, die Systemauseinandersetzung erweitert. Die beiden letztgenannten Resultate waren und sind zugleich Antriebskräfte für die weitere Entwicklung des Kapitals. Für die heute aktuelle Klassenauseinandersetzung um die Mitbestimmung in der BRD ist dabei jener Nachholbedarf an "Reformen" von Bedeutung, der den gesamten Infrastrukturbereich umfaßt.

Obwohl hier auch die Ansätze für Mitbestimmungsforderungen gegen autoritäre Herrschaftsformen etwa im Bereich der Schulen, Universitäten und des Gesundheitswesens liegen (6), soll hier nur der Einfluß effektivierender Reformen im materiellen Produktions- und Reproduktionsprozeß auf die Klassenauseinandersetzung angesprochen werden.

Für die Monopolbourgeoisie sind dabei folgende Faktoren zu bewältigen:
1. Der Zwang, bei der wissenschaftlich-technischen Entwicklung im Weltmaßstab mitzuhalten, zwingt gleichzeitig, Teile der Arbeiterklasse besser und gründlicher auszubilden. Die Bourgeoisie weiß aber aus hundertjähriger Erfahrung, welche Rolle das Bildungsprivileg zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft bedeutet. Sie gibt weder freiwillig noch unkontrolliert davon ab (man betrachte nur die privaten Ausbildungs- und Forschungsstätten der Großkonzerne), aber je mehr technische Intelligenz sie braucht und ausbildet, desto mehr wächst ihre berechtigte Sorge um Machtpositionen.
2. Besser ausgebildete Arbeiter und Angestellte müssen entsprechend kompliziertere Arbeit leisten, erhalten notwendig besseren Einblick in die Produktionsabläufe und übernehmen auch Kontroll- und Leitungsfunktionen. Die latente Möglichkeit, daß dem praktische Einsichten in die parasitären Eigentumsverhältnisse folgen, können die Monopole nicht übersehen. Ihre alten Korruptionsmethoden verlieren an Wirkungskraft, die "neuen" Konzepte der Unternehmer zeigen einen sichtbaren Wandel von reiner Bestechung zu sozialpartnerschaftlichen Angeboten, einer "Mitwirkung" in ihrem Sinne.
3. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die durch die Monopole selbst abgelöste sogenannte Freie Marktwirtschaft sind selbst verbal kaum noch brauchbar. Was sie beim Aneignen ihrer Monopolprofite behindert, ist vielmehr die autonome Gewerkschaft, die mit dem gestiegenen ökonomischen Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse zu handeln bereit ist – die Tarifkämpfe, vor allem in der Metall- und chemischen Industrie seit 1969, zeigen das.

Auf das Interesse der Arbeiter und Angestellten nach Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft, entwickelt in Tarifkämpfen und Arbeitskonflikten, reagieren die Monopolvertreter als stünde die Machtfrage auf der Tagesordnung, die Enteignung ihres Privatbesitzes unmittelbar bevor und die Sowjet-Kommunisten als verkleidete Gewerkschaftsfunktionäre vor ihrer Tür.

Wesentliches Ziel der Monopole ist deshalb der Kampf gegen die Gewerkschaften als autonome Interessenvertreter, gegen die Präsens der Gewerkschaften durch ihre Vertrauensleute in den Betrieben und gegen alle Mitbestimmungsforderungen, die bewußt eine Stärkung von Arbeiterinteressen anstreben. Diese Kampfansage wird über alle zur Verfügung stehenden Einflußbereiche deutlich gemacht:

– Auf Betriebsebene wird die "moderne Menschenführung" einerseits und die spezifische "Mitbestimmung am Arbeitsplatz" andrerseits erprobt, um "die latenten Reserven an Initiative, Mitdenken und Identifikation seitens aller im Betrieb Beschäftigten soweit wie möglich im Betriebsinteresse ... zu mobilisieren" (7). Dem geht die Einsicht voraus, daß "der autoritären und patriarchalischen Führung von ehedem ... der Boden entzogen ist" (7). Mit Zufriedenheit und Freude sollen die Arbeiter und Angestellten ihre eigene Aus-

7 HARZBURGER HEFT, Bad Harzburg, I/1968, S. 61 f.; 2/1968, S. 129 f.; I/1969, S. 19.

beutung nicht nur vergessen, sondern an ihr organisierend und initiierend "mitwirken" – zweifellos eine weitere Chance, die Arbeitsintensität zu steigern. Deshalb werden Individualrechte betont, die Würde des Menschen an sich und der Person benutzt, um den "proletarischen" oder "klassenbewußten" Arbeiter als historisch überlebt zu erklären. (8)

– Auch der "wissenschaftliche Beweis", daß es so sei wie es sein soll, bleibt wichtiges Kampfmittel der Monopolbourgeoisie. Die Arbeit von Friedrich Fürstenberg "Die Soziallage der Chemiearbeiter, Industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten Chemiebetrieben", erstellt im Auftrag des "Arbeitsringes der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie" und erschienen im Herbst 1969 im Luchterhand-Verlag, ist dafür ein hervorragendes Beispiel (9). Hier wird manipulativ in Graden und Prozenten die "Zufriedenheit" der Belegschaft diagnostiziert, das "arbeitsplatzbezogene" Denken der Arbeiter bestätigt, die Gewerkschaft von den Arbeitern "entfernt" (bei Fürstenberg macht die Gewerkschaft das aktiv) etc. (10). Das gewünschte Ergebnis bleibt denn auch nicht aus: "Eine gesellschaftspolitische Konzeption der Mitbestimmung, wie sie gegenwärtig seitens der Gewerkschaften vertreten wird, ist gegenwärtig nur bei einer kleinen Minderheit der Befragten nachzuweisen." (11)

– Als spezifische staatsmonopolistische Regulierungsmaßnahme mag hier die Rolle und Funktion der Biedenkopf-Kommission genannt sein. Nach dem Vorbild der "Konzertierten Aktion" personell durch Unternehmer (BASF, Siemens AG und BDA) und Gewerkschafter (DGB, IG-Metall und DAG) besetzt und als grundlegendes Arbeitskomitee für spätere Gesetze deklariert, hat diese Kommission ein Gutachten verfaßt, das von einem Integrations- und Kooperationsmodell einer nicht einmal gleichwertigen Partnerschaft ausgeht. In diesem Gutachten wird nicht nur Arbeitergeschichte der BRD unterschlagen, das profitorientierte Rentabilitätsprinzip als ein gesamtgesellschaftliches "Wirtschaftlichkeitsprinzip" vorgestellt, das gesellschaftliche Verhältnis von Kapital und Arbeit zu einem naturnotwendigen gemacht; hier werden vor allem Erfahrungen mit der gesetzlichen Mitbestimmung und Empfehlungen für eine kapitalgerechte Handhabung von Mitbestimmungsforderungen herausgegeben (12). Interessant für die Strategie der Monopole ist die hier wieder geforderte Trennung von institutioneller Mitbestimmung und Tarifautonomie der Gewerkschaften. Logisch kann eine als Mitwirkung im Kapitalinteresse integrierte Arbeitervertretung nicht gleichzeitig am Klassenstreit um das Wertprodukt mitwirken.

An dieser Stelle mag die Überlegung angebracht sein, was wohl in den Köpfen einiger Revolutionshelden vorgeht, wenn sie schreiben: "Die (')KPD(') ist sich im klaren, daß eine wirkliche Demokratie für die werktätigen Massen nicht anders gesichert werden kann, als dadurch, daß die Arbeiterklasse selbst die politische Macht erobert. Dennoch wird sie jede demokratische Rechtsposition, die den Werktätigen größere Bewegungsfreiheit in ihrem Kampf gegen die Monopolbourgeoisie bietet, mit aller Kraft verteidigen, ... Sie verbindet diesen Kampf mit dem Kampf gegen alle Illusionen über Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft, von Arbeiterkontrolle der Produktion v o r der Zer-

8 F. Fürstenberg: DIE SOZIALLAGE DER CHEMIEARBEITER, Neuwied und Westberlin 1969, S. 212 f.
9 Vgl. dazu die Kritik von Frank Deppe und Hellmuth Lange, INFORMATIONSBERICHT Nr. 5, Hrsg. vom IMSF, 20.6.1970.
10 Fürstenberg, a.a.O., S. 220.
11 Fürstenberg, a.a.O., S. 136.
12 Vgl. die beiden Kritiken zum Biedenkopf-Gutachten: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, von Albers, Goldschmidt, Oehlke in Nr. 7, 1970, und: MARXISTISCHE BLÄTTER von L. Müller in Nr. 3, 1970.

schlagung des kapitalistischen Lohnsystems." (13) – So die Westberliner "KPD" (auch KPD/FU) von 1971 in ihrer Programmatischen Erklärung. Wo das Ziel weit weg ist, lockt die "politische Macht" und wo es losgehen müßte mit dem Kampf, da werden "Rechtspositionen" und "Bewegungsfreiheit" angeboten. Mehr ist in der 16 DIN A 3-Seiten umfassenden Erklärung über Mitbestimmung nicht zu finden und auch bitterböse Flugblätter schweigen sich über Einzelheiten aus. Man muß wohl oder übel zugeben, daß die herrschenden Monopolvertreter in ihren Verlautbarungen die gesellschaftlichen Klassenrealitäten der BRD besser widerspiegeln.

Die diversen ML-Gruppen sind sich gleichermaßen klar darüber, daß Mitbestimmung per se integrationistisch und folglich zu bekämpfen sei. Nehmen wir sie zusammen und beim Wort, so ist ihrer Anti-Konzeption unschwer eine starke ideologische Strömung im DGB zuzuordnen. Der Unterschied ist nur, jene haben ihren "Kampf" und diesen haben – leider – eine Basis bei Arbeitern und Angestellten. Weshalb uns jene hier nicht länger interessieren sollen.

Leuchtende Beispiele einer Mitbestimmung als Sozialpartnerschaft sind die Herren Gscheidle und Leber, früher 2. und 1. Vorsitzender der "Deutschen Postgewerkschaft", heute Sekretär und Minister im Bundesverkehrsministerium. Von Matthöfer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des IG-Metall-Vorstandes, stammt der Vorschlag, in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten Arbeitsgruppen zu bilden und diese Arbeitsgruppensprecher wählen zu lassen. Dieses Konzept beinhaltet das Recht, mit Vorgesetzten Arbeitsplatzverbesserungen u.ä. auszuhandeln. Gleichzeitig soll dabei der Betriebsrat umgangen werden! Die freudige Zustimmung durch den "Industriekurier" (14) bestärkt den antigewerkschaftlichen Charakter dieser Konzeption. Allerdings bleibt selbst hier am praktischen Fall zu entscheiden, ob und inwieweit eine an unmittelbaren Interessen der Arbeiter ansetzende Mitbestimmung am Arbeitsplatz über den partikularen Rahmen hinaus als Hebel für weiterreichende, politische Interessenwahrnehmung fungieren kann. Die wesentlichen Elemente der integrationistischen Strömung im DGB können zusammenfassend charakterisiert werden:

1. Bejahung der kapitalistischen Gesellschaft als beste aller möglichen (vielleicht schlechten) Welten.
2. Reformvorstellungen und -vorschläge im Sinne einer Stabilisierung und Effektivierung des Systems.
3. Einschätzung des Staates als "neutralen Mittler" zwischen den Interessen der Unternehmer und der Gewerkschaften.
4. Forderung nach aktiver Bindung der Arbeiter und Angestellten an das einzelne kapitalistische Unternehmen wie an das Gesamtsystem.

Mitbestimmung wird hier mit der Notwendigkeit begründet, "die Arbeitnehmerschaft in die demokratische Gesellschaft zu integrieren" (15).

Wichtige praktische Angebote der Integrationisten sind die verschiedenen Formen der "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" der Kleinaktie über die Umsatzbeteiligung bis zum 624 DM-Gesetz. Als strategische Linie wie in einzelnen Tarifverhandlungen dienen diese Angebote als unternehmerische Alternative zu Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften.

13 ROTE FAHNE, Jg. 2, Nr. 21 vom Juli 1971.
14 INDUSTRIEKURIER, Düsseldorf, Nr. 126 vom 15.8.68; vgl. DER GEWERKSCHAFTER 12/1969, S. 452.
15 Ludwig Rosenberg, "Interview", in: DER GEWERKSCHAFTER, Monatsschrift der IG-Metall, Jg. 14, Hf. 4 vom April 1966.

Die reformistische Strömung im DGB teilt wesentliche Elemente mit Fritz Naphtalis Theorie einer "Wirtschaftsdemokratie". (Vgl. Grundsatzprogramm des DGB, Reden von Heinz O. Vetter, Otto Brenner, Karl Hauenschild u.a.)

1. Die Anerkennung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital, den aufzuheben für eine bessere Gesellschaft angestrebt wird.
2. Mitbestimmung als Mittel der Kontrolle durch Ausbau der wirtschaftlichen Mitbestimmung; Offenlegung und Kontrolle wirtschaftlicher Abläufe; Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftszweige im "gemeinwirtschaftlichen Interesse" o.ä. nicht ausgeschlossen.
3. Einschätzung des Staates als klassenneutral im bürgerlichen Sinn, als demokratisch im Gegensatz zum "Wirtschaftsleben", daß es also – auch – zu demokratisieren gilt.
4. Mitbestimmung zwar nicht als Aufhebung, aber doch als "Milderung" des Klassengegensatzes.

Daß bei diesen Vorstellungen die grundlegenden Machtverhältnisse und die Grundlagen der Macht der Monopole verkannt werden, kam beim DGB-Satzungskongreß 1971 ebenso zum Ausdruck wie etwa bei den Stellungnahmen von Vetter u.a. zum Biedenkopf-Gutachten. "Der Mitbestimmungsbericht der Sachverständigen (der Biedenkopf-Kommission – H.M.) ist also insgesamt in allen Einzelpunkten eine glänzende Rechtfertigung der paritätischen Mitbestimmung", schreibt Vetter (16). Für den DGB besteht also "keine Veranlassung von seiner Forderung nach Ausweitung der – wie der Erfahrungsbericht bestätigt – bewährten paritätischen Mitbestimmung abzugehen" (17). Den Biedenköpfen und ihrer Lobby wäre demnach nichts weiter vorzuhalten, als daß sie aus richtigen Analysen die falschen Schlußfolgerungen ziehen. Sie haben die Montanmitbestimmung prächtig überstanden, wollen sie aber dennoch nicht ausgedehnt sehen. Vetter und andere tragen hier selbst zur Verharmlosung von Mitbestimmungsforderungen bei: sie machen vergessen, daß die Monopolbourgeoisie in ihrem Sinne richtige Konsequenzen zog und akzeptieren im übrigen den "Sachverstand" einer klaren Sozialpartnerschaftsideologie.

Das auch für diesen Kurz-Bericht grundlegende Buch "Mitbestimmung als Kampfaufgabe" schließt an dieser Stelle ab: "Bei alledem darf aber nicht vergessen werden, daß es in der Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes nicht so sehr auf die theoretischen Begründungen und Motive ankommen wird, als vielmehr auf den Inhalt und Stellenwert, den bestimmte Forderungen – darunter auch die verschiedenen Mitbestimmungsvorschläge – in den sozialen Auseinandersetzungen, im Kampf der Arbeiter und Angestellten selbst erhalten. Die Erfahrungen, die in diesen Kämpfen gewonnen werden, sind für die breiten Massen auch der einzige Weg, sich von reformistischen Illusionen zu befreien." (18)

"Mitbestimmung als Kampfaufgabe" ist der inhaltlichen Gewichtung wie dem methodischen Aufbau nach von eben dieser Einschätzung ausgegangen. Es will sein und ist "eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik." Außer den angesprochenen Strömungen im DGB werden christliche Soziallehren und neoreformistische Strömungen behandelt, außer der CDU/CSU auch die FDP-Position, neben der Fürstenberg-Studie die wichtigsten anderen theoretischen Arbeiten. Besonders nützlich ist die Gliederung nicht einfach nach ideologischen Richtungen, sondern nach objektiven Klassenstandpunkten. So wird auch die SPD insgesamt in einem Abschnitt mit den Gewerkschaften und der DKP behandelt.

16 Heinz O. Vetter, "Der Mitbestimmungsbericht – Analyse, Kritik, Folgerungen", in: DAS MITBESTIMMUNGSGESPRÄCH, April 1970.
17 DIE QUELLE, Funktionärszeitschrift des DGB, Nr. 2/1970, S. 61.
18 MITBESTIMMUNG ALS KAMPFAUFGABE, a.a.O., S. 60.

Was unter einer als Kampfaufgabe vertretenen Mitbestimmung allgemein zu verstehen ist, soll abschließend formuliert werden; die Autoren haben mit ihrer präzisen Untersuchung in drei westdeutschen Großbetrieben begonnen, die wirklichen und lebendigen Ansätze herauszufinden, an denen sich Kampfaufgaben stellen, Mitbestimmungsforderungen von der Arbeiterklasse erhoben werden und Machtpositionen der Arbeiter und Angestellten erkämpft werden können. Im Anhang werden die theoretischen Instrumente der Untersuchung zur weiteren Verwendung abgedruckt.

Allgemeiner Ausgangspunkt für echte Mitbestimmungsforderung im Interesse der Arbeiter und Angestellten ist bei der DKP und SEW die theoretische Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In diesem System der Konzernverflechtung und Aktienstreuung ist der Kontroll- und Herrschaftsbereich des Monopolkapitals größer als seine eigene Eigentumsbasis. Der Staat erhält die qualitativ höhere Funktion, die Wirtschaft im Interesse der Privatprofite zu regulieren. Der antagonistische Klassenwiderspruch entwickelt sich zu einem Widerspruch zwischen der Monopolbourgeoisie und den antimonopolistischen und antiimperialistischen Klassen und Schichten (19).

Historisch knüpft Mitbestimmung an die Erfahrungen der Arbeiterklasse in der BRD seit 1945 an. Da die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften Forderungen der Arbeiterklasse sind, Forderungen demokratischen Charakters, die das System noch nicht sprengen, aber die Positionen der Arbeiterklasse verbessern können, ist klar, daß die Kommunisten sich diesen Forderungen anschließen müssen. Kommt noch hinzu, daß Mitbestimmungsforderungen, die außerhalb der Gewerkschaften erhoben und durchgesetzt werden, leicht von der integrationistischen Strategie der Monopole vereinnahmt werden können. Zum wiederholten Mal soll auch hier gesagt sein, daß hinsichtlich der Maßnahmen und Forderungen vom Kräfteverhältnis der Klassen im nationalen und internationalen Maßstab auszugehen ist. Es wird in den Klassenauseinandersetzungen darauf ankommen, die Richtung der Änderung dieses Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu verändern, also Machtpositionen für den weiteren Kampf zu erobern, in diesem Sinn die Macht des Großkapitals einzuschränken. Im Gegensatz zu der reformistischen Auffassung fungiert diese Konzeption der Mitbestimmung nicht als eine Art Machtersatz, nicht als Möglichkeit, allein als Hebel der Veränderung der Gesellschaft zu dienen. Sie wird vielmehr als ein Mittel angesehen, das Selbstbewußtsein der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen zu stärken, mehr demokratische Rechte, Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten zu erkämpfen und zusammen mit anderen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen tiefgehende antimonopolistische Veränderungen in der Gesellschaft einzuleiten. (20)

Hannelore May

19 Vgl. etwa Gündel / Heininger /Hess/Zieschang: ZUR THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS, Berlin, Akademie 1967; MARXISMUS DIGEST, Nr. 1/1970 und Nr. 3/1971 u.a.

20 Vgl. Arbeiter-Seminar '71: EIGENTUM, MITBESTIMMUNG, SYSTEMVERÄNDERUNG, Ffm., Nachrichten Verlag 1971.

SOPO 16 » Februar 72

Zur Geschichte der KPdSU

Gegenwärtig wird von vielen gefordert, die Geschichte der Arbeiterbewegung gründlich zu studieren; allein es genügt nicht, diese Forderung abstrakt zu begrüßen oder auch allgemein auf die wichtige Verknüpfung mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu verweisen, vielmehr sollten die objektiven Intentionen aufgezeigt werden, die hinter den jeweiligen Forderungen wie auch den entsprechenden Veröffentlichungen stehen.

Vor einigen Jahren konnte man noch feststellen, daß ein ökonomisch inakzeptabel gewordener Individualismus der sich "links" verstehenden wissenschaftlichen Intelligenz in der BRD und Westberlin sich als politischen Individualismus zur Geltung brachte, dessen Funktion es war, "Unterscheidungsmerkmale gegenüber der proletarischen Opposition aufrechtzuerhalten, ohne doch das intellektuell meist schon vollzogene Bekenntnis zur Arbeiterschaft zu desavouieren" (1), als eine Form von bürgerlich-intellektuellem Isolationismus mithin, die "noch im Protest dazugehört" (2). Dieser anti-autoritäre Isolationismus ist heute großteils Haltungen gewichen, die sich in der Annäherung an die Kommunistische Partei oder aber auch an sich proletarisch nennende Gruppen und Strömungen ausdrücken; besonders im zweiten Fall besteht das Problem in veränderter Form weiter, obwohl der sich als Anti-Institutionalismus darstellende bürgerliche Isolationismus scheinbar überwunden worden ist: Es gibt reichlich Bekenntnisse zum parlamentarischen und zum gewerkschaftlichen Kampf, Veröffentlichungen und Nachdrucke auf den vormals unterschätzten Gebieten Politische Ökonomie und Geschichte der Arbeiterbewegung.

Zur Illustration dieser These sei eine Broschüre aus der Flut der Neudrucke zur Geschichte der Arbeiterbewegung herausgegriffen: "Zur Geschichte der KPdSU(B)" (3). Sie enthält einen Kommentar von Jakob Moneta zum "Kurzen Lehrgang" der Geschichte der KPdSU(B) und "Dreißig Fragen und Antworten zur neuen 'Geschichte der KPdSU' " (4) von Ernest Mandel sowie ein "Aktuelles Vorwort". In diesem aufschlußreichen "Aktuellen Vorwort" kennzeichnen die Herausgeber den Neudruck dieser Aufsätze als "Notwendigkeit, denn ... ohne Kenntnis der Erfahrungen und Lehren der Geschichte der KPdSU ... wird es in der BRD nicht möglich sein, eine neue Führung der Arbeiterklasse herauszubilden." /IV/ Die Autoren formulieren kein Geschichtsverständnis, verweisen lediglich auf die Memoiren von A. London, Lukacs' Vorwort zu "Geschichte und Klassenbewußtsein" und Mandels Satz, daß die Geschichte das Laboratorium der Gesellschaftswissenschaften sei. Auf die Gedanken der Klassiker zur Geschichte bzw. Geschichte der Arbeiterbewegung wird nicht eingegangen. Dafür heben sie aber Monetas Unterfangen hervor, "eine wirkliche Geschichte der Hauptgedanken der Theorie des Bolschewismus in großen Zügen zu liefern." /III,8/ Nicht nur eine Geschichte der Theorie übrigens, denn: "Die Aufgabe des Historikers ist es, herauszuarbeiten, warum es Clio, der launischen Göttin der Geschichte, gefallen hat, gerade den Weg in die Sackgasse des Stalinismus zu wählen." /4/

1 Reinhard Opitz auf dem Gründungskongreß der ADF am 2.11.1968.

2 Werner Hofmann: ABSCHIED VOM BÜRGERTUM, Frankfurt/Main 1970, S. 190.

3 ZUR GESCHICHTE DER KPDSU(B). Herausgeber Internationale Sozialistische Publikationen. Hamburg 1971. Alle im folgenden in Schrägstriche gesetzten Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

4 Gemeint ist die einbändige GESCHICHTE DER KPDSU, Moskau 1959, deutsche Übersetzung Berlin 1960. Auf Mandels kurze Bemerkungen wird nicht eingegangen, weil sein Ansatz weniger umfassend als der von Moneta ist. Er versucht vor allem

Der Weg in die Sackgasse beginnt offenbar bei den Zusammenfassungen, denn laut Moneta sind sie "toter Formelkram", und das nicht zufällig, weil eben Formelkram "den stalinistischen Parteibürokraten am ehesten zugänglich ist" /7/. Zwar darf man einwenden, "daß im T e x t im Gegensatz zur 'Zusammenfassung' eine Reihe von Zitaten vorkommt, die wertvolle inhaltliche Kritik enthalten" /7/, aber die Zusammenfassungen sollen sich den Lernenden besonders einprägen und sind insofern wichtiger. Somit wäre "Der didaktische Aufbau" des Kurzen Lehrgangs geklärt, weiter geht es in die Sackgasse: Die Bolschewiki siegten, weil sie sich auf die unterdrückten Bauern stützten und weil sie diszipliniert sein mußten, was Lenin ganz richtig sah, weil er nämlich "die Bedeutung des Neuen unmittelbar" erkannte. Stalin hingegen besaß diese Fähigkeit nicht, weil er "etwas von der Unbeweglichkeit und Dickfälligkeit seiner Vorfahren geerbt hat, die sich vor allem Neuen fürchteten." /20/ Die "einschläfernd wirkende Form der Darstellung" im Kurzen Lehrgang liegt allerdings nicht an Stalins Vorfahren, sondern an ihr kann "man ganz deutlich die scholastische Schulung des ehemaligen Theologiestudenten des Priesterseminars in Tiflis" /21/ beobachten. – Schade, daß Moneta Swetlanas Memoiren noch nicht auswerten konnte! In seinen Ausführungen zum Thema "China: Bauernfrage als Exempel" beweist Moneta (1953) echte Sehergaben: Maos richtige "Bauernrevolution" wird Stalins falscher "Blockpolitik" gegenübergestellt; die indirekte Kritik an Stalin liefert nach Moneta ausgerechnet Chen-Po-Ta – gegenwärtig ultralinks-geheimnisvolles Liebkind der westlichen Sensationspresse. /33/ Müßig zu erwähnen, daß die pauschalisierende Darstellung von Stalins Einschätzung der chinesischen Bauernfrage ins Leere trifft. (4a)

Ausführlich weist Moneta im Kurzen Lehrgang aufzufindende Auslassungen und auch einige Fälschungen nach, die im Interesse der "Stalin-Bürokratie" unternommen wurden. Warum? Dieser Bürokratismus war "eine der Erscheinungsformen der kulturellen Rückständigkeit der Massen" /50/. Bei den Moskauer Prozessen sollte "der Kristallisationspunkt einer solchen möglichen Opposition "zerstört werden, gibt er als "Grund der Säuberung" /115/ an.

Daß mit solchen "Begründungen" wenig erklärt, nichts begriffen wird, scheint auch nicht so nötig zu sein, denn offensichtlich findet Clio den Weg aus der eingangs erwähnten Sackgasse heraus: "Industrialisierung und Kollektivierung ... werden in ihrer weiteren Entwicklung durch die Hebung des Kulturniveaus des ganzen Volkes sein (Stalins – nicht des Volkes.Verf.) Regime untergraben" /123/. International sieht es erfreulicherweise so aus: "Nicht nur in der Ostzone ist das stalinistische System verhaßt, sondern in allen Satellitenstaaten, die von Stalin ausgebeutet werden" /123/. Und "man wird es schwer haben mit dem Chef der chinesischen Regierung Mao Tse-tung, der sich angeschickt hat, 450 Millionen Chinesen zu neuen Ufern zu führen" /123/. Am wichtigsten ist allerdings: "Die Arbeiterbewegung in Westeuropa und den USA steht in ihrer vollen Macht. In England hat das große Labour-Experiment, das nur zeitweilig abgebrochen wurde und unzweifelhaft seine Fortsetzung finden wird, neue Wege zum demokratischen Sozialismus gebahnt." Auch in Deutschland ist die Lage vielversprechend: "Überall da, wo der demokratische Sozialismus sich in sozialer Entschlossenheit nicht von den Kommunisten hat überflügeln lassen, so vor allem in der Deutschen Bundesrepublik, ist es ihm gelungen, die stalinistischen Parteien zu zerschlagen" /124/. Ob die "neue Führung der Arbeiterklasse" aus dem "Aktuellen Vorwort" nicht doch die SPD ist?

eine – nur teilweise geglückte – Ehrenrettung Trotzkis. Daß Mandels Aufsatz an den von Moneta angehängt wird, zeigt, daß die Herausgeber eine "bürokratische" Kontinuität von etwa 1930 bis heute sehen, die selbst in dieser Form von anderen Linksradikalen bestritten wird.

4a Vgl. z.B. "Über die Perspektiven der Revolution in China", in: Stalin: WERKE, Bd. 8, S. 319-334.

Nach diesem Vorwort hat etwa die DKP eine Geschichtsauffassung, wie die von A. London so formulierte: "Wir müssen die Dinge und Aktivitäten der Vergangenheit im Lichte der heutigen Ereignisse sehen und sie nicht mit der damaligen Lage in Verbindung bringen" /11/. Vorgeblich teilen die Herausgeber ein solches Verständnis nicht, sie handeln allerdings genau so, indem sie Monetas sozialdemokratische Apologetik als "Kritik von links" präsentieren, die mit Stalin auch die gegenwärtig arbeitende Kommunistische Partei treffen soll. Sie praktizieren die von ihnen kritisierte Methode, indem sie in ihrem fotomechanischen Nachdruck auf die in der Originalausgabe enthaltene Vorbemerkung verzichten: "Der Autor bewegt sich immer auf dem Kampfboden seiner Gegner und schlägt sie mit ihrer eigenen Waffe: dem historischen Materialismus" (5). Wie auch in Würdigung der Tatsache, daß Moneta selbst einen "umgekehrten" Personenkult praktiziert (Stalin beutet Staaten aus!) läßt sich bei dem Bild, das hier von der Geschichte der KPdSU gegeben wird, feststellen: "Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir."

Einleitend sprachen die Herausgeber von der "Notwendigkeit", mit der Monetas Aufsatz neu gedruckt werden müßte. Das kann meines Erachtens bezweifelt werden; hier liegt nicht nur ein Mißverständnis Monetas, sondern auch eins des Begriffes "Notwendigkeit" vor, das durch die Feststellung, daß mit diesem Begriff allerorten Schindluder getrieben wird, erklärlich, aber nicht entschuldbar wird. Die von den Herausgebern konstatierte "Renaissance des Marxismus in gesellschaftlich relevantem Maßstab in der BRD" scheint wohl noch nicht so weit, daß Engels' Polemik gegen den mechanischen Determinismus schon bekannt wäre, seine Auffassung, daß hier Notwendigkeit heruntergebracht wird

> "auf die Erzeugung von bloß Zufälligem. Wenn das Faktum, das eine bestimmte Erbsenschote sechs Erbsen enthält und nicht fünf oder sieben, auf derselben Ordnung steht wie das Bewegungsgesetz des Sonnensystems ..., dann ist in der Tat nicht die Zufälligkeit in die Notwendigkeit erhoben, sondern die Notwendigkeit degradiert zur Zufälligkeit." (6)

So zeigte diese Broschüre keine wirkliche Annäherung an die Arbeiterbewegung, vielmehr lediglich eine "linke" Variante bürgerlicher Politik – wie auch jene "linken" Teile der wissenschaftlichen Intelligenz ihren bürgerlichen Individualismus so lange in der einen oder anderen Form fortsetzen werden, wie ihnen nicht klar wird, daß es keinen Dritten Weg gibt. Der wachsende Teil der Intelligenz dagegen, der sich auf die Kommunistische Partei orientiert, muß "die real existierenden Arbeiterparteien, die sich sowohl durch eine selbständige Politik als auch durch Verankerung im Proletariat auszeichnen, in den Mittelpunkt seiner theoretischen Arbeit stellen" (7). Damit ergibt sich die Aufgabe, an der ständigen Reflektion des von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weges teilzunehmen, während gleichzeitig die Bewegung vorangeführt wird (8). Dabei müssen Forderungen wie die nach dem gründlichen Studium der Geschichte der KPdSU, ohne wie im Moneta-Text als Forderung lediglich plagiatorisch zu sein, als ernsthafte verstanden werden, wie auch nur immanente Kritik diesem Thema adäquat sein kann.

Als Einstieg (und in diesem Fall als Kontrapunkt zu Moneta) bietet sich die jüngst erschienene "Geschichte der KPdSU in einem Band" an, die den Zeitraum vom Anfang der Arbeiterbewegung im Rußland der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zur Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 umfaßt (9). Unsinnig wäre es an dieser

5 Jakob Moneta: KOMMENTAR ZUM KURZEN LEHRGANG DER GESCHICHTE DER KPDSU(B), Köln 1953, zweite Umschlagseite.

6 Marx/Engels: WERKE, Bd. 20, S. 488.

7 Garling/Lühe/Schuchardt/Witten: "Die gesellschaftswissenschaftliche Intelligenz im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus", SOPO 12, S. 99.

8 Vgl. Lenin: WERKE, Bd. 20, S. 293.

9 GESCHICHTE DER KPDSU, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1971.

Stelle, wollte man das gesamte Lehrbuch resümieren und würdigen; immerhin läßt sich sagen, daß das Autorenkollektiv unter Leitung von B.N. Ponomarjow sich ständig bemüht, den Zusammenhang zwischen den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung und der je konkreten Entwicklung der russischen bzw. sowjetischen Arbeiterbewegung aufzuzeigen. Eine Reihe von Aussagen müßte sicherlich vertieft und ergänzt werden; die "Gesetztheit" mancher Gedanken ergibt sich zum Teil aus dem Charakter des Werkes als Lehrbuch. Hier ist gerade für die sozialistische Intelligenz Meinungsstreit geboten, für den als Grundlage dann wohl doch mehr die sechsbändige Geschichte der KPdSU bzw. die Original-Quellen zur Parteigeschichte dienlich sind. Denn es ist meines Erachtens völlig richtig, festzustellen: "Trotz der Fehler und subjektivistischen Entstellungen in der Zeit des Stalin-Kults, der die Entwicklung der parteigeschichtlichen Wissenschaft hemmte, hat die sowjetische Historiographie einen beträchtlichen Beitrag zur Geschichte der KPdSU geleistet." (10)

Das exakte Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung etwa der Sowjet-Union muß bei der wirklichen historischen Bewegung ansetzen, sonst führt falsches Bewußtsein der eigenen Lage – und nicht Clio – in die historische Sackgasse.

Volker Gransow

10 GESCHICHTE DER KPDSU in sechs Bänden, Band 1, Moskau o.J., S. 7.

Rotbücher
Im Abonnement jeder Band DM 1,- billiger

Alex Schubert:
Stadtguerilla–Tupamaros in Uruguay
Rotbuch 26. 132 Seiten. DM 4,50

Schmidt/Fichter:
Der erzwungene Kapitalismus
Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–48
Rotbuch 27. 180 Seiten. DM 6,50

beschlagnahmt
Kampf in West...
Rotbuch 29. 84 Seiten. DM 3,50

Kollektiv Hispano-Suiza:
Arbeiter und Apparate
Bericht französischer Arbeiter über ihre Praxis 1945–70
Rotbuch 30. 160 Seiten. DM 6,50

Berni Kelb
Betriebsfibel
Ratschläge für die Taktik am Arbeitsplatz
Rotbuch 31. 72 Seiten DM 3,50

Bernard Lambert
Bauern im Klassenkampf
Anregungen für die vergessene Analyse einer Ausbeutung
Rotbuch 32. 160 Seiten DM 6,50

Wagenbach
1 Berlin 31, Jenaer Straße 6

Roter Kalender
für Lehrlinge und Schüler 1972
Taschenkalender. 128 Seiten. Inhalt: Kalendarium mit brauchbaren oder lustvollen Hinweisen, Bildern, Comics. Alphabet für Freundesadressen. Lehrlingszentren, Rechtsanwälte, Pillen- und Drogeninformation. Ratgeber für Knast und Demonstrationen. Drucktechniken, Video, Super 8, Kapitalismus der BRD. Über Sozialismus. Literatur.
2.– Mark
Wagenbach
In jeder Buchhandlung. (Oder schreibt uns: Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 9.)

Systemvergleich BRD - DDR

Der folgende Beitrag ist eine Besprechung von "Autorenkollektiv: BRD - DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln: Pahl-Rugenstein, 1971". Bei diesem Buch handelt es sich um einen Sammelband von vierzehn Aufsätzen. Die Rezension ist daher eine Sammelbesprechung, die von einer Reihe jüngerer Genossen vorgeschlagen und verfaßt wurde. Der Charakter einzelner Besprechungen der Aufsätze ist weitestgehend erhalten geblieben und damit auch die unterschiedliche Qualität der Beiträge. Wir betrachten diese Besprechung als einen Versuch, für wesentliche Sammelbände adäquate Formen der Rezension zu finden, die über oberflächliche Gesamtwürdigungen hinausgehen. Ein Ziel ist dabei u.a., kollektive Arbeitsweisen für Spezialisten unterschiedlicher Fachrichtungen zu finden.

Anne Hartmann – Stefan Schardt – Gerhard Weiß: "Zur Entwicklung der Spaltung Deutschlands", S. 13 - 34

Nicht nur aus Gründen der historischen Reihenfolge hat das Kapitel über den Prozeß der Spaltung Deutschlands am Anfang eines Buches zu stehen, dessen Verfasser durch vergleichende Analysen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche der DDR und BRD den Lesern ausführliche, sinnvoll zusammengestellte Informationen und Argumentationshilfen zur Verfügung stellen; jede tiefergreifende Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen über die DDR wird an irgendeinem Punkt der Diskussion auf die Entwicklung nach der Zerschlagung des Faschismus stoßen, d.h. auf die Zeit, als die Gründung der DDR nicht einmal geplant war, erst recht noch keine sichtbaren materiellen Ansätze für die Entstehung dieses sozialistischen Staates, wie er heute existiert, vorhanden waren. Oft genug, wenn die allzu antikommunistischen Phrasen über die Wirklichkeit in der DDR ihre Wirksamkeit verlieren, weil sich ein großer Teil der Behauptungen – selbst vor den mit sachlichen Informationen nicht gerade verwöhnten Bürgern der BRD und Westberlins – nicht mehr aufrechterhalten lassen, ziehen sich die Bürgerlichen in ihrer Argumentation auf die Position der Kritik des "Unrechts der Spaltung als solcher" zurück. Die Berichte über die Anfänge der Spaltung und die Schuldigen an dieser Entwicklung beabsichtigen, in der Öffentlichkeit das Bild aufrechtzuerhalten, daß die Bildung eines sozialistischen Staates auf dem Gebiet der SBZ bereits kurz nach Beendigung des Krieges (wenn nicht sogar schon vorher) von der UdSSR und einigen deutschen Kommunisten geplant worden sei. Da sich bestimmte historische Fakten, die eindeutig die Bestrebungen von alliierter Seite zur Gründung eines dem Monopolkapital nützlichen deutschen Staates zeigen, auch durch bürgerliche Informationspolitik nicht verschweigen oder fälschen lassen, versucht man, diese westlichen Aktivitäten durch die Behauptung zu legitimieren, die UdSSR habe gegen Vereinbarungen mit den Alliierten verstoßen und absichtlich durch eine eigenständige Politik in der SBZ die Trennung von den Westzonen provoziert.

Geschichtsklitterung und Manipulationen dieser Art lassen sich durch die im vorliegenden Kapitel gebrachten Informationen leicht korrigieren. Die Autoren haben aus der zu diesem Problem wichtigsten und gängigsten Literatur die wesentlichen Daten und Fakten zusammengestellt.

Sie setzen mit ihrer Analyse bereits während des Krieges an und zeigen die Politik der USA auf, die zwar daran interessiert waren, den Hitlerfaschismus zu besiegen und das nur durch die Hilfe der UdSSR als stärkster Macht auf dem Kontinent erreichen konnten, die aber gleichzeitig die Gefahr des Kommunismus für die Zeit nach dem Krieg bannen wollten. Es lag darum vorrangig in ihrem Interesse, auch die UdSSR zu schwächen und in ihrem Kampf möglichst wenig zu unterstützen, was diese bekanntlich mit ungeheuren Opfern und Verlusten bezahlen mußte.

Nach der deutschen Kapitulation ging es für die Alliierten nicht nur darum, den Sozialismus, der in Wahrheit in Deutschland nirgendwo auf der Tagesordnung stand außer in den wortradikalen Äußerungen bekannter rechter Sozialdemokraten, zu verhindern, sondern auch das Entstehen eines antifaschistischen, demokratischen Deutschlands zu blockieren und stattdessen aus Deutschland, zur Not auch aus der Hälfte, möglichst schnell wieder einen kapitalistischen Staat zu machen. Dieser Staat sollte als Markt für den geplanten Waren- und Kapitalexport vor allem der US-Monopole dienen, um drohende Krisen in der US-Wirtschaft nach Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion auffangen zu können, und gleichzeitig mußte ein sicheres Bollwerk gegen den Kommunismus errichtet werden. Dazu war es notwendig, nicht nur den Einfluß der UdSSR als Besatzungsmacht zurückzudrängen, sondern auch innerhalb der Westzonen die entsprechende Basis zu schaffen.

Wie sah nun die Politik der Siegermächte in den Besatzungszonen nach 1945 aus?

In den Westzonen: Restaurierung der Macht des deutschen Monopolkapitals, Unterdrückung des antifaschistischen und antikapitalistischen Bewußtseins großer Teile der Bevölkerung und Zerschlagung entsprechender Aktivitäten, Verhinderung jeglicher Umwandlung der Eigentumsverhältnisse, minimale Einbeziehung von Vertretern der Arbeiterklasse in die Verwaltungsorgane, Behinderungen beim Aufbau der Gewerkschaften und einer Einheitsgewerkschaft, späte Zulassung politischer Parteien, Verbot aller Initiativen zum Zusammenschluß der Arbeiterparteien. Dabei genossen die Alliierten die volle Unterstützung von Seiten des deutschen Monopolkapitals und arbeiteten recht eng zusammen mit rechten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführern.

In der SBZ: Vernichtung der ökonomischen Grundlagen des Faschismus, Aufbau einer antifaschistischen, antikapitalistischen Demokratie, Gründung von demokratischen Parteien und Massenorganisationen, Verbot der Gründung von Unternehmervereinigungen, Bodenreform und Enteignung der Großgrundbesitzer, Volksabstimmung über die Enteignung der Kriegsverbrecher, grundlegende Reformen im Justiz- und Bildungswesen.

Es gab für die USA keine Möglichkeit, den von ihnen geplanten deutschen Staat in allen Zonen durchzusetzen. Die UdSSR hielt sich in allem an das Potsdamer Abkommen und ließ sich nicht aus der SBZ zurückdrängen. Außerdem lagen die meisten der für die USA wichtigen Industriegebiete in den Westzonen, und so beschränkten sich die USA auf ihre Einflußgebiete und setzten die Spaltung mit den bekannten Stationen fort: Bildung der Bizone, Ausbau der westlichen Verwaltungsorgane (Wirtschaftsrat), separate Währungsreform und schließlich Verabschiedung des Grundgesetzes und Gründung der BRD. Dargestellt werden weiterhin neben den Spaltungsbemühungen von westlicher Seite auch die ständigen Versuche der UdSSR, doch noch eine einheitliche demokratische Entwicklung für Gesamtdeutschland zu erreichen.

Jürgen Harrer – Heinz Jung: "Das ökonomische System in der BRD und der DDR", S. 35 - 92

I

Wem immer die Lektüre der "Politischen Ökonomie des Sozialismus" zu anstrengend und der Inhalt der Überlegungen "marxistischer Ökonomen des Westens" wie Bettelheim, Strotmann u.a. zu suspekt erscheint, der möge als erste grundlegende Information die Darstellung des ökonomischen Systemcharakters der beiden sich auf deutschem Boden antagonistisch gegenüberstehenden Produktionsweisen durch Harrer und Jung zur Kenntnis nehmen. Grundlegend ist dieser Aufsatz im Rahmen des besprochenen Sammelbandes deswegen, weil die Vielzahl der gesellschaftlichen Prozesse und Erscheinungen abhängig ist von der in einer Gesellschaft herrschenden Aneignungsweise und der sich daraus ergebenden ökonomischen Gesetzmäßigkeit. Trotz gedrängter Kürze gelingt den Autoren eine Darstellung der wesentlichen Elemente sowohl des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD wie auch des ökonomischen Systems des Sozialismus, bezogen auf deren jeweilige Geschichte, Funktionsweise und historische Tendenz. Dabei beziehen sie sich notwendigerweise auf vorliegende Gesamtdarstellungen, wie auf "Imperialismus heute" und "Politische Ökonomie des Sozialismus". Beide Werke stellen – trotz ihres Lehrbuchcharakters – Elemente eines ständig stattfindenden Diskussions- und Forschungsprozesses dar; der Weg vom "Imperialismus heute" zur Darstellung des "Imperialismus der BRD" (Berlin 1971) wurde beschrieben in SOPO 12 – die Funktion der "Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR", wissenschaftliche Vergegenwärtigung eines tatsächlich ablaufenden und zu beherrschenden Prozesses zu sein, ist im Selbstverständnis der Autoren des Werkes festgelegt (vgl. Pol. Ök.d.Soz.,S. 10). Als Versuch, die Gesetzmäßigkeiten im geplanten Ablauf sozialistischer Ökonomie darzustellen, zu beherrschen und vor allem zu vermassen, ist dieses Werk der – gegenwärtig stattfindenden – theoretischen Weiterentwicklung anheimgestellt.

Die beiden antagonistischen ökonomischen Systeme werden getrennt dargestellt; dennoch werden die objektiv vorhandenen Vermittlungen und gegenseitigen Einwirkungen nachgezeichnet: Zu den "außerökonomischen Faktoren" /40/, die auf die Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitalismus einwirken, gehört die Systemauseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus: in der Kompromißbereitschaft der herrschenden Klasse gegenüber Lohnforderungen der Gewerkschaften drückt sich das Interesse an der Erhaltung des gesamten Systems aus, das sich gegen unmittelbare ökonomische Interessen durchsetzt /39 f./. Entsprechend mußte die ideologische Erziehungsarbeit der SED nicht nur gegen die "jahrzehntelange chauvinistische und nationalistische Verhetzung", sondern auch gegen "bestimmte reformistische Ideen der Sozialdemokratie" in der Bevölkerung der DDR ankämpfen (vgl. Pol.Ök.d.Soz., S.106); abgesehen von der bornierten Bewunderung kapitalistischer Wirtschaftseffizienz als Ansatzpunkt antisozialistischer Einwirkung in die DDR.

II

Der Aufsatz beginnt mit einer kurzen Darlegung des Grundwiderspruchs des kapitalistischen Systems, in dessen Aufhebung sich die prinzipielle Überlegenheit des Sozialismus ausdrückt: Der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und Reproduktion und der privaten Aneignungsweise wird durch die wissenschaftlich-technische Revolution beständig zugespitzt; zugleich besitzt das kapitalistische System eine innere Dynamik, die im Rahmen der Herausbildung des staatsmonopolistischen Systems "Modifizierungen in der Wirkungsweise ökonomischer Gesetze und die Verlage-

rung von Widersprüchen, nicht ihre Außerkraftsetzung, aber ihre Reproduktion auf neuen Ebenen" /37/ erbringt. Lenins Begriffe des "parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus" werden angeführt, aber auch Lenins folgender Satz: "Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt." (Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 305).

Die Autoren nennen als Kriterien ihres ökonomischen Systemvergleichs bewußt nicht die aktuelle Effizienz und das technische Leistungsvermögen des jeweiligen Wirtschaftssystems. Entscheidend erscheint ihnen, inwiefern sich eine – zumindest prinzipielle – Identität von ökonomischer Rationalität, Humanität und Demokratie ergibt. Diese Identität erweist sich als systemimmanent in der sozialistischen Produktions- und Aneignungsweise; das bewußte Handeln und die aktive Gestaltung der gesellschaftlichen und individuellen Lebensbedingungen durch die arbeitenden Menschen ist notwendiger Bestandteil gesellschaftlicher Beherrschung der Produktion und gesellschaftlicher Planung und Leitung der Wirtschaftsprozesse. Ist die Möglichkeit der Identität von Rationalität und Humanität zwar mit der sozialistischen Aneignungsweise schon gegeben, so hängt ihre Herstellung doch entscheidend von der Politik der Partei der Arbeiterklasse ab. Unausgesprochen, aber doch deutlich durch den Stellenwert dieser einleitenden Überlegung, verwahren sich damit die Autoren gegen Konvergenztheorien rechter oder linker Varianz, in denen – beifallzollend oder denunziatorisch – der DDR isoliertes Interesse an technischer Effizienz unterstellt, der Zusammenhang von politischer und bewußter Mitwirkung aller Werktätigen und ökonomischer Organisation aber unterschlagen wird.

III

Die Darstellung des ökonomischen Systems der BRD gliedert sich in drei Kurzanalysen der Entwicklungsetappen nach 1945, der Globalsteuerung als "Übergangsform staatsmonopolistischer Regulierung" und der Grundzüge des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu Beginn der 70er Jahre /43-60/. Die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus, die Konzentrationsprozesse, die Monopole und der staatsmonopolistische Dirigismus werden zunächst als Elemente des spätkapitalistischen Systems bezeichnet, die bereits eine längere historische Entfaltung – von der Monopolbildung um die Jahrhundertwende über den "staatsmonopolistischen Kriegskapitalismus" (Lenin) im ersten Weltkrieg bis zum faschistischen Regulierungssystem – hinter sich haben /40 f./. Die monopolkapitalistischen Eigentumsformen blieben in den damaligen Westzonen nach 1945 ungebrochen. Die "Klassensolidarität der westlichen Besatzungsmächte mit den westdeutschen Kapitalisten" /42/ setzte sich gegen das Potsdamer Abkommen, aber auch gegen den Willen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung durch: "Die erweiterte Reproduktion der gegenständlichen Produktionsbedingungen war untrennbar mit der Erweiterung monopolkapitalistischer Eigentums- und Machtverhältnisse verbunden" /43/; dieser Prozeß vollzog sich nicht mehr nur spontan, sondern über und mit Eingriffen des Staates in die Reproduktion.

Die weiteren Entwicklungsetappen des westdeutschen Kapitalismus werden von den Autoren periodisiert: 1. 1945 bis 1949, Wiederherstellung eines einheitlichen, zentralen Staatsapparates, Ein- und Unterordnung des ökonomischen Potentials Westdeutschlands in die US-Globalstrategie, Spaltung Deutschlands mit aktiver Hilfe der westdeutschen Großbourgeoisie. 2. 1949 bis 1956, Akkumulation der Konzerne durch Einschaltung des Staates (steuerpolitische Maßnahmen, Subventionspolitik, soweit sie den Interessen der Konzerne entsprach, Exportgarantien usw.). Der langanhaltende Nachkriegsboom verdeckte unter den Bedingungen des Aufwärtstrends die zyklische Bewegung der kapitalistischen Ökonomie: Der Zyklus kam nur als einer der Zuwachsraten und der Investitionen zum Ausdruck /46/. 3. Nach 1956 wurden Momente der Internationalisierung und der Integration wirksam; zugleich wirken beginnende Strukturkrisen (Bergbau) als Triebkräfte zum Ausbau des staatsmonopolistischen Regulierungssystems. 4. Nach 1961 findet der Übergang zur intensiven erweiterten Reproduktion statt: Das Arbeitskräftepotential ist nahezu erschöpft, die Mängel des Bildungswesens werden sichtbar, die Rüstung wird zum wichtigen ökonomischen Faktor, "die Prozesse der Internationalisierung der Wirtschaft wirken als relativ selbständige Faktoren auf den weiteren Ausbau der staatsmonopolistischen Regulierung ein" /47/.

Mit dem Begriff der "Globalsteuerung" wird eine "staatliche Regulierungstätigkeit neuen Typs" /47/ bezeichnet. Die Wachstumsverluste in der Wirtschaftskrise 1966/67 signalisierten die Notwendigkeit, angesichts der inneren Widersprüche des Systems ein Instrumentarium zu erstellen, das dem "Staat als immanenten Faktor des Reproduktionsprozesses" ("Imperialismus heute", Berlin 1965, S. 142) Möglichkeiten der Programmierung und Regulierung in die Hand gibt (Stabilitätsgesetz von 1967 als Beispiel). Die Autoren bezeichnen die Globalsteuerung als Übergangsstadium, das angesichts der ökonomischen Widersprüche zu einem weiteren Ausbau drängt – bis hin zu "direkten Eingriffen in die wichtigste Domäne der Monopole, in die Produktion selbst" /48/. (Konzentrationsförderung, gezielte Investitionsmaßnahmen, Finanzierung von Forschung und Entwicklung etc.). Weiter verweisen die Autoren auf den "sogenannten wirtschaftspolitischen Zielkonflikt zwischen Stabilität und Wachstum" /49/, auf die widersprüchliche Wirkung der fortschreitenden Inflation (Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Monopole, zugleich Stimulanz des Wirtschaftswachstums, aber auch Hemmnis in der Schwächung von Exportpositionen und Investitionsneigung).

Als Grundzüge des gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus werden aufgezählt: Konzentration und Zentralisation des Kapitals (der Konzern als entscheidende Monopolform der Gegenwart, "Konglomeratsbildung", d.h. Fusionierung aus nicht produktionsbedingten, sondern finanzpolitischen Gründen, Machtkonzentration des westdeutschen Finanzkapitals, Verflechtungen und Fusionen im internationalen Maßstab, direkte Intervention des Staates zur Förderung der Konzentration: "Staatliche Monopolbedingungen bezeichnen ... den Zustand, daß der Staat die Bedingungen der Kapitalverwertung sicherstellt und für das Einzelmonopol vorging" /55/. Die monopolistische Konkurrenz konzentriert sich auf den Kampf um den Einfluß auf die Errichtung dieser Monopolbedingungen und auf den Kampf um die Beherrschung der strukturbestimmenden Wachstumsindustrien /54/. Als zweite Grundtendenz wird die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses aufgeführt (internationale staatsmonopolistische Institutionen, internationale Verflechtung des Kapitals in der Produktion, Wachstum des Auslandskapitals in der BRD u.a.). Weiter werden Mittelfristige Finanzplanung ("Instrument antizyklischer Haushaltspolitik zur Durchsetzung einer im Interesse der Monopole liegenden Wachstumspolitik" /56 f./) und Konzertierte Aktion ("Besondere westdeutsche Form staatsmonopolistischer Einkommensregulierung" /57/) analysiert. Schließlich gehen die Autoren auf die Forcierung der außenwirtschaftlichen Expansion ein und nennen die Exponenten dieses Expansionskurses den "Kern des politisch-ökonomischen Rechtskartells in der BRD" /60/.

IV

Entsprechend dem vorherigen referieren die Autoren auch zum ökonomischen System der DDR dessen Vorgeschichte und die Ausgangsposition bei der Entstehung und Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der DDR. Die daten- und informationsreiche

Darstellung umfaßt die Maßnahmen in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung nach 1954, zusammen mit einer Auseinandersetzung der Beurteilung dieser Entwicklung durch die "in der BRD vorherrschenden Ideologie" /62/. Die Periodisierung der Entwicklungsphasen beinhaltet den Prozeß der Zerschlagung der sozialökonomischen Basis des Imperialismus und die Veränderung der politischen Machtverhältnisse bis zum Frühjahr 1948, zugleich mit der Eroberung der entscheidenden "Kommandohöhen" der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse /62 f./, weiter den Übergang zur sozialistischen Revolution (Beschluß zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus vom Juli 1952) mittels der Vergrößerung des volkseigenen Sektors an der industriellen Bruttoproduktion, der Einbeziehung der restlichen Privatbetriebe in den Prozeß der staatlichen Planung u.a. Die Autoren verweisen auf die politisch richtige Entscheidung, den Sektor der privaten Mittel- und Kleinbetriebe nicht zusammen mit den Großbetrieben per Dekret zu sozialisieren (dieses Verfahren hätte sich für den entstehenden volkseigenen Sektor belastend ausgewirkt), weisen aber auch darauf hin, wie Widersprüche "trotz des Übergewichts des sozialistischen Sektors aus dem Nebeneinander zweier antagonistischer Produktionsweisen entstanden" /67/. Die Übernahme des staatlichen Außenhandelsmonopols, die Ausdehnung des volkseigenen Sektors im Binnenhandel und der genossenschaftliche Zusammenschluß in der Landwirtschaft gehören zu den analysierten Momenten der Umwälzungsprozesse in Industrie, Handel und Landwirtschaft, mit denen sich bis zum Beginn der sechziger Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR allgemein druchsetzten. Die Autoren erwähnen die Überwindung der ökonomischen Disproportionen auf dem Gebiet der DDR und stellen neben die quantitative Seite (Entwicklung der Grundstoffindustrie, Errichtung von Produktionskapazitäten im Bereich der Schwerindustrie) die qualitative Seite dieses Prozesses: die gesamte industrielle Struktur wurde verändert, komplexe Technologien und hochproduktive Verfahren entwickelt.

Schließlich stellen die Autoren die Grundelemente des Ökonomischen Systems des Sozialismus dar und verzichten nicht auf die Auseinandersetzung mit "ultralinken Mißverständnissen" /89/. Hierzu sei aber doch dringend auf die eigene Lektüre des referierten Artikels verwiesen, falls die entsprechenden Publikationen aus der DDR nicht zur Hand sind. Wichtig erscheint die Darstellung des Systemcharakters aller im Sozialismus real vorhandenen wirtschaftlichen Teilsysteme und gesellschaftlichen Teilbereiche /77/, von der aus ersichtlich ist, daß auch die anzuwendenden politökonomischen Kategorien nur im Zusammenhang mit den von ihnen beschriebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und deren Dynamik verwandt werden dürfen. (So sind auch die Wertkategorien nicht erst mit dem "Neuen Ökonomischen System" wirksam geworden, haben aber "an Komplexität gewonnen und sich zu einem bewußt gehandhabten ... System entwickelt" /83 f./. Wichtig erscheint weiter der Hinweis der Verfasser, "daß sich am Primat der Politik gegenüber der Ökonomie auch nach der Einführung des NÖS nichts geändert hat. Die gegenseitige Durchdringung von Politik und Ökonomie verstärkt sich jedoch mit der Verwirklichung des ökonomischen Systems des Sozialismus" /87/.

Frank Deppe:
"Probleme der betrieblichen Organisation der Produktion in BRD und DDR", S. 93 - 135

Davon ausgehend, daß mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsweise und der damit verbundenen Stabilisierung der DDR als ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden alle "Zusammenbruchstheorien", wie sie vor allem von den Ideologen des "kalten Krieges"

produziert wurden, zusammenbrachen, stellt Deppe zunächst dar, wie sich diese Ideologie des Imperialismus den veränderten Bedingungen der Systemauseinandersetzung anpaßt. Ihre Funktion soll, den veränderten Realitäten entsprechend, von den vielfältigen "Konvergenztheorien" (einschließlich ihrer "linken" Varianten wie z.B. die Behauptung, daß sich in der DDR eine "neue Klasse"herausgebildet habe) übernommen werden. Mit ihnen soll der Systemcharakter der kapitalistischen und sozialistischen Produktion und Reproduktion dadurch verschleiert werden, daß behauptet wird, die beiden Systeme gleichen sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte immer mehr einander an. Formale Ähnlichkeiten bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß grundsätzlich von denen der BRD unterscheiden.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist Resultat und Bedingung der Machtentfaltung der Arbeiterklasse und Voraussetzung der Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft. Die Beseitigung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und des Warencharakters der Arbeitskraft ist Bedingung für die von antagonistischen Widersprüchen freie Entwicklung der sozialistischen Produktion und Reproduktion, d.h. für die Herausbildung planmäßiger und kooperativer Beziehungen zwischen den einzelnen sozialistischen Betrieben. Der sozialistische Betrieb ist organischer Teil des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. "Die Gesetze der sozialistischen Aneignung können sich nur durch die – mittels der zentralen staatlichen Planung und Leitung verwirklichten – Abstimmung individueller, betrieblicher und gesellschaftlicher Interessen entwickeln" /95/.
Der kapitalistische Betrieb ist zwar auch Teil des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, aber ein sich ständig im Widerspruch zum gesellschaftlichen Prozeß befindender, und diesen Widerspruch ständig neu produzierender Teil, und da gesellschaftlich produziert wird, aber zum privaten Zweck, ist dieser Widerspruch innerhalb des kapitalistischen Systems nicht aufhebbar. Er zwingt allen Bereichen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses seine Gesetzmäßigkeiten auf. Im Kapitalismus ist die gesellschaftliche Produktion Sphäre der privaten Aneignung des Mehrprodukts, der Arbeiter Objekt der Ausbeutung. Im Sozialismus dient die planmäßige materielle gesellschaftliche Produktion und Reproduktion der optimalen Bedürfnisbefriedigung, dabei sind die Produzenten Organisatoren der planmäßigen sozialistischen Aneignung.

Aus den unterschiedlichen Zielsetzungen der Produktion im Kapitalismus und Sozialismus ergibt sich die unterschiedliche betriebliche Organisation der Produktion. Die Leitung und Organisation im kapitalistischen Betrieb ist Funktion des Kapitalisten. Er ist nur den Gesetzen der kapitalistischen Profitproduktion "verantwortlich". Die Organisation und Leitung im sozialistischen Betrieb läßt sich nicht vom Einzelbetrieb her erklären. In ihnen drückt sich vielmehr aus, daß die sozialistischen Betriebe Teile des sozialistischen Produktionsprozesses sind.

Die Stellung des Arbeiters im kapitalistischen Betrieb ist durch den Warencharakter seiner Arbeitskraft bestimmt. "In der Kalkulation des Unternehmers erscheint der Lohn als Kostenfaktor, der möglichst gering zu halten ist; für den Arbeiter und seine Familie ist der Lohn Subsistenzfaktor, der durch den Zwang der außerbetrieblichen Reproduktion definiert wird. Erfolgreiche kapitalistische Leitung ist also stets daran gebunden, daß die Kosten der Ware Arbeitskraft möglichst gering sind, daß in einem gegebenen Zeitraum ein Maximum an Leistung aus der Arbeitskraft herausgepreßt wird." /97/ Daraus ergibt sich eine Hierarchie, auf deren Kommandohöhe der Produktionsmittelbesitzer oder seine Agenten über "seine" Arbeiter bestimmt. Die Subsumtion der Arbeit unter das Kapital findet ihren Ausdruck in der verlangten bedingungslosen Unterordnung der Arbeiter unter die Befehlsgewalt der kapitalistischen Leiter.

Auch im BetrVG und im sonstigen Arbeitsrecht drückt sich das Verlangen des Kapitals nach Unterordnung der Arbeiter unter seine Bedürfnisse aus. Deppe verweist in diesem Zusammenhang v.a. auf den § 49 BetrVG (in diesem wird der Betriebsrat zur "vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit dem Arbeitgeber "zum Wohle des Betriebes" verpflichtet). Mittels Gesetze und sonstiger ideologischer "Hilfen" versuchen die Kapitalisten die sich aus dem Warencharakter der Arbeitskraft ergebenden Widersprüche zu verschleiern. Die Arbeiter haben also unter kapitalistischen Bedingungen immer nur so viel Einfluß auf Produktion und Reproduktion, wie sie sich erkämpfen. Davon, wie stark der Einfluß bürgerlicher Ideologien auf die Arbeiterklasse ist, hängt ihre Kampfbereitschaft und die ihrer Gewerkschaften ab. Alle erkämpften gesetzlichen Mitbestimmungsrechte (z.B. BetrVG und Montanmitbestimmungsgesetz) sind nur so viel wert, wie sie von der kämpfenden Arbeiterklasse "ausgelegt" werden.
Während also im Kapitalismus die Gewerkschaften im wesentlichen Kampforganisationen zur Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse sind, sind sie im Sozialismus ein wesentliches Organ der institutionalisierten Mitwirkung der Arbeiter an der Planung, Leitung und Organisation des betrieblichen, überbetrieblichen und gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Sie sind neben der Partei der Arbeiterklasse, die die führende Rolle hat, wichtigstes Instrument zur Entfaltung und Sicherung ihrer Herrschaft. "Sie begreifen sich als 'Schulen des Sozialismus' und fungieren darum nicht als systemoppositionelle, sondern systemimmanente Kraft" /126/.

Die Leitung der sozialistischen Produktion beruht auf dem Prinzip des " 'demokratischen Zentralismus' als 'Einheit von demokratischer zentraler Planung und Leitung und demokratischer Eigenverantwortung der Betriebskollektive und Territorialorgane' " /115/. Das Prinzip der Eigenverantwortung und das System der dem Leiter zugeordneten Kollektive, deren Zustimmung die wesentlichen Entscheidungen des Leiters erst wirksam werden läßt, wird so dargestellt, daß der Leser umfangreiche Information über die demokratische Teilnahme aller Werktätigen an der Planung, Leitung und Organisation der sozialistischen Produktion erhält. Dabei wird besonders hervorgehoben, daß "die Kriterien für die Auswahl der Leiter (...) nicht ausschließlich ökonomisch oder betriebswirtschaftlich (sind), sondern (sie) bestimmen sich durch den politisch-ideologischen Klassenstandpunkt ebenso wie durch 'umfassendes marxistisch-leninistisches Wissen' der Leiter" /123/.

Auch für die Auswahl der Leiter gilt das Primat der Politik. Die Betriebsparteiorganisation wacht über die Wahrung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Betrieb, denn die "wissenschaftlich-technischen Leistungen und die Steigerung des Produktionsergebnisses (können) nur verbunden mit der Entwicklung des soz. Bewußtseins, d.h. mit einer zunehmenden politischen Bewußtseinsbildung der Werktätigen dem Anspruch sozialistischer Produktion und Demokratie gerecht" werden /126/. Für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins ist v.a. die Herausbildung der sozialistischen Arbeitskollektive von großer Bedeutung, da "die Entwicklung des gesellschaftlichen und ökonomischen Bewußtseins der Produzenten nicht vorrangig von technologischen, arbeitsorganisatorischen und materiellen Faktoren determiniert ist" /133/.

Deppe gibt einen für die Kürze sehr informativen Überblick über die Mitwirkung der Produzenten an der Planung, Leitung und Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und der damit verbundenen Herausbildung der sozialistischen Demokratie. Der Systemcharakter der betrieblichen Organisation der Produktion ist v.a. an den Einflußmöglichkeiten der Produzenten auf die Produktion dargestellt. Es wird dabei der unterschiedliche Charakter der Mitbestimmung in der DDR und BRD deutlich; während in der DDR darunter die Mitwirkung jedes Werktätigen bei der Machtentfaltung seiner Klasse verstanden wird, also Selbstbestimmung seiner Klasse ist, ist die Mitbestimmung in der BRD ein Kampfmittel zur Einschränkung der Kapital, v.a. der Monopolmacht.

Eberhard Dähne: "Zu einigen Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in beiden deutschen Staaten", S. 136 - 160

Dähne beginnt mit einer Kritik am methodischen Vorgehen der 'Berichterstatter' zur 'Lage der Nation'. Eines der drei exemplarisch diskutierten Beispiele sei hier kurz wiedergegeben: In den "Materialien ..." wird festgestellt, daß "die DDR in bezug auf den realtiv hohen Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtinvestitionen unter den Industrienationen (!) an der Spitze" liege. /ebd. S. 60, zit. nach Dähne, a.a.O., S. 138/ Verschwiegen wird, daß i n d e r D D R zu den landwirtschaftlichen Investitionen auch die Ausbildungseinrichtungen, Kindergärten und Kulturzentren zählen. Außerdem werden z.B. in den "Materialien ..." die Eierfabriken des Bertelsmann-Konzerns (30 Mill. DM) sowie des Strumpffabrikbesitzers Schulte als Investitionen nicht der Landwirtschaft sondern des Verlagswesens bzw. der Textilindustrie gezählt /138 f/.

Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) und Hektar-Erträge lagen vor dem zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet der heutigen DDR "in etwa auf dem Niveau des Deutschen Reiches"/141/. Nach 1945 war die Landwirtschaft in der SBZ stärker zerstört als in den Westzonen; der Anteil des Großgrundbesitzes an der LN lag 1938 bei 28 %, in den Westzonen lediglich bei 7 %.

Die d e m o k r a t i s c h e B o d e n r e f o r m, angefangen im Herbst 1945 und getragen von den Landarbeitern, Kleinbauern sowie den Umsiedlern, vernichtete die sozioökonomische Grundlage der Junker. Über 3/4 der LN wurde an die o.a. Bevölkerung verteilt; 1 Million Hektar LN wurde fortan auf volkseignen Gütern bewirtschaftet /142/. Gegen die sofortige Kollektivierung der Landwirtschaft sprachen zwei Gründe: Erstens waren die materiellen Voraussetzungen für landwirtschaftliche Großproduktion erst noch zu schaffen, zweitens entsprach "die demokratische Bodenreform den damaligen Interessen und dem Bewußtsein der überwiegenden Zahl der Kleinbauern, Landarbeiter und landlos gewordenen Umsiedler" /143/.

Als erste überbetriebliche Kooperation wurden die Maschinen-Ausleih-Stationen geschaffen; verfügten doch die neuen Bodenbesitzer kaum über maschinelle Produktionsmittel. Mitte 1952 konnten die MAS in Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) umgewandelt werden. Diese wurden zu Stützpunkten der Arbeiterklasse auf dem Lande.

Die Kollektivierungsbewegung, vor allem seit 1958, wurde unter den Bedingungen der verschärften Klassenauseinandersetzung (Höhepunkt des kalten Krieges) vor allem mit Hilfe materieller Anreize geführt; war doch der Übergang zur genossenschaftlichen Großproduktion objektives Erfordernis zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution gerade auch in den anderen Zweigen der Volkswirtschaft. 1960 betrug der Anteil der LPG an der LN 84,2 % /144/. Die Vorteile der genossenschaftlichen Produktion (geregelte Arbeitszeiten, fester Urlaub etc.) haben im Verlauf der sechziger Jahre auch die noch bestehenden Einzelbauern mehr und mehr überzeugt. Die Erträge konnten seit 1961, mit Ausnahme einer Mißernte 1962, systematisch gesteigert werden. In der Landwirtschaft der DDR sind 1968 1,1 Millionen Menschen beschäftigt gewesen. Die LN pro LPG betrug 1968 im Durchschnitt 472 ha. Die soziale Lage der Landbevölkerung hat sich seit dem faktischen Abschluß der Kollektivierung, und vor allem seit 1963 ständig verbessert. Das für den Kapitalismus typische Gefälle Stadt-Land wird in der DDR immer mehr aufgehoben.

In den Westzonen wurden vor dem 2. Weltkrieg 6,8 % der LN von 0,7 % der Betriebe bewirtschaftet. In einigen Regionen (Schleswig-Holstein, VB-Braunschweig) lag dieser Anteil weit höher (13,4 bzw. 21,2 %). Die Waldfläche befand sich zu 70 % im Besitz von Betrieben mit mehr als 100 ha Betriebsfläche. Außerdem befanden sich große Teile des Landes im Besitz von Industriekonzernen und Versicherungsgesellschaften; Ursache der heutigen Bodenspekulation in der BRD. Die Bedingungen für eine demokratische Bodenreform waren also durchaus gegeben. Allein die KPD legte ein ernstzunehmendes Bodenreformprogramm vor; die anderen Parteien begnügten sich mit verbalem Radikalismus oder gerieten in das Schlepptau bürgerlicher Reformideologie.

Nach Restauration der ökonomischen und politischen Macht des Monopolkapitals hatte die Landwirtschaft in der Rekonstruktionsperiode drei Aufgaben zu erfüllen: sie hatte den Akkumulationsfonds des Industrie- und Handels-Kapitals aufzufüllen; sie diente mit ihrem vergleichsweise hohen Bevölkerungszuwachs als Produktionsstätte von Arbeitskräften "mit den Minimalqualifikationen industrialisierter Länder" (industrielle Reservearmee); sie wurde zu einem Stabilitätsfaktor der restaurierten kapitalistischen Produktionsverhältnisse, vor allem durch die "antikommunistisch akzentuierte Familienbetriebsideologie, die den Bauern vorlog, daß die Landwirtschaft 'ein typischer Bereich der Kleinunternehmungen' bliebe, aus dem die 'selbständige Unternehmerschicht' 'nachwachse' "/149/.

Der Konzentration und Zentralisation des Kapitals der Ernährungsindustrie, der Verlagerung des Umsatzes zu den großen Handelskapitalen, der Veränderung der Absatzformen (Selbstbedienung, 'Cash & Carry', etc.) und der zunehmenden institutionalisierten Kooperation zwischen den verschiedenen Stufen des gesamten Umschlagsprozesses stehen die relativ isolierten bäuerlichen Produzenten und Kleinhändler hilflos gegenüber. In die vertikale Integrations- bzw. Kooperationskette wird zunehmend auch die agrarische Urproduktion einbezogen /152/ (vgl. "DWI-Forschungshefte", Heft 4/1969 und "DWI-Berichte", Heft 6 und 7/1970).

Die bäuerlichen Produzenten waren – vor allem unter dem Druck steigender Produktionsmittelkosten – gezwungen, Produktivität und Produktion ständig zu erhöhen. Das führte, verschärft durch den EWG-Agrarmarkt, zu einer relativen Überproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Im Jahre 1970 wurden 47 % des gesamten BRD-Agrarhaushalts allein für sogenannte "Marktordnungsmaßnahmen" verwandt, denn das 'spontane' Wirken des Wertgesetzes hätte unweigerlich die Ruinierung hunderttausender westdeutscher Bauern in kurzer Zeit zur Folge (vgl. "DWI-Berichte", a.a.O.). Die westdeutschen Monopole haben dieser kostspieligen Regelung zugestimmt, weil für sie die Industrieexporte 'erleichtert' wurden. (Dies ist übrigens das "Grundgeschäft" zwischen dem französischen und dem BRD-Imperialismus, vgl. wiederum "DWI-Berichte", a.a.O.)

Diese objektiven Entwicklungstendenzen konnte Dähne nur skizzieren, man muß ihm zustimmen bei seiner Feststellung, daß "die weitaus beste theoretische Auseinandersetzung mit dieser Problematik, die auch die spezifischen Merkmale der 'Kooperation unter dem Kommando des Monopolkapitals' herausarbeitet, ... sich bei Rechtziegler: "Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus", "DWI-Forschungsheft" 4/1969, findet" /152, Fußnote 48/.

Das DDR-Modell hat insofern große Bedeutung, als es – unter Berücksichtigung der andersgearteten sozioökonomischen und historischen Bedingungen – die einzige Lösung ist, die den Bauern einen Weg aus ihrer, durch zunehmende Existenzunsicherheit gekennzeichneten Lage, weist.

Margarete Tjaden-Steinhauer – Karl Hermann Tjaden: "Die Entwicklung der Sozialstruktur in der BRD und in der DDR", S. 161 - 205

Die Autoren formulieren eingangs – in Abgrenzung zu der sich an der Oberfläche bewegenden 'Analyse' der "Materialien ..." – daß eine Analyse von Sozialstrukturen "gerade die grundlegenden Bestimmungen und die zeitliche Entfaltung sozialer Differenzierung in ihrer dialektischen Einheit zum Ausgangspunkt nahmen (muß)" /162/.

Das Verhältnis der Klassen in einer Gesellschaft ist vollständig bestimmt durch die spezifische Form der Teilnahme dieser Klassen an der gesellschaftlichen Arbeit. Im Kapitalismus ist dieses Verhältnis notwendig ein antagonistisches; in ihm ist der grundlegende Widerspruch zwischen Produktivkräften und den beschränkten Verhältnissen, in denen sich diese Produktivkräfte entwickeln, nicht zu lösen. Im Sozialismus ergibt sich eine prinzipielle Übereinstimmung der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft mit den Produktionsverhältnissen.

Anfangs wird auf die für die weitere ökonomische und politische Entwicklung der Westzonen wichtige Tatsache verwiesen, daß die Produktivkräfte im wesentlichen erhalten geblieben waren. Die anfangs noch bestehende Koordinierung aller vier Militärverwaltungen wurde mit der Entscheidung über die künftige Rolle Westdeutschlands, nämlich als "Vorposten der freien Welt" von Seiten der Westmächte aufgekündigt. Diese antidemokratische und antinationale Politik, die im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stand, fand ihren offenen Ausdruck auch in der sogenannten 'Entnazifizierung', bei der die Masse der Staatsbeamten in den Ämtern verblieb. Waren somit die ökonomischen und Teile der politischen Organisationen des Kapitals erhalten geblieben, so standen daher nach wie vor "der Klasse der Kapitaleigentümer und ihrer politischen Funktionäre ... die Masse der lohnabhängigen Arbeiter, Angestellten und kleinen und mittleren Beamten gegenüber" /165/.

Die Zuwanderung der Umsiedler aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches verstärkte die industrielle Reservearmee noch: Zum Zeitpunkt der westzonalen Währungsreform (Juni 1948) gab es "amtliche" 500 000 Arbeitslose. Diese Zahl wurde nun gar noch größer: Im Winter 1949/50 waren 1,6 Mill. ohne Arbeit; dabei waren die "Nicht-Einheimischen" dreimal so stark betroffen wie die "Einheimischen". Unter diesen Bedingungen der verschärften Konkurrenz der Arbeiter untereinander waren die Verwertungsbedingungen für das westdeutsche und US-Kapital außerordentlich günstig. Die Adenauer-Regierung erließ außerdem Gesetze, die die Abschreibungsmöglichkeiten sowie die Investitionen "erleichterte". Der damit durch die Eingriffe des Staates noch beschleunigte Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals läßt sich an folgenden Zahlen ablesen: Von 1954 - 1963 stieg der Anteil der jeweils 50 größten Industrieunternehmen am Gesamtumsatz der Industrie von 25,4 % auf 36,2 %. Vor allem durch die verstärkte Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß, aber auch durch Zuwanderung und Bevölkerungswachstum stieg der Anteil der Arbeiterklasse von 1950: 14 Mill. auf 1969: 19,5 Mill. Ein wesentlicher Teil der Arbeiterklasse des heutigen BRD-Imperialismus rekrutiert sich auch aus den untergegangenen kleinen Warenproduzenten, Handwerkern, Einzelhändler und Bauern: Im Handwerk nahm die Zahl der Betriebe von 1956: 784 328 um 23 % ab (1970: 604 000); im Einzelhandel von 1950: 523 232 um 23,1 % (1968: 402 530), in der Landwirtschaft sank die Zahl der sogenannten Vollerwerbsbetriebe von 1949: 1,33 Mill. auf 1969: 478 000. (Nach: "Der Imperialismus der BRD", Tb. 47 f.; Ab. 22) Mit Beginn der sechzi-

ger Jahre erschweren sich die Verwertungsbedingungen für das Kapital. Dies vor allem aus drei Gründen: Der technologische Fortschritt des US-Kapitals kann, auf Grund der Fastvollbeschäftigung nicht mehr durch den 'billigeren Produktionsfaktor Arbeit' ausgeglichen werden, zumal der Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR 1961 durch die Sicherung der Staatsgrenze jäh gestoppt wurde. Vollzog sich die Reproduktion des Kapitals bis zu Beginn der sechziger Jahre im wesentlichen auf der gleichen technologischen Stufenleiter, so setzt jetzt immer stärker die intensive Erweiterung der Reproduktion ein. Auch hier wieder tritt der Staat, nur in noch größerem Ausmaß, den Monopolen zur Seite: Einerseits werden auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähige Wirtschaftszweige saniert (Kohlenbergbau/Textilindustrie), andererseits werden die Forschungs- und Entwicklungskosten für neue Technologien teilweise vom Staat getragen. Hauptinstrument ist dabei die Umverteilung der Steuereinnahmen des Staates zugunsten der Monopole. Die beschleunigte Ersetzung von lebendiger durch tote Arbeit hat jedoch u.a. das Vorhandensein einer ausreichenden Zahl wissenschaftlich-technischer Kader zur Voraussetzung. Mitte der sechziger Jahre zeigte sich, was an langfristig notwendigen Infrastrukturinvestitionen in den fünfziger Jahren "versäumt" wurde. Diese Lücke wird nun durch stark verkürzte und total verschulte Ausbildungsgänge versucht zu schließen.

Für die BRD ergibt sich 1969 etwa folgende Klassenstruktur: Die Bourgeoisie, zu der auch die Leiter der kapitalistischen Unternehmen, das Führungspersonal im Staatsapparat und in den "Institutionen der Vermittlung der Wirtschaft mit der Gesamtgesellschaft" /180/ gezählt werden muß, bildet 1,5 % - 2 % der Erwerbspersonen. Die Mehrwertproduzenten, sowie diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die die Mehrwertrealisierung vermitteln, weiter die Angestellten und Beamten, die im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, gehören zur Gesamtkategorie der abhängig Beschäftigten und zählen 1969 gegen 81 % der Erwerbspersonen /181/. Die Zwischenschichten (Händler, kleine Gewerbetreibende, Handwerker, Bauern) umfassen ca. 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Hierzu müssen noch ca. 7 % mithelfende Familienangehörige gerechnet werden.

Der Entwicklung der sowjetisch besetzten Zone standen 1945 im Vergleich zu den Westzonen "stark zerstörte, unausgeglichene und begrenzte (materielle) Produktivkräfte zur Verfügung" /182/. Auch die Alters- und Bevölkerungsstruktur war hier von vornherein ungünstiger.

Die Politik der SU gegenüber ganz Deutschland nach dem 2. Weltkrieg folgte dem Potsdamer Abkommen und war auf eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung gerichtet. Die vordringlichste Aufgabe war die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates, die Bestrafung aller aktiven Nazis und Kriegsverbrecher, die entschädigungslose Enteignung der Monopolherren und Junker, die Nationalisierung der Banken und die Durchführung einer d e m o k r a t i s c h e n Bodenreform, die in möglichst kurzer Frist die katastrophale Versorgungslage aufheben konnte.

Diese dringlichsten Maßnahmen waren im wesentlichen im Juni 1946 mit dem sächsischen Volksentscheid zur Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis abgeschlossen. Damit war freilich das Klassensystem noch nicht aufgehoben, aber doch entscheidend aufgebrochen. Die nächst wichtige Aufgabe war die Demokratisierung des Bildungswesens, die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs und die Heranbildung wissenschaftlich-technischer Kader aus den Reihen der Arbeiterklasse (Arbeiter- und Bauern-Fakultäten), herrschten doch in den Köpfen der Arbeiterklasse noch die antikommunistischen und rassistischen Gedanken vor, die ihre aktiv-organisierende Rolle beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf einige tausend beschränkte.

Vor diesem, hier notwendig nur kurz skizzierten Hintergrund, war die Vereinigung der SPD und der KPD zur SED der wichtigste Schritt, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen und die Lehren aus den Fehlern beider Parteien in der Weimarer Zeit zu ziehen. Mit dem ersten Plan gelang es, die gröbsten Kriegsschäden, Ungleichgewichte und Entwicklungsrückstände zu beseitigen.

Bereits im Verlauf des Zweijahresplans 1949/50 "wuchs der Anteil des volkseignen Sektors an der industriellen Bruttoproduktion auf 76,5 %" /187/. Die Partei der Arbeiterklasse zog daraus den Schluß, daß der "planmäßige Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR geworden ist" /188/.

Im ersten Fünfjahrplan konzentrierte sich die Akkumulation vornehmlich auf die Grundstoffindustrien – unter Zurückstellung der Konsumgüterindustrie – und so kam es zu Protesten von Teilen der Arbeiterklasse gegen bestimmte Elemente des Volkswirtschaftsplans (Normerhöhung). Die antisozialistischen Kräfte nutzten diese Gelegenheit für den schon lange geplanten "Tag X". Die Mehrheit der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz und auch Teile der Zwischenschichten ließ sich jedoch nicht irreleiten.

Von 1952 - 1960 stieg die Anzahl der Arbeiter und Angestellten, vor allem durch die Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß, von etwa 6 auf 6,5 Millionen, wobei die volkseignen Betriebe 1960 schon 5 Millionen beschäftigten /189/.

Der Charakter der Arbeiterklasse änderte sich mit der Entfaltung des volkseignen Sektors erheblich: Seit 1950 war das Recht auf einen Arbeitsplatz gesetzlich gesichert; die Produzenten wuchsen allmählich "in die Rolle von Beherrschern des gesellschaftlichen Produktionsverhältnisses hinein" /190/. Der Standard der individuellen Konsumtion lag zwar noch bis weit in die sechziger Jahre unter dem der westdeutschen Arbeiterklasse, doch der Standard der gesellschaftlichen Einrichtungen wurde, im krassen Gegensatz zur BRD, beträchtlich verbessert.

Gegen Ende der sechziger Jahre waren die Produktivkräfte soweit entwickelt, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft in immer schnellerem Maße zunahm. Die Widerstände in Teilen der Bauernschaft verschwanden in dem Maße, wie die Überlegenheit und auch die persönlichen Vorteile (geregelte Arbeitszeit, Urlaub) der genossenschaftlichen Produktion für alle erkennbar wurde. Im Jahre 1960 – also nach Abschluß der Kollektivierungsbewegung bildeten die nahezu eine Million Genossenschaftsbauern der LPGen "fortan die zweite Grundklasse des sozialistischen Systems" /193/.

Im Bereich des Handels, Handwerks und Kleingewerbes wurde die allmähliche Integration in das System der sozialistischen Ökonomik durch zunehmende staatliche Beteiligung eingeleitet.

Die gesellschaftliche Planung der Produktion erlaubt auf die Dauer eine rationelle Ausnutzung hochtechnisierter Produktionskapazitäten. Die planmäßige, kontinuierliche Steigerung der Produktion zur besseren Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Produzenten führt zur fortschreitenden Durchsetzung des Prinzips der "Interessenannäherung und -übereinstimmung der verschiedenen Klassen und Schichten" /198/. Durch die verschiedenen Formen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit konnten auch die tradierten Vorurteile der 'Hand'- gegen die 'Kopf'-Arbeiter und umgekehrt beträchtlich abgebaut werden, wenn sie auch nicht verschwunden sind.

Die Sozialstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR stellt sich gegen Ende der sechziger Jahre etwa folgendermaßen dar: 84 % gehören zu den Arbeitern und Angestellten, die als Arbeiterklasse vermittels ihrer politisch/staatlichen Machtorgane den materiellen Produktionsprozeß zunehmend besser beherrschen. Zur Arbeiterklasse sind auch der

weitaus größte Teil der sogenannten "Intelligenz" zu zählen. Die sogenannte "zweite Grundklasse", die Genossenschaftsbauern, zählen ca. 9 %; die ihnen etwa gleichzustellenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks weitere 3 % der wirtschaftlich-aktiven Bevölkerung. Der Anteil der rein privat Tätigen (Ärzte, Künstler, wenige Bauern, Handwerker und Kleingewerbetreibende) beträgt noch ca. 3 %. Der Rest verteilt sich auf vertraglich in das sozialistische Wirtschaftssystem einbezogene Kommissionshändler und Komplementäre. (0,5 %)

Georg Fülberth – Helge Knüppel: "Bürgerliche und sozialistische Demokratie", S. 206 - 247

Das große Dilemma der bürgerlichen DDR-Forschung besteht nach Meinung Benders darin, daß "das methodische Werkzeug nicht vorhanden ist, um die kommunistisch-staatswirtschaftliche und die demokratisch-kapitalistische Ordnung vergleichend zu erfassen." (Vgl. "Der Spiegel", Nr. 7/71, S. 145) Die "Materialien" gehen davon aus, daß es sich von selbst verbietet, "die tiefgreifenden politischen Unterschiede und die politische Unvereinbarkeit der beiden deutschen Staaten zu verwischen" ("Materialien zur Lage der Nation", Bonn 1971, S. 35). Nur – die Gelehrten der Ludz-Kommission wahrten vornehme Zurückhaltung bei ihrer Darstellung. Die Autoren der hier behandelten "Marburger" Studie wollen, laut Vorwort, aber gerade Aussagen über Konvergenz und Divergenz der beiden Systeme geben und so stellen Fülberth und Knüppel anfangs den Hauptfehler der bürgerlichen DDR-ologie heraus, nämlich etwa "Lebensstandard" und "Demokratie" der BRD-üblichen Bedeutung als Vergleichsmaßstab zu nehmen. I h r e Methode ist die des "zweierlei Maß", nämlich "den Anspruch der in beiden Staaten institutionalisierten Normen" zunächst (dabei bleibt es aber) nur auf die Systeme selbst anzuwenden, "nicht aber mit der politischen Wirklichkeit des anderen Gesellschaftssystems" zu konfrontieren – davon ausgehend, daß andere Systemgrundlagen andere Forderungen an das System selbst stellen.

Die Arbeit ist in vier Abschnitte gegliedert, wobei im ersten eine Darstellung des verfassungsrechtlichen Anspruchs gegeben wird. In den folgenden Abschnitten wird die Entwicklung der Verfassungswirklichkeit in beiden deutschen Staaten untersucht. Die Verfasser stellen dar, daß im GG der Bürger als "abstrakter" erscheint, der "individuelle, abstrakte" Freiheiten besitzt, sein individuelles Votum abgibt und somit im GG als Teil einer addierbaren Menge von "Individuen" existiert – unberücksichtigt bleibt seine Stellung im Produktionsprozeß, d.h., daß realiter einige gleicher sind als gleich. Auf der gleichen Linie liegt letztlich die Stellung des Bürgers als bloßer Beobachter im Prozeß der politischen Entscheidungen. Er bleibt ohne Einfluß auf die handelnde Volksvertretung, die sich allerdings mit den anderen Gewalten konfrontiert sieht, so daß aus der Sicherung des Parlaments gegen den Staat, die Sicherung des Staates gegen seine Volksvertretung wird.

Das System der DDR unterscheidet sich von dem der BRD in erster Linie dadurch, daß man das bestimmende Element des kapitalistischen Systems beseitigte, "die private Verfügung über Produktionsmittel durch wenige, denen die Masse der Nichtbesitzenden gegenübersteht und die private Aneignung der Werte, die die Masse der abhängig Arbeitenden geschaffen hat", daraus folgt: Das kollektive Eigentum an Produktionsmitteln verlangt die kollektive Verfügungsgewalt über sie, also kollektive Selbstbestimmung in der Sphäre der materiellen Produktion. Insofern kann der Grad der sozialistischen Demokratie nicht am Kriterium der individuellen, abstrakten Freiheit gemessen werden, sondern wichtig ist, ob

die Demokratie in a l l e n Bereichen der Gesellschaft gewährleistet wird. Sozialismus heißt aber nicht: Kombination bürgerlicher Demokratie mit Gemeineigentum an Produktionsmitteln. Staat und Gesellschaft stehen einander nicht mehr gegenüber wie im Kapitalismus, sondern die Staatsgewalt wird durch die "Gesamtheit der assoziierten Produzenten" übernommen und ausgeübt. Der Staat wird zum Organ der gesamten Gesellschaft, welche öffentliche Funktionen in immer größerem Maße wahrnimmt, bei allmählicher Aufhebung der Repression. Der Zentralismus wird dadurch nicht geschwächt, sondern führt zur effektiven, rationalen Auswertung und Durchsetzung der Initiativen "von unten"; bildet also selbst ein Element der Demokratisierung.

Daß sozialistische Demokratie identisch ist mit der "Diktatur des Proletariats" bedeutet keinen Widerspruch, denn die Diktatur der Arbeiterklasse über die ehemaligen Ausbeuterklassen, beinhaltet die Demokratie in der Arbeiterklasse. Lenin schrieb 1919, daß, "solange verschiedene Klassen existieren, ... man nur von Klassendemokratie sprechen kann" ("Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", Frankfurt 1970, S. 21); daß man also fragen muß: Demokratie – für welche Klasse? Aus dieser Perspektive sollte man die folgende Bilanz sehen. Ihr Ausgangspunkt ist das Potsdamer Abkommen und seine "höchst verschiedenartige Einlösung" durch die Siegermächte. Ziel des PA war es, das Wiedererstehen des Faschismus zu verhindern. Nun kann der Faschismus aber als bloßer Betriebsunfall des kapitalistischen Systems gesehen werden, oder aber als dessen logische Konsequenz. Da die Interpretation des PA und die Durchführung von Maßnahmen den Besatzungsmächten vorbehalten war, ist die Entwicklung insofern schon vorgezeichnet.

So zog man in der SBZ die Konsequenz aus der Überlegung, daß der Kapitalismus immer wieder den Faschismus hervorbringen könne, indem man den volkseigenen Sektor der Wirtschaft schuf. Nur der Sozialismus konnte das Wiedererstehen des Faschismus verhindern, also mußte nach Abschluß der antifaschistisch-demokratischen Phase "nahtlos" zu seinem Aufbau übergegangen werden. Das Genze wäre aber nur eine organisatorische Veränderung geblieben, wenn nicht gleichzeitig damit begonnen wurde, die Arbeiterklasse an der Lösung der ökonomischen und politischen Aufgaben zu beteiligen.

In der BRD dagegen: langsames Wiedererwachen des politischen Lebens, schleppende Entnazifizierung, Schonung der Monopolherren – kurz: Restauration des bürgerlichen Staates. Die Verfasser zeigen, wie die Entscheidungen langsam aber sicher aus dem Parlament in außerparlamentarische, von Unternehmerverbänden beherrschte Gremien verlagert wurden. Die Weiterentwicklung in beiden deutschen Staaten verdeutlicht nach Meinung der Verfasser, daß in der DDR zentralistische Entscheidungen zugunsten einer umfassenderen Beteiligung der Bürger beschränkt wurden; daß man in der BRD eigene Konsequenzen aus dem PA zog: nicht erhöhte Demokratisierung, sondern Bestehenlassen des parlamentarischen Rahmens ohne realen Gehalt – so erscheint dessen Aufhebung "durch ein faschistisches Regime vorderhand unnötig".

Die Darstellung bietet ansatzweise, das was man in den "Materialien" (s.o.) vermißt, abgesehen davon, daß man manchmal etwas salopp mit der Geschichte umgegangen ist. Erwartet hätte man eine weitergehende Darstellung, wie sich Demokratie konkret im Tagesgeschehen der DDR abspielt. Die Aufzählung von Befugnissen, Gesetzen, Zahlen über ehrenamtliche Beteiligung etc. sagen per se noch nicht viel, entscheidend ist ihre inhaltliche Ausfüllung. Die Schlußfolgerung, daß das System der DDR sich im Gegensatz zu dem der BRD seinem Selbstanspruch nähert, bedürfte einer Ergänzung: Wenn man davon ausgeht, daß Demokratisierung kein Selbstzweck ist, muß man sich die Frage stellen, welches System dem Menschen angemessener ist. Der Artikel, dem hoffentlich ausführlichere Untersuchungen folgen, kann bei der Beurteilung helfen.
Daß Krupp sich anders entscheiden dürfte als Krause, braucht eigentlich nicht erwähnt zu werden.

Reinhard Kühnl:
"Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in BRD und DDR", S. 248 - 271

Als untrügliches Zeichen der Restauration in der BRD beweist sich die "personelle Kontinuität" innerhalb des Herrschaftsapparates. Kühnl problematisiert deshalb u.a. gerade die Frage der Entnazifizierung, also die Verfolgung und Entfernung aller derjenigen aus einflußreichen Stellungen, von denen es in einer Direktive des alliierten Kontrollrates hieß, daß sie "... voraussichtlich undemokratische Traditionen verewigen würden..." /250/ Mit diesem Beschluß – so konstatiert Kühnl – "... war eindeutig klargestellt, daß es sich um eine politische und nicht um eine moralische oder strafrechtliche Frage handelte, daß es um die antidemokratische Mentalität (?) der Betroffenen ging und nicht um ihre individuelle Schuld, daß ihr voraussichtlicher politischer Einfluß in Zukunft und nicht ihre unmittelbare Beteiligung an den Verbrechen des Faschismus in der Vergangenheit zum entscheidenden Kriterium der Beurteilung erhoben werden mußte." /250/ Entnazifizierung– so verstanden – mußte konsequenterweise ihre Hauptaufgabe in der Zerschlagung der Monopolherrschaft samt ihrer Organe (Militär, Justiz und Verwaltung) sehen. Ein Auftrag, der letztlich ohne grundlegende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Wurde in der heutigen DDR nach diesem Modus verfahren (Bodenreform, Enteignung der "Kriegsinteressenten" und "aktiven Nazis" im Industrie- und Bankensektor, sowie Säuberung des gesamten Staatsapparates), so zeigte die Entnazifizierung in den Westzonen von Anbeginn zwiespältige bisweilen schon restaurative Züge. Zwar hätte man sich auch hier auf eine relativ starke demokratische Basis stützen können, "... doch unterdrückten die Besatzungsmächte jede Aktivität der deutschen Antifaschisten, um die auf Umwälzung drängenden Kräfte unter Kontrolle zu halten." /257/ Folgerichtig gewannen schon ab September 1945 wieder eindeutig belastete Personen an Einfluß in der Besatzungsbürokratie und den Konzernverwaltungen, wo sie als angeblich "unentbehrliche Fachkräfte" in ihren Ämtern belassen wurden. Diese Entwicklung wurde durch die unterschiedliche Handhabung der Entnazifizierung in den einzelnen Westzonen (Bestechungsgelder und persönliche Beziehungen verfehlten in der britischen und französischen Zone selten ihre Wirkung) entschieden begünstigt. In der amerikanischen Zone, wo die Verfolgung anfangs noch am konsequentesten betrieben wurde, regelte das Gesetz Nr. 8 die Entnazifizierung endgültig im Sinne der Reaktion; hiernach wurde die Frage nunmehr auf der Grundlage individueller Schuld gehandhabt, bis schließlich allein das subjektive Unrechtsbewußtsein als Kriterium zugelassen wurde. Durch diese Praktiken wurde – wie Kühnl hervorhebt –, die Entnazifizierung in den Augen der Bevölkerung zunehmend diskreditiert. Es festigte sich "die Meinung, die Kleinen würden ohnehin viel stärker bestraft als die Großen..." /260/ Die Organisatoren der Restauration wußten diese Stimmung für sich auszunutzen. Zumal die Kirchen taten sich hervor durch Kritik an der Entnazifizierung mit der Forderung nach Barmherzigkeit u.ä., so daß die Verfolgung schließlich auf deutsches Betreiben eingestellt wurde. Der Logik dieser Maßnahmen entsprach die strikte Unterbindung aller durchgreifenden Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen seitens der Alliierten.

Kühnls Darstellung der Fakten bedarf kaum einer Korrektur. Gleichwohl ist zu bemängeln, daß zum Teil mit Begriffen ("antidemokratische Mentalität", "Elite" u.a.) gearbeitet wird, die nicht eben geeignet sind, die wesentlichen Zusammenhänge zwischen materieller Basis der Gesellschaft und ihrem ideologischen Überbau transparenter zu machen. Kühnl irrt auch in der Annahme, daß die SED anfangs die Ansicht vertrat, als käme es

im Verfallsstadium des Kapitalismus zunächst darauf an, "... die bürgerliche Revolution konsequent zu Ende zu führen" /266/. Ihre Bündnispolitik und Strategie leitete sie vielmehr aus dem Faktum ab, daß in der imperialistischen Phase des Kapitalismus alle nichtmonopolistischen Klassen und Schichten aufgrund ihrer objektiven ökonomischen Lage potentielle Bündnispartner der Arbeiterklasse sind, die Brechung der Monopolherrschaft deshalb auf einer breiten sozialen Basis durchgeführt werden kann.

Peter Römer:
"Die Grundrechte in der BRD und der DDR", S. 272 - 296

Ausgehend vom Potsdamer Abkommen, nach dem dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben werden sollte, sich "darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wieder aufzubauen" /272/, schildert der Verfasser den Entwicklungsprozeß der Westzonen bis 1948, wie er sich im GG niedergeschlagen hat. Die Siegermächte waren sich in Potsdam der Notwendigkeit bewußt, "alle faschistischen und antidemokratischen Kräfte aus den öffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu beseitigen, die bestehende übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft zu vernichten und das Erziehungs- und Gerichtswesen zu reformieren." /272/

Dementsprechend wurde in allen neugeschaffenen Länderverfassungen der Besatzungszonen der grundrechtliche Schutz des Eigentums zugunsten z.T. verpflichtender Sozialisierungsaufträge durchbrochen. Den liberalen Freiheitsrechten wurden eine Fülle von sozialen Grundrechten angefügt, die allen Bürgern soziale und politische Gleichheit garantieren und ihnen die Möglichkeit der Mitbestimmung auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens eröffnen sollten.

Die Entwicklung in der SBZ und in den Westzonen verlief unterschiedlich. Die westlichen Alliierten betrieben die antisowjetische Spaltung Deutschlands. In der Währungsreform hatten sich die "Produktionsmittelbesitzer in der totalen Niederlage als Gewinner erwiesen" /273/. Diese Entwicklung spiegelte sich auch im GG wieder. Die beiden grundlegenden Prinzipien der Demokratie, Gleichheit und Mitbestimmung, wurden nicht auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich ausgedehnt. Wenn die sozialistischen Kräfte damit auch unterlegen waren, so gelang es ihnen doch, die Möglichkeit einer sozialistischen Demokratie auf dem Boden des GG offenzuhalten. "Die Formel, die BRD sei ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat (Art. 20 GG) und die in Art. 15 GG geschaffene Ermächtigung, durch Gesetz Produktionsmittel, Grund und Boden sowie Naturschätze zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum zu überführen, sind insofern Einbruchstellen des Sozialstaates in das liberal-rechtsstaatliche System" /274/.

Demgegenüber vermochten die Kirchen und das Beamtentum im Zuge der Restauration der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse den verfassungsrechtlichen Schutz ihrer reaktionären Interessen durchzusetzen. Nach Art. 6 Abs. 1-3 GG sind Ehe und Familie geschützt, Art. 7 Abs. 3 und 4 GG garantieren Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und das Recht zum Errichten privater Schulen. Art. 33 Abs. 4 und 5 GG schließlich zementiert die hergebrachten Grundsätze des öffentlichen Dienstes, sprich Berufsbeamtentums.

Der Rest des GG normiert die überkommenen liberalen Freiheitsrechte, wie Freiheit der Person, Recht auf körperliche Unversehrtheit etc. Das Koalitionsrecht, Streikrecht, Ar-

beits- und Berufsfreiheit und der mit diesen Freiheiten verknüpften Ausbildungsfreiheit weisen allerdings über die Konzeption der Abwehrrechte gegen den Staat hinaus, denn "inhaltlich sind sie bereits potentiell gesellschaftliche Betätigungs- und soziale Anspruchsrechte" /275/.

Bei der Sicherung und Gewährleistung der Grundrechte begnügte sich der parlamentarische Rat mit dem Einbau juristischer Garantien, anstatt sie durch materielle Garantien sicherzustellen, "die jedem Einzelnen die Ausübung der Grundrechte ermöglichen und ihm damit zugleich das Bewußtsein vermitteln, daß seine Grundrechte und ihre aktive Inanspruchnahme nicht sein Recht als vom Staat isoliertes privates Individuum, sondern auch seine staatsbürgerliche und gesellschaftliche Pflicht ist" /275/.

Art. 1 Abs. 3 GG bindet vollziehende Gewalt, Gesetzgebung und Rechtsprechung unmittelbar an die Grundrechte als geltendes Recht. Nach Art. 19 Abs. 1 GG dürfen Grundrechte nur durch allgemeines Gesetz eingeschränkt werden, wobei das betreffende Grundrecht unter Angabe des Artikels zitiert werden muß. Schließlich normiert Art. 19 Abs. 2 GG die Unantastbarkeit des Grundrechts in seinem Wesensgehalt.

Die Sicherung der Grundrechte wurde im GG besonders betont. Der Rechtsweg steht nach Art. 19 Abs. 4 GG jedermann offen. Das Recht bei Grundrechtsverletzungen mit Hilfe der Verfassungsbeschwerde das Bundesverfassungsgericht anzurufen ist in Art. 93 Abs. 4 a und b GG festgelegt. Schließlich können verfassungs- und grundrechtswidrige Gesetze von den Gerichten dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt werden, Art. 100 GG.

Eine der liberalen Vorstellungswelt fremde und nur durch das vorangegangene Dritte Reich erklärbare Vorschrift ist Art. 18 GG, wonach einzelne Personen bestimmte Grundrechte verwirken können, wenn sie diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen.

Bekanntlich höhlte die tatsächliche Entwicklung der BRD die sozialen und demokratischen Ansätze des GG aus. Die "soziale Marktwirtschaft" restaurierte die privatkapitalistischen Verhältnisse und stabilisierte die ökonomischen und politischen Machtpositionen der Monopole. Nicht einmal die wenigen Gesetzgebungsaufträge, die im Grundrechtsteil des GG enthalten sind, wurden in angemessener Frist erfüllt. So die in Art. 3 Abs. 2 GG geforderte Gleichberechtigung von Mann und Frau. Auch nach der späten Änderung der die Frauen diskriminierenden Familienrechtsbestimmungen, besteht "die Benachteiligung der Frau im Arbeitsprozeß, ihrer Ankettung an Haus und Kind, erzwungen vom Mangel an Kinderkrippen, Kindergärten und anderen Entlastungsmöglichkeiten" /278/79/ fort. Erst 20 Jahre nach Inkrafttreten des GG wurde die in Art. 6 Abs. 5 GG geforderte Gleichstellung der unehelichen mit den ehelichen Kindern verwirklicht, und das nur unter Druck des Bundesverfassungsgerichtes.

Anstatt von dem Sozialisierungsartikel (Art. 15 GG) Gebrauch zu machen, wurde der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft noch durch Steuer- und Subventionsgesetzgebung beschleunigt. Von der Möglichkeit nach Art. 14 GG die Eigentumsfreiheit nach Maßgabe des Allgemeininteresses zu beschränken, wurde nicht einmal Gebrauch gemacht, um die schlimmsten Auswüchse der Wasser- und Luftverschmutzung, des "Desasters der Städteplanung, der Bau- und Bodenspekulation" /280/ zu verhindern.

Die Koalitionsgarantie des Art. 9 Abs. 3 GG wurde durch das Betriebsverfassungsgesetz, das weit hinter dem Montanmitbestimmungsmodell zurückblieb, blockiert. Das Bundesarbeitsgericht unterstellte das in Art. 9 Abs. 3 GG mitgarantierte Streikrecht mit Hilfe des Begriffs der Sozialadäquanz seiner Disposition. Das Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) wurde demgegenüber von Rechtsprechung und Rechtslehre in eine institutionelle Garantie des Privateigentums umgedeutet.

Die im GG enthaltenen Bestimmungen über das Verbot von Parteien und verfassungswidrigen Vereinigungen und die in ihnen zum Ausdruck gekommene Abkehr vom streng liberal-freiheitlichen Modell zugunsten des Grundsatzes: "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" /281/82/ wurden vollkommen pervertiert. Mit ihrer Hilfe drängte man die KPD, die FDJ und einige andere antifaschistische und demokratische Organisationen in die Illegalität. Für viele der entschlossensten Demokraten bedeutete das den völligen Verlust des Schutzes der Grundrechte. Schließlich wurde die BRD entgegen dem Verbot des Angriffskrieges (Art. 26 GG) mit dem Ziel der militärischen Niederwerfung der DDR wieder aufgerüstet.

Mit der Verschmelzung der ökonomischen Macht der Monopole mit der politischen Gewalt des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus wurden selbst die liberalen Freiheitsrechte zu störenden Elementen bei der Formierung der Gesellschaft. Man bereitete die Möglichkeit ihrer Aufhebung für den Fall vor, daß bei Eintritt einer Krise die Integration der Arbeiterklasse in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht mehr gelingen sollte. "Die einfachen Notstandsgesetze und die Notstandsverfassung von 1968 ermöglichen die Aufhebung zahlreicher Grundrechte, wobei die Einführung des Arbeitszwangs in großem Umfang und ohne daß eine äußere Krisensituation vorzuliegen braucht, möglich ist". /286/

In der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 sind die sozialistischen Grundrechte normiert worden. Da der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist und seine materielle und geistige Existenz nur in Verbindung mit anderen Menschen reproduzieren kann, sind Rechte, die etwas anderes sein wollen als das Recht des Stärkeren, den anderen Menschen als Mittel zur Erreichung der eigenen egoistischen Zwecke auszubeuten, nur zu realisieren, wenn sie durch die Rechte des anderen nicht beschränkt werden, sondern sich aufgrund freier gemeinsamer Entscheidung verwirklichen. Demgemäß fixiert die Verfassung der DDR nicht mehr Grund- und Freiheitsrechte des isolierten, egoistischen Individuums und dessen Schranken. Vielmehr sind die Grundrechte Hebel der staatlichen Führung, die Entwicklung des Sozialismus als die Entwicklung der dialektischen Einheit von sozialistischer Persönlichkeit und sozialistischer Gesellschaft voranzutreiben. Die Grundrechte sind Persönlichkeits- und Teilhaberrechte. Art. 21 Abs. 1 S. 2 DDR Verfassung bestimmt. "Es gilt der Grundsatz: Arbeite mit, plane mit, regiere mit." /290/

Neben Freiheitsrechten, wie Meinungsfreiheit, Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Recht auf Freizügigkeit innerhalb des Staatsgebietes, Religionsfreiheit, die in dem oben genannten Zusammenhang anders als ihre kohärierenden liberalen Freiheitsrechte interpretiert werden müssen, normiert die Verfassung der DDR ausführlich das Recht auf Arbeit, "den Generalnenner für die revolutionären Ansprüche des Proletariats". /292/ Die freie Wahl des Arbeitsplatzes ist entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation jedem Bürger garantiert. Es besteht Anspruch auf leistungsgerechten Lohn und auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit. Gemäß Art. 25 DDR Verfassung hat jeder Bürger das gleiche Recht auf Bildung. Ferner ist das Recht auf Freizeit und Erholung, auf Schutz der Gesundheit und der Arbeitskraft garantiert.

Die Sicherung der Grundrechte ist nicht wie in der BRD allein den Organen der Rechtsprechung überlassen, sondern durch ein System von materiellen Garantien gewährleistet. "Schließlich kann kein Richterspruch eine Schule, eine Universität, eine Wohnung, einen Arbeitsplatz schaffen, sondern allenfalls eine eingeschränkte Bedeutung bei der Distribution der vorhandenen materiellen Güter und dem Gebrauch der vorhandenen Einrichtungen gewinnen." /291/ Deshalb beinhalten die materiellen Sicherungen zugleich das politische Programm der revolutionären Arbeiterklasse.

Das Recht auf Arbeit z.B. wird gewährleistet: "durch sozialistisches Eigentum an Produktionsmitteln, durch sozialistische Planung und Leitung des Reproduktionsprozesses; durch das stetige und planmäßige Wachstum der sozialistischen Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität; durch die konsequente Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution; durch ständige Bildung und Weiterbildung der Bürger und durch das einheitliche sozialistische Arbeitsrecht. Art. 24 Abs. 3 DDR Verfassung." /291/92/ Das Recht auf Bildung ist garantiert durch die in der Verfassung festgelegte 10jährige Oberschulpflicht, sowie durch die Einrichtung von Sonderschul- und -ausbildungseinrichtungen. Es besteht Schulgeldfreiheit. Stipendien und Studienbeihilfen werden nach sozialen Gesichtspunkten und nach Leistung gewährt.

Wenn der Verfasser zu Anfang die Grundrechte der Verfassung der DDR klar von den liberal-rechtsstaatlichen Abwehrrechten des GG absetzt, betont er abschließend, daß der Aspekt der Abwehr des staatlichen Übergriffs auch den sozialistischen Grundrechten nicht fremd ist. Zwar steht im Sozialismus der Staat nicht mehr "im Gegensatz zur Gesellschaft. Solange aber der Kommunismus noch nicht verwirklicht ist und staatliche Organe existieren, ist die Möglichkeit, das einzelne staatliche Organe ihre Pflicht verletzen, nicht auszuschließen und muß deshalb durch die Grundrechte die Abwehr solcher Übergriffe gewährleistet sein." /296/

Zu kritisieren wäre, daß der Verfasser die Probleme der marxistischen Staats- und Rechtstheorie und damit auch die Theorie der Grundrechte weitgehend ausspart. Er gerät deshalb selbst in Gefahr, wie er einmal schreibt, "von einem liberal-rechtsstaatlichen Grundrechtsverständnis auszugehen, dieses in die Grundrechte des GG zu projizieren und das so gewonnene Ergebnis mit den Grundrechten in der DDR Verfassung zu vergleichen" /289/, anstatt den Klassencharakter beider Verfassungen herauszuarbeiten. Der Beitrag enthält aber wichtige Informationen zur Geschichte des Grundgesetzes und gibt einen groben Überblick über Grundrechte und Grundrechtsverständnis in der DDR.

Herbert Lederer – Hans-Jochen Michels: "Sozialistische und bürgerliche Rechtsordnung am Beispiel DDR und BRD", S. 297 - 317

Ausgehend von der Definition des Rechts als "Verhaltensregulierender Willensausdruck der jeweils herrschenden Klasse" /279/, schildern die Autoren die Restauration der bürgerlichen Justiz in den Westzonen und der späteren BRD. Auch wenn "das GG selbst in gewisser Hinsicht noch Kompromißcharakter" /297/ hatte und sich nicht ausdrücklich für die kapitalistische Eigentumsordnung entschied, hatte die arbeitende Bevölkerung der Westzonen die Klassenauseinandersetzung verloren. Die westlichen Alliierten betrieben im Bunde mit dem deutschen Großkapital die antikommunistische und antisowjetische Formierung der Westzonen, später der BRD. Dazu taugten allerdings nicht ehemalige Widerstandskämpfer. Deshalb blieb, entgegen der Proklamation Nr. 3 des alliierten Kontrollrates für Deutschland, nach der anstelle der faschistischen Justiz eine Rechtspflege treten sollte, "die sich auf die Errungenschaften der Demokratie, Zivilisation und Gerechtigkeit gründet" /298/, die personelle Struktur der westdeutschen Rechtspflege im wesentlichen unangetastet. Die Vereinigung demokratischer Juristen wurde verboten. Noch vor dem Verbot der KPD wurde die Beamtenschaft durch den Erlaß der Bundesregierung, "der die Mitgliedschaft in demokratischen Vereinigungen für eine Dienstpflichtverletzung

erklärte, gesäubert und präventiv abgesichert" /298/. Deshalb war die Besetzung der obersten Gerichte nur eine Frage der Zeit. Polizei und Staatsanwaltschaft griff schon bald auf Experten der Himmler- und Freislerzeit zurück.

Die juristischen Fakultäten beherrschten weiterhin die Ideologen des Hitlerfaschismus Forsthoff, Nipperdey, v.d. Heydte, Maunz, Maurach, um nur einige zu nennen. Wen nimmt es Wunder, wenn sich sehr bald auf allen Gebieten des Rechts die Reaktion durchsetzte. Forsthoff entwickelte seine Gedanken zum "totalen Staat" im "Staat der Daseinsvorsorge" weiter, im bürgerlichen Recht wurde das Rechtsgut "eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb" absolut geschützt, im Bereich des Strafrechts setzten sich die Anhänger des Sühne- und Rachegedankens durch. Vertreter des Resozialisierungsgedankens blieben Randfiguren. Am Streikverbot für Beamte wurde nicht gerüttelt. Dort, wo die Gesetze nicht eindeutig waren, sorgte die Rechtsprechung für die allmähliche Absicherung und den Ausbau der ökonomischen Machtstrukturen.

Ganz anders verlief die Entwicklung in der SBZ, später in der DDR. Die sowjetische Militäradministration (SMAD) unterstützte die antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Deren konsequentester Teil die KPD und große Teile der SPD, hatten erkannt, daß es in der antifaschistisch-demokratischen Revolution galt, "den alten Staatsapparat und das ihm entsprechende Rechtssystem zu zerschlagen" /300/. Sie stützten ihre Erkenntnis auf die von Marx und Engels analysierten und von Lenin nochmals aufgewiesenen Fehler der Pariser Kommune 1871, aber auch auf die leidvollen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung mit dem Scheitern der Weimarer Republik. Die besondere Intensität und Konsequenz, mit der im Bereich der Justiz Veränderungen durchgeführt wurden, liegt auch in den Erfahrungen des nachrevolutionären Rußlands begründet. Fechner formulierte diese Erfahrungen 1948: "So wie das Recht die letzte, die reifste Frucht darstellt, die aus den Eigentumsverhältnissen und an den Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft entstanden ist, so ist auch das Recht die letzte Bastion, mit deren Hilfe die absterbende Bourgeoisie den Ansturm der zukunftstragenden jungen Klasse des Proletariats aufzuhalten versucht" /301/.

Es galt deshalb, mit der personellen Kontinuität der Justiz radikal zu brechen. In einer ersten Bestandsaufnahme stellte Hilde Benjamin fest, daß in der SBZ 80 % nach dem Sieg über den Faschismus vorgefundenen Richter und Staatsanwälte Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren. Sie wurden alle aus dem Justizdienst entfernt. Ausgehend von den Grundsätzen und Zielen der SED vom Vereinigungsparteitag der KPD und SPD, die unter Ziffer 4 "die systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, als Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen" /303/ forderten, schuf man das Projekt der Volksrichter. Die als "Galopp-Juristen" geschmähten Volksrichter bewährten sich ausgezeichnet und wurden die Basis einer klassenmäßigen Neuorientierung der Justiz in der DDR. Denn "die entscheidende Grundlage dafür, daß die Ansichten der ökonomisch herrschenden Klasse ihre Widerspiegelung in der Rechtsprechung findet" /305/, ist ihre klassenmäßige Besetzung, wobei es sich "um eine unbewußte Hineinnahme der in Erziehung und Umwelt gewonnenen Wertvorstellungen handelt" /305/. Nach einer Darstellung der klassenmäßigen Besetzung der Justiz in der BRD und der DDR anhand statistischen Materials stellen die Autoren deshalb auch zu Recht fest, daß sowohl in der DDR als auch in der BRD von Klassenjustiz gesprochen werden muß, allerdings unter klassenmäßig anderem Vorzeichen.

Die personelle Umstrukturierung der Justiz allein genügt nicht, um eine Verselbständigung der Staatsorgane insbesondere der Justiz zu verhindern. Entsprechend der Lehren von Marx und dem Beispiel der Pariser Kommune 1871 hat die DDR Verfassung deshalb

mit der scheinbaren Unabhängigkeit der "Dritten Gewalt" aufgeräumt. Sie bestimmt in Artikel 95: "Alle Richter, Schöffen und Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte werden durch die Volksvertretungen oder unmittelbar durch die Bürger gewählt. Sie erstatten ihren Wählern Bericht über ihre Arbeit. Sie können von ihren Wählern abberufen werden, wenn sie gegen die Verfassung oder die Gesetze verstoßen oder sonst ihre Pflichten gröblich verletzten." /307/

Als ein weiteres Beispiel der Demokratisierung der Justiz führen die Autoren die Einrichtungen der Konflikt- und Schiedskommissionen an. Sie werden aus Belegschaftsmitgliedern der Betriebe, Mitgliedern der Produktionsgenossenschaften oder den örtlichen Volksvertretungen gewählt. Jeder anwesende Bürger kann bei ihrer Beratung mitwirken. Ziel solcher Beratungen ist es, "jeden Streitfall möglichst einverständlich beizulegen und Strafen zu vermeiden" /308/.

In diesem Zusammenhang definieren die Autoren im Kontext der marxistischen Staatstheorie das Absterben des Staates als eine "in erster Linie Rücknahme ursprünglich gesellschaftspolitischer Ordnungsfunktionen, die – durch die klassenmäßige Spaltung bedingt – von dem scheinbar über den Klassen stehenden Staat der ökonomisch herrschenden Minderheit in deren Auftrag okkupiert worden waren", und weiter, "der Staat sich in das Fleisch und Blut der Staatsbürger verwandelt und damit der Macht der vereinigten Individuen unterworfen wird" /308/.

Wenn man diese Definition auch nicht als falsch bezeichnen kann, so ist sie doch im Zusammenhang des Textes mißverständlich. In der Tat werden allgemeine Ordnungs- und Verwaltungsfunktionen vom sozialistischen Staat übernommen, insoweit von den assoziierten Produzenten "zurückgenommen". Der sozialistische Staat verliert in dieser Hinsicht "Staats"-charakter, d.h. Unterdrückungscharakter. Andererseits behält der Staat in der historischen Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus eindeutig staatliche, d.h. Unterdrückungsfunktionen gegenüber den absterbenden Klassen, mit denen auch der Staat abstirbt, d.h. seine unterdrückenden Funktionen sterben tatsächlich ab und werden keineswegs von den assoziierten Produzenten "zurückgenommen".

Helga Deppe-Wolfinger – Jutta von Freyberg: "Materialien zur sozialen Lage der Frauen in BRD und DDR", S. 318 - 342

"Entscheidend für die Stellung der Frau in der Gesellschaft ist vor allem, ob ihre weitreichende Qualifizierung in Schule, Beruf und im öffentlichen Leben gefördert oder allenfalls geduldet wird." /318/ Endgültiger und selbstbewußter können es die DDR-Autoren Lange und Hieblinger formulieren: "Die Rolle der Frau im Produktionsprozeß bestimmt ihre Stellung in der sozialistischen Gesellschaft." /322/ Die DDR hat sich eindeutig und belegbar für 'Förderung weiblicher Qualifizierung' entschieden, worin die Autorinnen den Schlüssel für die Tatsache sehen, daß "der juristische Anspruch auf Gleichstellung (in BRD und DDR, d.Verf.) in unterschiedlichem Maße verwirklicht wurde" /318/. Sie wollen sich nicht damit begnügen, diese Differenzen aufzuzeigen, sondern zugleich nach deren gesellschaftlichen Voraussetzungen fragen.

Hätte man sich (gerade im Rahmen dieses Buches) eine schlüssige und bisher noch nie geleistete Ableitung frauenspezifischer Probleme in BRD und DDR auf der Grundlage kapitalistischer und sozialistischer Entwicklung in beiden Staaten gewünscht, bleibt die Vorgehensweise der Autorinnen doch eher konventionell. Quantitative Gegenüberstellungen hinsichtlich Erwerbsquote, Erziehungseinrichtungen, Institutionen zur Kinderversorgung, Fortbildungskursen usw. und qualitative Vergleiche über Lehrpläne, und -inhalte, Familienrecht, Ausbildungs-, Förderungs- und Arbeitsbedingungen, gesellschaftliche Bewertung der Berufstätigkeit usw. führen dem Leser die Fakten kontrastvoll vor Augen und bilden eine Indizienkette dafür, daß in der DDR die Weichen für die Emanzipation der Frau ungleich günstiger gestellt sind als in der BRD.

Erfreulich an der Darstellung ist die außergewöhnlich sorgfältige, umfangreiche und klare Ausbreitung des zugrunde gelegten Materials.

Zur sozialen Lage der Frauen in der DDR kommen die Verfasserinnen trotz Berücksichtigung (vorhandener) emanzipationshemmender Relikte in "Bewußtseins- und Verhaltensstruktur" zu folgendem positiven Ergebnis: "Die Einbeziehung der Frau ins gesellschaftliche und Berufsleben und ihre Qualifizierung entsprechen sowohl der politisch-moralischen Forderung nach Gleichberechtigung der Frau als auch der ökonomischen Notwendigkeit der Entfaltung der Produktivkräfte im sozialistischen Gesellschaftssystem; beide Kriterien jedoch sind notwendige Voraussetzungen dafür, daß Frau und Mann ihre Fähigkeiten in zunehmendem Maße entfalten, ihre Persönlichkeit entwickeln können und immer mehr in die Lage versetzt werden, ihr Leben in Familie, Beruf und Gesellschaft bewußt und planend zu gestalten." /339/

Unbefriedigend bleibt dagegen ihre Einschätzung der Lage der Frauen in der BRD: "In der Bundesrepublik wurde die Gleichberechtigung der Frau trotz des verfassungsmäßigen Anspruchs nur in Ansätzen verwirklicht." /340/ Wurde diese hinlänglich bekannte Aussage auch materialreich begründet und selbst das Verhalten der Frauen, die sich dies bieten lassen, mannigfaltig erklärt (mädchenspezifische Sozialisation, aufdiktierte Hausfrauenrolle, Konflikt zwischen Mutterpflichten und Berufsidentifikation), vermißt man den klärenden Appell an die Frauen der BRD, was denn zu tun sei. Niemand wird widersprechen, wenn die Autorinnen abschließend feststellen, daß "die Durchsetzung e i n z e l n e r Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Frau ... bessere soziale und politische Voraussetzungen für ihre Emanzipation" schafft /342/.

Doch drängt sich der Eindruck auf, daß in der BRD, die den Frauen von sich aus kaum Förderung ihrer Qualifizierung in Schule, Beruf und öffentlichem Leben und damit ihrer gesellschaftlichen Stellung gewährt, jeder Emanzipationskampf im Sande des Pessimismus verlaufen muß.

Insgesamt gibt der Aufsatz kaum Argumentationshilfen für politische Diskussionen, die ständig Fragen aufwerfen wie: "Wird Frauenemanzipation in der DDR vom Staat verordnet? " oder "Ist die bürgerliche Karriere einer Frau in der BRD ein Gradmesser für ihre Emanzipation? " Wohl aber eignet er sich hervorragend als Arbeitsunterlage für diejenigen, die bereits zu diesem Thema arbeiten.

Hans-Ulrich Deppe – Erich Wulff: "Medizinische Versorgung und gesellschaftliche Arbeit: Der werksärztliche Dienst und die Betreuung geistig schwer behinderter Kinder", S. 343 - 364

Die Autoren stellen den Anspruch, die Gesundheitsversorgung in der BRD und der DDR in zwei exemplarischen Bereichen zu untersuchen, und die Unterschiede auf ihre gesellschaftlichen Ursachen zurückzuführen. Ausgesucht haben sie den werksärztlichen Dienst, der in unmittelbarer Nähe zum Produktionsprozeß steht, und die Betreuung geistig schwer behinderter Kinder, die scheinbar nichts mit den "gesellschaftlichen Arbeitsverhältnissen" zu tun hat.

Die Untersuchung über das Werksarztsystem ist materialreich und vermittelt weitgehend unbekannte Informationen. So ist der werksärztliche Dienst in der BRD gesetzlich nicht

geregelt, – es steht den Unternehmern frei, einen Werksarzt einzustellen, – der Betrieb bezahlt den Arzt und die Kosten der Behandlungen. Dementsprechend hat der Arzt nur eine überwachend-präventive Tätigkeit, bei der ihm eine beratende Funktion zugestanden wird. Die kurative Tätigkeit ist auf die Erstbehandlung bei akuten Fällen im Betrieb beschränkt. In der DDR ist der betriebliche Gesundheitsschutz gesetzlich vorgeschrieben. Der FDGB, das staatliche Gesundheitswesen und die betrieblichen Organe organisieren gemeinsam den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Der Betriebsarzt hat die Pflicht, "in seinem Versorgungsbereich unter Beachtung der Einheit zwischen Vorbeugung, Behandlung und Nachsorge die ambulante Betreuung zu sichern sowie die Grundsätze der Hygiene zu verwirklichen" /350/. Er hat das Recht, der Betriebsleitung "Auflagen zur Abwendung akuter Gesundheitsgefährdung der Werktätigen zu erteilen". Die hier zu findenden Systemunterschiede werden durch folgenden Vergleich belegt. Während in der DDR 1968 48 % der Werktätigen betriebsärztlich versorgt werden konnten, wurden in der BRD nur 6,4 % versorgt.

Diese Fakten sind Ausdruck der unterschiedlichen Gesellschaftsstruktur. In der BRD ist die werksärztliche Versorgung abhängig vom Interesse der Unternehmer, dem Interesse der Kapitalverwertung. Das Prinzip in der DDR, das den veränderten ökonomischen Bedingungen entspricht, ist es, daß jeder Werktätige, entsprechend der Entwicklung der Medizin und der gesellschaftlichen Möglichkeiten optimal behandelt werden muß, daß die "Erweiterung der betrieblichen Reproduktion nicht auf Kosten der Gesundheit der Arbeitenden" /351/ erfolgt. Aus diesen Fakten spricht weiterhin, daß bei Vergesellschaftung der Produktion die ärztliche Versorgung den Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt werden kann.

Dieser Punkt wird besonders ausgeführt in der Untersuchung über die Betreuung geistig schwer behinderter Kinder. In der BRD besteht keine Meldepflicht für Eltern mit behinderten Kindern. Die Versorgung der Kinder kann auf Grund der Zersplitterung und der Zuständigkeiten der Institutionen in der BRD und des Behandlungsmonopols der niedergelassenen Ärzte nur in sehr geringem Umfang verwirklicht werden. Und hierbei fehlt jede Betreuungskonzeption. Die "Getto"-Situation ist keine Ausnahme.

In der DDR besteht hingegen Meldepflicht, so daß jetzt schon 1/4 aller behinderten Kinder unter 18 Jahren erfaßt und betreut werden konnte. Es besteht ein einheitliches Betreuungsmodell, das durch das staatliche Gesundheitswesen institutionell gesichert ist.

Ziel der Behandlung ist es, die behinderten Kinder von Anfang an so zu fördern, daß sie im gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsprozeß aktiv und entsprechend ihrer Möglichkeiten mitwirken können. Im Gegensatz zur BRD werden in der DDR auch diejenigen Bürger aktiv gefördert, die nicht oder kaum an der gesellschaftlichen Arbeit teilnehmen können. Hier wird der Anspruch der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht, sich an den menschlichen Bedürfnissen zu orientieren.

André Leisewitz – Rainer Rilling: "Wissenschafts- und Forschungspolitik in BRD und DDR", S. 365 - 384

Ausgehend von dem objektiven Prozeß der zunehmenden Bedeutung der Wissenschaft als wesentlicher Produktivkraft – heute wichtigster Wachstumsfaktor der intensiv erweiterten Reproduktion in allen hochentwickelten Industrieländern – wurden Wissenschaft und Forschung, und damit die "Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution" zu einem Hauptfaktor in der ökonomischen Auseinandersetzung des internationalen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Da "die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der wissenschaftlichen Entwicklung und der Herausbildung der Wissenschaft als unmittelbarer Produktivkraft sowohl für kapitalistische

wie für sozialistische Staaten gelten" /367/, kommt es darauf an, herauszuarbeiten, auf welche Weise deren Durchsetzung in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen der BRD und der DDR erfolgt und erfolgen muß.

Anhand eines knappen historischen Abrisses versuchen die Autoren mit empirischem Material die Möglichkeiten und Schranken der Durchsetzung der Wissenschaft als Produktivkraft aufzuzeigen. Es wird klar, daß für die Stellung und Funktion von Wissenschaft und Forschung innerhalb verschiedener Gesellschaftssysteme nicht die Frage nach den inneren Entwicklungsbedingungen wissenschaftlicher Prozesse selbst entscheidend ist, sondern d i e nach den Gesetzmäßigkeiten des Reproduktionsprozesses und den Interessen der herrschenden Klasse, denen die Wissenschaft unterworfen ist. /375/

In der BRD wurden unter den Bedingungen der verschärften Konkurrenz der rapide Ausbau der unternehmenseigenen Forschung und Entwicklung (fünf der zehn größten westdeutschen Konzerne – Siemens AEG, BASF, Bayer, Hoechst – gaben 1969 für unternehmenseigene Forschung und Entwicklung 2,248 Mrd. DM aus, was etwa 35% der gesamten unternehmenseigenen und 15-20% der gesamten westdeutschen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen ausmacht /375/) und die Mobilisierung des Staates zur dringenden Notwendigkeit. Letzteres nicht nur bei der Finanzierung, sondern bei der gesamten Planung, Leitung und Organisation von Forschungsprojekten, da das Kapital nicht mehr allein in der Lage war, den Prozeß der Vergesellschaftung von Forschung und Entwicklung zu bewältigen (schroffe Steigerung der Kapitalintensität, wachsende Mindestgröße in der Forschungsorganisation und relativ späte Verwertungsmöglichkeit des eingesetzten Forschungskapitals, führten zu einem relativ hohen Risiko /376/), was zur Herausbildung der staatsmonopolistischen Forschungspolitik geführt hat.

Daß der so organisierte wissenschaftlich-technische Fortschritt sich nicht nach allgemeingesellschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten richtet, sondern primär bestimmt wird von den Verwertungsbedingungen des Kapitals und damit der Erweiterung der Möglichkeiten politischer Machtausübung, läßt sich schon allein an der Verlagerung der Gewichtung von Forschung und Entwicklung auf militär-spezifische Gebiete erkennen. (1969 investierte die Regierung der BRD weit über 80% des gesamten Forschungs- und Entwicklungsetats in Kriegs-, Atom- und Weltraumforschung /377/)

Die so eingeschränkte Entwicklung der Forschung und Entwicklung muß zu einer einseitigen Entwicklung des gesamten Wissensgebäudes und seines Wachstums führen. Die Monopolisierung der Forschung und Entwicklung schränkt zwar die Konkurrenz teilweise ein, um sie aber auf internationaler Ebene zu verschärfen. Auf der Ebene der Produktion bedeutet dies "konkurrenzgebundene" Parallelarbeit (Verschwendung von wissenschaftlichen Kapazitäten auf internationaler Ebene), auf der Ebene der Zirkulation, Monopolisierung von Erkenntnissen und damit Verringerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Wissenschafts- und Forschungspolitik in der DDR – unter dem Aspekt der "planmäßigen Befriedigung materieller und geistiger Bedürfnisse im Rahmen gesellschaftlicher Organisation" /367/ heißt "die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution organisch mit den Vorzügen des sozialistischen Wirtschaftssystems zu vereinigen" ("Entschließung des VIII. Parteitages der SED zum Bericht des Zentralkomitees", Berlin 1971, S. 26).

Doch war anfangs – in der anti-faschistisch demokratischen Phase – aufgrund von Kriegszerstörung, struktureller Benachteiligung und Mangel an qualifizierten Kräften die völlige Konzentration der gesellschaftlichen Kräfte auf den extensiven Aufbau der Wirtschaft erforderlich, was notwendigerweise zu einer Vernachlässigung von Forschung und Entwicklung führte. (Die Autoren sprechen hier von Teilsystem Forschung und Entwicklung – wie

sie insgesamt den Begriff "System" etwas überstrapazieren; vgl.: Bericht über "Die Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus")

Erst mit Beginn des Aufbaus des Sozialismus und mit der zunehmenden Erkenntnis, daß "das Wachstum der Produktivkräfte und der ökonomischen Stärke eines Staates maßgeblich durch das Entwicklungsniveau und das Entwicklungstempo von Wissenschaft und Technik bestimmt" (W. Ulbricht: "Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970", Berlin 1969, S. 14) ist, konnte man die dem sozialistischen Gesellschaftssystem spezifischen Probleme angehen.

Das Hauptproblem, das auch auf dem VIII. Parteitag einen breiten Raum einnahm, ist die "ständige Synchronisierung und Verbindung von Wissenschaft und Produktion" /367/ – d. h. die Aufhebung des relativ selbständigen Charakters von Wissenschaft und Forschung hin zu dem Sozialismus eigene Formen des Zusammenschlusses von Wissenschaft und Produktion.

Es mußten z. B. die traditionelle Dreigliederung des Wissenschaftsbereichs (Industrie-Institutionen, Akademie Hochschule) aufgehoben, die Zersplitterung in Kleinforschungsinstitute beseitigt und die unzureichende Planung und Leitung verbessert werden. Gegen Ende der 60er Jahre stiegen die finanziellen Aufwendungen scharf an; der Übergang zur "sozialistischen Großforschung" (Kooperative Zusammenfassung vorher weitgehend isolierter Forschungskapazitäten zu einem komplex geleiteten Potential) wurde 1968 eingeleitet und im selben Jahr die einheitliche Vergabe und Finanzierung von Forschungsprojekten durchgesetzt.

Damit wurde eine höhere Effektivität und ein schnelleres Tempo der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und vor allem eine beschleunigte Überleitung wissenschaftlicher Ergebnisse in die Produktion gewährleistet.

Doch war die Synchronisierung zwischen dem selbständigen Charakter von Forschung und Entwicklung – die Struktur der Wissenschaft wird nicht nur aus ihrer engen Verknüpfung mit der materiellen Produktion bestimmt, sondern auch aus bestimmten inneren Entwicklungsbedingungen – im ökonomischen System des Sozialismus u n d dem Prozeß der sich ständig erweiternden Reproduktion der sozialistischen Produktionsverhältnisse keineswegs erreicht. Sie erfordert einen fortlaufenden Prozeß der Wiederherstellung der Übereinstimmung persönlicher, kollektiver und gesellschaftlicher Interessen. Dieser Prozeß muß sich in der sich ständig entwickelnden und qualifizierenden Verbindung zwischen zentraler staatlicher Planung und Leitung und der eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit der sozialistischen Betriebe ausdrücken.

Dieter Kramer – Paul Schäfer – Helga Schuler – Michael Schuler: "Probleme des Bildungswesens in BRD und DDR: Das System der Berufsausbildung", S. 385 - 401

Die Autoren setzen an der Gegenüberstellung des heutigen Entwicklungsstandes des Systems der Berufsausbildung in der DDR und der BRD an, indem sie an Hand einiger prägnanter Beispiele aus der Statistik die starke Unterentwicklung des Ausbildungswesens in der BRD nachweisen. Im Mittelpunkt steht dabei die Qualität der Berufsschulbildung, die an dem Grad der sozialen Sicherheit und den realen Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die sie für die Zukunft des Auszubildenden garantiert, gemessen wird.

Die Autoren weisen nach, daß die Ausbeutung und planmäßige Dequalifizierung der Lehrlinge in der BRD bestimmt wird durch das herrschende Kapitalinteresse, für das einzig und allein das Kriterium der Verwertbarkeit der Arbeitskraft im Sinne des ungehinderten Profitstrebens interessant ist. Weiterbildung oder, wie es hierzulande bezeichnender Weise heißt, Umschulung sind in der Ausbildung der Lehrlinge nicht intendiert. Dementsprechend gering ist die Zahl derjenigen, die durch Qualifizierungskurse versuchen, ihre soziale Lage zu verbessern.

Ganz im Gegensatz dazu ist die Erziehung zur Weiterbildung in der DDR ein wesentliches Erziehungsziel, das durch eine breite Allgemeinbildung, die große Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems und planmäßige Förderung der sich Weiterbildenden realisiert wird. Obwohl die Autoren das höhere Niveau des stark zukunftsorientierten Berufsbildungssystems der DDR klar herausarbeiten und zeigen, daß dies auch politische Qualifikationen beinhaltet, die eine echte (dem Sozialismus eigene und notwendige) Demokratie in Betrieb und Gesellschaft erst ermöglichen, bleiben sie bei der Aufhellung der gesellschaftlichen und historischen Ursachen, die sozialistische Demokratie und rationale Vermittlung zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen in der Ausbildung erst ermöglichen, also dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln, bei solch abstrakten Formulierungen stehen, wie: "Im Rahmen des Versuchs eine qualitativ neue Lebensweise der Menschen zu erreichen, bei der die Widersprüche zwischen den persönlichen und den gesellschaftlichen Interessen rational vermittelt werden können, ..." /349/ oder "Dadurch, daß die Wirtschaft privater Verfügungsgewalt entzogen ist, ist die entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, alle Institutionen der primären und sekundären Sozialisation – ... – in die diesem Bildungsziel verpflichtete Bildungsplanung demokratisch zu integrieren."

Dem interessierten Leser, der erst beginnt sich mit dem Wesen und der Rolle des ersten sozialistischen deutschen Staates zu beschäftigen, müssen solche Sätze als nicht ausgewiesene Behauptungen erscheinen. Für diejenigen, die sich bewußt an den aktuellen politischen und ökonomischen Kämpfen auf Seiten der Arbeiterklasse beteiligen, sind die im Artikel angebotenen Fakten zwar von großer praktisch-agitatorischer Bedeutung, um die kontinuierliche Entwicklung der DDR und ihre Rolle für den Klassenkampf in der BRD und Westberlin adäquat darstellen zu können; jedoch ist gerade für sie die Ableitung der guten bildungspolitischen Resultate der DDR aus den sozialistischen Produktionsverhältnissen besonders relevant, um in der täglichen politischen Auseinandersetzung reformistische Politik im allgemeinen und die reformistische Bildungspolitik insbesondere wirksam kritisieren zu können. Es gilt immer wieder zu betonen, daß weder systemkonforme Reformen noch die mechanische Übertragung bestimmter Formen und Methoden, die sich im sozialistischen Bildungssystem der DDR bewährt haben, auf die diametral-entgegengesetzten Verhältnisse in der BRD die westdeutsche Klassenschule beseitigen können.

Indem die Autoren den Aspekt der gesellschaftlichen Bedingtheit des Bildungswesens in der DDR vernachlässigen, können sie die Ansprüche beider Leserkreise nicht voll befriedigen.

Allerdings liegen die Gründe hierfür auch im Fehlen eines Artikels im vorliegenden Sammelband, der sich mit der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule in der DDR beschäftigt und die Voraussetzungen, an die die Berufsschule anknüpft, erläutert.

Kurt Steinhaus: "Probleme der Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland", S. 402 - 440

Den ersten Teil seiner überaus materialreichen Ausführungen widmet Steinhaus vornehmlich der Strategie des BRD-Imperialismus in den 50er und Anfang der 60er Jahre sowie ihren Folgen. Diese Strategie war geprägt vom Ziel des Roll-Back, hatte die relativ kurz-

fristige "Abschaffung der DDR" /405/ o f f e n auf ihre Fahne geschrieben und bediente sich dabei "einer Politik des militanten Antikommunismus nach innen wie nach außen" /407/. Dieser Politik konnte nur Erfolg beschert sein, wenn der Individualkonsum in der BRD auf ein Niveau gehoben wurde, das über dem der DDR lag. Ökonomische Grundlage der Politik des Antikommunismus war es also, "im Innern den Schwerpunkt auf relativ kurzfristig amortisierbare und für den Individualkonsum relevante Produktions- und Dienstleistungszweige zu legen" /407/.

Gelang es durch diese Strategie zunächst, die Auseinandersetzung DDR-BRD im Bewußtsein der Mehrheit der westdeutschen Arbeiterklasse nicht als Systemauseinandersetzung erscheinen, sondern sie dort nur punktuell und in T e i l fragen zur Geltung kommen zu lassen (Steinhaus erwähnt als Beispiele den Metallarbeiterstreik 1956/57 in Schleswig-Holstein und die Kohlenkrise 1958/59), so wurde gerade d u r c h diese Strategie das Dilemma des westdeutschen Imperialismus unendlich verschärft, indem er – um seine Politik des Antikommunismus überhaupt erst durchführen zu können – gezwungen war, insbesondere im Bereich der I n f r a s t r u k t u r, die im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution immer mehr zentrale Bedeutung für den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß erlangt, "objektiv systemwidrige und wachstumshemmende Strukturen" sorgsam zu konservieren bzw. sogar erst zu schaffen /415/.

Nach der Sicherung der Staatsgrenze der DDR 1961 und dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, setzte sich auch in imperialistischen Kreisen immer stärker die Erkenntnis durch, daß die primitiv-antikommunistische Roll-Back-Politik gescheitert war. Gleichzeitig wirkte der konkrete Sozialismus der DDR immer stärker auf die gesellschaftlichen Prozesse in der BRD ein. Die Auseinandersetzung DDR-BRD trat in diesem Prozeß in eine neue Qualität ein, in der ihr Systemcharakter immer sichtbarer wird. Obwohl Steinhaus in dem diesbezüglichen zweiten Teil seines Aufsatzes feststellt, daß "mobilisierende Einflüsse der Entwicklung des sozialistischen Systems der DDR auf das Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse bislang noch kaum zu erkennen" seien /430/, so konstatiert er doch einige wesentliche Veränderungen in der BRD, die ursächlich mit den neuen Bedingungen der Systemauseinandersetzung zusammenhängen: So wurde z.B. die antiimperialistische Studentenbewegung nicht zuletzt erst durch die Erschütterung des primitivsten Antikommunismus durch die sichtbaren Erfolge der DDR ermöglicht. Ferner ist eine größere Raffinesse der antisozialistischen Propaganda in Presse, Propaganda und Ausbildungswesen festzustellen.

In Bezugnahme auf die Zusammenhänge von Systemauseinandersetzung und Klassenkampf i n der BRD selbst stellte Steinhaus richtig fest: "Inwieweit das gesellschaftliche System der DDR durch die Kraft seines Beispiels das Denken der westdeutschen Arbeiterklasse revolutioniert, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit die Widersprüche innerhalb des gesellschaftlichen Systems der BRD offengelegt werden" /436/, wobei der aktiven Tätigkeit der Kommunistischen Partei zentrale Bedeutung zukommt. Bei der abschließenden Untersuchung der Möglichkeiten, die in der BRD für eine solche Offenlegung der Widersprüche und damit für eine Verstärkung der Klassenkämpfe des Proletariats bestehen, kommt Steinhaus zu dem Ergebnis, daß der BRD-Imperialismus – bedingt u.a. durch die Herausforderung des Sozialismus und durch den Druck der durch seine bisherige Politik verursachten infrastrukturellen Verluste und den so entstandenen "Nachholbedarf" auf diesem Sektor – zu einer rigiden Verschärfung der Angriffe auf die unmittelbaren materiellen Lebensinteressen der Werktätigen gezwungen sein wird, die nur noch im organisierten ökonomischen und politischen Kampf abgewehrt werden können.

Autorenkollektiv

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

"Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..." (Aus dem Vorwort von KONSEQUENT Nr. 1).

KONSEQUENT brachte bisher u.a. Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem rechten und "linken" Opportunismus, zu Problemen der Entwicklung Westberlins, der Mitbestimmung, der Bildungsplanung, des dialektischen Materialismus.

KONSEQUENT dokumentiert regelmäßig wichtige politischer Erklärungen der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins.

In KONSEQUENT Nr. 8 / November 1971 schreiben:

K. Kniestedt	über die Imperialismus-Einschätzung des XXIV. Parteitages der KPdSU
J. Kusmitschow	über Probleme der Qualifikation der Arbeitskraft im staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts
Th. Scheffler	über die Imperialismus"theorie" Mandels
Ch. Christoph	über die "Reformsozialisten"
J. Insunza	über Probleme des Klassenkampfes in Chile

außerdem in KONSEQUENT 8 : 3 Dokumente

KONSEQUENT Nr. 9 erscheint im Dezember 1971

mit Beiträgen u.a. zur antiimperialistischen Aktionseinheit, zu den Münchener Antikommunismus-Beschlüssen, zur Bedeutung der Politik der sozialistischen Staaten für den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten.

KONSEQUENT Nr. 9 enthält außerdem ein Register der beiden ersten KONSEQUENT Jahrgänge.

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19.

...hören Sie mal rot! „pläne“

Lehrlinge zusammenhalten!
die Conrads, Süverkrüp, Floh de Cologne, Lerryn
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33501, DM 20,–

Streik
Joan & Jose
politische Tageskampf im Franco Spanien
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 55501, DM 20,–

Zeitgenossen
Il Contemporaneo
Kampflieder aus Italien, Kuba, Griechenland
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88101, DM 20,–

"... und Euch gehört ein Dreck!"
Dürer-Lied
Münchener Songgruppe
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 9, DM 5,–

Angela Davis
Liedermacher/Vorschlaghammer
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 11, DM 5,–

Dein Staat, das bekannte Unwesen
von und mit Dietrich Kittner
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33302, DM 20,–

Neues Deutschland
aus der Singbewegung der DDR
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88103, DM 20,–

Brecht die Macht der Monopole
Die Conrads
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88102, DM 20,–

Der Baggerführer Willibald
Dieter Süverkrüp singt Kinderlieder
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 6, DM 5,–

Süverkrüps Hitparade
Dieter Süverkrüp singt neue Lieder und Chansons
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 22303, DM 20,–

pläne

Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund
Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93